

AUTONOMIE

Materialien gegen die Fabrikgesellschaft

NEUE FOLGE

Nr.13



IMPERIALISMUS in den **METROPOLEN**

DER TECHNOLOGISCHE ANGRIFF



CLAUDE LAPOINTE

AUTONOMIE

Inhalt

Zu diesem Heft	2
Sabotage	7
Informationstechnologien – eine neue Stufe im Klassenkampf. Erste Hypothesen	51
Sozialpolitischer Datenangriff	67
Zur Modernisierung der staatlichen Planungsmaschinerie	78
Auf dem Weg zur Komplexautomation	84
Automobilindustrie: Der Volkswagenkonzern	90
Alfa Romeo: Eine andere Taktik der Betriebsführung	110
Die Zukunft der nachtayloristischen Fabrik hat schon begonnen. Ein Gespräch mit B. Coriat	125
Entgarantierung: Arbeiter produzieren die Krise?	133
Klaus Viehmann: Hochsicherheit und Zwangsarbeit	136

Titelzeichnung: Jean-Pierre Gauzère

Impressum

Verantwortlich: F. Borris
Verlag: AUTONOMIE e.V.
Anschrift des Verlags und der Redaktion:
Thadenstr. 130a
D- 2000 Hamburg 50
Telefon: 040/43 000 70
Konto: PschA Hmb. AUTONOMIE e.V. 421258-201
Druck: Druckerei St. Pauli
Simon von Utrecht-Str. 85a
2000 Hamburg 4
Telefon: 040/31 01 54
Vertrieb an Buchhandlungen in Westdeutschland:
PROLIT-Buchvertrieb
Postfach 66 / Daubinger Str. 32
6304 Lollar
Telefon: 06406/51 27

Das Abo für die AUTONOMIE kostet 28,00 DM.
Jedes Heft ist im Abo eine Mark billiger als im
Laden. Wir liefern solange, bis das Guthaben
aufgebraucht ist.

Bestellungen an die Redaktionsanschrift
Vorauszahlungen auf das Postscheckkonto Hamburg
AUTONOMIE e.V. 421258-201

13/83

14.-DM

EIGENTUMSVORBEHALT

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nichtausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Zu diesem Heft

I
Im Schatten der Diskussion um die Raketenfrage und um den von Zimmermann und Rebmann angekündigten „heißen Herbst“ ist im Verlauf dieses Sommers die „Wende“ in der Sozialpolitik durchgesetzt worden. Die militärische Rüstungseskalation hat sich als die eine Seite einer Kriegspolitik offenbart, die sich nach innen gerichtet als sozialer Angriff formiert. In diesen Monaten wird das „soziale Netz“ des Wohlfahrtsstaats endgültig zerrissen und durch neue Schleppnetze ersetzt, die sich über die wiederauferstehenden gefährlichen Schichten der Massenverarmung legen. Während sich der Behördenkoloß daranmacht, mit Fragebögen, Datenprogrammen, Bedürftigkeitsprüfungen und Lagerordnungen die neuen Einkommenslosen zu sortieren, geben die Albrecht, Geißler, George, Lamsdorff und Co. schon die nächsten Planungspapiere zu Protokoll, um den eingeschlagenen Kurs weiter zu verschärfen. Gleichzeitig wird die zentrale Arbeiterklasse, der Machtpfeiler der keynesianistischen Sozialdemokratie, in einer Region nach der anderen und in einem Produktionsschwerpunkt nach dem anderen aus dem Rennen geworfen. Es stellt sich die Frage, warum sich nun auch bei uns, im Musterland des sozialen Friedens und der sozialpolitischen Bestechung aller offenen Klassenkonflikte, der Wind so rasch und so nachhaltig drehen konnte.

(1) Die seit den 70er Jahren anhaltende weltwirtschaftliche Krise hat in den Metropolen zu einer weitgehenden Auflösung der alten Gesellschaftsverfassung geführt, wie sie in der BRD durch den sozialdemokratischen Reformismus geprägt war. Diese Auflösung schlug sich in einer Krise der Massenloyalität nieder, die zunächst mit dem Zeitgeist Ende der 60er Jahre vergleichbar schien; und sie führte zu einer politischen Krise, zum Verschleiß der Sozialdemokratie. Einen kurzen Moment lang, zwischen dem Bremer Mai 1980, den Kämpfen gegen die Startbahn West und den Westberliner Häuserkämpfen, haben wir glauben können, in eine Phase vorrevolutionärer Auseinandersetzungen einzutreten. Es schien, als ob die Jugendrevolte eine neue soziale Bestimmung finden würde, als ob sich die zyklische Militanz ausweiten und auf die am härtesten von der Krisenpolitik betroffenen Bevölkerungsschichten übergreifen könnte. Nicht, daß davon nichts spürbar geblieben, daß nicht noch immer auf eine Stabilisierung dieses von ganz unten kommenden Aufbegehrens zu hoffen wäre. Aber parallel dazu hat inzwischen eine „konservative Wende“ stattgefunden, die die Mehrheit in der BRD offenbar gerade dann vollzieht, wenn die Krise alles andere unsicher macht.

Es kommt hinzu, daß auch weltweit die revolutionären Kräfte auf dem Rückzug, wenn nicht für eine Generation geschlagen sind. Das Ende der revolutionären Bewegungen in Italien hinterläßt auch bei uns seine Spuren. Der Untergang der Palästinensischen Befreiungsbewegung wird gerade vollstreckt — nicht von den Israelis, sondern von einem arabischen „Ablehnungsland“: wen muß das nicht zutiefst erschüttern? Und es fällt schwer, angesichts der in ihrer weltgeschichtlichen Bedeutung verheerenden Niederlage der einkommenslosen Massen und ihrer Avantgarden im Iran nicht vollends zu resignieren.

(2) So tritt die autonome Sozialbewegung auf der Stelle, sie hat es unendlich schwer, sich selbst als Teil der neuen Massenverarmung und der aus dem sozialen Netz herausgestoßenen Lohnabhängigen zu definieren. Woher aber kommt, wenn die innere Widerstandslinie bis heute so unentwickelt ist, die Entschlossenheit des Regimes Kohl zum sozialpolitischen Generalangriff — eines Regimes, das man von seinen Figuren und Programmen eher für schwach halten möchte?

Die Härte des Angriffs von oben entspricht der Schach-Situation, in die der US-Imperialismus die übrige Welt seit 1980 versetzt hat. Wir können die Instrumente und Inhalte dieses Szenarios der Reagan-Clique bislang nur in Umrissen fassen. Ein riesiges Haushaltsdefizit, das die Staatsverschuldung der keynesianistischen Ära um ein mehrfaches übertrifft, wird einerseits übersetzt in Hochzinspolitik, in internationale Überbewertung des Dollars und in einen endlosen Schuldenmechanismus für die IWF-abhängigen Länder der drei Kontinente; andererseits und in direktem Zusammenhang damit wird eine Rüstungseskalation mit dem inzwischen offen anvisierten Ziel einer Erosion des Ostblocks vorangetrieben. Der lateinamerikanische Subkontinent ist dem doppelten Sperrfeuer von Umschuldungsverhandlungen und Kanonenbootpolitik der Yankees vor der Küste Nicaraguas ausgesetzt.

Wenn der Imperialismus jetzt auf Konfrontationskurs geht: im deutschen Raketenherbst und in Mittelamerika genauso wie im Nahen Osten; und wenn auch vom BRD-Regime die Fronten selten deutlicher gezogen, wenn die Konsequenzen der Wirtschaftskrise in die Massenarbeitslosigkeit von 6 Millionen Menschen hinein selten unverhüllt benannt worden sind, dann sieht alles danach aus, daß ein neuer nationaler wie internationaler Klassenkrieg von oben — und zwar auch in seinen politisch-militärischen Dimensionen — zur Durchsetzung der mit der Krise verbundenen Ziele geradezu gesucht wird. Es geht inzwischen nicht mehr — wie noch zu Beginn der 70er Jahre — um einen Kampf, zu dem der Imperialismus durch das weltweite Aufbegehren der Unterklassen gezwungen wäre, sondern um die Stabilisierung der imperialistischen Herrschaft auf der Basis einer permanenten Krise.

(3) Heute hat das Kapital seine Mehrwertketten transnational organisiert. In den drei Kontinenten schwimmt es in einem Meer des Hungers, seine Ausbeutungsraten drücken die Löhne unter das Existenzminimum, seine Politik bewegt sich zwischen der Vernutzung von Armutsarbeit und einer „Triage“ im Weltmaßstab. Dort sind die Machtträger der Transnationalen brutale Militärdespotien, die die Schuldenlasten einer Infrastrukturpolitik für die Weltmarktinseln der Konzerne mobilisieren, indem sie die traditionellen und die neuen Unterklassen auf gesamtgesellschaftlicher Ebene um ihre Lebensperspektive bringen.

Auch in den Metropolen sind die Transnationalen dazu übergegangen, die Funktion der Nationalstaaten im Sinn ihrer globalen Ausbeutungsketten neu zu bestimmen. Unter dem Einschluß von Pleiten und der Zerstörung von Regionen werden ganze Industriezweige „bereinigt“ bzw. in die Niedriglohnzentren der drei Kontinente verschoben. Fortlaufend wird mit einer weiteren Kontraktion des Kapitals und der Investitionen gedroht, wenn die Nationalstaaten sich nicht bereit finden, die metropolitanen Arbeits- und Sozialkosten „anzupassen“: nämlich anzugleichen an die Ausbeutung in den drei Kontinenten mit ihrer offenen Massenarmut, ihren Hunger-epidemien und ihren Slums. Deshalb wird gegenwärtig der metropolitane Wohlfahrtsstaat aufgekündigt, werden seine Planer und Funktionäre dazu gebraucht, soziale Konflikte nicht mehr finanz- und sozialpolitisch zu integrieren, sondern zu erfassen, einzukreisen und zu zersetzen. Unter dem Diktat der transnationalen Mehrwertkette ist der Wohlfahrtsstaat BRD tendenziell zu einem Staat moderner Armutsverwaltung

geworden. Die Strukturen der Erfassung und der Zerstörung stehen schon bereit, bevor es im vielschichtigen Bereich der Massenverarmung zu wirklich systembedrohenden Gärungsprozessen und Revolten kommt.

Dieser Kontraktionsprozeß hat die ersten Lücken gerissen – und weitere werden folgen. Der Verschleiß von Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung ist nur der Ausdruck einer Auflösung von produktiver Gesellschaftlichkeit in den Metropolen und eines Wandels der Staatsfunktion vom reformistisch-integrierenden Planstaat zum Staat des technologischen Angriffs, des Arbeitszwangs und der vorbeugenden sozialen Zersetzung von Widerstandsformen. Gegenüber der transnationalen Organisation des Kapitals kann es in den Metropolen keine Nationalökonomie mehr geben, keinen Sozialstaat, keine politische Vermittlung zwischen Klasse und Kapital.

(4) Der Auflösungs- und Umwälzungsprozeß der westdeutschen Klassenwirklichkeit ist freilich noch nicht so weit fortgeschritten, daß die Konturen des Neuen sich schon definitiv darstellen würden. Alle praktischen und analytischen Schwierigkeiten der letzten Zeit rühren von dieser noch wenig überschaubaren Übergangssituation her. Die technologische und gesellschaftliche Liquidierung des Subjekts der Massenarbeit, die Auflösung der traditionellen Kernarbeiterklasse und zunehmend auch der Angestelltenkultur hat zu einer Zersplitterung der Arbeitsverhältnisse und in gewissem Umfang auch zu einer Segmentierung der Arbeitsmärkte geführt. Jedoch sind die prekäre Arbeit, die Jobberei und die sogenannten neuen Arbeitszeitformen (Teilzeitarbeit, Leiharbeit, job-sharing) bislang weniger zum Kennzeichen einer neuen Zusammensetzung der Klasse (im Doppelsinn des Gebrauchs ihrer Mobilität durch das Kapital und ihrer selbstbestimmten sozialen Subjektivität) geworden, sondern es ist vielmehr eine weitgehende Entgarantierung von ehemals gewerkschaftlich und tarifrechtlich geschützten Arbeitsplätzen zu beobachten. Dies ist auch genau die Richtung, in die das Regime zur Zeit eigene Überlegungen anstellt: zur Brechung der gewerkschaftlichen Rigidität auf dem Arbeitsmarkt, der Tarif- und Arbeitsschutzbestimmungen, des Vermittlungsmonopols der Arbeitsämter usw. bedarf es staatlicher Eingriffe ins geltende Arbeitsrecht.

Der Massenarbeitslosigkeit kommt dementsprechend nicht mehr – wie zwischen 1979 und 1982 – vorrangig die Funktion der Flexibilisierung von Arbeitskraft, der Steigerung des verbilligten Arbeitsvolumens, des kurzfristigen Hin- und Herschleuderns zwischen Arbeitslosigkeit und Job zu. Stattdessen verfestigt sich die Arbeitslosigkeit dauerhaft. Es gibt inzwischen keine Prognose für die 80er Jahre mehr, in der die Rekonstruktion des Kapitals in den Metropolen ohne den weiteren Ausschuß von lebendiger Arbeit und nicht auf dem Rücken einer millionenfachen Arbeitslosigkeit vorgesehen wäre. Ganze Industriesektoren werden der Krise ausgeliefert, andere radikal umgestaltet. Was wir derzeit in der Stahl- und Werftindustrie beobachten, wird in den nächsten Jahren – bei gigantischen Rationalisierungsmaßnahmen, der Umstellung der Fertigung auf Roboter und wegen des angesammelten Overkill-Potentials der Transnationalen – die Automobilindustrie bereinigen. Weitere Bereiche von massenhafter Freisetzung ergeben sich aus dem Einsatz der Mikroelektronik in Konstruktion, Planung und Verwaltung, im öffentlichen Dienst, in Büros, Banken, Versicherungen und im Einzelhandel. Sowohl die Arbeit der technisch-wissenschaftlichen Intelligenz wie der mittleren Angestellten-schichten wird zunehmend industrialisiert oder, wenn man so will, proletarisiert.

II

Seit nunmehr drei Jahren haben wir versucht, uns in verschiedenen Redaktionsgruppen den Bedingungen des internationalen Krisenszenarios der 80er Jahre analytisch zu stellen. In einem ersten Heft („Antiimperialismus in den 80er Jahren“, Nr. 10 der Neuen Folge) haben wir versucht, die Entwicklung aus der Sicht der drei Kontinente zu begreifen. In einem zweiten Heft der Serie „Imperialismus in den Metropolen“ sind wir auf die Perspektiven der metropolitanen Massenarbeitslosigkeit, der Entgarantierung auf dem Arbeitsmarkt und der Zwangsarbeit eingegangen („Zwang zur Arbeit – neue Armut“, Nr. 11). Das vorliegende Heft ist mit seinem Schwerpunkt der Technologie der sozialen Auflösung von der Datenerfassung bis zum Roboter gewidmet. Wir hoffen, die Reihe „Imperialismus in den Metropolen“ mit einem weiteren Heft zur Sozial- und Bevölkerungspolitik der 80er Jahre abschließen zu können.

(1) Im Heft 11 waren wir davon ausgegangen, daß sich eine revolutionäre Perspektive für die kommenden Jahre nur im Zusammenhang von Massenarbeitslosigkeit, nachindustrieller Armut bzw. prekärer Arbeit und autonomen Sozialrevolten bestimmen läßt. Jedoch hat sich die Beseitigung der sozialen Sicherungen bislang weder zu einer neuen sozialen Subjektivität verdichtet, noch haben sich die Revolten der vergangenen Jahre verallgemeinert. Wir wissen kaum, welche Richtung der soziale Prozeß von unten nehmen wird und wie sich überhaupt ein distinktes Klassensubjekt in den Metropolen herausbilden kann, das von seiner materiellen Lage und von seinen möglichen kollektiven Äußerungsformen her dem inneren Imperialismus antagonistisch gegenübersteht. Statt sich zu kollektivieren, bleibt dieses soziale Subjekt der Massenverarmung über verschiedene gesellschaftliche Sektoren zerstreut und verflüchtigt sich noch überwiegend in individuelle Nischen und Ersatzhandlungen. Es hat die Unumstößlichkeit seiner fortschreitenden Verelendung noch nicht als Kampfterrain akzeptiert, seine Zersplitterung noch nicht als Spaltungsmannöver und Selektionspolitik von oben begriffen, sondern versucht die derzeitige Übergangssituation weiter zu verlängern.

Viel leichter, als die Subjektivität von unten zu fassen, fällt es uns, die Linien des Klassenkampfes von seiten des Regimes aus nachzuzeichnen. Unter dem Kohl-Regime hat die Vermittlung und Sachverwaltung der Krise eine spezifische Verbindung von Konservatismus und Modernität angenommen: ein doppelter Angriff wird gegenwärtig vom Regime vorangetrieben

- in der Sozial- und Bevölkerungspolitik und
- in der Verdatung der Gesellschaft, in der Aufrüstung des Staats mit Informationstechnologien.

Zwischen beidem herrscht ein Zusammenhang.

Auf die Sozial- und Bevölkerungspolitik, die den Bedürfnissen der Krisenstrategie folgt, werden wir im abschließenden Heft der „Imperialismus“-Serie zurückkommen. Hier seien nur die Hauptlinien vorweggenommen.

In den Bereichen des indirekten Lohns, der Arbeitslosenunterstützung und der Sozialhilfe, der Kranken- und Rentenversicherung schlagen ebenso die Kürzungen durch und wird die kompensatorische Solidarität der Gesellschaft für die Einkommenslosen und Armen rigoros verweigert, wie auf dem Arbeitsmarkt die Tarife und die Beschäftigungsgarantien in Frage gestellt werden. Die Sozialpolitik dient einer Regulierung der heraufziehenden Armut, sie wird zugeschnitten auf das Ziel, die Leute in der Krise so zu verelenden, daß sie zur Niedriglohnarbeit gezwungen sind. Gleichzeitig werden die Ressourcen der unbezahlten Sozialhilfe und – in jüngster Zeit verstärkt – auch der Familie rekonstruiert, die Armut soll in erweiterten Familienzusammenhängen überleben, die längst zerstört sind (Familienminister Geißler).

Darüberhinaus hat das Regime eine Familienpolitik eingeleitet, die man als Rückgriff auf eine neo-malthusianische Bevölkerungspolitik bezeichnen muß. Mit dem Argument, daß das künftige Ungleichgewicht der Generationen in der BRD auf das Budgetdefizit der Sozial- und Rentenversicherungsträger drückt, kommen die Geißler, George und Co. mit „Konzeptionen zur Sicherung des Überlebens unseres Staatsvolkes“ und zur „Steigerung der Geburtenraten“. Nicht mehr nur bei der CDU wird die Sozialversorgung von Lohn und Produktivität abgekoppelt und zu einem Thema der „Volksbiologie“ umgebogen. Es wird jetzt klar, daß dieses renazifizierte Programm der „biologischen Aufzucht des deutschen Volks“ all jene Räume von Selbstbestimmung trifft, für die die Frauenbewegung in den letzten 15 Jahren gekämpft hat. Die neue Sozial- und Bevölkerungspolitik zielt in doppelter Weise auf erweiterte Formen der Ausbeutung und Unterwerfung der Frauen: ihrer Ausbeutung als niedrig entlohnter Arbeitskraft, als unbezahlter Hausfrau und Sozialhelferin, und ihrer Unterwerfung unter einen neo-rassistischen Gebärzwang.

Diese Konzeption der „Aufzucht“ hat eine inzwischen offen zur Schau gestellte Kehrseite. Vom „negativen“ Aspekt dieser Bevölkerungspolitik sind vor allem die Ausländer betroffen. Ihre Familien sollen zerstört, ihre Geburtenziffern administrativ gesenkt werden, während die in die „Leistungsgesellschaft“ integrierte deutsche Familie gleichzeitig zur Vermehrung angehalten wird. Hier enthüllt sich rasch der nazistische Kern der Argumentation. So legt die Bundesanstalt für Arbeit seit geraumer Zeit beschäftigungspolitische Prognosen vor, die bis zum Jahr 2000 reichen und die nichts als eine Schere zwischen Bevölkerungswachstum und Wirtschaftswachstum veranschaulichen sollen. Die Richtung ist klar. Bedrohlich erscheint der „Geburtenverfall“ bei den Deutschen und die gleichzeitige „unkontrollierte Vermehrung“ der Türken gegenüber der ökonomischen Entwicklung der BRD. Der drohenden „Überfremdung“ soll durch Zerstörung der Familienverbände, durch Zwangseindeutschung, durch Sterilisationspolitik oder durch Vertreibung und nachträgliche Enteignung der Versicherungsansprüche (Blüms Handgeld) begegnet werden.

Insgesamt verläuft die Hauptlinie des Klassenkampfes von oben in der Sozial- und Bevölkerungspolitik nach einem Plan, der zusehends einheitliche Konturen gewinnt: der ökonomische Krisenmechanismus wird vom Regime immer unverhohlener in ein „sozialbiologisches“ Programm übersetzt, und zwar mit einer Offenheit, die vor den Parallelen zum Nationalsozialismus nicht mehr zurückschreckt.

(2) Das vorliegende Heft ist der Verdattung der Gesellschaft gewidmet, der Aufrüstung des Staats mit Informationstechnologien: wer die gesellschaftliche Ungleichheit in der Krise verschärfen will, muß erst einmal den gegenwärtigen Zustand der Gesellschaft erfassen. So steht der forcierte staatliche Einsatz von Informationstechnologien in einem direkten Zusammenhang mit der Sozialpolitik in der Krise. Es ist falsch und irreführend, wenn immer wieder der Polizeiaspekt der Verdattung hervorgehoben und die Vision des „gläsernen Menschen“ ausgemalt wird. Dieses Thema ist nicht zufällig von den neuen Mittelklassen zur Majorisierung der Kampagne gegen die Volkszählung '83 benutzt worden. Die sozialpolitischen Aspekte, die Dimension der Gesellschaftsplanung und -zerstörung durch Verdattung, verweisen dagegen auf den Klasseninhalt einer Technologie und ihrer Anwendung, die sowohl im unmittelbar produktiven Bereich wie als allgemeine Sozialtechnologie einer der entscheidenden Hebel der gegenwärtigen Krise ist.

Die Anwendung der Informationstechnologie im weitesten Sinn – der Mikroelektronik, Computerisierung und Robotisierung, der Nachrichtenübertragung und Verkabelung – im unmittelbaren Produktionsprozeß wie in der Zirkulation und Verwaltung weist über sich selbst hinaus in gesellschaftliche Dimensionen. In der Planung und Fertigung und im Büro führen diese Technologien neue Formen der Kombination von lebendiger Arbeit und Maschinerie ein, einen neuen Typus von Maschinenarbeit, der in intimster Weise die Subjektivität angreift. Es ist augenfällig, daß der Einsatz der Mikroelektronik in der Produktion stets mit Personalinformationssystemen gekoppelt wird bzw. direkt mit ihnen zusammenfällt; der Vollzug der Arbeit und ihre Kontrolle werden identisch. Dabei führen die Informationstechnologien nicht nur zu einer Einkreisung traditioneller Arbeitsplätze, sondern sie stellen selbst das Instrument der Ausbreitung der Arbeit über die Gesellschaft, einer neuen gesellschaftlichen Arbeitsteilung, dar, indem sie eine Vielzahl ungeschützter und isolierter Arbeitsplätze in dezentraler Form, bis in die Wohnzimmer hinein, einzurichten ermöglichen. In dieser Hinsicht sind sie die eigentliche Technologie der prekären Arbeit.

Von der anderen Seite stößt die Informatisation der Sozialpolitik und der Staatsfunktion nach. Seit Beginn der 70er Jahre, also gleich zu Beginn der Krise, hat ein Ausbau der staatlichen Informationssysteme nicht allein ausgehend vom BKA, sondern ebenso sehr im Bereich der politischen Planung und Verwaltung stattgefunden. Die Erfassung der Sozialdaten und der Beschäftigungsentwicklung war anfänglich noch an die bisherige sozialdemokratisch-sozialstaatliche Gesellschaftsverfassung angebunden, die in der Auflösung begriffen ist. Inzwischen haben sich die Schwerpunkte dementsprechend verschoben. Die neue Sozialpolitik der Ausgrenzung und Verarmung ist mit einem Datenangriff gekoppelt, der den gesellschaftlichen Zersetzungsprozeß nicht nur kontrollieren und überwachen soll. Es geht nicht mehr nur um die Verwaltung oder Abwehr sozialer Ansprüche, sondern um Datenerhebungen, die eine aktive Zerlegung der Gesellschaft einleiten: die vorbeugende Zerschlagung autonomer Sozialprozesse von unten wird vorbereitet, um schließlich zur Produktion einer künstlichen Komplexität von Daten und Informationen zu kommen. Was für die Zersplitterung der Arbeitsverhältnisse gilt, ist auch das Strukturmerkmal der neuen, technisch aufgerüsteten Sozial- und Bevölkerungspolitik. Die Informationstechnologie wird damit zum Kern der Sozialtechnologie der Krise.

Der Klasseninhalt der Informationstechnologien liegt also vorrangig darin, daß sie auf der Ebene der Fabrik und der Gesellschaft die sozialstaatliche Verfaßtheit der bisherigen Klassenstruktur angreifen, zerstören und atomisiert neu zusammensetzen, um sie im Rahmen eines gesamtgesellschaftlichen neuen Herrschaftsmodells in der Ungleichzeitigkeit von Komplexautomation, prekärer Arbeit und Armut zu entwickeln. Darüberhinaus dürften die Erfassungs- und Informationstechnologien selbst zu einem gesellschaftlichen System werden, das die bisherigen Vermittlungszusammenhänge von Herrschaft ersetzt. Mit einem Wort, die Informationstechnologien sind Produktionsmittel und Gesellschaftsform in einem. Deshalb gehört die Sabotage und Zerstörung dieser Technologie auf breiter Front zu den unabdingbaren Voraussetzungen jeder sozialrevolutionären Perspektive in den Metropolen. Nur so kann das Netz der von oben gelenkten Vergesellschaftung zerrissen werden. Nur unter dieser Voraussetzung können Möglichkeiten und Räume für die Herausbildung des Widerstands von unten überhaupt erst wieder geschaffen werden. Die Sabotage aller Ebenen von Erfassungs- und Informationstechnologie ist konstitutiv für die Entwicklung des sozialen Widerstands in den 80er Jahren.

(3) Die Konfliktlinien und Widerstandsformen, die sich aus dem Prozeß der Entgarantierung zunächst ergeben und abzeichnen, werden wahrscheinlich eher traditionell geprägt bleiben. Es ist nicht zu sehen, wie sie sich anders als in gewerkschaftlich überformten sozialen Abwehrkämpfen äußern könnten. Allerdings könnte die defensive Klassenfront dadurch paralysiert werden, daß Teile der sozial verunsicherten und radikalisierten Arbeiter in einem inszenierten sozialdarwinistischen Überlebenskampf auf die „Ausländerfrage“ gelenkt werden.

Wenig Indizien gibt es hingegen dafür, daß sich die neue Armut und die systematische Verunsicherung der sozialen Existenz von selbst und bruchlos in eine „soziale Frage“ von unten übersetzt. Selbst aus den USA, wo die Schlangen vor den Suppenküchen der privaten Wohlfahrt länger werden und wo der Kontrast zwischen den vollen Lagerhäusern und den leeren Bächen geradezu auf Plünderungen drängt, wird kaum anderes als die Mobilisierung der Armen von Sozialstation zu Sozialstation und von einem Caravanplatz zum anderen gemeldet. Mit jugendlichen Randströmungen, die nicht in dieses Bild passen, werden FBI und Nationalgarde bisher spielend fertig. Die existenzrechtlichen Protestformen und Aneignungsaktionen, die die Unruhen in den Slums der drei Kontinente immer mehr begleiten, schlagen bislang nicht auf die Metropolen zurück.

Selbst wo von der sozialen Verarmung und Verelendung diejenigen betroffen sind, die zur politischen Szene gehören, beziehen sie ihr Selbstverständnis und ihre Militanz nicht von dorthin. Wie allgemein gilt, daß die Linien des Klassenkampfes in der BRD seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre von den neuen sozialen Bewegungen mehr kontrollierend und neutralisierend überlagert als nachvollzogen worden sind, so haben auch die Revolten der letzten drei bis vier Jahre daran wenig geändert. Das heißt nicht, die periodische Militanz und die existenzielle Entschlossenheit dieser Revolten zu schmälern, in denen sich eine ganze Generation von Jugendlichen Ausdruck verschaffte, der die Zukunft vom Krisenregime geraubt wurde. Sie sind bis heute das einzige Signal gegen die konservative Wende geblieben. Aber aus den Revolten ist keine breite Konfrontation mit dem Krisen- und Computerstaat erwachsen, keine erweiterte soziale Programmatik hat sich ergeben, und wo sie Bestandteil einer breiteren Bewegung gewesen sind, wurden sie von den Mittelschichten exploitiert.

Diese Tendenz zu Bewegungen der Mittelschichten, die das soziale Aufbäumen von unten majorisieren und ersticken, ist der Grund dafür, daß die Verlaufsformen der Auseinandersetzungen in der BRD einen Doppelcharakter behalten, daß sie zwischen kampagnenartigem Anwachsen und „Akzeptanz“ sich bewegen. Dies gilt für die Kampagne gegen die Volkszählung genauso wie für die Friedensbewegung. In diesen Bewegungen kann die Militanz stets nur punktuell bleiben und sich an deren zyklische Verlaufsformen anhängen. Die Zukunft der Autonomen wie die sozialen Rekonstitutionsprozesse von unten überhaupt werden davon abhängen, inwieweit es gelingt, die Erfassung und Verdattung als ein Projekt negativer, „ausmerzender“ Sozialpolitik und damit künftiger Vernichtung zu begreifen und zu bekämpfen. Dies wird nur durch eine Wechselseitigkeit verschiedener Angriffsebenen möglich sein: durch die Zerstörung der technischen Installations- und Apparaturen der Erfassung ebenso wie durch eine massenhafte Verweigerung und Sabotage jener Formen von Kontrolle, die mit dem Vollzug alltäglicher Lebensäußerungen zunehmend zusammenfallen.

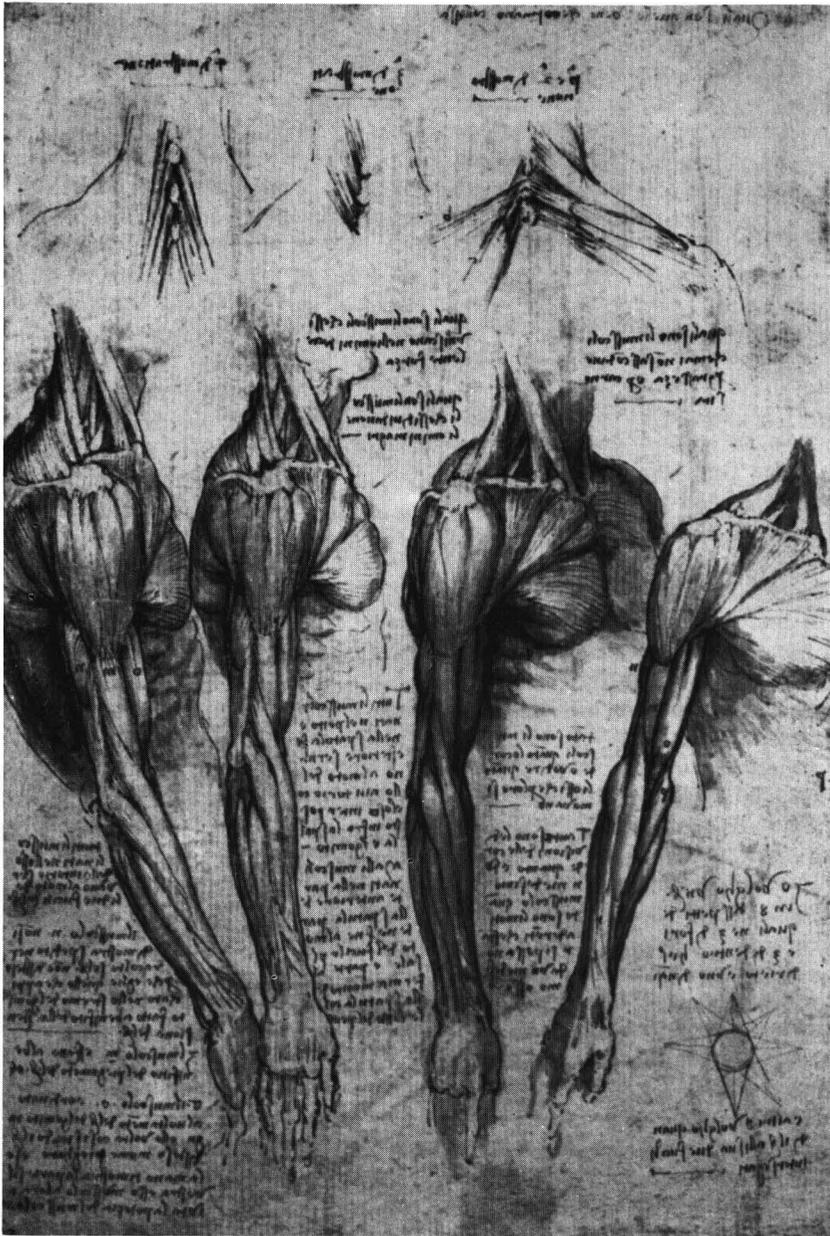
In der Tat wäre eine Neuauflage der „Volksnummerung“ der Nazis durch die Einführung maschinenlesbarer Personenkarten ein Gipfelpunkt der Erfassung, die – wenn sie nicht verhindert wird – Selektion und Vernichtung nach sich ziehen wird.

(4) Wir leiten dieses Heft mit einer umfangreichen Studie ein, die die Dimension von **Sabotage** sozialgeschichtlich aufarbeitet. Aus dem Verhältnis von Arbeiterkampf und Maschinerismus werden die Konsequenzen für die gegenwärtige Perspektive des Widerstands gezogen. Es folgen mehrere Beiträge, die den teilweise verwickelten Zusammenhang von **Datenanriff und Sozialpolitik** (am Beispiel der Entwicklung der Sozialdatenbank) einerseits und der Restrukturierung der Fabrik mittels **chip und Komplexautomation** andererseits aufzeigen sollen. Hierzu gehört auch die Berücksichtigung des Wandels, der sich in der **Maschinerisierung der Staatsfunktion** und in der technologischen Zentralisierung der öffentlichen Verwaltung ausdrückt. In den „**Ersten Hypothesen**“ zur **Informationstechnologie** schließlich wird versucht, die erkenntnistheoretischen Probleme einer staatlichen Aneignung und Verdoppelung der sozialen Wirklichkeit auf den Begriff zu bringen. Der Autor kommt zu dem Schluß, daß ein qualitativer Sprung im Verhältnis von Herrschaft und Mehrwertproduktion vorliege, ein neues Moment in der Klassenkonstitution, das die Bedingungen des Klassenkampfes grundlegend verändere.

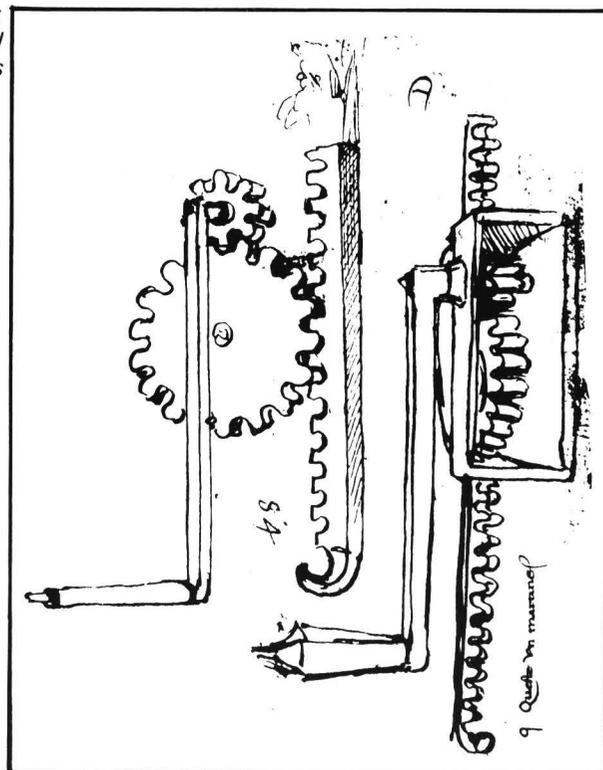
Im letzten Teil des Heftes finden sich zwei Rubriken, in denen weitere Materialien zu den Heften 11 (zum Thema Arbeitsmarkt und neue Klassenzusammensetzung in den Metropolen) und 12 (zu Italien) vorgestellt werden. Eine Dokumentation über die **Arbeitspolitik bei VW** soll zeigen, was der Übergang eines multinationalen Konzerns zur transnationalen Ausbeutungsstrategie für die VW-Beschäftigten auf Weltebene bedeutet. Am Beispiel **Alfa Romeo** wird nochmals über das Verhältnis von Arbeiterkampf und Automatisierung auf Fabrikebene berichtet. Eine ergänzende Notiz über die Rolle von Betriebsstilllegungen und das Zusammenspiel von Banken und staatlicher Arbeitsverwaltung bei der Auflösung der Tarifverträge kommt hinzu. Der Gesamtprozeß der Entgarantierung wird in einem Interview aufgezeigt, das die französische Zeitung *Libération* mit B. Coriat geführt hat: **Die Zukunft der nachtayloristischen Fabrik hat schon begonnen.**

(5) Bei der Diskussion der für dieses Heft vorgelegten Beiträge ist in der Redaktion eine Reihe von Kontroversen theoretischer und politischer Natur ungelöst geblieben. Dies bezieht sich sowohl auf die Einschätzung der Möglichkeit und Organisation sozialrevolutionärer Prozesse (vor allem was die Möglichkeit der Stabilisierung und Ausweitung vorausgegangener Sozialrevolten betrifft), wie auch auf die Frage, ob die Tendenz, daß die Gesellschaft insgesamt mehr und mehr von den neuen Erfassungstechnologien überzogen wird, zugleich das Moment der Verallgemeinerung des Widerstands dagegen mit sich bringt. Daneben ist die Frage noch ungeklärt, ob mit der Informatisation nur eine neue Stufe in der Organisation des kapitalistischen Verwertungsprozesses eingeleitet worden ist (Vernichtung des Menschen durch Arbeit); oder ob es sich um einen qualitativen Sprung, um ein neues Herrschaftsprinzip überhaupt handelt, dem gegenüber jedenfalls die Marxsche Theorie nicht mehr tragfähig ist.

Für das kommende Heft, voraussichtlich die letzte Ausgabe der Neuen Folge der „Autonomie“, wollen wir eine Debatte organisieren, in der diese Kontroversen abschließend ausgetragen werden.



Leonardo da Vinci:
Anatomische Studien und
Entwurf eines Lastenhebers



Sabotage

Sabotage ist die Antwort der Arbeiter auf das Dilemma eines überlebten Kapitalismus. Vor 150 Jahren war das Verhältnis der Unterklassen zur kapitalistischen Maschinerie klar: die Maschinen, die von einigen skrupellosen Kapitalisten in den Fabriken aufgestellt wurden, bedeuteten Lohnsenkung, Frauen- und Kinderarbeit, Entqualifizierung, Verschlechterung der Qualität; sie brachten die Zersetzung des Alltags in Lebenszeit und Arbeitszeit – sie waren von vornherein Kapital, welches durch ihre Zerstörung zu bekämpfen war.

Dabei ging es nicht um die Abwehr technischer Innovationen, sondern um die Abwehr eines neuen sozialen Verhältnisses, welches die Maschinen aufgrund der ihnen innewohnenden objektiven Art zu produzieren von vornherein verkörpert haben. Die Maschinenstürmer wollten nicht mehr, als ihre Lebenszusammenhänge, den Arbeitsmarkt und ihr Einkommen verteidigen. Sie hatten nichts gegen Neuerungen, die die Arbeit erleichterten, sie wollten sogar die ‚Jenny‘, wenn sie nicht zu viele Spindeln hatte und nicht in einer Fabrik stand. Ohnehin stammten die erstaunlichsten Erfindungen jener Zeit nicht von Kapitalisten, sondern von intelligenten Handwerkern. Und es gab recht genaue Vorstellungen davon, wie solche Erfindungen für eine dezentrale handwerkliche Produktion zu nutzen wären, die sich noch im Arbeiterkommunismus des 19. Jahrhunderts widerspiegeln.

Gegenüber den Maschinenstürmern hatte das Kapital nichts zu ‚vergesellschaften‘. Die Zeit, in der das aufstrebende Kapital eine bahnbrechende Tendenz in der Geschichte gewesen war, war längst vorüber. Da Vinci, Machiavelli oder Descartes waren schon seit Jahrhunderten tot. Das Kapital, das seine Maschine aufstellte, war reif, im Aufbegehren der mobilisierten Unterschichten revolutionär überwunden zu werden. Aber dies ist nicht geschehen, und die Geschichte ist wieder zugeschüttet von dem Trümmerhaufen der Zerstörungen und eingemauert in versteinerte Verhältnisse.

Der Kapitalismus zerstört die Produktions- und Verkehrsformen der dezentralen handwerklichen Produzenten, ihr Wissen, ihre soziale Kooperation. Industrieller Slum statt des mathematischen Vereins der Spitalsfelder Weber. Die Frauen, Männer und Kinder in den Fabriken und die proletarische Reservearmee erscheinen in der politischen Ökonomie nicht mehr als lebendige, eigenwillige Menschen, sondern nur noch als Funktion des Kapitals. Ein marxistisches Subjekt, das zum Totengräber des Kapitals wird, wenn es als dessen variabler Bestandteil zu einer neuen Form gesellschaftlicher Kooperation sublimiert sein wird? Es sind die kommunistischen Arbeiterschichten selbst, die den Marxismus widerlegen. Sie sind proletarisierte Handwerkerschichten, die – was ihre Kooperation, ihre Qualifikation und ihren Bildungswillen angeht – noch von einer sozialen Identität zehren, die nicht im geringsten Produkt des Kapitals ist, sondern residual der vor-

angegangenen Zeit entstammt. Aber diese Schichten haben bald eine neue Utopie im Kopf, wofür die Maschinen synthetischen Charakter haben. Sie begreifen die Maschinen als Arbeitsmittel, das der Kontrolle des Kapitals zu entreißen sei – konstitutiv für eine Gesellschaft der Arbeit, in der die Maschinen das Versprechen freier Zeit als Voraussetzung für eine proletarische Kultur zu enthalten scheinen.

Der Einbruch dieser Ideologie beruht auf der Auflösung der professionellen Qualifikation in der Fabrik und der Ausbildung von Organisationen der Arbeiterbewegung, in denen die professionelle Orientierung gegenüber den zunehmenden Massen unqualifizierter Arbeitskräfte reformistische oder korporativistische Züge annimmt. Nachdem auch in den Jahren 1917-20 eine Revolution sich aus der Vielfalt des sozialen Aufbegehrens nicht entwickelt hat, wird die Destruktivität des Kapitals: die Zerstörung der Qualifikation in einer komplexen Arbeitsteilung, die Zerschlagung der sozialen Orte proletarischer Aufsässigkeit – zu einem präventiven konterrevolutionären Programm. Die Maschine wird überall in der Fabrik zum Ungeheuer; Symbol des Fortschritts und der Zukunft nicht für diejenigen, die an ihr arbeiten müssen.

Sabotage ist die Antwort auf die Bedrohung durch diese konterrevolutionäre Maschinerie; auf eine Maschinerie, welche im großen Angriff aufzuhalten nicht mehr möglich erscheint, welche nicht mehr als Arbeitsmittel, sondern wiederum nur noch als Kapital erscheint, als in Eisen gegossener Arbeitszwang, auf welche keine Zukunft mehr zu bauen ist und welche noch nicht einmal die minimalen reformistischen Versprechen eingelöst hat. Die Sabotage, die im revolutionären Syndikalismus zunächst als Instrument der professionellen Kontrolle der Arbeitsrhythmen und als Widerstandsform traditioneller ungelernter Arbeiter erscheint, dann auch als Waffe gegen den imperialistischen Krieg – da, wo der offene Klassenangriff fehlschlägt, wird sie als Konzept des Guerillakampfs thematisiert – wird nach der Zerschlagung des revolutionären Zyklus von 1917-20 zum Kernpunkt einer Klassenaktion, die auf individuelle Kampfformen und auf Aktionen kleiner Arbeitergruppen begrenzt ist. Wo die Orte sozialen Widerstands zerschlagen werden, wo die sozialtechnische Vernichtung einsetzt, wo Arbeitsteilung und Arbeitspsychologie ein unerbittliches Kommando errichten, ist Sabotage nicht mehr ein gezielt im Klassenkrieg eingesetztes Instrument, sondern Ausdruck einer verfahrenen historischen Situation, einer ausgelöschten Erinnerung, von wo aus eine proletarische Zukunft nur noch aus der Negation der gesamten kapitalistischen Maschinerie formulierbar erscheint und nicht mehr aus einem positiven Wissen. Die Klasse wird dem Kapital seine eigene Melodie vorspielen, um die Verhältnisse zum

Tanzen zu bringen; Marx und Keynes haben den Text geschrieben, aber diese Melodie ist der unerbittliche Takt der Maschine. Indem die Klasse aber den Lohn zum Angelpunkt ihrer Artikulation macht (und Sabotage wird immer mehr Ausdruck nicht erfüllter Lohnforderung sein), kann sie aus ihrer Reduktion auf die Funktion variablen Kapitals nicht ausbrechen. Es kommt die Blütezeit des Reformismus und der parastaatlichen Massengewerkschaften, wofür die Klasse mit dem Verlust einer positiven sozialen Aspiration bezahlt hat.

Lohnforderung und Sabotage sind als Negation des Kapitalverhältnisses zunächst nicht explizit, sie sind es nur durch die Existenz einer in das Kapitalverhältnis eingesogenen Klasse, die immer wieder neu umschlossen und befriedet werden muß. Konsumtive Nachfrage und die Durchbrechung der kapitalistischen Produktionsrationalität und Produktivität sind Identität der neuen Klasse, die nicht mehr marxistisch ist, weil sie nicht produktiv sein will, und marxistischer denn je, weil sie nur noch variables Kapital ist. Aber sie wird dieses Dilemma aufzulösen versuchen, indem sie eine kurze Etappe lang noch einmal die Machtfrage stellt: 1969-73. In den Großfabriken der Fließindustrie verdichtet sich die Sabotage: die Unterbrechung des Fließbands, die wilden Streiks, die Umzüge in der Fabrik; diese Kämpfe bilden eine Einheit mit dem Kampf gegen die Inflation, um Aneignung der Lebensmittel. Sabotage und Aneignung sind voneinander nicht zu trennen, da der gesellschaftliche Reichtum im Vollzug der Aneignung erst zu proletarischem Gebrauchswert zu transformieren ist durch Sabotage seiner kapitalistischen Funktion. Das wäre explizite Negation des Kapitals und kommunistisches Sofortprogramm — aber der soziale Raum, in dem es konsistente proletarische Identität hätte werden können, wurde nicht erobert.

Gegen den proletarischen Zyklus von 1969-73 hat das überlebte Kapital seine Waffen geschärft: neue Ungleichzeitigkeit, soziale Segmentation, Trennung des Mehrwerts vom staatlichen Kommando, Auflösung der sozialen Massierungen in Fabrik und Region — eine ständige Fluktuation, Verunsicherung, Ausgrenzung, die Umwälzung aller Klassensegmente, das Ende der staatlich organisierten Klassenidentität in der Lohnfrage. Eine neue proletarische Identität? Gegenüber der neuen Welle kapitalistischer Destruktivität (welche die Drohung der Massenvernichtung als Rutenbündel vor sich her trägt) wird sie nicht mehr in der Dialektik des variablen Kapitals zu suchen sein, sondern in den Fragen des Lebensrechts, der Aneignung, der Sabotage des kapitalistischen Zerstörungsprojekts. Der Kreis schließt sich. Wie die Maschinenstürmer das Kapital als Bedrohung ihrer Existenz bekämpften, wird es nun wiederum auch von außen zu bekämpfen sein, von dem moralischen Bezugspunkt derer, die aus der Dialektik des Kapitals ausgestoßen werden. Sie werden ihre Identität nicht mehr als Arbeitskraft definieren, sondern als Menschen, die Leben und ein besseres Leben wollen; sie werden die Frage des proletarischen Gebrauchswerts, des Konsums endgültig außerhalb der Produktionsverhältnisse stellen. Das ist das Erbe des Arbeiterzyklus von 1969-73 und zugleich Anschluß an die moralische Ökonomie des Vorindustrialismus und an das Existenzrecht der trikontinentalen Massen. Aber dieses Existenzrecht ist keine Insel, es wird nur durch die Sabotage gegen die Doppelheit der kapitalistischen und staatlichen Maschinerie Realität.

Sabotage ist heute mehr denn je die Antwort auf das Dilemma eines überlebten Kapitalismus — aber sie muß zur Waffe werden gegen die kapitalistische Destruktivität, die Raum schafft für das Existenzrecht und eine neue moralische Ökonomie, die sich nur in der Konfrontation gegen die Destrukti-

vität entfalten kann. In welchem Verhältnis werden die neuen Segmente der Unterklassen zur Sabotage des Mehrwerts und der staatlichen Kontrolle stehen? Um sich der Antwort auf diese Frage zu nähern, erscheint es sinnvoll, den Zusammenhang von Arbeiter und Maschine, Lohn und Sabotage, sozialer Identität und Klassenaktion an drei historischen Schnittpunkten zu resümieren: für die Maschinenstürmer, die Arbeiterschichten des späten 19. Jahrhunderts und die Automobilarbeiter von 1969-73.

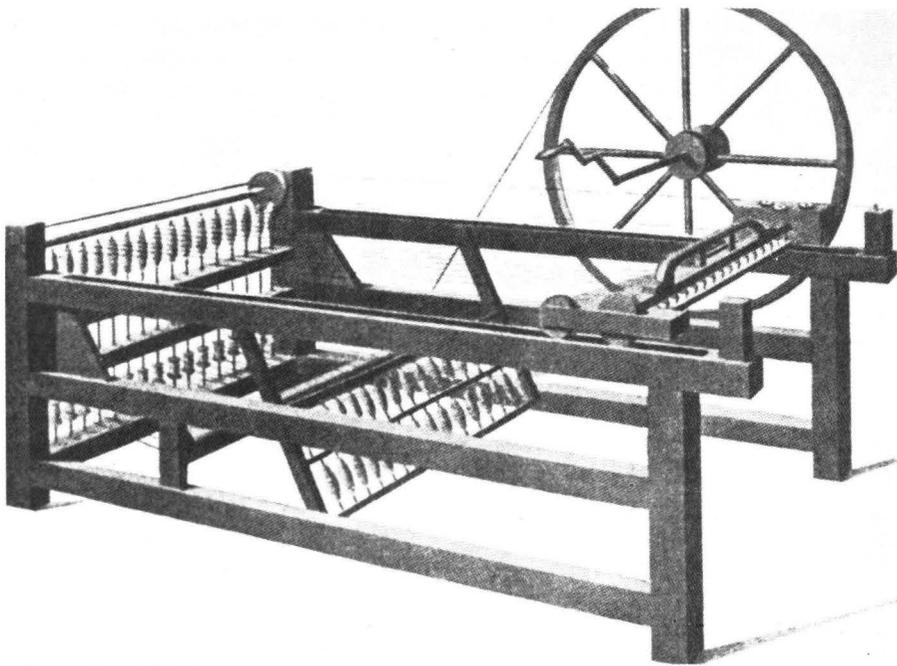
1. Maschinenstürmer

1.1.

Eric Hobsbawm hat uns in seinem grundlegenden Aufsatz (*The Machine Breakers*, in: *Labouring Men*, London 1964) deutlich gemacht, daß sich hinter dem nebulösen und auch im linken Sprachgebrauch oft diffamatorisch benutzten Begriff der Maschinenstürmerei sehr unterschiedliche Aktionsformen verbergen; daß unter diesem Begriff die Arbeitskämpfe von Webern, Bergarbeitern oder Strumpfwirkern des 18. Jahrhunderts genauso zu verstehen sind wie die gezielt gegen neue Maschinen gerichteten Angriffe der Ludditen oder der Banden eines Captain Swing.

Hobsbawm beschreibt nun auf der einen Seite die Kämpfe, bei denen „keine besondere Feindschaft gegen die Maschinen als solche“ bestand und wo die Zerstörung derselben „ein normales Mittel war, um Druck auf Arbeitgeber oder Verleger auszuüben“. „Diese Art der Zerstörung“, schreibt er, war ein traditioneller und etablierter Bestandteil von Arbeitskonflikten in der Ära der Verlagsarbeit und der Manufaktur sowie in den frühen Stadien der Fabrik- und Minenarbeit. Sie richtete sich nicht nur gegen Maschinen, sondern auch gegen Rohmaterial, fertige Produkte oder auch gegen das Privateigentum der Arbeitgeber — je nachdem, welche Art der Schädigung diese am schwersten treffen konnte“. Ein solches „Verhandeln durch Aufruhr“ (*Collective bargaining by riot*) war in den Kämpfen der englischen oder belgischen Weber des 18. Jahrhunderts, bei Bergarbeitern, Strumpfwirkern, Werftarbeitern oder Seeleuten zu finden.

„Auf diese Weise gelang es den Webern und Scherern aus Wiltshire bei einer der heftigsten und längsten Auseinandersetzungen während ihrer zahlreichen Arbeitskämpfe, im Dezember 1738 den Tuchherren durch allenthalben ausbrechende Aufstände und Überfälle auf ihre Häuser und Zerstörung ihres Besitzes ihre Bedingungen aufzuzwingen. Ähnlich rotteten sich 1739 die Webergesellen Londons in großer Zahl vor dem Haus eines Meisters am Spital Square zusammen und versuchten, es zu zerstören, ehe die Riots Act verlesen und sie von der Wache auseinandergetrieben wurden. Im Februar 1744 plünderte laut *Gentlemen's Magazine* „ein Mob von mehreren tausend Nagelschmieden, der sich in Staffordshire zusammengerottet hatte, um eine Lohnerhöhung durchzusetzen, Häuser“. Und im Juli 1763 wandten die Böttchergesel-



„Jenny“ – frühe Spinnmaschine, 1764



General Ludd

len von Liverpool eine ziemlich neue Einschüchterungsmethode an: sie trugen einen Meister, der sie durch sein Verhalten erbost hatte, an einer Stange durch die Straßen. Zwölf Jahre später zogen die Seeleute bei einem Streik um einen Vierzigshilling-Monatslohn ‚mit Kanonen, Gewehren, Musketen, Karabinern, Donnerbüchsen, Pistolen, Schwertern, Hirschfängern, Messern, Knüppeln, Stöcken, Steinen, Ziegeln und anderen Angriffswaffen‘ durch die Straßen derselben Stadt. . . So auch in der gewalttätigen Schlußphase der stürmischen Geschichte der Weber in den 60er und zu Beginn der 70er Jahre, als im Zuge eines Lohnkonflikts im Oktober 1763 2000 als Matrosen verkleidete Webergesellen mit Hirschfängern bewaffnet in die Häuser derjenigen Mitgesellen eindrangen, die sich ihnen nicht hatten anschließen wollen, ihre Webstühle zertrümmerten, etliche verwundeten und einen Meister in effigie verbrannten.“

(Diese Beispiele sind aus G. Rudé, Die Volksmassen in der Geschichte, Frankfurt 1977, entnommen; zu verweisen ist auch auf E.P. Thompson, The Making of the English Working Class, Harmondsworth 1968.)

Aus dem letzten Beispiel wird auch eine weitere Funktion der Maschinenzerstörung deutlich: nur so konnten sich die Kämpfenden ein Minimum an Solidarität sichern. „In der Verlagsarbeit, wo die Menschen in kleinen Gruppen oder allein arbeiten, verteilt über zahlreiche Dörfer und Hütten, ist es jedenfalls nicht leicht, sich eine andere Methode vorzustellen, die eine effektive Arbeitseinstellung gewährleisten würde“, schreibt Hobsbawm. Jedenfalls war diese Methode zu ihrer Blütezeit sehr wirksam: „Die Meister waren ständig gegenwärtig, daß eine untragbare Forderung nicht nur eine zeitweilige Profiteinbuße, sondern die Zerstörung des gesamten angelegten Kapitals zur Folge haben konnte“ – was ihrer Neigung, sich mit den Arbeitermeuten zu verständigen, zweifellos förderlich gewesen sein muß.

Wie diese Methode in der Zeit des Luddismus funktionierte, soll das folgende Beispiel verdeutlichen: Nach Ashover kamen im Dezember 1811 „zwei Männer, die sich selbst Inspektoren des Komitees nannten; sie gingen in das Haus eines jeden Wirkers und verboten ihnen, ihre Arbeit unter einem bestimmten Preis zu verrichten, wobei ihnen eine Preisliste übergeben wurde. Die Inspektoren würden in einigen Tagen wiederkommen, und wenn sie einen Wirker bei der Arbeit finden würden, der von seinem Meister nicht schriftlich bestätigt bekommen hätte, daß dieser die auf der Liste angegebenen Preise zu zahlen bereit ist, dann würden sie dessen Wirkrahmen zerstören. Sie versammelten ferner ... alle Wirkmeister mit dem Ziel, Geld einzutreiben für das Brot für diejenigen Familien, denen die Wirkrahmen zerbrochen worden waren ...“ (Nach C. L. und R. Tilly, The Rebellious Century, Cambridge/Mass. 1975).

Neben diesen traditionellen Kampfformen des 18. Jahrhunderts stellt Hobsbawm nun jene Angriffe, die sich explizit gegen die neuen Maschinen und die industrielle Revolution richten. Hier wären die Kämpfe der Scherer in England und Frankreich zwischen 1740 und 1830 zu nennen, die Aufstände gegen maschinengetriebene Webrahmen 1826, die von Lancashire ausgehenden Maschinenstürmerbewegungen 1778 bis 1780 und 1811 und die Swing-Unruhen 1830. Freilich ging es dabei nie allein um die Zerstörung von Maschinen: so griffen die Weber des Londoner Stadtteils Spitalsfield nacheinander Maschinen, mit bedruckten Stoffen bekleidete Bürger und Immigrationsarbeiter an und begegneten Lohnkürzungen mit der Zerstörung von Webrahmen; um 1800 kämpften gleichzeitig die Weber gegen Neueindringlinge auf dem Arbeitsmarkt und die Scherer gegen neue Schermaschinen. Auch ging es weniger um die Zerstörung der Maschine als solcher, als um die Zerstörung der Maschine in der Fabrik; nicht gegen die Maschine als Arbeitsmittel, sondern als das Kapital, das sie von vornherein sind: in Lancashire wurden 1778 - 80 nur jene Jennys zerstört, die mehr als 24 Spindeln hatten und damit lediglich für Fabriken geeignet waren, während die übrigen Jennys verschont wurden. Es ging also bei diesen Kämpfen vor allem um ein Ziel: die Kontrolle des Arbeitsmarktes durch die Arbeiter, die Verhütung von Unterbeschäftigung und die Erhaltung des traditionellen Lebensstandards, wozu nicht nur die Löhne gehörten, sondern Freiheit, Würde und auch Lohn, der aber nicht durch Fabriksklaverei erkaufte werden sollte. Darüberhinaus ging es um die Bewahrung der beruflichen Qualifikation.

1.2.

An dieser Stelle sind zunächst zwei weitere Charakteristika der Maschinenstürmerzeit zu benennen: die breite Unterstützung, derer sich die Maschinenstürmer erfreuen konnten, und ihr fester Glaube, im besten Recht zu handeln.

In der Mechanisierung vorpreschende Kapitalisten handelten oft aus einer Notlage heraus; der vorherrschende und ehrbare Unternehmertyp jener Zeit besaß eine kleine Werkstatt oder war auf die Zusammenarbeit mit den örtlichen traditionellen

Produzenten angewiesen, und eine Maschine anzuschaffen war ein nicht immer lohnendes Wagnis. Henkel und Taubert (Maschinenstürmer, Frankfurt 1979) schreiben sehr schön: „Es waren selten die fortschrittlichsten Kapitalisten, die Maschinen offensiv einsetzten, um einen höheren Profit zu erzielen, sondern eher die ‚schlafmützigen‘ Unternehmer, die sich nicht mehr anders vorm Bankrott retten konnten als durch den Einsatz von Maschinen“ – oder, an anderer Stelle: „Wenn man als Kapitalist glaubt, man könne die wohlwogeneren abgesprungenen Preise der Klassengenossen unterbieten, ... dann wird man früher oder später auf jene unmoralischen Tricks verwiesen ...: entweder man betrügt die Arbeiter um ihren gerechten Lohn, oder man führt neue Maschinen ein. Typisch, daß, wer zum ersten Manöver fähig ist, auch vor dem zweiten nicht zurückschreckt!“.

So verliefen die Fronten auch quer durch die Kapitalistenklasse, und die Ludditen konnten mit Verständnis rechnen, wenn sie sich von den Kleinunternehmern für ihre Aktionen geradezu bezahlen ließen und ihnen etwa folgenden Brief vorlegten:

„Ihr Herren alle. Ned Ludds Empfehlungen samt der Hoffnung, daß ihr eine Kleinigkeit zur Unterstützung seiner Truppe geben werdet, da er sich sehr wohl auf die Kunst, hartnäckig Webstühle zu brechen, versteht. Wollt ihr dem willfahren, ist alles gut, wenn nicht, werde ich Euch selber aufsuchen. Edward Ludd.“

(Derweil erhielten die mit unmoralischen Tricks arbeitenden Kapitalisten solche Briefe:

„Werter Herr! Soeben erhalten wir Kunde, daß Ihr solch verabscheuungswürdige Schermaschinen in Gebrauch habt. ... Nehmt zur Kenntnis, daß ich, wofern sie nicht bis Ende kommender Woche beseitigt, einen meiner Stellvertreter beauftragen werde, sie zu zerstören ... und solltet Ihr die freche Stirn haben, auf einen meiner Männer zu schießen, so haben sie Befehl, Euch umzubringen und Euch Haus und Habe niederzubrennen.“)

Auch in den Swing-Unruhen, wo ähnliche Briefe an der Tagesordnung waren, sahen sich die rebellierenden Landarbeiter im Recht, für die Zerstörung von Dreschmaschinen Gebühren einzutreiben – und es wird von Farmern berichtet, die dankbar ihre Dreschmaschinen vor die Scheunen zogen und sie der Zerstörung preisgaben.

Ein starkes Argument, das die Maschinenstürmer zudem auf ihrer Seite hatten, war die schlechte Qualität der billigen mit den neuen Maschinen hergestellten Waren, eine Beleidigung für das Empfinden der handwerklichen Produzenten: „Die Maschinen oder Rahmen ... werden nicht deshalb zerbrochen, weil sie auf einem neuen Konstruktionsprinzip beruhen würden“, schrieb 1811 ein in der radikalen Mittelklasse verbreitetes Blatt, „sondern weil auf ihnen Güter gearbeitet werden, die von geringem Wert sind, die das Auge beleidigen und dem Handwerk abträglich sind und deshalb schon den Samen der Zerstörung in sich tragen“. – Freilich stand auch hier die Kontrolle des Arbeitsmarkts im Vordergrund, und Thompson schreibt im Anschluß an dieses Zitat: „Billige Produktionstechniken förderten den Einstrom von billiger und unqualifizierter Arbeitskraft. Das Stricken auf Rahmen wurde zu einem ‚ehrlosen‘ Handwerk hinabgestuft“.

Obwohl die englische Gesetzgebung gegen die Zerstörung von Produktionsmitteln in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts immer schärfer wurde („Die kommerzielle Expansion, die Einhegungen, die frühen Jahre der industriellen Revolution – all das fand im Schatten der Galgen statt“, schreibt Thompson) – 1812 wurde die Todesstrafe für das Zerstören von Webrahmen eingeführt –, waren alle Maschinenstürmer stets der Meinung, „nicht nur das Recht, sondern auch das Gesetz auf ihrer Seite zu haben“. Noch 1831 forderte Lord Melbourne: „Die Maschinen müssen dem Schutz des Gesetzes unterstellt werden wie alle anderen Eigentumstitel auch“ – das Recht aber, das bei den Unterklassen nach wie vor Gültigkeit behielt, war ein anderes als das bürgerliche: es war das Wissen um Gerechtigkeit, das sich auf der moralischen Ökonomie gründete.

1.3.

Nun hat Eric Hobsbawm seinen 1952 geschriebenen und hier herangezogenen Aufsatz mit den folgenden Worten eingeleitet:

„Es gibt mindestens zwei Arten der Maschinenstürmerei, ganz abgesehen von den Zerstörungen, die im Rahmen gewöhnlichen Aufruhrs gegen hohe Preise oder andere Ursachen von Unzufriedenheit stattgefunden haben.“ Er hat also ein ganzes Spektrum der Kämpfe jener Zeit explizit ausgeklammert – ein Spektrum, das für uns heute einen Schlüssel für das Verständnis der Maschinenstürmerei liefert. Es ist also das „Verhandeln durch Aufruhr“ ebenso wie der explizite Angriff auf die neuen Maschinen in den Zusammenhang des „gewöhnlichen Aufruhrs“ jener Zeit zu stellen; beides sind nur Pole jenes Spektrums – schon einfach deshalb, weil sich die Akteure dieser verschiedenen Arten von Aufruhr und Maschinensturm nicht trennen lassen: die Zinnbergleute und Kohlebergarbeiter etwa, die das „Verhandeln durch Aufruhr“ so exzellent beherrschten, waren nämlich dieselben, die in Teuerungzeiten durch die Dörfer zogen und sich an kollektiven Preisfestsetzungen beteiligten; und in den Ludditenaufständen spielten die „General Ludd’s Wives“, die Frauen, die auf den Marktplätzen billige Brotpreise durchsetzten, eine nicht minder wichtige Rolle als die gegen Wirk- und Webrahmen vorgehenden Männer.

„In der von uns behandelten Übergangsperiode“, so schreibt G. Rudé in der Einleitung zu seinem oben zitierten Buch, „ist die typische Form des sozialen Protests weder der Streik der kommenden Ära noch die chiliastische Bewegung oder die Jacquerie der vorangegangenen, sondern der Teuerungsaufstand ... Die Triebkraft dieser kleinen Leute, die häufig in umherziehenden Banden unter dem Befehl von Männern auftauchten, die sich durch ihre Persönlichkeit, ihren Aufzug, ihre Redeweise und ihre zeitweilige Autoritätsausübung als Führer hervortun, liegt ebenso sehr in der Erinnerung an Gewohnheitsrechte oder der Sehnsucht nach vergangenen Utopien wie in der Hoffnung auf eine handfeste Besserung ihrer sozialen Lage; sie sorgen durch Zertrümmerung von Fenstern und Maschinenstürmerei und Plünderung der Märkte, Anzünden von Heuschobern, Verbrennung der Bilder ihrer momentanen Gegner und ‚Niederreißen‘ ihrer Häuser, Gehöfte, Zäune, Mühlen oder Schenken, selten jedoch durch Töten, selbst für Gerechtigkeit. Mit anderen Worten, die charakteristische, stetig wiederkehrende Form des Volksprotests ist der Aufruhr, der allerdings gelegentlich auch in Rebellion oder Revolution umschlagen kann.“

Diese Form des Teuerungsaufstands soll uns hier interessieren, die bis in den Vormärz die Klassenauseinandersetzungen in England und Frankreich, dann auch in Mittel- und Südosteuropa geprägt haben. Wie uns E.P. Thompson für das England des 18. Jahrhunderts gezeigt hat (in seinem Aufsatz „Die moralische Ökonomie der englischen Unterschichten im 18. Jahrhundert“, deutsch in: D. Puls pp., Wahrnehmungsformen und Protestverhalten, Frankfurt 1979), bewegten sich diese Teuerungsaufstände

„im Rahmen eines volkstümlichen Konsenses darüber, was auf dem Markt, in der Mühle, in der Backstube usw. legitim und was illegitim sei. Dieser Konsens wiederum beruhte auf einer in sich geschlossenen, traditionsbestimmten Auffassung von sozialen Normen und Verpflichtungen und von den engemessenen wirtschaftlichen Funktionen mehrerer Glieder innerhalb des Gemeinwesens. Zusammengenommen bildeten sie das, was man die ‚Moralische Ökonomie‘ der Armen nennen könnte. Eine gröbliche Verletzung dieser moralischen Grundannahmen war ebenso häufig wie die tatsächliche Not der Anlaß zu direkter Aktion“.

Diese moralische Ökonomie, das Wissen um das Lebensrecht jedes einzelnen, um Gerechtigkeit, die nicht allein am gerechten Brotpreis gemessen wurde, war das, was den Frauen und Männern, die auf den Marktplätzen vor einem widerspensti-

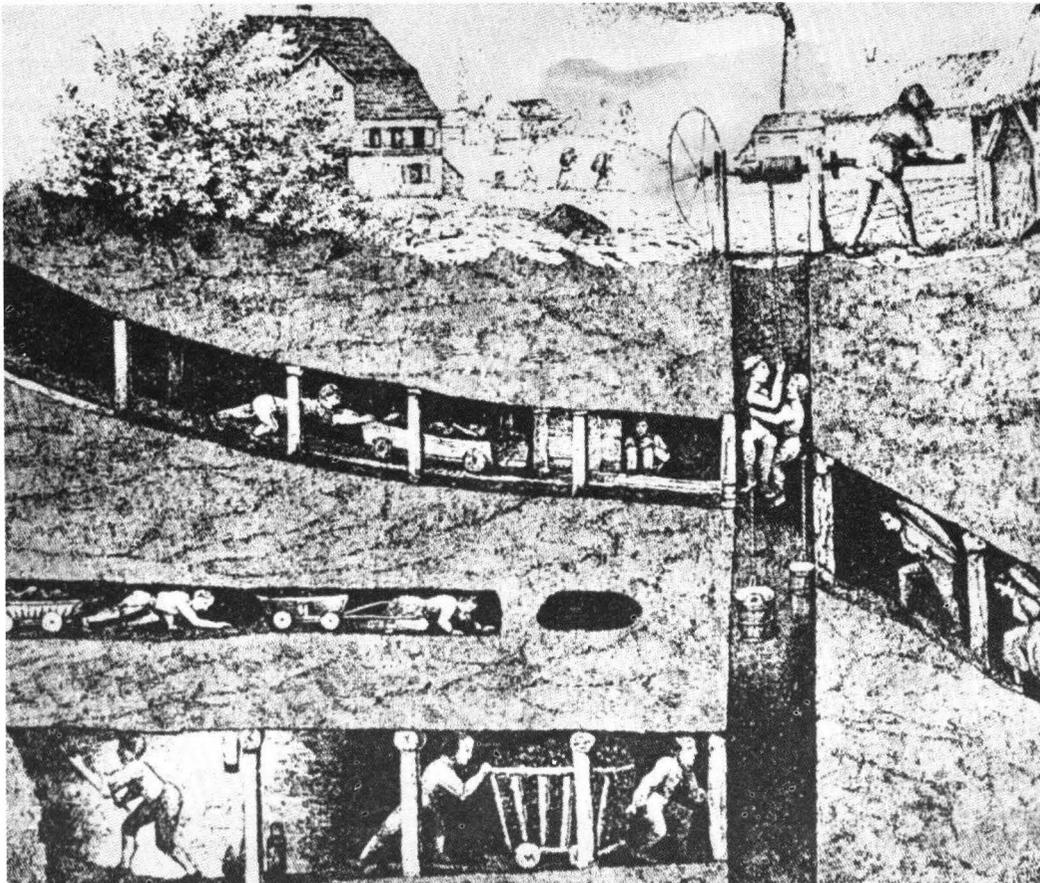
gen Farmer oder Händler Aufstellung nahmen oder marodierend zu den Mühlen zogen oder Getreidetransporte überfallen, den geordnet einschreitenden Bergleuten, Webern oder Strumpfwirkern, den organisierten Banden „General Ludds“ oder „Captain Swings“ gemeinsam war.

„Zwar reagieren die Massen von Fall zu Fall unterschiedlich“, schreibt Rudé, „aber bestimmte gemeinsame Elemente lassen sich doch herauschälen. So u.a. die Tendenz, direkt einzugreifen und eine elementare ‚natürliche‘ Gerechtigkeit durchzusetzen. Denken wir nur an die Neigung der streikenden Arbeiter, Maschinen zu zerstören oder die Häuser ihrer Arbeitgeber ‚niederzureißen‘; die gleiche Tendenz zum Spontaneismus (— wobei es sich, wie Rude später beschreibt, um das steti-ge Wiederaufleben lang bekannter und überlieferter Aktionsmuster handelt —) ist bei den Kämpfen der Teuerungsaufstände zu sehen, die Märkte und Bäckerläden stürmen und eine Preiskontrolle durch das Volk oder eine taxation populaire erzwingen wollen, ebenso bei den Aufführern auf dem Land, die Zäune und Schranken einrissen oder Dreschmaschinen und Arbeitshäuser zerstörten und die Heuschöber der Pächter und Großgrundbesitzer anzündeten ...“

Es ist sicher nicht verkehrt anzunehmen, daß die Inhalte der moralischen Ökonomie in den gezielt gegen die neuen Maschinen gerichteten Aktionen eine weitergehende Präzisierung erfahren haben. Wenn in Lancashire 1778-80 nur jene Webstühle zerstört wurden, die lediglich zur fabrikmäßigen Produktion geeignet waren, oder wenn von den Ludditen jene Meister verschont wurden, die an ihren Maschinen weiterhin qualifizierte Handwerker beschäftigten und „gerechte Löhne“ zahlten, dann kommt darin zum Ausdruck, daß hier das Lebensrecht des einzelnen zum Recht auf Leben außerhalb der Fabriksklaverei, in einer dezentralen handwerklichen Produktion wurde; daß in den frühen Fabriken und Minen der gerechte, traditionell bestimmte Lohn gleichberechtigt neben der alles bestimmenden Frage nach dem gerechten Brotpreis stand.

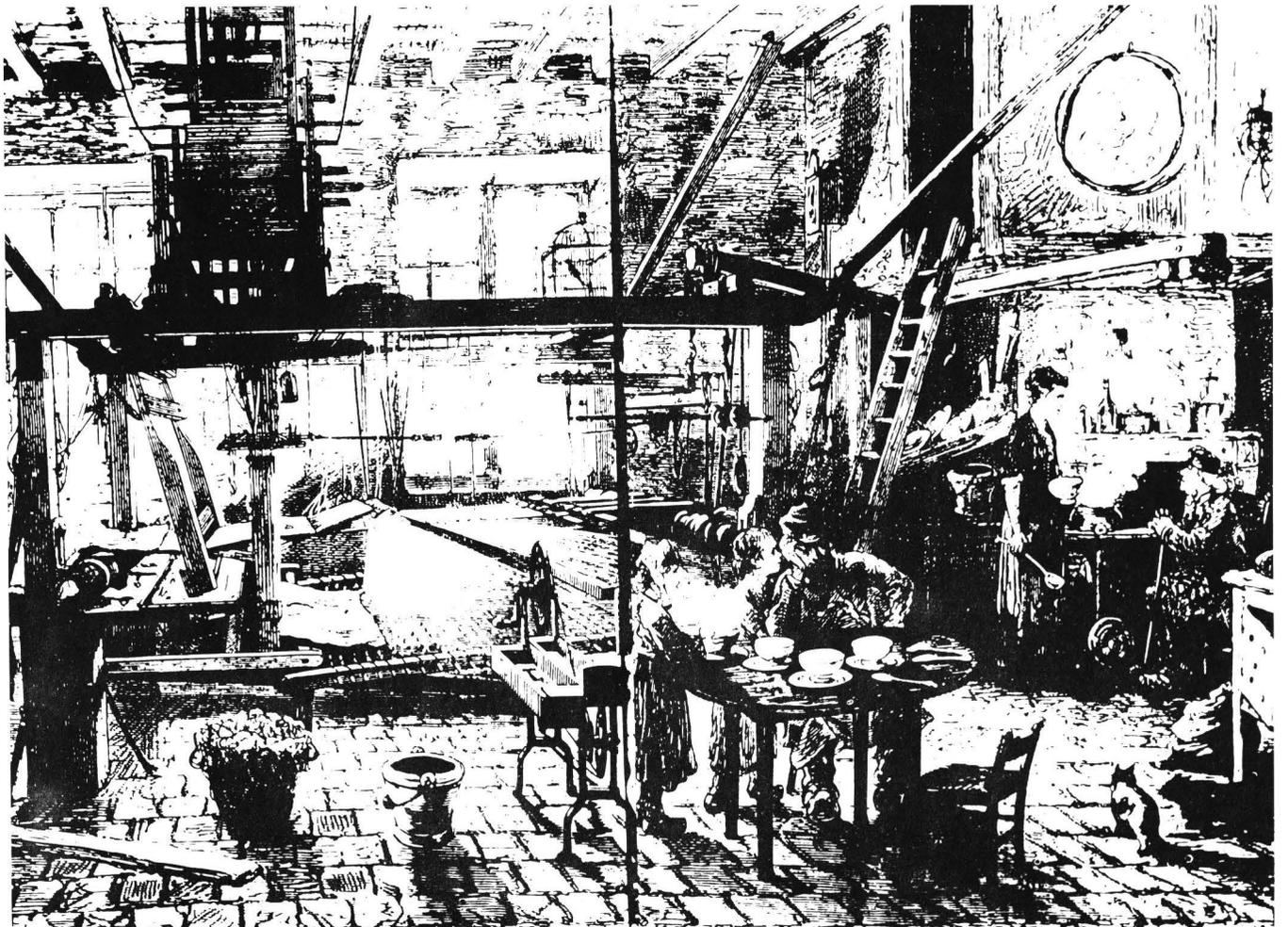
Gehen wir kurz auf die soziale Zusammensetzung dieser Protestformen ein. Offenkundig ist, daß der „Verhandeln durch Aufruhr“ eine Sache der Bergarbeiter, Zinngrubenarbeiter, Lade- und Werftarbeiter oder der Scherer — im Vormärz dann auch der Erd- und Eisenbahnarbeiter — gewesen ist. Hier entstand der Aufruhr von den Gruben, Kolonnen, Schächten aus, also aus den Arbeitszusammenhängen, um sich dann, oft durch Umzüge der Arbeiter, regional zu verbreitern. Daneben haben geheime Organisationen der Arbeiter eine Rolle gespielt; in England hat sich, Thompson zufolge, das gesamte Arsenal der Arbeiterklasse im Untergrund gebildet. Als in Lancashire der Luddismus begann, schreibt er, „gab es in Manchester und den großen Zentren längst Handwerkerverbände, Geheimkomitees der Weber, einige neue und alte Gruppen Painscher Radikaler mit sprudelndem irischen Einschlag“ — ähnliches ließe sich zweifellos von den Gesellenunruhen auf dem Kontinent für das 18. und frühe 19. Jahrhundert behaupten. Das Bild wird weniger eindeutig, wenn man bedenkt, daß diese Arbeiter ja in den gleichen Dörfern wohnten und in Teuerungszeiten nicht selten in die Dörfer gezogen sind, um die Preise festzusetzen — eine Aktionsform, die oft von den Frauen auf den Marktplätzen angewandt wurde. Bei den dezentral in Heimarbeit produzierenden Schichten, den Webern, Strumpfwirkern, Schuhmachern usw., hat sicherlich die umherziehende Bande — richtiger: haben die Delegierten der jeweiligen Handwerkerorganisationen, die die Rahmen nicht streikwilliger Berufsgenossen zerbrachen (vor allem natürlich, wenn diese dem Verleger gehörten) und sich dann sammelten, um das Haus ihres Tuchherren einzureißen — die entscheidende Rolle gespielt. Auch die „Captain Swing“-Unruhen entwickelten sich dezentral in den verschiedenen Dörfern: meist waren es zunächst kleinere Gruppen oft jugendlicher

Englisches Bergwerk 1850





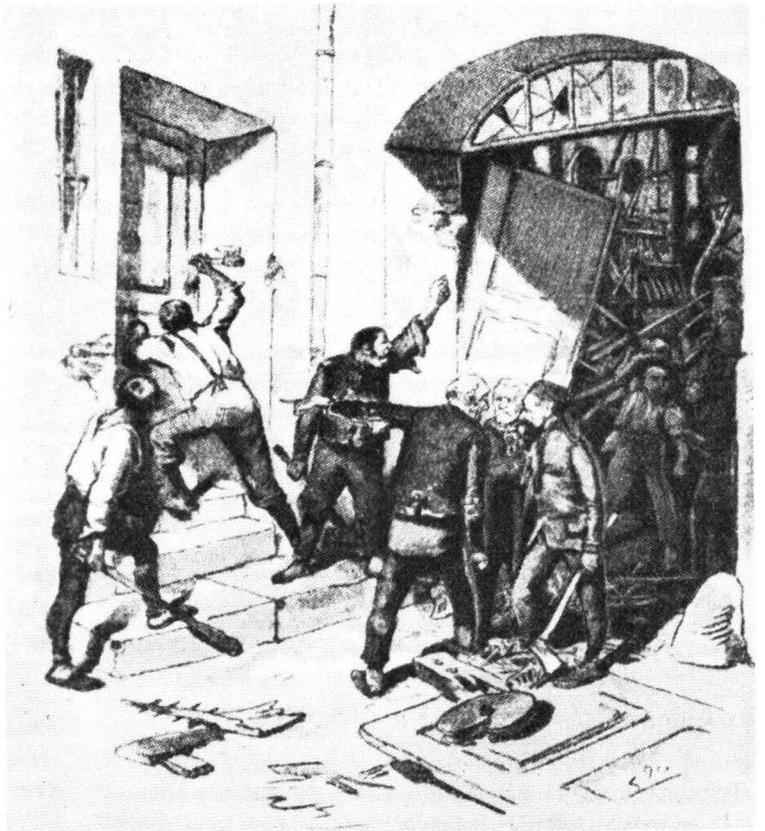
Pariser Frauen auf dem Weg nach Versailles, 1789



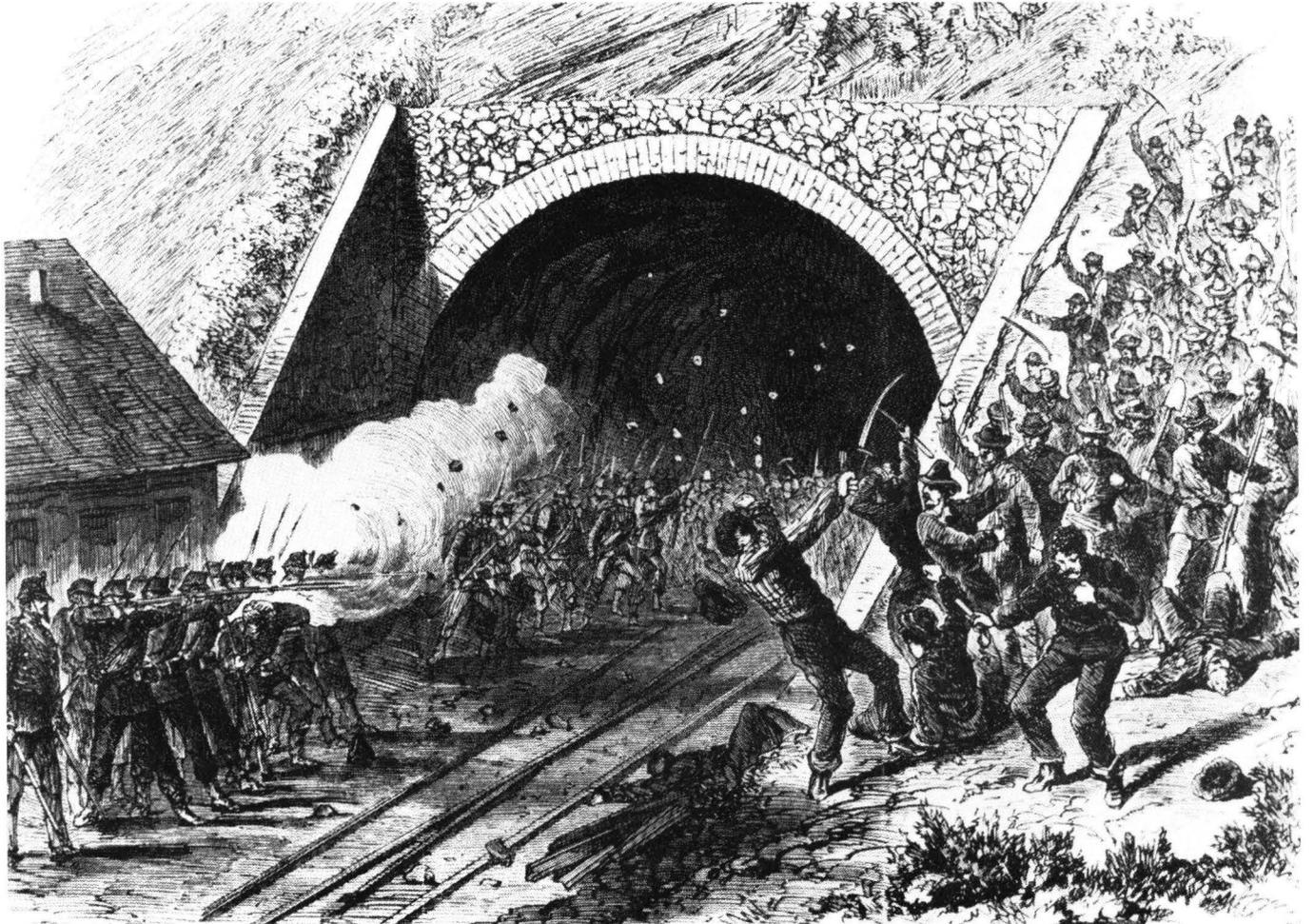
Von zweistöckigem Webstuhl beherrschter Wohn- und Arbeitsraum einer Seidenweberfamilie um 1830



Marktrevolte in England um 1814



Schlesischer Weberaufstand, 1844



Arbeiteraufstände beim Eisenbahnbau, 1975 (St. Gotthard Tunnel)

Männer, die sich um einen kurzfristig ausgemachten Führer gruppierten, oft einen Dorfhandwerker oder einen anderen angesehenen Zeitgenossen, diesen auf ein weißes Pferd setzten, ihm eine Fahne in die Hand drückten und dann, in Festtagskleidung, gegen die Dreschmaschinen zogen. Deren eigentliche Zerstörung erforderte nur wenige Mann, zumal, wenn es sich um qualifizierte Handwerker handelte – es schlossen sich dann oft volksfestartige Szenen an, bei denen sich ganze Dörfer von den geschädigten Farmern beköstigen ließen: hier endete der Angriff auf die Maschinen mit einem Zwischenfall von Teuerungsaufstand und traditionellem Volksfest (vgl. Hobsbawm, Rudé: Captain Swing, Harmondsworth 1973). In den eigentlichen Ludditenaufständen waren die organisierten Trupps, an deren Spitze je ein „Stellvertreter des General Ludd“ stand, nur ein Segment im Spektrum der Aktionen:

„Da waren in erster Linie die beiden ... bereits erörterten Formen der Maschinenstürmerei, die sich im einen Fall gegen die Arbeitgeber wandte, um Konzessionen zu erzwingen, und im anderen gegen den Einsatz von Maschinen überhaupt; weitere Aktionen waren Teuerungsaufstände, die sich gelegentlich, wenn auch keineswegs immer, mit den maschinenstürmerischen Aktionen der Ludditen überschneiden; des weiteren Verschwörungen mit der Abnahme unerlaubter Eidesformeln und schließlich und endlich (selbsternannte oder von den Behörden so bezeichnete) ‚Ludditen‘, die die allgemeine Unruhe nutzten, um Geld zu erpressen, Gehöfte zu plündern oder sich Waffen zu beschaffen“ (Rudé).

Immer wieder haben gefangene an Teuerungsaufständen oder Maschinenstürmerei Beteiligte vor den Gerichten ausgesagt, daß sei einen eigentlichen Führer nicht gehabt, sondern daß sie spontan und jeder aus eigenem Antrieb gehandelt hätten. Einen Führer brauchten sie nicht: viele Aktionsformen orientierten sich an Vorbildern, die bereits 100 Jahre zuvor in ganz ähnlicher Weise abgelaufen und im Volk überliefert waren; andererseits hatten die im 18. Jahrhundert sich ausweitenden Teuerungsaufstände und die englischen Captains eine propagandistische Tendenz, die sich oft Schritt für Schritt von Ort zu Ort verfolgen läßt, so daß sicherlich Vorbilder und überlieferte Traditionen ebenso wie die lebendige Vermittlung des andernorts Geschehenen gleichermaßen eine Rolle gespielt haben. Darüberhinaus boten der Zusammenhalt

und die sozialen Beziehungen der Produktionsfamilien bei den Heimproduzenten wie bei den Landarmen die Ausgangspunkte für jene „plebejische Kultur“, zu der alle hier beschriebenen Formen des Protestverhaltens gehören, und für die Weitergabe des Wissens um die moralische Ökonomie über die Generationen (vgl. hierzu das Kapitel Plebejische Kultur und protoindustrielle Familienökonomie, in: P. Kriedte, H. Medick und J. Schlumbohm, Industrialisierung vor der Industrialisierung, Göttingen 1978). – Mit diesen Vorbildern und diesem Wissen konnten die Unterklassen spontan und gleichsinnig handeln.

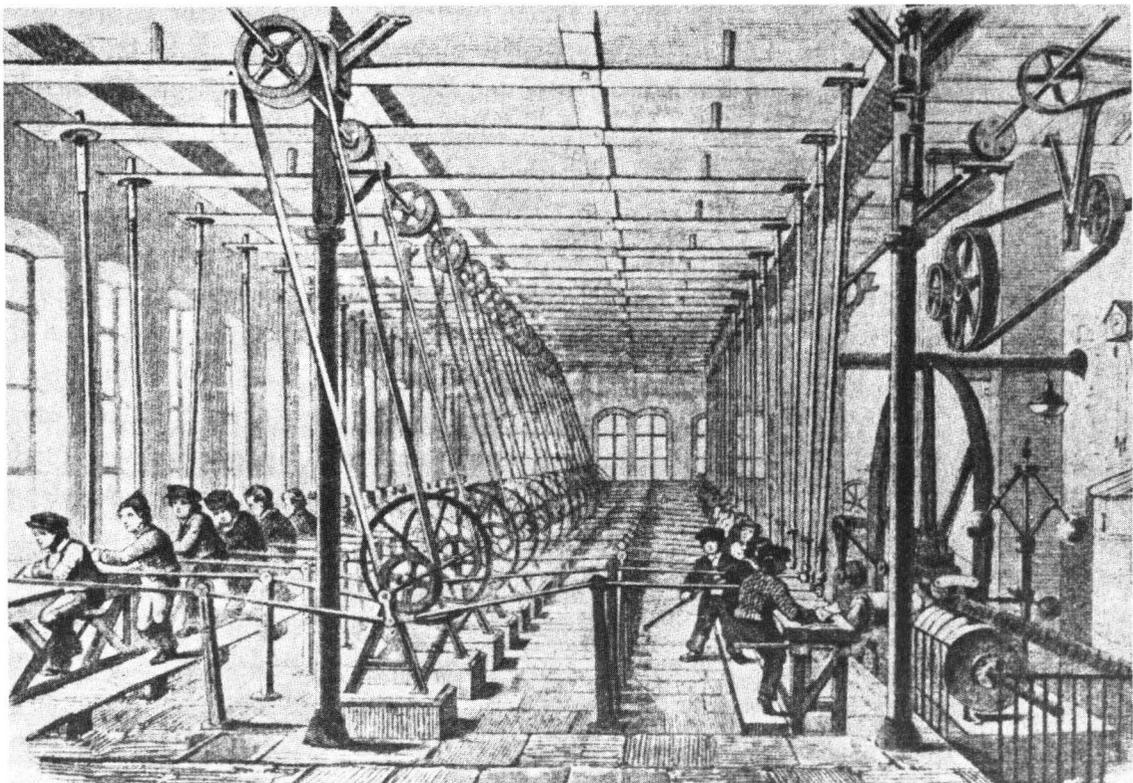
1.4.

Martin Henkel und Rolf Taubert haben bei ihren Regionalstudien über Maschinenstürmer in Eupen und Solingen gefunden, „daß trotz der scheinbar völlig anderen Verlaufsgeschichte Hobsbawms wesentliche Feststellungen sich auch auf die deutschen Phänomene übertragen lassen, die wir untersucht haben“ – auch hier treffen wir die unterschiedlichen Formen der Maschinenzerstörung und auch ihre Verbindung zu den Teuerungsaufständen.

Ein frühes Beispiel für die Maschinenstürmerei sind die wendländischen Leineweber:

„Als zu Beginn des 18. Jahrhunderts der ‚Ratszimmermeister Diedrich den dolgowschen Leinwebern‘ einen ‚selbsttätig arbeitenden Webstuhl‘ verfertigte, haben ‚alle Bauern die neben dem gestanden das Garn abgeschnitten‘ und den Webstuhl unter den Augen ‚der Obrigkeit auch von den Predigern‘ auf ein freies Feld gebracht, ‚also es noch stehet, daß ein jeder Mensch sehen kann‘“ (J. Klein, in: Autonomie N.F. Heft 4/5).

Hier haben die Bauern-Leineweber eines Dorfs kurzerhand ein Exempel gesetzt, und in den folgenden Jahrzehnten hat wohl kein Ratszimmermeister mehr versucht, einen neuen „selbsttätig arbeitenden Webstuhl“ zu konstruieren. Aus Sachsen, von wo aus den 1840er Jahren zahlreiche Vorfälle von Maschinenstürmerei berichtet werden, zitieren Henkel



Kinderarbeit in einer Buntpapierfabrik, 1858

und Taubert ein Beispiel, wo die Handwerksorganisation der Weber (in der Tat fanden die Hauptkämpfe der Maschinenstürmerei auch hier in der Textilindustrie statt) gegen die Maschinen Aufstellung nimmt:

„Im März 1841 hatte die Firma Henning und Völker in Ronneburg in Sachsen die ersten vier mechanischen Webstühle gekauft. Als die Maschinen noch verpackt in der Fabrik standen, versammelten sich die (wahrscheinlich im Verlag arbeitenden) Webmeister und -gesellen in ihrem Innungslokal. Sie verabschiedeten zwei Petitionen: eine an die Regierung, in der sie das Verbot mechanischer Webstühle forderten, und eine an die Stadtverwaltung, in der sie eine einstweilige Versagung der Betriebserlaubnis bis zum Entscheid der Regierung verlangten. Auf Antrag der Unternehmer wurde ein Versammlungsverbot nicht nur für die Innung der Weber, sondern auch für die Zeugmacher erlassen. Daraufhin versammelten sich die drei Innungen gemeinsam (es gab je eine Innung für Tuch- und Leineweber) am 26.3.1841 und faßten den formellen Beschluß, die Maschinen zu zerstören. Sie versahen sich mit dem notwendigen Gerät, führten ihr Vorhaben durch (d.h. sie marschierten schön ordentlich, ein Lied auf den Lippen, zum Maschinensturm) und kehrten in ihr Versammlungslokal zurück. Die Polizei verhaftete einige Gesellen, die übrigen (es wurden in der Tat immer mehr) forderten die Freilassung der Inhaftierten. Schließlich rückte Militär an und zerschlug den Aufstand.“

Die Innungsversammlung also, „seit alters her für die Regelung der Arbeitsbedingungen und für die Verhinderung verderblicher Konkurrenz zuständig“, war „nach gewiß ausführlicher Diskussion zu dem Ergebnis“ gekommen, daß die Maschinen beseitigt werden mußten, und das wurde dann geordnet durchgeführt. Heimarbeiter, die meist an eigenen Werkzeugen für einen Verleger produzierten, waren in fast allen Fällen die Träger derartiger Aktionen. J. Kocka (Lohnarbeit und Klassenbildung, Berlin, Bonn 1983) schreibt dazu:

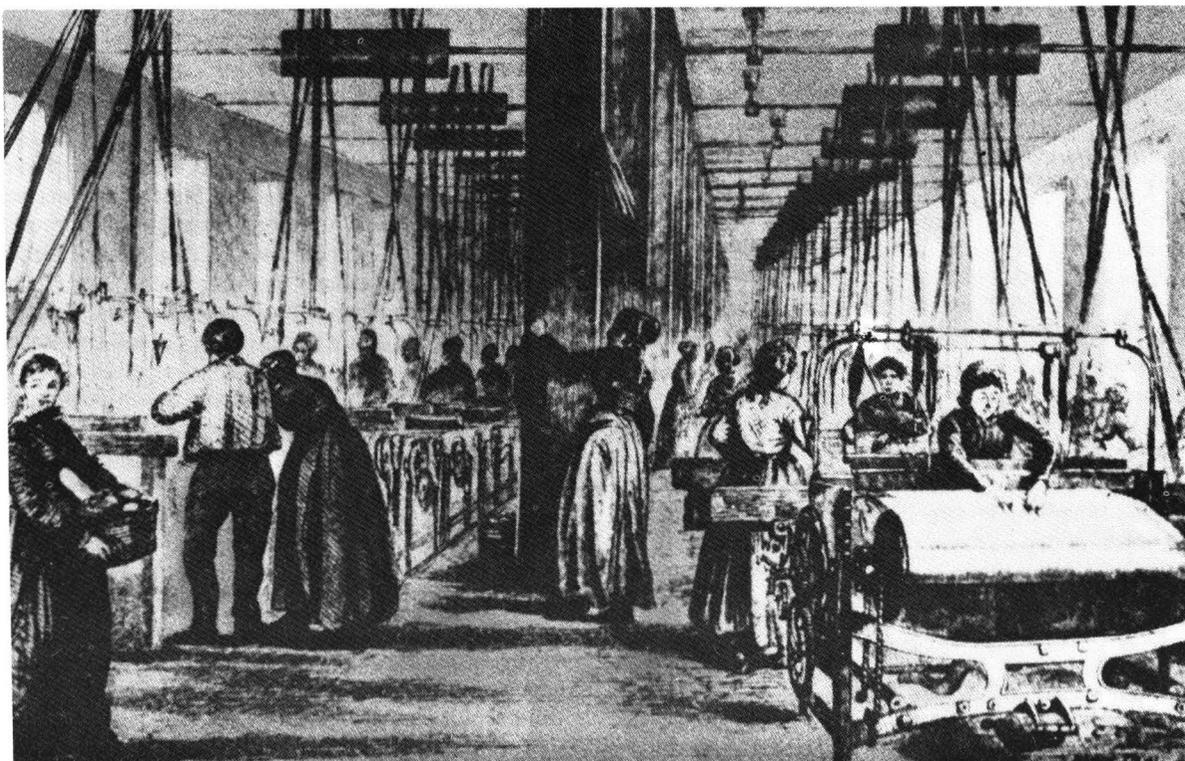
„In den 20er, 30er und 40er Jahren nahmen Heimarbeiter zahlreich an Unruhen und Tumulten teil, die sich gegen Fabriken und Maschinen, aber auch gegen Häuser von Fabrikanten, Verlegern und Beamten richteten, obwohl wahrscheinlich Maschinenstürmereien und Tumulte dieser Art in der deutschen Frühindustrialisierung weniger häufig auftraten als in England oder Frankreich. Während solche Tumulte teilweise Ausdruck der Verzweiflung und meist ohne viel Wirkung waren, wurden sie zweifellos oft von antikapitalistischen und gegen den Wettbewerb gerichteten Vorstellungen geleitet, die aus der ständischen Handwerkstradition stammten und den Idealen der Gegenseitigkeit, des gerechten Preises, der ehrbaren Nahrung und zünftiger Wettbewerbsbeschränkungen anhingen ...“

Weniger geordnet, nicht von den traditionellen Innungen ausgehend, sondern bei einer Arbeiterschaft mit industrieller Tradition durch ungerechte Löhne aufgeheizt ist der Aufruhr, bei dem in Eupen 1821

in der Tuchfabrik der Gebrüder Stolle & Comp. „die zusammengelaufenen Arbeiter die in dem Hofe gestandenen Kisten mit Maschinen gewaltsamer Weise erbrochen und und die Maschinen zerstört und solche ins Wasser geworfen haben“ – anschließend „haben sich die Rotten wieder verlaufen“, in die „Wirtshäuser zerstreut“ und „starke Getränke zu sich“ genommen. Aber nicht nur das; in einem anderen Schreiben des Eupener Landrats wird weiter berichtet, daß zwar durch einige Verhaftungen und „beherztes Auftreten“ „die Ruhe ziemlich hergestellt“ werden konnte – „nur durchliefen noch einzelne Rotten des gemeinen Volks die Straßen, in dem sie drohten, die Gefangenen ihrer Haft zu entreißen. Auch vernahm man, daß die Empörer des Morgens Abgesandte in verschiedene Fabriken deputirt hatten und jetzt noch deputirten, um die ruhig gebliebenen Arbeiter aufzufordern oder zu zwingen, gemeinschaftliche Sache mit ihnen zu machen und ihre gefangenen Kameraden zu befreien, was ihnen auch zum Theile gelungen war; indem die Arbeiter von mehreren Fabriken, ihre Werkstätten verlassen und sich den Empörern angeschlossen hätten.“

Bei diesen Rotten des gemeinen Volks handelte es sich, wie Henkel und Taubert zeigen, um wohlorganisierte Scherer: „Die Arbeiter“, schreiben sie, „die im April 1821 in Eupen eine Maschine zerstörten, waren nicht unzivilisierte, halb wilde, jedenfalls ihrer selbst unbewußte Schläger, die noch nicht wußten, daß zur Aktion auch die Organisation gehört. Die Eupener Scherer treten 1724 zum ersten Mal, auf die eine oder andere Weise sehr wohl organisiert, in Erscheinung. Die Maschinenstürmer blickten auf ein Jahrhundert Kampferfahrung zurück“. Die Maschinen, gegen die die Ronneburger Innungen zwanzig Jahre später marschieren würden, arbeiteten in Eupen schon längst – es handelte sich hier in Eupen um eine frühindustrielle Arbeiterschaft, deren Vorgehen ein Zwischending zwischen „Verhandeln durch Aufruhr“ und traditionell organisierter Maschinenzerstörung gewesen ist.

Henkel und Taubert haben in ihrem Buch auch einen Streik beschrieben, der 1826 in der Stahl-„Fabrik“ von Solingen stattgefunden hat – einen wohlorganisierten, von den Wirtshäusern als Versammlungslokalen ausgehenden Streik, mit



Frauenarbeit in einer Spinnerei in den Vogesen, vor 1848

dem die Scherschleifer aus den dezentralen Solinger Werkstätten ihre Löhne gegen die reichen Kaufleute zu erhöhen und gleichzeitig gegen das verhaßte Truck-System anzugehen versuchten. Für unseren Zusammenhang wird dieser Streik deshalb interessant, weil es 22 Jahre später in Solingen eine größere Zerstörungsaktion gegeben hat, über die wir, von einem bei Henkel/Taubert zitierten Augenzeugen, folgendes erfahren:

„Eines Tages hielten die arbeitslosen Scherschmiede, Schleifer, Feiler, Nagler etc. auf dem damaligen Schützenfelde, südlich von der Stadt, eine Volksversammlung ab. Es wurden viele Reden gehalten, wodurch die Gemüter erhitzt wurden. Dann zog man zu der Gießerei am Werwolf, ganz in der Nähe gelegen. Der Volkshaufen vermehrte sich durch viele Neugierige und junge Burschen. Kaum war man zu der Fabrik gekommen, als die jungen Burschen mit Steinwürfen die Dachpfannen zerstörten und die Fenster einwarfen. Dann drang Jung und Alt in die Fabrik ein, holten in Körben und Kisten die fertigen und halbfertigen Waren heraus und machten dieselben mit Eisenstangen und Kolben in kurzer Zeit unbrauchbar. Nachdem das Zerstörungswerk im Innern der Fabrik vollendet, brachte man den großen Schornstein durch Einkerbungen am unteren Ende zu Fall.

Das ganze Werk der Verwüstung war in kaum zwei Stunden vollbracht. Der Schützenverein wurde durch Alarmsignal versammelt, zog sich aber zurück, als die Masse des Volkes, bewaffnet mit allen möglichen Gegenständen aus der zerstörten Fabrik, eine drohende Haltung gegen ihn einnahm. Die Menge zog nun zur Gießerei am Platzhof, eine halbe Stunde südwestlich von Solingen gelegen. Hier und in einer Gießerei zu Vospel, dicht bei Solingen, verfuhr man in der gleichen Weise ... Nachdem die Zerstörung der Fabrik in Burg erfolgt war, kehrten die Teilnehmer an dem Zerstörungswerk am nächsten Morgen früh nach Solingen zurück. An langen Stangen trugen sie aufgeschnittene Stroh-säcke als Fahnen. Sie hatten fleißig gearbeitet, denn in einem halben Tag und einer halben Nacht waren vier verhaßte große Gießereien vollständig zerstört ... Das Truck-System, die Lohnauszahlungen in unverkäuflichen Waren statt in Geld, wurde in Solingen nach diesen Aktionen eingestellt.

Henkel und Taubert, im Streit gegen die Verfälschung der Parteigeschichtsschreibung, ziehen daraus den Schluß: „So manche rote Fahne, die in der Geschichte der Arbeiterbewegung flattert, mag in Wirklichkeit ein aufgeschnittener Stroh-sack gewesen sein.“ In ihrem Aufsatz „Was läuft?“ (Kursbuch 50) erweitern die Autoren diesen Horizont; sie schreiben:

„Der Erfolg der Solinger Arbeiter sprach sich herum. Und so brechen auch im benachbarten Remscheid Anfang April unter den Feilenhauern ‚Unruhen‘ aus. Auf Demonstrationen fordern sie Lohnerhöhungen und Senkung der Preise der Grundnahrungsmittel ... So ergreifen die Feilenhauer die Initiative und beginnen am 5. April, eigenmächtig die Preise der Waren auf dem Markt herunterzusetzen ...

Schließlich versuchen auch die Arbeiter im wenige Kilometer entfernten Elberfeld, die demokratische Revolution zu einer Verbesserung ihrer sozialen Lage zu mißbrauchen ... Am 18.3. ziehen die Arbeiter nach einer Kundgebung zu der Fabrik des Unternehmers v.d. Beek, zerstören sie und werfen die Fensterscheiben des Rathauses zu Bruch. Militär zerschlägt den Aufstand blutig ... Nunmehr gehen die Arbeiter zur Selbsthilfe über: an den Markttagen nehmen sie den Händlern die Waren weg und verkaufen sie zum Unterpriß oder zu einem Priß, bei dem der Händler keine Profite macht. ...“

Derartige Preissetzungen waren, zunächst auf dem Lande, in Deutschland in den 1840er Jahren nicht selten; nach Tilly handelt es sich „um ein typisches Szenario des Protests in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts: eine örtliche Gruppe der Dorfarmut verteidigt ihre traditionellen Rechte und Ressourcen mit traditionellen, informellen Mitteln gegen die unpersonlichen Mächte der fortschreitenden Kommerzialisierung“; er zitiert das folgende Beispiel aus dem Frankfurter Journal vom 3. Oktober 1842:

„Aufgrund der in diesem Jahr lang anhaltenden Dürre sind die Getreidehändler von überall her in diese Gegend gekommen, um die lokalen Vorräte für den Export aufzukaufen. Natürlich werden die Kosten für diese Arrangements im wesentlichen von den armen örtlichen Handwerkern getragen, die dadurch nicht mehr in der Lage sind, das Korn zu kaufen, das sie brauchen. Als ich kürzlich durch Kieselbach reiste, konnte ich eine Revolte gegen diese Zustände beobachten. Getreidehändler hatten gerade ihre Wagen beladen und die Armen des Dorfes waren um den Dorfvorsteher versammelt; sie klagten laut und bitter

und drängten ihn, etwas zu tun. Der Dorfvorsteher wußte sich nicht zu helfen. Er schritt, den Protestierenden voran, zu dem Ort, wo die Wagen standen und schlug mit schweren Schlägen seiner Axt die Behälter der Wagen entzwei; gleichzeitig bedachte die Menge die Getreidehändler mit unvorstellbaren Flüchen, bis schließlich die Polizei diese vor dem drohenden, empörten Mob rettete“ (Rückübersetzung aus dem Englischen).

In den Jahren 1847/48 fanden solche Brotunruhen überall in Europa mit nicht gekannter Stärke statt, die oben für Solingen beschriebenen Ereignisse standen in diesem Zusammenhang. Wir haben also, aus den von Henkel und Taubert beschriebenen Ereignissen, auch für hiesige Regionen das Spektrum von der gezielten Maschinenstürmerei bis zum „Verhandeln durch Aufruhr“ und die Verbindung zu der typischen Aktionsform der moralischen Ökonomie, der Plünderung und Preisfestsetzung, beobachtet. In dramatischer Weise verbindet der schlesische Weberaufstand von 1844, hier in der zeitgenössischen Schilderung von W. Wolff (in: L. Kroneberg, R. Schlosser, Weber-Revolte 1844, Köln 1979) Verhandeln durch Aufruhr und moralische Ökonomie:

„Eine Schar Weber erschien in Nieder-Peterswaldau und zog auf ihrem Marsche alle Weber aus den Wohnungen rechts und links an sich. Als dann begaben sie sich nach dem wenig entfernten Kapellenberge und ordneten sich paarweise und rückten so auf das neue Zwanzigersche Wohngebäude los. Sie forderten höheren Lohn und – ein Geschenk! Mit Spott und Drohen schlug man's ihnen ab. Nun dauerte es nicht lange, so stürmte die Masse ins Haus, erbrach alle Kammern, Gewölbe, Boden und Keller und zertrümmerte alles ... und stürzte die Waren und Vorräte zu den Fenstern hinaus, wo sie zerrissen, zerstückt und mit Füßen getreten oder, in Nachahmung des Leipziger Meißgeschäfts, an die Umstehenden verteilt wurden ... Neben Zwanziger wohnt der Fabrikant Wagenknecht. Er hatte die Weber menschlicher behandelt, er blieb verschont. Da er ihnen noch ein kleines Geschenk verabreichte, brachten sie ihn ein Vivat aus ... Ich darf den Vorschlag einiger Weber, die Häuser anzuzünden und die Verwerfung desselben aus dem Grunde, weil die so Beschädigten dann Brandgelder erhielten und es doch darauf ankomme, sie auch einmal arm zu machen, damit sie erfahren, wie der Hunger tue, als zu charakteristisch nicht unerwähnt lassen ...“ Am folgenden Tag fährt die Menge im Nachbarort fort, bis das anrückende Militär den Aufruhr mit einem Shoot-out beendet.

1.5.

Jeder weiß, daß die Maschinenstürmer den Durchbruch des Fabrikkapitals letztlich wohl verzögern, aber nicht verhindern konnten; einen wichtigen Grund dafür nennt Hobsbawm, wenn er schreibt: „Die meisten Maschinen wurden eher in Zeiten steigenden Wohlstands eingeführt, wenn die Beschäftigungsziffern zunahmten und die Opposition, nicht voll mobilisiert, für eine Zeitlang zerstreut werden konnte. Wenn sich dann die Spannungen wieder erhöhten, war der strategische Moment für den Widerstand gegen die neuen Maschinen verpaßt.“ Ab 1840 dann sei der Kampf gegen die Maschinen, um gerechten Lohn, um angemessene Lebensmittelpreise „dem Plan gewichen, die Maschinen für die Arbeiter ‚einzufangen‘, um gewerkschaftliche Standards zu erkämpfen“.

Aber auch mit dem Übergang vom „Zeitalter der Revolutionen“ zur „Blütezeit des Kapitals“ war die moralische Ökonomie nicht mit dem Schlag dem Maschinismus unterlegen. Elemente der moralischen Ökonomie finden sich im frühkommunistischen Verteilungsprinzip, im moralischen Gerechtigkeitsgrundsatz der trade-unionistischen Arbeiter des 19. Jahrhunderts, in der kollektiven und individuellen Delinquenz und noch im revolutionären Syndikalismus und Industrie-Unionismus der Jahrhundertwende wieder.

Halten wir im groben Raster fest:

Die Maschinenstürmer waren nicht die an die Maschinen gepreßten Kinder, Arbeiterinnen und Arbeiter; ihre regionalen

Bewegungen gingen zumeist aus von den traditionellen Produzentenverbänden, sie standen im Zusammenhang mit den Teuerungsaufständen und der moralischen Ökonomie der Unterklassen des 18. und der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Diese moralische Ökonomie erweiterte sich um das Thema des gerechten Lohns; die Forderungen nach Egalität und Würde enthielten auch die Ablehnung der entqualifizierten Fabrikarbeit an den neuen Maschinen.

Die Maschinen wurden von vornherein angegriffen als das Kapital, das sie eigentlich waren: weil sie die Arbeitskraft ent-

werteten und weil das Produktionswissen vom Arbeiter auf die Maschine übertragen erschien.

Die moralischen Fundamente der Maschinenstürmer und ihre Organisationsformen wurzelten außerhalb der Fabrik – auch dann, wenn es sich beim „Verhandeln durch Aufruhr“ um traditionelle Arbeiterschichten handelte: die Maschine wurde von einem sozialen Bezugspunkt von außerhalb angegriffen.

2. Syndikalismus, Industrie-Unionismus und Sabotage

2.1.

„Die Arbeiter waren hagere, zum Teil verwachsene Gestalten, darunter sehr viele Kinder, sogar von noch ganz unreifem Alter, die an den fliegenden Spindeln und Spulen, an den sausenden Rädern und Hebeln saßen; jedes von ihnen hatte nur eine bestimmte Bewegung zu machen, und dies geschah dann mit Geschick und Hast.“ Eine Abteilung gab es in derselben Spinnereifabrik, in der „nur Blödsinnige arbeiteten; es waren allerdings nur geringe Dienste, zu denen sie verwendet wurden, dennoch mußte es überraschen, wie genau jeder in sein stets gleiches Tagwerk eingriff. Dabei glotzten sie mit ganz vernichtetem Ausdrucke in vollem Stumpfsinn vor sich hin, die weite Welt schien ihnen im Auf- und Zuklappen eines Metallstiftes untergegangen zu sein“.

So beschrieb Tschabuschnigg 1854 in seinem Roman „Fabrikanten und Arbeiter“ die Situation der Männer, Frauen und Kinder, die der Hunger und die Ausweglosigkeit in die Fabrik getrieben hatten. Selbst zu Maschinen geworden, vom eintönigen Rhythmus der Maschine und den immer gleichen Handbewegungen zum Stumpfsinn verurteilt, abgeschieden von der weiten Welt, so mochten sich die in den Textilfabriken arbeitenden Menschen selbst sehen. Das Elend ihrer Arbeits- und Lebensverhältnisse, unter dem Stichwort „Manchester-Kapitalismus“ bekanntgeworden, hat F. Engels eindrucksvoll beschrieben (Die Lage der arbeitenden Klasse in England). In Deutschland waren die Fabrikarbeiter Mitte des 19. Jahrhunderts noch eine verschwindende Minderheit, deren Zahl dann aber in der zweiten Jahrhunderthälfte steil anstieg: 1875 gab es schon 2 Millionen industrieller Arbeiter – vor allem in Bergbau, Hütten und Salinen, in der Textilindustrie, der Metallverarbeitung und der Produktion von Steinen und Erden. Allerdings wird von den am meisten unterdrückten Menschen in den frühen Fabriken – von den Kindern (deren Anteil an Arbeitskraft seit den 1840er Jahren abnahm), den jungen Frauen und den dem Diktat der Maschinerie unterworfenen Männern – im folgenden zunächst nicht die Rede sein: sie sind dem Maschinenprozeß hilflos unterworfen, nicht ihre Auffassungen und ihr Widerstand bestimmen die sozialen Auseinandersetzungen der 1850er, 60er und 70er Jahre.

Fabrikarbeit – das war für die unterschiedlichen Berufe und Qualifikationsgruppen, die nun unter einem Dach ihre Arbeit verrichteten, etwas sehr unterschiedliches. Sicher waren alle mehr oder weniger demselben System von Disziplin und Kontrolle unterworfen, sahen sich alle demselben Fabrikanten und Unternehmensleiter gegenüber, und für alle bedeutete die Trennung von Arbeit und häuslichem Bereich einen Einschnitt, der die Lebensumstände völlig umwälzte: die Auflösung der Produktionsfamilie, des bisherigen Lebensmittelpunktes. Deshalb zogen es die meisten Heimarbeiter und handwerklichen Produzenten auch vor, am Hungertuch zu nagen und unter dem Existenzminimum zu leben, als sich in der Fabrik zu verkaufen, obwohl die Fabrikarbeit in der Regel einen besseren Verdienst abwarf. Aber während die einen dem Diktat der Maschinen, der Kasernendisziplin der Fabrik und dem Terror der Zwischenmeister hilflos ausgeliefert waren, gelang es den anderen, den gelernten Handwerksgesellen und -meistern über erstaunlich lange Zeit, ihren Status auch in der Fabrik zu verteidigen. J. Kocka schreibt dazu (Lohnarbeit und Klassenbildung, op. cit.):

„In der jüngeren Forschung sind die großen Unterschiede in den Fabrik-Belegschaften des 19. Jahrhunderts zu Recht betont worden: Unterschiede zwischen Berufs- und Qualifikationsgruppen, zwischen dem Stamm (einer beständigen Minderheit meist gelernter Arbeiter) und der schnell fluktuierenden Mehrheit, zwischen Männern und Frauen, Erwachsenen und Kindern, verschiedenen Funktions- und Herkunftsgruppen. Man weiß von den ausgeprägten Einkommens- und Prestigeabstufungen in der Arbeiterschaft, aber auch über Machtunterschiede zwischen ihnen: so gab es Elemente des Zwischenmeistersystems – abhängige Lohnarbeiter mit Anordnungsbefugnissen über ihre Helfer – nicht nur in den frühen Textilfabriken. Situation und Erfahrung, Chancen und Risiken variierten in ein und derselben Belegschaft, und sie variierten um so mehr, wenn man Fabriken verschiedener Größe und Branchenzugehörigkeit in verschiedenen Regionen miteinander vergleicht. Auch die Fabrikarbeiter waren nie eine homogene Masse, und die Unterschiede zwischen ihnen verringerten sich, so scheint es, im Laufe des 19. Jahrhunderts nicht.“

Tatsächlich waren viele der ersten Großbetriebe nichts als die Zusammenführung mehrerer Handwerksbetriebe unter ein Dach; bestimmte Arbeitsschritte wurden im Subkontraktverhältnis von Werkmeistern in Eigenregie, mit traditionellen Werkzeugen und Materialien, hergestellt, oft war der Werkmeister auch für Einstellung und Arbeits- wie Lohnbemessung seiner Gehilfen zuständig (vgl. vor allem S. Pollard, *The Genesis of Modern Management*, Harmondsworth 1968). Die „reelle Subsumtion“ des Arbeitsprozesses unter den Verwertungsprozeß des Kapitals, die Unterwerfung unter die Kaserndisziplin der Fabrik, die Degradierung zum variablen Kapital, zum „Theil der Produktionskosten“, wie sie vorweggenommen waren in den Schriften von Babbage, Ure und Marx, all das war, was die qualifizierten Handwerker-Arbeiter in den Fabriken betrifft, Gegenstand permanenter Klassenausinandersetzungen noch über die Jahrhundertwende hinaus. Noch hatte die Maschinerie diese Arbeiter nicht zu ihrem Anhängsel degradiert. Die preußischen Metallfachtarbeiter etwa konnten in den 50er und 60er Jahren sämtliche „Modernisierungsversuche“, die sie gefügig machen sollten, erfolgreich abwehren; so wird über Siemens berichtet, daß sich die Werkstatt, die Meister eingeschlossen, einig war „in der Ablehnung von Rationalisierungen, wie der Einführung neuer Maschinen, größerer Arbeitsintensität und verbilligender, aber Handwerksbräuchen zuwiderlaufender Arbeitsteiligkeit“. Die Arbeitskräfteknappheit im deutschen Gründerboom nach 1870/71 verschob das Kräfteverhältnis noch zusätzlich zugunsten der Arbeiter.

Das Selbstbewußtsein dieser Arbeiterschichten drückte sich auch in ihrem Bedürfnis nach Zeitautonomie, nach „unregelmäßiger, bedürfnisgesteuerter Gestaltung der Arbeitszeit, vor allem im alternierenden Rhythmus der Feier- und Arbeitstage im Jahreslauf“ aus. Obwohl der Arbeiter nach Marx und nach dem Willen der Unternehmer seine Arbeitskraft während des bezahlten Zeitraums voll zu verausgaben hatte, war die Durchsetzung industriellen Zeitbewußtseins ein langwieriger, konfliktbeladener Prozeß. Nicht nur, daß die Handwerker-Arbeiter der 50er und 60er Jahre weitverbreitet in die Fabrik kamen und gingen, wann sie es für richtig hielten – sie benutzten darüberhinaus einen guten Teil ihrer Anwesenheit in der Fabrik, um zu trinken, zu schlafen, zu vespern oder Spiele zu spielen (vgl. E.P. Thompson, *Zeit, Arbeitsdisziplin und Industriekapitalismus*, in: *Plebejische Kultur und moralische Ökonomie*, Frankfurt pp. 1980; Die Beiträge von P. Caspard und D. Reid in: *D. Puls pp., Wahrnehmungsformen und Protestverhalten*; L. Machtan, *Zum Innenleben deutscher Fabriken im 19. Jahrhundert*, AfS 21, 179).

Auch eine Reihe spontan entstandener Streiks in den 70er Jahren entsprang viel eher dem Drang nach Unterbrechung der Fabrikarbeit und nach regellosem Leben, als daß er der Durchsetzung bestimmter Forderungen diene (P. Stearns, *Arbeiterleben*, Frankfurt 1980). Die untersten Schichten der Fabrikarbeiter konnten ihre Zeitbedürfnisse in der Fabrik natürlich viel weniger gut verteidigen; sie reagierten oft mit einer entsprechenden Fluktuation im Wechsel der Jahreszeiten. – Die Forderung nach dem 10-Stunden-Tag, die sich im Streikzyklus der frühen 1870er Jahre durchsetzte, markiert aus dieser Sicht etwas anderes als die Homogenisierung der Fabrikarbeiterkämpfe: nämlich die Durchsetzung der Präsenzpflicht in der Fabrik.

2.2.

Es liegt auf der Hand, daß die Handwerker in den Werkstätten oder in der Fabrik und die hilflos ausgelieferten ungelerten Männer, Frauen und Kinder der kapitalistischen Maschinerie nicht einheitlich gegenüberstanden. Auf der einen Seite mußte das Gefühl des Ausgeliefertseins vorherrschen, dem nur durch sporadische Rückkehr in den Familienverband,

durch ständige Fluktuation auszuweichen war, während auf der Seite der Handwerker-Arbeiter eine Ambivalenz von Faszination und Widerwillen vorherrschte: die Ästhetik der Treibriemen und der unablässigen Bewegung der eisernen Arme der Maschinen, die Verdopplung der Naturkräfte, die Vereinfachung mühsamer Produktionsschritte wurde zugleich erlebt als Vereinfachung der Arbeit, als Versprechen auf mehr freie Zeit und als Bedrohung des Produktionswissens und des Werts der Qualifikation. Die Maschinenstürmer hatten die Maschinerie von vornherein begriffen als Kapital, als allein ihm adäquat geformten Produktionsinstrument, welches nicht mehr Werkzeug war, sondern ihre Arbeitskraft entwertete und ihre bestimmte Arbeitsweise auf das Kapital übertrug. Im Prozeß der Industrialisierung und der realen Subsumtion bildete sich nun ein Arbeiterbewußtsein und Verhältnis zur Maschinerie heraus, das selber von der Vergegenständlichung des Kapitals geprägt war und den kapitalistischen Produktionsprozeß wiederum als einfachen Arbeitsprozeß betrachtete: die Maschinen waren, so gesehen, vergegenständlichte Arbeit und Arbeitsmittel in ihrer stofflichen Qualität, und sie waren Kapital nur insoweit, als die Unternehmer über sie verfügten, woraus die Bedrohung der Qualifikation und der Arbeitsautonomie durch neue Arbeitsteilung resultierte.

„Es bedarf Zeit und Erfahrung“, hat Marx im *Kapital* geschrieben, „bevor der Arbeiter die Maschinerie von ihrer kapitalistischen Anwendung unterscheiden und daher seine Angriffe vom materiellen Produktionsmittel selbst auf dessen gesellschaftliche Exploitationsform übertragen lernt“. Die Unterscheidung des wissenschaftlichen Sozialismus zwischen Arbeits- und Verwertungsprozeß, die später zur Grundlage des revisionistischen Sozialismus wurde, entsprach der Erfahrung jener Handwerker-Arbeiter, für die nicht die Maschinerie als Arbeitsmittel, sondern die Verfügungsgewalt der Unternehmer über die Maschinen das eigentliche Übel darstellte.

Die Ambivalenz dieser Arbeiterschichten gegenüber den Maschinen haben J. Ranciere und P. Vauday anhand von Berichten Pariser Arbeiterdelegationen zur Weltausstellung 1867 dargestellt (in: *Archiv f.d. Geschichte des Widerstands und der Arbeit*, Heft 1 (1980)):

„Das Fest des Kapitals“, schreiben sie, „das ‚seine‘ Maschinen ausstellt, hat seinen dramatischen Grund in einer Niederlage der Arbeiter; die Magie des technischen Fortschritts löst sich ohne Geheimnis in eine Macht des Unternehmers auf, dessen neue Formen der Unterdrückung auf der Mechanisierung beruhen. Es ist folglich ein Spektakel der Entgegnung ...“, gegen die die Handwerkerstände „die Meisterschaft des umfassenden Könnens, das sich in der intelligenten Geschicklichkeit der Hand bei der Materialverarbeitung verwirklicht“ ins Feld führen. Sie träumen vom Arbeitergebrauch der Maschine, wo Maschinenarbeit nicht Dequalifikation, Qualitätsverlust, Lohnsenkung und Frauenarbeit heißen sollte. „Das Werkzeug, welches dazu bestimmt war, ihnen einen großen Dienst zu erweisen und ihnen den stumpfsinigen Teil ihrer Arbeit abzunehmen, ist nur mehr ein Kampfmittel, das zu ihrem Nachteil benutzt wird“, schreiben die Stuhlmacher über die Bandsäge, und ähnlich die Schuhmacher: „Wenn die Maschine mit ihren tausend eisernen Armen in den Dienst der Industrie gestellt wird ..., wodurch sie eigentlich dem Arbeiter mehr Zeit zur Vervollkommnung seiner Arbeit verschaffen sollte, so läßt man es sich im Gegenteil doch angelegen sein, aus dem Menschen selbst durch die Arbeitsteilung eine Art von Maschine zu machen, indem man ihm einen Teil seiner Verantwortung und seiner Intelligenz nimmt.“

„Die Berichte der Arbeiter entwerfen von der Maschine nicht das Bild eines kalten Ungeheuers, das zu zerstören wäre“, resümieren Ranciere und Vauday, „die Zeit der Maschinenstürmerei ist abgelaufen; es geht um die kapitalistische Aneignung der Maschinen, um die Organisation der geteilten Arbeit, die dem Arbeiter seinen Körper, seine Rechte und seine Freiheit wegnimmt“, und es geht darum, „endgültig das Joch des Kapitals und der Unwissenheit abzuschütteln und schließlich im größten Umfang von den wirklichen Vorteilen Nutzen zu haben, den ihnen die Maschinen bieten“.

Aus diesem Widerspruch zwischen dem Traum vom Arbeitergebrauch der Maschinen und der kapitalistischen Arbeitsorganisation und dem Verwertungsprozeß sind die Konfliktlinien

zwischen Handwerker-Arbeitern und Unternehmern in den 50er, 60er und 70er Jahren des 19. Jahrhunderts zu bestimmen. Sie kreisen um die Qualifikation und Handwerkerwürde in der Fabrik, um die Zeitautonomie im Arbeitsprozeß und um den Lohn. Allerdings prägen weniger die Fabrikarbeiter als vielmehr die Verbindungen und Organisationen etwa der Drucker und Setzer, Zigarrenarbeiter, Schneider und Schuster, Zimmerer und Maurer die Szene. Viele Arbeiter aus diesen Berufen hatten Erfahrungen in der Fabrik gesammelt und waren dann in handwerkliche Werkstätten zurückgekehrt; sie waren auch, wie der Kürschner Bebel, die Männer der ersten Generation in den Arbeiterorganisationen. Die Streiks und Klassenauseinandersetzungen jener Zeit wurden also nur zu einem geringeren Teil vom eigentlichen „Fabrikproletariat“ getragen.

Verfolgt man die Streikformen und -inhalte im Verlauf des 19. Jahrhunderts, so ist zu erkennen, wie sich der Kampf um Arbeitsautonomie und Arbeitergebrauch der Maschinen zunehmend auf die Fragen des Lohns und der Arbeitszeit verschieben. Ist einmal das Fabrikssystem als unausweichlich erkannt – unausweichlich in der biographischen Perspektive oder unausweichlich in der Ideologie des Sozialismus –, so werden die Arbeiter das Spiel zu akzeptieren haben und versuchen müssen, noch das Beste draus zu machen.

Kocka schreibt dazu:

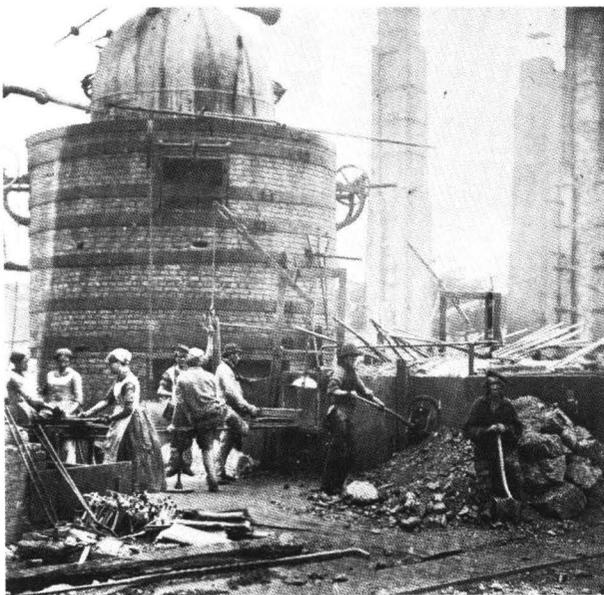
„Wenn man nur auf die gewaltsamen Proteste blickt und also z.B. die große Zahl nicht-gewaltsamer Streiks zunächst einmal beiseite läßt, dann zeichnet sich ab, daß die, die etwas mit Arbeitsverhältnissen zu tun hatten, häufiger wurden, während Hungerunruhen und andere nicht direkt auf die Arbeitssphäre bezogene Proteste an Zahl abnahmen, vor allem nach 1850, als die Hungerunruhen schnell abklangen . . . Die Gesamtzahl gewaltsamer sozialer Proteste erreichte Höhepunkte um 1830 und in den 1840er Jahren (besonders 1848). Danach erhielt sich die absolute Zahl dieser Proteste im ganzen Jahrhundert auf einer mittleren Ebene und ging zugleich pro Kopf zurück. Gleichzeitig nahm die Zahl der meist nicht-gewaltsamen Streiks merklich zu und erreichte erste Höhepunkte 1848 und 1857. Nach ihrer Legalisierung in den 1860er Jahren nahmen sie erneut dramatisch zu, und zwar im Industrialisierungsboom 1869-1873 (Höhepunkt 1872 mit wenigstens 352 Fällen). Solche Zahlen wurden nach dem Rückgang mit Beginn der ‚Großen Depression‘ 1873 erst wieder um 1890 erreicht und überschritten.“

Während in den frühindustriellen Protesten oft Meister und Gesellen auf einer Seite gestanden, oft ganze Familien und Jugendliche die Kämpfe getragen hatten, während diese Proteste sich im Zusammenhang mit den vorindustriellen Hungerunruhen und Tumulten entwickelten, „waren die Teilnehmer von Streiks, wie sie in den 60er und 70er Jahren stark zunahmen, nach ihrer Klassenposition relativ homogen, nämlich Arbeiter verschiedener Art (meistens männlich), und sie richteten ihre Aktionen gegen Mitglieder einer anderen Klasse, gewöhnlich gegen Kapitalisten und Arbeitgeber“. Was nun die Streikinhalte angeht, schreibt Kocka weiter:

„Die Streiks der 70er Jahre unterschieden sich von denen des 18. Jahrhunderts deutlich, wenn auch nicht prinzipiell. Was die manifesten Streikziele betrifft, so nahm die Zahl der Konflikte, in denen es ausschließlich oder primär um Genugtuung für Verletzungen von Gebräuchen und um Herausforderungen der ‚Ehre‘ ging, drastisch ab; dagegen traten arbeitsmarktbezogene Ziele, die als solche im 18. Jahrhundert nicht gefehlt, aber doch nur eine Minderheit dargestellt hatten, eindeutig in den Vordergrund. In drei von vier Streiks der 70er Jahre ging es um Lohn- und in einem von vier Streiks um Arbeitszeitfragen (Doppelzahlung möglich); daneben spielten alle anderen Streikziele eine zweitrangige Rolle; allerdings ist einzuräumen, daß die realen Motive der Streikenden sicherlich komplexer und möglicherweise anders akzentuiert waren als die manifesten Streikziele ...

... die Wende kam erst mit der Legalisierung der Streiks in den 60er Jahren. Während der Anteil der für die Streikenden voll erfolgreichen Konflikte ungefähr gleich blieb, ging der Anteil der für die Streikenden erfolglosen Fälle zurück; Streiks, die mit Kompromissen endeten, wurden häufiger; jeder vierte bis dritte Fall in den 70er Jahren endete so. Sicherlich reflektiert das z.T. die sich wandelnden Streikziele: Über Löhne und Arbeitszeiten sind Kompromisse eher möglich als in Fragen der Ehre.“

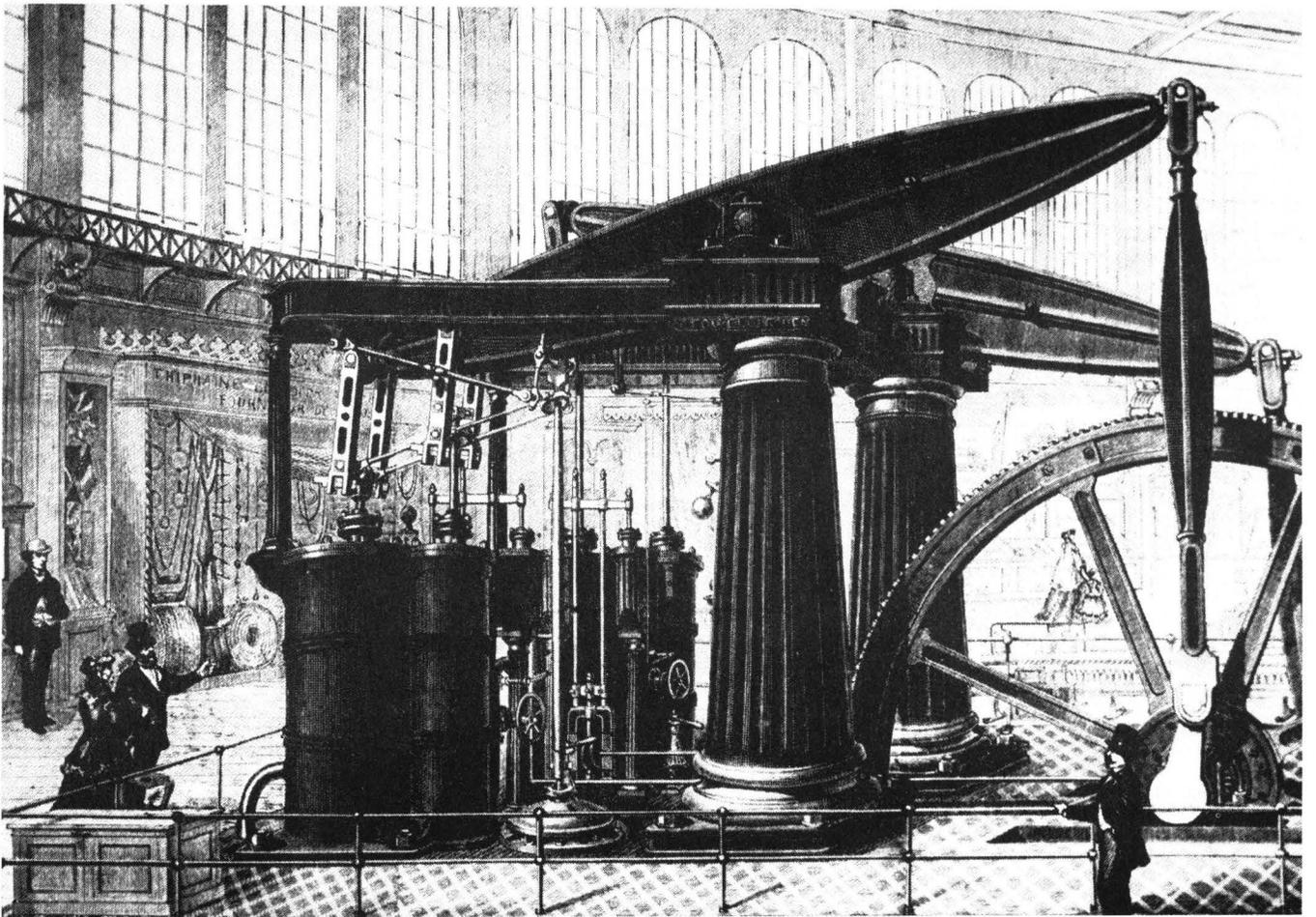
Diesen Wandel der Streikziele, die Anpassung traditioneller Standards von Ehre, Arbeitsproduktivität und Lohn an den industriellen Arbeitsmarkt, an die definitive Existenz der Fabrikarbeiter als variables Kapital hat E.J. Hobsbawm beschrieben (Custom, Wages, and Workload; in: Labouring Men, London 1964): während in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts Löhne und Arbeitsproduktivität in Fortsetzung handwerklich-vorindustrieller Produktion nach langjährig tradierten, regional besonderen Gewohnheiten bemessen werden – unqualifizierte Arbeiter erhalten etwa das gerade Überlebensnotwendige, qualifizierte vielleicht das doppelte –, lernen Arbei-



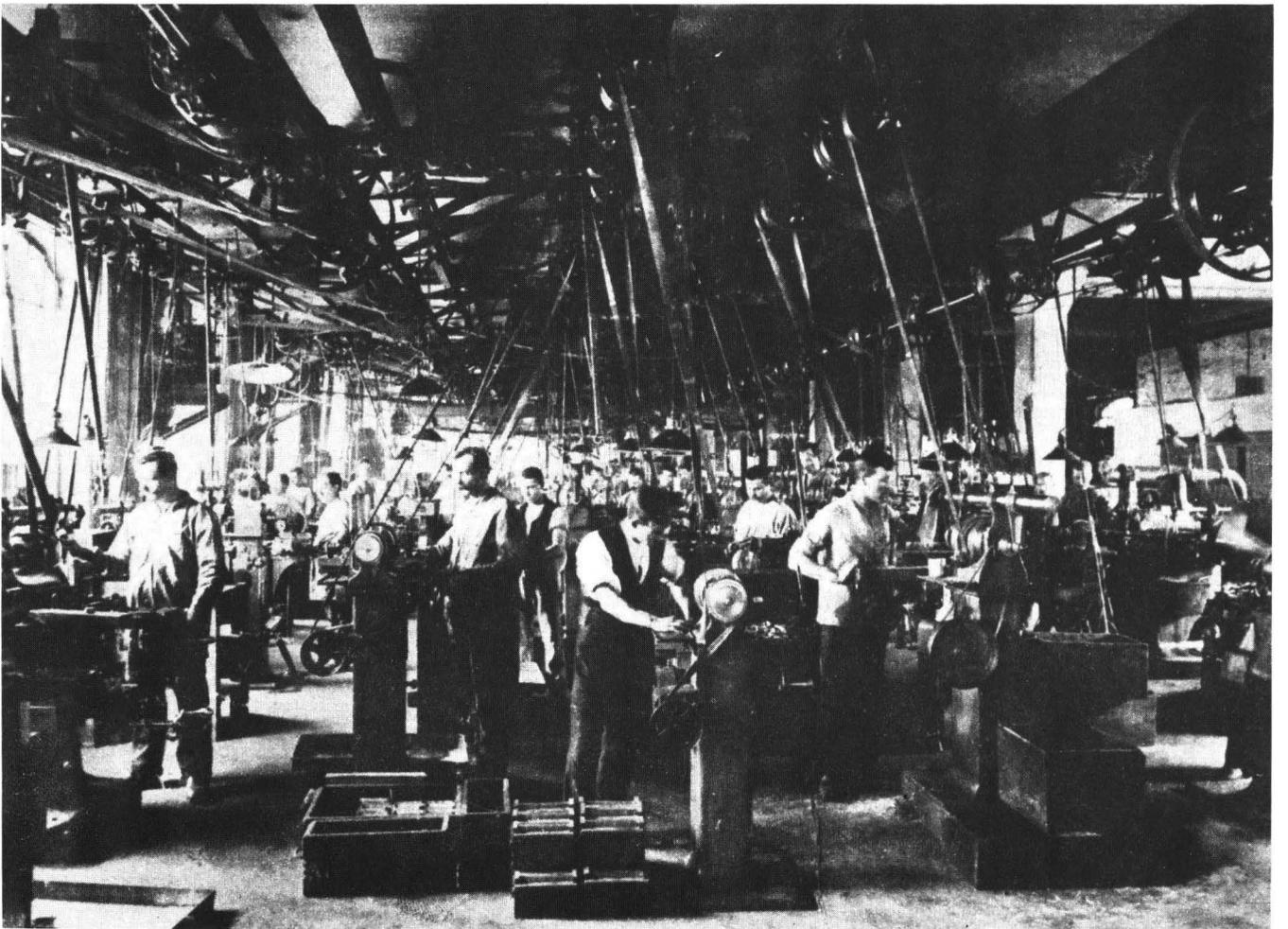
Schmiedearbeit, 1857



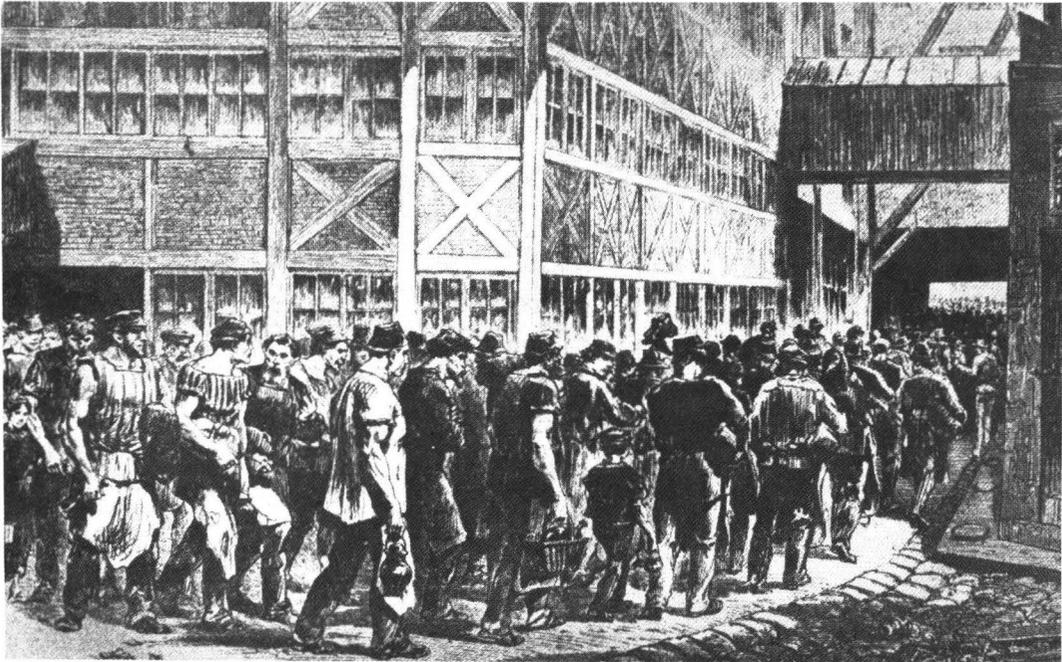
Kinderarbeit in einer Glasschmelzerei um 1850



Weltausstellung, Paris 1867



Treibriemenhalle, 19. Jahrh.



517 — Châteauroux
Sortie des Ouvriers de la Manufacture Balsan

Bild oben: Streik 1871; Mitte: Streik in La Villette, 1870; unten: Arbeiter der Manufaktur in Châteauroux



AEG-Kleinmotorenfabrik, um 1900



Belegschaft der Maschinenfabrik Rüsselsheim



Mittags am Tor 63 bei Krupp

ter und Unternehmer um 1850 „die Regeln des Spiels teilweise“: daß die Arbeitskraft eine Ware ist, deren Preis trade-unionistisch ausgehandelt werden muß, daß Arbeitsproduktivität und Lohn in einem gerechten Verhältnis zueinander stehen müssen. Doch auch die Maßstäbe, wonach ein „gerechter Lohn“ gegen „gute Arbeit“ zu tauschen ist, beruhen auf hergebrachten, empirisch bestimmten Standards. Dies ändert sich dann im Verlauf der Großen Depression nach 1873: die Arbeiter „lernen die Regeln des Spiels nun vollständig“, sie fordern, was der Markt hergibt, und sie richten ihre Leistung wo möglich nach dem Lohn und nicht nach traditionellen Maßstäben. Hatte es zuvor „gute Arbeit gegen gerechten Lohn“ geheißt, so wurde dies nun umgekehrt: „Schlechte Arbeit für schlechten Lohn“ – dieses neue Thema bestimmt zunehmend die Konfliktlinien in der Fabrik.

Auf Seiten der Unternehmer hatte es bis zur Jahrhundertmitte als gesicherte Tatsache gegolten, daß die Arbeiter auf Lohnsteigerung nur mit Arbeitszurückhaltung reagieren würden, daß also lediglich die Knappheit des Lohns sie zu regelmäßiger Fabrikarbeit bewegen würde – diese Auffassung wandelte sich ab etwa 1830: zunehmend wurden nun leistungssteigernde Lohnsysteme eingeführt. In der Großen Depression dann wurde der industrielle Leistungslohn auf breiter Ebene durchgesetzt. Die Einführung des Stücklohns enthielt zugleich die Anerkennung der Tatsache, daß Leistungshergabe und Produktivität zwischen Unternehmer und Arbeiter auszuhandeln waren:

„Der Übergang vom Zeit- zum Akkordsystem soll bei notgedrungener Beibehaltung des technischen Status quo die Facharbeiter dazu veranlassen, größere Arbeitsmengen in derselben Zeit zu verausgaben. Der Versuch zur Einführung des Akkordsystems ist dabei Ausdruck der Tatsache, daß der Kapitalist über keine technischen Mittel verfügt, um Arbeitsintensität und Arbeitsqualität zu erhöhen, vielmehr die Produktionsmenge in erster Linie vom ‚Leistungswillen‘ der Arbeiter abhängig ist. Hier gilt für den Kapitalisten die allgemeine Regel: Je unbeschränkter der Einfluß des Arbeiters, um so unentbehrlicher eine Entlohnung nach Leistung“ (E. Brockhaus, Zusammensetzung und Neustrukturierung der Arbeiterklasse vor dem Ersten Weltkrieg. Zur Krise der professionellen Arbeiterbewegung, München 1975).

Wenn wir uns zunächst auf die qualifizierten Handwerker beschränken, von denen immer mehr in den Fabriken dem langsamen Wandel zum „Facharbeiter“ unterliegen, so sind zwei Entwicklungen für unseren Zusammenhang festzuhalten: zum einen das zunehmende Bewußtsein von der Maschinerie als Arbeitsmittel, das souverän vom Arbeiter zu beherrschen sei, verbunden mit dem Kampf um den Arbeitergebrauch der Maschine – zwecks Vereinfachung der Arbeitsvorgänge und zwecks Gewinns von freier Zeit; zum anderen der trade-unionistische Kampf um einen Lohn, den der Arbeitsmarkt gerade hergibt – freilich enthält der Lohnkampf in dieser Form zugleich das Arrangement mit dem Unausweichlichen: dem Arbeitsleben in der Fabrik. Der Wandel der Streikinhalte in den 1870er Jahren reflektiert beides: den Kampf um Arbeitsautonomie und freie Zeit und um Lohn. Dabei sind die Bemessung der Arbeitshergabe nach der Höhe des Lohns auf der Arbeiterseite (schlechte Arbeit für schlechten Lohn) und die Bemessung des Lohns nach der Arbeitshergabe auf Unternehmenseite (Akkordlohn) der Ausdruck dieses Terrains der Klassenauseinandersetzung um den Arbeitergebrauch oder den Unternehmerngebrauch der Maschinen. Bis zur Einführung der wissenschaftlichen Betriebsführung wird dieses Terrain bestimmend sein. Am besten wird das durch die Tatsache charakterisiert, daß trotz breiter Durchsetzung des Stücklohns die Arbeitsproduktivität in den Jahren 1890-1913 in vielen Branchen, nicht nur in England, stetig sinkt. „Es ist zumindest möglich, daß gewisse Gruppen von Arbeitern nun systematisch begannen, ihre Arbeitsleistung zu senken, wenn diese nicht durch entsprechende Lohnanreize aufrechterhalten wurde – oder auch, daß die Schwächung älterer Formen von Arbeitsdisziplin und traditioneller Standards den gleichen Effekt hatten“, schreibt Hobsbawm.

2.3.

Furore machten die Arbeitszurückhaltung und das Thema „Schlechte Arbeit für schlechten Lohn“ – das Thema des Syndikalismus – aber weniger in den Fabriken als vielmehr in den Bergwerken und den Häfen. Arbeitszurückhaltung war die erklärte und organisierte Antwort schottischer Minenarbeiter auf Lohnkürzungen in den 1870er Jahren, und der Streik der Glasgower Hafnarbeiter von 1889 wurde zum Ausgangspunkt des „Ca’canny“, der systematischen Drosselung des Tempos und der Verschlechterung der Arbeitsqualität, wie er in den folgenden Jahren von den syndikalistischen Strömungen propagiert werden sollte (vgl. hierzu und zum folgenden vor allem Geoff Brown, *Sabotage. A Study in Industrial Conflict*, Nottingham 1977). Die Glasgower Hafnarbeiter hatten in ihrem Streik keine Lohnerhöhung durchsetzen können, und der Streik war mithilfe kurzfristig angeheuerter Landarbeiter gebrochen worden – so erklärten sie nun, daß sie, was Qualität und Tempo anging, ebenso wie die Stümper vom Lande arbeiten würden. Dieses „Ca’canny“ bestimmte die Praxis und die syndikalistische Agitation in einem breiten Kampfzyklus der Transportarbeiter – die Hafenstreiks von Glasgow und London, Rotterdam 1896 und Hamburg 1896/7; es wurde propagiert in der britischen Hafnarbeiterunion und im Internationalen Transportarbeiterverband von 1898, von den Syndikalisten um Tom Mann; in Frankreich verbreitete Emile Pouget diese Inhalte in der CGT, und die französischen Eisenbahnarbeiterkämpfe von 1910 ebenso wie die englischen von 1911 wurden explizit vom Syndikalismus, mit den Inhalten Arbeitszurückhaltung und Sabotage, getragen.

„Wert gegen Wert“, das war die Devise: „Zahle einem Seemann 4£10 den Monat, und er wird Seemanns- oder Hafnarbeit im Wert von 4£10 geben. Zahle ihm 3£10, dann wird auch die Arbeit nur 3£10 wert sein. Die gleiche einfache kommerzielle Regel wird auch von Hafen- und Kanalarbeitern genauestens beachtet werden, und sie können und werden dieses System zu einer ausgebildeten Kunst entwickeln. ... Es wird keine Streiks mehr geben – nicht einen! Die Leute werden friedlich bei der Arbeit bleiben, aber sie werden Tempo zulegen oder abschaffen, je nach dem Lohn“, heißt es in einer Broschüre des Internationalen Transportarbeiterverbands.

Der französische Syndikalismus Pougets hat das „Ca’canny“ um das Thema der Sabotage erweitert. Sein Buch „Le Sabotage“ enthielt eine lange Liste entsprechender Hinweise. Geoff Brown schreibt darüber: „Für ihn war ‚die erste und instinktive Form der Sabotage‘ die Drosselung des Arbeitstempos. Aber diese Taktik, meinte er, würde für Arbeiter im Akkord kaum nützlich sein. Für diese boten sich andere Möglichkeiten. Kurz nach dem Kongreß der CGT von 1900 (auf dem eine von Pouget eingebrachte Resolution zur Sabotage erneut verabschiedet worden war) enthielt eine Gewerkschaftszeitung in Montpellier unter anderen folgende Vorschläge:

„Wenn Du Mechaniker bist, kannst Du ganz einfach mit Puder für zwei Pfennige, oder einfach mit Sand, eine Maschine zum Stillstand bringen, um Deinen Unternehmer einen Zeitverlust und eine kostspielige Reparatur zu beschern. Bist Du Tischler oder Möbelschreiner, so ist nichts leichter, als ein Möbelstück zu demolieren, ohne daß der Unternehmer es merkt, wodurch er seine Kundschaft verlieren wird.“ Die Liste war lang. Sie zeigte, daß in jedem Gewerbe und unter jedem Lohnsystem Sabotage in der einen oder anderen Form praktiziert werden konnte.

Neben diesen beiden hauptsächlichlichen Methoden – langsam arbeiten und Verschlechterung der Qualität – beschrieb Pouget weitere Möglichkeiten. Da gab es die Sabotage durch ‚la methode de la bouche ouverte‘ – durch den Verrat industrieller oder kommerzieller Geheimnisse der Unternehmer und Diffamierung ihrer Produkte und, vielleicht noch wichtiger, ‚l’obstructionnisme‘, den ‚Dienst nach Vorschrift‘, dem Pouget ein eigenes Kapitel widmete: die Anwendung von Verhaltensmaßregeln mit kleinlichster und übertriebener Vorsicht.“

Der revolutionäre Syndikalismus verstand sich als Arbeiterideologie für den Umsturz – tatsächlich aber repräsentierte er lediglich die Kämpfe bestimmter Teile der Unterklassen. Wir haben oben das Thema: „Schlechte Arbeit für schlechten Lohn“ aus dem Bewußtsein der qualifizierten Fabrikarbeiter gegenüber der Maschinerie entwickelt, dürfen aber nicht übersehen, daß gerade die Facharbeiter – vor allem im Maschinenbau – in den beiden Jahrzehnten um die Jahrhundertwende, in denen der Syndikalismus seine Blütezeit hatte, bereits in die Defensive gedrängt waren: zum Beispiel war der „amerikanische Saal“ bei Siemens, wo „die Herren Mechaniker durch Hausknechte abgelöst“ worden waren, bereits zu Beginn der 1870er Jahre eingerichtet worden; 1906 wurden die letzten 4000 Siemens-Facharbeiter nach einem Streik kurzerhand auf die Straße gesetzt. Dieses Ereignis markierte ebenso wie etwa der englische „Engineering Lockout“ von 1897, die schlagartige Aussperrung von Facharbeitern im Maschinenbau und die Einführung neuer Maschinen mit angelernter Arbeitskraft, das Ende der Arbeitsautonomie in diesen Industriezweigen. Der organisierte Syndikalismus hatte zwar seine Wurzel bei jenen Handwerker-Arbeitern, die dem „Ca' canny“ entsprechende Methoden direkt an ihren Maschinen angewandt hatten – gegen den schlechten Lohn und zur Beeinflussung der Akkordvorgaben –; verbreitern aber konnte sich der Syndikalismus bei anderen Arbeiterschichten: den Bergarbeitern, Bauarbeitern und Transportarbeitern sowie in kleineren Betrieben mit vorwiegend handwerklicher Produktion.

Der Syndikalismus verbreiterte sich auf dem Boden des Selbstwertbewußtseins traditioneller, großenteils ungelerner Arbeiterschichten, das nicht in der Fabrik, sondern in einem Teil der Bergwerke, in den Häfen, auf den Werften und auf dem Bau erhalten geblieben war. Hier: wo der traditionelle Arbeitsrhythmus nicht selber technologisch umstrukturiert worden war, wo er aber durch neue Fördertechnologien, Dampfschiffe und -kräne enorm beschleunigt wurde; wo eingefleischte Arbeitsgänge durch die Mechanisierung immer mehr unter Druck gerieten, hier erzielte der Syndikalismus seine großen Erfolge. Wir haben die Hafen- und Eisenbahnerstreiks schon erwähnt. Und bei diesen Arbeiterschichten, für die die Lohnarbeit oft nur eine vorübergehende Erfahrung war, weil sie oft hochmobil waren und zwischen Stadt und Land, zwischen Arbeit und Beschäftigungslosigkeit hin und her pendelten, hatte die von den Syndikalisten propagierte und von den Arbeitern auch ohne Agitation praktizierte Sabotage wieder eine direkt gegen die Maschinen gerichtete Komponente. Es ging nicht allein um die geschickte Regulierung des Arbeitstempos und des Akkordlohns, wofür bei den Facharbeitern das Produktionswissen und die Beherrschung der Maschine Voraussetzung gewesen waren: vielmehr wurden die Maschinen als Bedrohung des traditionellen Arbeitsrhythmus, der Beschäftigung und des Lohns erlebt; es gab deshalb keinen Hinderungsgrund, sie nicht zu zerstören. P. Stearns (Arbeiterleben, op.cit.) schreibt:

„Für die ungelerten Arbeiter war die Erfahrung mit Maschinen meist völlig neu, obwohl im Gegensatz zu früheren Fabrikarbeitern nur wenige von ihnen selbst Maschinen zu bedienen hatten. Sie hoben und schlepten immer noch, nunmehr aber über kürzere Strecken und weniger über Treppen und Leitern. Manche von ihnen wurden zwar als Kranführer ausgebildet, für die meisten schien sich jedoch die Art der Arbeit wenig zu verändern – kein Wunder, wenn viele von ihnen die die Maschinen primär als Bedrohung, als tatsächliche oder potentielle Ursache von Arbeitslosigkeit ansahen. Manche klagten über die Intensivierung der Arbeit durch Maschinen, da sie nun mehr Güter in gleichmäßigeren Intervallen stapeln, laden oder befördern mußten als vorher. Das Aufkommen von Dampfschiffen versetzte viele Seeleute in Unruhe: sie fühlten, daß das Schiff nun weniger als früher zu ihnen ‚gehörte‘, daß ihr Aufstieg in die Offiziersränge durch die Heizer blockiert wurde, die aus verschiedenen Milieus und nicht mehr aus den traditionellen Schichten der Handelsmariner kamen. Angst um die Arbeitsplätze war allgegenwärtig – die Anzahl der Ungelernten stieg ja unaufhörlich. Die Deckarbeiter in Rouen bemerkten z.B., daß die Un-

ternehmer die Arbeitskolonnen immer dann drastisch reduzierten, wenn ein neuer Kran angeschafft wurde. Häufige Weigerungen ungelerner Arbeiter gegen eine Bedienung neuer Anlagen wurden mitunter von direkten Aktionen des Luddismus begleitet – was nicht verwunderlich war. Ungelernte Arbeiter waren ja die einzige Gruppe, die während eines Arbeitskamps die Maschinen selbst direkt angreifen konnten. 1912 weigerten sich die Dockarbeiter in Swansea, mit einer elektromagnetischen Verladevorrichtung zu arbeiten, bis sie nach langatmigen Verhandlungen von ihren eigenen Gewerkschaftsführern dazu überredet wurden. Bauarbeiter in Dortmund warfen während einer Auseinandersetzung im Jahre 1900 Sand in einen Kran, Dockarbeiter von Le Havre stießen zumindest zweimal Kräne in das Hafenbecken, und ungelernete Ladearbeiter der Hüttenindustrie von Lorraine zerstörten 1906 in einem Streik diverse Maschinen. Belgische Getreideverlader verbrannten im Jahre 1907 einen der Aufzüge für Getreide in den Silos, von denen sie ihre Arbeit bedroht sahen ...“

So bezog sich der Syndikalismus mit seiner Sabotagekonzeption theoretisch auf einen Teil der Klasse, der seiner traditionellen Stärke, der Beherrschung des Produktionswissens und der Geschicklichkeit, immer mehr beraubt war; er hatte seine Erfolge in einem Kampfzyklus traditioneller ungelerner Arbeiter – aber er war letztlich dennoch nicht in der Lage, sich von hier aus auf die Kämpfe der neuen ungelerten Arbeiter im ausgehenden 19. Jahrhundert zu beziehen. Viel zu sehr berief er sich auf die Geschlossenheit und Stärke der traditionellen Arbeiterschichten und nicht auf den heimatlosen Haß der großen Zahl jener Un- und Angelernten, die ab der Jahrhundertmitte und dann verstärkt seit den 1880er Jahren in erster Generation aus agrarischen Gebieten in die Industriezonen geströmt waren. Deshalb blieb der Syndikalismus darin befangen, eher ein Instrument zur Verteidigung der traditionellen, seßhaften Arbeiterschichten gegen den Einstrom neu mobilisierter Proletarierschichten zu sein als ein Instrument für die Thematisierung eines neuen Angriffs, der die vom Kapital betriebene Umschichtung des Arbeitsmarktes zu einem neuen Terrain von Kämpfen zu wenden verstanden hätte.

Einer der Theoretiker aus dem Umkreis der amerikanischen Wobbllys vor allen, Arthur Lewis, hat dieses Problem benannt:

„Die Organisationen“, schreibt Lewis 1913 (in: The New Review I), „achten sehr darauf, die Ungelernten zu organisieren – nicht deshalb, weil diese arm und ausgebeutet sind, sondern weil sie gefährlich sind. ... Das Ziel dabei ist, die Domäne der Handwerkerarbeiter gegen eine Invasion zu schützen. Die Ungelernten sind größtenteils Produkte der Maschinenindustrie und arbeiten auf der Grundlage des neuen Systems. Die Handwerkerarbeiter sind angeschlagen durch die Angriffe der Maschinenindustrie. Deshalb sollen die Ungelernten als Abschirmung zwischen ihnen und der Maschinenindustrie organisiert werden. Sie müssen als Ungelernte gekennzeichnet bleiben, damit die Gelernten ihr Prestige und ihren Lohnvorteil ihnen gegenüber behalten. Und diese Auffassung ist nicht allein bei den amerikanischen Repräsentanten der traditionellen Arbeiterorganisationen anzutreffen. Selbst ein radikaler Syndikalist wie Tom Mann kann sich über die Prägungen durch seine Lebenserfahrung nicht hinausentwickeln, was das Problem mit den ungelerten Arbeitern angeht. Auch er betrachtet das Problem vom Standpunkt des gelernten Handwerkerarbeiters, und er scheint sich nur darum Sorge zu machen, wie sehr diese ungelernete Arbeitskraft die Existenz der traditionellen Gewerkschaften, so wie sie jetzt existieren, tatsächlich bedroht ...“. Ähnliches trifft, so Lewis, auch auf den französischen Syndikalismus und erst recht auf die deutsche Sozialdemokratie zu. „Aber die Ungelernten können nicht zulassen, so ausgenutzt zu werden. Sie haben keinen Anlaß, Zugeständnisse zu machen, da sie in der Tat die strategische Position selbst innehaben und auf lange Sicht das Kartenhaus der professionellen Arbeiterorganisationen einbrechen lassen werden.“

Ging es dem Syndikalismus darum, die Arbeitsautonomie gegen die Kapitalverwertung auszuspielen und den Preis der Arbeitskraft hochzuhalten mit den Mitteln der Arbeitszurückhaltung und – bei Akkordarbeit – auch mit der Sabotage, und hatte er das Arbeiterwissen vom Produktionsprozeß, gewendet zu qualifizierter Sabotage und direkter Aktion, als Ausgangspunkt einer revolutionären Umwälzung bestimmt, so verstand Arthur Lewis die Sabotage in einem anderen Zusammenhang: dem der Destruktivität einer neuen Klasse, die weder durch den Handwerkerprofessionalismus der Facharbeiter noch durch die Geschlossenheit der traditionellen Un-



Ruhrbergarbeiterstreik, 1912

gelernten bestimmt war: der Destruktivität des „Maschinenproletariats“, das entstanden war durch die Anwendung der großen Maschinerie und dessen Verweigerung und Disziplinlosigkeit, dessen grundsätzliche Ablehnung der Maschinenarbeit und der kapitalistischen Arbeitsorganisation neue Sabotageformen hervorbringen und den kapitalistischen „Maschinenprozeß“ kompromißlos aus den Angeln heben würde (The Militant Proletariat, Chicago 1911).

2.4.

Szenenwechsel also. Wenden wir uns dieser anderen Konfliktlinie zwischen Unterklassen und Kapital im ausgehenden 19. Jahrhundert zu, die, was Arbeit und Fabrik betrifft, in ihrem Verhältnis zur Maschinerie nicht mehr durch Produktionswissen und den Kampf um den Wert als Arbeitskraft im Produktionsprozeß bestimmt war, sondern durch eine Lebenserfahrung, die sich primär außerhalb des Arbeitsverhältnisses definierte: in der Mobilität der vom Land in die Stadt Aufgebrochenen, die zur Arbeit lediglich ein instrumentelles Verhältnis hatten: Arbeit war nichts als Zwang, Geld zu verdienen – und deren Radikalisierung aus dem Bruch traditioneller Lebensformen und ihrer Konfrontation mit dem Maschinensystem entsprang. Das Verhältnis von Maschinismus und Sabotage, vom Existenzrecht außerhalb des Kapitals und kapitalistischem Kommando, so wie es für die Maschinenstürmer 100 Jahre zuvor zu beschreiben war, als Kampf gegen eine von vornherein feindliche Macht, setzte sich eben nicht bei den Handwerkerarbeitern des 19. Jahrhunderts fort, sondern bei diesen neu mobilisierten Unterklassen. P. Stearns hat darauf verwiesen:

„Die Entwicklung der industriellen Arbeit war während des 19. Jahrhunderts kein stetiger Prozeß. Viele Arbeiter wurden nicht etwa in der ersten Phase der Industrialisierung, sondern erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts in einen im wesentlichen industriellen Arbeitsprozeß einbezogen. Andere, denen neue Formen der Arbeitstätigkeit – besonders in den Fabriken – viel früher aufgezwungen worden waren, hatten am Arbeitsplatz selbst Methoden der Anpassung entwickeln können, die nach den 80er Jahren ernsthaft bedroht wurden ...

Unter den Arbeitern, die erstmals in einen industriellen Arbeitsprozeß eintraten, gab es drei Haupttypen: neu Zugewanderte, Handwerker und die Gruppe der traditionell Ungelernten. Jene Neulinge strömten unablässig in die Fabrik. Dadurch wurde – insbesondere in Deutschland und Frankreich – die Konfrontation zwischen traditionellen Formen der Arbeit mit dem neuen intensiven industriellen Arbeitsprozeß häufig wiederholt. Der Kontrast mag in der Tat stärker als je zuvor gewesen sein, denn aufgrund des verfeinerten Entwicklungsstands von Technologie und Management konnte diese nun auch auf Neulinge in der industriellen Arbeit angewandt werden.“ Gerade in Deutschland, so Stearns, gingen „die Veränderungen der Arbeitsverhältnisse besonders schnell vor sich und (trafen) dazu auf eine sehr traditionalistische Bevölkerung“ – wir müssen in Erinnerung behalten, daß bei uns die Kontrolle der Menschen durch die Maschine noch keine hundert Jahre alt ist (und daß die Vermittlung von Traditionalismus und Maschinismus hier letztlich erst nach einem nazistischen Gewaltakt gelungen ist).

Wollen wir das Verhältnis dieser neu in die Fabriken und Bergwerke – in die neuen Bergwerkszonen des Ruhrgebiets, in die neuen Prozeßindustrien Stahl und Chemie, in die Massenproduktion der Elektroindustrie – getriebene Klasse zu Arbeit und Maschinerie verstehen, so haben wir zunächst davon auszugehen, daß der Drehpunkt des Lebens für die Menschen, die, ständig auf dem Sprung, in einem Zyklus der Existenzunsicherheit über verschiedene Zwischenstufen vom Industriekapital aufgesogen wurden, außerhalb der Fabrik liegt: in der „Community“ der Emigrantenquartiere und Armutsstadtviertel – und daß durch diese Konfrontation: Unsicherheit und ängstlich forsch festgehaltener Traditionalismus gegen die Fabriksklaverei die historische Ausbildung der Nicht-Arbeit bestimmt ist (zum Lebenszyklus dieser neuen Unterschichten vgl. K.H. Roth, Arbeiterklasse und Arbeiterorganisationen, Deutschland 1890-1920, in: Bergmann pp, Autonomie im Arbeiterkampf, Hamburg 1978). Jener soziale Ort, aus dem sich die Rebellionen der vorindustriellen Produzenten gegen die Maschinerie und die der vorindustriellen Armen gegen den Hunger entwickelt hatten: die „protoindustriellen“ Produktionsfamilien und ihre sozialen Beziehungen, war durch die Wanderungsbewegungen des 19. Jahrhunderts vielfältig zerrissen und in brüchiger Weise neu zusammengesetzt worden. Es waren neue, instabile Beziehungen – Instwohner, kleine Wirtschaften, Festlichkeiten, Wohnheime und Kolonien usw.usf. –, in denen weiterhin soziale Aspirationen jenseits der neuen Arbeitsknechtschaft am Leben ge-

halten wurden, wenn nicht, wie etwa in polnischen Bergarbeiterkolonien, traditionelle Bräuche genau in jenem Sinne neuerlich aktiviert oder intensiviert wurden. Und gerade die Trennung zwischen der Fabrik / dem Bergwerk, der Arbeitszeit einerseits und der Reproduktion, der ärmlichen Wohnstätte und den Beziehungen der Übergangsfamilie – mochte die freie Zeit auch viel zu kurz sein – definierte die Zeit der Nicht-Arbeit und die Identität der neuen Klasse außerhalb des Kapitals.

Aus diesem Lebensbezug der neuen Unterschichten außerhalb der Fabrik konstituiert sich ein neues Verhältnis zur Lohnarbeit: ein instrumentelles Verhältnis zur Arbeit, die nichts mehr ist als der Zwang zum Geldverdienen; ein Verhältnis, welches die Unmenschlichkeit des Maschinenprozesses mit der „Barbarei“, dem sprunghaften Wechsel zwischen Anpassung und gewaltsamem Aufbegehren beantwortet, zwischen Konformität, Massifizierung und Auflehnung. Noch waren die Mobilität, die aufgelösten und neu gebildeten Familienverbände, die abgrundtiefe Entfremdung und völlige Beziehungslosigkeit dem kapitalistischen System der Ausbeutung und Maschinerie gegenüber nicht nur Leidensweg, sondern auch Ausgangspunkt sozialer Kämpfe, die sich von jenem lebendigen Ort des Nicht-Kapitals aus verbreiteten, von wo aus der Angriff gegen die Gewalt der kapitalistischen Disziplinierung grundsätzlich und radikal geführt werden konnte.

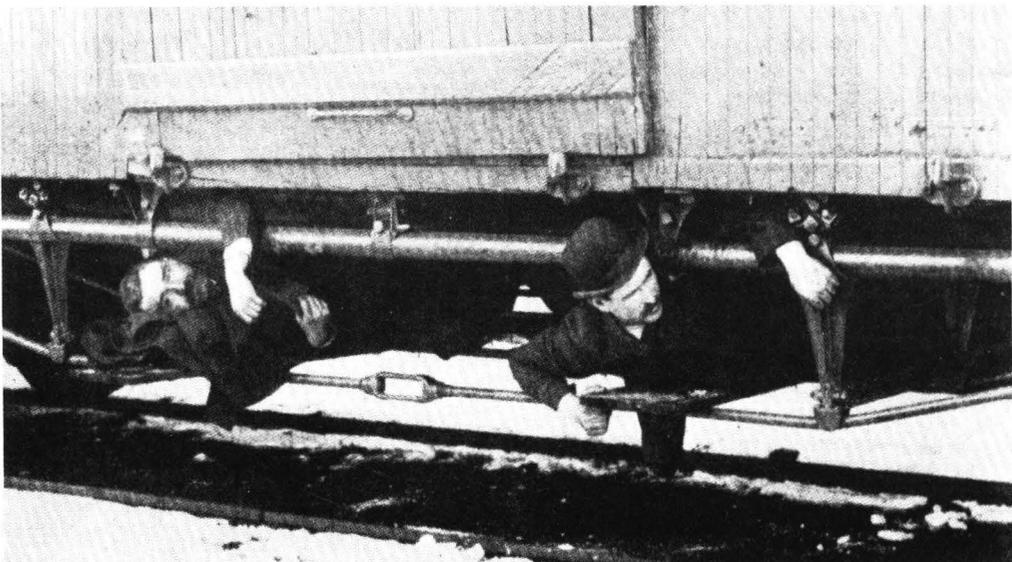
Als Beispiel sollen die von Brockhaus (Zusammensetzung, op. cit.) untersuchten Bergarbeiterkämpfe des Ruhrgebiets genannt werden; die Mobilität der neuen Bergarbeiterschichten von Zeche zu Zeche – eine Waffe gegen die extremen Ausbeutungsbedingungen des Ruhrgebiets – machte den Verlust hergebrachter Existenzformen zum Ausgangspunkt von Kämpfen:

„Es ist die gesamte Klassenlage der Bergarbeiter, in der die Mehrheit von ihnen erst seit wenigen Jahren bzw. in der ersten Generation hineingepreßt ist, vor der sie auf der Flucht sind. Es ist das völlige Fehlen von Bezugspunkten in diesem Klassenschicksal und die Fortexistenz von Vorstellungen über die Möglichkeit einer anderen gesellschaftlichen Existenz, die eine Integration für lange Zeit verhindern“, schreibt Brockhaus. Und die Kämpfe, die aus dieser Konstellation entspringen, erinnern eher an die Emeuten der vorindustriellen Massen als an die zunehmend zivilisierten Streiks der längergedienten Arbeiterschichten: „Der offene Kampf bricht plötzlich, ohne Vorankündigung und ohne lange Vorplanung aus. Der Streik entzündet sich, ‚wenn das Maß voll ist‘, an einem – im Verhältnis zu den gesellschaftlichen Dimensionen, die er annimmt – geringfügigen Anlaß und breitet sich innerhalb weniger Tage wie ein springender Funke über das ganze Revier aus ... Nach einer ganzen Serie von Kämpfen, die sämtliche Kohlereviere seit Beginn der 70er Jahre erschüttern und die Bourgeoisie samt Staatsappa-

rat jeweils unvorbereitet treffen, sucht sich die staatliche Repression vor Überrumpelungsaktionen durch Schubladenaufmarschpläne und Aufbau spezieller Beobachtungsorgane zu schützen ...“. Und: „Charakteristisch für den Kampfstil der Bergleute ist auch der Widerspruch zwischen dezentraler Organisation der Kämpfe, die sich den jeweiligen örtlichen Gegebenheiten anpaßt unter gleichzeitiger Einbeziehung der Erfahrungen anderer Orte. Wie (viele) Beispiele belegen, arbeitet das informelle Nachrichtennetz der kämpfenden Bergleute schnell. Aktionsformen, die am Vortage auf der einen Grube praktiziert wurden, werden bereits am nächsten Tag andernorts aufgegriffen. Bedingt durch die enorme Mobilität der jungen Bergleute, die pro Jahr häufig mehrmals die Grube wechseln, existiert bei der dezentralen Kampfführung doch keine Fixierung auf einen Betrieb oder dessen besondere Bedingungen. Das Revier und das Zechenkapital werden aus der eigenen unmittelbaren Erfahrung heraus als Einheit begriffen ... Die Zentralisierung des Kampfs, den die christlichen und sozialdemokratischen Organisationsansätze betreiben, ... bedeutet nicht eine höhere Form der Auseinandersetzung, sondern eine völlig entgegengesetzte. Ebenso ‚zurückgeblieben‘ wie das Fehlen einer zentralen Kampfführung mutet auf den ersten Blick auch an, daß sich die Bergleute so gut wie gar nicht um die Erarbeitung präziser Forderungskataloge kümmern. Doch auch in diesem Verhalten steckt tendenziell eine andere Konzeption vom Arbeiterkampf. Der Kampf der Bergleute ist der Intention nach nie begrenzt auf konkrete einzelne Ziele. Der Kampf, den sie entfesseln, richtet sich nicht gegen diesen oder jenen einzelnen Mißstand, sondern gegen ihr gesamtes Proletarierschicksal, an das sie nichts kettet außer der Macht der herrschenden Klasse ... So ist es nicht verwunderlich, daß ‚auf seiten der staatlichen Behörden und der Zechenverwaltung zunächst der Eindruck überwog, daß es sich (bei dem Streik von 1889) um eine Umsturz-, nicht um eine Lohnbewegung handele‘.“

Die Familienverbände der ersten Bergarbeitergenerationen, die Frauen, die Jugendlichen, die polnischen Pariaschichten sind die zentralen Träger derartiger Aktionen. Zumindest sind die Streiks der Männer immer wieder von parallelen Emeuten der Jugendlichen, Frauen und Kinder begleitet. Dies ist Ausdruck der Tatsache, daß die Kämpfe von einem prekären, mobilen, verarmten, aber doch in allen Lücken präsenten Ort außerhalb des Kapitalverhältnisses aus getragen werden; aber doch ist ihnen, gegenüber den geordneten Aktionen der Maschinenstürmer und dem im vorausgegangenen Jahrhundert beständig sich wiederholenden Zyklus der Brotunruhen, die soziale Beständigkeit dieses Orts verlorengegangen:

„Dabei ist das Kampfverhalten alles andere als zielstrebig. Ohne über eine längere kämpferische und organisatorische Tradition zu verfügen, die im Moment des Kampfes Selbstverständnis und Vertrauen in die eigene Sache verleihen könnte, ist das Bewußtsein der Kämpfenden häufig sehr eng auf den Augenblick und die unmittelbare Kampfsituation bezogen, sind die Verhaltensweisen immer wieder mitgeprägt von den moralischen und charakterlichen Schwächen, die Folge der brutalen Lebens- und Arbeitsbedingungen sind. Wird im einen Augenblick noch die revolutionäre Perspektive des Kampfs aus tiefster Überzeu-



Wanderarbeiter USA (Wobblies)

gung verkündet, so ist man kurze Zeit später schon bereit, sich bestechen zu lassen und die Hoffnungen auf Befreiung in einem Alkoholrausch zu begraben.“

Der Eindruck, daß es sich bei den Kämpfen der neuen Arbeiterschichten 1870/90-1920 um einen neuerlichen, aus vorindustriellen Bewußtseinsformen und der Auflehnung gegen das eigene Schicksal geschuldeten Bewegung handelt, läßt sich auch aus anderen Kämpfen, aus den umfangreichen Lebensmittelunruhen während des Weltkriegs, die in ihren Formen und ihrer Zusammensetzung sehr an die vor- und frühindustriellen Hungerunruhen erinnern, oder aus den Massenkämpfen 1917-20 belegen, die bewaffneten Aufstand, Brotunruhen und regionale Befreiung verbinden. Der Zusammenstoß nicht-industrieller Identität mit der industriellen Maschine, grobschlächtrige Sehnsüchte nach einem Leben außerhalb der kapitalistischen Fabriklaverei und nach neuer sozialer Harmonie – das ist der historische Ort der Nicht-Arbeit gegen das kapitalistische Kommando.

2.5.

Es liegt auf der Hand, daß sich die Sabotageaktionen dieser Arbeiterschichten nicht im Zusammenhang einer syndikalistischen Strategie zur Verteidigung der Arbeiterkontrolle über den Produktionsprozeß und der geordneten Verteidigung des Arbeitswerts verstehen lassen, sondern vielmehr die völlige Distanz zum kapitalistischen Maschinenprozeß ausdrücken. Ein Sabotagestreik der Hüttenwerker auf der Dortmunder „Union“ von 1911 erinnert eher an das „bargaining by riot“ als an die professionelle Organisation des „Ca’canny“:

Lohnforderungen der Arbeiter waren brüsk abgelehnt worden – um 7 Uhr gab ein Maschinist das Signal. „Das Signal wurde sogleich in den übrigen Werkstätten der ‚Union‘ teils durch Pfeifen, teils durch Zeigersignale weitergegeben. Auf diese Zeichen zogen die Maschinisten der Dampfkrane die Feuer. Im Walzwerk III wurden die Sicherheitsapparate der elektrischen Anlagen unbenutzbar gemacht, in den Aufzügen der Hochöfen wurden die Sicherheitsvorrichtungen verstellt, an mehreren der wichtigsten Krane die Bremsen beschädigt. Der entscheidende Schlag gegen das Werk aber wurde in den Zentralen geführt. In der Dampfzentrale wurde mitten in der Charge das Gebläse stillgesetzt, zugleich wurden die Preßwasserpumpen angehalten und dadurch der ganze Stahlwerksbetrieb stillgelegt. In der Gaszentrale II schloß der Maschinist auf das Signal hin den Gasschieber der Maschine, und in der Gaszentrale I gelang es nur durch das Dazwischenspringen zweier Obermaschinisten, das plötzliche gefährliche Stillsetzen der elektrischen Maschinen zu verhindern. – So war das riesige Werk auf ein Signal hin an der ‚empfindlichsten Stelle‘ getroffen. Der ganze Betrieb stockte, die Konverter kippten um, und die flüssigen Eisenmassen töteten einen Arbeiter.“ – Später vor Gericht machten die Arbeiter erfolgreich geltend, „daß sie lediglich die Arbeit niederlegen wollten und die Tragweite ihrer Handlungen in einem so großen und komplizierten Betrieb nicht übersehen konnten“ – so waren sie in der Lage, ihre Distanz zum kapitalistischen Arbeitsprozeß noch vor Gericht zu ihrer Verteidigung zu nutzen.

Freilich ist dieses Beispiel kein alltägliches, vielmehr wurde es von den Unternehmern als Warnsignal für kommende Zeiten verstanden.

Wenn es auf der Arbeiterseite eine Organisation gegeben hat, welche die Entfremdung der neuen Klassenschichten reflektiert und umgesetzt hat, so sind es vor allen die amerikanischen IWW gewesen. In Deutschland waren es die Gruppen um die KAPD und die Allgemeine Arbeiter-Union, die eine solche Richtung vertraten und auch Verbindungen zu den IWW suchten; daß sie deren organisatorische Stärke und Festigkeit nicht erreichten und nach 1921 praktisch zerschlagen waren, hat sicher auch damit zu tun, daß im Nachkriegsdeutschland der bewaffnete Aufstand greifbarer schien als in den USA, wo die IWW die langfristige Konzeption des „Guerillakriegs in der Fabrik“ entwickelten.

Die Wobbllys übertrugen die von Emile Pouget und den französischen Syndikalisten propagierten Sabotageformen auf die neue soziale Basis. Das beste Buch über die Wobbllys ist das von Gisela Bock (Die andere Arbeiterbewegung in den USA von 1909 - 1922. Die Industrial Workers of the World, München 1976), die dazu schreibt:

„Gegen das Motto ‚Eine faire Tagesarbeit für einen fairen Lohn‘ wurde das neue gestellt: ‚Sabotage ist eine unfaire Tagesarbeit für einen unfairen Tageslohn‘, und in diesem Sinn, schrieb 1915 ‚Rebel Girl‘ Elisabeth Gurley Flinn, ‚verhält sich die Sabotage zum Klassenkampf wie der Guerillakrieg zur Schlacht. Der Streik ist die offene Schlacht des Klassenkampfes, Sabotage ist der Guerillakrieg, die alltägliche Auseinandersetzung zwischen den gegensätzlichen Klassen‘ ... (Von der Praxis der Facharbeiter- und der modernen Massengewerkschaften) unterschied sich im übrigen die Sabotage der Wobbllys darin, daß sie von einem Arbeiterverhalten ausging, das der technischen und ethnischen Struktur des Arbeitsplatzes ebenso sehr entsprang wie es sich ihr widersetzte. Die Immigranten der ersten Generation band, ‚wie zu sehen war, an ihre neue Heimat und an ihre Arbeit wenig mehr als der erhoffte Lohn, sie schienen ‚von ihren Jobs nichts anderes zu wollen als das Geld‘; in dieser Situation ‚band kein sentimentales Band die Ungelernten‘ an die Arbeit und ihr Produkt (Lewis).“

Die Wobbllys organisierten Sabotagegruppen („So hatten sie in McKees Rocks teil an der Organisation der Gegengewalt der Streikenden, zu Beginn des Lawrence-Streiks zerstörten italienische, in einem ‚Flying Squadron‘ organisierte Wobbllys elektrische Anlagen und zwangen, zuweilen auch handgreiflich, zögernde Arbeiter zur Teilnahme am Streik“) – auf der anderen Seite verstanden sie ihre Aufgabe als die, sich stets allein auf die real existierenden Kampfformen der neuen Arbeiterklasse zu beziehen:

In der ‚direkten Aktion‘ von Sabotage und Arbeitsverweigerung „sahen die Wobbllys die neuen Ansätze zu massenhafter Arbeitergewalt und suchten an ihre tatsächlich vorhandenen Ansätze anzuknüpfen. Sie sahen bezüglich der Kampfformen – wie bezüglich der Theorie – ihre eigene Aufgabe darin, ‚zu sehen, was die Arbeiter tun, und dann zu verstehen, warum sie es tun; nicht ihnen zu sagen, es sei richtig oder falsch, sondern ihre Bedingungen zu analysieren und zu sehen, ob wohl nicht sie selbst ihre Bedürfnisse am besten verstehen und ob aus ihren konkreten Bedingungen heraus sich nicht eine Theorie entwickeln wird, die von allgemeiner Nützlichkeit sein wird. Industrieller Unionismus und Sabotage sind solche Theorien, die aus solchen Tatsachen und Erfahrungen entstanden sind.“

So wurde das „Soldiering“, das „Ca’canny“, die organisierte Arbeitszurückhaltung, transformiert zur Kampfform einer Arbeiterschicht, die den Lohnkampf nicht als Forderung nach einem gerechten Tausch verstand, gute Arbeit gegen gerechten Lohn, sondern als Klassenkampf und die die Höhe des Lohns durch nichts anderes bestimmt sah als durch die Stärke der Arbeitermacht (Walling). Auch nach der weitgehenden Zerschlagung der IWW setzte sich der „Guerillakampf“ in der Revolte der US-amerikanischen Arbeiter von 1919-22 fort, und noch in den 20er Jahren waren die Slogans der Arbeitszurückhaltung und der Sabotage in den Fabriken Alltäglichkeit.“

Der Erfolg der IWW lag darin begründet, daß ihre Organisationsform der Mobilität der umherziehenden Holz-, Ernte- und Bauarbeiter des amerikanischen Westens und Südens folgte und zugleich eine zeitlang in der Lage war, die Verbindungen zu den sozialen Reproduktionsorten der Einwanderer und der Arbeitslosen herzustellen.

Gisela Bock:

„Die Praxis der Wobbllys ging jedoch über ihre theoretische Formulierung der Lohnthematik hinaus: ‚so fand die Lohnforderung, ausgedrückt in zahllosen Slogans – ‚Setz Dich nieder und schau zu, wie der Lohn hochgeht‘, ‚Am 1. Mai arbeite ich nicht länger als 8 Stunden, und Du?‘ – ihre Fortführung in den Aktionen während der Krise von 1913-15: die Arbeiter gingen vom Widerstand am Arbeitsplatz zur unmittelbaren Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums über, zu ‚food riots‘ (Hungerrevolten), Mietstreiks und Restaurantbesetzungen. So berief sich Haywood auf Abraham Lincolns Ratschlag an die Bürger, die wegen der Lebensmittelspekulation während des Bürgerkriegs hungerten: ‚Nehmt Eure Spitzhacken und Brecheisen und geht zu den Getreidespeichern und Kaufhäusern und versorgt Euch‘. Die neunte

Jahreskonferenz der IWW beschloß im September 1914, daß ... ‚der Ort, wo die Arbeitslosen demonstrieren müssen, dort ist, wo es viel Essen und Kleider gibt, damit sie sich versorgen können‘. Die IWW rieten den Arbeitslosen, ‚Essen zu stehlen und was immer sie brauchten, um ihre Gesundheit und ihr Wohlergehen zu erhalten, und wir behaupten, daß dies nur dem Namen nach Stehlen ist, aber nicht tatsächlich ... Denn die Grundrechte des Menschen haben absoluten Vorrang‘ ... — es scheint gerade hier gelungen zu sein, ein wesentliches Charakteristikum der zeitgenössischen Kämpfe zu artikulieren und partiell zu organisieren: die Verbindung zwischen Widerstand am Arbeitsplatz und dem Widerstand in der Community.“

Wenn wir die Gründe für die Zerschlagung der IWW nennen, so sind es neben der brutalen Repressionswelle nach dem Kriegseintritt der USA 1917 und der während der Kriegsjahre massiv einsetzenden Wanderungswelle der Schwarzen aus dem Süden, wo sie „gerade in den Branchen mit hoher Fluktuation, Rationalisierung und Streikrate und in der Folge von Streiks eingesetzt wurden“, auf deren Kämpfe aus der black community, die schließlich in die ersten race-riots einmündeten und auf die sich die IWW nicht bezogen — einer der Gründe, weshalb der IWW-Slogan „Jetzt auf die Industrien des Ostens“ fehlschlug —, so sind es also jedenfalls zwei Gründe, die für unser Thema verallgemeinert werden können: Zum einen ist es der Terrainwechsel der sozialen Kämpfe während der zwanziger und dreißiger Jahre: die aufkommenden Kämpfe um Sozialeinkommen, die den Anspruch auf staatliche Wohlfahrt stellen und zugleich den sozialen Ort der Community für die staatliche Sozial- und Einkommenspolitik infiltrierbar machen; damit die Voraussetzung für die Eingriffe keynesianischer Politik liefern, die die Arbeitskraft als Staats-eigentum betrachtet und den sozialen Ursprungsort der Kämpfe, den Ort des Wissens um das tradierte Existenzrecht und seine Aneignungsformen, zerstückelt und kontrollierbar macht — wobei die staatliche Kontrolle der Reproduktionsarbeit die entscheidende Rolle spielt. Zum anderen ist es die Tatsache, daß die Wissenschaftliche Betriebsführung, nach den Worten F.W. Taylors, auch ihrerseits „in den Untergrund geht“, dem Guerillakonzert der IWW also folgt und dieses im Detail, in den kleinsten durchorganisierten Schritten des Arbeitsablaufs, zu zerstören sucht. Obwohl die IWW in so vielem die Kämpfe einer neuen Ära ausdrückten und organisierten, überlebten sie die entscheidende Wende der frühen dreißiger Jahre auch informell nicht.

Das „Scientific Management“, in den USA in der zweiten Hälfte der 1880er Jahre entwickelt, breitete sich nach der Jahrhundertwende sprunghaft auch in Europa aus und erfaßte im Verlauf eines „Kriegs nach dem Krieg“ nach 1918 schrittweise die wichtigsten Branchen des Arbeiterwiderstands. Erst dann, in den 1920er und 30er Jahren, wurde für die Mehrheit der Unterklassen das wahr, was Marx in den „Grundrissen“ vorweggenommen hatte:

„Daß die Gesamtheit als Totalität nicht das Werk eines einzelnen Arbeiters, und auch das Werk der verschiedenen Arbeiter zusammen nur ist, soweit sie kombiniert sind, nicht sich als kombinierende zueinander verhalten. In ihrer Kombination erscheint diese Arbeit ebenso sehr einem fremden Willen und einer fremden Intelligenz dienend, und von ihr geleitet — ihre seelenhafte Einheit außer sich habend, wie in ihrer materiellen Einheit untergeordnet unter die gegenständliche Einheit der Maschinerie, des capital fixe, das als beseeltes Ungeheuer den wissenschaftlichen Gedanken objektiviert und faktisch das Zusammenfassende ist, keineswegs als Instrument zum einzelnen Arbeiter sich verhält, vielmehr als beseelte einzelne Punktualität, lebendiges isoliertes Zubehör an ihm existiert!“ —

„Es erscheint also direkt die bestimmte Arbeitsweise übertragen vom Arbeiter auf das Kapital in der Form der Maschine, und durch diese Transposition sein eigenes Arbeitsvermögen entwertet. Daher der Kampf der Arbeiter gegen die Maschinerie. Was Tätigkeit des lebendigen Arbeiters war, wird Tätigkeit der Maschine. So tritt dem Arbeiter grob-sinnlich die Aneignung der Arbeit durch das Kapital, das Kapital als die lebendige Arbeit in sich absorbierend — als hätt’ es Lieb im Leibe — gegenüber.“

Mochten dies, was Marx auf die Maschinenstürmer geschrieben hat, und was für die Mehrzahl der Klasse nun zutraf, die Handwerkerarbeiter, die traditionellen Ungelernten und die neuen Angelernten, für die Arbeit nur Zwang zum Geldverdienen war und die nicht ihres Arbeitsvermögens, sondern vielmehr ihres Lebens beraubt wurden, mochten die verschiedenen Schichten der Arbeiter dies unterschiedliche empfinden, so wurden durch den kommenden kombinierten Angriff in Fabrik und Quartieren — Taylorismus, Fordismus und Keynesianismus — die Front der traditionellen Arbeiterschichten und die der in erster Generation mobilisierten, in ihrem Innern noch vorkapitalistisch orientierten Schichten gleichermaßen betroffen.



Kanonenbau, Krupp um 1900



Arbeiter und Soldaten, Berlin 10. Nov. 1918

3. Sabotage gegen die Arbeit

Ging es im vorangehenden Abschnitt um die Kampflinien traditioneller gelernter und ungelernter Arbeiterschichten einerseits und um das Verhältnis neuer angelernter Arbeiterschichten zur Maschinerie andererseits – ein Verhältnis, dessen Widerstandslinien mehr durch die sozialen Bezugspunkte außerhalb der Fabrik bestimmt waren als durch die Maschinerie selbst –, so soll es im folgenden um die Einverleibung der Arbeit in der Fabrik und des Arbeiters in der Gesellschaft in das soziale Kapitalverhältnis gehen.

Für die Maschinenstürmer haben wir den Angriff auf die Maschinen als einen Angriff nicht einfach gegen ein Arbeitsmittel, sondern gegen das Kapital, das diese an sich sind, aus dem Zusammenhang der „moralischen Ökonomie“ definiert, gänzlich von außerhalb. Das Verhältnis der traditionellen gelernten Arbeiterschichten der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zur Maschine haben wir als ein ambivalentes gekennzeichnet: das Arbeiterbewußtsein begreift den industriellen Produktionsprozeß wiederum als einfachen Arbeitsprozeß und die in der Maschinerie vergegenständlichte tote Arbeit als stoffliches Arbeitsmittel – hin und her geworfen zwischen der Bedrohung der eigenen Qualifikation und dem Versprechen der freien Zeit und einer Arbeiterkultur, zu deren Voraussetzungen die Maschinen zu gehören scheinen. Hingegen haben die traditionellen ungelernten Arbeiterschichten gegen die Maschinen mit „syndikalistischer“ Sabotage reagiert, und wir haben festgestellt, daß es sich dabei um Sabotage von einem Platz neben der Maschinerie aus gehandelt hat: die Sabotage

der Transportarbeiter gegen die Kräne, der Bergarbeiter gegen Förderseile usw. Schließlich haben wir als Ausgangspunkt der Kämpfe der neuen Angelernten – des „Maschinenproletariats“ – die sozialen Beziehungen außerhalb der Fabrik ausgemacht: in dem Konflikt zwischen traditionellen Verhaltensorientierungen und neuen Verhaltenszumutungen in der Fabrik ab den 1880er Jahren.

Zweifellos sehen wir in der revolutionären Nachkriegsära, 1917-20, die Zuspitzung dieser unterschiedlichen Widersprüche der verschiedenen Arbeiterschichten im Produktionsprozeß und in der Gesellschaft: die Palette reicht in Deutschland von den revolutionären Obleuten der Rätebewegung, denen es an vielen Orten gelingt, den Leistungslohn in ihren Betrieben abzuschaffen, und die ihr Zeil eines sozialistischen Gebrauchs der Maschinerie schon mit den Händen greifen zu können glauben, bis zu den bewaffneten Einheiten der Ruhrarmee, des mitteldeutschen oder des Hamburger Aufstands. Es war die Ära der amerikanischen Wobblys, des englischen Generalstreiks von 1926 und auch des russischen von 1917; und wenn man zudem bedenkt, daß etwa die mitteldeutschen Mansfeld- und Leunaarbeiter nach 1918 zwei Jahre lang bewaffnet blieben, kann man sich vorstellen, daß diese Jahre in der Fabrik eine nie vorher gekannte Arbeiterautonomie, einen Raum für die Kontrolle der Leistungshergabe durch die Arbeiter selbst und für die Sabotage, eingebracht haben, der vom Kapital nur durch massive militärische Interventionen

zurückgewonnen werden konnte. Wie die Pinkertons in den USA, besetzte die Reichswehr 1920 die Daimler-Benz-Werke, während die Kontrolle über die mitteldeutschen oder die Hamburger Arbeiterautonomie nur durch die militärische Niederschlagung der Arbeiteraufstände zurückzugewinnen war.

Aber die Reaktion des Kapitals auf den revolutionären Nachkriegszyklus ging über die militärische Repression hinaus; noch die Naziplaner verstanden ihre Maßnahmen als Prävention eines neuerlichen 1918. Mit der Neustrukturierung der Fabrik und der Gesellschaft werden wir uns in diesem Kapitel zu beschäftigen haben: mit der kapitalistischen Aneignung der Arbeit in der Fabrik – Taylor, Ford und „Psychotechnik“, mit der Rationalisierungsoffensive des Kapitals in den 20er Jahren also, welche sogleich eine neue Arbeiterantwort verallgemeinern wird: die Sabotage nicht zur Kontrolle des Verhältnisses von Leistung und Lohn, sondern gegen die völlig sinnentleerte Arbeit selbst; sodann mit der kapitalistischen Aneignung des Arbeiters in der Gesellschaft – Keynes, New Deal und Nationalsozialismus: zugleich die Anerkennung einer autonomen Klassendynamik sowohl auf dem Gebiet der Lohnforderung wie auf dem Gebiet der Nachfrage und der sozialen Forderungen wie der Versuch ihrer Absorption im kapitalistischen Zyklus. Dieser Doppelangriff in Fabrik und Gesellschaft mündet zunächst in ein Patt, eine blockierte Situation zwischen Unterklassen und Kapital, welche erst durch einen neuen Weltkrieg in eine weltweite Rüstungsboomplanung von oben her durchbrochen werden kann; erst in den 60er Jahren wird sich die Klasse dann Operationsfelder in Fabrik und Gesellschaft erobern, von denen aus die Sabotage für einen Augenblick zum Programm der Übergangsgesellschaft zum Kommunismus zu werden scheint (Negri, Sabotage), wo sie jedenfalls von vornherein Sabotage gegen das vergesellschaftete Kapital und seine Maschinerie zugleich ist.

3.1.

Eine entscheidende Wende im Gebrauch der industriellen Maschinerie gegen die Arbeiter hatte sich bereits während der Großen Depression (1873-96) durchgesetzt: die rationalisierte und bürokratisierte Betriebsorganisation, die Trennung der Planungs- von den Produktionsabteilungen in wichtigen Branchen der Großindustrie, die breite Durchsetzung industrieller Leistungslöhne. In der Hüttenindustrie und Stahlproduktion, der Chemieindustrie und der Textilindustrie bestimmte bereits der maschinell programmierte Fließprozeß, verbunden mit einer Lohn- und Kontrollhierarchie, das Arbeitstempo. In den USA hatte sich seit den 1880er Jahren die „wissenschaftliche Betriebsführung“ verbreitet, aber auch auf dem Kontinent wurden Methoden der „wissenschaftlichen“ Produktionsvorgaben, vor allem in den erwähnten Industriebranchen, um die Jahrhundertwende breit angewandt. Im Boom der Munitions-, Elektro- und Chemieindustrie der Kriegsproduktion hatten die Schichten der angelernten industriellen Arbeiter sich dann nochmals sprunghaft ausgeweitet, der Weltkrieg war der Vollstrecker der Mobilisierung und Einschleusung der vorindustriellen Massen in die Fabrik. Dennoch hat die systematische Formulierung eines Programms zur Unterwerfung der gelernten wie der angelernten Arbeiter unter das Diktat des maschinellen und wissenschaftlich kontrollierten Produktionsprozesses erst als Antwort auf den revolutionären Nachkriegszyklus von 1917-20 eine solche Verbreiterung erfahren, daß wir berechtigt sind, von einer neuen Ära zu sprechen. Nun werden die Bastionen der Facharbeiterschaft und der „Arbeiterkontrolle über den Produktionsprozeß“ endgültig ihrer materiellen Grundlage im Produktionsprozeß beraubt;

die Faszination der eisernen Arme und der Treibriemen weicht auch bei ihnen dem verbreiteten Gefühl des Ausgeliefertseins an die durch Elektromotoren betriebenen und in ihrer Geschwindigkeit von der Planungs- und Abteilungshierarchie gesteuerten Maschine. Das Fließband wird zum Sinnbild des neuen Verhältnisses zwischen Arbeiter und Maschinerie. Anhand zweier Namen kann diese Entwicklung gekennzeichnet werden: an Taylors propagandistischem Programm für die Kapitalkontrolle im Produktionsprozeß und an der Einführung des Fließbandes bei Ford.

Freilich kann man sich fragen, was es bei Taylor wirklich neues gibt. Tatsächlich sind seine Prinzipien der „Wissenschaftlichen Betriebsführung“ nicht viel mehr als die Aufwärmung dessen, was vor ihm schon Adam Smith, Andrew Ure und vor allen Babbage gewußt hatten. Aber es ist eine Aufwärmung nach über einem halben Jahrhundert und eine, die einen enormen programmatischen Erfolg hatte. Das freilich liegt weniger an ihrem Verfechter als daran, daß nun die industrielle Maschinerie tatsächlich in der Lage schien, das Arbeitstempo zu diktieren. Daß Taylors Problemstellungen selbst, seine Studien bei Verladearbeiten und an Drehbänken, an diesen neuen Entwicklungen ein Stück vorbeigingen, darauf ist verwiesen worden (Vahrenkamp, Kursbuch 43). Er war ein neurotischer Mittelklassensprößling, den es wurmte, „that the shops were really run by the workmen, and not by the bosses. Die Arbeiter hatten miteinander sorgfältig geplant, wie schnell jede Arbeit erledigt werden sollte, und sie hatten für jede Maschine im Betrieb das Tempo festgelegt, das auf etwa ein Drittel eines guten Tagespensums begrenzt war.“ Motiviert durch seine Ablehnung des Arbeiterverhaltens, des Langsamarbeitens, des Soldiering, des Ca'canny (also der Sabotageform des Syndikalismus und der IWW) hatte er seine Prinzipien formuliert: die Zentralisierung der Kenntnis über den Produktionsprozeß im Management, die Trennung von geistiger Arbeitsplanung und deren Ausführung und die Vorausplanung und -berechnung aller Elemente des Arbeitsprozesses (vgl. zusammenfassend H. Braverman, Die Arbeit im modernen Produktionsprozeß, Frankfurt 1980). Neu an Taylors Programm war die systematische Auseinandersetzung des Ingenieurs mit dem Arbeiterverhalten selbst:

„Jedesmal, wenn ich die Produktionsmenge erhöhte, beschädigte gewöhnlich einer der Dreher bewußt irgendeinen Teil seiner Maschine; dies war als ein Anschauungsunterricht für die Betriebsleitung gedacht und sollte beweisen, daß ein hirnverbrannter Meister die Männer dazu trieb, ihre Maschinen zu überlasten, bis sie brachen. Fast jeden Tag wurden klug ausgedachte Pannen geplant, und diese geschahen an Maschinen in verschiedenen Teilen der Werkstatt und wurden natürlich immer dem wahnwitzigen Meister zur Last gelegt, der Männer und Maschinen über die ihnen angemessene Grenzen hinaustrieb. Zum Glück hatte ich der Betriebsleitung im voraus gesagt, daß dies geschehen würde; so gab sie mir volle Rückendeckung. ... Jedesmal, wenn ein Mann etwas zerbrach, belegte ich ihn mit einer Geldstrafe und zahlte das Geld in die Betriebskrankenkasse ein, so daß es letzten Endes wieder den Arbeitern zugute kam. Aber ich zog ihnen eine Geldbuße vom Lohn ab, ob zu recht oder unrecht. Sie konnten immer, jedesmal, wenn eine Panne passierte, beweisen, daß es nicht ihre Schuld war und daß es unter den Umständen unmöglich war, ihre Maschine nicht zu zerbrechen. Doch schließlich, als sie feststellten, daß diese Taktik nicht die erwünschte Wirkung auf die Betriebsleitung hatte, hatten sie es satt und wurden es müde, Geldbußen einzustecken, ihr Widerstand brach zusammen, und sie versprachen, eine ehrliche Tagesarbeit zu leisten. Danach waren wir gute Freunde, aber es waren drei Jahre harten Kampfes nötig, um dies zu erreichen.“

Mit solcher Art von Schlachtbeschreibungen verbreitete Taylor seine Prinzipien; auf Seiten der Facharbeiter leistete die amerikanische AFL gegen die Ausbreitung des Taylorismus erbittert Widerstand (und bei Renault fanden 1912/13 harte Streiks statt, als die ersten Taylor-Ingenieure auftauchten) – viel wichtiger aber war, daß Taylors Nachfolger dann in den 20er Jahren „in den Untergrund“ gingen und ihren Kampf gegen die neuen Sabotageformen des „Maschinenproletariats“ aufnahmen.

Lag Taylors Bedeutung also eher in seiner Rolle als Propagandist einer neuen Generation von Arbeitsingenieuren, so verband Ford das Programm der Ersetzung von Metallfacharbeitern durch angelernte Arbeiter mit den neuen technischen Möglichkeiten des dezentralen Antriebs und der systematischen Arbeitsteilung. Er vermittelte die Taylorsche Programmatik mit der neuen Maschinerie, dem Fließband. Zunächst glaubte er sich damit in der Lage, alle Lohnanreize und Prämien, die bei Taylor eine so wichtige Rolle spielten, streichen zu können zugunsten einer Kontrolle der Arbeitskräfte durch die Bandgeschwindigkeit und ein engmaschiges betriebsinternes Überwachungssystem.

Allerdings zwangen ihn die massive Fluktuation der Arbeiter und die zunehmende Agitation der Wobbllys sehr bald zur Ankündigung des berühmten 5\$-Lohns für einen 8-Stunden-Tag; Ford begründete damit eine Lohnangleichung traditionell gelernter und neuer ungelerner Arbeitskräfte für die USA.

Nach dem 1918-20 war der Kapitalseite durchaus klar, daß es sich zwischen mehreren Fronten zu bewegen hatte, vor allem zwischen jener der entmachteten Facharbeiter, die ihre Felle davonschwimmen sahen und die ja nicht alle zu Werkmeistern aufsteigen konnten, und der der neuen industriellen Schichten. Fords Politik des 5\$-Lohns, der gebunden war an stabile Kleinfamilienverhältnisse und deren Kontrolle durch werkeigene Sozialarbeiter, schien da ein Ausweg, aber er blieb zunächst auch in den USA eine Ausnahme; im Nachkriegsdeutschland war für die Unternehmer dieser Weg des Hochlohns undenkbar. Ohne entsprechende Löhne aber konnten Taylorismus und Fließband allein, die völlig Entmachtung des Arbeiters und seines Produktionswissens, die Anbindung an den von oben gesteuerten Takt der Maschine, allenfalls für kurze Jahre Ruhe schaffen, und von vornherein war absehbar, daß mit diesen Mitteln allein eine größere soziale Krise nicht zu überstehen sein würde. Zwar waren in den USA die Wobbllys im Weltkrieg zerschlagen worden, ihre Thematik der Arbeitszurückhaltung und Sabotage verlängerte sich aber in der Revolte der US-amerikanischen Arbeiter von 1919-22 (G. Bock, op. cit.) und noch in den späteren 20er Jahren war ein solches Arbeiterverhalten Alltäglichkeit – nicht trotz des Taylorismus und des Fließbands, sondern immer mehr gerade gegen diese. Ein Zeuge ist Louis Adamic (Dynamit, Geschichte der Klassenkämpfe in den USA 1880-1930, München 1973):

„Von 1923 bis 1927 arbeitete ich bei Dutzenden von verschiedenen Arbeitsstellen zwischen Philadelphia und Los Angeles – in Stahlwerken, Möbel-, Schuh- und Textilfabriken, auf Farmen und Ranches, in Restaurants, in einem Steinbruch und in einer Druckerei, in einem Kramladen und in einer Automobilfabrik, auf dem Bau und als Hafearbeiter – praktisch überall stieß ich auch irgendeine Form der Sabotage. Nirgendwo habe ich so etwas wie wirkliche Arbeitsfreude und Identifikation mit der Arbeit gefunden ... In einer Möbelschreinerei in Cleveland stieß ich auf Cliques von Arbeitern, die sich zusammengenommen hatten, um während der Arbeitszeit für sich selbst zu arbeiten ... In einer Spitzenwirkerei in der Nähe von Scranton, Pennsylvania, hatte die Betriebsleitung die Maschinen schneller gestellt ... was schließlich zu dem Ergebnis führte, daß es häufig zu Sabotage an den Maschinen kam. Webmaschinen wurden beschädigt, und an den großen Maschinen wurden die ledernen Treibriemen mit Rasierklingen durchgeschnitten ... Ich arbeitete in Restaurants in New York und Pittsburgh ... Einmal kippte ein kommunistischer Tellerwäscher, bevor er kündigte, mehrere Kannen Kerosin in die Zuckerkäse und urinierte in die Kaffee- und Teebehälter ... In New York traf ich einen anderen Kommunisten, dessen besonderer ‚Trick‘ darin bestand, in den Kneipen im Viertel der Textilfabriken zu arbeiten und dort seine kommunistischen Freunde, Männer und Mädchen, für Pfennigbeträge mit teuren Milchgetränken und erlesenen Sandwiches für Pfennigbeträge zu bedienen ...

In einer Schuhfabrik wurde mir ein Mann gezeigt, der unter einigen seiner Arbeitskollegen als ‚Saboteur‘ bekannt war. Er war eine exzentrisch aussehende Person, die alle Maschinen haßte und über alle möglichen Einfälle verfügte, um sie zu beschädigen. In einem unbestimmten Sinne war er ein Radikaler und sah in den Maschinen einen Fluch für die Menschheit. Ich habe diesen Haß auf Maschinen auch anderswo festgestellt ...“

Während sich in den USA die Aktionen der Wobbly-Nachfolger und die „Tragödie der Facharbeiter“, die durch die neue Maschinerie überflüssig gemacht und in eine Lohnkrise gestürzt worden waren, überschritten, verlief die Entwicklung auf dem Kontinent gedämpfter. In England etwa wurde die wissenschaftliche Betriebsführung – in der Form des Bedaux-Systems – erst in den dreißiger Jahren durchgesetzt und mit einer Reihe von Streiks beantwortet (G. Brown, op.cit.); in Deutschland war es vor allem das Fehlen der nötigen Kapitalbasis – und damit auch die Unmöglichkeit von Lohnkonzessionen –, die eine forcierte Einführung des Taylor- und des Fließbandsystems verzögerte. Dennoch verbreiteten sich das REFA-System und die ersten Fließbänder (1923 Opel, 1924 AEG-Zählerfabrik Berlin). K.H. Roth schreibt über den technologischen Angriff der deutschen Unternehmer in den 20er Jahren (Die andere Arbeiterbewegung):

„Da dabei der großangelegte Einsatz der neuen Technologien oft an Kapitalmangel scheiterte und die Disposition der Lohnkosten zu kurzfristigen Teilschritten stimulierte, wurde besonders Wert auf die volle Exploitation der Arbeitszeit gelegt. Gerade in Deutschland wurden an den Maschinen ‚Zeitschreiber‘ und ‚Arbeitsschauuhren‘ installiert: Registrierapparate, welche durch mechanische oder elektrische Übertragung der Bewegung des Werkzeugs oder Werkstücks den gesamten Arbeitsvorgang festhielten und jeden Stillstand oder Leerlauf unerbittlich reproduzierten. So wurden gelernte und ungelernete Arbeiter gleichermaßen überflüssig; zwischen den beiden klassischen Arbeitertypen der vorausgegangenen Epoche begann sich die Masse der ‚angelernten‘ Spezialarbeiter zu etablieren ... Der Angriff auf die unmittelbaren Arbeitsbedingungen zielte natürlich vor allem auf eine völlige Umgestaltung der bisherigen Arbeitsteilung ab; der veränderte kapitalistische Gebrauch der Maschinerie und die dementsprechend vorgenommene technische Umwälzung des Maschinensystems waren nur Mittel zum Zweck. Gerade hier waren politisches und ökonomisches Unternehmertum Variable derselben Gleichung. Im Verlauf der revolutionären Nachkriegskämpfe war die Arbeitsleistung der Arbeiter bedeutend gesunken, das Unternehmerkommando war in der Klassenautonomie untergegangen, die ‚soziale Gärung senkte die Arbeitslust‘ (O. Bauer). (Hinzu kam, daß der Achtstundentag wegen des fortlaufenden Arbeiterwiderstands nicht vollständig rückgängig gemacht werden konnte) ... Trotz ihrer ziemlich katastrophalen Niederlage war die Arbeiterklasse der Jahre 1921 bis 1923/24 nicht mehr mit der Klasse des Vorkriegs zu vergleichen. Der Versuch, nach der Liquidierung der roten Arbeitermilizen mittels der alten Meisterhierarchie zu einem härteren Arbeitstempo zu kommen, rief in allen wichtigen Industriezweigen gerade nach 1921 eine ständige Auflehnung gegen die Arbeitsdisziplin hervor, die auch vor der Sabotage nicht mehr zurückschreckte und der mit den bisherigen Unterdrückungsmethoden nicht mehr bezukommen schien. Die Herrschaft der alten Betriebsbeamten und Werkmeister war seit den zwei Zyklen des Nachkriegskampfs ausgehöhlt ... Mit der generellen Einführung der kapitalistischen Betriebspolizeien hatten zwar die eindeutigen Handgreiflichkeiten aufgehört. Aber in bezug auf die Arbeitsmoral besagte das alles noch ziemlich wenig. Hier half nur eines weiter: die Verschärfung der Peitsche des Meisters, die den Arbeitern die bisherigen Kristallisationspunkte im Kampf gegen eine verschärfte Mehrwertabpressung entzog und die Konfliktbasis kunstvoll verschleierte – eben in Gestalt des mechanisierten Produktionsflusses und der darauf begründeten Arbeitsteilung. An die Stelle der alten Hierarchie trat ... das Arbeitsbüro. Im Arbeitsbüro ließen die Kapitalisten fortan die Fäden einer differenzierten und jederzeit reproduzierbaren Kontrolle aller Lebensäußerungen des Arbeiters von der Einstellung bis zur Entlassung konzentrieren. Die Einstellung des Arbeiters war nicht mehr Angelegenheit des Meisters, sondern psychotechnischer Tests und Eignungsprüfungen auf die Hingabebereitschaft an die veränderte Arbeitsorganisation. Hier wurde die Neuzusammensetzung der Klasse, wo wie sie sich seit 1916 angebahnt hatte, auf erweiterter Stufenleiter reproduziert: ein ständig wachsender Anteil von Frauenarbeit gerade in den am weitesten rationalisierten Betriebszweigen geht auf dieses Konto, weil hier Ertragen einer monotonen Arbeitsoperation und massiver Lohnbeschränkungen am besten miteinander korrelieren sollte ... Es war auch nicht mehr der Meister, der



Geplündertes Lebensmittelgeschäft, Berlin 1920

den Akkordlohn, früher meist reinen Geldakkord, mit den Kolonnen je nach Fingerspitzengefühl und vorhandener Arbeitsmoral festzusetzen hatte: die Bestimmung der Akkorde erfolgte fortan in großen Teilen der Industrie auf der Basis ‚wissenschaftlicher‘ Zeitstudien, die mehr oder weniger exakt mit den Organisationstechniken der Arbeitsvorbereitung und dem Lohnbüro gekoppelt wurden (REFA-System). So war bald ein Zustand erreicht, wo der Durchschnittsarbeiter wie eine Marionette an den Fäden einer allmächtigen Kalkulationsabteilung zappelte und bei der geringsten Auflehnung durch hingabebereitere Kräfte ersetzt wurde. Das Fabriksystem war mehr und mehr zu einer anonymen Macht geworden, wo die veränderte Maschinerie, materielle Basis für eine derartige radikale Umwälzung der Arbeitsteilung, über die lebendige Arbeit scheinbar selbstherrlich nach unüberschaubaren Gesetzen gebot. Die Versachlichung der Arbeitsvorgänge war die Voraussetzung dafür, daß die Kalkulationsbüros ohne jeden Kontakt zu den Arbeitern selbst die erforderlichen Daten für die Optimierung des Kontakts zwischen lebendiger Arbeit und Produktionsagenten bezog. Eine derart verwissenschaftlichte Betriebsführung war in der Tat ein willkommenes Instrument für die Unternehmer, die Zusammensetzung der Klasse nicht wie bisher je nach Konflikt stoßweise, sondern in einer Art Permanenzzustand zu verändern. Grundbedingung war die Möglichkeit, fortlaufend Arbeitskräfte freizusetzen. Der Zirkel zwischen Einstellung und Entlassung war endlich geschlossen. Der Arbeitsprozeß verlangte keine besonderen Berufsfertigkeiten mehr, es war vorbei mit der Unentbehrlichkeit des Facharbeiters wie auch des Handlangers, für dessen anstrengende Tätigkeit oft genauso wenig Ersatz hatte gefunden werden können. Es bedurfte nur noch eines hinlänglich funktionierenden Systems der ‚Werkssicherheit‘ – es wurde ja damals gerade eingeführt –, damit die Fabriken ‚auf Dauer der widerspenstigen Arbeiter entledigt, endlich einmal zu wirklichen ‚Oasen des sozialen Friedens‘ wurden.“

In der Tat gelang es den deutschen Unternehmern, mit dieser – wenn auch begrenzten – Rationalisierungsoffensive für einige Jahre Ruhe zu gewinnen. „Der Klasse fehlten zunächst jede Möglichkeit, das reorganisierte Ausbeutungsverhältnis von innen und von außen zurückzuweisen. Und das nicht zuletzt deshalb, weil sich seit der Teilmechanisierung die soziale Zusammensetzung ständig verschob und die Arbeitergruppen beliebig gegeneinander ausgespielt werden konnten: Frauen gegen Männer, Spezialarbeiter gegen Facharbeiter usw.“, schreibt Roth. „Tatsächlich scheinen die Arbeiter über eine ganze Periode lang über keinerlei Handlungsalternativen verfügt zu haben.“ Aber diese Periode war nicht von langer Dauer.

So wenig wie die US-Kapitalisten die Kampfhalte der Wobbllys in den zwanziger Jahren dauerhaft treffen konnten, so wenig waren Taylorismus plus Fordismus in Deutschland langfristig erfolgreich. Schon nach einem halben Jahrzehnt ist ein Kampfzyklus der neuen Spezialarbeiter die Antwort auf die neue Arbeitsteilung; Karl Heinz Roth:

„Trotzdem ist aus diesem Rückschlag des Arbeiterkampfs kein totaler – und schon gar kein dauerhafter – Sieg der Kapitalisten geworden. Im Gegenteil: spontan, außerhalb jeder Kontrolle seitens der abgewirtschafteten Arbeiterorganisationen, machen sich seit 1926/27 auf der Arbeiterseite, getragen von einem ohnmächtigen Haß auf das perfektionierte kapitalistische Kommando, neue Kampfformen breit ... Sie entstehen genau da, wo der Gebrauch der Maschinerie gegen die Arbeiter am weitesten fortgeschritten ist: im Fahrzeugbau, in der Büromaschinenindustrie, in den mechanisierten Zweigen der elektrotechnischen Großkonzerne, und hier wiederum in den Abteilungen mit vorherrschender Fließbandproduktion ... Mit einer enormen Beschleunigung entwickelt sich jetzt auch in Deutschland auf der Arbeiterseite derselbe Mechanismus, dem seinen Tribut zu zollen selbst der größte Heros der internationalen Rationalisierungsbewegung, Henry Ford (der seit den dreißiger Jahren einen der brutalsten Werkschutzapparate der USA aufbaute), gezwungen ist: die ‚passive Resistenz‘ – die Werkstücke auf den Montagebändern werden einfach nicht weiterbearbeitet, der Absentismus, die insgeheim betriebene Zerstörung der Registrierapparate und andere kleine Attacken gegen die Arbeitsorganisation, welche für die Arbeiter zur Inkarnation der Arbeitsqual geworden ist. Henry Ford, die US-Kapitalisten und jetzt auch die deutschen Unternehmer sind konfrontiert mit einer massenhaft angewandten, von den traditionellen Arbeiterorganisationen außerhalb der USA noch nie anerkannten, propagierten oder unterstützten Kampfweise ... Nirgends artikuliert, und nirgends auf organisatorischer Ebene vorbereitet, integrieren sich kleine Kerne der deutschen Arbeiterklasse in den internationalen Kampfzyklus der zwanziger Jahre. So bei AEG Treptow seit 1926: das Apparatewerk wird zum Ausgangspunkt von Abteilungsaktionen gegen den Zusammenhang von Arbeitsintensivierung und Gruppenakkord sowie von Teilstreiks, die seit 1927 auf die gesamte elektrotechnische Industrie übergreifen und bald auch die Automobilbranche erfassen. So im Walzwerk Riesa, wo 1928 die Arbeiter mit der Parole ‚Acht Stunden – genug geschunden‘ den Schichtschluß selbst festsetzen ... So auch in der Textilindustrie, auf den Werften und in anderen Wirtschaftszweigen. Exemplarisch etwa in diesem Zusammenhang der Streik der Mansfeld-Arbeiter 1930, der für die Ausweitung der Kämpfe unmittelbar vor dem vollen Ausbruch der Weltwirtschaftskrise eine enorme Signalfunktion besitzt. Die neuen Spezialarbeiterschichten waren zum Motor einer neuen Phase von proletarischer Aufässigkeit geworden, welche die ganze Klasse von der Lethargie und den Nachwirkungen eines niedergeschlagenen Kampfzyklus befreite.“

3.2.

Das tayloristische Programm der Enteignung des Arbeiterwissens vom Produktionsprozeß und die Schaffung einer neuen Schicht von Spezialarbeitern am Fließband enthalten eine Konzeption des Arbeiters als willenloses Anhängsel der Ma-

schine, welches die Normierung und Massifizierung der Kriegsmaschinerie fortzuführen gedenkt (vgl. R. Ley: „Soldaten der Arbeit“). Pounds hat dies in seiner Schrift „The Iron Man“ Anfang der 20er Jahre formuliert:

„Wer ist dieser Arbeiter“, fragt er, „er ist der Mann, der die Reihen der gewöhnlichen Soldaten füllt, er ist der erwachsene Mann mit einer Intelligenz, die, wie Armeepflichtungen ergeben haben, der eines 14- oder 16jährigen entspricht. Man kann sich darauf verlassen, daß er in gewöhnlichen Zeiten und unter nicht zu komplizierten Verhältnissen für sich selbst und für seine Familie sorgen kann. Er ist ziemlich anpassungsfähig und ordnet sich in den meisten Fällen den Gesetzen und Gebräuchen unter. In allen Dingen aber, in denen es auf besondere Kenntnisse oder schnelle Entscheidungen ankommt, muß ein anderer für ihn entscheiden. Im allgemeinen ist er seinem Land und dessen Einrichtungen ergeben. Von Natur aus ist er konservativ und provinzial. Nach den Sturm- und Drangjahren wird er seßhaft und ein nüchternen, vorwärtsstrebender Bürger, der sich mehr über kleine Sachen aufregt, als daß er den großen viele Gedanken widmet. Er besitzt einen starken Geschlechtstrieb, den er aber mit Hilfe der Kirche und des Staats mehr oder minder erfolgreich zügelt: Je weniger Geist einer besitzt, umso weniger wird er sich gegen die Unterdrückung seiner Persönlichkeit, die untrennbar mit großen und mechanisierten Betrieben verbunden ist, auflehnen. Ich habe von Industrieingenieuren und Wohlfahrtsbeamten gehört, daß die Industriearbeit heutzutage eine Prämie auf geistige Minderwertigkeit setzt.“

Aber in der zweiten Hälfte der 20er Jahre reichte die „Prämie auf geistige Minderwertigkeit“ eben nicht mehr aus; mit dem durch das Fließband und das Arbeitsbüro verobjektivierten Produktionsprozeß allein war die Klasse, die Pounds irgendwo zwischen Mensch und Affen ansiedelte, nicht zu kontrollieren. Mitte der 20er Jahre war den Arbeitsingenieuren allenthalben klar, daß die neue Arbeitsteilung in der Fabrik nicht nur mit einem System betriebspolitischen Zwangs, sondern zugleich mit einer neuen Sozialtechnologie in der Fabrik zu kombinieren war. Die erste Reaktion auf den Arbeiterwiderstand gegen den Taylorismus und Fordismus ist die Arbeitspsychologie. Entscheidend dabei ist weniger die Anwendung neuer Testverfahren aus Ausleseverfahren der zur Selektion der Arbeitskräfte für bestimmte Tätigkeiten, obwohl dies das erste Ziel war: „Das psychologische Experiment soll planmäßig in den Dienst des Wirtschaftslebens gestellt werden“, hatte Münsterberg schon 1912 gefordert und wie Myers oder Rowntree in England oder Mayo in den USA entsprechende Studien durchgeführt. Aber etwa Mayo erkannte: „Die Vorstellung, daß das Verhalten eines Individuums in der Fabrik von seiner Einstellung auf der Grundlage eines mühsamen und genauen Testens seiner mechanischen und anderen Fähigkeiten vorausgesagt werden kann, ist größtenteils, wenn nicht sogar völlig falsch.“ Eine wichtige Folgerung der Mayo-Schule aus ihren Experimenten war vielmehr, wie Braverman schreibt,

„daß die Motivationen der Arbeiter nicht auf rein individueller Grundlage verstanden werden konnten und daß der Schlüssel für ihr Verhalten in den sozialen Gruppierungen der Fabrik zu suchen war. Damit verschob sich das Studium der Gewöhnung der Arbeiter an ihre Arbeit von der Ebene der Psychologie auf die Soziologie“.

Dieser Bruch ist in der Tat tiefgreifend: die Unternehmer erkennen in der Fabrik, daß die Summe der Arbeitskräfte eine Klasse darstellt. Ging es dem Taylorismus und der frühen „Psychologie im Dienst des Wirtschaftslebens“ um die Vereinzelung des Arbeiters und die Auslese der taylorischen „first class worker“, so wird nun die kollektive Existenz der neuen Arbeiterschichten beobachtet und anerkannt. Dies ist eine Folge des Arbeiterwiderstands in den 20er Jahren. In der Fabrik bedeutet sie den Übergang vom Sozialdarwinismus der Unternehmer, der Auslese der Tüchtigen, zum sozialtechnischen Umgang mit der Belegschaft. Reinhard Bendix (Herrschaft und Industriearbeit, Frankfurt 1960) hat diesen Zusammenhang hervorgehoben:

„Das wachsende Interesse an den Verhaltensformen der Arbeiter war ein Beweis dafür, daß man von dem Bilde eines ‚Kampfes ums Dasein‘ abrückte, in dem nur die Taten eines Mannes und nicht seine Gefühle zählten. Manager und Personalfachleute fingen an, sich Gedanken über die ‚wirklichen‘ Wünsche ihrer Arbeitnehmer zu machen. Einige behaupteten, die Arbeiter verlangten die Anerkennung, daß ihre Arbeit genauso viel wert sei wie die ihrer Arbeitgeber, sie wollten auf ihre Arbeit stolz sein können. Die ganze Gewerkschaftsbewegung sei ein Beweis dafür, daß die Arbeiter darum kämpfen, ‚einen anerkannten Platz in der Gesellschaft zu erlangen‘ ...“

Das Dilemma der Betriebspsychologie sollte nun darin liegen, daß sie die kollektiven Verhaltensformen der Arbeiter in der Fabrik zwar beschreiben, aber nicht aus experimentellem Wissen steuern konnte. Aber sie hatte immerhin gelernt, in der „Belegschaft“ mehr zu sehen als die Summe technisch neu zusammengesetzter und atomisierter Anhängsel der Maschinen, sie hatte die Arbeiterklasse in der Fabrik „entdeckt“. Der „bolschewistischen Bedrohung“ durch diese Klasse war nun von zwei Seiten zu begegnen: durch das technische Diktat der Maschinerie und der Arbeitsbüros und zugleich durch die sozialtechnische Kontrolle und Absorption der kollektiven Äußerungen der Arbeiter.

Aus dieser Sicht erscheint die Arbeitspsychologie als Vorwegnahme eines Verhältnisses zwischen Kapital und Klasse, in welchem der Antagonismus erkannt werden muß, um ihn benutzen und steuern zu können – dieser Antagonismus wird in der Fabrik erkannt, aber er ist aufgrund des sich in den späten 20er Jahren verdichtenden Arbeiterwiderstands mit Fließband und Psychologie allein nicht mehr zu kontrollieren. Die Krise von 1929 wird den Antagonismus auf eine gesellschaftliche Ebene heben, um ihn auf dieser Ebene wieder einzufangen. Der Keynesianismus wird ihn zum ständigen analytischen Ausgangspunkt seiner Theorie machen.

3.3.

Seit Keynes verfügte das Kapital über eine Krisentheorie, mit der es „gelernt hatte, das ‚Kapital‘ zu lesen“: die den Antagonismus der Klassen, wie er nach 1917 nicht mehr zu übersehen war, in ein Modell kapitalistischer Entwicklung einbezog. „Große Veränderungen“, schrieb Keynes 1926, „werden nicht mehr ausgeführt werden, es sei denn mit tätiger Hilfe der Arbeiterpartei“. Die technologisch neu zusammengesetzte Klasse mußte in ein gesellschaftliches Umfeld gesetzt werden, in dem die Bedrohlichkeit der Krisen durch einen permanent gemachten Entwicklungszyklus des Kapitals aufgehoben würde.

Der Keynesische Angelpunkt ist die „effektive Nachfrage“; ihr geht die Erkenntnis voraus, daß das „freie Spiel der Kräfte von Angebot und Nachfrage“ auf dem Arbeitsmarkt durch die Autonomie der Arbeiterkämpfe zusammengebrochen war. „Die Lohneinheit, wie sie durch von Unternehmern und Arbeitern getroffene Abmachungen bestimmt wird“, stellt die „endgültige unabhängige Variable“ in der „General Theory“ dar: sie ist nicht durch Gesetze des Marktes, sondern durch die Stärke des Arbeiterkampfes bestimmt. Es muß also darum gehen, diese autonome Variable, den ständig steigenden Lohn, als „effektive Nachfrage“ ständig wieder einzuholen und als Motor für das kapitalistische Wachstum zu benutzen. A. Negri (Die kapitalistische Theorie des Staats seit 1929: John M. Keynes, in: Zyklus und Krise bei Marx, Berlin 1972) schreibt:

„Der ungeheure Sprung nach vorn, den die kapitalistische Wissenschaft mit Keynes macht, besteht in der Anerkennung der Arbeiterklasse als autonomes Moment innerhalb des Kapitals. Mit der Theorie der wirksamen Nachfrage führt Keynes in die politische Ökonomie die politische Behauptung vom Kräfteverhältnis zwischen kämpfenden Klassen ein ... In Wirklichkeit – so scheint Keynes zu erkennen – funktioniert das System, nicht weil die Arbeiterklasse immer innerhalb des Kapi-

tals ist, sondern weil sie auch außerhalb sein kann; weil sie immer von neuem droht, sich außerhalb seiner zu stellen. Diese Drohung und Weigerung wieder einzuholen, sie auf immer neuen Ebenen zu absorbieren: das ist das politische Ziel, das ist das wissenschaftliche Problem. Und dann? Es wird sich darum handeln, sicherzustellen, daß die Vermehrung der Faktoren der Entwicklung das Kräfteverhältnis unverändert aufrechterhält. Das Problem ist nicht gelöst, es ist nur aufgeschoben. Sieht man genau hin, so ist an diesem Punkt die Dynamik des Kapitals nur die Resultante eines kontinuierlichen Kampfs, in dem der Druck der Arbeiter akzeptiert wird und Werkzeuge geschmiedet werden, um zu vermeiden, daß dieser sich außerhalb des Kapitals entwickelt, um ihn in einem immer wieder von neuem umgrenzten Rahmen operieren zu lassen. Bis zu welchem Punkt? In dem Grundsatz von der wirksamen Nachfrage liegt eine nunmehr jahrzehntealte Erfahrung des Einflusses der Arbeiterklasse auf die Struktur des Kapitals, und nichts weist (1967) darauf hin, daß dieser Einfluß sich erschöpft. Bei Keynes ist es nur das Bewußtsein von der Dramatik der politischen Situation, das sich umgekehrt in dem Versuch, aus dem Kampf den Motor der Entwicklung zu machen. Bis zu welchem Punkt? „Auf lange Sicht sind wir alle tot.“

Aber die Autonomie des Lohn ist nicht der einzige Hebel des neuen kapitalistischen Instrumentariums: er wird verbunden mit einer sozialen Technologie zur Kontrolle und Reproduktion der Klasse. So paradox es klingt: Brachte die Arbeitspsychologie das Ende darwinistischer Auffassungen in der Fabrik und ein Programm zur psychotechnischen Einkreisung und „Pflege“ der „Belegschaft“, so brachten der US-amerikanische New Deal und der NS-Staat das Ende des Sozialdarwinismus in der Gesellschaft (und seine staatliche Organisation für eine Übergangsphase). Der keynesschen Analyse eines gesellschaftlichen Antagonismus wurde die Vision einer befriedeten und integrierten Klasse gegenübergestellt, die völlig in das Kapitalverhältnis einverleibt und vom kapitalistischen Zyklus beherrscht werden sollte. Die autonome Klasse war in der Perspektive des keynesianischen Kapitals nichts als „human capital“, und die Arbeitskraft war Eigentum des Sozialstaats:

„In der Weltwirtschaftskrise wird die Diskussion über Sozialversicherung zur Diskussion über ihren volkswirtschaftlichen Nutzen. Es geht nun nicht mehr nur darum, die Klasse von zwei Seiten her in den Griff zu kriegen, durch Versicherung und Asylierung/Vernichtung, sondern darum, sie in ihrer Gesamtheit zu kontrollieren und zu reproduzieren. So können wir im ‚Archiv für soziale Hygiene und Demographie‘ einen Aufsatz lesen mit dem Titel ‚Rentable Sozialpolitik‘. Darin: ‚Der größte Teil des Volksvermögens steckt im Menschen selbst. Die Aufzucht der 65 Millionen deutscher Menschen hat weit über eine Milliarden Goldmark gekostet. Die Bevölkerung rentiert sich, wenn sie mehr leistet, als sie kostet ...‘. Es wird eine ‚Menschenökonomie‘ gefordert als Ziel der Sozialpolitik. Der Staat ist bereit, für die ‚Aufzucht‘ der Arbeiter zu zahlen, und fordert Leistungsergabe und Disziplin, und auf der anderen Seite ist er bereit zur Ausmerze der ‚Ballastbevölkerung‘.“ (E. Jungfer, Medizin als Sozialpolitik, Autonomie-Info 4, Hamburg 1982)

Natürlich ging es vor allem darum, die sozialen Räume außerhalb der Fabrik, aus denen die Kämpfe und Aufstände bis 1923 und dann in der Weltwirtschaftskrise hervorgegangen waren, von oben her auszuräumen oder zu durchsetzen: Kontrolle der Mobilität, Ausmerzung der „asozialen“, anarchischen Unterklassen in den städtischen Armutsquartieren, Durchsetzung der Kernfamilie in den Dreizimmerwohnungen. Dies trifft für die Sozialpolitik des Rooseveltischen New Deal ebenso zu wie für die Maßnahmen des NS-Staats.

Allerdings ist in den 1930er Jahren ein regelrechter keynesianischer Wirtschaftszyklus nirgends in Gang gekommen. Vielmehr wurde die in und nach der Weltwirtschaftskrise intensivierte technologische Restrukturation des Kapitals ebenso wie der staatliche Verfügungsanspruch über die Arbeitskraft mit Verhaltensformen beantwortet, die in ein soziales Patt mündeten, welches erst durch den Weltkrieg aufgebrochen wurde. Zunächst ist darauf zu verweisen, daß die Konzeption des Sozialstaats binnen kürzester Frist mit einem neuen Terrain der Forderungen von unten konfrontiert war: dem der

Sozialgelder und staatlichen Sozialleistungen, wie es von den US-Protestbewegungen der 30er Jahre erhoben wurde; aber auch die Sozialgeldzahlungen an deutsche Mütter und an die Kriegerwitwen in der Kriegszeit wären hier zu erwähnen. Und was die Fabriken betrifft, so waren die Unternehmer international nach der Weltwirtschaftskrise weder willens noch in der Lage, den Lohn als „endgültige unabhängige Variable“ in die Höhe schnellen zu lassen; vielmehr sahen sie in der Massenarbeitslosigkeit der frühen 30er Jahre die Chance einer Lohnsenkung. Eine keynesianistische Wirtschaftsdynamik kam erst später durch die Lohnforderungen der Arbeiterklasse zustande, und erst in der zivilen Verlängerung eines kriegsinduzierten Rüstungsbooms.

Was den Nationalsozialismus betrifft, so wissen wir nun, daß es einen spezifischen Kampfzyklus der Arbeiter der Massen- und Fließfertigung auch in Deutschland gegeben hat. Sobald im Zuge der Vierjahresplanung Vollbeschäftigung erreicht war, verdichteten sich ab 1936 erneut die Kämpfe um mehr Lohn (durch zwischenbetriebliche Mobilität, Restriktion der Arbeitsleistung und Streiks bis zur Abteilungsebene), wodurch die „lohnordnenden Maßnahmen“ des NS-Regimes und die Politik der „Menschenbewirtschaftung“ unterlaufen wurden – und dies, obwohl die einzelnen Maßnahmen im NS überaus modern waren: in der tendenziellen staatlichen Erfassung und Verplanung aller verfügbaren Arbeitskräfte, der Durchsetzung der Massenfertigung auf breitester Ebene mit überwiegendem Ersatz der Facharbeiter durch Ungelernte und Frauen, schließlich, was die Arbeitsorganisation betrifft, einer modernen Modifizierung des Akkordlohns, teils auch schon der Einführung der Arbeitsbewertung mit einem achtstufigen Lohngruppensystem und der Ausweitung und systematischen Anwendung der REFA-Methodenlehre. T.W. Mason hat gezeigt, daß darüberhinaus die DAF eine Reihe traditionell gewerkschaftlicher Funktionen übernahm (Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, Opladen 1975).

Was die Besonderheit der Arbeiterkämpfe im NS ausmacht, ist, daß das Arbeiterverhalten dem staatlichen und betrieblichen Terror ausweichen mußte: während 1936 bis ’38 Abteilungsstreiks für mehr Lohn und kollektive Widerstandsaktionen gegen REFA-Männer und Zeitmessungen nicht selten waren, verlagerten sich die Widerstandsformen in den folgenden Jahren: Der Absentismus – blau machen, krank feiern, Pausen einlegen – und die Sabotage – Leistungsverweigerung, Langsamarbeiten, Ausschuß produzieren, das waren die nun dominierenden und oft individuellen Verhaltensformen, die aber so verallgemeinert waren, daß sie den NS-Strategen den Blitzkrieg zwecks Schaffung eines gespaltenen Arbeitsmarkts auf dem Rücken der Zwangsarbeiter geradezu aufdrängten.

Die Sabotageaktionen der Zwangsarbeiter dann waren noch ungleich effektiver, und sie beruhten auf den gleichen Prinzipien (vgl. Roth, Arbeiterbewegung). Es war eine Sabotage, die gegenüber den Gewaltmitteln der Gestapo aus dem Untergrund ihre neue Organisationsform fand, von kleinen informellen Gruppen und geheimen Widerstandsorganisationen ausgeführt, die nicht weniger deutlich als andere Widerstandsformen den Gegensatz zwischen Arbeitern und kapitalistischem Arbeitszwang ausdrückten, nicht weniger deutlich als die dreißig Jahre zuvor vom Wobbly-Autor A. Lewis beschriebenen Aktionen des „Maschinenproletariats“.

Wie schon gesagt sind keynesianische Wirtschaftszyklen erst in der Verlängerung des US-Kriegsbooms in Gang gekommen; ein Prozeß, in den Westdeutschland erst im Verlauf der 50er Jahre schrittweise einbezogen wurde. Hier war es durch die Neuzusammensetzung des Arbeitsmarkts (Ostflüchtlinge),

durch die Demoralisierung der Arbeiterkämpfe während der Besatzungszeit und die effektive Festigung der Leistungs politik des NS und nicht zuletzt durch die Einbindung des Reformismus (nach Zerschlagung der KPD) über ein Jahrzehnt gelungen, Raum für den „Wiederaufbau“, tatsächlich für die intensive Kapitalakkumulation an den im NS modernisierten Maschinenparks, zu gewinnen. Die bei den Unternehmern gängigen Abwehrmaßnahmen gegen die Widerstandsformen der Arbeiter in den 50er Jahren, gegen „absichtlich langsames oder fehlerhaftes Arbeiten, Unpünktlichkeit, Fernbleiben von der Arbeitsstätte, Vortäuschen von Erkrankungen, Selbstverletzungen, Ungehorsam gegen betriebliche Vorgesetzte, Arbeitsverweigerung, Miesmacherei, absichtliche Beunruhigung der Belegschaft durch Flüsterpropaganda, Aufwiegelung, Aufforderung zum illegalen Streik“ stimmten wortwörtlich mit denen der 40er Jahre überein (vgl. Roth, Arbeiterbewegung). Die Kontinuität der NS-Leistungspolitik mag aus einem Zitat aus „Leistung und Lohn“ (Heft 20/21, 1968), einer Zeitschrift des Bundesverbandes Deutscher Arbeitgeber, noch deutlicher werden:

„Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs fand in Hahnenklee/Oberharz eine Begegnung zwischen einer Gruppe technischer Offiziere der englischen Besatzungsmacht und einer Gruppe führender REFA-Leute statt. Hierbei ging es u.a. um die Frage, aus den Erfahrungen der deutschen Kriegswirtschaft Möglichkeiten des REFA in der deutschen Friedenswirtschaft zu klären. Bei dieser Gelegenheit beschloß man, wie in der Kriegswirtschaft, so auch in der Friedenswirtschaft, eine Verbindung zwischen dem REFA und der Lohnpolitik herzustellen. Das bedeutete, weil im Zuge des Aufbaus die Lohnpolitik wieder den Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden übertragen werden sollte, die Herbeiführung einer offiziellen Verbindung des REFA mit den Sozialpartnern. Sie fand ihren Niederschlag in der Satzung des REFA-Verbandes ...“

Aber durch die systematische Ausweitung der REFA-Verfahren und die Ausweitung der analytischen Arbeitsbewertung – der Einstufung der Arbeitskräfte in entsprechende Grundlohngruppen nach Kriterien der Leistungswillig- und fähigkeit – war jene „Krise des Leistungslohns“, die am Ende der 50er Jahre den Unternehmern weltweit zu schaffen machte, auch in Westdeutschland nicht aufzuhalten. R. Schmiede und E. Schudlich (Die Entwicklung von Zeitökonomie und Lohnsystem im deutschen Kapitalismus; in: Leviathan, Sonderheft 4/1981) schreiben dazu:

„Die sich abzeichnende wirtschaftliche Prosperitätsphase und die damit beginnende Verknappung des Arbeitskräfteangebots sowie die sich abzeichnenden technischen Veränderungen bildeten jedoch wiederum die Ursache für das Entstehen einer method-drift (eine Verschiebung in den Methoden der Arbeitsorganisation) und, in ihrem Gefolge, für einen erneuten Funktionsverlust des Leistungslohns. Die durch die Vollbeschäftigung und den technischen Wandel vermittelte Lohndrift, die in der zweiten Hälfte der 50er Jahre in praktisch allen entwickelten kapitalistischen Ländern Europas zu verzeichnen war, ließ vor allem den traditionellen REFA-Zeitakkord analog der Entwicklung zu Ende der dreißiger Jahre in eine schwere Krise geraten.“

Die nochmalige Umstrukturierung des Arbeitsmarktes in Fortsetzung der Zwangsarbeit während des Kriegs, die Beiziehung ausländischer Migrationsarbeiter aus der Peripherie, brachte nur einen Aufschub von wenigen Jahren: endgültig stellte sich der Lohn nun als „unabhängige Variable“, die nicht vom Verhältnis Lohn/Leistung, sondern von der Stärke der Arbeiterautonomie abhing, dar. Die Anerkennung der Lohnautonomie durch den Keynesianismus mußte, angesichts „davongelaufener Löhne“, mit dem tayloristischen Konzept des Leistungslohns in Kollision kommen.

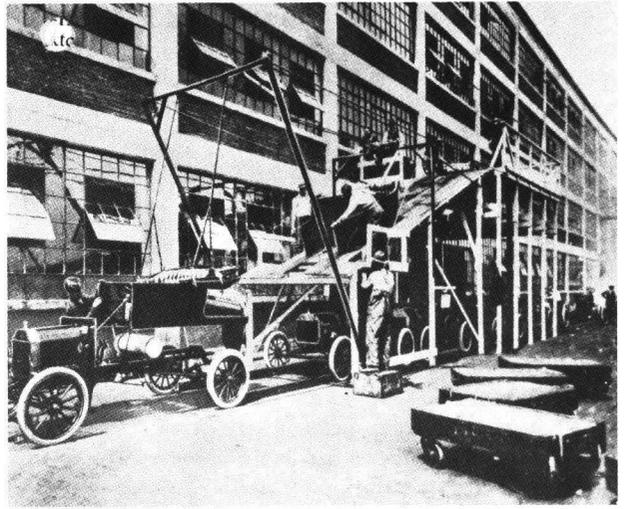
Die Unternehmer reagierten auf diese „Autonomie des Lohns“ mit einer umfassenden „Neukonzipierung der unternehmerischen Leistungspolitik“ (Schmiede/Schudlich), deren Auswirkungen auch heute noch nicht abgeschlossen sind. Es begann mit einer kapitalintensiven Restrukturation der Grundstoffin-

dustrien in den frühen 60er Jahren (mit der Folge eines „Upgrading“ der dortigen „neuen Facharbeiter“, die damit über fast zehn Jahre gegen die Emigrantenparias und die Frauen in den Leichtlohngruppen auszuspielen waren) und mit der Einführung erster vollautomatischer Produktionsabschnitte in den Fließindustrien; entscheidender für die Arbeiter in den Fließindustrien war, daß die REFA-Methodenlehre weitgehend durch jene Systeme vorbestimmter Zeiten (MTM, WF), die während des Zweiten Weltkriegs in den USA entwickelt worden waren, ersetzt wurden: nicht mehr der REFA-Mann mit der Stoppuhr beobachtete den Arbeiter, der doch noch irgend welche Lücken finden konnte, um sein Tempo unbe merkt zu drossen und so die gemessenen Vorgabezeiten halbwegs günstig zu gestalten; die Tätigkeiten wurden nun vom Arbeitsbüro in elementare Kleinstbewegungen zerlegt, um anhand von Normtabellen mit entsprechenden Kleinstzeitwerten die einzelnen Zeit- und Bewegungselemente zu addieren. Die so berechneten Vorgabezeiten hatten mit dem Arbeiter und seinem Verhalten, mit dem lebendigen Arbeitsprozeß nichts mehr zu tun; sie diktierten der Arbeitskraft ihre Bewegung bis ins elementare Detail – vor allem aber: die neuen Vorgabezeiten lagen im Schnitt um 30% unter den nach REFA ermittelten Werten. In der Rezession von 1966/67 verbreitete sich diese „Neukonzipierung der Leistungspolitik“ sprunghaft – allerdings auch mit der Folge, daß dadurch die kurzzeitig „aufgewerteten“ deutschen „neuen Facharbeiter“ derart mit der objektiven Macht des Produktionsprozesses konfrontiert wurden, daß gerade sie mit den Septemberstreiks von 1969 einen neuen Kampfzyklus einleiteten.

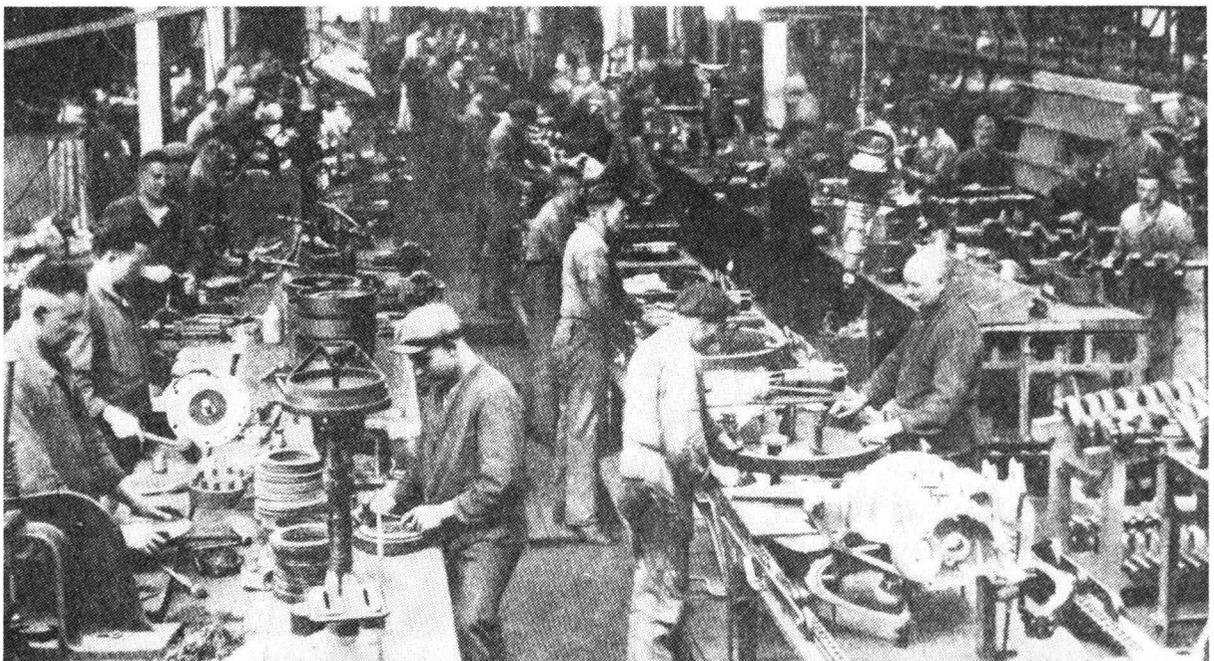
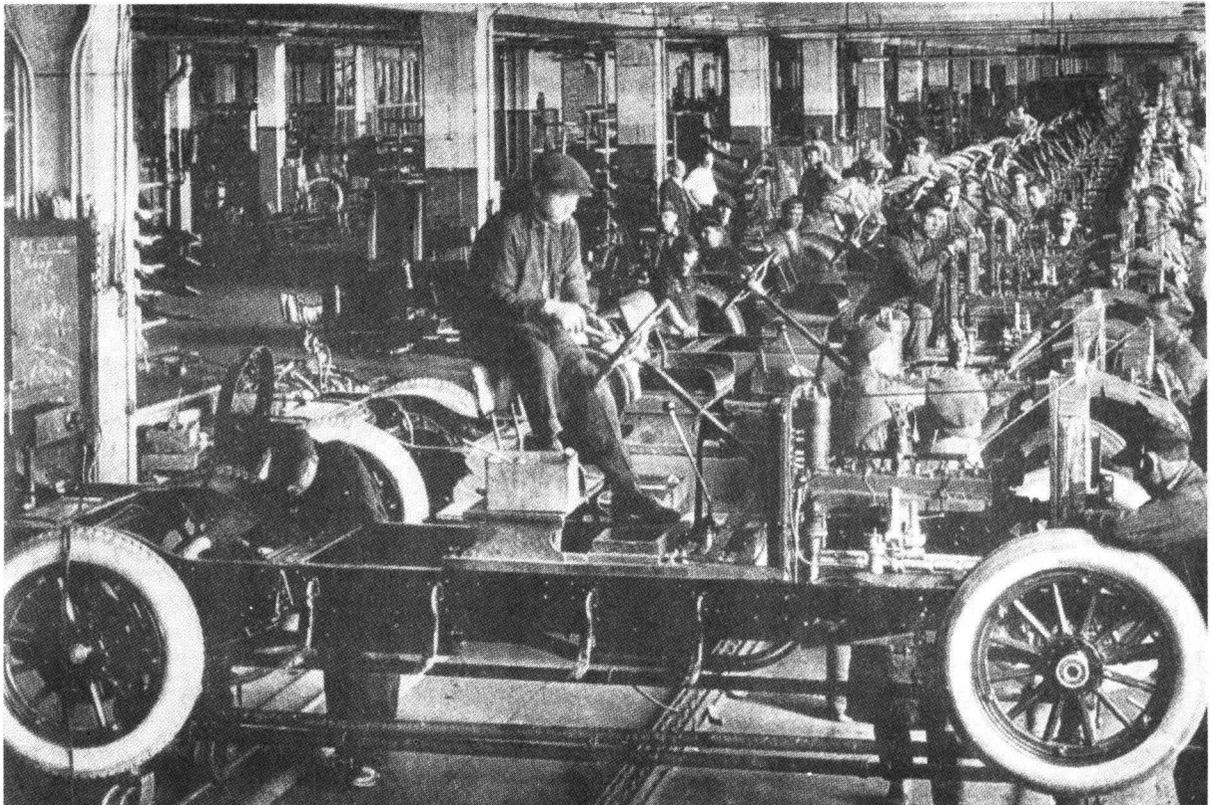
Tatsächlich haben wir nun die Ausgangspunkte für den weltweiten metropolitanen Kampfzyklus am Ende der 60er Jahre beschrieben: die Autonomie des Lohns, die in den 60er Jahren sich ausweitenden Sozialgeldforderungen gegenüber dem keynesianistischen Staat, die technologische Gegenoffensive der Unternehmer, Automation + Fließband + analytisch vorbestimmter Arbeitsablauf – dies waren die Bedingungen, die sich in ähnlicher Weise in den westlichen (und einigen östlichen) Industriestaaten fanden, in denen dieser Kampfzyklus stattgefunden hat. Hinzu kamen freilich in fast allen diesen Ländern jene kulturellen Momente einer multinational zusammengesetzten Klasse, die von den Emigranten oder auch von den „Freaks“ mitgebracht wurden, von denen also, die eine 80jährige sozialdarwinistisch und sozialtechnisch gesteuerte Sozialisation als Industriearbeiter noch nicht durchlaufen hatten oder schon jenseits ihrer standen, bei denen die Fremdheit industrieller Arbeit gegenüber also mit dem Endpunkt der Arbeitsmonotonie zusammentraf.

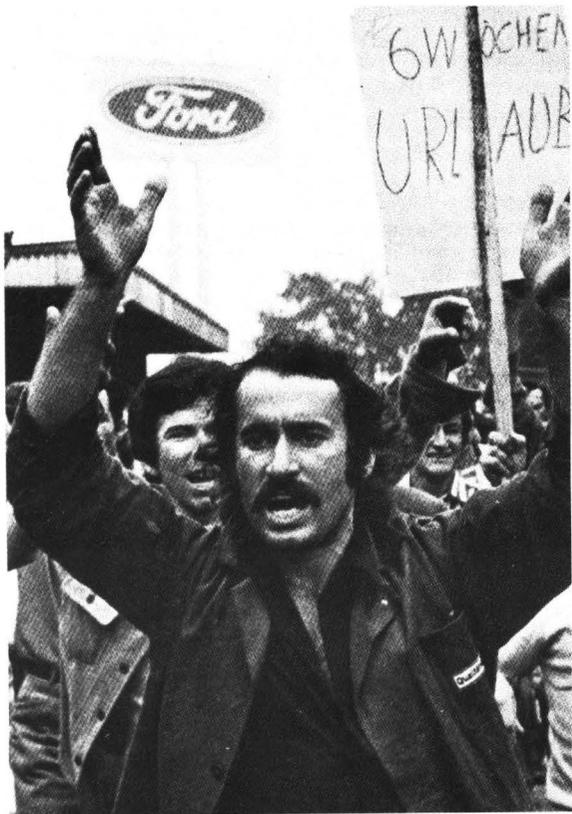
3.4.

Die Zunahme des Lohndrucks in der Zeit keynesianischer Vollbeschäftigung ab dem Ende der 50er Jahre: das bedeutete in der Fabrik die Kollektivierung der Widerstandsformen auf Abteilungsebene, die Verbreiterung des Absentismus, die Ausbildung einer informellen Verhandlung auf Abteilungsebene über die Bandgeschwindigkeit. Es war der industrielle Fließprozeß selbst, der die Bedingungen zur Kollektivierung stellte: trotz der Planungsabteilungen und Arbeitsbüros mußten die Arbeiter noch stets die Lücken des Produktionsflusses und der Arbeitsorganisation durch eine „informelle Kollaboration“ ausfüllen, die eine vielfältige Kooperation und Kommunikation auf Abteilungsebene voraussetzte. Und diese Kooperation war zweideutig: ohne sie hätte nichts funktioniert, aber sie war zugleich Ort der kollektiven Aushandlung des



Erstes Fließband bei Ford, 1913; Mitte: Ford-Band; unten: Fließband in den Opelwerken Rüsselsheim, 1928.





Oben: Streik bei Ford, Köln 1973;; rechts oben: Warnstreik bei Hoesch, 1978; rechts: Metallarbeiterstreik, Bayern 1954



Bandtakts, des Stücklohns oder der Vorgabezeiten; eine Aushandlung, die weniger über Verträge als über eine kontinuierliche Kraftprobe zwischen Arbeitern und der Zwischenschicht der Vorarbeiter und Meister abließ. „Die Verhandlung über den Stücklohn“, schreibt Brown, „war (in England) einer der wichtigsten Ecksteine der Stärke und Organisation der Arbeiter auf Abteilungsebene in den 50er und 60er Jahren.“ Wo die Lohnformen schon modernisiert waren, war die Summierung kleiner Fehler bei zu hohen Bandgeschwindigkeiten, die Qualität der Arbeit, das Regelglied, über das dieser Verhandlungsmechanismus funktionierte (vgl. R. Alquati, Klassenanalyse als Klassenkampf, Arbeiteruntersuchungen bei FIAT und OLIVETTI, Frankfurt 1974). In der Autoindustrie waren es nicht die Zeiten der Tarifverhandlungen, sondern die Zeiten der Modellwechsel, wo diese Verhandlungsebene besonders strapaziert wurde:

„Tom Cagle, ein Arbeiter bei General Motors in Fremont, California, hat in seinem Buch ‚Leben in einem Autowerk‘ eine lebendige Dokumentation über den Widerstand der Arbeiter gegen die unvermeidliche Steigerung des Tempos bei den Modellwechseln gegeben. Weniger Leute an den Bändern und Entlassungen waren die Regel, und die Sache der Meister war es dann, die Arbeiter, die übrig waren, zu höherem Tempo zu zwingen. Sofort steigen die Reparaturarbeiten: ‚Wenn der Meister wütend versucht, Druck auf die Arbeiter auszuüben, dann ertret er oft nichts als zerbrochene Werkzeuge, Mißstände und noch mehr Reparaturarbeiten.‘ Aber trotzdem steigt das Tempo: ‚In der zweiten Woche nach dem Modellwechsel wird das Management ungeduldig wegen des häufigen Stillstands der Bänder und läßt diese einfach weiterlaufen. Die Folgen sind interessant: Eine Flut von ‚Mißgeburten‘ rollt am Ende vom Band, lose Ventilatoren fliegen durch Heizung und Motorhaube, Kurzschlüsse und Brände in den elektrischen Leitungen, die Benzinleitungen lecken und verursachen Brände. Die Inspektoren der Endkontrolle werden unruhig, weil die Autos buchstäblich auseinanderfallen und bei der Probefahrt explodieren. An den Autos fehlen Schutzbleche, Motorhauben, Stoßstangen und Verkleidungen. Es werden zwei Gallonen Benzin in ein Auto gefüllt, bevor entdeckt wird, daß es keinen Tank hat. Öllecks waren häufig ...‘“ (zit. n. G. Brown, op.cit.)

Die Nutzenanwendung des Fließbands für die Arbeiter liegt nicht im Arbeitsprozeß und seinem Produkt, sondern in der Möglichkeit, den Fließprozeß und die Vergesellschaftung der Arbeitsgänge umzudrehen, in der Potenzierung kleiner Fehler oder beim Aushandeln des Gruppenakkords. Der Umschlagspunkt zur Autonomie der Arbeiter liegt dort, wo die kleinen Lücken von oben her nicht kontrollierbar sind und das Arbeiterverhalten nicht gewerkschaftlich vermittelbar. Die gewerkschaftlichen Lohnverhandlungen sind nur für das allgemeine Klima zuständig, in dem sich das Arbeiterverhalten bewegt; entscheidend sind die informellen und autonomen Arbeiterzusammenhänge auf Abteilungsebene. So ging es für Alquati bei den Arbeiteruntersuchungen vor allem darum, „immer mehr jene klandestine autonome und spontane Organisation zu erkennen, die die Arbeiter bei FIAT bereits autonom innerhalb der neu strukturierten Fabrik organisiert hatten und aus der (bei FIAT) die historischen Organisationen ausgeschlossen waren, nicht jedoch deren Arbeiterbasis“.

In seinem Bericht über eine Autofabrik in Detroit, 1968, hat Bill Watson die Organisation der Arbeiter auf Abteilungsebene sehr anschaulich beschrieben (Counter-Planning on the Shop Floor, in: Radical America, zit. n. G. Brown, op.cit. und nach Schwarze Protokolle, Nr. 8); für ihn geht es vor allem um die autonome Organisation der Zeit auf seiten der Arbeiter, gegen die Rationalisierung.

„Das Band zu stoppen ist nichts anderes als ein Mittel, um die Rationalisierung des Zeitablaufs zu kontrollieren, indem die vom Management geplante Überbelastung beschnitten wird ... Sabotage wird auch ausgeführt, um die Produktion stillzulegen und zusätzliche freie Zeit vor der Mittagspause zu gewinnen und, an einigen Stellen, um die Pausen für bestimmte Arbeitergruppen zu verlängern oder mit Freunden gleichzeitig zu pausieren. In den besonders heißen Monaten Juni und Juli, wenn die Temperatur in der Halle bis 115 Grad ansteigt und diese Hitze für Stunden anhält, wird derartige Sabotage benutzt, um mit Freunden am Ventilator zu sitzen oder jedenfalls abseits der Maschinerie.“ „Die Sabotage“, schreibt Watson an anderer Stelle, „ist ein grundlegendes, organisiertes Vorgehen auf Arbeiterseite, um die Existenz als ‚abstrakte Arbeitskraft‘ auszuhöhlen. Sich Zeit zu verschaffen, um mit Freunden zusammenzukommen oder für das Amusement – sei es Karten spielen, lesen oder im Werk umherlaufen und sehen, was in anderen Abteilungen vorgeht –, dies ist eine wichtige Errungenschaft für die Arbeiter. Es demonstriert nicht nur das Gefühl, daß ein Großteil der Zeit durch die Arbeiter selbst organisiert werden sollte, sondern auch die Feindschaft dazu, die eigenen Wünsche und Neigungen stets hintanzustellen, damit der rationelle Produktionsprozeß ungestört ablaufen kann. Die Häufigkeit geplanter Sabotageaktionen, die das Band zum Stillstand bringen, steigt mit der Opposition gegen die Rationalisierung der Zeit der Arbeiter.“

Watson hat den Ablauf von Sabotageakten in seinem Artikel ausführlich geschildert, sein Bericht wird nebenstehend in einem Kasten dokumentiert. „Die Arbeiter“, heißt es im Bericht in den Schwarzen Protokollen, „opponieren gegen die kapitalistische Organisation der Arbeit nicht wegen einer neuen Organisation der Arbeit, sondern wegen der Organisation ihres Kampfes und ihrer Spiele. Sie reißen die Trennwände zwischen den Abteilungen nieder und leiten das freie Hin und Her und die Freiheit der Kontakte zwischen den Arbeitern innerhalb der Fabrik ein.“

In der Tat, der Kampfzyklus der Automobilarbeiter geht über die Eroberung freier Zeit hinaus zur Eroberung der Fabrik als sozialen Raum. Die Fließproduktion hat die Arbeitermassierungen hervorgebracht – an den Stechuhren, in den Umkleide- und Duschräumen, in der Kantine und am Band; eine Störung des Produktionsablaufs schlägt sofort um in unkontrollierbare Kommunikation. Bei den zahlreichen Streiks reicht oft ein kleiner Anlaß, an dem sich der Unmut entzündet; immer wieder sind es bestimmte Schlüsselbereiche mit besonders harter oder gesundheitsschädlicher Arbeit (z.B. die Lackiererei oder die Endkontrolle), von denen die Konflikte aus-

Hier eine Beschreibung dessen, was 1968 in einer amerikanischen Automobilfabrik in der Nähe von Detroit passierte:

„Man bemerkte zunächst in bestimmten Teilen der Fabrik organisierte Sabotageakte. Am Anfang waren es Fehler in der Montage oder Auslassungen von Teilen – beides in einem erheblich größeren Ausmaß als normal –, so daß schon bei der ersten Inspektion zahlreiche Motoren zurückgeschickt werden mußten. Die Organisation der Aktion lief über verschiedene Absprachen zwischen den Prüfern und einigen Abteilungen der Montage, wobei durchaus gemischte Gefühle und Motivationen bei den betroffenen Arbeitern bestanden: Einige waren fest entschlossen, andere suchten nach einer Art Rache, und wieder andere nahmen nur daran teil, um sich zu amüsieren. Jedesmal entwickelte sich die Bewegung zu einer enthusiastischen Stimmung ...

Am Prüfstand und beim Versuch, wo der Motor das Band zu verlassen hatte, ohne daß sich Fabrikationsfehler einschleichen, arrangierte immer ein ordentlicher Schlag mit dem Schraubenschlüssel auf den Ölfilter, den Verteiler oder auf die Abdeckung der Pleuelstange das Notwendige. Manchmal wurden die Motoren sogar einfach deshalb zurückgeschickt, weil sie nicht leise genug liefen ...

Die Projekte, die während der unzähligen Versammlungen aus der Taufe gehoben wurden, führten schließlich zur Sabotage der V8 Motoren im Bereich der ganzen Fabrik. Die V8 Motoren wurden fehlerhaft montiert oder auf ihrem Weg beschädigt, so daß sie zurückgeschickt werden mußten. Mehr noch, die Prüfer gingen so weit, daß sie beim Versuch etwa drei von vier oder fünf Motoren zurückgehen ließen ...

Ohne das geringste Eingeständnis der Sabotage auf seiten der Arbeiter mußte sich der Chef aufraffen und begann mit einer ungewundenen Darlegung, bei der ihm wohl selbst der Sinn ein wenig unklar war. Er versuchte den Jungs zu erklären, daß sie nicht alle Motoren zurückgehen lassen müßten, auch wenn sie offensichtlich von schlechter Qualität wären. Aber darüber konnte er mit ihnen nicht Klartext reden. Alle Versuche waren umsonst; die Arbeiter wurden sogar so dreist, ihm unermüdlich zu versichern, daß ihre Interessen und die der Firma identisch seien; es sei ihre Pflicht, darauf zu sehen, daß die Produkte die höchste Qualität hätten ...

Im Verlauf des Sommers wurde ein Programm der rotierenden Sabotage auf der Ebene der gesamten Fabrik ausgearbeitet, um freie Zeit herauszuschinden. Auf einer Versammlung teilten sich die Arbeiter die Nummern 1 bis 50 oder mehr zu. Ähnliche Zusammenkünfte gab es auch in anderen Teilen der Fabrik. Jeder Arbeiter war verantwortlich für einen bestimmten Zeitraum von etwa zwanzig Minuten innerhalb der nächsten zwei Wochen, und sobald seine Zeit anfang, machte er irgendetwas, um die Produktion in seiner Abteilung zu sabotieren, wenn möglich schwer genug, um das ganze Band zu stoppen. Sobald der Chef seine Mannschaft einberief, um den „Fehler“ zu beheben, fing dasselbe an einer anderen Schlüsselstellung wieder an. Auf diese Weise begab sich die Fabrik während gut einiger Wochen für fünf bis zwanzig Minuten pro Stunde zur Ruhe; entweder das Band stand still oder es gab keine Motoren auf den entsprechenden Bändern. Die angewandten Sabotage-techniken selbst sind sehr zahlreich und unterschiedlich, und ich übergehe die, die vor allem in den anderen Abteilungen angewandt wurden.

Bemerkenswert ist an all dem das Niveau der Zusammenarbeit und Organisation der Arbeiter innerhalb derselben Abteilung und auch zwischen den verschiedenen Abteilungen. War diese Organisation auch vor allem eine Reaktion auf ein gemeinsames Aktionsbedürfnis, so erwies sie sich doch zugleich als Mittel, die Sabotage durchzuführen, Sammlungen zu machen oder selbst Spiele und Wettbewerbe zu organisieren, die den Arbeitstag in eine lustvolle Aktivität verwandeln. Genau das entwickelte sich in der Versuchsabteilung der Motoren ...

Die Kontrolleure am Motorenprüfstand organisierten einen Wettkampf mit den Pleuelstangen. Dazu mußten sich am Eingang der Abteilung Wachposten aufstellen, und es mußten Vereinbarungen mit den Arbeitern des Motorenbandes getroffen werden, z.B. die Pleuelstangen bestimmter, aufs geradewohl herausgegriffener Motoren nicht völlig zu befestigen. Hörte ein Prüfer verdächtige Geräusche, so brüllte er allen zu, aus der Abteilung zu kommen. Die Arbeiter verließen sofort ihre Arbeit, um sich hinter den Kisten und Gestellen in Sicherheit zu bringen. Sodann brachte er den Motor auf 4000 oder 5000 Umdrehungen. Dadurch machte er alle Arten von Lärm und tat Schläge wie eine Schrottkiste, um schließlich zu verrecken. Mit einem trockenen Knall ließ die Pleuelstange das Gehäuse zerbersten, das daraufhin mit einem Mal ans andere Ende der Abteilung befördert wurde. Die Jungs verließen nun ihre Dekungen unter Hurrarufen und mit einem Stück Kreide wurde ein

weiterer Punkt für diesen Prüfer an der Wand markiert. Dieser erwähnte Wettbewerb zog sich über mehrere Monate hin, und mehr als 150 Motoren flogen auf diese Weise auseinander. Und die Wetten gingen lustig weiter.

In einem anderen Fall fing alles durch zwei Arbeiter an, die sich an einem heißen Tag mit Wasserschläuchen bespritzten, die man in der Versuchsabteilung benutzt. Das entwickelte sich zu einer offenen Feldschlacht mit den Wasserschläuchen in der ganzen Abteilung, die mehrere Tage dauerte. Der Großteil der Motoren wurde entweder ignoriert oder in aller Eile abgenommen, damit die Leute für die Schlacht frei waren – in vielen Fällen wurden die Motoren demoliert oder beschädigt, um sie so rasch loszuwerden. Im allgemeinen waren zehn bis fünfzehn Wasserschläuche bei der Schlacht in Aktion, alle mit einem Wasserdruck, wie man ihn beim Feuerlöschen verwendet. Die Wasserstrahlen spritzten von überall, die Jungs lachten, schrien und liefen in alle Richtungen: in dieser Atmosphäre gab es nur sehr wenige, die Lust hatten, ihre Arbeit zu machen. Die Abteilung war regelmäßig bis zur Decke überschwemmt und alle Leute völlig durchnässt. Bald schafften sie alle Arten von Wasserpistolen, Gartenschläuchen und Eimern herbei, und das Spiel nahm die Ausmaße eines riesigen Jahrmarktes an. Einer ging mit der Badekappe seiner Frau auf dem Kopf herum, was den Rest der Fabrik, die nicht auf dem laufenden war über das, was sich in der Versuchsabteilung abspielte, unheimlich amüsierte. ...

Der dauernde Konflikt mit der bürokratischen Rationalisierung drückte sich jeden Tag auf dramatische Weise bei Schichtende aus: Der Großteil der Arbeiter, die nicht am Hauptband der Montage arbeiten, haben ihre Arbeit beendet, sind gewaschen und fertig zum Aufbruch – gut fünf Minuten, bevor die Sirene heult. Mit dreißig oder vierzig Werkmeistern auf der einen und dreihundert oder vierhundert Arbeitern auf der anderen Seite fangen die Jungs alle zusammen zu schreien an, um den Lärm der Sirene zu imitieren, und stürzen sich auf die Stechuhren, wobei sie die Werkmeister buchstäblich zerdrücken, stechen im Eiltempo und sind bereits aus der Fabrik, wenn die Sirene – diesmal die richtige – sich unter das Johlen mischt.“

(Aus dem Artikel „Die Gegen-Organisation in der Abteilung“ in „Radical America“, zitiert nach „Informations Correspondance Ouvriere“, März/April 1972, in: Schwarze Protokolle Nr. 8)

gehen. Spontan bilden sich Demonstrationsumzüge, die oft mit Zerstörungsaktionen an den Maschinen einhergehen; so breitet sich der Streik binnen kurzem über das gesamte Werk aus.

Welches Verhältnis haben diese Bandarbeiter zur Mechanik? Ganz offenbar hat der „Arbeitergebrauch“ der Maschinen einen Bedeutungswandel erfahren. Keiner glaubt mehr, wie die Metallfacharbeiter 90 Jahre zuvor, daß diese Maschinen benutzt werden könnten, um die Arbeit zu erleichtern. Daß jeder Modellwechsel, jede Neuerung eine Intensivierung der Arbeit bedeutet, weiß jeder Dummkopf nach zwei Jahren. Der „Arbeitergebrauch“ der Maschinen muß also darin bestehen, das Fließband, das die Fabrikhallen durchzieht, als Mittel der Kollektivierung zu benutzen. Aber es ist nicht die „Vergesellschaftung der Arbeit“, die das bewirken könnte, sondern die Verallgemeinerung der Nicht-Arbeit: das Band zu stoppen, heißt Kollektivierung zu schaffen; die Negation des Produktionsprozesses ist Ausgangspunkt einer Vergesellschaftung, die auf dem fundamentalen Gegensatz zur Arbeit beruht. Sabotage ist deshalb Ausbildung von Arbeiteridentität, Nicht-Arbeit ist von vornherein Bedingung und Inhalt der Fabrikkämpfe.

Die Sabotage ist der Auslöser, der das Band zum Stillstand bringt; im Verlauf der Streiks hat sie zwei weitere Gesichter: Zerstörungsaktionen während der Fabrikumzüge (die außer-

halb Italiens relativ selten sind) sind durch das Wissen legitimiert, daß jede Zerstörung der materiellen, in die Maschinen gegossenen Arbeitsorganisation einen zusätzlichen freien Raum für die Arbeiter bedeuten muß; Sabotage ist bei den kollektiven Aktionen aber auch ein gezieltes Instrument der Gegenmacht der Arbeiter und bewirkt zugleich die vielleicht unfreiwillige Solidarisierung anderer Abteilungen. So versuchten die Arbeiter von Renault-Flins drei Tage lang, die Auslieferung der Autos während eines Streiks zu verhindern. Polizei schritt ein, und die Autos wurden verladen: daraufhin wurden die Bahngleise zerstört. Was die unfreiwillige Solidarisierung betrifft, so sei ein Beispiel von Ford-Dagenham (London) zitiert (Wir Wollen Alles, Nr. 25):

„Die Bandarbeiter hatten sich eine Waschzulage von 3.60L pro Woche erkämpft. Deshalb begannen die nicht direkt an den Bändern arbeitenden Kollegen mit wilden Streikaktionen, um auch diese Zulage zu bekommen. Als dann die Facharbeiter an den Reparaturbändern an einem Dienstag 24 Stunden lang für eine Waschzulage in den Streik traten, wurden alle Arbeiter der Montagehalle nach Hause geschickt.

In der Nacht darauf weigerten sich die Bandarbeiter in der Endmontage, wieder mit der Arbeit anzufangen. Sie forderten vollen Lohn für die vergangene Nacht. Sie sammelten sich unten am Band und hörten einen Dreck auf ihren Gewerkschaftsboß. Der wollte sie zurück an die Arbeit treiben. Also sagten sie ihm, er solle sich doch verpissen. Er verpißte sich tatsächlich und ging ganz einfach nach Hause. Die Arbeiter bildeten einen Zug und marschierten zu den anderen Abteilungen, um Unterstützung zu bekommen. Dabei riefen sie Parolen und sangen ‚We shall overcome‘.

Die anderen Arbeiter waren sich unsicher, was sie tun sollten – denn sie standen ja noch unter vollem Lohn – auch wenn sie nur herumstanden. Daraufhin also entschied sich die Endmontage, den Arbeitsstopp endgültig zu machen. Sie marschierten hinunter zum Ablauf und blockierten alle Bänder die ganze Nacht hindurch. Ein Cortina (Taurus-)Band war durch einen großen Karren verbaut, das andere ging durch Sabotage kaputt. Plakate aus Papierbodenmatten wurden überall aufgehängt, auf den Wagen und Maschinen. Es gab keinen Lay-off. Niemand wurde nach Hause geschickt. Die ganze Nacht hindurch wurde Karten gespielt – bei vollem Lohn samt Überstunden!“

Wenn es eine Parole gegeben hat, die sich in den Automobilarbeiterkämpfen des Jahres 1973 überall finden ließ, so war es diese: „Mehr Lohn, weniger Arbeit“. In dieser Parole drückte sich mehr aus als der selbstverständliche Wunsch eines jeden normalen Menschen: es ging um die Zerstörung der Arbeitsorganisation, um die Aufhebung der Lohngruppendifferenzierung und um mehr Lohn. Absentismus, Sabotage, Fabrikumzüge und Lohnforderungen: all das kreiste um die entscheidende Frage nach der Macht der Arbeiter in der Fabrik. Nicht nur in der keynesianistischen Theorie, bei den Arbeitern in der Fabrik selbst wurde die Lohnfrage als Machtfrage begriffen und die Fabrik nicht als Arbeitsstelle, sondern als Terrain des Kampfs. Ein Arbeiter von Fiat-Mirafiori hat es so ausgedrückt:

„Der Beginn der Kämpfe war auf die Rebellion der eingewanderten Arbeiter aus dem Süden gegen die Gewalt der Fabrik zurückzuführen. Zuerst ging es in den einzelnen Abteilungen los, jetzt hat es auf die ganze Fabrik übergegriffen. Jetzt wird für alles gekämpft: um mehr Lohn bis hin gegen die Schädlichkeit der Arbeit. Aber die grundlegende Stoßrichtung aller Forderungen ist: Schluß mit der Bandarbeit, mit der Diktatur der Meister, wir wollen arbeiten wie es uns gefällt und mehr Geld.

Durch diesen Kampf, der sich monatelang hinzog, hat sich eine Reife der Bewegung entwickelt, die fast alle FIAT-Arbeiter ergriffen hat. Diese Kampfform hat den Unternehmer überrascht: man brauchte nur eine Abteilung zu blockieren, um die ganze Belegschaft mit einzubeziehen. Das hat auch die Gewerkschaft überrascht, da sie bisher nicht geglaubt hatte, daß die Arbeiter autonom kämpfen könnten. . . . Die Reaktion der Unternehmer war: Schaffung von Ghettoabteilungen, ständige Rotation, Schaffung der (gewerkschaftlichen) Fabrikräte, Schaffung eines terroristischen Klijmas durch Schläger. Außerhalb der Fabrik war der Angriff genauso stark: Arbeitslosigkeit, Preissteigerungen, Entlassungen und Aussperrungen. Das hat aber alles nichts geholfen.

Die Neueinstellung junger Arbeiter, die die Kämpfe hemmen sollte, verfehlte ihr Ziel: die jungen Arbeiter aus dem Norden beteiligten sich sofort an den Kämpfen und trieben sie voran. Auch die Versetzung von kämpferischen Arbeitern war ein Fehler der Betriebsleitung, das sie als Propagandisten wirkten. Bis zum Abschluß des letzten Vertrages

war die Initiative immer in den Händen der Arbeiter: Mirafiori hat den Charakter einer Automobilfabrik verloren — sie ist zu einem Kampfplatz geworden: Sabotage, organisierter Absentismus, Zerrüttung der Betriebsorganisation, Ausnutzung des betriebseigenen Krankenkassensystems, um dem Arbeitsplatz fernzubleiben und doch 90% des Lohns zu bekommen.

Laut letztem Vertrag sollten sie 40 Stunden arbeiten, durch die Ausnutzung des Krankenkassensystems arbeiten wir durchschnittlich nur 32 Stunden — wobei dann nur nach Lust gearbeitet wird. Viele Arbeitsgänge werden schon gar nicht mehr gemacht. Die Unternehmer bezeichnen das als Sabotage, aber was uns interessiert, ist nicht vor Arbeit zu sterben. Fabrikumzüge, Abteilungsversammlungen, auf denen alle Probleme diskutiert wurden: es ging nicht um die Forderungen, sondern nur um den Kampf gegen den Betrieb und darum, nicht arbeiten zu müssen. Aufbau einer Gegenmacht gegen Agnelli. Das war auch die Bedeutung, die die Arbeiter den Kämpfen um den neuen Vertrag beimaßen . . .“

(Protokolle der Automobilarbeiterkonferenz in Paris, 14./15.4.1973, in: Proletarische Front, Zirkular Probleme des Arbeiterkampfes, Nr. 14)

Tatsächlich schien 1973 ein Durchbruch für die Arbeitermacht möglich, der zum Bezugspunkt verschiedener „Interventionsgruppen“ wurde. „Big Flame“, „Materiaux pour l'intervention“, „Klassenkampf“, „Potere Operaio“ und „Proletarische Front“ schrieben:

„Der wichtigste Ausdruck des Klassenverhaltens des europäischen Massenarbeiters, der Punkt, der zugleich sein ganzes revolutionäres Potential bestimmt, ist die Verweigerung der Arbeit. Seit die Kapitalisten alles zerstört haben, was den Arbeiter glauben machen konnte, er kontrolliere — und sei es auch nur im entferntesten — einen Teil von dem, was er produziert, stehen sie einem Feind ohne professionellem oder ‚politischem‘ Bewußtsein gegenüber, einem Feind, dessen ganze Kreativität nur darauf gerichtet ist, neue Kampfformen zu entwickeln, die es ihm möglich machen, sich der Misere der Lohnarbeit zu entziehen. Das reicht vom Absentismus (der bei der FIAT in Turin jetzt 26% erreicht hat) bis zu verschiedenen Formen der Sabotage. Einmal die Sabotage, die sich direkt gegen die Produktionsmittel wendet — sei es, daß die Maschinen plötzlich nicht mehr laufen, sei es, daß die Arbeitskraft selbst ausfällt (Simulieren, Beifügen kleiner Verletzungen). Zweitens die Sabotage, die die Arbeitsorganisation angreift, was insbesondere die Kontrollinstitutionen am Funktionieren hindert, da die Meister, Stopper usw. ihre Aufgaben nicht mehr durchführen können. Drittens schließlich die Formen von Sabotage, die das Produkt selbst angreifen: die Produktion von Ausschuß und defekten Teilen, die unsichtbaren Herstellungsfehler, die den Verkauf des Produkts unmöglich machen und die Realisierung des Mehrwerts verhindern. Darüber hinaus gibt es all die verschiedenen Formen, die die Arbeiter entwickeln, um sich ihre Zeit zu nehmen, um sich die Zeit wieder anzueignen, die man ihnen in der Produktion weggekürzt hat. Das reicht von der Überlistung der Stempeluhren bis zur systematischen Ausnutzung der Kündigungsfristen und des Arbeitsplatzwechsels . . .“

(Thesen über die Entwicklung der Arbeiterkämpfe und der Arbeiterorganisation in Europa, Hamburg 1973)

Es wäre aber falsch zu glauben, daß allein die Negation des industriellen Fließprozesses, die Sabotage, die kollektive Existenz der Arbeiter als Nicht-Wert ausmachen könnte. Die Stärke der Arbeiter ist wiederum aus ihrer Existenz innerhalb des Kapitals (als Arbeitskraft) und außerhalb (aus der historischen sozialen Identität) zu bestimmen, aus ihrer Stellung in der Fabrik und dem sozialen Raum in den Quartieren und aus der Stärke ihrer informellen und organisierten Kerne. Der Nicht-Wert entstammt aus der Negation des Produktionsprozesses und zugleich aus der Negation der staatlich organisierten Reproduktion der Klasse als Arbeitskraft und der sozialen Identität der Arbeiter außerhalb der kapitalistischen Entwicklungsprojekte. Die planstaatliche Entwicklungspolitik hat in dem Moment, in dem sie auch die letzten Nischen der Gesellschaft zu erfassen beginnt und den Arbeitsmarkt auf kontinentaler Ebene strukturiert, noch einmal eine Welle vorindustrieller Bevölkerungsschichten in die Fabriken geschleust. Erhebliche Teile der Massenarbeiter in den großen Automobilfabriken sind wieder Fabrikarbeiter der ersten Generation, welche die Monotonie und die Verhaltenszuminungen der Fließorganisation an Standards messen, die außerhalb der industriellen Disziplin liegen. Und bei ihnen verbinden sich auch zuerst — Italien ist wieder das führende Beispiel — die

Kämpfe gegen den Planstaat, gegen die Inflation, gegen die Wohnungsnot in den Quartieren mit dem Widerstand in der Fabrik.

Um Arbeiter der ersten Generation handelt es sich bei den Landarbeitern bei Renault in der Normandie, den Schwarzen bei Ford in London, den Südtalienern bei FIAT genauso wie bei den Türken von Ford in Köln. Waren in der BRD die Septemberstreiks von 1969 noch ganz von den deutschen Metallarbeitern geprägt, so wendete sich das Blatt 1973 mit einer Welle von Streiks, die bei John Deere/Mannheim, Mannesmann/Osnabrück und Hella/Lippstadt begann und sich im August in zahlreichen kleineren und mittleren Betrieben ausbreitete: nun bildeten fast überall ausländische Frauen und Männer den Mittelpunkt. Der Zusammenhang von Heimatland, Wohnheim und Fabrik wurde zum Ausgangspunkt der Kämpfe, die sich etwa bei Ford Köln an einem typischen Konflikt entzündeten: einer Gruppe von Türken, die zu spät von ihrem Heimaturlaub zurückgekehrt waren, sollte gekündigt werden. Für viele von ihnen war die Fabrikarbeit nur eine vorübergehende Angelegenheit, sie wollten Geld für ihr späteres Leben in der Heimat verdienen, und so verbanden sie den Urlaubskonflikt mit „maßlosen Forderungen“: Verlangsamung der Bänder, Einstellung von mehr Arbeitern, mehr Urlaub“ und „1 DM mehr für alle“.

Eines der bekanntesten Beispiele für den Zusammenstoß nicht-industrieller kultureller Identität mit der modernsten Technologie des Automobilbaus ist das „industrielle Woodstock“ in Lordstown/Ohio.

„Die Fabrik von Lordstown, im Jahre 1970 fertiggestellt, mit der modernsten und raffiniertesten Maschinerie, war als ein Modell ihrer Art konzipiert worden. Stattdessen wurde sie das Woodstock der Industrie: Lange Haare und Hippiekleidung überall und die totale Disziplinlosigkeit machte es unmöglich, daß die Fließbänder auch nur einigermaßen funktionierten. Indem GM diesen kleinen Ort wählte — weit weg von Detroit und entgegen ihren Gewohnheiten der Automobilherstellung — hoffte GM junge und völlig neue Arbeitskräfte zusammenbringen zu können. Die hat sie jetzt gekriegt . . .“ (L'Expansion, zit. n. Schwarze Protokolle Nr. 8, vgl. auch E. Rothschild, Paradise Lost, Random House 1973).

„Im Februar 1972 stimmten die Arbeiter von Lordstown zu 97% für einen Streik, um auf Reorganisationsmaßnahmen und Entlassungen zu antworten, die von der Montageabteilung der GM ... angeordnet worden waren. Aber die Arbeiter — ihr Durchschnittsalter lag bei 24 — hatten nicht erst auf den Streikbeschluß gewartet, um zu handeln. Und sie handelten! Die New Yorker Review vom 23. März 1972 schreibt: ‚Vor dieser Abstimmung hatten die Fabrikanten von Lordstown eine traurige Berühmtheit bekommen: Wechsel der Direktion, Entlassungen, Disziplinarstrafen, Zunahme der Fabrikationsfehler, Proteste der Arbeiter gegen die Temposteigerung der Montagebänder, Ausfallzeiten, steigende Abwesenheit, wiederholte Beschuldigungen der Sabotage. Die Direktion behauptet, die Arbeiter hätten den Lack angeritzt, Karosserien, Sitze und Armaturenbretter beschädigt, und sie hat 5000 Dollar Belohnung ausgesetzt für jeden, der Hinweise zu einem Brand geben kann, der an den Stromleitungen des Montagebands ausgebrochen ist.‘

Die New York Times präzisiert die Darstellung: ‚Die Produktion an den Bändern, den schnellsten der Welt, ist völlig durcheinander gewesen ... GM schätzt den Produktionsverlust auf fast 12 000 Vega und etwa 4 000 Camion Chevrolet, ein Wert von ca. 45 Millionen Dollar. Die Direktion hat seit dem letzten Monat die Fabrik einige Male schließen müssen, nachdem die Arbeiter die Bandgeschwindigkeit gebremst und die Wagen hatten vorbeilaufen lassen, ohne alle Operationen durchzuführen.

A.B. Anderson, der Direktor der Fabrik, erklärte: ‚Es kam vor, daß Motorblöcke an 40 Arbeitern vorbeigelaufen sind, ohne daß auch nur eine seine Arbeit angerührt hätte.‘ Die Direktion beschuldigt die Arbeiter auch der Sabotage: sie hätten Windschutzscheiben und Rückspiegel zertrümmert, hätten die Garnituren zerfetzt, Blinkanlagen verdreht, Unterlegscheiben in den Vergaser geworfen und die Zündschlüssel abgebrochen.

Im Verlauf der letzten 4 Wochen war ein Parkplatz mit einer Kapazität von 2 000 Wagen häufig von Vegas belegt, die zur Reparatur in die Fabrik zurückgeschickt werden mußten, bevor sie den Verkäufern ausgeliefert worden waren. In den letzten zwei Wochen ist der Verkauf von Vegas um die Hälfte gefallen.“

Fassen wir zusammen:

Gegen die „bolschewistische Bedrohung“, die im revolutionären Nachkriegszyklus 1918-20 manifest geworden ist, hat das Kapital zunächst mit einer technologischen Offensive reagiert: Taylor und Fließband; es hat damit eine Welle des Arbeiterwiderstands in den 20er Jahren erzeugt, einen neuen Zyklus des Klassenantagonismus, der in der Krise von 1929/30 auf eine gesellschaftliche Ebene gehoben wurde.

Der Keynesianismus thematisierte die „Autonomie des Lohns“, aber das keynesianistische Spiel, die steigenden Löhne durch weitere tayloristische Entwicklungssprünge in der Fabrik wieder einzufangen, funktionierte nur im Nachkriegsboom der 50er und 60er Jahre und nur so lange, wie der Zusammenhang von Produktivität und Lohn von den Arbeitern nicht angegriffen wurde und solange dem Kapital Spielräume in den drei Kontinenten und in der kontinentalen Restrukturierung des Arbeitsmarktes blieben.

Die Widersprüche einer ganzen Epoche explodierten in den Jahren vor 1973: in der kurzen Zeit (in der BRD: 1969-73), in der man vom keynesianischen Staat im eigentlichen Sinne erst sprechen kann und in dem sich die Nicht-Arbeit konstituiert als Widerstand gegen die Arbeitskraft als Staatseigentum (zumindest als staatliches Planungsobjekt) und als Negation der kapitalistischen Organisation der Arbeit. Die Dialektik von Arbeiterantagonismus und Entwicklung läuft leer, endgültig drohen die Arbeiter gänzlich außerhalb des Kapitals zu stehen gerade im Moment ihrer weitestgehenden Vereinnahmung durch Kapital und Staat. Die Sabotage gegen die Arbeit ist zugleich Konstitution von Arbeitermacht, Form und Inhalt der antagonistischen Arbeiterzentralität in der Fabrik und in den Quartieren (hier als Benutzung der Sozialgelder, als kostenloser Einkauf und als „Nehmen wir uns die Stadt“).

An diesem Punkt unterscheidet sich die Klasse von 1973 von den Arbeiterschichten der Jahre 1880-1920, die dem industriellen Arbeitsprozeß völlig fremd gegenüberstanden hatten. Deren Sabotage war die Zerstörung einer völlig äußerlichen Maschinerie des Zwangs, deren Nicht-Wert wurzelte allein in einer sozialen Identität, die noch nicht von der industriellen Vergesellschaftung durchdrungen war. In der fortschreitenden Zerstörung produktiver Beziehungen (durch neue Arbeitsteilung) sowie gesellschaftlicher Beziehungen und von unten bestimmter sozialer Räume (durch die Sozialpolitik seit dem 1. Weltkrieg und vor allem während des NS)

hatte das Kapital eine neue Klasse selbst konstituiert: am Fließband, als „human capital“ und als „effektive Nachfrage“, um den Klassenantagonismus im keynesschen Sinne steuerbar zu machen. Die Negation dieses sozialen Kapitalverhältnisses entfaltete sich 1969-73 in der Fabrik – in der Autonomie des Lohns und in der Unterbrechung des Fließprinzips: Sabotage war nicht mehr Verzweiflungsakt, sondern sie war sofort neue Autonomie, Nicht-Arbeit in der Fabrik – und sie entfaltete sich innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftlichkeit – nicht in einer Randzone, sondern im Zentrum der kapitalistischen Reproduktion.

Aber es handelt sich zunächst um einen Widerspruch innerhalb der Kapitalstrategie selbst: um den Widerspruch zwischen Taylorismus, Fließband und Keynesianismus – zwischen dem Prinzip der Arbeitsteilung und Atomisierung der Klasse und dem technologischen Diktat einerseits und dem Prinzip der gesellschaftlichen Reproduktion und Kontrolle der Arbeitskraft als Klasse andererseits – und es handelt sich sodann um eine doppelte Negation, die ihren Weg aus dem Kapitalverhältnis hinaus nicht finden kann. Soweit selbst Produkt des Kapitals, ist die Klasse lebendige Antithese der Arbeit und lebendige Antithese der staatlichen Reproduktion der Arbeitskraft, aber sie kennt kein Programm des Übergangs zum Kommunismus, weil ihre historische Identität, ihre sozialen Orte außerhalb des Kapitalverhältnisses, ihr Selbstwert, das ihnen außerhalb des Kapitalverhältnisses innewohnende Existenzrecht, aufgelöst und untergraben sind. Dieses Defizit ist weder durch den Trick der Hegelschen Logik noch mit Hilfe der importierten Arbeiteremigranten wettzumachen.

In dem Moment, in dem die keynesianische Gesellschaftlichkeit an ihren Endpunkt gekommen war, blieben vom Arbeiterwiderstand nur Trümmer übrig. Und wie die Arbeiter versucht hatten, diese Gesellschaftlichkeit zu ihrem sozialen Endpunkt hin aufzulösen: zur Vergesellschaftung der Nicht-Arbeit und des Nicht-Werts durch die Sabotage des tayloristischen Projekts und die Forderung nach Lohn als Ausdruck ihrer Macht, so versuchte nun das Kapital, zur anderen Seite hin auszubrechen: das tayloristische Prinzip der Arbeitsteilung von der antagonistischen Arbeitermassierung in Fabrik und Region abzulösen. Die keynesianistische Vollbeschäftigung wurde aufgegeben und ein soziales Programm zur Zersetzung der Klasse, wo sie sich für einen Moment als Nicht-Arbeit vergesellschaftet hatte, wurde eingeleitet. Der Lohn wurde zu einem Instrument der sozialen Technologie von oben.

4. Sabotage gegen die Armut

Wenn es möglich gewesen ist, für den Kampfzyklus der vergangenen Jahre eine Arbeiterzentralität hervorzuheben, die in allem der direkte Gegner der Arbeit, des Mehrwerts und des kapitalistischen Kommandos gewesen ist, so hat die Entwicklung der späteren 70er Jahre gezeigt, wie brüchig diese Arbeiterzentralität doch gewesen ist, wie sie innerhalb weniger Jahre zersetzt werden konnte, wie sehr ihr ein moralischer sozialer Ort jenseits der vom Kapital gesetzten Bezugspunkte – dem Quartier, der Fabrik, dem Sozialamt – gefehlt hat, eine historische Identität, die Bestand gehabt hätte über die kurze Gunst des Augenblicks hinaus. Es ist nicht wahr, daß

sich das Kapital seine Totengräber geschaffen hat – vielmehr hat die 150 Jahre zu lange andauernde kapitalistische Herrschaft die soziale Identität gegen das Kapital so tiefgreifend zerstört, daß sich die Tage der Arbeitermacht nur wie ein kurzes Aufbegehren ausnehmen.

Resümieren wir die Antwort auf den Arbeiterangriff, so läßt sich als durchgängige Linie des Krisenjahrzehnts seit 1973 die Dekomposition der Gesellschaft aufzeigen: die Spaltung der lebendigen Zusammenhänge des Widerstands, die Segmentierung des Arbeitsmarkts, der Abschied von der Vollbeschäfti-

gung und der Übergang zu neuer Armut. War der Staat des Keynesianismus für die Aufrechterhaltung einer produktiven Gesellschaftlichkeit zuständig – für die Infrastruktur, die Modernisierung der Wirtschaftszyklen, die Reproduktion der produktiven Klasse und vor allem die globale Verhandlung um den direkten und indirekten Lohn, für die Umsetzung des Lohns in „effektive Nachfrage“ und für die Steuerung derselben mittels Inflation –, so liegt die Funktion des nachkeynesianischen Staats in der Auflösung dieser Gesellschaftlichkeit. Der neue Staat, seine Regulierung von Konflikten und seine Verwaltung der Verelendung funktionieren nur in dem Maße, in dem die Verhandlungsebenen und Massifizierungspunkte keynesianistischer Klassenpolitik aufgelöst werden. Zur Dekomposition produktiver Gesellschaftlichkeit gehört die Trennung von Mehrwert und Kommando. Solange die Lohnforderung der Arbeiter durch eine stets erweiterte Reproduktion des Kapitals und eine stets neue Reorganisation der Produktivität beantwortet wurde, schien der Klasse der Sieg sicher, denn mit dem Kampf gegen die Arbeit und der Sabotage des Mehrwerts griff sie zugleich auch das Kapitalkommando selbst an, die technologische Herrschaft und die Sozialplanung des Staats. Aber das Krisenjahrzehnt brachte den Übergang zu einer neuen historischen Konstellation: einer Arbeitsteilung zwischen Kapital und Staat. Die Schöpfung des Mehrwerts ist nicht mehr Sache einer produktiven Gesellschaftlichkeit, sondern transnationaler Verkettungen. Das Kapital zog sich tendenziell aus der Gesellschaft zurück auf eine transnationale Mehrwertkaskade und auf die supranationalen Finanzmärkte, von wo aus den Staaten die Bedingungen für ihre Politik diktiert werden. Herrschaft ist nicht mehr Ankoppelung aller gesellschaftlichen Segmente an die kapitalistische Maschinerie, sondern Sache staatlicher Sozialpolitik. Sie wird zu einem Verhältnis nackter Gewalt und zum politischen Selbstzweck; sie kleidet sich in ein Gewand neuer Rationalität, die sich neben die transnationale Rationalität der Mehrwertauspressung stellt. Ein neuer Leviathan, der Staat der Sozialverdatung, der Verarmungspolitik, des Monetarismus und der Arbeit. Aber dieser Staat bewegt sich in einem doppelten Widerspruch: der „Geldmengenpolitik“ angesichts einer unendlichen Vervielfachung des Gelds durch die Krisenpolitik der 70er Jahre und des gesellschaftlichen Arbeitszwangs angesichts der Obsoletheit gesellschaftlicher Arbeit für den Mehrwert. An die Widersprüche von Geld und Arbeit gekettet kann der neue Leviathan keine Rationalität für sich in Anspruch nehmen als die, die er selbst neu schafft: indem er die lebendige Gesellschaftlichkeit zerstört und sie von oben her neu zusammensetzt auf der Ebene der Sozialplanung und des präventiven Eingriffs, indem er eine neue substitutive Gesellschaftlichkeit schafft, auf der andere Bewegungsformen als die seiner selbst und die seiner Schattenwelt der Daten nicht mehr aufkommen.

Was heißt das für Arbeit und Lohn? Es ist offenkundig, daß angesichts der staatlichen Zwangsarbeit und angesichts des Rückzugs des Kapitals aus der Gesellschaft die Arbeit nicht mehr nach ihrer produktiven Stellung im Kapitalzyklus bestimmt werden kann. Nach der Trennung des Mehrwerts vom Kommando ist Gesellschaftlichkeit nicht mehr über den Wert vermittelt und Arbeit nicht mehr auf den Wert bezogene Vergesellschaftungsform, sondern Gesellschaft ist eine Funktion staatlicher Zerstörung und Kontrolle und Arbeit ist das negative Abbild dieser Zerstörung: Anpassung an das Netz von Verhaltensvorschriften und sozialen Zumutungen, die in den staatlichen Programmen gesetzt werden. Arbeit ist Dekonstitution, ist Staatsloyalität. Auch in der Fabrik wird Arbeit – jedenfalls die massifizierte Arbeit, die die vorangehende Ära geprägt hat – nicht mehr durch das Verhältnis von Produkti-

vität und Widerstand, sondern durch Einpassung in den von der neuen Technologie synthetisch von oben gesetzten Produktionsrhythmus bestimmt. Produktive Arbeit und staatliche Zwangsarbeit, Teilnahme an Rehabilitationsprogrammen oder Einordnung in Verfügungen des Arbeits- oder Sozialamts sind dann ihrem Wesen nach kaum voneinander verschieden: Arbeit ist stets durch das Maß der Unterordnung und Identifikation mit von oben vorgegebenen Programmen bestimmt und in diesem Sinne verschwimmen die Grenzen zwischen produktiver Arbeit und unproduktiver staatlicher Beschäftigung wie auf der anderen Seite die Grenzen zwischen direktem und indirektem Lohn verschwimmen: beides ist Ergebnis von Anpassung an die Algorithmen der Macht. Der Lohn steht also nicht mehr in einem Verhältnis zur Produktivität und zur Arbeitermacht, sondern er wird das Maß der Anpassung und Loyalität reflektieren. Und auch der indirekte Lohn – die Sozialgeldzahlungen im weitesten Sinne – wird nicht Resultat vielfältiger Verhandlungsebenen und Verhaltensweisen sein und den Gebrauch des Sozialstaats von unten widerspiegeln, sondern es wird durch ihn die Verarmung reguliert: wer im Sinne der staatlichen Reproduktion (nicht der Klasse, sondern des Staats) funktioniert, wird bezahlt, wer nicht, wird in die Armut entlassen. Lohn ist nicht mehr der Ausdruck eines sozialen Antagonismus, nicht mehr „unabhängige Variable“, sondern sozialtechnisches Instrument in den Händen des Staats.

Freilich hat die sozialtechnische Bestimmung des Lohns ihre Vorgeschichte: in der nazistischen „Lohnordnung“ (deren Durchsetzung immer wieder am Klassenverhalten gescheitert ist) und ihrer analytischen Arbeitsbewertung. Das arbeitswissenschaftliche Institut der DAF (Deutsche Arbeitsfront) hatte ein „Arbeitsbewertungssystem“ projiziert, in dem Lohn und gesellschaftliche Stellung der Arbeiter ihren „Wert für die Volksgemeinschaft reflektieren würden; die Tariflöhne – als Ausdruck einer relativen Lohnautonomie – sollten durch ein die gesamte „nazistische Leistungsgemeinschaft“ erfassendes Ordnungsprinzip ersetzt werden. Die „Leistung“ – in die das Maß der Unterordnung und Willfährigkeit einfließt und die nichts mehr mit dem tayloristischen Prinzip des Leistungslohns zu tun hatte, weil es nicht um einen Lohnstimulus ging sondern um die Einordnung des Einzelnen – war ein Parameter jenseits des Arbeitswerts, an dem der „gesellschaftliche Wert“ gemessen wurde. Nach dem Krieg fand die analytische Arbeitsplatzbewertung in direkter Fortsetzung des nazistischen Projekts Einzug in das Tarifrecht; die Lohnhöhe war aber seit den 50er Jahren durch die Verhandlungsstärke der Arbeiter viel mehr als durch die objektive analytische Bestimmung geprägt. Nun erscheint das nazistische Projekt in einem neuen Gewand: nicht mehr als uniforme nazistische Leistungsideologie, wohl aber als Bezahlung der Einpassung in von oben gesetzte Normen, deren Maßstab nicht der Arbeitswert ist und nicht die tarifliche Fixierung eines Status quo zwischen Unternehmer und Arbeitern. Maßstab des Lohns ist nun eine Hierarchie der „Arbeitssysteme“, die Bewertung des Anpassungswillens, die computergerechte Verplanbarkeit, wie es z.B. beim Übergang von der analytischen Arbeitsplatzbewertung zur „Lohnendifferenzierung“ bei VW deutlich wird (vgl. E. Hildebrandt, in: Wohin läuft VW?, Reinbek 1982). Lohn ist Instrument zur Durchsetzung einer gesellschaftlichen Hierarchie, letztlich zur Segmentierung von Alfa- und Gamma-Menschen. Insoweit ist Negri zuzustimmen, der die Transformation des Lohns in seinen besseren Tagen als „Staat der Rente“ umschrieben hat (mit Renten freilich, mit denen sich nie jemand auf die faule Haut legen dürfen):

„Vom theoretischen und praktischen Gesichtspunkt aus ist natürlich ein tiefer und bedeutender Sprung geschehen: **die Zerstörung der Wertbegriffe des kapitalistischen Bezugssystems ist hier nicht mehr ein Resultat, sondern ein Prinzip**, es ist nicht mehr eine schmerzlich ertragene Wunde, sondern ein stolzer und arroganter Wille! Wenn die Artikulation des Kommandos jedenfalls notwendig ist, werden sich ihre Parameter auf diese losgelöste Form stürzen. Die Quelle der Macht und ihrer Legitimierung ist nicht das Wertgesetz und seine Dialektik, sondern das Gesetz des Kommandos und seiner Hierarchie. Weil der Staat des Kapitals zur radikalsten **materiellen** Destrukturierung gezwungen ist, muß er sich **ideell** restrukturieren. Es ist der **Staat der Rente**, der politischen Rente. Der absolute Wert, an dem sich alle anderen hierarchischen Werte messen müssen, ist die politische Macht. Auf der Basis dieses absoluten Werts ergibt sich eine Skala von **Differentialrenten**, ... , das variable Zeichen der unterschiedlichen Einbeziehung in die Hierarchie, in die Ausdrucksform des Kommandos ... Das alles berührt nun direkt die **produktive Arbeit**. Was ist tatsächlich die produktive Arbeit im Rentenstaat? Und vom Standpunkt des Kapitals, jener **Teil** der gesellschaftlichen Arbeit, die vergewerklicht, korporativiert und in dem Trennungssystem der staatlichen Hierarchie eingeordnet wird? Die Indifferenz gegenüber dem produzierten Wert ist von diesem Gesichtspunkt aus das Entsprechende zur Aufmerksamkeit, die den Treue-Koeffizienten gegenüber dem System geschenkt wird. Der **Arbeitsmarkt** – d.h. die umfassende Arbeitskraft in ihrer relativen Unabhängigkeit – wird in Sektoren eingeteilt, nach hierarchischen Werten, die das System vorschlägt ... (A. Negri, Sabotage, München 1979).

Das Gesetz des Kommandos und der Hierarchie setzt die soziale Auflösung voraus, die Zerstörung der Arbeiterzentralität, der Sozialforderungen gegenüber dem Staat, den Verschleiß der Sozialdemokratie. Schon der erste Akt der Ölkrise reichte 1973 aus, eine kurze Rezession des Autõabsatzes, das Auswechseln der Belegschaften, die ersten mit Robotern bestückten Abteilungen, um den Kampfzyklus der Automobilarbeiter abrupt zu beenden (Italien bildet da bis vor drei Jahren eine Ausnahme). Ein gutes Jahr später war es mit den sozialdemokratischen Träumen von einem neuen metropolitane Entwicklungsprojekt – Atomstaat und Blaupausenarbeit – auch vorbei, die zunehmende Arbeitslosigkeit bedeutete eine Entgarantierung der Arbeitsverhältnisse, ein zunehmendes Fundament mobiler Arbeit, auf deren Rücken ein Zwischenboom lanciert wurde – dann der zweite „Ölschock“ von 1979, die Krise der Elektro- und Stahlindustrie, während der Angriff auf die Büros auf das kommende Jahrzehnt verschoben wurde. Die Sozialdemokratie mußte die Krise des Sozialtats und damit ihren unvermeidlichen Untergang einleiten. Heute haben wir sehr unterschiedliche Segmente des Arbeitsmarkts vor uns – die nach der Umstrukturierung der Fließbandindustrien in den Fabriken verbliebenen Arbeiter an den Bändern, die bedrohten Büroangestellten, die entgarantierten Techniker, die in eine ungewisse Zukunft blicken, die von Entlassung bedrohten Arbeiter der metallverarbeitenden Industrie, die, die sich in entgarantierten Arbeitsverhältnissen in kleinen Mittelbetrieben und Klitschen wiederfinden, die mobile Schicht der Arbeitslosen, die zwischen kurzfristigen Arbeitsverhältnissen und schmaler werdenden Sozialgeldern pendelt, die zunehmende Schicht der Dauerarbeitslosen, der Sozialhilfeempfänger und Asylanten in Zwangsarbeitsverhältnissen, die Asylierten ...

In welchem Verhältnis werden ihr Widerstand und ihre Aspirationen zueinander stehen? Wird es Zusammenhänge und Strukturen geben, von denen Sabotage neu ausgehen kann und wird es eine neue Klassensubjektivität geben, durch welche die Segmentation aufgehoben und der staatliche Verfügungsanspruch blockiert wird? Durch welche der synthetischen Gesellschaftlichkeit von oben, der Synthese von Kommando und Hierarchie, durch eine antagonistische Vergesellschaftung von unten begegnet würde?

Wir werden im folgenden zunächst der Zersplitterung der Gesellschaft folgen und das Verhältnis einzelner Segmente zur Maschinerie reflektieren; es muß dann die Frage nach der Sa-

botage des Leviathan gestellt werden: gegen die informationelle Maschinerie des Staats. Aber das erste wäre Aufgabe einer praktischen Untersuchung und es können hier nur einige Hinweise gegeben werden, und das zweite kann nicht Gegenstand einer papiernen Analyse sein.

4.1.

Welche Folgen hat der Angriff nach 1973 in den Großfabriken der Massenproduktion? Hier reagiert das Kapital zuerst auf den Kampfzyklus der Massenarbeiter; der „Ölkrise“ schließt sich die Offensive im Automobilssektor unmittelbar an. Zunächst geht es um die Unterbrechung der Erfahrungskontinuität auf Seiten der Arbeiter: eine Säuberungswelle, der die militanten Kerne der Arbeiterautonomie großenteils zum Opfer fallen. Zugleich beginnt die Kapitaloffensive um die „Humanisierung der Arbeit“, die aber nichts anderes ist als ein Programm des technischen Übergangs, mit dem das Terrain der Abteilungskämpfe und ihrer Verbreitung gezielt zerstört wird. Die Bildung von Arbeitsgruppen, die Schaffung von Pufferzonen und die Auflösung des Bands in Teilabschnitte – unter dem Slogan eines „Job-enlargement“ – bedeutet die Zerstörung jeder informellen Kooperation über kleinste kontrollierbare Gruppen hinaus; das Band kann nicht mehr gestoppt werden. Die Nutzen-Kosten-Analysen des Managements eliminieren diejenigen Knotenpunkte und chronischen Konfliktzonen, an denen die Möglichkeit der Sabotage die Lohnkosten in die Höhe getrieben hat und sie ersetzen diese durch vollautomatisierte Fertigungsschritte.

„Job-enrichment“ heißt der zweite Programmpunkt der „Humanisierung“ – die Zuweisung mehrerer Funktionen im Produktionsablauf. Tatsächlich geht es um die Einpassung der Arbeiter in ein kybernetisch gesteuertes Mensch-Maschine-System, in die Lücken zwischen den Robotern, die das Tempo und den Ablauf der Arbeitsschritte ohne jede Vermittlung zum Eigenwillen der menschlichen Arbeitskraft vorgeben. Wo Roboter in vorhandene Bandabschnitte eingebaut werden, erfolgt an den „Randarbeitsplätzen“ eine Leistungsverdichtung; wo Anlagen gänzlich neu errichtet werden, verbleiben verstreute „Restarbeitsplätze“, deren Qualifikationsniveau äußerst niedrig ist (W. Wobbe-Ohlenburg, Automobilarbeit und Roboterproduktion, Berlin 1982). Zwischen und neben die Zonen manueller Arbeitsschritte gestellt, verhindern die Roboter den Kontakt zwischen den Arbeitern und wirken als ständige Bedrohung: nur bei Senkung des Lohns wird der manuellen Arbeit gegenüber die Anschaffung neuer Roboter nach Ausdruck der Nutzen-Kosten-Analysen der Vorzug zu geben sein.

Das entscheidende Ziel der Komplexautomation (worüber wir am Beispiel FIAT schon im Heft 9 der Autonomie berichtet haben) ist die Auflösung der Arbeitermassierungen, aus denen sich der Arbeiterangriff bis 1973 herausgebildet hat. Stehen im Innern der Großfabriken die Roboter zwischen den vereinzelt Besitzern einer völlig abstrakten Arbeitskraft, so werden gleichzeitig einzelne Produktionsschritte ausgelagert: die Flexibilität rechnergesteuerter Fertigungsprogramme erlaubt es, Teilfertigungen in umliegende Kleinbetriebe auszulagern und diese trotzdem von den Zentralen der Großbetriebe aus zu kontrollieren; die Klitschen selbst unterliegen den gleichen Prinzipien der Arbeitsorganisation wie die

Großbetriebe; das trifft selbst dann noch zu, wenn Fertigungsschritte in trikontinentale „Niedriglohnländer“ ausgelagert werden. Die Spaltung der Arbeiter in Stamm- und Randbelegschaft durch Kontrakt-, Subkontrakt und Leiharbeit schafft zusätzliche Barrieren gegen die Verbreitung von Widerstandsformen.

So wird der technologische Angriff in den Großfabriken der Fließbandproduktion zum Vollstrecker jener „umfassenden Neuordnung der Leistungs politik“, den das Kapital seit 1966/67 zum Programm gemacht hat. Endgültig wird der Arbeiter zum bedingungslosen Anhängsel einer objektiven Maschine. Jegliche Verhandlungsebene um Bandtakt und Lohn, die ein Maß an „informeller Kollaboration“ unter den Arbeitern zur Voraussetzung gehabt hatte, wird durch den Algorithmus des rechnergesteuerten Arbeitstakts ersetzt. Damit fällt auch die Schicht der Vorarbeiter und Zwischenmeister; der Prozeßrechner sorgt für die Vermittlung zwischen Produktionsbüro und Werkhalle. Daß mit dieser Schicht auch die ideologische Bastion des Produktivismus zu Bruch geht (und mit ihr die Sozialdemokratie und die Instanzen der Gewerkschaft), wird zu verschmerzen sein, da der verdrahtete Arbeitstakt den Appell an den Leistungswillen ersetzt hat. Nicht mehr die Präsenz des Meisters, sondern die ständige Buchführung des Personalinformationssystems, wo Leistungshergabe, Leistungsvermögen, Vielfältigkeit der Verwendbarkeit, schlechte Gewohnheiten und Anwesenheit ständig registriert werden, sorgt für die Optimierung des Mensch-Maschine-Systems, selektiert die Belegschaft auf kaltem Wege und objektiviert den Lohn nach Kriterien der Anpassungsfähigkeit und Unterordnung in den maschinellen Ablauf.

Der Lohn ist nun nicht mehr Ausdruck der Arbeitermacht, Ergebnis eines Kleinkriegs um Arbeitstakt und Ausschluß, sondern er erscheint als Resultat objektiver Bewertungen. Es gibt kein bedingtes Maß der Kollaboration, sondern nur gelungene Einpassung in den maschinellen Ablauf oder Kündigung, vielseitige oder beschränkte Verwendbarkeit (z.B. das „Lohn differenzierungssystem“ bei VW); somit ist der Leistungslohn verzichtbar geworden (wenn fiktiv bestimmter Lohnanteil als Leistungsbonus oder Prämie ausbezahlt wird, so ist dies nur bröckelnder ideologischer Kitt) und zunehmend werden Festlöhne bezahlt. Diese Durchbrechung der „Autonomie des Lohns“ ist es, was das „Ende des Keynesianismus“ in der Fabrik ausmacht. Der Lohn ist nicht Ausdruck jeweiliger Stärke, sondern Ausdruck der Unterordnung unter das objektive Kommando. Und in seiner gesellschaftlichen Bestimmung ist er nicht mehr „effektive Nachfrage“, sondern er vermittelt das Ausmaß von Loyalität gegenüber dem Kommando und den Rhythmus der gesellschaftlichen Dekomposition. Er unterliegt also einer doppelten sozialtechnischen Bestimmung: der des Personalinformationssystems und der des staatlichen Plans zur Segmentierung des Arbeitsmarkts.

Die Arbeiterklasse ist der lebendige Nicht-Wert; sie war Nicht-Wert in der Dialektik des variablen Kapitals, subjektiver Nicht-Wert, der die Drohung, auch außerhalb des Kapitals stehen zu können, in Arbeitermacht und Lohn umgesetzt hat. Nun ist sie Nicht-Wert, weil sie keinen Ort außerhalb des Kapitals hat und – das beweist die zunehmende Massenarbeitslosigkeit – weil Arbeit nichts wert ist ohne Bezug auf das Kapital: der Besitzer abstrakter Arbeitskraft kann seine Lebensmittel ohne die Produktionsmittel, die Kapital sind in einer zunehmend weniger durchschaubaren und damit angreifbaren Form, nicht erzeugen.

Sabotage in der Fabrik erfordert, das haben die vorausgehenden Konflikte gezeigt, Kollektivität und eine Kenntnis des Betriebsablaufs, die so lange noch billig zu haben war, wie das Band hinten auch anhält, wenn man es vorn stoppte. Heute aber ist der Produktionsablauf durch die Pufferzonen flexibel gemacht und durch die Verdrahtung und Prozeßsteuerung der Computer vorgegeben, die jede Abweichung sofort registrieren; die Arbeiter haben keinen Verhandlungspartner, sie sind unerbittlich eingemauert von der neuen Technologie. Die menschliche Arbeit ist auf „Restfunktionen“ reduziert;

„Die Autoren der Studie ‚Computer und Arbeitsprozeß‘ räumen dieser Restfunktion menschlicher Arbeit ein ‚Störpotential für den Prozeß der Kapitalverwertung‘ ein, ohne jedoch den Stellenwert konkreter Arbeit für die Aufrechterhaltung eines kontinuierlichen Produktionsablaufs per se als konstitutiv für ein neues Krisenpotential anzusehen. Die Auswirkungen der Reorganisation von Produktionsprozessen in Industrien der Fertigungstechnik legen es nahe, die allgemeine Gültigkeit der Entwicklungstendenzen, auf denen die These von der Existenz eines Störpotentials beruht, noch einmal zu überprüfen. Zwar muß berücksichtigt werden, daß die Kontinuität und der stofflich-technische Charakter der Produktionsprozesse in stoffumwandelnden Industrien ein größeres Störpotential bei Fehlhandlungen zur Folge haben könnte, als dies in Industrien der Fertigungstechnik – auch bei zunehmend integrierter Fertigung – der Fall sein kann. Hier zeichnet sich – nimmt man vor allem Entwicklungen in den Bereichen geringerqualifizierter Arbeit in der Elektronischen Industrie und im Fahrzeugbau als Beispiel – eher eine Tendenz zu größerer Unabhängigkeit von der Besonderheit der Restfunktionen menschlicher Arbeit ab. Selbst im Hinblick auf die auf dem gegenwärtigen Stand des Einsatzes von Computer-Technologien verbleibenden komplexen Restfunktionen qualifizierter Arbeit gilt es zu fragen, ob die noch bestehenden Abhängigkeiten nicht nur Lücken eines technologisch zu schließenden Systems der Integration und Kontrolle sind. Was die politisch emanzipative Bedeutung der Restfunktionen menschlicher Arbeit im Produktionsprozeß angeht, zeichnet sich eher die Tendenz ab, ‚daß die Arbeiter, gemessen am Maßstab des modernen Systems, machtloser sind, als sie es jemals seit den Zeiten der Sklaverei waren, was auf die Geringfügigkeit jedes individuellen Arbeitsbeitrags zurückzuführen ist‘ (Sohn-Rethel)“ (Benz Overhage u.a., Computereinsatz und Reorganisation von Produktionsprozessen, in: Leviathan, Sonderheft 4/1981).

Welchen Stellenwert wird dort in Zukunft die Sabotage haben? Als „Störpotential“ könnten individuelle Widerstandsformen angesehen werden, die aber über die Roboter hinweg keine Chancen der Verbreitung hätten; die Sabotage scheint auch nicht mehr durch Demonstrationsumzüge und Blockaden möglich, wofür ja die Arbeitermassierungen an den Konfliktpunkten notwendig waren. Sabotage war Ausdruck der Klassensubjektivität des Nicht-Werts, die in ihrer massifizierten Existenz und in ihrer Beziehung zum Lohn unterbrochen ist. Ein Einbruch in jenen geschlossenen Block, den das komplexautomatisierte Kapital gegenüber den „Rest- und Randarbeitern“ darstellt ist von unten nicht mehr möglich, wäre aber Voraussetzung für die Ausbildung neuer Konfliktlinien. Ein solcher erscheint nur noch durch Dynamit oder durch eine Verwissenschaftlichung der Sabotage erreichbar, die eine Einbeziehung der Techniker voraussetzen würde. Immerhin steht neben der Ausgeliefertheit der Fabrikarbeiter die Schreckensvision der Unternehmer: die Möglichkeit, den Produktionsablauf in seinem Zentrum anzugreifen:

„Ein weiterer Fall (von Computersabotage) wurde uns von dem Sicherheitsbeauftragten eines der größten deutschen Automobilhersteller berichtet: Zur Vorbereitung eines Anschlags auf das Rechenzentrum dieses Unternehmens hatte Mitte der 70er Jahre ein in dem Unternehmen angestellter Mitarbeiter den ihm zugänglichen General Schlüssel für den DV-Bereich als verloren gemeldet und an seine Mitläufer weitergegeben. Die von dem Angestellten bezüglich des Schlüssels eingereichte Verlustmeldung führte dazu, daß er und sein Bekanntenkreis vom Werkschutz des Unternehmens näher überprüft wurden, wobei man auf Personen aus dem Kreis der damaligen **Baader/Meinhof-Bande** stieß. Bei den daraufhin durchgeführten Hausdurchsuchungen wurden Pläne des Rechenzentrums und des Kraftwerks des betroffenen Unternehmens sowie verschiedene Waffen sichergestellt. Hierdurch konnte der geplante Anschlag verhindert und der Schaden auf die (über 1 Mio. DM betragenden!) Kosten für den Austausch des Schlüssel systems beschränkt werden. Um die potentielle Gefährdung

des betroffenen Unternehmens einschätzen zu können, muß man wissen, daß der Computer dieses Unternehmens u.a. für die gesamte Fertigungssteuerung zuständig ist und spätestens 45 Minuten nach seiner Zerstörung sämtliche Fließbänder und damit die Automobilproduktion eines der größten deutschen Unternehmen lahmgelegt gewesen wären. Da es sich bei diesem Unternehmen um einen der größten Computeranwender in Europa handelt und Ausweich- oder Ersatzcomputer deswegen kaum zur Verfügung gestanden hätten, wäre eine Wiederaufnahme der Produktion selbst bei der perfekten Auslagerung sämtlicher Datenträger nur mit erheblicher Zeitverzögerung möglich gewesen.“ (U. Sieber, Computerkriminalität und Strafrecht, Köln pp. 1980).

4.2.

Die Analyse des Computereinsatzes in Produktion und gesellschaftlicher Kontrolle bewegt sich auf einem schmalen Grat zwischen dem Mythos des Computers (der Maschine, die den Menschen beherrscht und die nicht einmal von ihren Konstrukteuren mehr verstanden werden kann, vgl. Weizenbaum, Die Macht der Computer, Frankfurt 1977) und der Bestimmung seines Klassencharakters. Bologna und Cifaloni haben in ihrem unverändert wichtigen Aufsatz darauf hingewiesen, daß eine solche Mystik stets auf dem Fehlen einer Klassenanalyse beruht (Techniker als Produzenten und als Produkt, Berlin 1972). Und dennoch sind es zwei Entwicklungen, die es erfordern, sich mit diesem Mythos der Maschine auseinanderzusetzen: Zum einen ist es die Funktion des neuen Leviathan, in dem die Mystik des Computers zur Mystifikation der neuen Staatsfunktionen wird (natürlich handelt es sich um nichts anderes als das: „die Rigidität der Sprache und des Verhaltens, die Prädisposition, autoritäre Beziehungen zu akzeptieren, die reduzierte Effizienz des Denkens, die daraus entsteht, das ist die gesellschaftliche Wirklichkeit, die man haben will“ – es handelt sich um Sozialpolitik gegen die neuen Unterschichten in der Form geschichtsloser, enthumanisierter, technologischer Wirklichkeit), zum anderen ist es die Faszination der Maschine, der viele Computerarbeiter selbst unterliegen: sie lassen sich auf das „Mensch-Maschine-System“ ein, spielen damit, überlisten den Computer, spüren Lücken im System auf, lassen sich gefangen nehmen von der ihnen zugeordneten Datenwelt und versuchen, die Grenzen ihres Programms zu überschreiten. Das ist die eine subjektive Seite des Technikerverhaltens am Computer: ein Interesse am einsamen „Dialog“, der einen fließenden Übergang zur „Computerkriminalität“ aufweist, bei der das Spiel „Ernst“ wird, wenn die Überlistung des Dialogpartners den Kontostand des Buchhalters diskret erhöht. Die Schriften über Computerkriminalität und deren Verhütung füllen mittlerweile ganze Bibliotheken. In der Tat mag die Computersabotage die Umkehrung dieser Faszination sein: der arme Mensch, einsam vor dem flimmernden Bildschirm, dem der „Dialog“ endlich auf die Nerven geht, dem die Überlistung der Programme nicht gelingt oder zu lange dauert, der wird vielleicht den Stecker ziehen, Tee in die Schaltkreise gießen oder eine Büroklammer durch den Schlitz fallen lassen.

Wo es kollektive Kämpfe der Techniker gegeben hat, ging es um Lohnforderungen und die Unerträglichkeit der Arbeitsrhythmen (man erinnere sich an die Fluglotsen). Viel wichtiger aber erscheint das Verhältnis von Technikerverhalten und Dequalifikation, die Eingrenzung der Freiräume auch des gehobenen Personals. Das Verhältnis der aufgabenorientierten Programme zu denen der Plausibilitätskontrolle und der Arbeitsbewertung, der Nutzen-Kosten-Analyse und des „Management-Informationssystem“, also der Programme zur Kontrolle des Personals und der Organisation des Systems hat sich in den letzten Jahren immer mehr zugunsten der letzteren verschoben und die Taylorisierung der Planungs-

und Konstruktionsabteilungen, die „Trennung zwischen dem Innovations- und dem Operationssystem“, das Computer gestützte Programmieren und das Computer-Aided-Design haben zunehmend mehr Techniker auf repetitive Teilfunktionen reduziert. (vgl. W. Neef, Ingenieure im Umbruch, Wechselwirkung 2). Professioneller Anspruch und betriebliche Praxis entsprechen sich immer weniger; vielmehr entsteht ein Bewußtsein der Unterwerfung, Grundlage eines Widerstandsverhaltens, das zunächst der Sabotage der traditionellen Facharbeiter im Entqualifizierungsprozeß zu Beginn des Jahrhunderts ähnelt, sich aber im weiteren immer mehr zu einem Verhalten des „Massentechnikers“ entwickeln wird: zur Sabotage gegen die Arbeit, deren Sinn ohnehin im Verborgenen bleibt und die nur noch auf der Ebene wenn nicht sensomotorischer, so doch kognitiver Reflexe liegt. „Der Computer kann für das mittlere Management sein, was das Montageband für den Lohnempfänger ist“, hat ein Arbeitspsychologe bei General Motors gesagt.

Die Isolation der Technikerkämpfe von der Abteilungsebene der Arbeiter ist schon Ende der 60er Jahre thematisiert worden: Bologna und Cifaloni sprechen von der Gefahr einer „korporativen Involution“, und sie favorisieren dagegen die Auffassung, „nach der die ‚proletarisierten‘ Techniker die Möglichkeit hätten, spezifische Kämpfe zu führen, die unerlässlich für eine globale Strategie sind“. Eine andere Auffassung haben die Roten Brigaden exerziert, deren Kader zum Teil selbst Techniker waren und die ihre Aktionen auch auf der Ebene der Planungsabteilungen als Avantgarde auf die Massenaktionen der Abteilungsebene zu beziehen suchten (so bei Pirelli, Fiat und Alfa Romeo):

„Die Sabotage des Guerilla-Arbeiters muß ‚wissenschaftlich‘ sein; sie muß sich gegen alles richten, was Isolierung bedeutet und den Kampf verhindert! Sie muß sich gegen die Maschinerie des Kommandos, gegen die Strukturen der Kontrolle, gegen die Örtlichkeiten und Einrichtungen wenden, wo die konterrevolutionären Aktivitäten miteinander verschmelzen und sich konkretisieren. Bei diesem Angriff muß die Sabotage des Arbeiter-Guerilleros die Massenorganisation der Roten Macht hervorbringen ... DIE GUERILLA IN DIE FABRIK TRAGEN UND IN DER FABRIK AUSWEITEN!“ (BR: Die Biene und der Kommunist, vgl. AUTONOMIE Heft 9).

Aber beide Konzeptionen waren auf die Zentralität des Massenarbeiters in den frühen 70er Jahren bezogen, sie können auf die heutige Situation nicht verlängert werden. Andererseits werden die Techniker nicht in die Lage kommen, eine eigene „Technikerzentralität“ in korporativer Form zu konsolidieren, also einen Kampfzyklus, der auch nur im entferntesten an das 1969-73 der Arbeiter erinnern könnte – die



Magnetbandlager nach Brand

Restrukturation des Arbeitsmarkts und der Fabrik, die die Massenarbeiterzentralität gekippt hat, erfaßt die Technikerberufe von vornherein mit.

In der Tat sind die „Anlernzeiten“ für das Bedienungspersonal an den jeweiligen Geräten sehr kurz und die Massenuniversitäten der 70er Jahre haben ein breites Angebot anlernfähiger Akademiker auf den Markt geworfen, Programmier- und Operatorenschulen sprießen wie Pilze aus dem Boden. Das ist die Voraussetzung für die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse auch in den technischen Berufen, die Bildung von Kern- und Randbelegschaften, die Kontraktarbeit, die „Tele-Heimarbeit“. Es kündigt sich ein „Techniker-Jobber“ an, der die Monotonie der Bildschirmarbeit durch individuelle Freizeitgestaltung zu fliehen sucht, der aber seine Enttäuschung über sinkende Technikerlöhne sehr rasch in Sabotage umsetzen könnte. In anderer Form geschieht dies bereits in den USA, wo die Frustration über den verschlossenen Stellenmarkt oder die Reduktion der Arbeitsqualifikation gegen die Programme gewendet wird:

„Oft kommen die Verprellten, gleichsam durch die Hintertür, doch ans Ziel. Dazu mag es genügen, einem Programmierer über die Schulter zu blicken und jenes Code-Wort zu erhaschen, das den Zugang zum Rechner öffnet. Andere Freispieler im Rechnernetz probieren an einem der vielen Universitäts-Datenterminals so lange herum, bis sie auf eines der Sesam-Öffne-Dich-Wörter stoßen. Süchtig nach dem Dialog mit der logischen Maschine, entwickeln Hacker zumeist überragende System- und Programmierkenntnisse – beides Voraussetzungen, um Sicherheitsbarrieren zu überwinden, fremde Programme zu filzen und, Traum eines jeden Hackers, für einen Computer den Status eines ‚Super-Benutzers‘ zu erlangen. Der Status, durch bestimmte Codes ausgewiesen, verschafft dem Benutzer Zugang zu allen Teilen des Rechnernetzes ...

Zugleich wächst auch die Zahl jener Hacker, die ihre intimen Computerkenntnisse gegen das System wenden. Frustriert durch vergebliche Job- und Studienplatzsuche, beweisen sich die Aussteiger unter den Computer-Freaks durch elektronische Störmanöver ... Schaden entsteht den Firmen erst, wenn es dem Eindringling gelingt, den Inhalt von Computer-Speichern zu löschen, Programme zu verändern oder, was oft unentdeckt bleibt, sensible Daten anzuzapfen ...“ (Der Spiegel, 21/1983).

Fassen wir die Probleme der Techniker-Sabotage zusammen: Die Taylorisierung auch der Planungs- und Konstruktionsabteilungen ist so weit vorgeschritten, daß die Techniker weitgehend auf einen individuellen „Mensch-Maschine-Dialog“ reduziert sind; es fehlen Kollektivierungspunkte des Widerstands (und einen Computer zentral durch Brand oder Dynamit zu zerstören erfordert erheblich mehr „kriminelle Energie“ als ein Fließband zu stoppen 10 Jahre zuvor), zudem stände ein kollektiver Widerstand mehr denn je in der Gefahr, in korporativistischer Verteidigung des Lohnvorteils und einer relativen Privilegierung zu versanden.

Etwas anderes scheint zunächst im Vordergrund zu stehen: das Problem der „Verwissenschaftlichung von Sabotage“ und ihr Verhältnis zu der Überqualifikation der Techniker in repetitiven Teilfunktionen oder kurzfristigen Arbeitsverhältnissen. Versteht man dieses Problem nicht nur als Möglichkeit individueller Geldbeschaffung und als Spielfeld für „Hacker“, so ist zuerst nach der Verantwortlichkeit der Techniker gegenüber den völlig entmachteten Arbeitern in den Werkhallen und nach der Verantwortlichkeit gegenüber dem gesellschaftlichen Verarmungsprozeß zu fragen: die „Verwissenschaftlichung der Sabotage“ kann nicht allein von einem künftigen Kampfzyklus der Techniker erwartet werden, denn sie erfordert einen moralischen Bezugspunkt außerhalb.

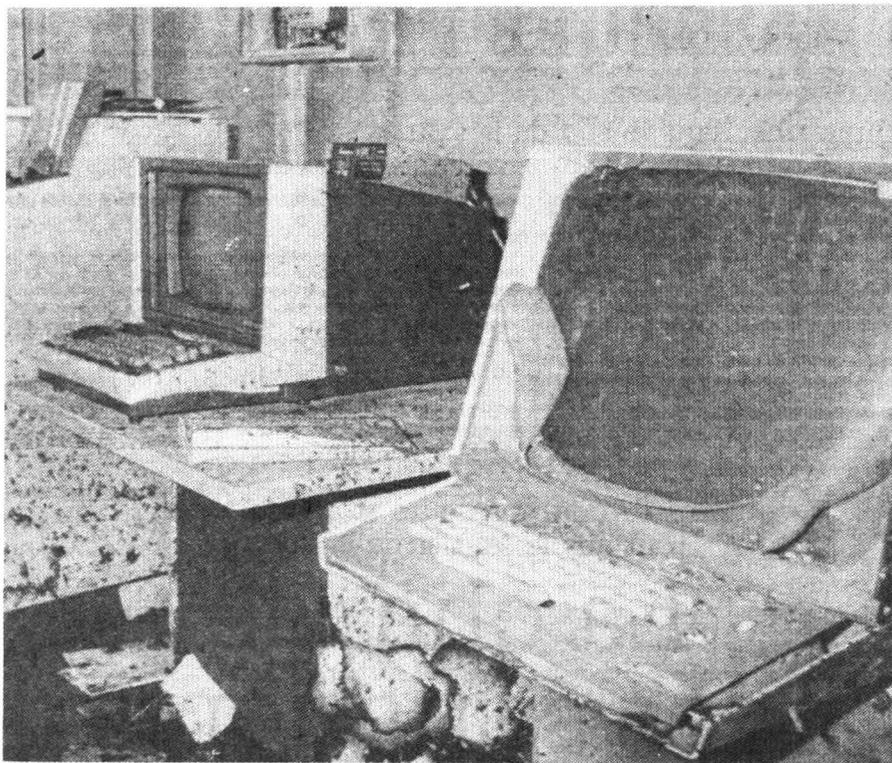
4.3.

Fraglos wird sich die Entgarantierung der Arbeitsverhältnisse in den kommenden Jahren fortsetzen. Sei es die anstehende Entlassungswelle des Stahlsektors und des Einzelhandels, sei es später im Büro- und im Automobilssektor, sei es, daß Mittelbetriebe ihren Besitzer wechseln und der neue die Belegschaft oder Teile davon in tariflosem Zustand übernimmt oder daß es sich um arbeitslose Jugendliche oder illegale Immigranten handelt – der Arbeitsmarkt der Massenarbeitslosigkeit wird Drehscheibe einer mobilen Arbeitskraft bleiben, die in oft kurzfristigen Arbeitsverhältnissen ständig umgeschichtet und neu zergliedert wird. Welche Formen des Arbeiterwiderstands sind in diesem Prozeß zu erwarten?

Was die großen Entlassungswellen betrifft, wie sie im Stahl- und später im Autosektor nicht ausbleiben werden, so wird es sich, im gegenwärtigen politischen Klima, wahrscheinlich um eine sozialdemokratisch/gewerkschaftlich dominierte Protestbewegung handeln, die sich gegenüber den Arbeitslosen und Prekären abgrenzen wird. Mag es auch regionale Ausweitungen dieser Konflikte (etwa im Saar- oder Ruhrgebiet) geben, Betriebsbesetzungen oder Protestumzüge, so wird es bei diesen Aktionen schwer sein, auch wenn sie nicht mehr von örtlichen Honoratioren angeführt werden, mit ihrer produktivistischen Ideologie (vor allem auf Seiten der prospektiven Frührentner) und in der Verteidigung des Status quo ehemaliger Hochlohnarbeit, Gemeinsamkeiten mit anderen Schichten der Massenarbeitslosigkeit zu entwickeln. Und die von den Chips verdrängten Angestellten aus Büro und Verwaltung stehen noch mehr in der Gefahr, daß ihre Zukunftstänge noch im Prozeß der Verarmung gegen die untersten Segmente der Armut repressiv ausgespielt werden könnten. Nicht aus diesen großen Ereignissen und Konflikten scheinen neue Formen des Widerstands zu erwarten; wohl aber wird der Übergang von der Großfabrik zur dezentralen Produktion in chip-gesteuerten Klitschen und vom Großraumbüro zur Telearbeit im Wohnzimmer die Bedingungen der kommenden Kämpfe bestimmen.

Erst wenn die Entgarantierten der ehemaligen Kernarbeiterschicht unten angekommen sind, wenn sie in einer Klitsche, am Steuer eines LKW oder in einer Subkontraktfirma auf dem Bau neu Fuß zu fassen versucht haben, dann könnte sich ihr Widerstand auf einer neuen Ebene ausbilden. Da der neue Lohn nicht mehr reicht, da die Kurzfristigkeit der neuen Arbeitsverhältnisse die bisherigen Vermittlungen zur eigenen Arbeit untergräbt, könnten Aneignung und Sabotage – der in informellen Gruppen ausgeheckte Trick, um sich etwas Luft und freie Zeit zu verschaffen, die Zerstörung der Chips, die die Anbindung der Klitsche an die Großfabrik sichern und das maschinell bestimmte Arbeitstempo regulieren, die Unterbrechung des Transportzyklus, die Zerstörung von Maschinen und Produkten, um Druck auf den Unternehmer auszuüben – es könnte Aneignung und Sabotage zu neuen Ehren kommen. Nimmt man die Fluktuation und die Mobilität dieser Menschen, den unzureichenden Lohn, den tariflosen Zustand und die Zerstreuung und Wahllosigkeit der neuen Arbeitsverhältnisse zusammen, so scheinen am ehesten Kampfformen möglich, die zwischen den „collective bargaining by riot“ der frühindustriellen Arbeiterschichten und der Mobilität und den Sabotageformen des Syndikalismus und der Wobblies stehen könnten. Es wäre ein „roher“ Syndikalismus denkbar, für den nicht der Lohn zählt als Produkt einer hilflosen Anpassung an die Maschine, sondern für den sich Einkommen als Produkt von Aneignung, Sozialgeldern und Unterbrechungen des maschinellen Zyklus darstellt – der Arbeitslohn wäre so hoch wie die Angst der Unternehmer vor nächtlichen Bränden in der Fabrik.

Aber wie groß ist die Chance, daß sich ein solches Arbeiterverhalten ausbreiten kann? Man könnte an die proletarischen



Rechenanlage nach dem Besuch der Sabotagegruppe CLODO, Toulouse 1980

Runden in Italien Mitte der 70er Jahre denken, wo jugendliche Proletarier mit Schraubenschlüsseln und Brecheisen von Klitsche zu Klitsche gezogen sind, um die dezentralen Widerstandspunkte im Produktions- und Aneignungszyklus regional miteinander zu verbinden. Aber die Hemmnisse eines solchen proletarischen Widerstands liegen in der Versprengtheit der Arbeitsverhältnisse, der fehlenden Kommunikation zwischen Klitschen und Quartieren, den fehlenden sozialen Bezugspunkten, von denen aus sich ein neues Widerstandsverhalten stabilisieren könnte, von denen aus die Inhalte eines proletarischen Existenzrechts jenseits des Kapitals, das Recht auf Einkommen unabhängig von Arbeit und Anpassung, formuliert werden könnten. Wird es eine mobile politische Schicht der Entgarantierten geben, die sich die regionale Rekonstitution proletarischer Zusammenhänge von unten zur Aufgabe macht? Die einen Angriff thematisiert, der die Mehrwertkaskade des Kapitals in ihrer Dezentralität, an ihren sensiblen Punkten Transport und Kommunikation, von der zentralen Frage nach Einkommen und proletarischen Gebrauchswert her zu treffen vermag?

Die wichtigsten Einwendungen gegen ein solches Projekt sind: einem „Bargaining by riot“ fehlen die Grundlagen des sozialen Wissens, wie sie die Verbindung von Brotpreis und gerechtem Lohn im Frühindustrialismus dargestellt hat; einer Verlängerung der mobilen Agitation der Wobblies müßte entgegengehalten werden, daß die IWW letztlich daran gescheitert sind, daß sie weder das Problem der Community – der spezifischen ethnischen, rassischen und regionalen Artikulationen des Widerstands – noch das des Staats und seiner sozialpolitischen Destruktivität zu thematisieren wußten. Es ist fraglich, welchen Stellenwert eine vorrangig um das Thema Arbeit kreisende Neuformulierung einer syndikalistischen Perspektive noch haben kann. Und wer wird die mobile, zwischen den Konfliktorten zirkulierende politische Schicht der Entgarantierten stellen? Bei der Figur eines „politischen Jobbers“, die für diese Aufgabe prädestiniert schien, handelte es sich um eine voluntaristische Existenzweise, die durch den Prozeß der Entgarantierung selbst überlebt ist:

„Das breite sozio-politische Gemisch der Jobber existiert nicht mehr, weil ihm das Kapital die Bedingungen seiner Reproduktion entzogen hat, es proletarisiert hat. Trotzdem ist aus diesem Gemisch keine größere Initiative entstanden. Unser Versuch, innerhalb dieses Sektors und innerhalb dieses Übergangs ‚die Jobber zu organisieren‘ als ersten Schritt zur Ausweitung auf andere Klassenschichten, mußte deshalb scheitern; einigermaßen große Gruppen von Jobbern zusammenzukriegen und als ‚Selbstorganisierte‘ zusammenzuhalten, erfordert Gruppendynamiken, die so weit nach innen gerichtet sind, daß sie sich von anderen Teilen der Klasse geradezu abschotten. Heute ist nicht einmal mehr für diese Fehler eine Basis vorhanden: die Figur des Jobbers hat sich buchstäblich aufgelöst.“ (Karlsruher Stadtzeitung Nr. 30).

Jeder Optimismus, der hinter den Zerstörungen des Krisenangriffs seit 1973 sogleich die neue Synthese eines „gesellschaftlichen Arbeiters“ gewittert hat, ein jugendliches Subjekt mit den Erfahrungen des Arbeiterzyklus von 1969-73 und der Inbrunst des italienischen 1977, ist überholt: die Entgarantierung ist zunächst nichts als Segmentierung und Zersplitterung einer gesellschaftlichen Klasse, Verarmungspolitik, die in der biographischen Erfahrung der Betroffenen entweder Berentung oder hartnäckige Versuche zu neuem Arrangement bedeutet, Arbeitssuche und Überlebensstrategie.

Und immer breiter bildet sich ein Sockel von Dauerarbeitslosigkeit, in Kombination mit Projekten staatlich organisierter Zwangsarbeit, von wo aus die Frage nach Sabotage der kapitalistischen Maschinerie aus einer hoffnungslosen Position gestellt ist. Wo sie noch möglich erscheint, wäre sie verzweifelter Ausdruck einer verfahrenen Situation, aus der es gegenüber der sozialen Maschinerie keinen Ausweg zu geben scheint. Sie wäre nicht mehr Negation der kapitalistischen Fließproduktion, nicht mehr Ausgangsort sozialer Verbreiterung und sie hätte gegenüber der sozialtechnischen Funktion des Lohns auch keine syndikalistische Bestimmung. Vielleicht aber könnte sie, und es wird doch für agile Menschen immer vielfältige Möglichkeiten geben, solange wir noch nicht im Science Fiction leben, als Unmutsäußerung und Unterbrechung der gesellschaftssanitären Ablauforganisation doch Anstöße zu einer sozialen Rekonstitution von unten liefern.

4.4.

Sabotage ist eine Antwort auf das Dilemma eines überlebten Kapitalismus, der von vornherein gegen die Unterschichten destruktiv gewesen ist. Aber diese Destruktivität ist, wie uns die Operaisten gelehrt haben, stets auch Rekomposition gewesen, immer wieder soziale Neuzusammensetzung lebendiger Arbeit. Erst mit dem Krisenangriff der letzten Jahre erleben wir, wie sich statt lebendiger sozialer Neuzusammensetzung die technologische Ersetzung lebendiger sozialer Beziehungen durch das kalte Netz informatisierter sozialer Technologie abzeichnet. Geht es in der Fabrik um die Zersetzung der Arbeitermassierungen, so geht es in der Gesellschaft um die Auflösung aller sozialen Agglomerationspunkte, aller Orte, wo die Verhältnisse von Menschen untereinander nicht durch von vornherein eingebaute Verhaltensvorschriften geregelt ist. Haben wir bisher unter einer gesellschaftlichen Verfaßtheit gelitten, die im Großen und noch in den Details das Gesicht des Nationalsozialismus nicht verbergen konnte, die vom Blockwart bis zum Frührentner mit Schäferhund ihre Kontinuität auch in der Erinnerung von unten bewahrt hat, so hat es sich dabei doch um einen sozialdemokratisch modernisierten „Volkskörper“ gehandelt, dessen Ansprüche und dessen drohende Unregierbarkeit Vermittlungsglieder sozialer Zugeständnisse gewesen sind.

Der NS hat die Reste kollektiver Erinnerung an Werte außerhalb des Kapitals zerstört, er hat die Reproduktion enteignet und zur staatlichen Aufgabe erklärt, aber er hat, wie sein Nachfolger, in einer Position gegenüber lebendigem Klassenverhalten, Artikulationen des Widerstands, Protesten und Forderungen gestanden. Er lebte von der Vielzahl der Grenzträger, Vermittlungs- und Verhandlungsebenen, vom Prinzip einer sozialen Uniformität, die es im Verhalten der Bevölkerung zu erzeugen, zu verankern und zu überwachen galt. Dagegen lebt der neue, nachkeynesianische Staat von der Auflösung jeglichen Klassenverhaltens, er erzeugt nicht lebendige Uniformität, sondern Vereinzelung. Er lebt davon, daß individuelles Verhalten zunehmend erfaßbar wird in Daten, die kombiniert, in Bewegung gesetzt und zu Projektionen der Macht verarbeitet werden. Diese Daten sind nicht Abbild lebendigen Klassenverhaltens, sondern geschichtslose Reproduktion der Herrschaft. Es geht dabei um die präventive Eingrenzung möglicher Konfliktzonen (z.B. Kriminalgeographie), um die Steuerung der gesellschaftlichen Segmentation (z.B. die Sichtung und Auslese der Arbeitslosen mit Hilfe computergesteuerter Vermittlungssysteme), um die Zerstreuung der Armen (die Millionenzahl der Arbeitslosen ist im Computer der Sozialversicherung, nicht aber auf der Straße präsent).

In dieser Situation wird es zunehmend weniger verbreitungsfähige soziale Erfahrung geben, zunehmend weniger Orte ihrer Verbreitung, zunehmend weniger Vermittlungspunkte des Widerstands gegen die staatliche Maschinerie. Das Kräfteverhältnis, in dem der Staat mit der Forderung nach indirektem Lohn konfrontiert wurde, war der kollektiven Erfahrung der Klasse gegenüber dem sozialen Netz des Staats geschuldet. Reagiert der Staat nicht mehr auf lebendig erfahrbare Kämpfe (außer mit deren Zerschlagung), so ist er auch nicht mehr als Verhandlungsgegner in einem sozialen Dialog auszumachen: staatliche Konstitution und Dekomposition der Klasse bedingen einander; die neue Wirklichkeit liegt auf einer Ebene, die von unten nicht mehr erfahrbar und deshalb auch nicht zu bekämpfen ist. Es sei denn, die Unterklassen könnten sich eine neue Wirklichkeit außerhalb des Staats selbst schaffen.

In der Gesellschaft also dieselbe Situation wie in der Fabrik, wo die Sabotage im Kampfzyklus 1969-73 einen neuen Stellenwert für die Arbeiterautonomie gewonnen hatte, in der Verbindung mit Arbeiterversammlungen, Fabrikumzügen und

wilden Streiks. Sie hatte ihre Bedeutung aus der Verbreitung von Erfahrungen gewonnen, aus der Aneignung von freier Zeit und von unkontrollierten Räumen in der Fabrik. Die Kenntnis der Produktionsabläufe und ihrer schwachen Punkte und der Reaktionen von Gewerkschaft, Betriebsleitung und Meistern war Voraussetzung. Das ging, solange Maschinerie und Betriebshierarchie stets erneuerte Antwort auf Arbeiterverhalten waren, die Maschinen in Eisen gegossenes Kampfmittel, geronnene Arbeit, und solange es Arbeiterkonzentrationen in der Fabrik gab, in denen die Erfahrungen dieser Kämpfe weitergegeben wurden. Die Auflösung dieser Erfahrungsebene und die Durchsetzung eines von unten nicht mehr durchschaubaren und nicht beeinflussbaren Ablaufs hat diese Bedingungen zerstört.

In der Fabrik und Gesellschaft sind Computer eine Maschine der sozialen Dekomposition. Ihre Fähigkeit, Daten zu speichern und durch Rekombination zu neuem Leben zu erwecken, ist die letzte Enteignung produktiven und gesellschaftlichen Wissens von unten, Reproduktion von Kapital und Staat ohne soziale Konstitution. Eine Maschine für Mehrwert und Kommando, ein und dieselbe Maschine für Kapital und Staat, eine Maschine, die nichts als Herrschaftsanspruch ist, die das Auseinanderfallen von Kapitalreproduktion und Staat in der Gemeinsamkeit des Algorithmus aufhebt. Mit dem Algorithmus der Computer versucht sich das Kapital aus der sozialen Logik des Klassenkampfes zu befreien: es operiert unabhängig von der sozialen Welt der Unterklassen. Demgegenüber gibt es keine dialektische Klassensubjektivität mehr, sondern zunächst ist diese Situation Ausdruck einer hoffnungslosen Niederlage.

Aber mehr als das: Haben wir für die zwanziger Jahre die Betriebspsychologie als Abschied vom Darwinismus des Unternehmertums in der Fabrik beschrieben (ein sehr halbherziger Abschied freilich), nämlich den Übergang von der Auslese des Taylorschen „first class worker“ zur Betriebspsychologie, und für die dreißiger Jahre die Sozialpolitik als tendenziellen Abschied vom Sozialdarwinismus der staatlichen Eliten – und aus dieser Sicht waren die Mordprogramme des Nazismus gedacht als Übergangsphase für die Konstitution einer deutschen Hochlohnarbeiterklasse im beherrschten Europa –, so kehrt das Prinzip der Selektion als soziales Programm und als kalter Ausdruck der Daten zurück. Durch die betrieblichen Datensysteme wird die Einheit von Mehrwert und Kommando hergestellt nicht durch die betriebspsychologische Pflege einer Belegschaft, sondern durch die Optimierung des Systems Mensch-Maschine-Lohn, wobei anhand der Fehlzeiten, der Fehler, der Trinkgewohnheiten und der ärztlichen Atteste die zu Entlassenden gekennzeichnet werden. In der Gesellschaft dient das staatliche Datennetz zunächst nicht einer produktiven Gesellschaftlichkeit, sondern der Dekomposition und der Schaffung einer neuen Hierarchie. Im Zugriff einer „Rasterfahndung“, die soziale Abweichung im Detail registriert, werden Informationen aus Milieustudien, ärztlichen Untersuchungen, Rentenanträgen, Intelligenztests, krimineller Vorgeschichte, der Reaktion auf Erziehungsmaßnahmen und dem Verhalten in staatlichen Arbeitsprogrammen so „abgeglichen“ werden, daß unter dem Strich eine Liste der auszusondernden Personen erscheinen muß. In der Maschinerie des Leviathan ist Aussonderung von vornherein angelegt. Sie ist nicht zuletzt in der Folge von Ausländerhetze oder neuen faschistischen Strömungen zu erwarten (die Ausfälle der Medien gegen Ausländer und autonome Militante sind notwendige Begleitmusik), sondern als Abfallprodukt einer gesellschaftlichen Synthese im Computer, der die dysfunktionalen Datensätze ausspuckt. Jedoch haben die CDU-Gesellschaftsplaner keinen Zweifel daran gelassen, daß sie den Zusammenhang zwischen Mehrwert und Kommando auch in der Gesellschaft wiederherzustellen gedenken (vgl. die Vorlagen

von George und Albrecht) und daß sie die gegenwärtige Situation als Übergangsphase betrachten: das wird nicht mit einer Massenarbeitslosigkeit von 6 Millionen möglich sein, wie sie für die kommenden Jahre erwartet wird, sondern nur, wenn die unproduktiven untersten Segmente der Hierarchie in die Lager getrieben oder vernichtet werden. Die Maschine der Dekomposition ist Voraussetzung und Effektivierung einer Maschinerie der Vernichtung.

Wird es gegen diese Maschinerie der Zerstörung neue Sabotage geben? Die Computer stehen für die heutigen Unterschichten noch mehr außerhalb ihres Erfahrungsbereichs als die Jennys für die Maschinenstürmer, sie sind nichts als fremde, äußerliche Macht. Vielleicht wird der Widerstand gegen sie deshalb aus der Enteignung lebendiger Erfahrung, als Widerstand gegen völlig äußerliche Herrschaft zu fassen sein. Aber aus der Fremdheit gegenüber Arbeit und Maschine allein wird noch nicht Maschinenstürmerei. Es fehlt den Unterschichten, deren soziale Beziehungen auf ein rückläufiges staatliches Sozialsystem gerichtet sind, jegliches Fundament für einen von außen formulierten Angriff. Die Frage für jede sozialrevolutionäre Tendenz stellt sich deshalb in einer Doppelheit: es ist die Frage nach den Orten sozialer Rekonstruktion von unten: wie ist die Maschinerie in Fabrik und Gesellschaft so zu blockieren, daß Raum für neue soziale Subjektivität geschaffen wird? Diese Frage muß Gegenstand militanter Untersuchung sein. Und es ist zugleich die Frage, wie sich die Fähigkeit gewinnen ließe, in die Technologie des Kommandos einzudringen, mit der immer mehr Zerstörung und Vernichtung produziert wird, um sie von innen her zu zersetzen. So oder so: die Sabotage der gesellschaftlichen Erfassung ist Vorbedingung für die Verbreiterung sozialer Kämpfe.

Eine Sabotagegruppe in Toulouse hat 1979-81 erste Schritte in dieser Richtung unternommen. Sie verwüstete eine Polizeistation und veröffentlichte dort entwendete Unterlagen, sie klawte die Diebstahlkartei eines Supermarkts, zerschlug das Büro einer Zeitleihfirma, griff die Hauptquartiere von zwei auf Guerilla-Bekämpfung trainierten Armeeeinheiten und schließlich ein „Institut für Unternehmensberatung“ an; im Mittelpunkt standen Brandanschläge auf die Rechenzentren verschiedener Firmen. Jeweils waren diese Anschläge unter phantasievollen Namen ausgeführt worden; bei den Computerzerstörungen nannte sich die Gruppe CLODO (Komitee zur Zerstörung oder Irreleitung von Rechenanlagen; Clodo

Militante Computerfeinde

Toulouse, 28. Januar (AP). Computergegner haben am Freitag einen Sprengstoffanschlag auf das Präfektur-Rechenzentrum im französischen Toulouse verübt und dabei das Gebäude sowie einige Computer schwer beschädigt. Der Polizei zufolge explodierten drei Sprengkörper zur selben Zeit. In einem Brief an die Nachrichtenagentur AFP bezeichnete sich das „Komitee für die Liquidierung oder das Bremsen von Computern“ als Urheber des Anschlags. Die militanten Computerfeinde haben seit 1980 schon mehrfach Anschläge auf Einrichtungen in Toulouse verübt. (Frankfurter Rundschau 29.1.83)

heißt im französischen zugleich Clochard) und schrieb in einer Erklärung:

„Wir sind Datenbearbeiter, die daher in der Lage sind, die gegenwärtigen und zukünftigen Gefahren der Informatik und Datenübertragung zu erkennen. Der Computer ist das bevorzugte Werkzeug der Herrschenden. Er dient der Ausbeutung, Erfassung, Kontrolle und Repression. Morgen wird die Datenübertragung das Jahr 1984 einläuten, übermorgen das Zeitalter des programmierten Maschinenmenschen. Dagegen kämpfen wir und werden wir kämpfen. Diese Sabotageform ist nur etwas spektakulärer als jene, die wir und andere alltäglich anwenden. Es geht nicht darum, die Aufgabe der Bullen zu erleichtern, aber halten wir fest: Wir sind weder der bewaffnete Arm des Proletariats, noch knallharte Militante, noch weniger der Kern einer Organisation, die die Hegemonie anstrebt. Wir sind weder Kubaner, noch Lybier, noch Marsbewohner. Kaum zu verdächtigen und in jedem Fall unverdächtig, nehmen wir an keinen Vollversammlungen oder Meetings teil, wir versuchen nicht zu rekrutieren — wir wissen, daß wir nicht allein sind. In einer Gesellschaft, in der man immer weniger leben kann, sind wir eine Gruppe von Revoltierenden, wie es sie zu Hunderten gibt. Wir wollen uns nicht im Ghetto der Programme und organisatorischen Plattformen einschließen. Unser einziges Ziel ist der Kampf gegen jede Herrschaft.“ (zit. nach Liberation 9.4.1980)

Wenn es einen Weg gibt, so liegt er in der Kombination gezielter Angriffe von außen und einer sich ausweitenden Techniker-Sabotage von innen. Diese Angriffsebenen stehen aber, wenn sie nicht von vornherein einen lebendigen und moralischen Bezug bei den an den Rand gedrängten Unterschichten suchen, wenn sie die soziale Rekonstitution von unten nicht als einziges Ziel ihres Angriffs sehen und die Zerstörung von Herrschaft als Voraussetzung, um dieses Ziel zu erreichen, in der Gefahr, einen eigenen minoritären Dialog mit der Macht zu führen, der zur Perfektionierung der Gewaltmittel von oben beitragen würde und sich letztlich gegen die Unterklassen richten würde.

DATENSICHERUNG

In sieben Tagen pleite

Der Anschlag auf das Mainzer MAN-Rechenzentrum verlief glimpflich. Für viele deutsche Unternehmen können derartige Attentate noch weitaus schwerwiegendere Folgen haben.

Kaum war der Rauch der Bombe verzogen, die in der Nacht zum 20. September das Rechenzentrum des Zweigwerks der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg-AG (MAN) in Mainz-Gustavsburg kurzfristig matt gesetzt hatte, da meldete Werksleiter Hilmar Kobriger: „Wir haben wieder Übersicht.“

Nur Stunden, nachdem sich Revolutionäre Zellen selbst bezichtigt hatten, den Sprengsatz an der EDV-Zentrale gezündet zu haben, konnte die Produktion des MAN-Unternehmensbereichs Maschinen- und Stahlbau, wenn auch nur notdürftig, wieder anlaufen. Denn noch in derselben Nacht starteten Lastwagen bei IBM und Nixdorf, und Monteure gingen daran, die zerstörten Computer sowie die Zusatzaggregate auszuwechseln. Außerdem konnten die Mainzer per Kurier Daten zum MAN-Computer nach Nürnberg schicken.

Denn das Wichtigste hatten die Attentäter im Fall MAN nicht erwischt: das Datenarchiv. Jeden Abend werden die

am Tag angefallenen Daten, auf Magnetbändern abgespeichert, in den Keller gepackt. Wöchentlich wandert das Material laut Kobriger in einen alten Bunker mit „meterdicken Wänden“.

Doch trotz der schnellen Entwarnung zeigt der Fall MAN, daß sich die Attentäter ein lohnendes Objekt für ihren Anschlag ausgesucht hatten. Der MAN-Werksleiter weiß genau, daß er den Betrieb nicht so schnell hätte wieder aufnehmen können, wenn der Sprengsatz durchschlagender gewesen und seine Wirkung nicht auf den Anlagenpark beschränkt geblieben wäre, sondern auch das Datenarchiv vernichtet hätte.

„Derartige Bombenanschläge treffen

dann den Nerv“, weiß Kobriger, der ohne seine Daten die Produktion nicht mehr steuern und nichts mehr ausliefern kann, keinen Zugriff auf seine Läger und keine Möglichkeit hat, Lohn- und Kostenrechnungen anzustellen: „Dann ist man praktisch blind.“

Mit derartiger Blindheit sind deutsche Unternehmen, wenn der Anschein nicht trügt, jedoch reihenweise geschlagen. Denn ein ausgeprägtes Bewußtsein für die Sensibilität von Rechenzentren, so berichten Datenverarbeitungsfachleute übereinstimmend, gibt es kaum. Schließlich empfehlen sie als Berater nicht nur, genaue Zugangskontrollen zu diesen Steuerzentren einzurichten, sondern auch deren Einbau in das Innere von Gebäuden und höheren Etagen.

MAN ist offenbar nicht allein vor bösen Überraschungen unzureichend gesichert. Henry F. Sherwood, EDV-Berater und Kenner der Szene, weiß generell zu berichten: „Die deutschen Unternehmen sind für solche Fälle schlecht vorbereitet.“ Nach den Erfahrungen des Amerikaners sind in den USA, wo es derartige, politisch motivierte Anschläge auf Rechenzentren schon seit den Zeiten des Vietnamkriegs gibt, etwa 80 Prozent der Unternehmen „sehr gut“ auf den Fall eines Anschlags eingestellt. In der Bundesrepublik sieht er wirksame Sicherheitsvorkehrungen nur bei 20 Prozent der Firmen.

Und Klaus Dutschke, Sicherheitsbeauftragter des Rhein-Main-Rechenzentrums in Frankfurt, weiß von Unternehmen zu erzählen, deren betriebliche Abläufe bereits zu 90 Prozent von der elektronischen Steuerung abhängen, die aber dennoch ihre Rechenzentren „in Baracken“ untergebracht haben, die leicht zugänglich sind, aus denen sogar „leicht Speicherbänder entwendet werden könnten“, von physischer Zerstörung ganz zu schweigen.

Was es aber heißt, wenn die Daten nicht mehr verfügbar sind, weil sie gestohlen oder verbrannt wurden oder weil der Computer in die Luft flog, erläutert Organisationsspezialist Sherwood: „Die meisten Unternehmen sind ohne Daten nach spätestens sieben Tagen pleite.“

Und das kann schon passieren, wenn die ausgefallenen Maschinen nicht rechtzeitig ersetzbar sind. Denn nicht immer ist der Hersteller in der Lage, schnell brauchbaren Ersatz heranzukarren, vor allem nicht, wenn die Rechner mit älteren Betriebssystemen laufen, die der Computerbauer nicht mehr liefert.

Ersatzprobleme bekam die Bertelsmann AG im Jahre 1979 zu spüren, als ihr Papierlager in Gütersloh plötzlich in Flammen stand und das Rechenzentrum Schaden nahm. In ihrer Not konnten die Bertelsmänner nur mit Mühe den ausgefallenen Zentralrechner durch ein Leih-

gerät ersetzen. „Wir haben europaweit gesucht“, berichtete die Leasingfirma, die Bertelsmann mit EDV ausrüstet. Dabei war es noch ein glücklicher Umstand, daß nur die 10 Millionen Mark teure Zentraleinheit nicht mehr lief. Denn vor allem die lebenswichtigen Peripheriegeräte wie Drucker oder Magnetplatten- und Magnetbandlaufwerke sind auf die schnelle nur schwer wiederzubeschaffen. Doch trotz dieser Empfindlichkeit ist es mit der entsprechenden Sensibilität bei den Unternehmen nicht weit her. Ulrich Sieber, Rechtsanwalt und Unternehmensberater für Elektronik, weiß ein Lied davon zu singen, wie unterentwickelt das elektronische Sicherheitsempfinden der deutschen Unternehmer ist. Schon weil die meisten Betriebe nicht über zusätzliche Hardware – also Reservecomputer – verfügen, sind sie im Fall des Falles entweder auf fremde Hilfe angewiesen oder völlig hilflos.

Dabei muß es nicht immer die teure Patentlösung sein, wie sie beispielsweise Schweizer Banken, die Deutsche Luft Hansa AG, die Bayer AG und andere vorhalten: ein komplettes zweites Rechenzentrum, das im Notfall in Minuten-schnelle an die Stelle des Hauptrechners treten kann. Denn oft tun es auch Verträge zwischen Unternehmen, die sich verpflichten, ihre Maschinenkonfigurationen identisch zu halten, um sich im Ernstfall gegenseitig ihre Computer aus-hilfsweise zur Verfügung stellen zu können. Doch selbst da hapert es nach Siebergs Erfahrungen. „Die Unternehmen haben in der Hardwarefrage unzu-reichend vorgesorgt. Die meisten wüßten nicht einmal, bei wem sie anrufen könnten, wenn sie schnell Maschinenkapazität brauchen.“

Und „erschreckende Lücken“ hat der Freiburger Jurist bei der Sicherung der Datenbestände ausgemacht. Vor allem bei kleinen und mittleren Unternehmen

sieht es aus seiner Sicht „schlimm aus“, weil sie die Daten nur einmal zur Verfügung haben. Und selbst wenn es nicht zur Pleite kommt, so entstehen doch Folgekosten, die über den eigentlichen Sach- und Gebäudeschaden hinausgehen. Dabei summieren sich dann Kosten für Produktionsausfälle und Mehraufwendungen für die eiligst beschafften Ersatzcomputer, für die der Abnehmer wegen der gebotenen Eile beim Hersteller in der Regel keine Vorzugskonditionen aushandeln kann, wenn es nicht auch noch gilt, Software oder Daten teuer zu rekonstruieren.

Zwar läßt sich etwas Derartiges einschließlich Sachschaden und Betriebsunterbrechung versichern. Aber, wie so oft, greift solcher Schutz auch nur, wenn das Unternehmen seinem Versicherer vorher beruhigende Sicherheitsvorkehrungen, wie zum Beispiel Zugriffsmöglichkeiten auf Aus-weichrechner, nachweisen kann.

In Sachen Schadensbeziehung eignet sich (die gegen Betriebsunterbrechung versicherte) MAN erneut als Lehrstück. Anfangs kursierten, vom Generalbun-desanwalt in die Welt gesetzt, Zahlen über die Folgeschäden bei MAN von über 20 Millionen Mark. Das Unternehmen bestreitet freilich solche Werte und spricht von einem „Übertragungsfehler“. Kurz nach dem Anschlag hieß es, die Folgeschäden beliefen sich auf etwa zwei Millionen Mark.

Fest steht aber auch, so jedenfalls die Erfahrung der Bundesanwaltschaft, daß Unternehmen in solchen Fällen generell dazu neigen, in Sachen Folgeschäden der Öffentlichkeit nicht unbedingt reinen Wein einzuschenken. Alexander Prechtel, Sprecher des Generalbundesanwalts: „Es besteht oft das Risiko, daß Firmen die Schadensziffern herunterspielen, um ihre Bonität nicht zu gefährden.“ □

Wirtschaftswoche Nr. 40 · 30. 9. 1983



Informationstechnologien – eine neue Stufe im Klassenkampf

Erste Hypothesen

§ 1 Die Technologie-Diskussion hat in den letzten Jahren bemerkenswert stagniert. Dies betrifft auch die sozialrevolutionäre Linke. Soweit ich sehen kann, sind vier verschiedene Positionen in Gebrauch, die oft eklektizistisch miteinander vermischt werden:

- die Unterscheidung zwischen der Technologie an sich und ihrer kapitalistischen Anwendung / Verwertung;
- der Ökologismus der neuen Mittelklassen;
- das (marxistisch-operaitische) Schema einer wechselseitigen produktiven Entwicklung von Arbeiterkampf und Maschinerie;
- die These von der Gewaltförmigkeit der Technik und Maschinerie an sich.

Die Marx zu Unrecht zugeschriebene Konstruktion, wonach die Maschine an sich als bloßes Arbeitsmittel unabhängig vom Verwertungsprozeß, d.h. von ihrer jeweiligen gesellschaftlichen Anwendungsform zu betrachten sei, führt letztlich zum Revisionismus. Ich brauche mich, um das zu zeigen, nicht an die sozialistische Realität einer Utopie zu halten, die dem siegreichen Proletariat abverlangt, es könne die vom Kapitalismus fix und fertig bereitgestellten Instrumente übernehmen und für seine eigenen Zwecke in Bewegung setzen. Niemand glaubt heute mehr an eine Befreiung der Arbeiterklasse und der Gesellschaft auf der Grundlage eines ungehemmten Fortschritts der Produktivkräfte. In dieser Hinsicht haben auch die Revisionisten inzwischen auf ein Erbteil aus der Fortschrittsphilosophie von Hegel, Marx und Lenin verzichtet. Immerhin aber war diese Philosophie noch unter dem Aspekt der Aneignung der Produktionsmittel formuliert worden. An dessen Stelle tritt, deutlich bei den linksgewerkschaftlichen und parteikommunistischen Kritikern der gegenwärtigen Rationalisierungswelle, ein moralisierender Diskurs über demokratische Kontrolle, Verantwortlichkeit und Zielsetzungen des technischen Fortschritts, der seine Argumente aus der bürgerlichen Ideologie des Grenznutzens von Wissenschaft und Technik fürs menschliche Wohl oder aus der Prämisse der Erhaltung von Arbeitsplätzen beziehen mag.

Umgekehrt verläuft die ökologische Wissenschafts- und Technikkritik. Hier wurden die Inhalte einer ehemals praktisch-kritischen Sozialbewegung gegen AKWs und technische Großprojekte umgemünzt in ein Mittelklassen-Ressentiment, in ein reaktionäres (neomalthusianisches) Programm der Wachstumsbegrenzung. Wo sie nicht entweder gänzlich ideologisch-verlogen ist und selbst die Techniken einer nachkeynesianischen Sozial- und Bevölkerungspolitik aufgreift (1); wo nicht eine Koexistenz von Megatechnologie und arbeitsintensiver Dualwirtschaft herbeigeredet oder der Traum von der Maschine im Garten geträumt wird, von der soft-technology als kostenlosem Gebrauchswertrest des Kapitalismus und Grundlage einer alternativen, dezentralen Produktionsweise; da verfällt in

der ökologischen Kritik schließlich das, was Resultat von Klassenkämpfen und Produkt gesellschaftlicher Arbeit ist, einer dumpfen Technikfeindschaft, die sich gleichfalls um die Frage der Aneignung nicht mehr zu kümmern braucht.

Was aber den italienischen **Operaismus** der 60er Jahre betrifft, so konnte er über die Unterscheidung von Maschinerie und Verwertung insofern nicht wirklich hinauskommen, als darauf gerade sein politisches Programm der „Nicht-Arbeit“ basierte. Die eigentliche Bedeutung des Operaismus liegt in folgendem: er übersetzte den objektiven Schein der Produktivkraftentwicklung (und der kapitalistischen Ökonomie überhaupt) zum ersten Mal wieder in die Sprache des Klassenkampfes und seiner Agenten zurück. (2) Der Arbeiterkampf und Kampf gegen die Arbeit selbst wird vom Kapital in Gestalt der Maschinerie absorbiert – und darin ist zugleich beschlossen, daß die im Kapitalismus entwickelten Produktivkräfte, wie sehr sie auch immer durch diese antagonistische Entwicklung stofflich geprägt sind, der Negation von notwendiger Arbeit und der Bereitstellung von surplus-Arbeitszeit dienen, die im Kommunismus in Nicht-Arbeitszeit (disposable time, wie Marx sagt) umschlägt.

Einen Schritt darüberhinaus hat D. **Hartmann** in seinem Buch „Die Alternative: Leben als Sabotage“ (3) getan, indem er die gegenständlich-stoffliche Seite der Technologie an sich auf eine inhärente „Gewalt der formalen Logik“ hin untersucht, die auf die Zerstörung lebendiger Subjektivität innerhalb und zunehmend auch außerhalb des unmittelbaren Arbeitsprozesses zielt. Was sich zunächst wie ein Aufgreifen, eine linksradikale Wendung des weitverbreiteten ökologischen Unbehagens an der Technik liest, stellt sich bei näherem Hinsehen als Entwurf einer Theorie der kapitalistischen Gegenständlichkeit des alltäglichen Lebens dar.

Die zentrale historische Voraussetzung einer solchen Theorie ist die Zerstörung des Tauschwertes. In dem Maße, wie die ökonomisch-wertmäßige Vermittlung (Ware / Markt / Öffentlichkeit) als Vergesellschaftungsform des Kapitals obsolet geworden ist, wandert die Kapitallogik in die stoffliche Gestalt der Technologie ein. Damit wird nicht bloß festgehalten, daß – wie Marx sagt – der Verwertungsaspekt die gebrauchswertmäßige Seite des Produktionsprozesses in Gestalt der Maschine und der Organisation der Arbeit (als Anwendung der Wissenschaft) überformt. Die reelle Subsumtion wird als ausgedehnt auf die Gesellschaft selbst gedacht, und zwar nicht als Wertverhältnis (das Kapital ist stets produktiv nicht nur im Sinn der Verwertung / des Zwangs zur Surplusarbeit), sondern in Form der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, in Form der gewaltsamen technologischen Zerstörung und Neuzusammensetzung aller sozialen Bezüge. Die Verwandlung von Wissenschaft in Technologie (Ausnutzung der Naturkräfte, Einfüh-

rung mechanischer Maschinen, Arbeitsorganisation als Zeit- und Qualifikationsraub) setzt sich fort in der Verwissenschaftlichung der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft – als Formalisierung des Alltagslebens und als verwissenschaftlichte Sozialpolitik und Herrschaftsplanung. Letztlich schlägt Hartmann einen neuen Begriff von Kapital jenseits der wertmäßigen Formation vor, der an seine Gegenständlichkeit gebunden ist. Diese Gegenständlichkeit ist alles andere als bloßer Schein und Mystifikation. Sie ist die technologische Form der kapitalistischen Vergesellschaftung. Der verdinglichten Wahrnehmung der Welt entspricht, daß diese selbst eine Objektivierung der Kapitallogik bildet.

Die kritische Absicht Hartmanns ist dabei, eine Verbindung zwischen der Entwicklung der technologischen Strukturen als Gewalt und dem Klassenkampf, der Entstehung revolutionärer Subjektivität zu suchen. Vereinfacht lautet seine These: der gewaltförmig-abstrakte Zugriff und die Formierung des Menschen durch das Kapital als Maschine hinterläßt, insoweit diese selbst in ihren Operationen gegenüber der Komplexität des menschlichen Lebens extrem arm ist, ein Maß an Fremdheit, Leere und ein Sinndefizit, das in revolutionäre Qualität umschlagen kann. Nicht, daß das Kapital für sich eine revolutionäre Kraft generiere oder forme, sondern sie wird im historischen Prozeß des Klassenkampfs aus ihm als feindselig entlassen. Was in früheren Phasen des Kapitals noch an Sinn, Moral und Identitätsbezügen zugelassen und integriert war und heute als Dysfunktionalität ausgegliedert werde, gewinne aus dem Klassenkampf heraus eine neue Virulenz.

Einer so umschriebenen Revolutionstheorie mag der Vorwurf gemacht werden, es handle sich um eine Theorie der technologischen Verelendung und das revolutionäre Subjekt erscheine in ihr nur mehr als Restgröße. Die Schwierigkeit liegt allerdings darin, überhaupt einen Begriff von Revolution und revolutionärer Subjektivität aus der Entwicklung des technologischen Klassenkampfs gewinnen zu wollen. Gleichwohl muß man die Frage nach ihrem heutigen Stand reformulieren, ob nämlich mit dem Einzug der Computer- und Informationstechnologien in die Sphären der Produktion, Zirkulation und Vergesellschaftung eine weitere Etappe des Klassenkampfs eingeleitet worden ist, von der aus die lebendige Arbeit, die Subjektivität und das unkontrollierte Leben der Menschen neuerlich subsumiert werden.

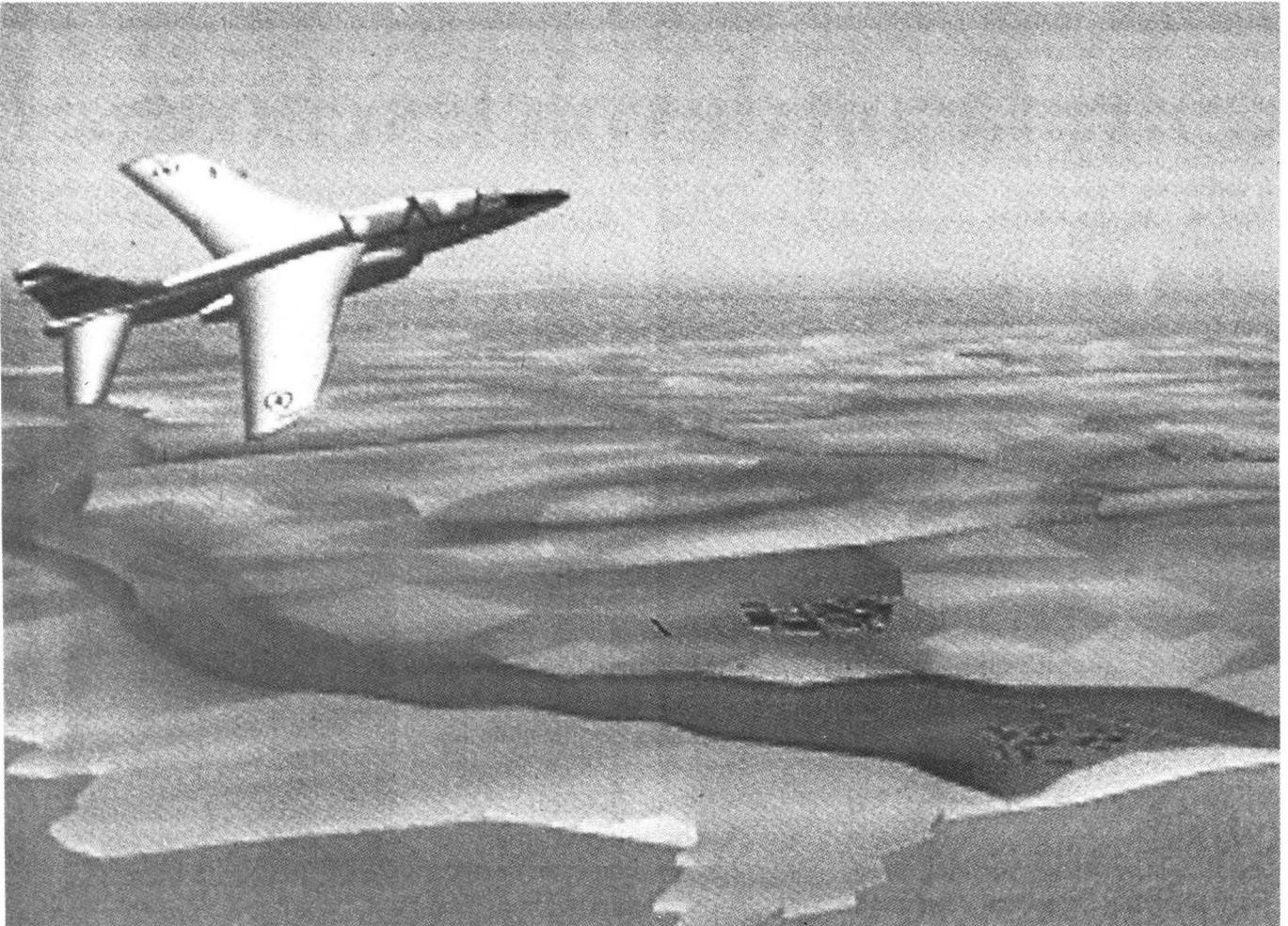
§ 2 Seit ihrer Einführung auf der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert und ihrer Anwendung im Produktionsprozeß ist die Maschinerie als ein Mittel des Klassenkampfs begriffen worden. Die manufakturmäßige Arbeitsteilung, die Zerlegung des handwerklich betriebenen Arbeitsprozesses in mechanische Operationen, liefert die Grundlage für neue Formen der Verknüpfung von lebendiger und toter Arbeit, die in Gestalt der Maschinerie, der technologischen Anwendung mechanisch-chemischer Gesetzmäßigkeiten/Anwendung der Wissenschaft auf die unmittelbare Produktion, das qualitative Produktionswissen und Zeitverhalten der Handwerker-Arbeiter enteignen. (4) Dieser Übergang zur **reellen Subsumtion** der Arbeit unter das Kapital ruft eine moralisch und kulturell als Katastrophe empfundene Umgestaltung der Lebensverhältnisse der Unterschichten hervor und führt zur Konstitution einer „Arbeiterklasse an sich“ durch das Kapital, lange bevor die Maschinen systematisch gegen die organisierte Bewegung und Insubordination der Arbeiter eingesetzt werden und die wissenschaftliche Arbeitsorganisation zum Taylorismus fort-schreitet.

Es war von vornherein die soziale Dimension in der Einführung der Maschinerie (die Dimension der sozialen Zerstörung), wogegen die europäischen Unterklassen am Beginn des 19. Jahrhunderts revoltierten. Die historische Voraussetzung für

die **Maschinenstürmerei** ist, daß die Menschen der Maschinenarbeit noch nicht vollends unterworfen sind. Das Zerbrechen der Maschinen geht nicht von der Industriearbeiterklasse aus, die allererst in der Bildung begriffen ist, sondern von deklasierten Handwerkern, Heimarbeitern und ländlichen Proletariern – und es ist eingebunden in den breiten Strom jener frühindustriellen Sozialbewegungen, Protestformen und Hungerrevolten auf der Grundlage einer „natürlichen Gerechtigkeit“ und „moralischen Ökonomie“, wie sie gerade unter dem drohenden Verlust traditioneller Formen von Gesellschaftlichkeit virulent werden. Wenn also in der frühen Phase der Maschinenstürmerei sich die Zerstörungswut noch sozagen von außen gegen die Maschine richtet, so wird diese eben deswegen nicht als einfaches Arbeitsmittel, sondern als das Kapitalverhältnis angegriffen, das sie an sich ist. Sie wird angegriffen, weil sie die Arbeitskraft ökonomisch entwertet und den überlieferten Bezug von Tarif/Lohn und Brotpreis aufhebt; weil die bestimmte Arbeitsweise vom Handwerker-Arbeiter auf die Maschine und die wissenschaftliche Beherrschung des Produktionsprozesses übertragen erscheint; und weil dieser Qualifikationsraub eine stoffliche und ökonomische Entwertung des maschinell gefertigten Produkts nach sich zieht. Die Maschinerie an sich ist immer schon Kapital, insofern sie als ein ihm adäquates Produktionsinstrument geformt ist und nicht mehr einen körperlich dimensionierten Prozeß der Naturbearbeitung vermittelt wie das Werkzeug, kein „Organ der Arbeit selbst“ ist, sondern durch systematische Anwendung der Wissenschaft und Naturkräfte im Produktionsprozeß die lebendige Arbeit ihrem Rhythmus unterwirft und die Subjektivität und den Eigenwillen des Proletariats bricht. (5)

Erst im Fortschritt der Industrialisierung und realen Subsumtion bildet sich dagegen ein Arbeiterbewußtsein und Verhältnis zur Maschinerie heraus, das von der Gegenständlichkeit des Kapitals geprägt ist. Ihm erscheint der Produktionsprozeß wiederum als einfacher Arbeitsprozeß und es behandelt die in der Maschinerie vergegenständlichte Arbeit voraussetzungslos, bloß nach der dinglich-stofflichen Seite hin als Arbeitsmittel und Gebrauchswert. Die Affinität der Industriearbeiterklasse des 19. Jahrhunderts zur Maschine und maschinellen Produktion hat freilich nicht nur diese noch quasi handwerklichen Züge. Sie beruht ganz wesentlich auf dem in der Maschine verkörperten Versprechen der freien Zeit und eines eigenen kulturellen Raums außerhalb der Fabrikarbeit, wie es in den Kämpfen um den Normalarbeitstag eingeklagt wird. Ideologisch ausgedrückt wird diese Betrachtungsweise jedoch zur Grundlage sowohl des reformerischen Sozialismus, des Facharbeiterreformismus und seiner Forderung nach Arbeiterkontrolle und -selbstverwaltung der Produktionsmittel; wie auch der bolschewistischen Konzeption der Produktivkraftentwicklung als Bedingung der Aneignung der Produktionsinstrumente nicht auf der Ebene der Fabrik und Gesellschaft, sondern in Form einer politischen Diktatur, die direkt in den nachrevolutionären Fabrikdespotismus mündet. Gegenüber dieser sozialistischen Utopie einer Überführung der großen Industrie in die Hand der assoziierten Produzenten, einer „Verwaltung von Sachen“, bleiben jene Strömungen in der Arbeiterbewegung minoritär, wie der revolutionäre Syndikalismus der Jahrhundertwende und die I.W.W., die die Fremdheit und alltägliche Konfliktualität von Arbeiter und Maschine zum Programm der Sabotage, des Kampfs für weniger Arbeit und mehr Geld machen.

§ 3 Maschinenstürmerei, die Idee des Sozialismus als Arbeitergebrauch der Maschinen und der disposable time, Sabotage – das Verhältnis zwischen Arbeiter und Maschinerie ist sozialgeschichtlich weiter zu verfolgen einmal nach der



Flugsimulator zur Ausbildung von Piloten; die Bildfolgen werden in Echtzeit durch Computergraphik hergestellt.

Seite der Widersetzlichkeit und relativen Autonomie der Klasse innerhalb des taylorisierten Produktionsprozesses, und andererseits hinsichtlich der beschleunigten Entwicklung neuer Technologien als Antwort darauf, der präventiven technologischen Einkreisung, mit der ein erworbenes Konfliktpotential der Arbeiter periodisch entwertet wird. An der Kontinuität des technologischen Klassenkampfes, der Entqualifizierung und Beherrschung lebendiger Arbeit durch die Maschinerie bis hin zur Stufe der komplexautomatisierten Produktion und Informationstechnologie besteht kein Zweifel. Und selbst wo das Kapital tendenziell auf die lebendige Arbeit zu verzichten scheint bzw. neue Formen der Zusammensetzung von niedrigtechnisierter Arbeit und Pauperismus erprobt, ist es geradezu auf die soziale Kontrollfunktion von Technologien angewiesen.

Gleichwohl, so meine ich, muß man die Frage stellen, ob in diesem Prozeß der realen Subsumtion nicht gegenwärtig ein qualitativer Bruch auszumachen ist. Allein schon die Differenzen im Begriff und in der Entwicklung der mechanischen und der kybernetischen / informationsverarbeitenden Maschine legen das nahe. Wie aber die mechanische Maschine innerhalb des Fabriksystems deswegen nicht mehr als zusammengesetztes Werkzeug zu definieren und dieser Unterschied keineswegs nur von technikgeschichtlicher Bedeutung war, weil sie als Mittel der realen Subsumtion der Arbeitskraft unter die kapitalistische Produktionsweise ein qualitativ neues, konstitutives Moment der Klassenzusammensetzung und des sozialen Antagonismus gewesen ist; so wird die Entwicklung des Computers nicht zureichend aus der Kontinuität der Maschinisierung und Taylorisierung als übergreifend auf die ad-

ministrativ-geistige Arbeit zu fassen sein und kann die Differenz der kybernetischen Maschine auch nicht im erweiterten Rahmen einer Systemtheorie allein beschrieben werden. Dementsprechend liegt zwischen beidem ein nicht technologisch begründeter, sondern sozialgeschichtlicher und klassenpolitischer Sprung:

– zwischen der Entqualifizierung des Handwerks durch die **Verdoppelung der Naturkräfte** in Gestalt der auf den Gesetzen der Mechanik beruhenden Maschine (die – einmal erfunden – als kostenlose Naturgabe wirkt), durch die wissenschaftsförmige Organisation der Produktion und durch die (in ihrer Produktivität als Naturkraft der Gesellschaft erscheinende) gesellschaftliche Arbeitsteilung;

(der Zerstörung von agrarisch-handwerklich bestimmten Arbeits- und Lebenszusammenhängen und der Konstitution der ‚industriellen Welt‘ und Arbeiterklasse durch das Kapital)

– und der kybernetisch/informationsverarbeitenden Maschine, deren wesentliche Eigenschaft nicht nur die ‚Maschinisierung der geistigen Arbeit‘ im Sinn einer Objektivierung von Bewußtseinsformen, sondern die Herstellung einer zweiten Ebene von informationeller Wirklichkeit ist, d.h. die **informationelle Verdoppelung der Realität** selbst (als Konstitution von abstrakter Gesellschaftlichkeit in der Schattenwelt der Daten).

Ich beharre deswegen auf einem weitergehenden Unterschied und Bruch in der Einführung von Computern und Informationstechnologien, der dem Übergang zur realen Subsumtion der Arbeit unter Maschinerie und Kapital im Verlauf des vorigen Jahrhunderts an Gewalttätigkeit vergleichbar wäre, weil nur so die eigentliche Bedeutung der Informationstechnolo-

gie als Instrument des technologischen Klassenkampfes und der neue Stand der sozialen Beziehungen zu bestimmen ist, der durch sie eingeleitet wurde. Das schließt ein, daß die neuen Technologien auf den ihnen immanenten Zweck der Sozialpolitik hin zu betrachten sind. Wir haben es hier nicht mit einer Kontinuität der Maschinerisierung und Taylorisierung der Arbeit zu tun (bzw. daß wir es damit auch zu tun haben, verdeckt nur, daß das Kapital als destruktives Prinzip mit den Informationstechnologien einen Sprung in der realen Subsumtion gemacht hat), wohl aber mit einem vergleichbaren Zerstörungsprozeß. Ich unterstelle also ein neues, über den bisherigen Zusammenhang von Maschinerie und Arbeiterklasse hinausgehendes Moment in der Klassenkonstitution und Form der Vergesellschaftung der Subjekte.

Wenn wirklich eine neue Stufe des technologischen Klassenkampfes erreicht ist, und zwar auf der Ebene der Gesellschaft als Ganzer, dann ist es diese: Wir befinden uns mitten in einer Epoche, in der das Kapital ohne Arbeiterklasse zu produzieren versucht, nicht ohne lebendige Arbeit (wiewohl auf der Grundlage von Massenarbeitslosigkeit), aber ohne gesellschaftliche Konstitution einer Klasse an und für sich. An die Stelle dessen tritt die Informationstechnologie.

§ 4 Jeder weiß, daß Daten und ‚Informationen‘ (dies entspricht geradezu ihrer formallogischen Bestimmung als „Reduktion von Vielfalt“ (6)) gegenüber der Realität und dem Reichtum menschlicher Denk- und Verhaltensweisen extrem arm sein mögen, daß aber durch maschinenmäßige Aufbereitung aus ihnen ein Raster der abgebildeten Wirklichkeit, eine Ebene der Macht entstehen kann, die zur Beherrschung bis in verästelte Formen des Lebens der Menschen hinein reicht. Mittels Informationstechnologien wird das lebendige Arbeitsvermögen als Klasse (Fabrikarbeiterklasse) zerschlagen und in seiner Subjektivität präventiv eingekreist und unterworfen (Zusammenhang von Personalinformationssystemen, Komplexautomation und produktiver Dezentralisierung). Zugleich wird das Arbeitsvermögen in extremer Isolation derart zum maschinellen Dialog gezwungen, daß sich das Verhältnis von lebendiger und toter Arbeit über die Fremdheit gegenüber der Maschine hinaus umgekehrt zur Einverleibung der Psyche (hier liegt der Zusammenhang von Computerarbeit und -spielen). Am meisten verdichtet hat sich das, was ich als Verdopplung der Realität durch Informationstechnologien zu bestimmen versucht habe, inzwischen in jenen Systemen, in denen die planmäßige Zerstörung gesellschaftlicher Subjektivität bis in ihre Atome (als real ablaufender Prozeß) mit einer vergegenständlichten, zugleich unfaßbaren informatisierten Ersatzproduktion von Gesellschaftlichkeit selbst zusammenfällt: in Sozial- und Polizeiinformationssystemen, in der Telematik (Datenübertragung / ‚neue Medien‘), im Einsatz der Computersimulation für staatliche Planung und Verwaltung.

In diesem Sinn kann von einer neuen Stufe der realen Subsumtion gesprochen werden. Die sozialen Potenzen werden der lebendigen Wirklichkeit, dem Handeln der Menschen entzogen und erscheinen als Eigenschaften von Informationssystemen. Was gegenwärtig als Angst vor Verdattung und Computerstaat grassiert, entspringt einem Substanzverlust der Gesellschaft.

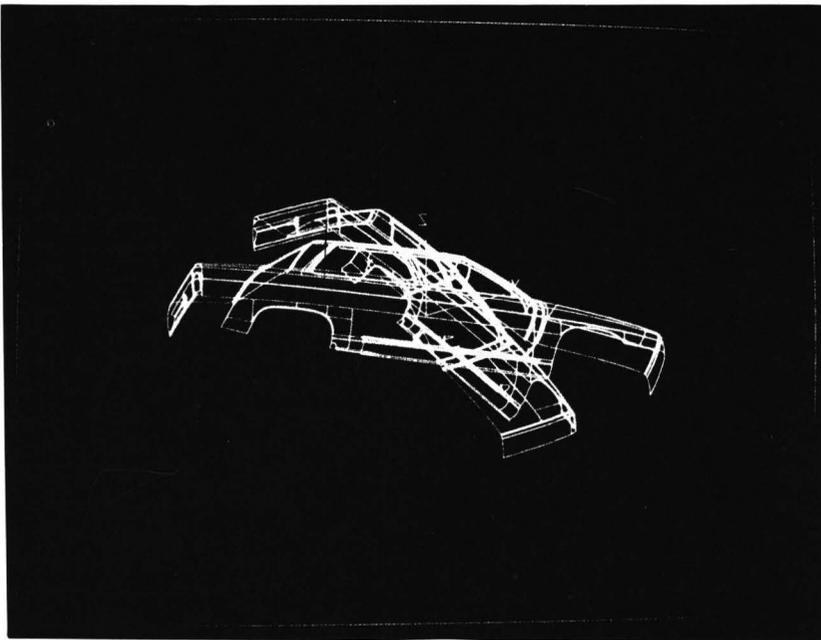
Der Prozeß der sozialen Zerstörung, wie er sich vor unseren Augen abspielt und den wir andernorts als „Krise des Keynesianismus“ beschrieben haben, liquidiert die keynesianisch-sozialdemokratische Utopie, eine Gesellschaftsverfassung auf der Grundlage der Vollbeschäftigung und Wohlfahrt (deren innere Dynamik die Arbeiterklasse in ihrer Produktivität und Reproduktion gebildet hat), und führt zum Eklat der Massenarbeit auf der Ebene der Fabrik und als Klasse, zur fortschrei-

tenden Segmentierung aller gesellschaftlichen Arbeits- und Lebensverhältnisse. Dieser Atomisierungsprozeß wird mit den Mitteln der Verdattung nicht bloß reproduziert oder kontrolliert. Entscheidend ist vielmehr, daß die sozialplanerische Datenverarbeitung die bisherige kapitalistische Vergesellschaftungsform und Klassenkonstitution ersetzt durch eine diffuse **Gesellschaftlichkeit auf der Ebene der Daten**, die ihr Gegenstück in der fabrikmäßigen und sozialen Dekomposition hat; daß die Verdattung selbst ihrem Zweck nach von der Abbildung der Gesellschaft in die präventive Zerstörung, in die Beschränkung sozialer Bezüge auf eine in Daten kontrollierbare Form umschlägt.

Der Zerfall und die Verdoppelung der organisierten Welt in Daten ist nicht mehr mit dem Begriff des Taylorismus zu beschreiben. Die Taylorisierung der Öffentlichkeit – die Unterwerfung des gesellschaftlichen Verkehrs unter abstrakt-formale Abläufe – bildet nur eine Voraussetzung für die Auflösung jener Form kapitalistischer Vergesellschaftung, als deren eigentlicher Ausdruck der Wert der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und dem Austausch/der Zirkulationssphäre entspringt. (Zunächst greift diese Vergesellschaftungsform auf die Seite der gesellschaftlichen Reproduktion über, als staatliche Anerkennung des Werts der Arbeitskraft im Keynesianismus.) Inzwischen aber werden alle Vermittlungsleistungen der Zirkulation und Reproduktion, die vom Kapital gesetzt sind als Wert/Geld/Lohn, weitgehend auf Informationssysteme übertragen und nochmals abstrahiert. (7) ‚Information‘ liegt ihrem Begriff nach jenseits der Wertabstraktion. Wohl erscheint sie wie der Tauschwert im Bereich der Zirkulation (8), aber sie hat ihre unmittelbare Voraussetzung nicht mehr wie dieser in der abstrakten (gesellschaftlichen) Arbeit, in der realen Subsumtion der Arbeit unter Arbeitsteilung und Maschinerie, sondern sie ist ein reines Prinzip der Herrschaft. In diesem Sinne bedeutet „informationelle Verdoppelung der Realität“ Substitution der Vergesellschaftung durch Verdattung und eine Produktion der Verkehrsform selbst als kapitalistische, unabhängig von der wertproduktiven Arbeit. Gleichwohl lebt diese Verdoppelung von der Anbindung an das, was sie zu ersetzen und zerstören sucht.

§ 5 Ist es mehr als eine bloße Analogie, wenn von der Vielfältigkeit der Naturkräfte in der Maschinerie, vom Begriff des Kapitals als der Zerstörung qualitativ-handwerklicher Arbeits- und Lebenszusammenhänge und Konstitution einer Massenarbeiterklasse nun auf die Auflösung dieser historischen Kapitalgestalt, auf ein neues Wechselverhältnis von gesellschaftlicher Dekomposition und informationeller Verdoppelung der Gesellschaftlichkeit geschlossen wird? Ist es mehr als eine Analogie, wenn die Flüchtigkeit der Information mit der Nichtfestgelegtheit und Mobilität des Kapitals in Beziehung gesetzt wird?

Der begrifflich-systematische Übergang von der klassischen Maschinerie des 19. Jahrhunderts und des Taylorismus zur Informatisierung sollte am Schicksal der Kategorien des Wertgesetzes nachgezeichnet werden. Gewiß ist im Krisenangriff nach 1973 der Wille des Kapitals zur Dekomposition vorherrschend (wiewohl sich zunächst eine Tendenz zu neuen ‚Zukunftsinvestitionen‘ durchzusetzen schien, zur Festlegung nämlich des Kapitals im Energiesektor); inzwischen gibt es kein Rekonstruktionsprogramm für die Metropolen mehr, das nicht zugleich auf einem Millionenheer von Arbeitslosen und Entwurzelten, von Verarmten und prekären Arbeitern beruhen würde. Zu dieser Form der Kapitalauflösung gehört auch die weitgehende Verschiebung des Verhältnisses von fixem und zirkulierendem Kapital, von Produktion und Zirkulation, wie sie sich mit der Expansion der Dollarmärkte (und mit der Angleichung von Geld und Information) seit Anfang der 70er Jahre ergeben hat. (9) Im Mittelpunkt einer systematischen



Computergestütztes Zeichnen (CAD) in der Produktion: Karosserie des Renault 11

Darstellung aber müßte der Begriff der Arbeit stehen, an dem die Auflösung des Wertgesetzes und das Verhältnis von **Wert und Information** zu entwickeln wären.

Welche Veränderungen führen die Informationstechnologien in das Wertgesetz ein? Es ist unbestreitbar und augenfällig, daß ihre erste, unmittelbar produktive Wirkung – die sich aber nicht grundsätzlich von anderen, vorausgegangenen Technologien unterscheidet – in der Verbilligung der Arbeit, d.h. der Verringerung der notwendigen Arbeitszeit, bei gleichzeitiger Ökonomisierung des konstanten Kapitals liegt. Zweitens wird die Zirkulationsarbeit durch Informationstechnologien außerordentlich verbilligt (wofür die Büro-rationalisierung der 80er Jahre ein Beispiel ist). Die Ökonomisierung des konstanten Kapitals ist drittens weniger auf sinkende Herstellungskosten (Verbilligung der chip-Produktion), als mehr noch auf die Reduzierung der Arbeit zurückzuführen, die zur Erhaltung des konstanten Kapitals, zur Wertübertragung aufgebracht werden muß (s.u.). Dies alles beeinflußt positiv die Verwertung des Werts, als aus lebendiger Arbeit stammend.

Die Unterschiede liegen in folgendem. Informationsarbeit ist nur insofern der Mehrwertproduktion zuzurechnen, als sie auch einen direkten Sprung in der Taylorisierung bildet. Ebenso wenig ist sie nach den herkömmlichen Kriterien der Zirkulationsarbeit im Verhältnis zur produktiven Arbeit und zum Mehrwert zu fassen. Vielmehr stellt die Informationsarbeit einen logischen Bestandteil der Reproduktion des Kapitals selbst dar. In der Tat sind seit dem Keynesianismus die Kosten für die bloße Erhaltung des Gesellschaftssystems immens angewachsen. (Allein die öffentliche Massenverwaltung enthält eine Qualität von Arbeit, die sich den Marx'schen Kategorien von Mehrwert und Revenue gänzlich entzieht.) Die Informationsarbeit muß von daher als eine neue Form von Arbeit nicht zur Wertschöpfung, sondern zur Kapitalerhaltung im weitesten Sinn – zur Erhaltung des Kapitals nicht als Gegenständlichkeit, sondern als System und produzierte zweite Welt – definiert werden. Sollte Informationsarbeit aber wertbildend sein, so gibt sie jedenfalls das Rätsel auf, daß sie sich nirgendwo vergegenständlicht. (Immerhin war es das Charakteristikum der bisherigen kapitalistischen Realitätssetzung, daß sich die tote Arbeit den unmittelbaren Produ-

zenten als Maschine und Produkt sinnlich gegenüberstellte – als Erkenntnisobjekt in der Form des Antagonismus, des fremden Eigentums.) Verausgabte Informationsarbeit erscheint dagegen nicht mehr als Wertgegenständlichkeit, sondern – wie sie subjektiv vollends abstrakt ist – wird sie absorbiert in der Funktionsweise der Herrschaft.

Demgegenüber bleibt nun die Frage nach der Fortexistenz oder Auflösung des Wertgesetzes als des inneren Prinzips des Kapitals scholastisch. Sicherlich ist es richtig, daß der Prozeß der produktiven, wertbildenden Arbeit selbst von seinen Voraussetzungen her liquidiert wird. Wertschöpfung/Verausgabe von Arbeit und Vergegenständlichung im Produkt, wie sie bisher über die Maschinerie vermittelt waren, werden ebenso sehr überlagert und ersetzt durch die Informationsarbeit neuen Typs, wie die Konstitution des Klassenverhältnisses nicht mehr durch den Wert (Wert der Ware Arbeitskraft und Lohn) erfolgt, sondern durch ein Prinzip informationeller Steuerung und Vergesellschaftung. Es handelt sich gleichzeitig um die Auflösung der tariflichen Garantien und um die Auflösung der Realitätskonstitution durch Arbeit als Produktion. Daß Arbeit sich tendenziell nicht mehr auf Wertbildung bezieht, sondern in ein Verhältnis zum Grad der Informatisation zu setzen ist, dafür sprechen nicht nur alle Einkreisungen durch Personalinformationssysteme und der Funktionswandel des Lohns, sondern dafür sprechen auch die neuen Formen der Verausgabe von Arbeit von Computerterminals, Bildschirmgeräten und in Datenkammern (s.u.). Informationsarbeit ist ganz allgemein Ausbeutung von menschlichen Konstitutionsleistungen und Abzug von innerem Halt des Arbeiters (Dekonstruktion).

Freilich steht damit nicht die innere Struktur des Kapitals als durch den Wert und Mehrwert gebildet infrage. Selbstverständlich ist für das Kapital weiterhin auch Erhaltung und Neuschöpfung von Wert vorausgesetzt – nicht nur im trikontinentalen, sondern auch im metropolitanen Zusammenhang. Auch eine Klasse, die nicht über Tarife und Fließbänder an den Zyklus von Produktivität und Lohn angebunden ist, kann sehr wohl Mehrwert produzieren – und sei es in Form von Zwangsarbeit. Was hier interessiert, das ist das Kapital in seiner gegenwärtigen sozialpolitischen Gestalt, als das außer-

ökonomische Gewaltverhältnis, das es auch stets ist: als ein Verhältnis, das ebensowohl den Mehrwert abschöpft, ohne daß sich doch der Krieg gegen die Unterklassen aus dem ökonomischen Kalkül des Mehrwerts allein herleiten ließe.

Zwischen der gesellschaftlichen Zerstörung, die selbst informationstechnologisch durchgesetzt wird, und einer zunehmenden Selbständigkeit des Politischen (letztlich einer neuen Staatsfunktion) herrscht ein wechselseitiger Zusammenhang. Die Ebene der Planung in der Gesellschaft und in der Fabrik verzichtet weitgehend auf jene Formen der politischen Vermittlung, die als lebendige Repräsentanz des Antagonismus verstanden werden konnten – bei der Regulation der Fließbandgeschwindigkeiten ebenso wie bei der Abstimmung von Lohn und Produktivität in einer konzertierten Aktion zwischen Gewerkschaften und Staat. Das Ende dieser Repräsentanz ist letztlich das Ende der bürgerlichen Demokratie. Stattdessen haben wir es mit einer Abstraktion der politischen Planungsebene aus diesem Vermittlungszusammenhang heraus zu tun. Informatisierte Planung funktioniert in dem Maß, in dem sie selbst als Dekomposition wirkt.

Dies wäre am Beispiel des Wandels der Lohnfunktion hin zu einer sozialtechnischen Bestimmung zu erklären. Das keynesianische Vermittlungsinstrument der effektiven Nachfrage wird mit dem Monetarismus ausdrücklich zerstört. Entsprechende Veränderungen kennzeichnen heute den indirekten Lohn. Die computerisierte Durchsetzung der Zumutbarkeitsregelung für Arbeitslose (coArb), die sogenannte Flexibilisierung auf dem Arbeitsmarkt, dient keinem anderen Zweck als der Auflösung des Zusammenhangs von ehemaligem Lohn und Arbeitslosenunterstützung. Lohn wird in Zukunft bezahlt nicht im Verhältnis zum Wert (zum Wert der Arbeitskraft), sondern im Umfang der subjektiven Einpassung in die staatlich-kapitalistische Planbarkeit. Wieweit der Lohn sich vom Wert ablöst, das ist bestimmt durch das timing der Dekomposition der Arbeiterklasse: es hängt – wie man an den Stahl-, Werft- und Automobilindustrien leicht sehen kann – ab von der Stellung der jeweiligen Klassensegmente im staatlichen Planungsprozeß. Der gesamte Prozeß der Entgarantierung und Aufkündigung der Tarife folgt dieser Logik. In der Zunahme staatlicher Vermittlungstätigkeit bei der Bereitstellung von Arbeitskraft in Niedriglohnssektoren, in der Tendenz zur Zwangsarbeit und zum ‚workfare state‘ schließlich zeigt sich, daß der Vergesellschaftungsprozeß und das Verhältnis der Arbeit immer weniger als durch den Wert konstituiert zu fassen sind, und es tritt die Beziehung von Arbeit und Staatsloyalität rein hervor.

Diese Vorherrschaft des Politischen über den Wert (die Auflösung der politischen Ökonomie als einer Politik zur Vermittlung des Werts) entspringt nicht der Informationstechnologie, aber umgekehrt ermöglicht die Informationstechnologie beides: den sozialen Angriff nach unten und die Synthese der Gesellschaft auf der Ebene des Staates.

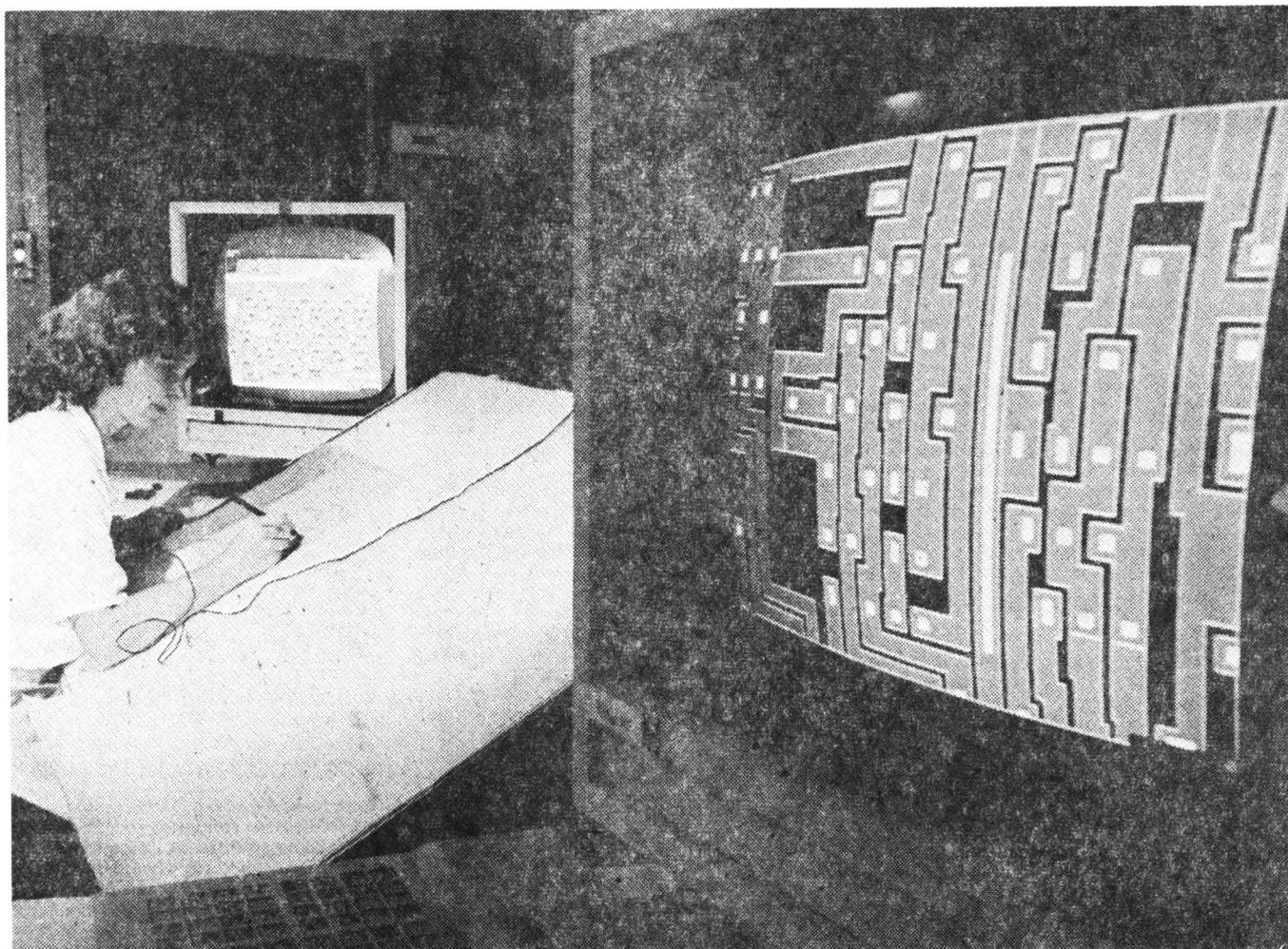
5 6 Die Informatisation, vor allem der Einsatz von Informationstechnologien in Staat, Planung und Verwaltung, bildet eine substitutive Vergesellschaftungsform außerhalb der politischen Ökonomie des Werts. Diese Überlagerung des Werts durch Informatisation hat eine zweifache Konsequenz:

1. Die Bedeutung des Politischen hat sich grundlegend verändert; die Informationstechnologien sind eigentlich der Hebel zur **Herausbildung einer neuen Staatsfunktion** in den Metropolen.
2. Das **Verhältnis von Konstitution und Klassenkampf** muß neu gefaßt werden (Konstitution meint in diesem Zusammenhang die Klassenkonstitution, aber auch die Konstitution von Realität als vergegenständlichtem Kapital und damit die Konstitution von Erkenntnis); das ökonomische Terrain des Klassenkampfes verliert seine Bedeutung.

Was zunächst den Funktionswandel des Staats / der staatlichen Planung im Vergesellschaftungsprozeß betrifft, so spiegelt sich dieser innerhalb der Informationstechnologien selbst wider – und zwar in der Grenze der Darstellbarkeit sozialen Lebens in Daten. (10) Diese Grenze wird eben dadurch übersprungen, daß die Datenverarbeitung ihrerseits zu einer normativen und faktisch-zurichtenden Kraft sich entwickelt. Die Beispiele aus dem Bereich der Polizeiinformation und Rasterfahndung, an die man hier zuerst denken mag, scheinen mir weniger signifikant zu sein als solche aus dem Bereich der öffentlichen Verwaltung.

Welche Verselbständigungstendenzen in der zunehmenden Informatisation von Bürokratien und politischer Herrschaft stecken, macht ein Aufsatz von K. Lenk deutlich. Lenk führt die „Akzeptanzkrise“ gegenüber Technologien der Information und Kommunikation im privaten und öffentlichen Dienstleistungsbereich auf einen Verlust an traditioneller Gesellschaftlichkeit zurück, in dessen Folge „elementare gesellschaftliche Funktionen wie soziale Kontrolle, Sozialisation, ja sogar Ausbildung von Persönlichkeiten und die Identitätsfindung Einzelner“ substituiert und zu bürokratisierten/informatisierten Vorgängen werden. In dem Maß, in dem die Informationstechnologien selbst Vergesellschaftungsform werden (Lenk spricht von „Informationsgesellschaft“) schlägt das, was sich als Frage der Akzeptanz angesichts der geringen Qualität von Verwaltungsleistungen nach artikuliert hatte (d.h. die Differenz zwischen Betroffenheit und Verwaltung), gegenüber dem Betroffenen um: „So kann vermutet werden“, schreibt Lenk, „daß durch fortschreitende **Abbildungsqualität** der ihn simulierenden Datensysteme der abgebildete Bürger im Entscheidungsprozeß überflüssig wird; an die Stelle unmittelbarer Befragung des Betroffenen tritt eine Auswertung mit Hilfe von Informationssystemen. ... Der reale Nachvollzug von Lebenssituationen wird ersetzt durch die Beobachtung von parallel zu diesen Situationen gehaltenen Datensammlungen; informative Strukturen ersetzen Handlungsstrukturen bis zu einem Punkt, an dem dann Information unmittelbar wieder zu Handlungen führt.“ (11)

Der bloße Computereinsatz in der Massenverwaltung (Steuer- und Sozialverwaltung, Einwohnermeldewesen etc., Innenverwaltung, Polizei) scheint zunächst einer Rationalisierungsabsicht zu entspringen, nicht aber das Verhältnis zur sozialen Realität zu verändern. Dies gilt nicht mehr für die Unterstützung von politischer Planung durch Datenbanken, Planungsinformationssysteme und Computersimulationsmodelle, mit deren Hilfe die Auswirkungen von wirtschafts- und sozialpolitischen Entscheidungen vorausbestimmt werden. Der eigentliche Umschlagspunkt zu einer neuen Staatsfunktion liegt – so entnehme ich wiederum einem Aufsatz von J. Reese (12) – darin, daß die staatliche Sozialpolitik durch die Datenverarbeitung ihren Charakter vollständig verändert, daß sie nämlich einen Grad von Komplexität und Diffusität erreicht, der dem gewachsenen System sozialer Ansprüche und Leistungen ebenso entspringt wie er es durch Codierung auf den Kopf stellt: „Der Weg über die Datenverarbeitung zur Verkompli-



CAD auf Großbildschirm (Entwicklung integrierter Schaltungen)

zierung des sozialstaatlichen Leistungssystems bietet ... die naheliegendste und einfachste Möglichkeit einer Regierung, sich der wachsenden Ansprüche in einer Konkurrenzdemokratie zu erwehren. **Staatlich produzierte soziale Komplexität** ... ist darüberhinaus auch ein wirksames Mittel zur Bändigung sozialer Konflikte – ein Ziel, das in den westlichen Demokratien einen ähnlichen hohen Rang einnimmt wie soziale Gerechtigkeit.“ Am Ende dient solche Komplexität dem Staat zur Legitimationsbeschaffung durch „informationelle Kompetenz“, wie Reese sagt.

§ 7 Ich möchte in den folgenden beiden Abschnitten einige **erkenntnistheoretische Aspekte** behandeln, die durch die Informationstechnologie aufgeworfen werden. Dabei beziehe ich mich auf Bemerkungen von Marx zur Gegenständlichkeit/Gestalt des Kapitals, um dann auf jüngere Entwicklungen des computergestützten Zeichnens und Fertigen (CAD/CAM) und der synthetischen Bildherstellung einzugehen, weil dabei noch am ehesten und in einem wörtlichen Sinn von Realitätsverdoppelung gesprochen werden kann.

Daß kein Mensch ‚Realität an sich‘ wahrnimmt, sondern bearbeitete Welt, ist der Zentralgedanke der ganzen neuzeitlichen Erkenntnistheorie, die eben diesen Zusammenhang von Erkenntnis und Arbeit entwickelt hat. Dazu gehört auch, daß unser Bewußtsein seit dem 19. Jahrhundert geprägt ist sowohl durch die Ästhetik der industriellen Welt (eine Ästhetik, die ihre Norm weitgehend aus der technischen Funktion selbst bezieht), als auch durch künstliche Bildwelten wie Photographie, Film etc., deren Eigenschaft gerade die „Errettung der

äußeren Wirklichkeit“ ist, wie Kracauer gesagt hat, oder die doch zumindest einen gesicherten Bezug von Original und Abbild beibehalten. Stets noch handelt es sich darum, daß es vom Menschen selbst verfertigte Gegenstände, Formen und Bilder sind, an denen sich die Erkenntnis verobjektiviert; anders ausgedrückt, daß die Objektivität der Erkenntnis ihre Gesellschaftlichkeit, die gesellschaftliche Arbeit voraussetzt. Was allerdings den Erkenntnismodus – die Bedingung ihrer Möglichkeit – verändert, das ist die zunehmende Vergegenständlichung der Arbeit, die als Gegenständlichkeit des Kapitals erscheint. In ihrer Unterwerfung unter computerproduzierte Formen und Bilder oder informationelle Realitäten schließlich vollzieht sich die Auflösung von Erkenntnis im emphatischen Sinn, die Auflösung ihres bisherigen Zusammenhangs mit der Arbeit.

Inwieweit wird die Erkenntnis durch die kapitalistische Form der Vergegenständlichung geprägt? Marx zufolge verbirgt sich im Verhältnis von lebendiger und toter, vergegenständlichter Arbeit nicht bloß ein Klassengegensatz, sondern ebenso sehr ein Problem der Realitätskonstitution. Sein Nachweis, daß die Werterhaltung des Kapitals, das Wiedererscheinen seiner Gegenständlichkeit in veränderter Naturalgestalt eine Eigenschaft des Arbeitsprozesses als der konkret-gegenständlichen Arbeit ist, mündet in einer Geschichtsphilosophie mit negativen Zügen: In der kapitalistischen Gesellschaft, so sagt Marx, müssen die Menschen im Verhältnis zum Konsumtionsfonds und zur Erhaltung des lebendigen Lebens immer größere Anstrengungen auf die Reproduktion der gegenständlichen Voraussetzungen dafür, nämlich auf die Produktion von Produk-

tionsmitteln (die nur als Kapital fungieren können) verwenden. (13) Hierin sehe ich eine weitere Begründung für die Thesen von D. Hartmann: das Einwandern der Kapitallogik in die stoffliche Gestalt der Technik und die Formalisierung der alltäglichen Vollzüge und Sinneswahrnehmungen ergibt sich aus dem Zwang zur gegenständlichen Reproduktion des Kapitals. Mit der Zunahme der Gegenständlichkeit bzw. der Arbeit, die für die **Erhaltung der gegenständlichen Welt**, sofern sie als Kapital fungiert, erforderlich ist, modifizieren sich zugleich die Bedingungen der Erkenntnis. Insofern die Gegenständlichkeit zum Kapital wird, fällt die Unterscheidung von Arbeitsprozeß und Verwertungsprozeß zusammen, eine Unterscheidung, die bei Marx den erkenntniskritischen Sinn hat, das Kapital in seiner Einheit als gesellschaftliches Produktionsverhältnis und als Ding an sich zu fassen. Während in der neuzeitlichen Erkenntnistheorie die Objektivität zunehmend ins Subjekt (als gesellschaftliche Arbeit) verlegt worden war, vollzieht sich in Wirklichkeit ein gegenläufiger Prozeß der Vergegenständlichung. Das Kapital durchsetzt die Erscheinung der Dinge, d.h. es gibt keine andere Erkenntnis außerhalb der Erkenntnis seiner selbst; oder – wenn man so will – die tote Arbeit lastet auf der Erkenntnis von Generationen.

Andererseits entspricht es nicht dem Begriff des Kapitals, sich zu vergegenständlichen. Nicht nur bedürfen die Produktionsmittel, um aus ihrer toten Gegenständlichkeit wieder auferweckt zu werden, des Kontakts mit der lebendigen, konkreten Arbeit (zur Werterhaltung). Sondern das Kapital selbst sucht sich Gestalten, die seinem Begriff zunehmend adäquater sind. (Die Maschine entspricht dem Begriff des Kapitals als der Aneignung der lebendigen Arbeit; als capital fixe aber hat sie die Schranke an sich, daß sie dem Begriff des Kapitals als des gleichgültigen, prozessierenden Werts nicht adäquat ist.) Alles gegenständliche Kapital, dem nicht ein stets neues Quantum Arbeit zugeführt wird und das sich nicht von seiner Naturalform wieder trennt, fällt in den Zustand der auflösenden Natur, der Dinge als solcher zurück, in denen die Erinnerung verloschen ist, oder gerinnt zum kulturhistorischen Bodensatz der Erscheinungen. (14) Daher umgekehrt die Suche nach flüchtigen Gestalten. Die soziale Mobilität des Kapitals, seine technologische Verflüssigung und die Informatisation (15) machen es unabhängiger von seiner Fixierung an die stoffliche Seite, an den Gebrauchswert, und von der Arbeit, die zur Reproduktion der Kapitalgestalt aufgebracht werden muß. Dies ist die gegenwärtige Tendenz.

§ 8 Mit der Informationstechnologie überspringt das Kapital die bisherigen Schranken der Gegenständlichkeit, es schafft die Arbeit zu deren Erhaltung ab und löst die Realität selbst auf. Damit wird der Erkenntnisprozeß hinsichtlich seiner konstitutiven Bedingungen vollständig revolutioniert. Neue Gestalten des Kapitals, die über die industrielle Welt hinausweisen, zeichnen sich bei der synthetischen/**maschinellen Produktion der Erscheinungen** ab.

Es gehört zur Alltagserfahrung im Umgang mit Technologien, daß die Erhöhung der Benutzerfreundlichkeit immer die nächste Etappe der Ausbeutung einläutet. Was derzeit als Unzulänglichkeit in der sogenannten Kommunikation von Mensch und Maschine auf der Basis von Computersprachen (alphanumerischen Symbolen) beseitigt und durch eine visuelle Kommunikation ersetzt wird, das betrifft die Grenzen des menschlichen Leistungsvermögens. Der Wunsch aus den Chefetagen, keine ‚Daten‘, sondern ‚Informationen‘ geliefert zu bekommen, deckt sich hier mit der Absicht, die Mittelschichten der Angestellten und der technischen Intelligenz, die Programmierer und technischen Zeichner, zu entmachten und die Computer jedermann ins Haus zu stellen: ein Raumschema oder

Bild ist allemal leichter zu interpretieren als eine Reihe von Daten. Die Symbolsprachen „profitieren nicht von der außerordentlichen Fähigkeit des Menschen zur raschen visuellen Ordnung von Gegenständen des besonderen Interesses in einem komplex angeordneten Raum“. Während „unsere ganze geistige Aktivität auf dem Prinzip der räumlichen Organisation beruht“, so schreibt ein Kantianer malgre lui unter den US-Computerarchitekten (16), führe die Arbeit am Computer bislang zur Verarmung des Raumsinns. Inzwischen wird daher die Entwicklung von Mensch-Maschine-Systemen vorangetrieben, bei denen die gespeicherten Informationen auf dem Bildschirm visualisiert werden – und zwar von der graphischen Datenverarbeitung (CAD, computergestütztes technisches Zeichnen auf großflächigen Bildschirmen statt am Reißbrett) bis hin zur illusionären Wiederherstellung einer Räumlichkeit der gespeicherten Daten mittels synthetischer Bilder; zur Simulation fiktiver Räume, die den Eindruck einer klassischen Arbeitsatmosphäre in der ihr eigenen Gliederung und Hierarchie (z.B. am Schreibtisch, im Büro) vermitteln sollen. (17)

Nichts davon ist Science Fiction, auch wenn die Computergraphik sehr rasch Eingang ins Kino gefunden hat (bei George Lucas, Coppola und in Walt Disney's „Tron“). Nach der militärischen Erforschung und Anwendung in der Luft- und Raumfahrt, bei der NASA, zur Simulation von Flugübungen in Echtzeit, Luftkämpfen, Aufstandsbekämpfung, bahnt sich im industriellen Anwendungsbereich (im Flugzeug-, Fahrzeug-, Maschinen- und Anlagenbau) eine neuerliche Revolution dadurch an, daß die Konstruktionsabteilungen über eine gemeinsame Datenbasis von CAD und NC-Maschinen in einen produktiven Verbund mit der Fertigung gesetzt werden (CAM), d.h. die Produkte stammen in Funktion und Gestalt direkt aus dem Bildsynthetisierer. (18)

Bis heute waren sowohl industrielle Formen wie die technischen Verfahren der Abbildung von der Spur der menschlichen Gestaltung und Arbeit abhängig. Bilder waren in ihrer Reproduzierbarkeit stets zugleich konserviert, an einen Träger gebunden – in letzter Instanz an die Realität selbst. Die synthetische Bildherstellung und -simulation überschreitet nun die sichtbare Welt, sie löst das Bild in einem doppelten Sinn von der Realität ab und verkehrt das Verhältnis beider dadurch, daß ein elektronischer Träger die willkürliche Bildmodifikation gestattet und daß die Schöpfung einer informationellen Welt, eine Produktion von Bildern und Formen ex nihilo (19) möglich wird, die – erstmals in der Geschichte der Ästhetik – keine Vorlage in der Realität haben und keine menschliche Spur tragen.

Diese neue Bilderwelt erscheint wie eine Annäherung an die Realität selbst, wie eine exemplarische „**Rückkehr der Dinge**“ (20). Aber das Gegenteil ist der Fall. Solange noch den gegenständlichen Sehgewohnheiten durch Simulation nachgekommen wird, haben wir es mit einer Zwischenstufe des Realitätsersatzes zu tun. (21) „Zum ersten Mal ist das Bild nicht mehr der Widerschein der wirklichen Welt, sondern die **Visualisierung unseres Wissens** über sie“, schreibt J.F. Lacan; und Philippe Quéau spricht von „Bildern, die nie gesehen wurden und die gleichwohl von außerordentlicher **Wahrheit** sind.“ (22) Welches Wissen, welche Wahrheit? Ich denke, man wird der Kolonisierung der ästhetischen Anschauungen (des Raum-Zeit-Gefüges) nicht mit kulturkritischen Argumenten – wie sie etwa gegen den Amerikanismus in der Bildlichkeit von Videospiele vorgebracht werden – begegnen können. Wohl aber wäre daran festzuhalten, daß die Begriffe der Wahrheit und des Wissens, die hier vorgeschlagen werden, einer Erkenntnisweise angehören, die die Differenz von Erkenntnis und Gegenstand voraussetzt und die durch die Informatisation (und den Informationsbegriff) gerade annulliert wird.



Reisen im „DataLand“

Worum es dabei ganz radikal geht, das ist die Anbindung aller menschlichen Sinne an die Kommunikation mit Informationsmaschinen, letztlich eine sensorische Deprivation und Übersetzung der Konstitutionsleistungen des Menschen (zunächst der Raumkonstitution (23), der Fähigkeit zur räumlichen Vergegenständlichung), die aus dem Zusammenhang der wirklichen Welt herausgetrennt, entleert und formalisiert werden, in direkte Arbeitsleistungen, ohne Umweg über Maschinensprachen. Dazu allerdings ist die Produktion einer Scheinrealität notwendig. Das Wissen, welches hier noch abgebildet wird, beruht nur auf Enteignung. (24)

Die wichtigste Frage ist schließlich, welche Konsequenzen für das Verhältnis von Konstitution und Klassenkampf sich ergeben. Es ist klar, daß hier eine völlig neue Stufe der Isolation und Unterwerfung menschlichen Verhaltens bis in subtilste Regungen hinein als Arbeit geplant wird. Die Berichte aus den Datenkammern des Massachusetts Institute of Technology liegen zwischen Meldungen aus Hochsicherheitstrakts und Raumkapseln. Ich glaube darüberhinaus, daß auf allen Ebenen: bei den Videospiele und deren Ästhetik, bei der maschinellen Produktion des Sichtbaren und bei der Bild- und Raumsimulation grundsätzlich eine Erkenntnisstufe des Menschen außer Kraft gesetzt bzw. verkehrt wird, nämlich jene, die bisher zwischen die äußere, schon bearbeitete Natur und den Prozeß der Bearbeitung trat. Eine Form von Erkenntnis, die ihre Grundlage – dies ist die Wahrheit der idealistischen Philosophie – nicht in der Abbildung der ersten Natur (der Dinge an sich) hat, sondern die selbst einer konstitutiven Leistung des Menschen gegenüber der äußeren Natur entspringt. Eben diese Realitätskonstitution wird nun transponiert. Wenn die Philosophen geglaubt haben, die Welt der Erscheinungen müs-

se sich nach unserem Begriffe drehen, dann lag darin die Berechtigung, daß diese Welt schon das Resultat von Arbeit ist.

Nur deswegen funktioniert unsere Erkenntnis als gesellschaftliche (und nicht mythologische), weil das Erkenntnisobjekt mit dem Subjekt der Erkenntnis über geronnene Arbeit und akkumuliertes Wissen verbunden ist. Dies Wiedererkennen seiner selbst in der sichtbaren Welt gilt solange noch, wie die Welt im Sichtbaren eine menschliche Spur trägt. Was aber geschieht, wenn diese sich verliert, wenn das Sichtbare nur das Resultat einer maschinellen Synthese ist? Wenn die Leistung der Konstitution direkt als Arbeit ausgebeutet wird, indem ihr das konstitutive Schema durch Simulation gegenübertritt?

Ausgehend von diesen Fragen zeichnen sich die Veränderungen des Klassenkampfes ab. Was die Auflösung der Klassenkonstitution, den Eklat der Massenerarbeit, betrifft, so sind die Bezüge zur Informationstechnologie offenkundig. Arbeit wird – und das gilt gerade auch für die hier beschriebenen Formen von Computerarbeit – zunehmend zu einer räumlich/zeitlich und psychisch vollends isolierten Situation, in der keine homogenisierenden oder selbstbestimmt kommunikativen Möglichkeiten mehr zu finden sind. Sodann gehört zum Klassenkampf stets auch ein Moment von Erkenntnis von unten (ich meine das nicht im Sinn des Klassen- oder Parteibewußtseins der Marxisten). Eine Welt, in der das Subjekt sich nicht mehr selbst wiedererkennt, ist nicht mehr veränderbar. Jegliche Erfahrungsmöglichkeiten aber, die überhaupt nur Subjektivität im Klassenkampf begründen können, werden Zug um Zug ausgehöhlt. Ich meine daher, daß sich keine Perspektive für eine neuerliche Entfaltung der Klassenkämpfe in den Metropolen entwickeln läßt, die als Voraussetzung nicht die Zerstörung von Informationstechnologien auf breiter Front mit einschließt.

§ 9 Die Informationstechnologien haben sich in den vergangenen zehn Jahren ziemlich gleichmäßig im Produktionsprozeß einschließlich Tertiärsektor und in der Sozialverwaltung und Sozialkontrolle durchgesetzt. Zum ersten Mal haben wir es mit einer Technologie zu tun, die sofort nicht nur in ihren produktiven, sondern in ihren gesellschaftlichen Aspekten unmittelbar hervortritt. Das läßt vermuten, daß im Bereich der Gesellschaft selbst so etwas wie ein ‚**kybernetisches Bedürfnis**‘, ein Bedürfnis nach Informatisation aufgetreten ist.

In der Entwicklung von den Anfängen der Demographie, wie sie als Polizeiwissenschaft in Reaktion auf die Revolution von 1848 und als statistische Fassung des Malthus’schen „Bevölkerungsgesetzes“ (demzufolge sich die Armen schneller vermehren als die Mittel zu ihrem Lebensunterhalt) aufkommt und sich mit der sozialdarwinistischen Selektionspolitik gegenüber den Unterklassen im Zeitalter der Industrialisierung als Universitätswissenschaft etabliert; bis zur Bevölkerungsstatistik im Nationalsozialismus, die auf die damals fortschrittlichste Datentechnologie: das Hollerith-System (die Grundlage der Büro- und Verwaltungsrationalisierung der 20er Jahre) zurückgreifen konnte und die dem Zweck einer totalen Bevölkerungs- und Gesellschaftsplanung unterstellt wurde; in dieser Entwicklung ist doch nur ein quantitatives Moment auszumachen. Mit der Zerstörung unmittelbarer sozialer Zusammenhänge, mit der zunehmenden Komplexität der Gesellschaft auf der Ebene ihrer formellen Repräsentation bzw. mit der staatlichen Planungsabsicht demgegenüber wächst das Bedürfnis nach Verfügbarkeit von Daten. Das Datensystem selbst bleibt aber gebunden an archivalische Verfahren, es bleibt dementsprechend konservativ. Erst mit der Entstehung der Kybernetik und der integrativen Entwicklung von Computer- und Nachrichtentechnik tritt als neues qualitatives Moment das der Steuerung, der projektiven Planung und Vergesellschaftung hinzu. Die Daten verselbständigen sich gegenüber ihrer Erhebungsgrundlage.

Dieser Einschnitt zeichnet sich nun auf der Wende zu den 70er Jahren, am Beginn der Krise, deutlich ab mit dem Umschlag des archivalisch-bürokratischen Systems der Personal- und Sozialdatenerhebung – der Datenflut im Zusammenhang der Verteilung von Sozialgeldern und indirektem Lohn – in ein System der Aneignung des sozialen Raums und der Prävention. Das ist das Heroldsche System der Sozialkybernetik durch Datenkommunikation. Gleichzeitig findet im Produktionsbereich der Übergang von der noch relativ starren NC-Maschine zur übergreifenden Anwendung von Prozeßrechnern statt, zur Komplexautomation und Einführung der Mikroelektronik, die wiederum eine dezentrale Produktionsweise und Kleinserienproduktion erlaubt. Auf einen Punkt gebracht bedeutet dies, daß im Fortschritt der taylorisierten Massenproduktion und der Komplexität der Gesellschaft auf der Ebene der Verwaltung von Ansprüchen der Klassenantagonismus eine Qualität erreicht hatte, die ihrerseits ein kybernetisches Bedürfnis hervorrufen mußte.

Die Computerisierung und Komplexautomation des Produktionsprozesses ebenso wie der Einsatz von Informationstechnologien im Bereich der Personal- und Sozialkontrolle ist, das habe ich schon angedeutet, nicht zureichend als neue Stufe des Taylorismus zu charakterisieren. Allerdings kommt es auch zu einer Taylorisierung der geistigen und Planungsarbeit. Im Verhältnis zu früheren Stufen der Arbeitsteilung und der Mensch-Maschine-Systeme aber, die wohl auf der Abstraktion von Bedürfnissen und lebendiger Arbeit beruhen, die jedoch ein gesellschaftliches Individuum der Möglichkeit nach setzen (so setzt der Taylorismus die Homogenität der Massenarbeit), bricht dieses selbst in dem Maß auseinander, wie Subjektivität und Gesellschaftlichkeit von der informationellen Gestalt des Kapitals aufgesogen werden. Was gegenwärtig abläuft: der

organisationslogische und informatisierte Zugriff des Kapitals auf den Arbeitsprozeß und die Lohnformen, die Verknüpfung von neuen Lohnsystemen (außerhalb jeder Illusion des Werts der Ware Arbeitskraft) mit Personalinformationssystemen; die Umstellung auf CNC-Maschinen, Industrieroboter und Verfahren der produktiven Dezentralisierung; die Kopplung von CAD/CAM (computergestützte Fertigung) und die Taylorisierung der Planungsabteilungen; die Büro-rationalisierung mittels Textverarbeitungsmaschinen ... das führt, auch wo es sich um einen weiteren Schritt in der Enteignung und Entqualifizierung der Arbeit handelt, über den Taylorismus doch insofern hinaus, als damit die von der Massenarbeit geformte, ‚keynesianische‘ Klasse in der Fabrik und gesellschaftlich aufgelöst und abgeschafft wird. Es gibt hier einen offenkundigen Zusammenhang zwischen der technologischen Einkreisung der Arbeit im Produktionsprozeß (dem Wegfall der Vermittlungsebenen für die Bandgeschwindigkeit, dem Zwang zur direkten Integration des menschlichen Arbeitsvermögens in die prozeßgesteuerte Produktion), der Verbindung von Komplexautomation mit prekärer, ungesicherter Arbeit und ausgelagerten arbeitsintensiven Fertigungsschritten einerseits, einer vollständigen Isolation der Arbeitskraft, die die Antwort auf die Rebellion der Massenarbeiter gegen das Fließband darstellt; und der Segmentation der Arbeitsmärkte, der abgestuften Verunsicherung der sozialen Existenz in der Krise, einer Dekomposition der Klasse auf der Ebene des Sozialen andererseits, woraus die Notwendigkeit für eine umfassende gesellschaftliche Steuerung und Kontrolle, für eine Sozialpolitik auf der Basis von Informationstechnologien entsteht.

Der Übergang von der Datenarchivierung zum Anspruch auf Gesellschaftsplanung ist der Idee und der Praxis nach – letztlich als staatliches Projekt der Klassenkonstitution, der Auslese einer leistungsbereiten Arbeiterklasse – sicher ein nazistisches bzw. keynesianisches Projekt. Dies ist deswegen festzuhalten, damit nicht angesichts des gegenwärtig spektakulären polizeistaatlichen Aspekts der Verdattung von Sozialkontrolle die zugrundeliegenden sozial- und bevölkerungspolitischen Programme aus dem Blick geraten, in deren Kontinuität sich das Regime oftmals gerade da bewegt, wo die reaktionärsten sozialhygienischen Ideologien von einem modernen kybernetisch-sozialwissenschaftlichen Diskurs übertönt und durch die Realisierungsmöglichkeiten, die die Computer bieten, versachlicht werden. Dennoch liegt ein unübersehbarer Sprung in der Möglichkeit der Gesellschaftsplanung durch die Aufbereitung von Daten durch Informationstechnologien: in der approximativen Darstellung und Simulation sozialer Prozesse und in der Möglichkeit des steuernden Eingriffs in sie. Während die keynesianisch-sozialdemokratische Utopie zerfällt, der die Sozialinformationssysteme der BRD bisher weitgehend verpflichtet waren; während die traditionelle Arbeiterklasse auf der Ebene der Fabrik, der Arbeitsmärkte und als gesellschaftliches Subjekt von der kapitalistischen Krisenstrategie ebenso zerschlagen wird wie die sozialdemokratische Angestelltenkultur, wächst zugleich das politische Bedürfnis nach einer neuen Form der Kontrolle gegenüber den zerstreuten Atomen und Segmenten der Gesellschaft, mehr noch, nach einer neuen Sozialpolitik, einer Herstellung sozialer Verhältnisse in Datenform, die die kontrollierte Ausgrenzung gesellschaftlicher Randgruppen mit einschließt.

§ 10 Zur Vorgeschichte des aktuellen Zusammenhangs von Informatisation und negativer Sozial- und Bevölkerungspolitik gehört die Erfassungs- und Registrierungswut, mit der die Endlösung im **Nationalsozialismus** vorbereitet wurde. Darauf wird an anderer Stelle eingegangen. Ich will hier nur einige durchgehende Linien skizzieren.

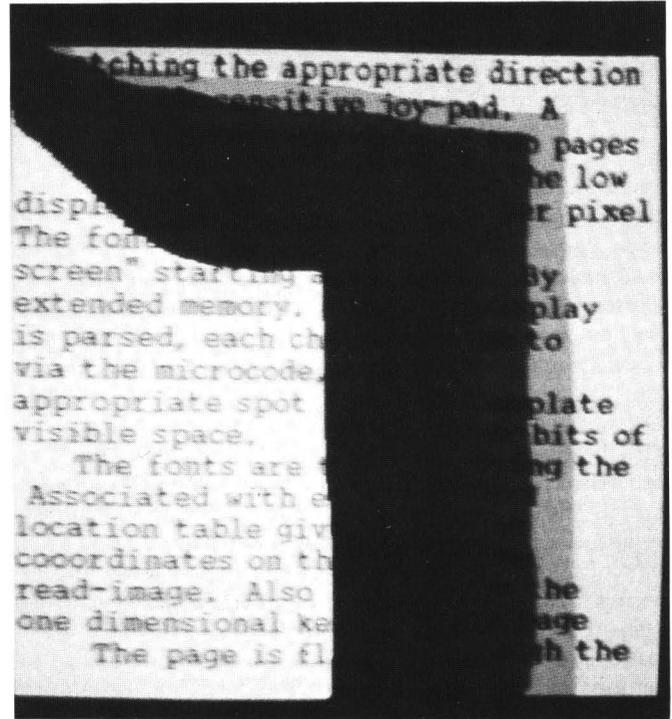
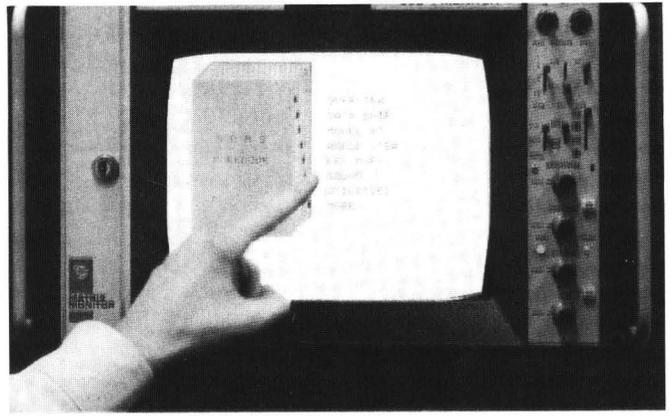
Es ist mehr als eine zeitbedingte Anpassung an die damalige Sprache, wenn der renommierte Präsident der Deutschen Statistischen Gesellschaft, F. Zahn, in den Jahren 1939/40 davon ausgehen kann, daß „die Statistik schon nach ihrem Wesen der nationalsozialistischen Bewegung nahe(steht)“. Zahn weist dementsprechend der **Bevölkerungsstatistik** die Aufgabe zu, eine „erbbiologische Bestandsaufnahme“ zur Durchsetzung einer quantitativen und qualitativen Bevölkerungspolitik zu liefern, deren Ziel „eine Hochwertigenauslese einerseits, eine Ausmerze erbbiologisch unerwünschter Volksteile andererseits“ ist. (25)

Die Nazis hatten sogleich nach der Machtübernahme 1933 eine „Inventur des deutschen Volkes und der deutschen Volkswirtschaft“ (26) durchgeführt. Die eigentlichen Voraussetzungen der Personaldatenerfassung („Menschenerfassung“) im NS wurden dann 1935 nach der arbeitsmarktpolitischen Seite hin zur „planvollen Durchführung des Arbeitseinsatzes“ (27) mit der Einführung des ‚Arbeitsbuchs‘ und der Arbeitsbuchkarteien bei den Arbeitsämtern gelegt; und nach der ordnungspolizeilichen Seite hin mit der ‚Reichsmeldeordnung‘ von 1938, die in ihrer Konsequenz zur Anlage von vollständigen Einwohner-Melderegistern wie zum Aufbau einer nach Geburtsjahrgängen geordneten ‚Volkskartei‘ führte. (28) Mit der Volkskartei schließlich wurden nach 1939 beide bisherigen Erfassungsmethoden totalisiert – die Arbeitsbuchkartei, die die soldatische Erfassung der Massenarbeitslosigkeit aus der Weltwirtschaftskrise besorgt hatte, wurde gewissermaßen auf die Gesellschaft ausgedehnt, zur Erfassung und Mobilisierung des ‚Volksganzen‘ im Kriegsfall. (29) Bis Anfang 1940 standen das Instrumentarium und die statistische Materialgrundlage für eine totale Gesellschaftsplanung zur Verfügung.

Den Fundus dafür bildete die ‚Volks-, Berufs- und Betriebszählung‘ vom 27. Mai 1939. 25 Millionen Haushaltungslisten, auf denen die allgemeinen Angaben erhoben wurden, war eine ‚Ergänzungskarte für Angaben über Abstammung und Vorbildung‘ beigefügt, die „der erstmalig vorgenommenen Ermittlung der Juden und jüdischen Mischlinge“ diente. (30) Zur Aufbereitung des Erhebungsmaterials benutzte das Statistische Reichsamt – nachdem die zu zählenden Merkmale nach einheitlichem Plan von den Statistischen Landesämtern signiert und mit Schlüsselzahlen versehen worden waren – eine in den USA entwickelte Datentechnologie, die über die deutsche IBM-Tochter DEHOMAG gekauft wurde:

„Das Übertragen der Schlüsselzahlen auf die Lochkarten, das Sortieren und Auszählen der Lochkarten sowie das Aufstellen der Tabellen für die Volks- und Berufszählung (...) erfolgt zentral im Statistischen Reichsamt mit Hilfe von Hollerith-Lochkartenmaschinen. Die maschinellen Arbeiten führt die Deutsche Hollerith Maschinen Gesellschaft m.b.H., die durch Werkvertrag verpflichtet worden ist, in eigener Regie, aber sachlich in enger Zusammenarbeit mit dem Statistischen Reichsamt durch. Die Deutsche Hollerith Maschinen Gesellschaft richtet zu diesem Zweck eine Zweigstelle in den Räumen des Statistischen Reichsamts ein. Diese Zusammenarbeit zwischen dem Statistischen Reichsamt, den Statistischen Landesämtern und einem Privatbetrieb ermöglicht es, den Zeitgewinn und die Kostenersparnis der zentralen maschinellen Aufbereitung auszunutzen, ohne daß auf die bei der Prüfung und Signierung so außerordentlich wichtige besondere Landeskunde, über die die Statistischen Landesämter verfügen, verzichtet werden muß.“ (31)

Die ganze Dimension der Volkszählung von 1939 enthüllte sich erst mit Ausbruch des Zweiten Weltkriegs. Der Nazi-Statistiker Zahn hat in einem Aufsatz über „Die Statistik im nationalsozialistischen Großdeutschland“ die Schwerpunkte NS-staatlicher Planung auf massenstatistischer Grundlage offen dargelegt. (32) Die Statistik lieferte ihrem Selbstverständ-



Simulation des Bücherlesens; der Bildschirm ist tastempfindlich.

nis nach die wissenschaftliche Grundlage für die Bevölkerungspolitik der ‚Auslese‘ und ‚Ausmerze‘, für die Erzeugung und Auspressung eines Höchstmaßes von Arbeitsleistungen (durch Gebärzwang und Arbeitseinsatz), deren direktes Gegenstück die Erfassung, Aussonderung und Ermordung sozialer Minderheiten, vor allem der jüdischen Bevölkerung, der ‚Lebensunwerten‘ und ‚Asozialen‘ war. Die Lückenlosigkeit des Systems von Statistik und Planung auf allen Gebieten: des Gesundheitswesens, der Leistungs- und Vernichtungsmedizin, der Betriebsführung und des Arbeitseinsatzes, der Wirtschaft in ihrer keynesianisch-planstaatlichen Dimension (der Kalkulation von Massenkaufkraft und Lohnvolumen, des ‚sozialen Wohnungsbaus‘, des ‚Kraftfahrwesens‘) und der Kriegsplanwirtschaft, endlich auf dem Gebiet einer ‚kontinentaleuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft‘, wie sie von den Nazis für die Nachkriegsphase vorgesehen war, weist die Volkszählung als ein Kernstück der nationalsozialistischen Verstaatlichung der Gesellschaft und der Endlösungs- und Vernichtungspolitik aus.

Die letzten Schritte zur Vervollkommnung der Statistik wurden ab 1942/43 mit dem ‚Maschinellen Berichtswesen‘ und der Vorbereitung der Personaleinzelerfassung und einer einheitlichen Personenkenzziffer gemacht. Sie stießen damals an die Grenze der technischen Möglichkeiten, das Lochkartensystem war zu aufwendig und entsprechende andere Rechen- und Speicherkapazitäten befanden sich erst in der Entwicklung.

§ 11 In der Bewegung gegen die durch BGH-Urteil ausgesetzte **Volkszählung 1983** war viel von allgemeiner Erfassung und Betroffenheit durch den Computerstaat von ‚1984‘, vom Projekt des ‚gläsernen Menschen‘ usw. die Rede. Das hat über die tatsächlichen Risiken einer umfassenden Informatisation des Politischen eher hinweggetäuscht. Daß mit der diesjährigen Volkszählung eine ‚Datenlücke‘ geschlossen und ein qualitativer Vorsprung in der staatlichen Sozialplanung und -kontrolle gesichert werden sollte, läßt sich – dafür ist die Aussetzung ein Beweis – nicht auf die bloße Möglichkeit reduzieren, den bisherigen Datenbestand der BRD, wie er im Sozialinformationssystem, bei den Einwohner-Meldeämtern etc. gespeichert ist, zu aktualisieren, quantitativ zu erweitern und auf einer formal vereinheitlichten, zentralisierten Grundlage computermäßig zu verarbeiten. Die Bedeutung der Volkszählung hätte, darüber ist genug gesagt worden, sicherlich in der Möglichkeit des Melderegister-Abgleichs und der sozialräumlichen Erfassung (33) gelegen. Die Hindernisse, welche der BGH demgegenüber aufgebaut hat, werden das Regime nun zu einer weitaus weniger spektakulären, aber dafür moderneren (34) technologischen Form der Integration längst angesammelter Datenmaterialien nötigen. Auf welchem Weg auch immer, die Informationstechnologie wird als Planungsinstrument des Staats in erster Linie nicht einer undifferenzierten Überwachung, sondern einer weitgehenden sozialpolitischen Ausgrenzung dienen, wie die Bevölkerungsstatistik ein Instrument negativer Bevölkerungspolitik immer gewesen ist.

Der bisherige Datenbestand der BRD ist von seinem sozialen Gehalt her gebunden an die sozialdemokratische Ära des Wirtschaftswachstums, der Vollbeschäftigung und des Wohlfahrtsstaats. Mit ihm sind also jene gesellschaftlichen Verhältnisse erfaßt, die im Bezugsrahmen von Arbeitsleistung und Lohn einschließlich der indirekten sozialstaatlichen Einkommensformen, des Gesundheitswesens und der Rentenversicherung stehen. Der Keynesianismus hatte in Deutschland in seiner nationalsozialistischen wie in seiner sozialdemokratischen Interpretation eine spezifische Verfaßtheit der Gesellschaft produziert, deren Dreh- und Angelpunkt die Absorption der Dynamik der Arbeiterklasse, die Übersetzung von Arbeiterkampf in Rationalisierung und die Verknüpfung von Nachfrage und Lohn gewesen ist. Diese gesellschaftliche Verfaßtheit mochte sich in der Ideologie und im Zwang des ‚Volkskörpers‘ oder in der politisch-gewerkschaftlichen Bindung der Kernarbeiterklasse an die Entwicklungstendenzen des sozialdemokratischen ‚Modells Deutschland‘ ausdrücken, stets entsprach dem eine integrative und normative Kraft auf der Ebene der Gesellschaft, die sich nur in der Alternative einer uniformen Reproduktion der Klasse oder der Vernichtung mißliebiger sozialer Minderheiten äußern konnte. In dieser Hinsicht waren den Datensammlungen bestimmte normative Voraussetzungen unterlegt und wurde vor allem ‚normales‘ Verhalten registriert.

Dies ist an Beispielen rasch zu erläutern. Das Sozialverhalten der Bevölkerung der BRD wurde bis weit in die 70er Jahre hinein hauptsächlich über die Sozialversicherung erfaßt. Der zentrale Zugang führt dabei über die einheitliche Rentenversicherungsnummer. Seit 1973 (aufgrund einer Datenerhebungs- und -übermittlungsverordnung, DEVO/DÜVO) müssen alle Beschäftigungsverhältnisse standardisiert und damit automationsgerecht gemeldet werden. Diese Daten gehen nicht nur an die Krankenkassen und Rentenversicherungsträger, sondern werden außerdem der Bundesanstalt für Arbeit übermittelt. Diese wiederum nimmt das Material zur Grundlage für die Beschäftigungsstatistik. Mitte der 70er Jahre konnte man davon ausgehen, daß auf diesem Weg mindestens 75% aller Erwerbstätigen erfaßt waren. Diese aus der Sozialversicherung stammenden Daten sind aber nicht nur quantitativ beachtlich. Sie sind auch in ihrer Verwendung bis zu einem ge-

wissen Grad flexibel, denn die Beschäftigungsstatistik ist von ihrer Anlage her (Versichertenkonto unter der Versicherungsnummer, alle Meldungen in chronologischer Reihenfolge ...) sowohl eine Personen- als auch eine Fallstatistik.

Dennoch kann dies gesamte System als Instrument zur Erfassung des sozialen Verhaltens nur dann dienen, wenn die sozialen Räume, aus denen die Daten geschöpft werden, stabil strukturiert sind. (Nur wer regelmäßig und mehr als 20 Stunden in der Woche arbeitet, erhält eine Versicherungsnummer usw.) In dem Maß aber, in dem Arbeit sich nicht mehr hauptsächlich in stabilen Beschäftigungsverhältnissen abspielt; in dem Hausarbeit von Frauen nicht mehr zur ausschließlichen Norm ihres Verhaltens dienen kann; in dem offene und verdeckte Jugendarbeitslosigkeit zum Ort unübersichtlicher Sozialprozesse wird; und in dem der sogenannte ‚Bevölkerungsdruck‘ einer assimilationsunwilligen Ausländercommunity sich mit der Massenarbeitslosigkeit in der BRD überkreuzt, in dem Maße erweist sich der herkömmliche Erfassungsmodus als zunehmend ungeeignet, soziale Realität abzubilden.

Daher bedarf der bisherige Datenbestand der Ergänzung und Erweiterung: Die Datenerfassung muß sich auf all jene Verhaltensweisen und Konfliktlagen beziehen, wie sie mit der Krise, Arbeitslosigkeit und mit dem weitgehenden Verlust garantierter Beschäftigung – also der Verunsicherung ganzer Sektoren des Arbeitsmarktes bis hin zur Illegalisierung (z.B. in der Ausländerbeschäftigung) umrissen sind. Das betrifft einen zunehmenden Teil der Bevölkerung – bei weitem jedoch nicht alle gleichmäßig. Was mit Hilfe der über die Volkszählung zu gewinnenden Daten oder auf dem Weg der Abgleichung vorhandener Datensätze eingekreist werden wird und der sozialpolitischen Überwachung unterstellt werden soll, das ist der irreguläre Teil. Es geht darum, einen neuen Bereich von Asozialität und Illegalität zu definieren, der die halblegalen und illegalen Randzonen des Arbeitsmarktes und der Ausländerbeschäftigung, die Schwarzarbeit ohne Steuerkarte, den Status ohne festes sozialversicherungspflichtiges Einkommen, ohne gemeldeten Wohnsitz und die Zonen alltäglicher Delinquenz ebenso umfaßt, wie das ‚böse Drittel‘ der Patienten, die die Krankenversicherung belasten. Kurz, es werden Bevölkerungssegmente bezeichnet und ausgesondert, vor allem ‚überflüssige Bevölkerung‘ und Ausländer, die bislang aufgrund der Unschärfe und Begrenzung des Datenzugriffs dem staatlichen Verfügungsanspruch entzogen blieben.

Die Informationstechnologie hat ihrerseits inzwischen das Niveau erreicht, das dem nachkommt. Setzte der alte Typus von Sozialdaten noch ein interpretationsfähiges Sozialverhalten als Vorlage unmittelbar voraus, so erlauben es jene Methoden, die zum ersten Mal mit der Rasterfahndung der 70er Jahre praktisch erprobt worden sind, von sich aus eine Sphäre der Normalität zu konstituieren, in der das nichtentsprechende Verhalten sich verfängt. Verdächtig macht, was das Normale überschreitet und aus dem Raster vorgegebener Daten ausgefällt wird – aber die Norm selbst ist eine von der Informationstechnologie gesetzte.

An dieser Stelle wird das Prinzip der nazistischen und keynesianischen Datenplanung überschritten und potenziert: Der gegenwärtige Hunger nach Daten stellt die Reaktion auf den Zerfall der bisherigen, ‚keynesianischen‘ Klassenzusammensetzung in der Krise dar. Informatisation ist die Antwort auf soziale Verunsicherung (Prekarität, Mobilisierung der Arbeit, Arbeitslosigkeit) und zugleich das Mittel der Aussonderung selbst, die Technologie einer neuen Sozialpolitik der Verarmung und des künftigen sozialen Kriegs nach unten. Sie läßt – im Gegensatz zum Keynesianismus – eine fortschreitende Differenzierung und Auflösung des Klassenverhaltens zu und fängt es in einer ersatzweisen, informationellen Form von Vergesellschaftung wieder auf.



Französischer Experimentalfilm „Au delà de minuit“ aus dem Computer „Psyché-Anim 2“

§ 12 Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen **Krise**, der **Massenarbeitslosigkeit** und der **Armut**, ergänzen sich neue Sozialpolitik und Datenzugriff wechselseitig. Ich möchte zum Schluß noch einmal auf die Beschreibung der Krise in den Metropolen zurückkommen, die wir in dieser Zeitschrift vorgelegt haben. Daran erscheinen mir inzwischen einige Punkte ergänzungs- und korrekturbedürftig.

Zum ersten sind das Projekt des gespaltenen, segmentierten Arbeitsmarkts und die Verunsicherung der Beschäftigungsverhältnisse – das, was wir „prekäre Arbeit“ genannt haben, die Jobberei und die neuen Arbeitszeitformen – jedenfalls in der BRD bislang nicht zum entscheidenden Merkmal und Hebel des Kapitalangriffs geworden. Dementsprechend ist auch die Massenarbeitslosigkeit gegenwärtig weniger ein Instrument zur sogenannten Flexibilisierung auf dem Arbeitsmarkt. Stattdessen läßt sich eine zunehmende Tendenz zur Verfestigung der Dauerarbeitslosigkeit bei Abnahme des gesellschaftlichen Arbeitsvolumens feststellen. Die Kontraktion des Kapitals in den Metropolen, aus dem Innern der Gesellschaft heraus, ist offenbar nicht verknüpft mit einer kaskadenartigen Segmentierung der Arbeitsmärkte und Arbeitsverhältnisse. Sie beruht vielmehr selbst auf der dauerhaften Arbeitslosigkeit. Was uns seit dem Bonner Regierungswechsel als Aufschwung vorgeführt wird: ein Aufschwung in Verbindung mit rigider Massenarbeitslosigkeit – das ist die eigentliche Durchsetzungsform der gegenwärtigen Krise.

Dies hat nun zweitens zur Folge, daß sich eine neue Klassenzusammensetzung, in der der Kapitalgebrauch der Mobilität der Arbeitskraft und eine neue soziale Subjektivität von unten sich vermischen würden, viel weniger abzeichnet, als wir es gehofft hatten. Die vorausgesagte Tendenz zur nachindustriellen Massenarmut auch in den imperialistischen Metropolen wird weniger in der Erscheinungsform der prekären Arbeit und Jobberei zu fassen sein. Länger als angenommen werden offensichtlich traditionelle Konflikte und Widerstandslinien, die sich aus der Auflösung der alten Kernarbeiterklasse

und der Angestelltenkultur, aus deren weitgehender Entgarantierung und Ent-Tariflichung ergeben, das Bild der sozialen Auseinandersetzungen in der BRD bestimmen.

In den Prognosen für die Zunahme der Massenarbeitslosigkeit (zwischen 4 und 6 Millionen im Jahr 1990) tauchen zumeist – da im Bereich der Krisenindustrien Stahl und Automobilbau von festen Entlassungsquoten ausgegangen werden kann – zwei Variablen auf: die Rationalisierung in den Angestelltenberufen, in Büro und Einzelhandel, durch Mikroelektronik und Informatisation (35); und eine sogenannte „demographische Herausforderung“ für die 80er Jahre, das Bevölkerungswachstum also – wobei die Argumentation offen auf die zweite Generation von Ausländern und den „Zuwanderungsdruck“ abzielt. (36) Damit wird die Konfliktlinie vorprogrammiert und derzeit in der Bonner Ausländerpolitik festgeschrieben, die zum weiteren Merkmal künftiger Klassenauseinandersetzungen werden kann. Arbeiter und Angestellte, also jene gesellschaftlichen Schichten der BRD, die das alte sozialdemokratische Regime getragen haben, werden im Maß der Verunsicherung ihrer eigenen sozialen und kulturellen Existenz auf die „Ausländerfrage“ verwiesen werden, die zum entscheidenden Hebel der Paralyse der Krisenfronten in den kommenden Jahren zu werden droht.

Die Armut wird wie gesagt nicht notwendigerweise an neue Formen prekärer Arbeit gebunden. Ebenso sehr wird sie der Endpunkt eines Prozesses der sozialen Selektion sein, der mit den modernsten Formen der Datentechnologie vorangetrieben wird. In der BRD hat inzwischen die Schaffung einer neuen Armutsbevölkerung und Asozialität eingesetzt, deren Kontrolle nicht mehr im traditionellen Ghetto, sondern über Verdattung und Vereinzelung erfolgt. Die Sozialpolitik, die das Regime heute anplant, wird sich mehr und mehr einer informatisierten Aussonderungstechnik und Regulation der Armut zu bedienen wissen, die diese weithin unsichtbar und diffus hält.

Dies gilt für die Bereiche der Kranken- und Rentenversicherung und der Sozialhilfe. Weit folgenreicher noch dürften die nächsten Schritte der Verdattung der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik sein. Neben der unmittelbaren Bedeutung der elektronischen Datenverarbeitung und -übertragung für die Umstrukturierung der Arbeitsmärkte (Teilzeitarbeit, Telearbeit), in deren Gefolge es eher zu einer Erosion des staatlichen Arbeitsvermittlungsmonopols kommen könnte, zeichnet sich hier eine neue Staatsfunktion bei der Bereitstellung von Arbeitskraft ab. In mehreren Bundesländern sind bereits Systeme der computergestützten Arbeitsvermittlung in der Erprobung. (37) Eine zunehmend rigider werdende, strukturelle Massenarbeitslosigkeit, die nicht mehr als Instrument zur Flexibilisierung von Arbeitskraft funktioniert, ruft die staatliche Verwaltung auf den Plan. Durch landes- oder bundesweite Informatisation wird die Beschäftigungspolitik mit ihren ‚Zumutbarkeitsregelungen‘ zu einem Instrument der Zuweisung von Zwangsarbeit neuen Typs, von Lohnarbeitsverhältnissen unter der Aufsicht des Staats.

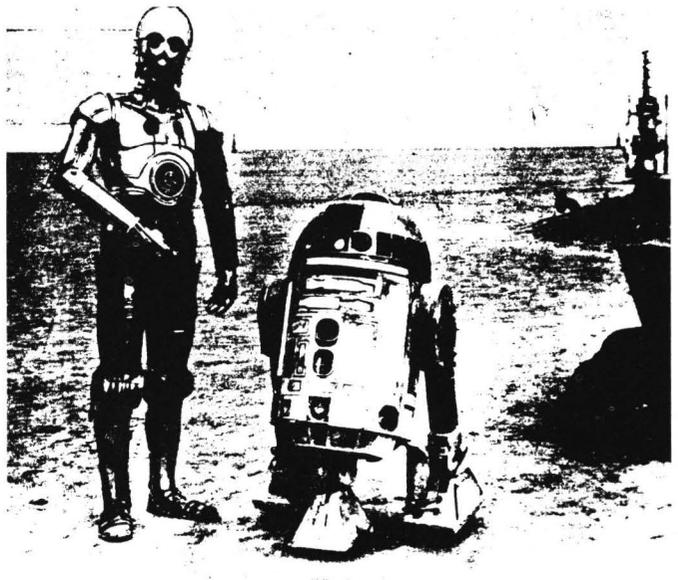
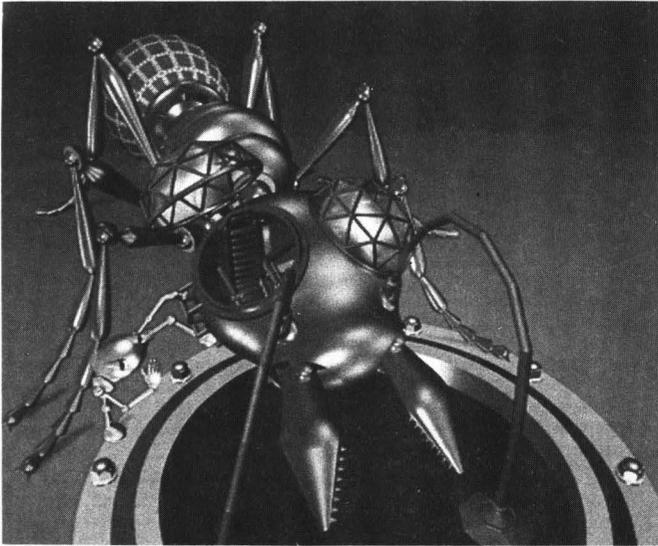
Vergegenwärtigt man sich die Auswirkungen der seit den 70er Jahren anhaltenden Krise auf die Arbeitsmärkte und die Klassenzusammensetzung, so ist der Funktionszuwachs des Staats in der Vermittlung gesellschaftlicher Verhältnisse, bei der Durchsetzung eines nach-keynesianischen Bezugs von Arbeit und Kapital unübersehbar. Sowohl das Krisenmanagement in den ehemaligen Wachstumsindustrien als auch die Zersplitterung der traditionellen Arbeiterklasse und der Arbeitsmärkte in qualitativ verschiedene Abschnitte von garantierter und ungarantierter Beschäftigung und nicht zuletzt die Massenarbeitslosigkeit und Armut als Verwaltungsaufgabe haben eine Vermittlungsform des Politischen außerhalb der Ökonomie des Kapitals im engeren Sinn notwendig gemacht. Mit dem Bedeutungsverlust der Arbeit als konstitutives Moment der Vergesellschaftung ist das Bedürfnis nach einem nichtökonomischen Planungs- und Steuerungsinstrument in den Händen des Staates gewachsen. Die Aufrüstung des Staatsapparats mit Informationstechnologien nicht nur in den Bereichen der Polizei und des Staatsschutzes, sondern ebenso sehr der Sozial-, Beschäftigungs- und Bevölkerungspolitik zeigen diesen grundsätzlichen Funktionswandel an; mehr noch, die Informatisation ist das Instrument einer neuen Vergesellschaftungsform von oben, einer neuen Stufe der realen Subsumtion der Gesellschaft selbst.

Der Staat übernimmt zum einen direkt die Funktion der Bereitstellung von Arbeit, sei es in Gestalt der Verbindung von Sozialhilfe und Zwangsarbeit, also der Anbindung der untersten Segmente des Arbeitsmarkts und der Armutsbevölkerung an die Ausbeutungskette, sei es in Form der informatisierten Verwaltung der Massenarbeitslosigkeit. Alles deutet darauf hin, daß der Arbeitslosigkeit der 80er Jahre mit staatlichen zwangsweisen Beschäftigungsprogrammen begegnet werden soll. Andererseits – und das ist der Schlüsselpunkt des Klassenkampfes – schafft sich das Regime durch Informatisation eine Technologie zur präventiven Zerschlagung sozialer Prozesse von unten. Nur in diesem Sinn nämlich kann von einem Ersatz der Vergesellschaftung durch Verdattung gesprochen werden: Die Informationstechnologie ist kein seismographisches Gerät zur Registrierung und Darstellung der laufenden sozialen Prozesse in ihrer Reichhaltigkeit. Wohl aber ermöglicht sie deren aktive Gestaltung und Zerstörung, eine Atomisierung der Gesellschaft im Datenangriff, eine Verlagerung gesellschaftlicher Zusammenhänge auf die Ebene der Datenübertragung und -kommunikation und eine Simulation und Produktion sozialer Realität dadurch, daß das gesellschaftliche Ganze nur als Vermittlungsform der Macht in den Computern sich darstellt.

§ 13 Daß das Kapital seinen Totengräber selbst formiert und bildet, ist ein Glaubenssatz des Marxismus-Leninismus, der zur Ineinssetzung von kapitalistischem Fortschritt, Fabrikdisziplin und Organisationsfrage geführt hat und der von der ganzen Sozialgeschichte in doppelter Weise widerlegt wird. Der Kapitalismus, seit 150 Jahren in Europa überfällig, beruht auf dem Prinzip der Zerstörung, gerade wo er als periodisch geschlossene Gesellschaftsformation auftritt, und jeder soziale Widerstand hat noch seine Wurzeln außerhalb des unmittelbaren Kapitalverhältnisses gehabt. Ausbeutung und proletarische Existenz ist niemals nur eine direkte Subsumtion unter die Doppelheit von notwendiger und Mehrarbeit gewesen, sondern der Name für Ungerechtigkeit und die Opfer des historischen Prozesses. Was bedeutet das für die gegenwärtige Perspektive des Klassenkampfes?

Das Kapital produziert überall nicht mehr die tayloristische Angleichung und Uniformität, sondern eine qualitative Segmentierung und Ungleichzeitigkeit im gesellschaftlichen Zusammenhang. Die Informationstechnologien bringen gleichzeitig die staatliche Sozialpolitik auf einen entsprechenden Stand. Sie ziehen soziale Potenzen aus der Gesellschaft ab und bauen eine Komplexität auf, von der aus die Lage jedes einzelnen als Besonderung erscheint. Wie soll da ein wirksamer Widerstand zusammenkommen? Mit der informationellen Vergesellschaftungsform stehen wir vor etwas noch nicht Faßbarem in der Klassenzusammensetzung und Gestalt der sozialen Subjektivität. Anders gesagt: so sehr das Terrain des Klassenkampfes im Wandel der Staatsfunktion, im Risiko der Informatisation und Bevölkerungsauslese, der Zerstörung selbstbestimmter sozialer Prozesse sich abzeichnet, so klar ist eben auch, daß es eines externen und moralischen Bezugspunktes, einer Gewißheit im Klassenkampf bedarf, die sich ohne jede Dialektik destruktiv gegenüber dieser Technologie verhalten kann.

Die naheliegende Frage, was die Menschen gegenüber den Maschinen rebellisch macht und welche Formen von Sabotage es gibt, die nicht auf diejenigen zurückfällt, von denen sie ausgeht, scheint eine interne Widerstandslinie gegen Informationstechnologien zu favorisieren. Aber die Diskussionen um eine Verwissenschaftlichung der Sabotage, auch wo sie von der Entqualifikation der Techniker-Planer-Mittelschichten ausgehen und jedem Korporatismus der technisch-wissenschaftlichen Intelligenz angesichts der Maschinisierung der geistigen Arbeit illusionslos gegenüberstehen, bleiben verkürzt, solange sie sich nicht auf ein soziales Terrain und Kraftfeld von unten beziehen lassen. Eine Computer-Guerilla, die im Angriff auf strategische Funktionen zwischen Staat und Gesellschaft den Einsatz von Panzern gegen die beunruhigten Unterklassen provozieren würde, wäre äußerst schädlich. (38) Wissenschaftliche Sabotage kann nur heißen, den leeren Raum zwischen dem genuine Unterklassenwiderstand und der technologisch verschlüsselten Sozialplanung des Regimes zu besetzen, damit dieser Widerstand selbst erst hervortritt. Das verlangt, einen verantwortlichen Bezug zu den vom Imperialismus in den Metropolen am meisten Ausgebeuteten herzustellen, sich auf ein soziales Subjekt zu verlassen, das durch Zerstörung gekennzeichnet und nur als moralische Größe faßbar ist.



Zeichentrickfilme wie „Tron“, „The works“ (Bild links) u.a. verwenden synthetische Bilder; rechts: „Krieg der Sterne“.

Anmerkungen:

- 1 z.B. in der Propaganda der Sterilisation, im Vorschlag einer feministischen Anwendung der Gen-Technologie; in der Einbindung von sozialer Dezentralität und ‚neuen Medien‘.
- 2 Vor diesem Hintergrund gehe ich nicht auf jene flach marxistische Ansicht ein, daß der technologische Fortschritt ein blindes Resultat des Konkurrenzkampfs der Kapitalisten untereinander um Profite sei.
- 3 Die Alternative: Leben als Sabotage. Zur Krise der technologischen Gewalt. Tübingen 1981.
- 4 Es steckt eine Doppelheit in der Entwicklung der mechanischen Maschine, neuzeitliche Naturwissenschaft und Empirie des Handwerks: einmal, was Hegel ihr als List andichtet, die Entdimensionierung des Werkzeugs, das zwischen Mensch und Natur geschoben wird, bis zur „Selbsttätigkeit“, indem die Tätigkeit der Natur zweck- und gesetzmäßig angewendet wird; aber zum anderen entwickelt sich die Maschine im wesentlichen aus der Analyse des lebendigen Arbeitsprozesses selbst, den sie nicht substituiert, sondern dessen Beherrschung durch den Arbeiter sie ersetzt.
- 5 Vgl. K. Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin (DDR) 1953, S. 591 f., 584-87, 210; Zur Kritik der politischen Ökonomie (Manuskript 1861-1863), MEGA II/3.1, Berlin 1976, S. 51, 54, 57; Das Kapital, Bd. 1, MEW 23, Berlin 1962, S. 451 ff., 459. – Die analytische Unterscheidung von Arbeitsprozeß (in dem das Material und Instrument der Arbeit als bloße Dinge behandelt werden) und Verwertungsprozeß (dem kapitalistischen Produktionsverhältnis als historisch bestimmter Form) wird auch von Marx in dem Moment nicht mehr aufrechterhalten, wo mit der realen Subsumtion zugleich auch die stofflich-technischen Bedingungen des Arbeitsprozesses kapitalisiert werden.
- 6 In der Informationstheorie bedeutet „Vielfalt“, „Menge von Möglichkeiten“ niemals Reichtum, sondern Unidentifizierbarkeit. Es widerspricht daher nicht dem Prinzip der Reduktion, daß zu Identifikationszwecken ihrerseits Vielfalt erforderlich ist: „nur Vielfalt kann Vielfalt zerstören“ (Ashby).
- 7 Es genügt, hierfür Beispiele aus dem Bankwesen oder der Sozialversicherung zu nehmen.
- 8 Den Informationsbegriff kommunikationstheoretisch zu definieren (als „quantifizierte Kommunikation“), scheint mir zu kurz gegriffen. Nur deswegen halte ich mich ans marxistische Vokabular.
- 9 Trotz der imperialistischen Verkettung von – im übrigen hochgradig informatisierten – Schuldenmechanismen, Ausbeutung der drei Kontinente und geostrategischer Rüstungs- und Vernichtungspolitik bleibt allerdings unübersehbar, daß das Kapital in transnationalen Zusammenhängen stets auch wieder den Mehrwert rekonstruiert.
- 10 Ein Grundproblem sozialwissenschaftlicher Modellbildung, das sich bei der Eingabe in Computer verschärft stellt.
- 11 K. Lenk, Gesamtgesellschaftliche Implikationen der technischen Kommunikation, in: H.R. Hansen (Hg.), Mensch und Computer, München/Wien 1979, S. 94, 92 f. (Unterstreichungen hier und im folgenden von mir)
- 12 J. Reese, Auswirkungen des Computereinsatzes auf das politische System, ebd. S. 106f.; Reese geht freilich noch von einer Kontinuität keynesianisch bestimmter Sozialpolitik aus, nicht von der staatlich durchgesetzten Massenverarmung, die seinen Befund erst virulent macht.

- 13 Das Kapital, Bd. 2, MEW 24, Berlin (DDR) 1962, S. 431, 436; vgl. Zur Kritik der politischen Ökonomie (Manuskript 1861-1863), MEGA II/3.1, Berlin 1976, S. 51, 54, 57 und passim. Der negative Aspekt wird bei Marx aufgehoben in der Idee, wonach die Gegenständlichkeit des konstanten Kapitals selbst als Ersatz von Arbeitszeit und damit als Voraussetzung des Kommunismus dienen kann.
- 14 Das ästhetische Interesse am industriellen Kulturgut (Eisenbahnen, Bahnhöfe, Schachanlagen und Arbeitersiedlungen) entspringt geradezu dem Rückzug des Kapitals.
- 15 Ich denke z.B. an die überproportionale Zunahme der soft-ware; wenn die Kriminalistik, die den betrügerischen Umgang damit dingfest machen soll, hier nicht nachkommt, so liegt das daran, daß sich die Informationstechnologie dem herkömmlichen Sachen- und Eigentumsrecht insgesamt entzieht.
- 16 R.A. Bolt, Les images interactives, in: La Recherche No. 144, Mai 1983 (Sonderheft ‚La révolution des images‘), S. 678-86. Der Autor ist Mitarbeiter der ‚Architecture Machine Group‘ des MIT Cambridge/USA, die das ‚Spatial Data Management System‘ entwickelt hat (s. Anm. 17).
- 17 Vgl. J.F. Lacan, Les images de synthèse, in: Le Monde Dimanche 19.9.1982. Ohne vom Sessel aufzustehen, soll der Gefangene im ‚Dataland‘ des Mr. Bolt (s. Anm. 16) gewissermaßen am eigenen Körper eine Reise durch das auf Großbildwände projizierte Datenuniversum vollstrecken. Fingerzeige, Stirmfrequenzen und infrarotüberwachte Augenreflexe sind die Instrumente zum ‚Dialog‘ mit den Bildern dieses künstlichen Paradieses: „Der Zugang zu den Daten geschieht wie in der wirklichen Welt“, schreibt Bolt a.a.O., „man liest ein Buch, d.h. man blättert die Seiten, man benutzt einen Taschenrechner, das bedeutet, man drückt die Tasten ... Die Bilder sind in diesem Sinn ‚interaktiv‘, daß sie wissen, wenn Du sprichst, wenn Du sie betrachtest und auf sie zeigst. ... Kurz, das SDMS mit seinen bebilderten Daten bietet eine Alternative zum herkömmlichen Datenzugang auf der Basis von Symbolen.“
- 18 Vgl. R. Clavaud, L’écran qui dessine, in: Le Monde Dimanche 27.3.1983; ferner FAZ 9.2.1983 über CAD und „interaktive Bilder“.
- 19 J.F. Lacan, a.a.O.; vgl. Ph. Quéau, Un univers nouveau d’images jamais vues, in: L’informatique aujourd’hui (Le Monde, Dossiers et documents), Sept. 1982, S. 87-91. Lacan hebt in dem erwähnten Aufsatz „Les images de synthèse“ hervor, daß es sich bei der Bildsynthese nicht mehr um eine Vorstellung (représentation) der Realität handelt: „Das numerisch gesteuerte Bild führt also zu einem radikalen Bruch in der Vorstellungswelt, weil man ein einmal gespeichertes Bild in seinen geringsten Details verändern oder ein Bild ohne Aufnahme von etwas Sichtbarem produzieren kann.“
- 20 J.F. Lacan, Les images de synthèse, in: Le Monde Dimanche 19.9.1982 (Unterstreichungen von mir).
- 21 Ein Telefon auf den Bildschirm zu projizieren, ist so einfältig, wie uns heute der Versuch dünkt, ein Flugzeug durch Nachahmung des Vogelflugs zu konstruieren.
- 22 J.F. Lacan, Les créateurs et la machine, in: Le Monde 3.2.1983; Ph. Quéau, Un univers nouveau d’images jamais vues, in: L’informatique aujourd’hui (Le Monde, Dossiers et documents), Sept. 1982, S. 87.
- 23 In welcher Weise die Zeitwahrnehmung ebenfalls durch Informationstechnologien (z.B. durch Erreichung der Echtzeit auf dem Computer) revolutioniert wird, kann ich hier nicht untersuchen.
- 24 Das gilt insoweit, wie die Informationstechnologien den Taylorismus beerben; s. FR vom 12.7.1983 in einem Bericht über die Computerisierung der Arbeitsplätze des mittleren Managements: „Büroautomatisierung bedeutet, daß Arbeitsabläufe in das elektronische

System ‚abgebildet‘ werden; nicht nur Wissen und Erfahrungen von Sekretärinnen, Sachbearbeitern und Konstrukteuren, sondern auch ihr funktionales Verhältnis zueinander wird auf die Maschinen übertragen. ... Durch die Verlagerung von immer komplexeren Routinetätigkeiten in die ‚intelligenten‘ Maschinen ist eine Verdichtung in der Wahrnehmung, Einschätzung und Einordnung von Sachverhalten und Entscheidungen die Folge.“

25 Allg. Stat. Arch. Bd. 29, S. 370. Bd. 27, S. 181.

26 Ebd. Bd. 23, S. 146.

27 Ebd. Bd. 27, S. 264 f.

28 Der von Liebermann/Käab 1942 verfaßte Kommentar zur Reichsmeldeordnung ist in jeder Hinsicht eindeutig: „Das Melderecht muß in erster Linie auf die städtischen Verhältnisse zugeschnitten sein, besonders auf großstädtische Verhältnisse, weil gerade in den großen Städten solche Personen Unterschlupf zu suchen pflegen, die sich aus irgendeinem Grunde ihrer behördlichen Registrierung und Kontrolle, also der Meldepflicht, entziehen wollen. (...) Spannt man ein Netz – und das Meldewesen gleicht einem Netz, weil es der Erfassung der Bevölkerung nach mancherlei Richtungen hin dient –, so darf dieses Netz an keiner Stelle Lücken aufweisen. Es darf das umso weniger, weil das Meldewesen nicht nur ein Erfassungsmittel ist (...), sondern weil es zugleich eine unentbehrliche Grundlage für die Tätigkeit zahlreicher Behörden bildet, die im Reichsmaßstab arbeiten und planen und daher auf das im ganzen Reich, in Stadt und Land anfallende Meldematerial angewiesen sind. (...) Erwägungen sicherheitspolizeilicher Natur treten in der Reichsmeldeordnung überhaupt stärker hervor als in dem bisherigen Melderecht der Länder. An sich war das Meldewesen schon immer eines der wichtigsten Hilfsmittel der Sicherheitspolizei. Das Fahndungswesen der Strafverfolgungsbehörden gründet sich überwiegend auf das Meldewesen.“ Die Reichsmeldeordnung, München-Berlin 1942, S. 6, 12.

29 „Die Menschenverteilung ist das wichtigste und schwierigste, am weitesten rückständige Problem. Wegen des großen Mangels an Arbeitskräften muß eine Methode angewendet werden, die nicht mehr aus dem vollen schöpft, sondern vereinfacht gesagt, an Menschen spart. Der Mensch ist ein unersetzlicher Sparstoff. (...) Das Ziel für die Menschenverteilung ist die Vorbereitung des Einsatzes aller deutschen Menschen, einschließlich der Frauen, zwischen

dem 14. und dem 70. Lebensjahre. (...) In das Aufgabengebiet des Generalbevollmächtigten für die Reichsverwaltung fallen: ... (d) Die Erfassung der Gesamtbevölkerung durch die Schaffung der Volkskartei unter Ausnutzung der bereits 22,5 – bald 33,0 – Millionen Menschen umfassenden Arbeitsbuchkartei.“ Bericht über die 15. Sitzung des Reichsverteidigungsausschusses am 15.12.1938; zit. nach Mason, Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, Opladen 1975, Dok. 153.

30 R. Plate in: Allg. Stat. Arch. Bd. 28, S. 424; vgl. S. 428f.: „Die Bedeutung der Judenfrage, die in den letzten Jahren ihrer Lösung entgegengeführt wurde, erfordert auch eine eingehende Behandlung des Judentums im Rahmen der neuen Volkszählung.“ Vgl. auch Allg. Stat. Arch. Bd. 27, S. 462 ff. und Bd. 29, S. 165 ff.

31 Plate, a.a.O., S. 436.

32 Allg. Stat. Arch. Bd. 29, S. 369 ff.; vgl. Bd. 30, S. 338 ff.

33 Tatsächlich sind hier schon frühzeitig die eigentlichen Defizite in der Verdattung gesehen worden, z.B. von Schwindt im „Kriminalitätsatlas Bochum“ (Empirische Kriminalgeographie, Wiesbaden 1978); Herold hat damals die Scheinkontroverse um die Ergänzung der Kriminalgeographie durch sozialpsychologische Erkenntnisse dadurch beigelegt, daß er die Raumgegenständlichkeit selbst schon als geronnenes Resultat von Soziologie und Psychologie dechiffriert hat (in: Kriminalistik 1977, S. 291).

34 Der Leiter des Statistischen Amtes Köln, Güllner, war offen genug, die Volkszählung von vornherein unter diesen Gesichtspunkt zu kritisieren. Er hat die Punkte der Vereinbarkeit von modernen sozialwissenschaftlichen Erhebungsverfahren mit der Akzeptanzschwelle des Bürgers aufgezeigt, denen nachzugehen der BGH dem Staat abverlangt. Die Zeit 18.3.1983.

35 Bis Mitte der 80er Jahre wird mit einer Freisetzung zwischen 15 und 20% der Beschäftigten gerechnet, das würde allein in Hamburg ca. 60-80.000 Angestellte betreffen.

36 Vorreiter in dieser offiziellen Argumentation ist die Bundesanstalt für Arbeit, dort die Herren Mertens und Klauder; s. Die Welt 1.4.1982; FAZ 28.10.82; Spiegel Nr. 49/1982.

37 So in Hessen das System coArb; s. FAZ 6.4.1983.

38 Der Gedanke stammt aus dem SF-Roman „Y minus“ von Herbert W. Franke.



Sozialpolitischer Datenangriff

Die Fortsetzung des NS-Projekts und die Datenutopien des Planstaats

Das Projekt des Nationalsozialismus der Totalerfassung der Gesellschaft über eine „Volkskartei“, das dann ab 1943/44 in Form der zentralen Personalkartei auf Lochkartenbasis angegangen wurde, wird im westdeutschen Staat zur Zeit der großen Koalition wieder aufgegriffen – in den Vorschlägen eines Ausschusses des Innenministeriums zur Einführung eines Personenkennzeichens (PKZ). Die Planung eines PKZ und der entsprechenden Meldeauflagen steht im immanenten Zusammenhang zur Notstandsgesetzgebung, die angesichts einer neuen Virulenz des Klassenantagonismus die Möglichkeiten der Militarisierung der Arbeit über Dienstverpflichtung und Zwangsarbeit, die direkte staatliche Verfügung über jede Person in rechtlicher Form fixiert. Das Arbeitssicherstellungsgesetz, das im Zusammenhang mit der Notstandsverfassung eingeführt wird, knüpft an den vorhandenen Instrumenten zur Erfassung und Verteilung von Arbeitskraft an, indem es die Arbeitsämter als Verpflichtungsbehörden vorsieht. Die anvisierten Maßnahmen in „Krisenzeiten“ verlangen aber einen direkteren und lückenloseren Zugriff des Staates auf die gesamte Bevölkerung, eine moderne „Volkskartei“.

Der erste Entwurf zu einem solchen Instrumentarium wird 1971 vom Innenminister Maihofer mit der Novelle zum Bundesmeldegesetz vorgelegt (BT, 6/2654). Im Mittelpunkt steht die Einführung des PKZ und die darüber herstellbare Gesamtintegration der Datenbestände der Verwaltungen. In diesem Entwurf und seiner Begründung entwickelt der Planstaat – noch völlig ungetrübt von historischen und datenschutzrechtlichen Bedenken – seine soziale Utopie von der „Endstufe“ seiner Daten- und Kontrollansprüche. In der Begründung wird zunächst an dem bahnbrechenden Funktionswandel des Meldewesens angeknüpft, den der NS-Staat eingeleitet hat:

„Aber bereits im Zweiten Runderlaß des Reichs- und Preußischen Ministers des Inneren vom 10. April 1938 (RMBLiV. S. 689) wurde deutlich, daß das Meldewesen noch eine andere Funktion hat (außer „Hilfsmittel der Sicherheitspolizei“ zu sein, Anm. d.V.), nämlich Informationen über die Einwohner auch anderen Behörden für deren gesetzlichen Aufgaben zur Verfügung zu stellen.“

Entscheidendes Medium der Fortführung dieses Funktionswandels ist die bereits im Gange befindliche Automatisierung der verschiedensten Verwaltungsbereiche und deren Integration über ein einheitliches PKZ, das seiner Formalisierungsstruktur nach an schon vorhandenen Ordnungsmerkmalen anknüpft.

„Außerdem wurden Ordnungsnummern für bestimmte Verwaltungsbereiche, z.B. in der Bundeswehr, in der Sozialversicherung oder für das Ausländerzentralregister vergeben. Viele dieser Nummerungssysteme verwenden das Geburtsdatum als informativen, leicht merkbaren Bestandteil. Der Entwurf übernimmt diese Gestaltung in den ersten sechs Stellen des Personenkennzeichens.“

In der Endstufe sollen die Meldebehörden als Träger des PKZ (Volknummerung) die integrierenden Stellen eines Datenverbundes sein.

„In der Endstufe einer übersehbaren Entwicklung könnten horizontal (ressortübergreifend) und vertikal (alle Verwaltungsebenen erfassend) integrierte Einwohnerinformationssysteme entstehen, die mit den modernsten Mitteln der Automation arbeiten und in denen den Meldebehörden die zentrale Bedeutung zukommt. Die dabei auftretenden technischen Probleme sind heute lösbar.“

Damals war bereits ein Katalog von über 200 Daten erarbeitet, die pro Person abgespeichert werden sollten. Durch die Entwicklung der Technik verteilter Datenbanken wurde diese Vorstellung einer zentralisierten Speicherung von Personendaten aber schon technisch obsolet.

Bis Anfang der 70er Jahre wurden auf den verschiedenen Ebenen **Entwürfe** von umfassenden und einheitlichen Computer-Informationssystemen entwickelt, die zwar die Tendenz technologischer Sozialkontrolle als Vision zutreffend charakterisieren, aber an dem Stand der Rechnerentwicklung und vor allem den „Implementierungsproblemen“, den Problemen der automationsgerechten Anpassung der Verwaltungsstrukturen, der traditionellen Arbeitsformen und vor allem auch der Menschen selbst (Akzeptanz) vorbeigehen. Zu diesen Visionen gehören außer dem Einwohnerinformationssystem die Management-Informationssysteme, die eine gleichzeitige und von vornherein integrierte Umstellung aller Bereiche der Unternehmensverwaltung und -führung auf automatisierte Verfahren anstreben. Das Konzept der MIS wird bald zugunsten der Verdatung und Computersteuerung einzelner Unternehmensbereiche (Lagerhaltung, Personalwesen etc.) aufgegeben, wobei aber die Integration dieser Einzeldateien Zielpunkt bleibt. Ebenso visionär bleibt das Modell eines „Bayerischen Informationssystems“ in seiner Fassung von 1969. Speziell für Schulen wurden Ende der 60er Jahre Informationssysteme vorgeschlagen, die durch Datenverbindung zu Arbeitsamt, Betrieben etc. die Schaffung eines Einwohnerinformationssystems vorantreiben sollten. Letzteres ist in der Tat zentral, da die herrschaftstechnische Leistungsfähigkeit der Datenkontrolle auf dem weitestgehenden Verzicht auf Daten aus Selbstauskünften beruht, das Sozialverhalten muß möglichst frühzeitig in objektiverer Form eingefangen werden. Doch dazu später.

Die konkretesten Vorstellungen von Sozialverdatung war die seit 1968 in Angriff genommene **Sozialdatenbank**, da sie an den bereits laufenden Massenerfassungen und -abrechnungen der Sozialversicherungsträger, die auch als erste Verwaltungsbereiche Großrechenanlagen einführen, anknüpfen konnte. Hier gelang es auch als erstes, die historisch notwendige Differenzierung von Verwaltungsträgern durch die Einführung einer gemeinsamen Nummerung (**Sozialversicherungsnummer**) technologisch zu überwinden.

Sozialversicherung als zentrale Datenstation des gesellschaftlichen Kapitals

Die Entwicklung der Verdattung und Erfassung der Bevölkerung in der Phase des Planstaats bezieht sich zentral auf den nationalen Gesamtarbeiter. Die Anerkennung des Klassenantagonismus und seine Funktionalisierung als Motor der kapitalistischen Akkumulation ist die Grundlage der Ausweitung des sozialen und ökonomischen Interventionsstaates. In der Phase keynesianischer Ökonomie wird der Staat zur Aktions-ebene des gesellschaftlichen Kapitals, indem es sich über die rechtliche Anerkennung des tariflichen Lohnrhythmus und die staatliche Organisation von Unterstützungsleistungen (Sozialversicherung als Ankopplung an den Lohn) auf die Klasse in ihrer Zentralität bezieht und sie zugleich in die Produktivitätsentwicklung einbindet. Seit Bismarck, der bereits die Sozialversicherung als innenpolitische Flankierung der Kolonialexpansion und der nationalen Konkurrenz auf dem Weltmarkt begriff, das Recht auf Unterstützung als Motor der nationalen Produktivitätsschlacht einführte („Nicht als Almosen, sondern als Recht, wo der gute Wille zur Arbeit nicht mehr kann. Wozu soll nur der, welcher im Kriege oder als Beamter erwerbsunfähig geworden ist, Pension haben, und nicht auch der **Soldat der Arbeit?**“), wird der Sozialstaat als Investition in den nationalen Gesamtarbeiter begriffen.

„Was die Wirtschaft für die Sozialversicherung aufbringt, erhält sie von ihr in den verschiedensten Formen, in erhöhter Arbeitskraft und geregelter Kaufkraft zurück. Die Sozialversicherung gibt dem unternehmungsfreudigen deutschen Arbeitgeber einen arbeitsfreudigen gesunden Arbeiter, sie befreit den Arbeiter von der lähmenden Sorge, durch irgendeinen Wechselfall in Not zu geraten und auf die Mildtätigkeit der Menschen angewiesen zu sein. Sie sorgt für die Erhaltung und Hebung der Volksgesundheit, insbesondere für die Erhaltung und Förderung der Arbeitskraft, dem höchsten Gut, das die Nation besitzt.“ (All. Stat.Arch. 1933/34)

Im Sinne der kapitalistischen Logik der Re-Produktion des Gesamtarbeiters ist es durchaus konsequent, wenn der NS die Sozialversicherung als „organisches Volkskapital“ durch seine barbarische Politik der „Auslese und Ausmerze“ ergänzt:

„Ohne die notwendige Ergänzung durch biologische Menschenökonomie wäre die Sozialversicherung schlimmste und kostspieligste Oberflächlichkeit.“ (Zahn, Präsident der deutschen statistischen Gesellschaft, 1935)

Bezieht sich das Kapital über den Sozialstaat auf das Klassenverhalten und setzt hier den Hebel zur Einbeziehung in die Produktivität an, so fallen auch hier die zentralen Daten zur Kontrolle der Klasse an. Über die Form der Zwangsversicherung und der betrieblichen Meldepflichten und der so erhobenen Individualdaten wird die Anbindung der Unterstützungsleistungen an Arbeit und Lohn durchgesetzt und der Datenbestand über den Gesamtarbeiter aus den Betrieben zusammengefaßt. Die Entwicklung der Sozialversicherung tendierte damit zur vollständigen Erfassung des nationalen Gesamtarbeiters und zur umfassenden Regulierung der Lebensverhältnisse im Versicherungsrahmen. Unter dem NS wurde die Versicherungsmöglichkeit für Selbständige geschaffen und mit dem Kindergeld die Reproduktion der Klasse zu stimulieren versucht. Gleichzeitig rationalisierte und zentralisierte er das Kassenwesen; Modernisierungen, an denen nach '45 bruchlos angeknüpft wurde.

In der BRD erfolgte die Erfassung des Gesamtarbeiters zunächst vorrangig auf der Ebene der Sozialversicherung, wo die Datenintegration über die Sozialversicherungsnummer ge-

währleistet wird. Insbesondere nach dem Mitte der 70er Jahre entbrannten Streit um die PKZ wird die Sozialversicherungsnummer zum Ersatz, auch was die Aktualität von Meldebehörden betrifft. Bei Polizei und Staatsschutz ist es eine geübte Praxis, auf die weitaus aktuelleren und aussagekräftigeren Datenbestände der Versicherungsträger statt auf die Meldebehörden zurückzugreifen. Eine vollständige Nummerierung wurde allerdings von vornherein gegenüber dem mobilsten und prekärsten Teil der Klasse praktiziert: den Ausländern! Beim Bundesverwaltungsamt wird das **Ausländerzentralregister** geführt, das jedem Ausländer eine AZR-Nummer zuteilt und einen umfassenden Datensatz abspeichert: Aufenthaltserlaubnis und Gültigkeitsdauer, Ausweisungsverfügung und Abschiebedrohung, Untersagung der politischen Betätigung, Eheschließung, Erwerbstätigkeit etc. Technisch besteht das AZR aus zwei Dateien: Einer Suchkartei, die Ausländer erfaßt, über die besondere Erkenntnisse vorliegen – das sind auch solche, die noch nie in der BRD waren, z.B. persona non grata. Und die Hauptkartei, die alle in der BRD wohnhaften Ausländer erfaßt. Die Suchkartei wurde bereits Mitte der 60er Jahre maschinell geführt.

In anderen westeuropäischen Ländern, vor allem solchen, wo die Klassenkonfliktualität schon frühzeitig zur festen sozialdemokratischen Integration der Klasse in das nationale Kapital zwang, ist die Totalisierung der Sozialversicherung diskussionslos zur Volkserfassung weitergetrieben worden. Das PKZ und seine Verwendung in der Sozialversicherung werden in Schweden 1947 eingeführt, in Norwegen 1963, in Dänemark 1968, in Belgien 1969.

Die besondere Bedeutung des Datenmaterials bei der Sozialversicherung für die Kontrolle des Klassenverhaltens liegt darin, daß es aus dem realen Verhalten im Produktionsprozeß gewonnen wird, auf der Weiterleitung der im Betrieb erfaßten Daten (Beschäftigungsdauer, Stellung in der Lohnhierarchie, Fehlzeiten und Krankheitsverhalten etc.) beruht. Diese Daten bilden einen objektiven, d.h. von der Seite der Kapitalherrschaft fixierten Maßstab der Unterordnung unter den Produktionsprozeß. Umgekehrt bilden sie unmittelbar „automatisch“ die Grundlage der Zuweisung staatlicher Prämien für die Beteiligung an der Produktivität. Durch diesen Zusammenhang sind Daten – in der Literatur als „Verwaltungsdaten“ im Unterschied zu statistischem Material bezeichnet – als soziale Gewalt bestimmt.

Ausgangspunkt der Sozialverdattung ist daher die Erfassung des Arbeiter**verhaltens** im Produktionsprozeß, von deren Perfektionierung und Weiterentwicklung auch die Herrschaftskapazität der Sozialdaten zehren. Die Sozialdaten sind auf die durch den Produktionsprozeß konstituierte Klassenzusammensetzung bezogen, über sie kann diese nur modifiziert werden.

Mit dem Einsatz der EDV bei den Sozialversicherungsträgern wurde zunächst die Grundlage geschaffen, um die Versicherungsleistungen trotz der massenhaften Abrechnungsfälle durch eine stärkere Anbindung an die Differenzierungen im Produktionsprozeß zu individualisieren – bei gleichzeitigem Erhalt und Ausbau der Zentralisierung der Leistungsträger. Zu diesen – erst mit der Verwaltungsautomation möglichen – Maßnahmen gehört die dynamische Rentenberechnung von 1957 und die flexible Altersgrenze (1972). Mit der EDV richtet die Rentenversicherung einen Auskunftsdienst ein, der jedem einzelnen die Vorausberechnung seiner **persönlichen** Rente gestattet.

„In allen Bereichen der Sozialversicherung sind die Rechtsvorschriften mit dem Ziel größtmöglicher Individualität immer weiter und weiter ausgedehnt worden. ... Der Einsatz von immer größer und schneller werdenden EDV-Anlagen ist unumgänglich.“ (Ministerialrat Pappai, Integrierte Datenverarbeitung in der Sozialversicherung)

Obwohl der Sozialstaat auf die Einverleibung der Zentralität der Klasse in den Kapitalzyklus zielt, ist die Form seines Ausbaus darauf gerichtet, diese Zentralität durch Individualisierung und Entsolidarisierung („Solidargemeinschaft“) zu durchbrechen. In der automatisierten Differenzierung der Sozialleistungen liegt schon der Keim des frontalen Angriffs auf die Klasse.

Um diese Individualisierung im Rahmen der Sozialversicherung nicht zu einem Freiraum des Klassenantagonismus und der Aneignung von Soziallohn werden zu lassen, in dem Sinne, daß die Anonymität der atomisierten Klassenindividuen

zugleich zur Wissens- und Kontrollücke des Staates wird (Schlagwort von der fehlenden Transparenz des Leistungsgeschehens), erfordert diese Entwicklung einen höheren Grad an Konzentration der Entscheidungen und Zentralisation des Zugriffs auf die Individuen. Mit dem Übergang von Lochkarten zu Magnetbändern sind die technischen Grundlagen für diese Erfordernisse vorhanden. Die Planung beginnt 1961 mit der Aufstellung eines einheitlichen Katalogs der zu speichernden Daten und um Verwechslungen auszuschließen, d.h. die Treffsicherheit des Datenzugriffs auf den einzelnen zu garantieren, wird ab 1964 mit der Vergabe von Versicherungsnummern begonnen. Mit dem Aufbau gemeinsamer Rechenzentren wird die Vielfalt der Sozialversicherungsträger (ca. 1450 Krankenkassen, 22 Rentenversicherungsträger, 92 Unfallversicherungsträger ...) informationell integriert, ohne die Differenzierungen nach außen aufheben zu müssen.

Betriebliche Datenerfassung und sozialstaatliche Aggregation

Der Hebel zur Neuzusammensetzung der Klasse als Antwort auf den letzten Kampfzyklus des Massenarbeiters liegt in der technischen (d.h. heute auch internationalen) Reorganisation des Produktionsprozesses. Diese Reorganisation greift nicht nur radikal in die Kombination von lebendiger Arbeit und Maschinerie – im Sinne der technischen Klassenzusammensetzung – ein. Diese Kombination selbst – d.h. die Unterordnung bestimmter Klassensegmente unter die verschiedenen

lichen Arbeitskraft maschinell durchgeführt, entsprechend den arbeitswissenschaftlichen Prämissen über die Produktivität der Vernutzung spezifischer Arbeitstypen. Mit der Integration von PIS, BDE und Maschinensteuerung überwacht die Maschinerie selbst das Gelingen der realen Subsumtion und korreliert dies zur Kombination der Arbeitskraft. Der umfassende Charakter dieser betrieblichen Individualisierung (2000 Daten pro Person sind Standard) ist auf die Ver-



Arbeitslose in der Weltwirtschaftskrise



Suppenküche der 20er Jahre

Residualfunktionen von lebendiger Arbeit im technischen Produktionszusammenhang – wird maschinell vollzogen und in seiner politischen Stabilität kontrolliert. Darin liegt der kapitalistische Inhalt von Personalinformationssystemen. Ihre Entwicklung und Einführung erfolgte im Zusammenhang mit der kapitalistischen Synthese von Arbeitsvollzügen über Kleinstzeitverfahren (MTM, WF) und der Verwissenschaftlichung der Personalplanung, der Konjunktur der Arbeitswissenschaften, woran gerade die Gewerkschaften ihre reformistischen Hoffnungen hefteten. PIS nur als Negativinstrumente der Aussiebung zu betrachten („Jagd auf Kranke“), verkennt ihre produktive Funktion für die Kombination der gesamten betrieblichen Arbeitskraft. Mit den Programmen für Profilabgleiche wird die Struktur und Verteilung der betrieb-

knüpfung mit den Daten eines staatlichen Einwohnerinformationssystems angewiesen – und wird dieses umgekehrt mit speisen. Dieser Datenverbund wird ein zentrales Medium der staatlichen Bereitstellung von Arbeitskraft für das transnationale Kapital bilden – die heute von Großbetrieben praktizierte Überprüfung ihrer Malocher durch den Verfassungsschutz ist lediglich ein rudimentärer Ansatzpunkt des Projekts.

Doch zunächst nochmal zu den Anfängen der Personaldatenverarbeitung im Betrieb. In der ersten Phase werden die Lohnabrechnungen automatisiert. Diese EDV-Nutzung parallel zum Rechneinsatz bei den Versicherungsträgern und die Verwendung maschinenlesbarer Belege bilden den Anstoß zur Vereinheitlichung und Integration der Datenerfassung zwi-

schen den Unternehmern und der Sozialversicherung sowie innerhalb der Sozialversicherung. Durch rechtliche Regelungen verallgemeinerte der Staat die Rationalisierung der unternehmerischen Personalpolitik. 1969 wurde durch eine Änderung der RVO die Verwendung maschinenlesbarer Belege oder von Magnetbändern zugelassen, was die Vergabe der Versicherungsnummer und von Betriebsnummern voraussetzte. Die zu übermittelnden Datenpakete wurden standardisiert. Der entscheidende Schritt in der Integration der Sozialdaten wird 1972 mit der Datenerfassungsverordnung / Datenübermittlungsverordnung (DEVO/DÜVO) getan. Sie verpflichtet alle Stellen auf die Verwendung maschinenlesbarer Belege und schafft einen einheitlichen Datenfluß: von den Betrieben über die Krankenkassen, an die Rentenversicherung und die Bundesanstalt für Arbeit. Durch die Mitversicherung der Familienangehörigen bei den Krankenkassen umfaßt dieser Datenfluß ca. 90% der Bevölkerung (55 Mio.). Technische Konsequenz aus der DEVO/DÜVO ist der Aufbau eines zentralen Trägers der Sozialversicherungsnummer in Gestalt der Datenstelle der Deutschen Rentenversicherung in Würzburg. In der ursprünglichen Planung sollte hier die Integration der Sozialversicherung mit dem Meldewesen zum Einwohnerinformationssystem vollzogen werden.

„Nach Einführung des Personenkennzeichens wird die Versicherungsnummer der Rentenversicherung – zumindest nach außen hin – nicht mehr verwendet werden. Wie alle anderen Stellen der öffentlichen Verwaltung müssen dann auch die Rentenversicherungsträger sämtliche Vorgänge unter dem Personenkennzeichen bearbeiten.“

Notwendige Vorarbeit für diese verteilte Datenbank war die eindeutige Identifizierung der Klassenindividuen, die „Bereinigung des Versicherungskontenbestandes“ von Mehrfachangaben.

„Nach Einführung des Personenkennzeichens ist geplant, den Rentenversicherungsträgern bedeutsame Daten aus dem Einwohnermeldewesen zu übermitteln. Zu diesen Daten werden neben den Namens- und Anschriftenänderungen auch Daten über die Geburt von Kindern und den Tod von Versicherten gehören.“ (aus: Integrierte Datenverarbeitung in der Rentenversicherung, 1974)

1983 ist diese Datenübermittlung als on-line-Abgleich per Rechtsverordnung auf der Grundlage des neuen MRRG eingeführt worden. Ein Schlag gegen die Aneignung von Soziallohn, wurden doch bisher jährlich über 300 Millionen DM für bereits verstorbene Rentner ausgezahlt.

Mit dem integrierten Datenfluß nach der DEVO/DÜVO war das seit 1968 angestrebte Sozialinformationssystem problemlos realisierbar, da die erforderlichen Daten bereits im Verwaltungsvollzug zusammenflossen. Die Notwendigkeit dieses politischen Planungs- und Entscheidungsinstrumentes resultiert aus dem Zusammenbruch der stabilen Arbeitsmarktstruktur mit dem Verlust über die Kontrolle der Emigrantenerotation und den unkalkuliert steigenden Kosten für den Sozialstaat, deren produktiver Bezug auf die Kapitalakkumulation durch das Verhalten der Klasse aufgebrochen worden war (die diversen Kostenexplosionen).

„1971 begann die Realisierungsphase bzw. der Aufbau der Sozialdatenbank. Hauptursachen waren die dringend notwendige größere Transparenz der Sozialversicherung und des Arbeitsmarktes, unterstrichen vor allem durch die Forderung des Sachverständigenrates der Bundesregierung nach einer Beschäftigungsstatistik.“ (Herbert Schmidt, Das Sozialinformationssystem der BRD, 1977)

Entscheidend für die Wirksamkeit des Sozialinformationssystems ist der Rückgriff auf **Individualdaten** (egal ob personenbezogen oder nicht), da nur so beliebige Aggregationen der Daten möglich sind. In der Sprache der Volkswirtschaftslehre: das mikroökonomische Verhalten der Klassenindividuen hatte die makroökonomischen Gesetze, mit denen der Planstaat operierte, durchbrochen. Planung und Sozialpolitik muß daher diese Mikroverhalten unmittelbar in ihren Datenspeichern

einfangen, um gegen diese neuen Verhaltensweisen vorgehen zu können (s. dazu auch Projekte wie das SPES, Sozialpolitisches Entscheidungs- und Indikatorensystem für die Bundesrepublik Deutschland).

„... sind die Daten als ‚Individualdaten‘ zu charakterisieren, stellen die objektiven Einzelkriterien solcher anonymisierter Einzeldatensätze doch die unbedingt erforderliche Grundlage für jegliche **gezielte** Auswertung für Statistiken, Berichte und Modellrechnungen dar, die schließlich zu konkreter Maßnahmenplanung und Politik führt.“ (ebd.)

Von den Theoretikern der datengestützten Planung wird allgemein betont,

„daß Planungsinformationssysteme im allgemeinen auf eine etwas stärkere Flexibilität der Nutzung ausgerichtet werden sollten als statistische Informationssysteme. Dies fördert den Wunsch nach der Führung von Individualdaten als Auswertungsbasis im System.“ (Zindler, 1979)

Indem die automatisierte Personendatenverarbeitung in den Betrieben, bei den Krankenkassen etc. das Sozialverhalten der Individuen genauer und umfassender an die Sozialdatenbank weitergibt, wird das Sozialverhalten in seiner gesellschaftlichen Dimension simulierbar und kann entsprechend präventiv eingekreist werden.

„Mit zunehmender Vervollkommnung der Datenbasis der Sozialdatenbank und der Operationalisierung dieser Daten sowie der Weiterentwicklung zu einem Sozialinformationssystem auf der Grundlage in sich konsistenten Datenmaterials, leistungsfähiger Modelle usw. wird in Zukunft auch auf diesem Gebiet die Transparenz im Interesse sozialpolitischer Vorschläge und präventiver Maßnahmen möglich.“ (Schmidt)

Die Ausweitung der Datenbasis und deren Integrierbarkeit geschieht systematisch im Zusammenhang mit dem Angriff auf den Soziallohn. Kernstück des Gesundheitskostendämpfungs-Gesetzes von 1977 ist die Forderung nach größerer Transparenz des Leistungsgeschehens, zu deren Realisierung die Krankenkasse zur Führung von **Mitgliederverzeichnissen** verpflichtet werden; im BMA wird ein Katalog von 200 persönlichen Daten entwickelt, die in diesem Verzeichnis abgespeichert werden sollen. Diese Neuerungen bilden die Grundlage für **selektive** Maßnahmen, die den anstehenden Angriff auf die soziale Absicherung herrschaftstechnisch kalkulierbar halten. Ende der 70er Jahre entwickelten die Krankenkassen das Programm DVDIS, das ein maschinelles Verfahren zur Bestimmung der Personen (Auswahlraster) enthält, die zum **Vertrauensarzt** geschickt werden. Mit dem in diesem Frühjahr in Baden-Württemberg anlaufenden Modellversuch geht diese Jagd auf „unwirtschaftliche“ und „auffällige“ Kassenpatienten in die Realisierungsphase.

Bei der Arbeitslosenversicherung wird die Differenzierung über Lohn und Arbeitsdauer durch die Abstufungen in der Zumutbarkeitsregelung noch weiter aufgefächert. Das computerisierte Vermittlungssystem CoArb, das zur Zeit in Hessen als Modellprojekt für die Bundesrepublik läuft, erlaubt die weitere Aufrasterung der Arbeitslosen. In zwei Arbeitsamtbezirken werden neben den Stellenangeboten auch die Daten der gemeldeten Arbeitslosen eingespeichert, so daß die gesamte Vermittlungstätigkeit an den Computer übergeht. Die Verschärfung der Zumutbarkeitsregelung und Ausdehnung der Sperrzeiten wirken dann als der ökonomische Druck, sich diskussionslos der maschinellen Arbeitszuweisung zu unterwerfen. Da die Randalen auf den Arbeitsämtern schon heute Schlagzeilen macht, geht die Planung der technologischen Kontrolle der Arbeitslosen weiter. Im Zusammenhang mit CoArb sollen den Arbeitslosen die Arbeitsverpflichtungen über technische Kommunikationsmedien wie BTX zukommen. Die störenden Diskussionen und Handgreiflichkeiten auf dem Arbeitsamt sind damit ausgeschlossen, die letzten Ansatzpunkte von Kollektivität und Widerstand gegen die Ar-

Patientenverdattung in Emmendingen

Mit Rezeptfälschungen begann es vor Monaten im Raum Stuttgart. „Die Kriminalität in diesem Bereich nimmt ständig zu“, betonte im März diesen Jahres Willi Wurster, Geschäftsführer des Landesverbandes der Ortskrankenkassen in Baden-Württemberg. Auch die Ursache der Ärzte- und Apotheker Kriminalität war klar: schuld sei das anonyme Abrechnungssystem für ärztliche Leistungen und Verdornungen.

Am gleichen Tag präsentierte denn auch Dietmar Schlee, baden-württembergischer Sozialminister, ein Patentrezept, mit dem Betrug und Kostenentwicklung im Gesundheitswesen gebremst werden sollen. Im Rahmen eines bundesweiten „einmaligen Modellversuchs“ sollen von Juli 83 an in den Kreisen Emmendingen und Heilbronn die Krankheitskosten je Patient erfaßt werden. Mit Hilfe eines Datenaustauschsystems werden diese Kosten dadurch ermittelt, daß die Leistungen eines Arztes nebst Krankenschreibung, Krankenhausweisungen, Rezepten und Überweisungen zentral gespeichert und ausgewertet werden. So will der Minister Erkenntnisse zur Kostendämpfung gewinnen. Untersucht werden soll zunächst die ambulante ärztliche Behandlung, die Arzneimittelversorgung, Arbeitsunfähigkeitsfälle und später die Krankenhauspflege. Bisher konnten nur die Versichertenkosten im Durchschnitt berechnet werden, jetzt kann ein „Inanspruchnahmeprofil“ des Patienten im Einzelfall erstellt werden. Auch bei den Ärzten sollen „Unwirtschaftlichkeiten“ laut Schlee abgebaut werden. So sei z. B. festgestellt worden, daß es in Krankenhäusern mit Bettenüberschuß eine überdurchschnittliche Einweisungsquote gebe.

Beteiligt sind an den Modellversuchen die örtlichen AOK's, verschiedene Betriebs- und Innungskrankenkassen, die vier kassenärztlichen Vereinigungen in Baden-Württemberg, der Landesapothekerverein und die B.-W. Krankenhausgesellschaft. Die Ersatzkassen sollen noch angeschossen werden. Erfaßt werden 178 000 Versicherte; die Kosten des Projektes liegen bei zwei Millionen pro Jahr, wobei das Land für 1983 und 84 1,6 Mio. beisteuert.

Nach einem kleinen Vorversuch in Konstanz und einem groß angelegten in Dortmund startet somit der dritte Modellversuch.

Von dem Forschungsprojekt in Dortmund liegt der Jahresbericht 1982 vor. Der Bericht gliedert sich in zwei entscheidende Teile:

1. Maßnahmen zur Förderung der Transparenz von veranlaßten Leistungen der Kassenärzte;
2. Maßnahmen zur Förderung der Transparenz von erbrachten Leistungen im Hinblick auf die Versicherten.

In Dortmund wurden obenbenannte unterschiedliche Leistungsnachweise der Ärzte durch eine zentrale Datenauswertung zusammengeführt. Durch die Erfassung von Kranken- und Überweisungscheinen war eine patientenbezogene Analyse möglich. Ein wesentlicher Effekt des Transparenzprogrammes waren Einsparungen, aufgrund derer die AOK ihre Beiträge von 15 auf 12,6% senken konnte. Ein Teil dieser Einsparungen war durch den Ausgaberrückgang in der ärztlichen Behandlung und bei den Heil- und Hilfsmitteln möglich geworden. Trotz einer Zunahme der Kassenärzte im Jahre 1982 um 1,85% verringerte sich die Anzahl der abgerechneten Scheine um 1,37%, während der Wert eines Scheines im Durchschnitt um 9,86% fiel und die von den Dortmunder Ärzten ausgestellten Überweisungen um 8,56% zurückgingen. Der Überweisungswert nahm um 2,74% ab.

Über den Grund dieses Rückgangs wird noch gerätselt: saisonale Gründe sind im Gespräch, über politische und arbeitsmarktpolitische wird nicht gesprochen, über ein geändertes ärztliches Verhalten unter zentraler Kontrolle wird nachgedacht. In Hinblick auf eine vermehrte Transparenz in Bezug auf die Patienten war der Versuch bislang allerdings noch dürftig: so waren 20% aller Krankenscheindiagnostics nicht aussagefähig gewesen, verbaute mithin eine exakte Patientenanalyse. Auch konnten sozialmedizinische Fragestellungen nicht untersucht werden, da die Diagnosen oft im Rahmen der Verwaltungsroutine einfach von Arzthelferinnen übernommen waren und nicht unbedingt der akuten Krankheit entsprachen.

Angesichts der enormen politischen Brisanz des Themenkomplexes können die Stellungnahmen der beteiligten politischen Gruppierungen bislang nur als dürftig bezeichnet werden. Noch am 17.3.83 hatte der DGB einen „unmenschlichen Druck auf die erkrankten Versicherten“ befürchtet und sich darüber besorgt geäu-

bert, daß bei der Kostentransparenz im Gesundheitswesen hauptsächlich an eine Selbstbeteiligung der erkrankten Arbeitnehmer gedacht werde. Doch schon am 17.4. waren „grundsätzliche Bedenken“ ausgedrückt und der baden-württembergische DGB-Landesvorsitzende Pommerenke meinte, zu einer „unbedingt notwendigen“ Kostendämpfung müßten die Kosten (mittels des Feldversuchs) durchsichtig gemacht werden. Schließlich hatte Sozialminister Schlee gleichfalls eine Kehrtwendung gemacht. Nachdem er zunächst eine Selbstbeteiligung der Versicherten an den Krankheitskosten nicht ausschließen wollte, konnte er im Gespräch mit Pommerenke nach einem Monat deutlich machen, daß dies keinesfalls geplant sei.

Dürftig und durchsichtig zeigte sich auch Franz-Josef Große-Ruyken vom Hartmannbund, CDU-Stadtrat in Freiburg. Zwar forderte er eine stärkere Berücksichtigung des Datenschutzes im Modellversuch sowie eine stärkere Anonymisierung, gleichzeitig empfand er es aber als positiv, daß die Anonymität im Gesundheitswesen aufgehoben werde. Weiterhin konnte nach seiner Meinung zumindest der kassenärztliche Bereich – wo der Hartmannbund seine Mitglieder hat – von jeder Unwirtschaftlichkeit freigesprochen werden.

Im Einklang mit ihm steht auch die kassenärztliche Vereinigung dem Modellversuch skeptisch gegenüber und kritisiert den fehlenden Einbezug der „besonders kostenträchtigen“ Krankenhäuser in das Projekt.

Noch der 85. Deutsche Ärztetag 1982 hatte „eine Verarbeitung personenbezogener Daten durch Verwaltung, Sozialversicherungen etc. nur im Rahmen einer engen Zweckbestimmung dieser Institutionen für zulässig“ gehalten. Liegt bei dem geplanten Projekt eine enge Zweckbestimmung vor? Eine Zusammenschaltung der Daten aus Orts-, Betriebs- und Innungskrankenkassen mit denen der Kassenärzte, eine Beteiligung des Sozialministers und des Apothekervereins läßt dies kaum vermuten. Auch werden mit keinem Wort notwendige Maßnahmen erläutert, nach denen der Datenschutz gewährleistet werden könnte. Kann er überhaupt gewährleistet sein?

In den Reaktionen der Beteiligten wird immer wieder klar, daß es im wesentlichen um Einsparungen im Gesundheitswesen

geht. Analog dem Dortmunder Feldversuch dürfte bei einer bundesweiten Übernahme einer solchen Datenverarbeitung eine beträchtliche Summe gespart werden. Unklar scheint nur zu sein, bei wem mit dem Sparen angesetzt werden soll. Und über die Folgen scheint man sich wenig Gedanken zu machen. Könnte nicht über „wissenschaftlich errechnete“ Therapie-schemen der Zwang zu einer bestimmten Behandlung bei einer bestimmten Krankheit kommen, der die Lebensgeschichte des einzelnen Patienten außer acht läßt und sogenannten „Alternativmethoden“ das Wasser abgräbt? Könnte dann etwa bestimmt werden, wo eingehende Gespräche sinnvoll sind, wo zwecklos? Schon heute wird klar, daß über ein „Inanspruchnahmeprofil“ eines Patienten dieser von der Kasse bei entsprechendem Fehlverhalten „gerügt“ wird bezüglich seiner „ungesunden“ Lebensweise. Wird es bei dieser „Rüge“ bleiben?

Experten haben Herrn Schlee vorge-rechnet, daß aufgrund dieser Datenerfassung 20-40% der Krankheitskosten gespart werden können.

Intime Daten liegen bereit: wie lange und für wen?

Interesse bestünde sicherlich: z. B. bei den Arbeitgebern, die über eine Verknüpfung von Diagnose und Krankheitsdauer „Krankfeiernde“ ermitteln und diesen dann Sanktionen auferlegen könnten; oder beim Bundeskriminalamt, dem derart „sensible“ Daten bei Rasterfahndungen sicherlich gelegen kämen.

Die Datensicherungen mögen halten. Aber allein die Möglichkeit ihres Durchbrennens wird das Arztbild in der Bevölkerung nachhaltig verändern. Hatte man bisher die Vorstellung, so etwas wie einen Anwalt vor sich zu haben, könnte jetzt das Gefühl aufkommen, in der polizeilichen Dienststelle zu sitzen, wo alles notiert, vermerkt und weitergeleitet wird. Jede Mitteilung privater Erlebnisse droht unbarmergütig gespeichert zu werden und die Mittelsamkeit wird ob dieser Gefahr abnehmen.

Ob eine solche Gefahr den beteiligten Ärzten oder Gewerkschaften bewußt ist? Man wird das Gefühl nicht los, daß Vieles getan wird, aber nur Wenige zu wissen scheinen, was sie da machen. Auf die Entwicklung in den nächsten Monaten darf man gespannt sein. ■

Dr. med. Mabuse

beitsverwaltung zerstört. Diese klassenpolitische Intention der Automatisierung hatte Stingl schon am Beispiel der automatisierten Auszahlungen herausgestellt:

„Hätten wir heute noch die Stempelstellen der 30er Jahre mit den riesigen Warteschlangen der Arbeitslosen“, führte Stingl vor den Tagungsteilnehmern aus, „so könnte hier allerlei Unheil gestiftet werden.“ Der über DV-Anlagen abgewickelte Zahlungsverkehr bringe den großen Vorteil, die Möglichkeiten zur Agitation zu verringern.“ (Computerwoche 2/81)

Diese Techniken, die Arbeitslosen vom Amt fernzuhalten und dabei zugleich besser kontrollieren zu können (mit der täglichen Meldung über BTX o.ä. beim Amt wird der Urlaub auf Arbeitsamtskohle ausgeschlossen!), markieren das allgemeine Prinzip der Verwaltungsautomation: sämtliche sozialen Kontakte mit der Bürokratie in technologische zu transformieren. Diese neue Stufe der realen Subsumtion werden wir noch genauer darstellen.

Momentan bleibt die Funktion des Arbeitsamtes trotz der Verdattungsprojekte widersprüchlich. Obwohl es einerseits an der Präkarisierung der Arbeitsverhältnisse mitstrickt, durch Verschärfung der Zumutbarkeitsregelung, illegale Vermittlungspraktiken in Leiharbeit etc. und die Ausgliederung der Dauerarbeitslosen in die Sozialhilfe, bildet es gleichzeitig noch eine Grenze der Mobilisierung billiger Arbeitskraft, eine Schwelle der Entgarantierung. Die Rekrutierung extrem billiger und aller Schutzrechte beraubter Arbeiterkraft erfolgt daher weitgehend am Arbeitsamt vorbei; unterliegt damit aber auch nicht staatlicher Kontrolle. Es ist die Widersprüchlichkeit einer Übergangsphase. Die Umgestaltung der staatlichen Institutionen hinkt den Ausbeutungsbedürfnissen des Kapitals hinterher.

Die scheinbare Widersprüchlichkeit zwischen der Kampagne gegen Schwarzarbeit und illegale Leiharbeit und dem gleichzeitig vorgetragenen Angriff auf das Vermittlungsmonopol

des Arbeitsamtes löst sich von daher auf. Blüm richtet sich nicht gegen die Vernutzung billiger und entgarantierter Arbeitskraft, sondern strebt deren – dezentral organisierbare – Erfassung und Kontrolle an. Genau dies ist auch die Intention des Vorschlags zur Privatisierung der Vermittlungstätigkeit: Die privaten Rekrutierungsstrategien, die effektiver die klassischen Arbeitsschutzrechte unterlaufen können, sollen informationell der staatlichen Kontrolle unterworfen werden (s. auch Karlsruher Stadtzeitung 31). Langfristig zielt der Angriff auf die Institution des Arbeitsamtes darauf, das Arbeitsamt selbst zur Rekrutierungsstelle von Billiglohnarbeit nutzbar zu machen, indem die rechtlichen Garantien eingedämmt bzw. abgeschafft werden (s. das Albrecht-Papier). Erst aus dieser Perspektive entschlüsselt sich der Sinn der Automatisierung der Vermittlungstätigkeit durch CoArb, der im Unterschied zur Leistungsabrechnung keine massenhafte Vermittlungstätigkeit entspricht. Die Millioneninvestitionen in dieses System werden erst zur Wirkung kommen, wenn eine „Beschäftigungspolitik“ in Form des Reichsarbeitsdienstes durch die Datenspeicher der Arbeitsämter gesteuert wird, wie es George vorgeschlagen hat – Zwangsarbeit für die Empfänger von Arbeitslosenhilfe! Darüberhinaus werden erst die automatisierten Profilabgleiche von CoArb die Möglichkeiten des Arbeitssicherstellungsgesetzes voll zur Geltung bringen.

Die Widersprüchlichkeit der Arbeitsamtstätigkeit kennzeichnet die gesamten sozialpolitischen Operationen, die von den Sozialliberalen eingeleitet und von der CDU/FDP verschärft fortgesetzt werden. Das Regime scheut bisher noch vor dem frontalen Angriff auf das versicherungsmäßig organisierte System des Soziallohns zurück, obwohl das transnationale Kapital auf den Zusammenhang von staatlichem Soziallohn und Produktivitätsentwicklung längst verzichtet. Zunächst konzentrieren sich die sozialpolitischen Programme auf die Ausschaltung des Arbeitergebrauchs des Soziallohns, der quer zur Produktivitätsentwicklung steht. Der illegale „Mißbrauch“ soll durch perfektionierte Datenabgleiche ausgeschaltet werden; die Benutzung von Sozialleitungen gegen den Zwang zu mobiler Arbeit wird durch spezifische Kürzungen erschwert. Aktuell die Streichung der Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsrente für all diejenigen, die nicht unmittelbar bis zum Rentenbezug gearbeitet haben. Diese Rentenform soll damit nur noch als direkte Entschädigung fürs Kaputtmalochen (Lohnersatz) gewährt werden.

Der Angriff auf den Soziallohn als solchen wird heute zunächst durch die datengesteuerte Differenzierung innerhalb des Rahmens der Sozialversicherung und die Aussonderung spezifischer Gruppen vorgetragen, wobei immer noch Rücksicht auf den Konsens mit der reduzierten Klasse der garantierten Arbeit genommen wird (Albrecht mißt den Gewerkschaften noch eine Funktion bei der Produktivitätsentwicklung zu: Fehlzeitenbekämpfung). Am effektivsten und legitimtesten wird die massenhafte Selektion aus dem Versicherungsrahmen bei **Ausländern** heute praktiziert. Seit Mitte der 70er Jahre findet bei der Bundesanstalt für Arbeit ein maschineller Abgleich „Ausländer“ statt, der aus den DEVO/DÜVO-Daten Ausländer ohne Arbeitserlaubnis herausfiltert. Und durch die Ausweisungs- und Abschiebep Praxis wird zugleich die Aussonderung aus der Sozialversicherung gesteuert.

Der Übergang zur völligen Abschaffung bzw. Privatisierung des Versicherungssystems wird über innere Differenzierungen heute schleichend organisiert – etwa der Vorschlag, in der gesetzlichen Krankenversicherung gestaffelte Tarife mit entsprechender Differenzierung der Gesundheitsversorgung einzuführen. Und die Strategen der „Kostendämpfung“ sagen in aller Offenheit, was die Rationierung und Aussonderung im Gesundheitswesen bedeutet. (Krämer, Die Ortskrankenkasse 18/1983)

„Rationierung kann durchaus mit Euthanasie und Vernichtung ‚lebensunwertem Leben‘ und ‚unnützer Esser‘ enden, sie muß es aber nicht.“

Man läßt die Leute krepieren, statt sich die Finger schmutzig zu machen:

„Es ist durchaus nicht ethisch verwerflich, durch Mittelbeschränkungen im Gesundheitswesen ein erhöhtes Todesrisiko (um nur die wichtigste Konsequenz zu nehmen) von Mitgliedern der Gesellschaft in Kauf zu nehmen.“

Und es dürfte auch keine Frage sein, welche „Mitglieder der Gesellschaft“ dieses Risiko treffen wird. Euthanasie nach der Wahrscheinlichkeitsrechnung!

Zur Zeit bildet die Widersprüchlichkeit der sozialpolitischen Operationen zwischen Sozialversicherung und Armenverwaltung noch Ansatzpunkte für das Verweigerungsverhalten bestimmter Klassenteile. Da die abschreckende und depravierende Wirkung staatlicher Fürsorgeleistungen – gerade bei den Jugendlichen – nicht mehr greifen, werden sie angeeignet, um dem gesteigerten Arbeitsdruck auszuweichen. Bestimmte Formen nicht-garantierter Arbeit (Schwarzarbeit) bilden einen Schutz vor der beliebigen Mobilisierung in Billiglohnarbeit. Auf dieses Klassenverhalten zielen die speziellen Verdattungsprojekte (s. Artikel zur „gläsernen Sozialhilfe“) und die allgemeine Integration der Daten bei den Trägern von Sozialleistungen.

Der rechtliche Rahmen für den Datenzugriff auf die Individuen ist mit zwei Gesetzen umfassend geschaffen worden. Mit der eindeutigen Identifizierung der Bevölkerung (MRRG) und der prinzipiellen Verknüpfung aller Sozialdaten (SGB) ist die gesetzliche Basis für die postkeynesianische Datenkontrolle der prekären Arbeit und der Armut gelegt. Diese Regelungen markieren datentechnisch den Bruch mit dem sozialstaatlichen Bezug auf die zentrale Arbeiterklasse. An die Stelle der betrieblichen Meldepflichten tritt das Einwohnerinformationssystem. Die technische Realisierung dieses Zugriffs ist ein zentraler Bestandteil der weiteren Verelendungspolitik. Die politische Kontrolle der Armutsbevölkerung kann in den **Metropolen** kaum noch auf traditionelle Strukturen wie den häuslichen Paternalismus, nachbarschaftliche Kontrolle, Stadtteilstrukturen etc. zurückgreifen. Der unmittelbare Zugriff von einer zentralisierten Ebene aus wird damit zur politischen Notwendigkeit. Die neuen Sozialdatenprojekte und die unmittelbare informationstechnologische Anbindung der Individuen sind der Kern einer modernisierten Armut, die in gleichem Maße **atomisiert** und sozialräumlich zersetzt, wie **zentral** kontrolliert wird.

Neuer Bevölkerungsbegriff und Sozialdatenverbund

1980 wurde das bereits 1971 vorgelegte bundeseinheitliche Meldegesetz realisiert. Mittlerweile hatte der Staat die Rolle der „Akzeptanz“ begriffen und formulierte die Kontinuität zum Funktionswandel des Meldewesens unter dem NS in moderater Form, unter ständiger Betonung des „Datenschutzes“. Der Kern des neuen Melderechts bleibt aber der Aufbau des Einwohnerinformationssystems, das allerdings nicht als Superdatenbank realisiert werden soll, was technologisch anachronistisch wäre. In den Ländern der Peripherie, die nicht über eine ausgebaute Infrastruktur der Datenübermittlung verfügen, die als Diktaturen aber auch keine „Akzeptanz“-Probleme kennen, wird das imperialistische Projekt der Bevölkerungserfassung in klassischer Form realisiert.

Nach dem MRRG soll die parallele Automatisierung bei den verschiedenen Verwaltungsteilen die Integration der Daten ermöglichen.

„Die Nutzbarmachung der ADV für Zwecke der öffentlichen Verwaltung hat in der Vergangenheit ständig zugenommen. ... Sie erlaubt die wirtschaftliche Speicherung und Verwaltung der Meldedaten, bewältigt mit hoher Verarbeitungsgeschwindigkeit Massenauswertungen des Gesamtbestandes ..., schafft Voraussetzungen für den **Datenabgleich** bei der Gewährung von Leistungen im System der sozialen Sicherung (Kindergeld, Rentenversicherung, Kriegsopferversorgung), leistet Entscheidungshilfen und dient statistischen, wissenschaftlichen und strukturellen Untersuchungen.“ (BT 8/3825)

Die Aufgabe des MRRG liegt damit in der Integration sämtlicher Daten. Auf drei Ebenen werden die Grundlagen dafür geschaffen. 1. Durch einen bundeseinheitlichen Bevölkerungsbegriff für alle Bereiche der Verwaltung, indem die Definition des Hauptwohnsitzes objektiviert und staatlich überprüft wird. Diese Überprüfung sollte mit der Volkszählung '83 durchgeführt werden. 2. Durch die technische Vereinheitlichung der Datenträger und Datensätze. „In der Bundesrepublik Deutschland arbeitet schon ein großer Teil der Gemeinden im Meldewesen mit DV-Anlagen. Nicht zuletzt dies macht es erforderlich, ein **Auseinanderlaufen** der Entwicklungen, ... einzufangen und künftig durch entsprechende Regelungen zu vermeiden.“ 3. Durch die Einführung eines Personenkennzeichens, um die Daten über ein Individuum zusammenführen zu können (Personeneinzelerfassung). In den meisten Landesmeldegesetzen ist die Benutzung eines Ordnungsmerkmals zur Führung der Melderegister ausdrücklich vorgesehen. Diese Regelung orientiert sich noch an den in der Verwaltung üblichen 12stelligen Ordnungsmerkmalen, ist aber im Grunde

(Ich erspare mir eine nähere Auseinandersetzung mit der Ideologie des Datenschutzes. Sein wesentlicher Inhalt ist nur die rechtliche Legitimation der Verdattung, Datenschutzgesetze sind daher allemal Datenermächtigungsgesetze. Darüber hinaus hat er eine Rationalisierungs- und Effektivierungsfunktion, da er zu einer präziseren Auswahl der entscheidenden Daten zwingt und die vorhandenen Speicherkapazitäten damit wirksamer zum Einsatz bringt. „Denn die bisherige Entwicklung hat gezeigt, daß der Zwang, Datenbedarf präzise zu begründen und seine Verwendung darzulegen, durchaus nützlich sein kann.“ Bull, Bundesbeauftragter für den Datenschutz)

In diesem Teil des Sozialgesetzbuches wird das allgemeine „Sozialgeheimnis“ in zehn Paragraphen konkretisiert. Neben dem Bereich der „Inneren Sicherheit“ und der „Amtshilfe“ geht es um die sozialpolitische Nutzbarmachung des vorhandenen Datenmaterials durch zentrale Offenbarungsbefugnisse:

– Offenbarung für die Erfüllung sozialer Aufgaben ist zulässig „für die Erfüllung einer gesetzlichen Aufgabe“ und die „Richtigstellung unwahrer Tatsachenbehauptungen des Betroffenen im Zusammenhang mit einem Verfahren über die Erbringung von Sozialleistungen“ (§69). Tendenziell wird die Sozialverwaltung bei Leistungen ganz auf die Angaben der Person verzichten, sondern die Berechtigung durch Rückgriff auf das Einwohnerinformationssystem überprüfen.



Armenspeisungen in den USA



schon überflüssig. Die Grunddaten – Name, Geburtsdatum, (Geburtsort) – die auch zum maschinenlesbaren Teil des neuen Personalausweises gehören, sind in sämtlichen Personendateien vorhanden und werden – auch wenn der technische Aufwand zunächst noch etwas höher liegt – die personenbezogene Integration der Daten leisten.

Die Integration selbst wird auch innerhalb des MRRG geregelt. Regelmäßige Datenübermittlungen – d.h. on-line Verbindungen zwischen den diversen Datenbanken – sind nach Rechtsverordnungen der Regierung zulässig (§ 20).

Zwei Tage nach der Verabschiedung des MRRG ging eine detaillierte Regelung der Integration sämtlicher Sozialdaten durch den Bundestag: der Datenschutzteil des **Sozialgesetzbuches**.

– Offenbarung zum Schutz der öffentlichen Gesundheit und von Gesundheitsdaten, die Grundlage von Sozialleistungen sind. Damit ist die rechtliche Grundlage umfassender Gesundheitsdatenbanken und der Selektion bestimmter Krankheitsverhalten geschaffen.

– Offenbarung für **Forschung und Planung** ist prinzipiell zulässig, sofern das „öffentliche Interesse“ das Geheimhaltungsinteresse des Betroffenen „überwiegt“. Gerade bei der sozialpolitischen Planung gegen bestimmte Randgruppen, die schon immer dem „öffentlichen Interesse“ unterworfen wurden, wird damit die gruppenbezogene Planung unmittelbar mit den Maßnahmen gegen das einzelne Individuum verbunden.

Der Datenverbund weist allerdings noch einige Erfassungslücken auf bzw. Lücken in dem automatisierten Zugriff auf de-

zentral anfallende Personendaten. Eine Reihe der zur Zeit entstehenden oder projektierten Dateien, die diese Lücken füllen, wirken äußerlich zwar wie spezielle Dateien. Durch ihre umfassende Integration kennzeichnet diese Spezialisierung tendenziell aber keine gesonderte Datei mehr, sondern lediglich den Ort der Datenerhebung, die das Material für die Einzelpersonenerfassung liefert. Hier sollen nur einige dieser neuen Erfassungsorte skizziert werden.

Um den sozialen Weg der Individuen festzuhalten, reicht die Verfolgung des Arbeitslebens über die DEVO/DÜVO-Struktur nicht mehr aus. Der klassische Leidensweg Schule, Lehre, feste Arbeit, Krankheit, Rente, Tod wird für viele schon nach der Schule abgebrochen, die dann auch nicht als gemeldete Arbeitslose registriert werden können. Die Integration von **Schülerdaten** mit dem Einwohnerinformationssystem verlagert die Kontrolle der sozialen Entwicklung weiter nach vorne.

„Heute verfügt der Landkreis Hannover ... über ein umfassendes EDV-System, das Schulen aller Schularten rund 100 Programme für den Bereich ihrer Verwaltung anbietet. Mit diesem Programmpaket arbeiten z.Zt. 100 Schulen mit rd. 45000 Schülern. Dadurch ist ein Verbundsystem gebildet worden, das durch Integration in die allgemeine Einwohnerdatenerfassung nicht nur zu Rationalisierungsvorteilen für die einzelne Schule, sondern zu allgemeiner Vereinfachung der Verwaltungsorganisation führt.“ (Mittl. des Philologenverbandes Niedersachsen, 1978)

Neben der Auslotung der verdeckten und damit unkontrollierten Jugendarbeitslosigkeit werden die Daten über Notenstrukturen, Pünktlichkeit, Aufsässigkeit etc. die Vermittlungstätigkeit des Arbeitsamtes und die Personalselektion des Kapitals bestimmen.

Auf verschiedenen Ebenen wird der **Gesundheitsbereich** automatisiert und das Krankheitsverhalten datenförmig kontrollierbar gemacht. Über Krankenhausinformationssysteme können Langzeitpatienten oder „hoffnungslose Fälle“ ausgesondert und abgeschoben werden. Die weitere Reduzierung der Bettenzahl, die Auslagerung der Versorgung in ambulante Dienste und Heime greift auf die Rasterfahndung in diesen Systemen zurück. Seit 1975 wird als Förderprogramm des Forschungsministeriums das dreistufige Programm DOMING zur Vereinheitlichung und Zusammenschaltung der diversen Einzelprojekte im Gesundheitswesen entwickelt. Von den niedergelassenen Ärzten bis zu den Krankenhäusern sollen sämtliche Träger informationstechnologisch verknüpft werden.

„Das Projekt DOMING hat zum Ziel, modellhaft zu untersuchen, wie in einer Region der Informationsverbund der verschiedenen Gesundheitsversorgungseinrichtungen gestaltet werden sollte, um die Gesundheitsversorgung des einzelnen zu verbessern, die Einrichtungen besser auszulasten und wirtschaftlicher zu führen sowie Informationen für gesundheitspolitische Planung verfügbar zu haben.“ (3. DV-Programm)

Neben diesen Datenprojekten, die von den einzelnen Trägern des Gesundheitswesens ausgehen, werden Datenbanken zu bestimmten Krankheiten eingerichtet, wie sie heute auf Landesebene schon existieren. Mit dem Krebsregister, das noch dieses Jahr seine gesetzliche Grundlage erhalten soll, wird ein bundesweites Register aufgebaut, das Vorläufer für die bundesweite Registrierung der „Volkskrankheiten“ ist. Im Kampf um die „Volksundheit“, den die Regierung im Frühjahr angekündigt hat, wird diese Gesundheitsdatenbank die Grundlage bilden. Mit dem Datenmaterial lassen sich die Gesundheitsinvestitionen in die einzelne Arbeitskraft je nach dem zu erwartenden Nutzeffekt dosieren.

Datennetz – die reelle Subsumtion der Gesellschaft

Die technische Realität eines umfassenden Einwohnerinformationssystems (im Unterschied zur prinzipiellen Verknüpfbarkeit) beruht auf der ausgebauten **Infrastruktur der Datenübertragung**, der realen Gleichgültigkeit räumlicher Trennung für die Aggregation der Daten. Als allgemeine Infrastruktur, sowohl für die Verwaltung wie für die Datenoperationen des

Für „gläserne“ Sozialhilfe

MÜNCHEN, 20. Juni (dpa). In einer Lockerung der Datenschutzbestimmungen und des Bankgeheimnisses für Sozialhilfeempfänger sieht Bayerns Sozialminister Fritz Pirkel eine Einsparungsmöglichkeit bei den ständig anwachsenden Sozialhilfekosten. Mit einer ausreichenden Kontrolle über Einkommens- und Vermögensverhältnisse könnten „schwarze Schafe“, die die Sozialhilfe „mißbrauchten“, leichter auffindig gemacht und den wirklich Bedürftigen besser geholfen werden, begründete Pirkel am Montag vor der Presse in München seinen Vorschlag. Außerdem müsse die Arbeitspflicht von arbeitsfähigen Sozialhilfebeziehern mehr als in der Vergangenheit ausgedehnt werden. Pirkel denkt dabei an gemeinnützige Aufgaben wie Abfallesammeln im Wald, die sonst von den Kommunen nicht mehr bezahlt werden könnten.

FR 21.6.83

Selbst die Klotür wird beobachtet

Datenschutzanlage als Personalinformationssystem enttarnt

Vor Saboteuren, Terroristen und Datenhändlern will der nordrhein-westfälische Finanzminister das Rechenzentrum der Finanzverwaltung und die gespeicherten Daten schützen. Von 1978 bis Juni 1981 wurde das 3,5 Millionen Mark teure System Sipass installiert. Dazu gehören Ein- und Ausgangsleser, der sogenannten Handleseautomat Identimat sowie Videokameras und Aufzeichnungsgeräte. Alles, ohne den Personalrat zu informieren.

Wer das Rechenzentrum betreten oder es verlassen will, steckt seine Code-Karte in den Ein- und Ausgangsleser, die Daten werden automatisch verglichen, der Zutritt

oder Ausgang freigegeben – falls die Daten übereinstimmen.

Zutritt in Räume, in denen Daten elektronisch verarbeitet werden, versperrt Identimat. Er tastet die Handgeometrie des Zutrittbegehrenden ab, vergleicht sie mit der gespeicherten. Findet er die gleichen Linien, wird die Sperre gelöst.

Ergänzt wird die Kontrolle mit fünfzehn Videokameras und Aufzeichnungsgeräten. Die Beschäftigten lassen sich so bei nahezu allen Tätigkeiten beobachten. Die Kameras sind am Eingang und in Fluren postiert, ihre Objektive in die Kantine und auf die Türen zu den Toiletten gerichtet.

OTV-Magazin 5/83

Kapitals (die Multis reservieren sich bereits ihre eigenen Relais auf Satelliten), wird diese in der BRD von der Bundespost aufgebaut. Zur Zeit werden parallel eine Vielzahl von Netzen und Kommunikationsstrukturen aufgebaut (sogenannte „Dienste“), die langfristig integriert werden sollen. Für den Datenaustausch zwischen großen Rechnern (Betrieben, Ämtern etc.) werden spezielle Netze mit hohen Übertragungskapazitäten installiert. Darüberhinaus wird unter Ausnutzung der vorhandenen technologischen Verkopplung über das Telefon die allgemeine Vernetzung der Individuen entwickelt. Parallel zueinander werden zwei Ziele verfolgt: 1. Die allgemeine Digitalisierung der Übertragung auf den Telefonleitungen, wozu die Sprache in digitale Informationen zerlegt und übermittelt wird. Die Übermittlung von Sprache, Text und Bild wird damit vereinheitlicht und integriert; gleichermaßen der Computersteuerung unterworfen. Zielpunkt ist das „integrated service digital network“ (ISDN), das auf den bisherigen Telefonleitungen beruht. 2. Da diese Leitungen die Übertragung bewegter Bilder (Videoüberwachung, Fern-Sehen als Bestandteil dezentralisierter Arbeitsformen) und großer Datenmengen nicht leisten, wird mit der Verkabelung (Kupfer, Glasfaser) gleichzeitig die Erhöhung der Übertragungskapazität gesteigert. Endpunkt dieses Ausbaus wird das BIGFON (Breitband-integriertes-Glasfaser-Fernmelde-Ortsnetz) sein.

jetzt schon installierten Netzen ist die Zerschlagung der Massenarbeit im Verwaltungsbereich. Die Taylorisierung und Mechanisierung der Arbeit in diesem empfindlichen Bereich hat für das Kapital zu einer bedrohlichen Homogenisierung dieser entqualifizierten Massenarbeit geführt. Erst über eine Strategie der Dezentralisierung der Arbeit wird auch die abgelaufene Entprofessionalisierung in Verbilligung der Arbeitskraft übersetzbar.

In den USA verlagern Banken und Versicherungen die Arbeit über Telekommunikation in den gewerkschaftsfreien Süden und zerschlagen Lohnkämpfe durch den Einsatz der Telearbeiter/innen als Streikbrecher. In Frankreich existieren zur Zeit etwa 40 000 dieser Arbeitsplätze, und die Zahl soll durch ein Regierungsprogramm bis 1985 auf 400 000 erhöht werden. Für die BRD existieren noch keine Zahlen über den Umfang dieser Arbeitsform, aber schon Matthöfer hatte als Postminister die Entwicklung neuer Telekommunikationsformen als Medium der Mobilisierung Heimarbeit angekündigt. In der Voruntersuchung für ein Modellprojekt des Landes Baden-Württemberg wird der Angriff auf die Klasse präzisiert:

„Die Verlagerung geeigneter Tätigkeiten in strukturschwache Räume könnte dort positive arbeitsmarktpolitische Effekte erbringen und für das nutzende Unternehmen möglicherweise Lohnkosten senken. Die



Mikrofilmlesegeräte zur Arbeitsvermittlung



Tele-Heimarbeit

Dieses langfristige Projekt, das erst in den 90er Jahren realisiert sein wird, zielt nicht so sehr auf die Integration verschiedener Datenbanken, sondern die unmittelbare Einbindung der Individuen in den informationstechnologischen Gesamtzusammenhang der Gesellschaft. Als massenhafte Technologie der Subsumtion des individuellen Verhaltens werden die „Endgeräte“ für den Anschluß an das Netz entwickelt, die sämtliche Funktionen (von der Schreibmaschine bis zum Fernseher) integrieren. Die sogenannte „Intelligenz“ dieser Terminals charakterisiert ihre Potenz zur Einverleibung des lebendigen Verhaltens.

Wir müssen uns keinen spekulativen Zukunftsvisionen hingeben, um die klassenpolitische Strategie dieser Vernetzung zu entschlüsseln. Zentraler Bestandteil der Versuche mit den

Nutzung breitbandiger Übertragungswege zur Überbringung von Arbeitsinhalten und -leistungen wird zur Verringerung oder Einsparung von Wegezeiten und Fahrtkosten führen. Völlig neue Möglichkeiten des Job-Sharing können sich für teilzeit-arbeitsuchende Frauen in dezentralen Büros (Nachbarschaftsbüros oder selbständige Trägerschaft) ergeben.“ (Neue Kommunikationstechniken, Perspektiven für das Land Baden-Württemberg, 1982)

Da sich gerade die untersten Segmente der Klasse (die Experten empfehlen die Mobilisierung von Frauen-, Kinder- und Behindertenarbeit) kaum die Netzanschlußkosten und das Terminal leisten können, werden sie in elektronische Klitschen gedrängt.

„Es gibt Überlegungen, in Hochhäusern, Klein- und Trabantenstädten kleine Zentren mit den notwendigen Geräten auszurüsten, in denen mehrere Menschen gleichzeitig arbeiten.“ (Brepohl, Institut der deutschen Wirtschaft und Mitverfasser der obigen Studie)

Allerdings wird diese Heimarbeit auch gänzlich privatisiert werden. In gleicher Weise, wie die Näherinnen über den Verkauf von Nähmaschinen auf Ratenzahlung in eine extreme Arbeitshetze fürs Kapital gepreßt wurden, wird der Verkauf von Heimterminals die Teletypistinnen in die Schufferei als „selbständige“, über Werkverträge ans Kapital gebunden, treiben.

Der Elektronikkonzern SIEMENS hat bereits Erfahrungen mit dieser Arbeitsform gemacht. Die Qualität und Geschwindigkeit der Arbeit ist besser geworden, bei gleichzeitiger Senkung der Lohnstückkosten um 30%. Die Dezentralisierung der Arbeit auf der Basis des Telekommunikationsnetzes eröffnet vor allem ganz neue Rekrutierungsstrategien: „Die gesamte Bundesrepublik Deutschland ist als Arbeitsmarkt anzusehen.“ (data-report 1/83) Diese zur Schau gestellte Rücksichtnahme des Multis Siemens auf den nationalen Gesamtarbeiter ist überflüssig. Die Netze der Bundespost werden nach internationalen Standards aufgebaut, Telearbeit wird damit über den nationalen Rahmen hinaus mobilisierbar, ohne damit neue sozialräumliche Konfliktpotentiale zu schaffen.

„Für viele wird ein (Alp!)Traum Wirklichkeit: Die Arbeit kommt zum Menschen – nicht umgekehrt.“ (ebd.)

Im Klartext: der Ausbeutungsanspruch des Kapitals verfolgt die Klassenindividuen in alle Poren der Gesellschaft und in die entlegensten Winkel.

Das Prinzip der informationstechnologischen Anbindung dezentralisierter Arbeit besteht in dem tendenziellen Zusammenfallen der Arbeitstätigkeit und ihrer zentralisierten Kontrolle. Der Computer registriert in der Arbeit die Arbeitszeit und -geschwindigkeit, Fehler und Abwesenheit. Mit der allgemeinen Vernetzung der Datenübermittlung und der Ausbreitung der dezentralen Anschlüsse werden immer mehr Handlungsvollzüge – über die eigentliche Lohnarbeit hinaus – zu unmittelbaren Datenlieferanten. Die betrieblichen Telefoncomputer registrieren die Gesamtheit aller telefonischen Kontakte (Speicherung der Nummern), der Temex-Dienst der Post realisiert Fernmessen, -anzeige und Fernschalten. Durch BTX werden modellhaft weitere Reproduktionsbereiche in die zentralisierte Verhaltensspeicherung einbezogen – auch wenn sich dieses spezielle Netz nicht allgemein verbreiten wird.

Um den Zugriff durch diese Netzstruktur auf die einzelnen Individuen zu garantieren, muß die Identität des jeweiligen Individuums maschinell registriert werden können. Jede Möglichkeit der Verwechslung und des kollektiven Zugriffs auf die Übertragungsleitungen wäre ein Ansatzpunkt für das Klassenverhalten, um die Kontrollstruktur zu unterlaufen.

Die Maschinenlesbarkeit des Individualverhaltens: die Personalkarte

In extrem sensiblen Bereichen, aber noch nicht als Massentechnologie werden maschinelle Bild- und Stimmerkennungssysteme eingesetzt, z.B. maschinelle Fingerabdruckleser (s. ÖTV-magazin 5/83). Als massenhaftes Identifizierungssystem werden von den Betrieben maschinenlesbare Werksausweise verwandt, die über Zugangskontrollen die Anwesenheit der einzelnen Arbeiter im Betrieb oder bestimmten Abteilungen erfassen und durch BDE-Systeme Arbeitszeiten, -leistung und Fehler einzelnen Personen zuordnen. Mit der maschinenlesbaren Scheckkarte wird der gesamte Bankverkehr absehbar in einen Maschinenkontakt verwandelt. 1977 führte die Bundesregierung einen Modellversuch mit einer computerlesbaren Krankenscheckkarte durch, um die Erfassung und Integration der Daten über einzelne Versicherte zu automatisieren.

Diese differenzierte und zum Teil experimentelle Einführung von Personenkarten wird durch das Projekt **maschinenlesbarer Personalausweis** rationalisiert und auf ein allgemeines Niveau gehoben. Die maschinelle Identifizierbarkeit der Individuen wird vom Staat für alle Bereiche der Produktion und Reproduktion durch die Zwangseinführung der maschinenlesbaren Karte garantiert. Mit diesem Instrument sichert sich der Staat den Zugriff auf das Sozialverhalten der zerstreuten Klassenindividuen und schafft zugleich eine allgemeine Herrschaftsbedingung für die Vernutzung der Arbeitskraft durch das Kapital.

(Der von Datenschützern und Bürgerrechtlern beschworene Gegensatz Mensch - Technik oder Volk - Staat verleugnet die klassenspezifische Gewalt der Datentechnologien. Ganz zu recht wirbt das Regime bei den Mittelschichten für den neuen Ausweis mit dem Hinweis auf Erleichterungen, Bequemlichkeit und Sicherheit. Im Rahmen ihrer Partizipation an der kapitalistischen Ausbeutungsstruktur bedeutet die technische Identifizierung für sie die maschinelle Registrierung ihrer privilegierten Situation. Ihr Problem wird es höchstens sein, daß die persönlichen Daten nur ja korrekt abgespeichert werden, damit ihre Stellung am oberen Ende der sozialen Hierarchie exakt festgehalten ist.)

Die maschinenlesbare Karte ist von Anfang an ein **internationales Projekt** gewesen, die EG und ein Unterausschuß der UNO hatten 1977/78 internationale Standards für den technischen Aufbau der Karten entwickelt. Der westdeutsche Ausweis orientiert sich an diesen Normen (OCR B1 Schrift) und ist damit auch für Ausweisleser in anderen Ländern verwendbar. Auf die Verkartung der Arbeitsimmigranten wird wohl auch deshalb verzichtet, weil die Einführung von maschinenlesbaren Ausweisen in deren Herkunftsländern geplant ist. Wichtiger noch als für die sicherheitspolizeiliche Aufgabe der Grenzkontrolle und Fahndung werden die maschinenlesbaren Karten daher als Identifizierungsmittel in den internationalen Rekrutierungs- und Vernutzungsstrategien gegenüber der international kombinierten Arbeitskraft werden.

Für die staatliche Verwaltung wird mit der Karte ein neuer Automationszyklus eingeleitet, der sich auf die Automatisierung des Kontakts der betroffenen Individuen und den staatlichen Stellen bezieht. So wie heute sämtliche Bankoperationen an einem Terminal erledigt werden können (Bankautomat oder BTX), werden die formalisierten Verfahren der Antragstellung und deren Bearbeitung ohne das Dazwischentreten eines Sachbearbeiters bearbeitet werden. Zumal dann, wenn die Verwaltungscomputer die entscheidungsrelevanten Daten aus dem Einwohnerinformationssystem abrufen können.

„Die noch deutliche Überbetonung des katalogisierenden Aspekts der Datenverarbeitung mit dem Klassifizieren und Einordnen von Daten in Datenbanken, Register oder Nachschlagwerke versperrt den Blick für weitreichende Automationsansätze, für Systeme, die Verwaltungsvorgänge nach einem Auslöseimpuls selbständig ausführen und ihre Handlungsweise erläutern.“ (ÖVD-online 7/83)

Eine amerikanische Firma plant, in der BRD 90 000 Ausweisleser zu verkaufen, die sicherlich nicht nur an Grenzstationen zum Einsatz kommen. Mit dieser Mechanisierung der Bürokratie wird die Subsumtion der Individuen unter ihre formalisierten und verrechtlichten Regelungen handgreiflich; die bürokratische „Maschinerie“ wird zur stofflichen Technologie.

Computerpartisanen und Klassenkampf

Die Horrorvisionen vom Computerstaat, die die öffentliche Debatte um die Verdattung prägen und in der kurzlebigen Kampagne gegen die Volkszählung artikuliert wurden, sind – vergleichbar der Friedensbewegung – zum Ventil geschichtspessimistischer Ängste des neuen Mittelstandes geworden. In diesen Ängsten und Bewegungsformen ist der klassenspezifische Gehalt dieser technologischen Gewalt theoretisch wie

praktisch ausgeblendet. Von diesem Verständnis her kann daher auch kein Begriff der sich durch die Verdichtungsprojekte hindurch fortpflanzenden Dialektik der Herrschaft und des Klassenkampfes entwickelt werden. Die Analyse der neuen „industriellen Revolution“ vom Klassenverhalten her zeigt dagegen, daß der Klassenkampf durch die Informationstechnologien nicht lahmgelegt werden kann, sondern auf ein neues Terrain übergeht.

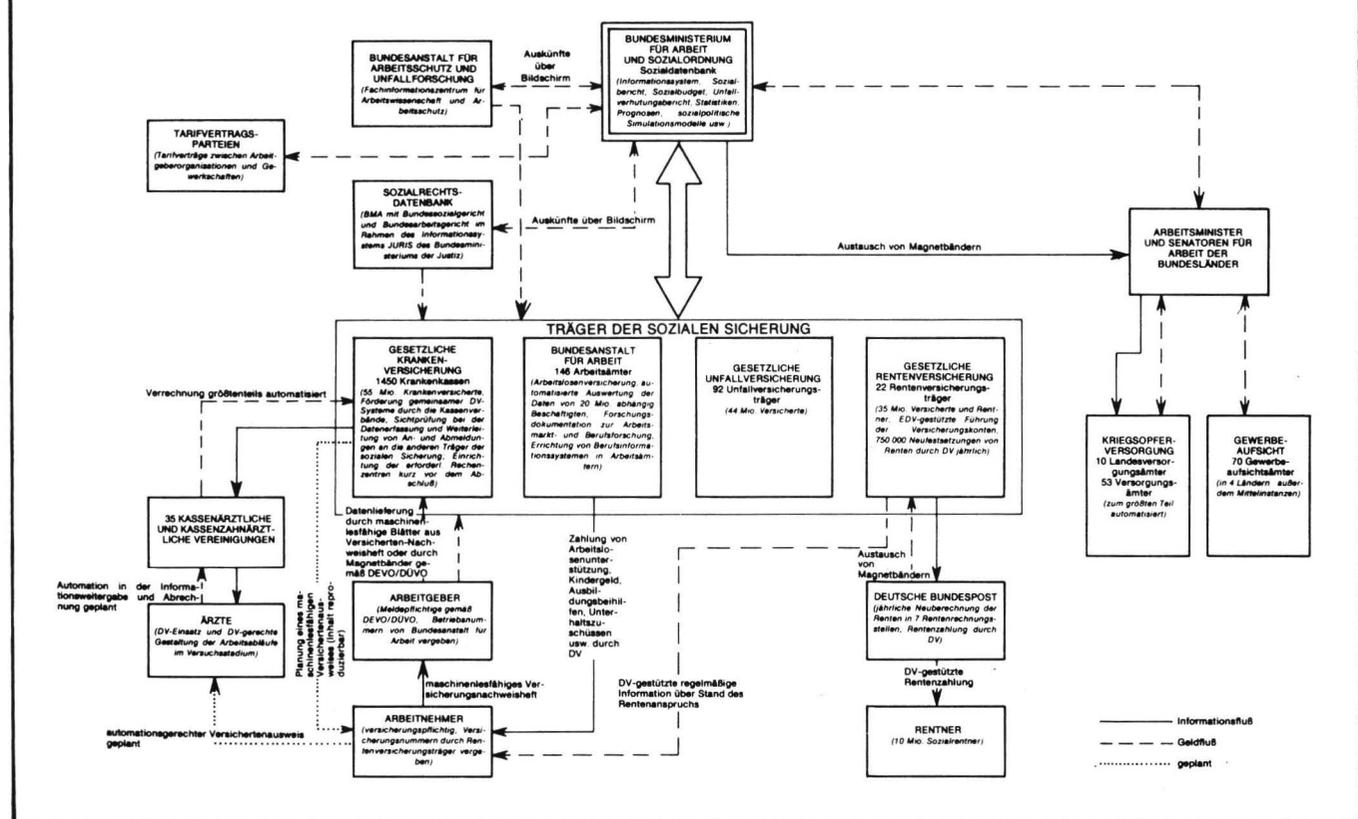
Die Verdichtung ist keine lineare Potenzierung von Herrschaft und ihrer Unangreifbarkeit, sondern ein Medium zur Ausfüllung von Kontroll-Lücken, die von oben und unten gerissen worden sind. In seiner Taylorisierung und Formalisierung der Arbeit und der Lebensbereiche außerhalb der Produktion hat das Kapital die klassischen gesellschaftlichen Subsysteme, die die politische Herrschaft durch Formen der unmittelbaren personalen Kontrolle stabilisierten, zerstört, und die Möglichkeiten des stabilisierenden Verhandels mit der zentralen Arbeiterklasse sind von unten her außer Kraft gesetzt worden. Der direkte und unmittelbare Zugriff auf die Klassenindividuen durch die datenmäßig zentralisierte Herrschaft von Kapital und Staat ist Ausdruck dieses Zerfalls vermittelnder gesellschaftlicher Strukturen.

In der jetzigen Umstrukturierung der Klassenzusammensetzung gibt es in der Tag wenig Anzeichen für die Entwicklung von Widerstand und der Bildung einer neuen Klassensubjektivität gegenüber dem datengestützten Kontrollanspruch. Wir erleben vielmehr die Zersetzung der Klasse auf breiter Ebene. Es läßt sich auch nicht prognostizieren wie sich die Klasse das neue Terrain des technologischen Klassenkampfes aneignen wird. Die Form ihrer technologischen Neuzusammensetzung kann aber die Ansatzpunkte aufzeigen, an denen sich die Neukonstitution revolutionärer Klassensubjektivität entzündet.

Ein Ausgangspunkt für minoritäre Widerstandsstrategien liegt heute in der Angreifbarkeit der Aufbauarbeiten. Obwohl die Bürgerrechtsbewegung gegen die Volkszählung '83 wie ein Kartenhaus in sich zusammengefallen ist, war sie Initiator für eine fortdauernde Sabotagewelle gegen die Verkabelung und Erfassungseinrichtungen. Die Störung und Zerstörung der telekommunikativen Infrastruktur und von Sozialdateien erhält eine produktive Funktion in der Entwicklung des Klassenwiderstands, wenn sie immer wieder Freiräume für Entwicklungen außerhalb der Datenkontrolle herstellt. Allein darüber kann aber die differenzierende und zersetzende Wirkung der Informationstechnologien nicht aufgehalten werden.

Die Widersprüchlichkeit der informationstechnologischen Kontrolle liegt in der Breite, auf der sie soziale Beziehungen in stoffliche Technologie transformiert. Obwohl über sie die Klasse atomisiert und differenziert wird, schafft sie eine neue Homogenität gegenüber der sozialen Gewalt der toten Arbeit. Das technologische Gefälle nach Betriebsgrößen und verschiedenen gesellschaftlichen Sektoren wird durch den neuen technologischen Angriff tendenziell aufgehoben. Die chips sind die wohlfeile Waffe, die den technologischen Gesamtzusammenhang des Kapitals und der kapitalistischen Staatsfunktionen gleichförmig in alle Arbeitsformen und Lebensbereiche hineinträgt. Selbst die Beantragung von Armenunterstützung, die Lagerunterbringung oder vernichtende Aussonderung wird als unmittelbare Herrschaft der toten über die lebendige Arbeit erfahren. Das capital fixe wird zum allgegenwärtigen Terror. Hierin liegt der Anstoß für eine neue subjektive Klassenidentität, die sich gegenüber der Dimension des Verfügungsanspruchs der Maschinerie von vornherein über die Fabrik und die einzelne Nation hinaus artikulieren muß.

Automation in der Sozialpolitik der Bundesrepublik Deutschland – Stand 1977



Zur Modernisierung der staatlichen Planungsmaschinerie

Das kybernetische Staatsmodell als organisatorische Antwort auf die Krise

Staatliches Interesse an möglichst umfangreichen und detaillierten Informationen über die gesellschaftlichen Entwicklungslinien verdankt sich im allgemeinen der gesonderten Organisation und herrschaftlichen Absicherung gesellschaftlicher Funktionen, die erst das Wirken der „unsichtbaren Hand des Marktes“ ermöglichten und diese im Verlaufe der Kapitalentwicklung notwendig ersetzen, also der Zunahme außerökonomischer Zwangsgewalt, die den Agenturen der Macht als „zunehmende Komplexität der gesellschaftlichen Arbeitsteilung“ erscheint. Und im besonderen verdankt sich dies Informationsbedürfnis der Zentralität staatlicher Politik in der wohlfahrtsstaatlichen Vermittlung des sozialen Antagonismus im keynesianischen Gesellschaftsprojekt: der Zuständigkeit des Staates für die Reproduktion der Klasse als Motor der Kapitaldynamik im Schema von expansivem Wachstum und Vollbeschäftigung. In diesem Rahmen sind vordringlich die Informationen der Massenverwaltung von Bedeutung, die eher globale, aber systematische Erfassung und informationelle Verarbeitung homogenen sozialen Verhaltens.

Die sich abzeichnende Krisenhaftigkeit dieses Projektes auf der Ebene der Anbindung von Lohn und Produktivität ab Mitte der sechziger Jahre trifft auf die Existenz einer Informationstechnologie, die das perspektivische Versprechen eines gewaltigen Sprungs in der Befreiung von lebendiger Arbeit in sich trägt und auf der Ebene der Macht die Perspektive eines neuen Planungsvorsprungs eröffnet. Das exzessive Aufleben der sozialdemokratischen Variante keynesianischer antizyklischer Politik in der Periode zwischen der Verabschiedung des Stabilitätsgesetzes 1967 und der Übertragung der wirtschaftlichen Steuerungsfunktion vom Staatshaushalt auf die bereits monetaristisch orientierte Bundesbank 1973 beantwortete die Systemkrise, die als Normalität sozialstaatlich-bevölkerungspolitisch verwaltet werden sollte, und leitete zugleich den Prozeß der Rekonstruktion durch aktive sektorale und regionale Strukturpolitik ein, der in die „Modernisierung der Volkswirtschaft“ und in den informationell begleiteten „geordneten Strukturwandel“ mündete. Wird die Krise über ihre verschiedenen Phänomene hinweg als ein – durchaus widersprüchlicher – Prozeß der Zerstörung und Neuzusammensetzung von Gesellschaftlichkeit, von ökonomischen und sozialen Verwertungs- und Machtverhältnissen begriffen, dann lassen sich die scheinbar parallel entstehenden Forderungen nach umfassenderen und besseren Informationen (1) als Barometer dieser Auseinandersetzungen entschlüsseln: Am Ende des staatlichen Informatisationsprozesses sollte etwas qualitativ Neues stehen (2). Der Aufbau einer staatlichen informationstechnologischen Infrastruktur war die langfristige Antwort auf die Auflösung der taylorisierten Massenfabrikarbeit und die sich entwickelnden Bewegungen und Kämpfe im Reproduktionsbereich. Er signalisiert bereits das Ende der

bisherigen Reproduktionsweise des Kapitals. Das widersprüchliche Wechselspiel einer heute als Übergang erscheinenden Phase zeigt sich beispielhaft in der überproportionalen Steigerung staatlich vermittelter Sozialeinkommen (z.T. ohne Arbeit wie BAFÖG) als Ausdruck der Macht sozialer Bewegungen einerseits und in der gleichzeitigen Bekämpfung der ‚Kostenexplosion‘ im Gesundheitssektor, bei den Renten usw. und der Einrichtung der Sozialdatenbank beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales andererseits. Die Sozialdatenbank realisierte, ausgehend von einer 1968 konstatierten „dringend notwendigen größeren Transparenz der Sozialversicherung und des Arbeitsmarktes“ (3), einen Sprung in den Planungskapazitäten einer mittlerweile „kybernetisierten“ Staatorganisation. Mit diesem Begriff soll vor dem Hintergrund der Anwendung von Kybernetik und Systemtheorie durch den Staatsapparat zur eigenen Optimierung zweierlei bezeichnet werden.

Erstens die organisatorische Effektivierung, Integration und Modernisierung der einzelnen Sektoren der Verwaltung unter den kybernetischen Prämissen von Integration/Desintegration, von innerer Anordnung und externer Zielhierarchie. Es geht um eine technologische Rekonstruktion vom Standpunkt der Bestandssicherung des Ganzen. Zweitens muß die funktionelle Entledigung von politischen Mechanismen der klassenkompromißlerischen, reformistischen Vermittlung – wie parlamentarische Massendemokratie, informelles bargaining von Ansprüchen, Bürgerinitiativen usw. – durch die technologische Enteignung und staatliche Aneignung der darin noch aufgehobenen sozialen Kompetenzen und Möglichkeiten berücksichtigt werden. Hierbei geht es um die Transformation sozialer Vergesellschaftung in Daten, Modelle und informationstechnologische Strukturen, die das neue Gerüst staatlicher Macht abgeben.

Beiden Bestimmungen gemeinsam ist die Durchsetzung eines Anspruchs auf Gesellschaftsplanung, dessen neue Qualität in der Selbstsetzung des Staates als Regler und der Gesellschaft als Regelstrecke in einem mehrfach informationell rückgekoppelten Regelkreis besteht. Im wesentlichen handelt es sich um die Parallelität der Beziehungen von:

- Planungsinformationen über den Stand und die Entwicklung des Systems inklusive entstehender Planungsbedürfnisse, d.h. Vermeidung, Lokalisierung und „Verarbeitung“ partiellierter Krisen und Konflikte;
- von Kontrollinformationen über das Verhalten und zur Integration der einzelnen Sektoren und Ebenen der Administration selbst;
- und von Überwachungsinformationen zur repressiven Einbindung von Individuen und Gruppen und als (z.T. computerisiertes) Frühwarn-System.

Im Rahmen dieses Modells werden Protest, Widerstand, Revolte in einzelnen Sektoren systemfunktionell als notwendiger Indikator noch verborgener zukünftiger Bestandsprobleme begriffen.

Dies gelingt solange, wie die gesellschaftlichen Individuen sich zu ihrer Gesellschaftlichkeit nicht anders verhalten als es ihnen als Elemente eines kybernetischen Systems abverlangt wird: den Zusammenhang des Systemganzen nicht durchschauend, nicht fähig zur sozialen Subjektivität. An diesem Punkt trifft sich der kybernetische Diskurs mit der neoklassischen/neokonservativen Ideologie, in deren Zentrum nicht mehr die Logik der Arbeit oder die Logik des Kapitals, sondern eine solche „Logik des Individuums“ steht.

Der Aufbau der informationellen Infrastruktur

1956 wird der erste Rechner der Sozialverwaltung bei der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte in Betrieb genommen, Anfang der sechziger Jahre beginnt die Automation der Finanzverwaltung; etwa 1978 ist die Automatisierung der Massenverwaltung der BRD im wesentlichen abgeschlossen. D.h. die alten Strukturen der auf mehr oder weniger formalisierten Tätigkeiten des Sachbearbeiters beruhenden Verwaltung

Neue Planungsmaschinen

Im Gegensatz zur zentralstaatlichen Planung (vgl. Kasten 2) spielt der Computer, obwohl alle wesentlichen Verwaltungsfunktionen automatisiert sind, auf der kommunalen Ebene „praktisch keine Rolle für den Planungsprozeß“ (1). Als wesentliche Ursache werden hierfür in der Planungsliteratur eine „Skepsis der Planer“ genannt, die u.a. aus einer anfänglichen allgemeinen Fetischisierung der Information herrührt und gerade in der Auseinandersetzung mit Initiativen usw. die Grenzen der „harten“ Information in Gestalt von Zahlenkolonnen objektiver Daten (Einwohnerzahl, -struktur, Wohndichte, Funktionsverteilungen im Raum usw.) offenbart. Routinehafte Manipulationen mit einfachen Methodenprogrammen beschränken sich eben im Grunde auf Datenverwaltungs-, -analyse- und -darstellungstechniken. Hinzu kommt eine unzureichende Entwicklung der Modelltechnik, die zu einer ineffektiven Differenz zwischen Modellentwicklern und Modellanwendern führt. Weiterhin macht sich eine Grenze auch „beim anspruchsvollsten Verfahren der Systemanalyse, der Computer-Simulation“, bemerkbar: „Sie kann zwar die Konsequenzen möglicher Maßnahmen in Hinblick auf eine bereits festliegende Zielsetzung eventuell sogar so eindeutig simulieren, daß sich die Bewertung der Maßnahmen ‚automatisch‘ ergibt; aber für das Erkennen der Ziele und Zielalternativen sowie das Ordnen der Ziele nach ihrer Priorität ist sie kein taugliches Instrument.“ (2) Damit ist im Rahmen der Entwicklungslogik nichts anderes beschrieben als die Aufgabe, den Prozeß der „Zielfindung“ und „Wertsetzung“ selbst der Auseinandersetzung der politisch-sozialen Kräfte zu entziehen und zu versachlichen.

Die Lösung wird auf zwei Ebenen in Angriff genommen, der unmittelbaren Planungsebene und der Akzeptanzebene.

Der Planer benötigt „weiche“ Informationen über Ziele, Motivationen, Kontroversen, Koalitionen, zukünftige Entwicklungen und Probleme aus dem Informationssystem, d.h. überwiegend nicht-numerische Informationen über die gesellschaftlichen Beziehungen im Planungsquadrat (die zu beschaffen u.a. der Akzeptanzforschung zufällt). Zweitens müssen ihm kurzfristige, spezifische Informationen zur Verfügung gestellt werden für die Argumentation auf wechselnde politische Gegebenheiten und „Bürgerbeteiligung“ hin (3). In diese Richtung wurden in den siebziger Jahren in verschiedenen Großstädten Planungssysteme eingerichtet: die Struktur- und Planungsdatenbank Berlin, das POLIS-Stadtsimulationsmodell (u.a. in mehreren Ausbaustufen in Köln), das Kommunale Planungs- und Analysesystem KOMPAS in München. Dort wurde zudem ein eigenes Planungsreferat eingerichtet, das zwischen 1976 und 1980 ein neuartiges Simulationsmodellprogramm entwickelte.

Dieses Programm zeichnet sich wie die Modellbank der GMD (Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung) durch ein Baukastenprinzip und durch Dialogfähigkeit aus, d.h. durch Einfachheit der Sprache (es sind keine speziellen EDV-Kenntnisse erforderlich), Befreiung von Programmieraufwand sowie time-sharing (der Computer verteilt seine Rechenzeit auf mehrere Benutzer intervallmäßig so, daß diese den Eindruck kontinuierlicher Benutzung haben). Der Planer entwickelt sein Planungsmodell im ständigen Dialog mit dem Computer aus verschiedenen Modellbauteilen sukzessive. Erreicht wird die „Planspielsimulation einer realen Entscheidungskette in Zeitraffung“. Als

eigentliches Modell fungiert nun „die im Dialog gefundene Wertstruktur in einer instrumentell gestützten Entscheidungssituation“. Es findet die **Maschinisierung des verbliebenen (politischen) Entscheidungsprozesses** statt. „Diese Art der Entscheidungsvorbereitung ist zu charakteristisch als politischer Abklärungs- und Suchprozeß mit ständiger Rückkoppelung durch das Simulationsmodell.“ (4) Dies richtet sich gegen die verbliebenen lebendigen Funktionen des Planers im Gestrüpp der Entscheidungsfindung.

Die Akzeptanz solcher Planung ist damit jedoch noch nicht garantiert. Planung hat einerseits effektiv und leistungsfähig zu sein, was für den Typus rein technokratischer Planung spräche; andererseits stieß sie in der Vergangenheit auf eine Reihe von Widerständen, was als mangelnde Berücksichtigung von Werten, Interessen und Selbstverwirklichung der „Systemmitglieder“ interpretiert wird. Die Lösung dieses strukturellen Problems wird im Perspektivwechsel von den einzelnen Planern und Planungseinheiten auf die Interaktion zwischen ihnen und der Umwelt (den Betroffenen) gesucht. „Das heißt, die wesentlichen Leistungen des Planungssystems wie Problemerkennung, Zielfindung, Lösungssuche, Bewertung und Auswahl werden aus den Planungseinheiten in die Kommunikationsprozesse zwischen ihnen verlagert.“ (5) Wie nun das, sollen die Planungsobjekte jetzt selbst planen? Mitnichten: zunächst geht es um die rechtzeitige Artikulation ihrer Interessen, damit diese rechtzeitig in den Prozeß eingehen und nicht die fertige Planung im nachhinein mit Durchsetzungsproblemen konfrontiert wird. Nicht einmal ein öffentlicher Diskurs ist intendiert, denn dieser sei das „archaischste aller Interaktionsmedien“, wie sich auch direkte Demokratie als das schlechteste Mittel der Komplexitätsreduktion erweise. Kurz und knapp: die Beteiligten treffen sich zum technologischen Diskurs, entwickeln in Interaktion mit dem Informationssystem ihre „Zielfunktion“ und ihr Modell, bekommen dann die Auswirkungen präsentiert, die verschiedenen „Nutzen“ (z.B. Industrieansiedlung, Wohnformen, Verkehrslage usw.) werden gewichtet und miteinander verrechnet. Und mit dem, was heraus kommt, müssen alle zufrieden sein, weil der Prozeß der Aushandlung einwandfrei objektiv, da computerisiert und simuliert, vonstatten ging. „Dabei steht der Gedanke im Vordergrund, maschinelle Informationsverarbeitungsleistungen so in den Planungsprozeß zu integrieren, daß menschliche Informationsverarbeitungsleistungen je nach Situation ersetzt, entlastet oder gefördert werden. Automation für die Planung gewinnt damit einen neuen Stellenwert: (...) es geht vor allem um eine maschinelle Verstärkung der kreativen, innovativen und kommunikativen Kernelemente der Planertätigkeit wie Problemerkennung, Zielfindung, Entwurf, Bewertung und Vermittlung, d.h. um ein kollektives Problemlösen mit Hilfe spezialisierter Maschinen (...) Derartige Interaktionssysteme können als Mensch-Maschine-Systeme für die Planung (...) bezeichnet werden.“ (6)

Anmerkungen:

- (1) Michael Wegener, Die Anwendung von Computern für die Stadt- und Regionalplanung, in: ÖVD Heft 9/1979, S. 3-8.
- (2) Thomas Schmitz-Bender, Systemforschung – Grenzen und Möglichkeiten aus soziologischer Sicht, Frankfurt/Main 1980, S. 148.
- (3) nach Wegener, a.a.O.
- (4) Ulrich Kubatzky / Wilfried Tettweiler, Dialogfähige Simulationsmodelle als Entscheidungshilfen praktischen Planungs-handelns, in: ÖVD 11/81, S. 9-13
- (5) Michael Wegener, Mensch-Maschine-Systeme für die Stadtplanung, Basel/Stuttgart 1978, S. 6
- (6) ebd.

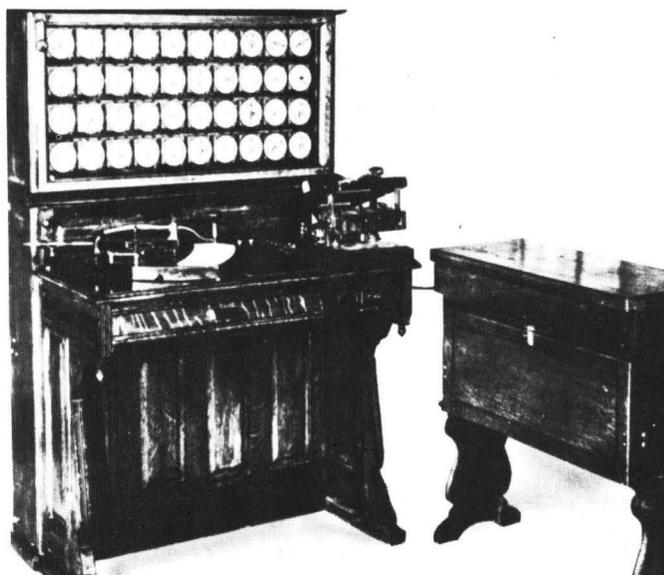
und Kontrolle von Geld und Verhalten in den staatlichen und halbstaatlichen Institutionen sind durch computerisierte Abläufe ersetzt: maschinelle Daten- und Textverarbeitung (Computerbescheide etc.), vereinheitlichte und z.T. bereits kompatible Formulare und Verfahrensabläufe der operativen Tätigkeiten in der Ordnungs- und Leistungsverwaltung, kurz: maschinelle Buch- und Kontenführung hat sich durchgesetzt.

Diese Automation des Verwaltungsvollzugs erscheint „als Notwendigkeit komplexer werdender öffentlicher Verwaltungsfunktionen“ und kann „als Ausdruck wachsender Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Verwaltung und Gesellschaft gewertet werden“ (4). Die beabsichtigte Effizienzsteigerung dient der beschleunigten Bewältigung der anfallenden Massenarbeiten bei gleichzeitiger Formalisierung und Beschränkung des Kontaktes zu den Betroffenen (5) wie der potenzierten Verschleierung gesellschaftlicher (Einkommens-)Verhältnisse durch die Segmentation sozialer Gruppen über eine Vielzahl divergierender und fallspezifischer Einkommensquellen (6). Die gestiegene Beherrschung der Prozesse im sozialen Netz durch Automation eröffnet ein Reservoir zusätzlicher individuenbezogener Kontrollmöglichkeiten wie die einheitliche Sozialversicherungsnummer, sie liefert Verlaufsprotokolle über die individuellen Lohnarbeiter-Geschichten, und sie schafft auch die Voraussetzungen für die beiden nächsten Schritte der Informatisation: für den Aufbau von sektoralen Datenbanken und deren Verbund zu integrierten Informationssystemen sowie für den Ausbau zur „integrierten Datenverarbeitung“ als der am weitesten entwickelten Stufe in dem Sinne, daß menschliche Arbeit und Auseinandersetzung in einem extremen Maß ausgegrenzt werden.

„Integrierte Datenverarbeitung ist eine durch die Elektronik ermöglichte **Organisationsform** der öffentlichen Verwaltung, bei der die Daten als Grundaussagewerte durch Um- und Zusammensetzen zu **neuen** Informationen mit **mehreren** Auswertungsmöglichkeiten gemäß bestimmten Zielvorstellungen umgewandelt werden, wobei jeder Arbeitsschritt nur einmal erfolgen, ein den Maschinendurchlauf unterbrechender zwischenzeitlicher menschlicher Eingriff unterbleiben und die **Zusammenfassung von Aufgaben** sowie die **Zusammenarbeit verschiedener Verwaltungssubjekte** gefördert werden soll.“ (7) An dieser Bestimmung wird die organisatorische Kraft der DV-Technologie spürbar: technologisch determinierte Integration der einzelnen Sektoren bei gleichzeitiger Hierarchisierung und Entqualifikation der Angestelltentätigkeit, wodurch dem staatlichen Management sowohl der Überblick über das Zusammenspiel verschiedener Institutionen wie die Gewiß-

heit über das Tun des einzelnen Zulieferer-Arbeiters zufallen soll. Die hauptsächlichen Zwecksetzungen liegen neben der vordergründigen Durchlaufbeschleunigung nicht mehr des Sozialklienten, sondern seiner Daten, in der Standardisierung der Kommunikation durch die Notwendigkeit der Computeradäquanz und in der zunehmenden Rigidität bei der Anwendung bestehender und der Gestaltung neuer Vorschriften. Am Ende der Verwaltungsautomation steht damit mehr als die Ersetzung stupider Rechen- und Schreivarbeiten. Über das „Integrierte automatisierte Besteuerungsverfahren (IABV)“ zur Steuerfestsetzung und -erhebung, das seit 1977/78 bundesweit übernommen wird, heißt es in der einschlägigen Literatur: „In hohem Maße leistet gerade das Einkommenssteuerprogramm Subsumtionsarbeit; so sind in ihm eine große Zahl von rechtlichen Zweifelsfragen entschieden; die angesichts der häufigen Änderungen des Steuerrechts oft schwer zu beantwortende Frage nach dem für den jeweiligen Zeitraum anzuwendenden Recht wird dem Bearbeiter weitgehend abgenommen.“ (8)

Über ihren unmittelbaren Zweck hinaus schafft die Massenvwaltungsautomation das Bedürfnis wie die Möglichkeit für den Abbau von staatlichen Informationssystemen, in denen die täglich anfallenden aktuellen Daten aus allen Gesellschaftsbereichen mit den herkömmlichen statistischen Daten zusammengeführt werden können. Damit verbindet sich die Reorganisation der innerstaatlichen Arbeitsteilung, worin wiederum ein Indiz für den Anspruch und die Notwendigkeit mittel-

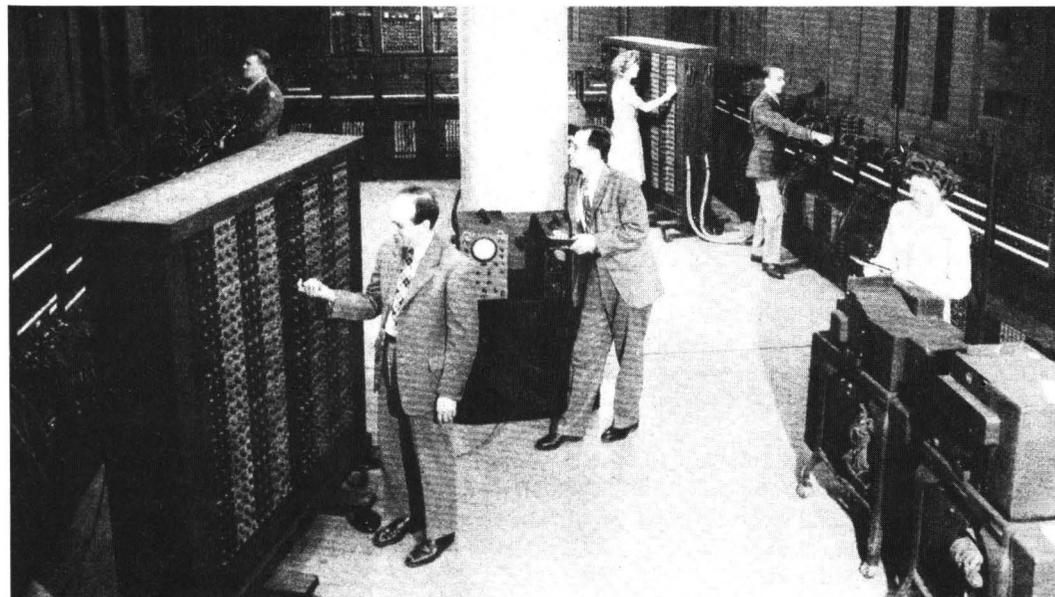


oben: Hollerith-Maschine zur Auswertung von Lochkarten; unten: Großraumbüro der 20er Jahre, Ad-diermaschinen



und langfristiger Regulationen durch eine erweiterte „planende Verwaltung“ zu sehen ist. Im Zuge der Informatisation entsteht eine neue Planungs- und Führungsstruktur, deren Durchsetzung die Anstrengungen zur Errichtung von Bundes- und Länderinformationssystemen und der kommunalen Datenverarbeitung gelten. Ihre Ausbaulogik ist die der Erschließung eines neuen zentralstaatlichen Planungsvorsprungs. Erstens sollen den Bundesbehörden als gesamtgesellschaftlichen ordnungspolitischen Planungsinstanzen, die zuvor über relativ wenige Daten aus dem Verwaltungsvollzug verfügten, neue Datenreservoir erschlossen werden. Zweitens soll die untere, kommunale Ebene als entscheidendes Umsetzungsglied staatlicher Struktur- und Verarmungspolitik einer stärkeren Kontrolle und neuen Funktionsbestimmung unterworfen werden (vgl. die Zentralität kommunaler Investitionen usw. im Rahmen antizyklischer Politik, die aktuelle Umschuldung zu Lasten der Kommunen, hauptsächlich bei der Sozialhilfe). (9) Die Durchsetzung der neuen innerstaatlichen Arbeitsteilung wird informationstechnologisch organisiert, in dem den unteren Ebenen durch Vereinheitlichung und Standardisierung der Datenstruktur und der Verarbeitungsverfahren die Möglichkeit unkontrollierten oder besonderen Verhaltens eingeschränkt oder ganz genommen werden. Dies geschieht mittels kompatibler Hard- und vor allem Software, einheitlicher Begriffe und Merkmalskataloge als Basis der Datenverarbeitung und des Datenverbundes, mittels Zuordnung zu regionalen Rechenzentren und damit einer organisatorischen und z.T. unmittelbar inhaltlichen Abhängigkeit. Auf diesem Fundament einer koordinierten und vereinheitlichten Vollzugsrationalisierung und auf den daraus resultierenden umfangreichen,

jederzeit aktuellen, beliebig kombinier- und aggregierbaren Individualdaten bauen sich die übergreifenden Informationssysteme auf. In sie gehen zum einen zielgerichtete und gebündelte Planungs- und Kontrollinformationen (Entwicklung der städtischen Haushalte, Bevölkerungsstruktur, eine Vielzahl spezieller Programme usw.) zur Beobachtung und Planung der laufenden Entwicklung zentraler Lebensbereiche ein. Zum anderen stellen die Informationssysteme den unteren Verwaltungsabteilungen die benötigten (individuellen) Informationen aus anderen Bereichen zur Verfügung, und zwar in einer hierarchischen, horizontalen Kommunikation weitgehend ausschließenden Struktur, die somit neue Protokollierungsmöglichkeiten eröffnet. Hieran wird bereits deutlich, daß die vordringliche Wirkung der Informationssysteme weniger darin liegt, „eine effizientere Lösung der anstehenden Planungsprobleme oder unmittelbar eine risikofreiere Sicherung der systemspezifischen Ziele zu gewährleisten, sondern (...) vor allem darin, die Gesamtstruktur des politisch-bürokratischen Apparates effizienter gestalten zu können“ (10). Ihre Wirkung liegt konkret in dem Abbau von Dysfunktionen durch zentralisierte Kontrolle, in der Integration von einzelnen Planungssektoren zu einem Gesamtgefüge („Netzwerk“), in einem insgesamt besser und neu koordinierten Gesamtverhalten. Dies ist bestimmt durch die zentralisierte problemauswählende, zielsetzende und die Entwicklung kontrollierende Planungsfunktion einerseits und durch die dezentralisierte ausführende und konkretisierende Umsetzung und Funktion der Ausregelung von Krisen und Konflikten andererseits. Der staatliche Plan diffundiert in die informationstechnologisch zusammengehaltene lokale Krisenausregulierung, er wird über- setzt in einen auf dieser Ebene angesiedelten und begrenzt gehaltenen Kontakt mit der Bevölkerung, mit Initiativen und Protesten usw., denen institutionalisierte „Partizipations“- möglichkeiten eingeräumt werden. Letztere erschienen in der Vergangenheit als „Demokratisierung“ und „Politisierung technologischer Planung“, dienten im Rahmen des Gesamtsystems jedoch der Erhöhung der Empfindlichkeit beim präventiven Aufspüren von Krisen und der Abschirmung der zentralstaatlichen Ebene vom unmittelbaren „Druck der Straße“. Die Gefahr der Verselbständigung wurde durch den Aufbau zusätzlicher Überwachungsmöglichkeiten und -informationen (Polizei-Systeme, Meldegesetz usw.) eingegrenzt, also im Zusammenspiel mit unmittelbarer Repression. Die zur Legitimationsbeschaffung dienende Teilnahme des ‚Bürgers‘ an Planungs- und Genehmigungsverfahren auf der untersten Ebene, dort wo sein eigener begrenzter Lebenshorizont zur Disposition steht, setzt eine gewisse Gegenläufigkeit von organisatorischer Planungseffektivität / technologischer Rationalität ei-



oben: IBM-Computer 1948; unten: erster Elektronenrechner 1946

nerseits und Partizipation/Akzeptanz/subjektiver Einbindung andererseits in Gang. Die Nutzung der automatisierten Informationssysteme für alltägliche Planungsprozesse kommt nicht recht voran, da sie lediglich „harte“, d.h. in reinen Zahlen objektivierte Informationen unter einem relativ hohen organisatorischen Aufwand zur Verfügung stellen und dadurch den Planer entweder der politischen Auseinandersetzung mit den Beplanten überlassen oder aber nachträgliche Akzeptanzprobleme und Widerstände provozieren. Diese Gegenläufigkeit läßt schließlich Planungspotentiale brachliegen und bildet den Stachel zur Entwicklung neuer Planungstechniken mit dem Ziel, nochmals Politik und Machtverhältnisse technologisch einzukleiden. (Vgl. Kasten 1)

Die Sozialdatenbank – das technologische Rückgrat der Verarmungspolitik

Das entwickelteste „Führungsinstrument“ „zur zielgerichteten Wahrnehmung von Führungs- und Verwaltungsaufgaben im Planungs-, Gestaltungs-, Verwaltungs- und Kontrollbereich des Gesamtsystems“ ist die Sozialdatenbank beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales, da sie im Datenverbund mit neben- und untergeordneten staatlichen und halbstaatlichen Stellen ein „allumfassendes staatliches Sozialinformationssystem“ schafft (11).

Die auf der Zentralität von Lohnarbeit (12) und auf der über die Lohnhöhe vermittelten Sozialversicherung (im Gegensatz zur Sozialfürsorge der Sozialhilfe usw.) beruhende Struktur des Sozialinformationssystems der BRD wurde im Rahmen verschiedener Analysen zur Volkszählung mehrfach dargestellt. Dabei wurde die These aufgestellt, daß die Funktion dieses Systems an die Stabilität der datenmäßig erfaßten sozialräumlichen Strukturen unmittelbar gebunden sei und in die Krise gerate, wenn nichterfaßte Formen von Arbeit (unter 20 Wochenstunden, „Schattenökonomie“, Leiharbeit usw.) an Bedeutung zunähmen. Letztlich also gerate die keynesianische Datenstruktur in eine Krise. Nun muß man allerdings berücksichtigen, daß bereits parallel zum Sozialerfassungssystem eine Reihe von Erfassungsstrukturen wie Kriminalgeographie, Meldewesen, Fürsorgesektoren usw. geschaffen wurden, die im Kern auf die repressive Verwaltung der ausselektierten Gesellschaftssegmente gerichtet sind. Außerdem zielte der Aufbau der Sozialdatenbank nicht auf die Integration der Erfaßten (75-90% der Bevölkerung) in das System von Vollbeschäftigung und Wohlfahrtsstaat, auf das Fließendhalten der Grenzen von Arbeit und Nichtarbeit und die Bereitstellung für den Arbeitsmarkt, sondern auf die Zersetzung dieses Zusammenhangs auf der Ebene der Kosten (Umverteilung z.B. von der Renten- in die Krankenversicherung) und der Ansprüche (Ausgrenzung von Berechtigungen). Es diente von Anfang an als Instrument der Ausmusterung. Dazu die folgende Darstellung.

Die Operationalisierung des verfügbaren Datenbestandes im Sozialbankverbund vollzieht sich in mehreren Schritten:

Als erstes werden die „konventionellen Informationen“ über Ist-Zustände und vergangene Prozeßabläufe und -veränderungen bewältigt und neue Datenmengen der Politisierung von oben zugänglich gemacht (13). Ziel ist die Sicherung der Kontrolle und Beherrschbarkeit sozialer Prozesse auf der Datenebene.

Zweitens wird durch die Einbeziehung von Planungskriterien in die Datenverarbeitung und -aufbereitung (z.B. Kriterien für die Aggregation von Individualdaten) eine Qualitätssteigerung erreicht. Die Leistungsfähigkeit der Informationssysteme und die Transparenz für staatliche Planung, die sie mit sich brin-

Das Modellbanksystem (MBS) bei der Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung (GMD)

In Zusammenarbeit zwischen dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales, dem Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit und (auf der Ebene von „Kontakten“) dem Wirtschaftsministerium wurde bei der GMD mit Förderungsmitteln aus dem 3. Datenverarbeitungsprogramm der Bundesregierung ein Modellbanksystem aufgebaut, um die Grenzen der Modellanwendung (spezialisiert auf einen Anwendungsfall, abgefaßt in unterschiedlichen Programmsprachen) zu überwinden und die Technik breiteren Benutzerschichten in Regierung, Verwaltung und Forschung zugänglich zu machen. Entwickelt wurde ein möglichst universelles und kompatibles (allseits verwendbares) Programmsystem, um den strukturellen Kern der einzelnen in Forschung und Verwaltung bereits existierenden Modelle anderen Verwendungszusammenhängen zugänglich zu machen, d.h. um die an einem Gegenstand induktiv gewonnenen Erkenntnisse in einem zweiten Schritt deduktiv auf andere Fälle zu übertragen.

Die Säulen dieses Systems sind die Erarbeitung eines Simulationsoperators für jedes Modell, mehrere Datenschnittstellen und die Zugänglichkeit beider über eine höhere Programmiersprache (FORTRAN). Im einzelnen geht's um folgende Arbeitsschritte:

(1) Modellkonstruktion. Durch die Formulierung des strukturellen Kerns eines Modells in höherer Programmiersprache wird eine Aufwandverminderung bei der Modellkonstruktion und Anwendung um durchschnittlich die Hälfte, z.T. von 80% erreicht; denn die nicht zum eigentlichen Modellkern gehörenden Arbeiten wie Datenzuweisung und -aufbereitung usw. werden von speziellen Funktionsprogrammen des MBS übernommen. „Der Entwickler eines Modells hat in MBS also lediglich den strukturellen Kern bzw. das zeitliche Verhalten des Modells in bezug auf einen einzigen Zeit- (beziehungsweise Simulations-)Takt mit FORTRAN zu spezifizieren, das heißt die Transformation der Inputvariablen in die Outputvariablen für einen (Zeit-)Schritt.“ Dies ist die eine Säule: der Simulations-Operator enthält die Regeln, nach denen ein Zustand in einen anderen transformiert wird. Zweitens werden „Datenschnittstellen“ definiert für die Annahme und Abgabe von Daten und auf höherer Ebene zur Verknüpfung mit anderen Simulatoren.

(2) Modellverknüpfung. Durch diese reduzierende Aufbereitung der Modelle können sie als Teilmodelle/Baukasten-teile zur Konstruktion sehr komplexer Modelle fungieren.

(3) Einheitliche Verfügbarkeit der vorhandenen Modelle.

(4) Vereinfachung und Vereinheitlichung von Konstruktion und Handhabung sozioökonomischer Modelle durch die MBS-Funktionsprogramme für Datenprogrammierung, Eingabe, Aufbereitung usw.

Nach Schmidt (Das Sozialinformationssystem der BRD, 1977, S. 88) hat ein solches „anwenderorientiertes Modellbanksystem“ die Vorteile

- der Verbesserung der Ergebnisqualität von Modellrechnungen durch flexible Einbeziehung komplexer Zusammenhänge (Verknüpfungsmöglichkeiten);
- der Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Institutionen und ihrer gemeinsamen Datenbasis;
- der komplementären Beziehungen zu anderen Modellen; sozio-ökonomische Systeme können im Verbundwege für andere Institutionen nutzbar gemacht werden;
- des Abbaus technischer und organisatorischer Hindernisse bei der Realisierung von Planungsmodellen, z.B. durch Übernahme von Teilmodellen;
- der Erschließung neuartiger Anwendungen;
- Entlastung des Benutzers durch Wegfall von Programmieraufwand und Dialogbetrieb.

„Für die verschiedenen Aufgaben bei der Arbeit mit fertigen Planungsmodellen (...) stehen in MBS jeweils separate Funktionsprogramme zur Verfügung, die den Benutzer im Dialog durch die jeweiligen Teilaufgaben führen (...) Dadurch können neue Benutzerschichten für die praktische Anwendung von Planungsmodellen erschlossen werden.“

(Nach: Siegfried Dickhoven, Das GMD-Modellbanksystem ..., in: Hans-Dieter Heike, Modellierungssoftware, Berlin 1981, S. 383-397.)

gen, erlauben es gerade, Reformen als gezielte Umverteilungen etc. durch staatliche Steuerung und unter Berücksichtigung „eines möglichst wirtschaftlichen und sozial vertretbaren Mitteleinsatzes angesichts des kontinuierlich steigenden Volumens des Sozialhaushalts“ durchzuführen (14). In dieser Absicht der Eindämmung der „Kostenexplosion“ durch Selektion und Ausschluß besteht ein fließender Übergang zu der Fähigkeit, ökonomisch-technische und soziale Entwicklungen präventiv wahrzunehmen und in Konzepte neuer Sozialpolitik zu übersetzen, verbunden mit der Suche nach neuen analytischen Instrumentarien und vor allem nach neuen „Relationen zwischen bestimmten Objekten“ (15). Als das methodische Instrumentarium wird die Durchdringung und Kombination der Daten durch **Computersimulation** vorangebracht:

„Eine Operationalisierung der Datenbestände durch Simulation wäre besonders erwünscht (...) Wahrscheinlichkeitsüberlegungen im sozio-ökonomischen Bereich konnten in der Vergangenheit nur im Rahmen sehr abstrakter Modelle aufgrund relativ geradliniger und einfacher Annahmen und Methoden durchdacht und berechnet werden (...) Steigender Ausbau der automatisierten Datenverarbeitung, die Weiterentwicklung modelltheoretischer Erkenntnisse und ihre Umsetzung durch Einsatz der modernen Datenverarbeitung boten neue Chancen. Voraussichtliche Entwicklungen konnten durch Rückgriffsmöglichkeiten auf ein früher nicht gekanntes empirisches Datenreservoir abgeschätzt, Verhaltens- und Reaktionsweisen der Akteure – sei es bei Staat, Wirtschaft oder privaten Haushalten – schneller beurteilt, geändert und den Erfordernissen angepaßt werden (...) Darüberhinaus wird es möglich, in relativ kurzer Zeit bei Änderung bestimmter Hypothesen – (...) – Aussagen über alternative Wege zur Erreichung gesellschaftlicher, von staatlicher Seite festgesetzter Ziele zu erhalten (...) Die moderne Datenverarbeitung bietet dem Gesetzgeber und der Regierung vielfältige Möglichkeiten zu schneller und reibungsloser Reaktion.“ (16)

Seit Mitte der siebziger Jahre sind **Simulationsmodelle** zur Beobachtung der laufenden Entwicklung von sozialpolitischen Maßnahmen mit dem Ziel der prozessualen Anpassung an die gesellschaftliche Dynamik fester Bestandteil dieser Gesetze selbst (z.B. Wohngeld, BAFöG, Renten). Ihre Feuertaufe bestanden sie gleichzeitig mit der Bereinigung der Kostenexplosionen. Sowohl das Zweite Krankenversicherungs-Änderungsgesetz wie die Rentensanierung sind bereits 1975-1977 mit ihrer Hilfe abgewickelt worden (17).

Die staatlichen Planungsstrategien erfassen den zugrunde liegenden qualitativen Sprung auf der Erscheinungsebene sehr

genau, wenn sie die keynesianische Sozialpolitik als ein „Gießkannenprinzip“ bezeichnen, das aufgrund seines klassenkompromißerischen Charakters und der dem Staat zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nur zu globalen Steuerungsmaßnahmen ohne direkte Erfolgskontrolle unter ökonomischen input/output-Kalkülen geeignet sei. Dagegen wird die Informatisation als ein dem Staat zugeflossenes Planungspotential ausgemacht, das der selektiven Aussonderung und Zerstörung sozialer Zusammenhänge dienen kann: Die Selektion „ganz bestimmter Zielgruppen, Zielsektoren oder -bereiche“ wird den Informationstechnologien quasi übertragen, um „auf Grund fundierter Entscheidungsunterlagen (...) öffentliche Mittel effizienter (einsetzen), wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt sinnvoller (planen) und im Interesse des Gesamtwohl mit verfeinerten Instrumenten staatlicher Politik (steuern)“ zu können (18). Es handelt sich um nichts geringeres als um die informationstechnologisch begründete Rückkehr einer auf den Weltmarkt gerichteten ökonomischen Rationalität von Kosten und Verwertungsnutzen in die Sozialpolitik – eine Rationalität, die sich darstellt als Zusammenhang von Staatsverschuldung, Zinsniveau und Form der Kapitalrentabilität und deren Inhalt die Stärkung des US-Imperialismus ist (19).

Als vorläufig letzter Schritt in der Modernisierung der Planungstechnologie ist der Aufbau eines Modellbanksystems zu nennen (vgl. Kasten 2), das die Universalisierung, Kompatibilität und Flexibilität der zugänglichen Modelle ermöglicht und das zusammen mit der Vereinheitlichung der zu verwendenden Analysekatoren (z.B. in der Präsentation des Arbeitsmarktes) den Durchbruch zur Verallgemeinerung der zuvor eher fallspezifischen und oft unhandlichen Simulationsmodelle bringen und damit den Vorsprung staatlichen Politik vollenden wird. So ermöglichen die Computersimulationsmodelle „eine früher nicht gekannte Basis zur Versachlichung der Diskussion und zur rationalen Entscheidungsfindung“, die die bisherigen, auf der direkten Aushandlung von Ansprüchen beruhenden „blinden Entscheidungen“, „bei denen die tatsächlichen Auswirkungen einer Maßnahme infolge der Komplexität ihrer Auswirkungen exakt nicht übersehbar sind“ ersetzen sollen (20). In diesem Zusammenhang ist dann klar, daß die Modellierung sozialen Lebens nicht die getreue Abbildung dessen, was ist, zum Ziel hat, sondern die Setzung und Erzeugung dessen, was sein soll. So erscheint der Soziallohn als sozialtechnische Bestimmung nach Maßgabe der Verplanbarkeit und der Einpassung der Menschen in modellsynthetischen Planungen (21). Die atomisierende Auflösung gesellschaftlicher Zusammenhänge in Einzeldaten aber wird nur auf der Ebene der Macht und durch kollektive Wiederaneignung von Gesellschaftlichkeit gebrochen werden.

Anmerkungen:

- 1) „Information ist alles, und ein rechtzeitiges Erkennen gesamtwirtschaftlicher und partieller Entwicklungen ist die Voraussetzung für eine erfolgreiche Politik.“ Karl Schiller 1971
- 2) „Für die Zukunft aber wird es unumgänglich sein, unter Nutzung der neuesten technischen Möglichkeiten, insbesondere der elektronischen Datenverarbeitung, das Informationsproblem zu lösen.“ Hans-Dietrich Genscher, damals (1971) Bundesinnenminister und zuständig für den Aufbau des Bundesinformationsbanksystems, von dessen Aufbau er sich eine „qualitative Veränderung der Verwaltung“ verspricht, indem individuenbezogene und massenbezogene Daten in einem Netzwerk verfügbar sind.
- 3) Herbert Schmidt, Das Sozialinformationssystem der Bundesrepublik Deutschland, Sozialinnovation durch Informationstechnologie, Eutin 1977, S. 23
- 4) Heinz Zielinski, Probleme der Automation in der öffentlichen Verwaltung, in: Die Verwaltung, Bd. 10 Berlin 1977, S. 197-215, S. 200
- 5) In den Aufbauplänen für ein Bayerisches Informationssystem Anfang der siebziger Jahre wird sogar davon gesprochen, es sei „Fernziel, daß die Verwaltung dem Bürger nur noch an einer einzigen Kontaktstelle gegenübertritt“ (zit. nach Fehl (Anm. (19), S. 277). Es bliebe lediglich die jeweilige Umbuchung der Stammdaten.
- 6) „Die Datenverarbeitung vercodet gewissermaßen das gewachsene System sozialer Ansprüche und Leistungen, indem sie eine politische zwar entstandene, aber nicht unmittelbar nachvollziehbare Komplexität ermöglicht.“ Sie ermöglichte die „Verkomplizierung des sozialstaatlichen Leistungssystems“ durch „staatlich produzierte soziale Komplexität“ als „ein wirksames Mittel zur Bändigung sozialer Konflikte“. Jürgen Reese, Auswirkungen des Computereinsatzes auf das politische System, in: Hans-Robert Hansen, Mensch und Computer, München/Wien 1979, S. 106f
- 7) Eberhard Meincke, Integrierte Datenverarbeitung in der öffentlichen Verwaltung ..., Stuttgart 1970, S. 32, zit. nach Zielinski, a.a.O., S. 198; Hervorhebungen vom Verf.
- 8) Peter Handrock, Verwaltungsautomation ohne Plan und Ziel?, in: Öffentliche Verwaltung und Datenverarbeitung (ÖVdI/Online 5/82, S. 106
- 9) Gerhard Fehl, Information ist alles, in: Fehl/Fester/Kuhnert (Hrsg.), Planung und Information, Materialien zur Planungsforschung, Gütersloh 1972, S. 295f
- 10) ebenda, S. 290 f
- 11) Schmidt, a.a.O., S. 16. „Das Sozialinformationssystem ist ein gesamtwirtschaftliches computergestütztes Informations-, Führungs-, Planungs- und Entscheidungsinstrument für alle sozial- und gesellschaftspolitisch relevanten Aufgaben. Es ist ein hierarchisch aufgebautes Datenverbundsystem vielfältiger Datenquellen, basierend auf den Grundsätzen von Standardisierung, Normierung und Kompatibilität. Als umfassendes Informationssystem enthält es formatierte und unformatierte bzw. numerische und Text-Daten. Infolge seiner elektronikbedingten Flexibilität und Massenleistungsfähigkeit geht es mit steigender Entwicklungsphase über die Möglichkeiten und den Informationswert der konventionellen, starren, zeitaufwendigen und oft nicht zielgerichteten Statistiken weit hinaus.“ (ebd., S. 21)
- 12) „Für die soziale Sicherung relevante Daten entstehen überall dort, wo Menschen in den Arbeitsprozeß eingegliedert sind ...“ ebd., S. 25
- 13) Die Forumarmen aus dem Informationsfluß in der Krankenversicherung „konnten bisher, da beinahe ausschließlich manuell aufbereitet, von den Trägern der gesetzlichen Krankenversicherung für politische Aufgaben der verschiedensten Art nicht analytisch ausgewertet werden.“ ebd. S. 36.
- 14) „Die Verbreiterung der Informationspalette bei gleichzeitiger Aktualisierung des Informationsprozesses sind die entscheidenden Vorteile gegenüber manuellen Aufbereitungen.“ S. 65
- 14) Schmidt, S. 65
- 15) Schmidt, S. 67
- 16) Schmidt, S. 68 ff
- 17) vgl. Dickhoven, Modellgestützte Planung in der Regierungspraxis, in: Jürgen Taeger (Hrsg.), Die Volkszählung, Reinbek 1983.
- 18) Schmidt, a.a.O., S. 69 f
- 19) Dieses antikeynesianische Diktum entwickelt z.B. recht anschaulich Arno Surminski, Verschuldung ist unsozial, FAZ 5.9.83.
- 20) Schmidt, a.a.O., S. 74
- 21) Albrecht faßte diese Logik programmatisch in seinen Thesen zusammen: „Arbeit ist nicht gleichzusetzen mit der Ausfüllung eines hochbezahlten Arbeitsplatzes. Hausfrauenarbeit, Kindererziehung und -betreuung, ehrenamtliche Tätigkeit, all dies ist vollgültige Arbeit. Nicht jeder kann einen hochbezahlten Arbeitsplatz haben. Die Arbeitswelt muß wieder vielfältiger werden. Die bestehenden starren Trennungen müssen überwunden werden ... Die Verteilungsmechanismen müssen ganz neu überdacht werden ... Es ist fraglich, ob der Maßstab des betrieblichen Arbeitslohnes hierfür noch zureichend ist.“ FR 27.8.83.

Auf dem Weg zur Komplexautomation

Tendenzen in der Betriebs- und Arbeitsorganisation

Maschinen und Computertechnologie besitzen oftmals ein notorisches Sublimierungsvermögen: die Begegnung mit ihnen ruft ohnehin Ordnungsträume und Techniklyrik hervor. Hieraus verdichten sich dann soziale Utopien. Mancheiner spricht schlicht die humanistischen Frühperversionen nach, so etwa Herold mit seiner Sonnenstadt. Die anderen, eher zukunftsgerichteten Phantasien kündigen die menschenleere, beinahe spontane Güterproduktion an, sind somit zeitangepasste Ausgaben der Rousseauschen Naturauffassung. So etwa die blaumännerfreie Fabrik in der Publikistik. Die Spuren der Ordnungsträume und Techniklyrik sickern mittlerweile sehr tief bis hinein in die Fachliteratur, wo die plumpe Ausbreitung des Fortschrittglaubens entbehrlich geworden ist. Daher setzt ihre Entlarvung die Einsicht voraus, daß Maschine und Computer gar kein offenes Werk, keine ahistorische Gallerte sind, daß chip und Algorithmus gar keine Anwendung zulassen, die eine Alternative zur Herrschaftsdurchsetzung wären. Maschine und Computer liegen ebenfalls nicht zur zusammenhanglosen Betrachtung herum, um plötzlich eine idealistische oder gar revolutionäre Sinn- und Neufunktionsgebung zu erleben. Sie sind materialisierte, geronnene unfreie Mehrarbeit und somit Träger und Multiplikatoren ihrer Entstehungsbedingungen.

Materialisiertes Kapital mag wie der leibliche Kapitalist ein politisch eher faßbarer Kurzbegriff sein, aber als solcher leistet er kaum eine Hilfe, wenn es darum geht, die Dynamik der Klassenverhältnisse zu untersuchen. Maschinen und Computer versperren sogar den Weg, über den sie selber hervortreten sind.

„Im Buna-Werk der C.W. Hüls AG lesen die Lenker in den Leitständen, hochbezahlte Chemiewerker, ausgiebig die Ortszeitungen und fachsimpeln über die Chancen ihres TSV Marl-Hüls, der um einen Spitzenplatz in der Regionalliga kickt. Den Betriebsleiter Dr. Sch. stört dieser Müßiggang nicht. Seine Spitzenverdiener können ohnehin nirgends zupacken. Die Buna-Fabrik ... fährt automatisch. Vor jedem Schaltpult im Leitstand der Fabrik sitzt ein Steuermann. ... Hinter jeweils zwei Leitstandsfahrern thront, ein Anachronismus der Roboter-Ära, der nicht minder müßige Schichtmeister. Im Buna-Werk, das im Jahre 1958 mit einem Aufwand von 120 Millionen Mark fertiggestellt wurde, regulieren 2 000 automatische Meßstellen die Jahresproduktion von 85 000 Tonnen Kunst-Kautschuk. Eine fertig montierte Meßstelle kostet 2 800 Mark. Jede von ihnen ersetzt einen Arbeiter. Im Nervenzentrum des Konzerns führt ein Elektronengehirn pro Minute 834 000 Rechenoperationen aus. Dank der Automation sparte Hüls zehntausend Arbeitskräfte ein.“ (Spiegel 14/1964)

1962 untersuchte das Münchener Ifo-Institut zehn Firmen in verschiedenen Branchen, die ihre Anlagen kurz zuvor automatisiert hatten. Daß sie trotz Automatisierung ihre Belegschaften dabei von zusammengekommen 30 000 auf 55 000 Beschäftigte erweitert hatten, ist der einzige Anachronismus in einem sonst eindeutigen Untersuchungsergebnis: hätte in jenen Betrieben keine Automatisierung stattgefunden, so wären zur gleichen Absatzsteigerung 140 000 Arbeitnehmer erforderlich gewesen. Wirtschaftliche Expansion schien noch in den 60er Jahren eine nicht wegzudenkende Größe zu sein, und dennoch enthüllte schon damals ein leichtes Kopfrechnen die stetige Funktion der Automatisierung: eine Verfünf-

fachung der Produktion wurde in den zehn Firmen von annähernd doppelt so vielen Beschäftigten bewältigt. Bei konstantem Absatz hätten die Belegschaften mehr als halbiert werden können.

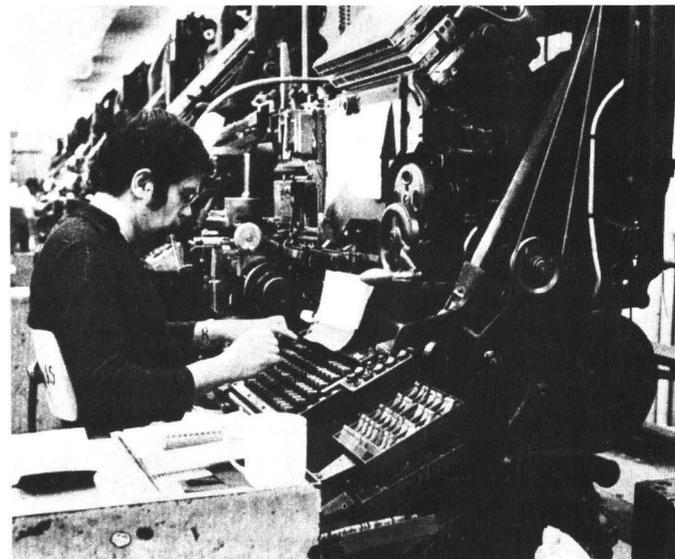
Die zwanzig Jahre alte Ifo-Untersuchung ist nicht mehr aktuell. Produktivitätssteigerungen bei Absatzexpansion gibt's nicht mehr. Ferner: wären jene halben Belegschaften entlassen worden, so wären sie in den vergangenen zwanzig Jahren umgeschichtet worden: von 1960 bis 1980 dehnte sich der Dienstleistungssektor von 4 auf 8 Millionen Beschäftigte aus.

Heute ist er Einsatzfeld der Automatisierung.

„Auf die gesamtwirtschaftliche Rezession reagieren die CWH momentan mit einer ‚Strukturbereinigung‘. Die Produktpalette (Kunstgummi, Waschmittel, Landwirtschaftschemie) soll erweitert (...) werden. Zu diesem Zweck ist bereits zu Beginn des letzten Jahres ein sog. ‚AK Blockkostenanalyse‘ eingerichtet worden, der im Angestellten- und Dienstleistungsbereich bis Ende 1983 mindestens 1500 Stellen einsparen soll“ (Chemische Werke Hüls, Taz vom 2.8.1982). Zusätzliche Entlassungen von 4- bis 5 000, einem Drittel der Belegschaft, waren im Gespräch, im Winter 1982/83 führen 1500 Beschäftigte Kurzarbeit. Marl, Sitz der CHW, 90 000 Einwohner, ist eine 2-Firmen-Stadt (nebst CHW die Zeche Augusta Viktoria). Rationalisierung heißt hier Strukturbereinigung, Entlassungen, Mobilität, Fortzug.

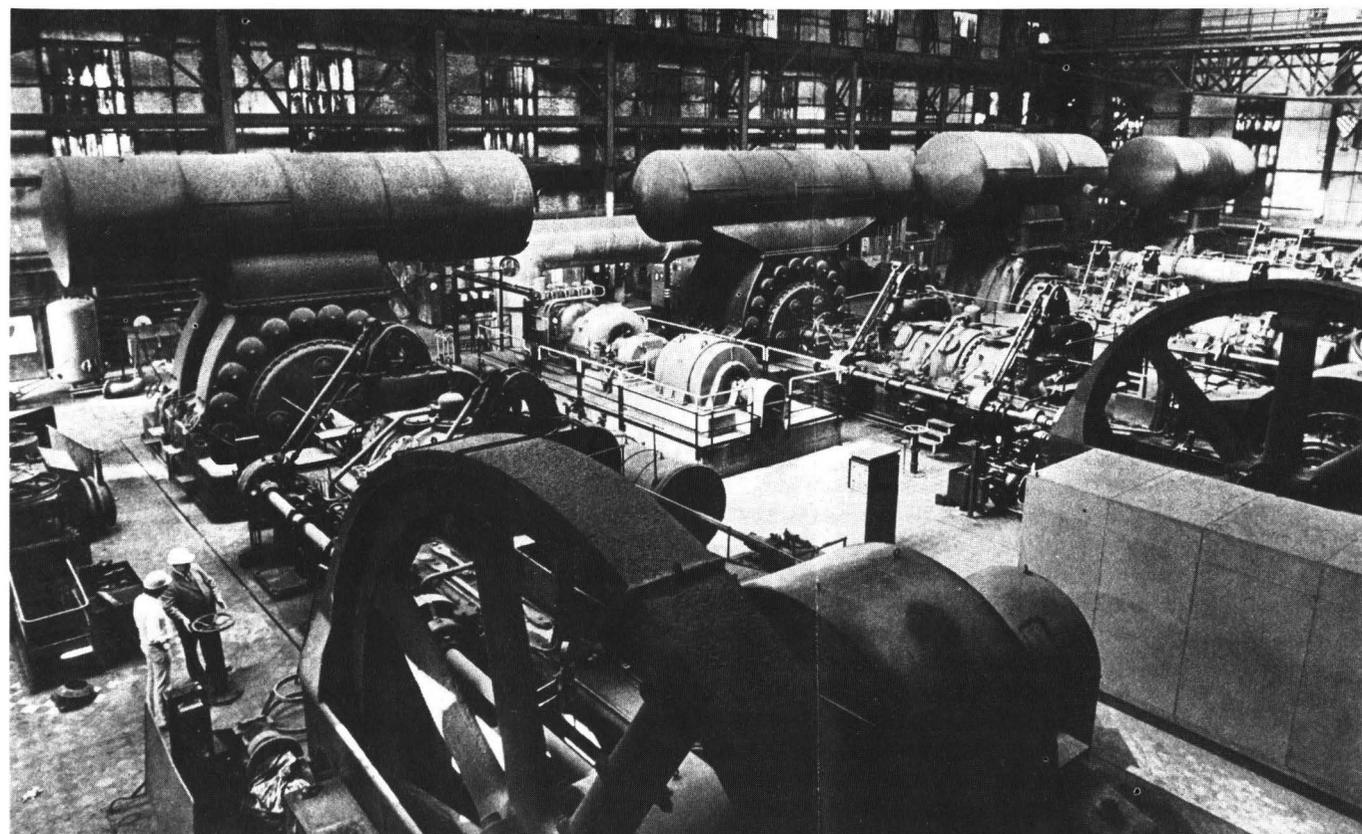
Leistungsoptimierung verursacht gegenwärtig nur einen Teil der Arbeitsplatzvernichtung, so verdankte jeder sechste Arbeitslose 1982 seine Entlassung den 12 000 Firmenpleiten. Kapitalvernichtung, Produktionsrückgang? 6 Millionen Arbeitsverträge wurden im vorigen Jahr abgeschlossen, der illegale Arbeitsmarkt dehnte sich auf schätzungsweise 500 000 Arbeitsplätze aus, 10 bis 20% des Volkseinkommens werden statistisch nicht erfaßt. Allesamt handfeste Indizien für die Fragwürdigkeit der These: Automation senkt das gesamtgesellschaftliche Arbeitsvolumen. Trotzdem wird sie heute als Folge der Rationalisierung, letztere ausschließlich im Absatzkrisenzusammenhang, aufgefaßt. Hierbei liegt erstens ein trügerischer Kausalschluß vor: Rationalisierung aus der Krise zu folgern heißt, den Winter von der Kleidungssitte der Menschen abzuleiten. Würde der Mensch sich entschließen, splinternackt herumzulaufen, so wäre der ewige Hochsommer gewährleistet. Modus tollens: gäbe es keine Krise, so füllten sich die Werkshallen wieder. Zweitens: Maschinen und Computer bewirken anfangs gar keine, dann nur eine sekundäre Produktivitätserhöhung. Beispielhaft: in der Fertigung und Montage – dem Tummelplatz der Automationsorgien – werden zwar 2/3 der Belegschaften im Durchschnitt eingesetzt, entstehen aber nur 10 bis 25% der Gesamtherstellungskosten. Es liegt auf der Hand: bei der Automatisierung geht es um die Unterwerfung und Neubestimmung der Rolle der Arbeit in der Produktion, um die Umstrukturierung des Arbeitskraftangebots.

„Ich kann vielleicht den historischen Hintergrund der gegenwärtigen Situation erläutern, wenn ich sage, daß die erste industrielle Revolution, die Revolution der ‚finsternen satanischen Fabriken‘, die Entwertung des menschlichen Armes durch die Konkurrenz der Maschinerie war ... Die moderne industrielle Revolution ist in ähnlicher Weise dazu bestimmt, das menschliche Gehirn zu entwerten, wenigstens in seinen einfacheren und mehr routinemäßigen Entscheidungen ... (Ist



oben: Umstellung auf Computersatz

unten: Entindustrialisierung: das Saarland wird zum Museum



Steuerung einer Feinstahlstraße

sie abgeschlossen, dann) hat das durchschnittliche menschliche Wesen mit mittelmäßigen oder noch geringeren Kenntnissen nichts zu verkaufen, was für irgendjemanden das Geld wert wäre“ (Norbert Wiener: Kybernetik. Düsseldorf/Wien 1963).

Abgesehen vom unterschweligen humanistischen Jammern, weist der feine Spürsinn dieses Vordenkers der Informatik auf den richtigen Zusammenhang hin: Revolution, Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit und von hier aus Saldierung des Arbeitskraftwertes.

Es gibt kaum eine technische Erneuerung oder ein Organisationssystem, deren Wurzeln nicht bis zur Zeit der Militarisierung des Arbeitsprozesses während des 2. Weltkrieges zurückreichen: etwa Rechner und Sensoren, Automaten und Kybernetik. Entstanden oder entwickelt in der Zeit der Militarisierung der Arbeit, trugen sie ihre Unverträglichkeit gegenüber jeder Disfunktionalität des Arbeitskräfteeinsatzes in die 50er und 60er Jahre hinein. Ihre Ausreifung und produktive Einrührung ziehen Zwangsarbeit, Mobilität und schnelle Verheißung der Belegschaften sowie die Herausbildung von zentralen (elektronischen) Kommandostellen nach sich. In ihrer langjährigen Ausreifung – meistens in der vom Militär gesteuerten US-Luftfahrtindustrie – wurden Wirtschaftlichkeit und Produktivitätszweckmäßigkeit vollständig ignoriert. Wissenschaft und Technologie legitimierten hier die Fortentwicklung von Verfahren und Mitteln, die aus dem Kriegszustand gewachsen waren. Einmal ausgereift und materialisiert und in die Produktion und Verwaltung eingesetzt, militarisieren sie ihr Umfeld. Dabei sind Befehle technologische Notwendigkeiten. . .

Kleinserienfertigung

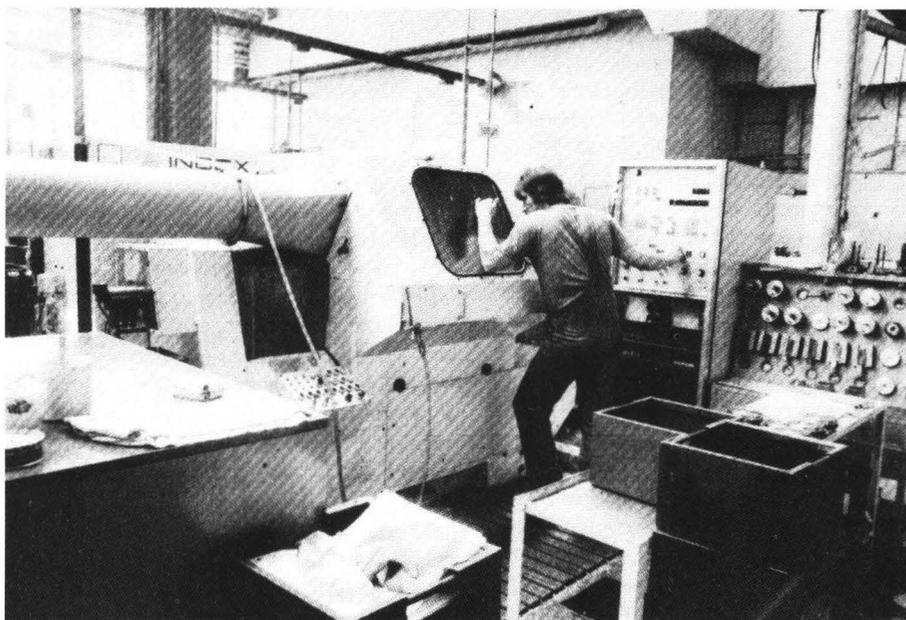
Die Entwicklung von automatischen Steuersystemen im Werkzeugmaschinenbau begann 1946/47 als Ausreifung der Leitungstechnologie für Maschinenwaffen. General Electric, Gisholt und andere kleine Firmen realisierten das „record-playback“-System. Dabei wurden die Bewegungen eines Arbeiters bei der Bearbeitung eines Werkstückes auf Magnetband aufgezeichnet. Das Band konnte fortan die repetitiven Bewegungen eines Manipulators steuern. Am Anfang stand jedoch die menschliche Vorgabe. Kurz danach begann die Untersuchung bei einer Hubschrauberfabrik eines auf gelochtem Streifenband numerisch gesteuerten Systems. Dieses Verfahren wurde von der amerikanischen Air Force gekauft und dem MIT zur Weiterentwicklung anvertraut. 1955 existierte nur eine einzige NC-Werkzeugmaschine (NC: numerical control) zu Experimentierzwecken bei dem Massachusetts Institut for Technology. In jenem Jahr beschloß die Luftwaffe die Finanzierung von ungefähr 100 solcher Maschinen, die auf Staatskosten in den Werkhallen der auftragsbegehrenden Unternehmer aufgestellt wurden. Die Entwicklungskosten für das NC-System betragen somit 65 Millionen Dollar, bevor eine einzige Schraube produziert wurde. Erst 1956 gelang es dem MIT, eine allgemein übertragbare software APT (automatically programmed tools) zu erstellen, die aus der gängigen Werkzeugmaschine einen Vielzweckmanipulator machte. Der von der Luftwaffe durchgesetzte Zwang, die Erteilung von Regierungsaufträgen mit der Einführung der APT zu koppeln, half zur Normierung auf der Grundlage dieses Programms in der Maschinenbauindustrie und machte dem record-playback-System endgültig den Garaus. Die Vorzüge der NC-Steuerung sind eindeutig: das Fertigungsverfahren wird im Programmierer-Büro oben und nicht nach Maßgabe eines Facharbeiters entwickelt; und zweitens, die über Streifenband numerisch gesteuerte Maschine löst das Problem der Zeitermittlung und -durchführung, indem sie die Zeitvorgabe durch die Durchlaufzeit des Streifens ablöst. In den 70er Jahren pflanzte man einen Mikroprozes-

sor – zugleich Steuerung und Speicher – in die NC-Maschinen ein. Diese CNC (computerized NC)-Maschinen werden nicht mehr über den Programmträger Lochstreifen geführt, sondern nach den in dem chip eingespeicherten Anweisungen. Über einen Bildschirm ist der Zugriff oder die Programmänderung unmittelbar am Automaten möglich; auch die direkte Erstellung eines Erstprogramms – also doch record-playback – ist vorgesehen: der Maschinenbediener hat eine Informatik-Ausbildung! (Zur Entstehungsgeschichte der CNC-Steuerung siehe David F. Noble: Maschinen gegen Menschen, Alektor-Verlag, Stuttgart 1979).

Die Werkzeugmaschinenbranche macht heute den größten Teil des Maschinenbaus in der BRD aus, anfangs der 80er Jahre waren es 1,03 Millionen Beschäftigte. Die NC-Maschinen haben hier in den vergangenen 10 Jahren und noch vor dem Einbruch des CNC-Systems 400 000 garantierte Arbeitsplätze – bei steigendem Absatz – vernichtet. Die Branche stellt meistens kleine und mittlere Stückserien her, und sie war eine der Bastionen von Arbeiterfachwissen und Berufsethos. Die CNC-Technologie ist dagegen eine sehr geeignete Waffe. Das nötigt uns zu einer Überlegung über die darwinistische Bestimmung der technischen Mittel durch das Kapital: das record-playback-System entlastete den Arbeiter von repetitiven Handhabungen, machte ihn aber unentbehrlich als Träger von Wissen und Können. Die Algorithmisierung und Verdattung der Steuerung im konkurrierenden NC-System verlagerte die Verfügungsgewalt von den Werkhallen in die Manager-Etage. Somit hörten die Vorgabezeiten auf, Anlaß zum Handeln und zum Streit mit den Arbeitern zu sein. Das Bummeln wurde ausgeschaltet; wenn die Maschinenbediener die Ablaufzeiten auf 70% drückten, programmierte man die Steuerstreifen auf 120%. So waren beide quitt. An so einem System gibt es keinen Zweifel! Die ersten Untersuchungen über digitale Steuerungsverfahren begannen 1946 ebenfalls bei General Electric, nachdem diese noch heute bei den Betriebssystemen führende Firma ihre größte Streikwelle durchgemacht hatte. Ähnliche Selektionsmaßstäbe lassen sich in der ganzen Geschichte des Maschinismus feststellen – bis hin zur ersten Stunde.

Bekanntlich war die erste Maschine die Jenny (1764), jenes noch von Hand getriebene Spinninstrument in New Lancashire. Sie war schon bei der Taufe, rein mechanisch gesehen, ein Rückschritt, was sie nicht daran hinderte, in der Fabrikrevolution eine Vorreiterrolle zu spielen. Sie besaß eine ältere Schwester, die Spinnmaschine von Wyatt (1735), die jedoch Wasser oder andere Naturkraftquellen als Antrieb erforderte. Daher war sie ungeeignet, wo es darum ging, menschliche, in Bauernhöfen verstreute Arbeitskräfte erstmalig hinter eine Maschine zu drängen. Anders ausgedrückt: Wyatts Erfindung vermochte nicht – trotz ihrer mechanischen Reife – die Faust des Maschinenbesitzers, des aufkommenden Kapitalisten, bis in die Heimstube der damals nach dem Verlagssystem arbeitenden Bauernfamilien hineinzutragen (siehe T. Kuby: Über den gesellschaftlichen Ursprung der Maschine. In Technologie und Politik 16. Reinbek 1980). Die Maschine von Wyatt und das record-playback-System haben keine Technikgeschichte gemacht. Beginnend mit der Jenny, über die Fabrik und ihre fordistische Erneuerung, heute genährt von der mikroelektronischen Saga der menschenleeren Werkhallen, verwirklicht sich ein stetiger Herrschaftstraum: der Traum von einer Kapitalreproduktion, die für die Mehrwerterpressung überhaupt nicht mehr auf lebendige Arbeit angewiesen wäre. Er ist die Sehnsucht nach Mehrarbeit, die aus dem Nichts aufquillt, nach Vernichtung von jedweden Widerstandspotentialen durch die Ablösung und Entfernung des latenten Mobs durch beugsame und flexible Automaten.

Dem nähert sich die Fortentwicklung des CNC-Systems: das flexible Fertigungssystem. EDV wurde bisher außer bei Werkzeugmaschinen auch zum automatischen Lagern, Entnehmen



computergesteuerte Werkzeugmaschine (CNC)

oder Transportieren, andererseits in Form von Industrierobotern eingesetzt. Schließt man eine Reihe (bis hundert) von CNC-Maschinen mit einer Transferstraße zur Werkstückbeförderung zusammen, verbindet man Transport- und Bearbeitungssystem mit Positionierungs- und Entnahmeautomaten, so entsteht eine beinahe vollautomatisierte Fertigung, die flexible Werkstatt. Regie führt ein zentraler Prozeßrechner, der das Materialflußsystem steuert und die Qualitätsendkontrolle ausführt. Die traditionellen Berufssparten des Maschinenbaus sind dabei auf der Strecke geblieben. Dies geschah, nachdem oftmals über Humanisierungsprogramme das Können der Facharbeiter in ein numerisches Verfahren verwandelt wurde. Eine neue Elite von Ingenieuren und Wartungsarbeitern – zum Teil innerbetrieblich ausgebildet – tritt jetzt hervor. Um die Maschinen- und Förderungssysteme verbleibt die beliebig austauschbare Plebs: untätige Aufpasser und Maschinenbediener, die in zwei Wochen eingearbeitet werden, Ausrichter von Einzelteilen (Automaten haben ziemlich viele Schwierigkeiten mit Chaos, auch mit ungeordneten Materialmengen), Bestücker der Anfangsposition des Systems. Sie arbeiten meistens einschichtig, das flexible System automatisiert sich in der 2. und 3. Schicht.

Flexibilität bedeutet, daß in der automatisierten Werkstatt eine Umstellung auf neue Produktionsmuster leicht zu bewerkstelligen ist. Damit erhöht sich die Systemeinsatzbarkeit bis zur Klein- und Einzelstückfertigung. Die Normalisierung der Betriebsprogramme und die Angleichung von Verfahren und Organisationsmustern erspart den kleinen Betrieben die Entwicklungskosten, macht zugleich das System attraktiver, aber kettet die kleinen Unternehmen an dem Systementwickler an. Diese Abhängigkeit verläuft nicht mehr über eine Produktabnahme bei Zulieferern, sondern über die Verträglichkeit der Systeme innerhalb der aus Klitschen, Heimarbeitern, flexiblen Werkstätten und zentraler Montagefabrik bestehenden Produktlinie. So bildet sich Kapitalkommando nicht nur über den Markt, sondern auch in Gestalt des technologischen Imperativs aus. Es nimmt nicht wunder, daß Siemens in den vergangenen sechs Jahren ungefähr 500 Millionen Mark ausgegeben hat, um im Bereich des Maschinenbaus eine Norm zu entwickeln und durchzusetzen. Immerhin sind heute 6 bis 10 flexible Fertigungssysteme in der BRD im Einsatz.

Die Fabrik von General Electric bei Lynn (Massachusetts) ist seit sieben Jahren in Betrieb. Sie ist eine flexible Werkstatt. Dort ist den Arbeitern verboten, laufende Prozeßprogramme einzusehen oder selber eigene zu erstellen. Diese ehemaligen Facharbeiter stehen vor blockierten Programmier Tasten, die

CNC-Werkzeugmaschinen werden automatisch vom eigenen Mikroprozessor geführt. Die Fertigungsprogramme bleiben in der Manager-Etage unter Verschuß. Dafür spricht, sagt die Betriebsleitung, die Notwendigkeit, Einstufung und Entlohnung der Mitarbeiter nicht durcheinander zu bringen. Für die Programmierer liegen die Gründe woanders: im Wunsch, eine unteilbare Verantwortung zu tragen, die von unkompetenten blue collars unerkannt bleibt. Das mag daran liegen, daß diese Arbeiter bei der Einrichtung der neuen Technologie halfen. Mit ihnen geht der alte Widerstand zugrunde. Die neuen Plebs hatten sich andere Formen ausgesucht: läuft sich eine Maschine während der zweiten Schicht heiß, so geht sie auch weiter kaputt: die Wartungsdienste sind erst nach der dritten Nachtschicht an Ort und Stelle. Und trotzdem, 6 CNC-Maschinen samt Computer machen in einer ähnlichen Fabrik der Ingersoll-Rand bei Roanoke 30 Facharbeiter pro Schicht überflüssig. Die Automaten werden bei erhöhter Leistung von drei Angelernten und einem Aufseher bedient. Hier werden unregelmäßige Arbeiten von technischen Auftragsfirmen oder Jobberkolonnen erledigt. Und eine ähnliche Arbeitsdisposition ist tendenziell die Folge der computergestützten Fertigung. In der BRD finden erst etwa 1/5 je hundert Werkzeugmaschinen dieser Sorte Verwendung.

Massenfertigung

Die historische Kontinuität des Kapitalplans durch die technische Erneuerung, die eher sprunghaft in der Kleinserienproduktion stattfindet, kommt in der Massenfertigung der Auto- und Hüttenindustrie, in der Elektromechanik, Bausteineelektronik und im Großserienmaschinenbau vollständig zur Geltung. Hier kann der Handhabungsautomat an den strategischen Engpässen der fordistischen Produktionsabläufe herangezogen werden und damit den gordischen Knoten durchhauen, um den sich Verhandlung und Widerstand des Massenarbeiters artikuliert hat. Hier vermögen flexible Roboter (bisher in der Galvanik, Lackiererei, an Schweißstraßen) in quantitativ großem Maßstab Arbeitskräfte verdrängen, obwohl es hier eher auf die Entmachtung ankommt. Bereinigt man die mittlerweile überschwemmende Ansammlung populär-wissenschaftlicher Berichte und Betriebsanalysen über den Einsatz von Handhabungsautomaten vom Geschwätz über die angeblich erfolgreiche Humanisierung der Arbeit und von der Beseelungslyrik der ‚eisernen Diener‘, so ergeben sich für die zur Zeit etwa 1500 vorhandenen Roboter – eine Hälfte in der Massenfertigung, davon 300 bei VW, der Rest hauptsächlich in ande-

ren Autofirmen und bei der Bildschirmröhrenproduktion – ziemlich eindeutige Aussagen: Kostenpunkt zwischen 60 und 300 Tausend Mark plus 50% Einrichtungskosten. Dafür benötigt jedes Stück etwa 3/4 Arbeiter, 5/6 Arbeiter, wenn man dabei die Produktivitätssteigerung berücksichtigt. Sie sind in weniger als zwei Jahren abgeschrieben und erfordern Wartungs- und Programmierarbeiten im Verhältnis 10/20 Roboter pro Elektriker, 6 bis 10 pro Maschinenschlosser und zwei Programmierer teilen sich einen Roboter.

Diese quantitative Seite darf nicht die radikale Neubestimmung der Machtverhältnisse um das Fließband vernebeln, die mit dem Roboter und Computereinsatz einhergeht. Die tayloristische ‚Arbeitswissenschaft‘ basierte auf der Feststellung der Bearbeitungsgeschwindigkeit von einem (bestehenden) Arbeitsvorgang zum Zweck der Vorgabe einer Normleistung. Im deutschen Gebiet geschah dies in der Form der REFA (Reichsausschuß für Arbeitszeitermittlung)-Methoden. Der Reichsausschuß wurde 1924 gegründet, 1951 wieder belebt. Nach dem REFA-System werden Vorgänge untergliedert, die zur Ausführung benötigten Zeiten anhand eines Arbeitenden ermittelt, dann Arbeitsablauf, -gestaltung und Entlohnung (Prämienlohn) nach diesen Daten bestimmt. Die fordistische Vervollkommnung der Wissenschaft fixierte außerdem den Arbeiter an Ort und Takt – etwa durch das Fließband – und entfaltete zusätzliche integrative Maßnahmen (Motivierung etc.) für die dem maschinellen Ablauf ausgesetzte Belegschaft. Immerhin basierte der Fordismus auf dem zwar geschundenen, aber doch lebendigen Maßstab. Das war der REFA-Grundfehler, und die MTM-Methode sollte hier Abhilfe schaffen.

In den 40er Jahren liefen die ersten Untersuchungen in den USA an, um den anthropometrischen Maßstab aus dem Betrieb zu jagen. Es wurden zu diesem Zwecke verschiedene Methoden entwickelt, deren Wettbewerb mit einer Logik entschieden wurde, die einen Vergleich mit dem Vorgang um die record-playback-/NC-Systeme zuläßt. Es ging offensichtlich bei der Entwicklung des Stoppuhr-Nachfolgers um die Suche nach der Methode, die das Bummeln, die Leistungsunterdrückung und die Simulation bei der Zeitermittlung am Arbeitenden unmöglich machen sollte. Bereits in den 50er Jahren machte das MTM (methods time measurement) das Rennen. Daimler-Benz besorgte sich 1960 die Anwendungsrechte und gründete zwei Jahre danach die deutsche MTM-Vereinigung mit. 1962 führte Bosch als erster die neue Arbeitsorganisationsphilosophie ein. Das MTM eignet sich genau so gut wie das REFA zur Bestimmung der Vorgabezeiten in den Fertigungslinien und ermöglicht außerdem eine entsprechende Produkt-, Arbeitsplatz- und Ausrüstungsgestaltung. Seine radikale Neuerung besteht vor allem darin, daß das System jede menschliche Bewegung, die produktiv relevant ist, als Zusammensetzung von 16 Teilgrundbewegungen voraussetzt und daß es daher jede Produktionshandlung mit diesen 16 Bausteinen simulieren kann. Ordnet man jeder Grundbewegung ein Vielfaches von 0,036 Sekunden (der Zeiteinheit) zu, so ist die zeitliche Vorgabe bestimmt. Aus dynamischen Zusammenstellungen und Aufsummierungen der entsprechenden Bruchteilzeiten kann jeder erwünschte Arbeitsvorgang geplant und können die bestehenden Vorgänge optimiert und neu entlohnt werden. Folgerichtig entsteht ein Fertigungsplan, noch bevor ein einziger lebendiger Arbeiter sich hat blicken lassen. Es ist leicht vorstellbar, was ihn sodann erwartet: in einen optimierten und formalisierten Arbeitsprozeß hineingepreßt zu werden.

1973 gehörten der deutschen MTM-Vereinigung etwa 300 Unternehmer mit zusammen 2 Millionen Beschäftigten an. Aber die Vorzüge des MTM hörten nicht bei der Leistungserpressung auf: es lieferte die Erfassungsparameter zum Reißbrettentwurf, aber auch die methodischen Voraussetzungen zum Rechneinsatz bei der Planung von Arbeitsvorgängen. Es ist eine beinahe erstaunliche Feststellung: diese Organisa-

tionsmethode machte eine numerische Verdichtung und eine Algorithmisierung – sprich: Datenverarbeitung – notwendig. Sie erweckte den Hunger für eine noch nicht oder sich gerade parallel entfaltende Technologie. War einmal das elektronische Instrument da, so paßte es wie maßgerecht zur neuen Arbeitseinsatzorganisation, beutete übergangslos die im MTM vorhandenen Steuer- und Planungspotentiale aus. Der Computer würde nicht nur optimale Abläufe entwerfen können, ihre zunehmend komplexeren Normzeittabellen ausrechnen, sondern auch nach Eignung und Profil den bestmöglichen Arbeitenden aussuchen und dann seine Konformität zum Arbeitsplatz überwachen.

1975 waren die betrieblichen Umstellungen auf MTM bei Daimler-Benz abgeschlossen, ein Jahr zuvor hatten bereits die Entwicklungsarbeiten zum Aufbau eines Personalinformationssystems begonnen, das – ISA hieß es dort – die Auswahl der passenden Arbeitskraft zum vorgegebenen Einsatzort ermöglichen sollte. Das ging erst einmal über die Speicherung von 130 ‚Mitarbeiter‘-Daten zu jedem Belegschaftsmitglied. ISA trug allerdings einen Erstlingsmangel: die Verdichtung beruhte auf Objektivität – Ausbildung, Körpermeßdaten. Die ISA-Planner verwechselten Optimierung mit Führung, sie nahmen ihre Wissenschaft zu ernst. Bald wurde das Personalinformationssystem in ein umfassenderes System eingebaut: PSI, das Ausbildungs- und Leistungsbeurteilungen, Verhalten (Komm- und Gezeiten, Abwesenheit), persönlichen Werdegang, sozioökonomische und medizinische Informationen erfaßte. Mit der Einführung eines Betriebsausweises wurden Ausgaben in der Kantine vom Lohn bargeldlos abgebucht und zugleich Zeit und Frequenz des Schankbesuchs registriert. Die Arbeitgebersorge um die Gesundheit der Mitarbeiter brachte nach betrieblicher Rasterfahndung gleichzeitige Krankmeldungen etwa von in verschiedenen Abteilungen arbeitenden Ehepartnern ans Tageslicht. Über präventive Computermedizin liegen bereits Informationen vor: mehrere nordamerikanische Firmen schätzen bereits heute anhand von genotypischen Analysen die zukünftige Arbeitstauglichkeit ihrer Arbeitnehmer ein.

Ist MTM die normierende Voraussetzung zur computergestützten Arbeitsprozeßgestaltung – und somit ein Äquivalent in der Massenfertigung und Montage zur CNC-Steuerung im Maschinenbau –, so wird ISA zur notwendigen Folge daraus, einen optimierten Arbeitseinsatz zu gewährleisten, und PSI wird zum Mittel, eine totale Belegschaftskontrolle und Personalführung durchzusetzen. Mögen die jeweiligen Buchstabenkombinationen verschieden sein – PSI, PAISY, DAZUSY . . . mit insgesamt etwa 50 Anwendern, bevor die chips auf dem Trödelmarkt zu haben sind –, so sind sie allesamt das zweite Glied neben der Algorithmisierung der Bearbeitung in dem neustrukturierten Herrschaftsgefüge in den Betrieben. Ihnen fällt die Aufgabe zu, die entwerteten und homogenisierten Restbelegschaften und die neue Elite von Wartungs-, System- und Programmierspezialisten in den neuralgischen Knotenpunkten der Kapitalreproduktion zu überwachen und zum Einsatz zu bringen.

Auf dem Weg zur neuen Fabrikdespotie werden die entlang der Fertigungslinien aufgebauten tayloristischen Hierarchien, die über 80 Jahre mit der Maschinerie Kapitalgewalt in den Werkhallen materialisiert haben, gestürzt. Aufgekündigt wird ebenfalls der Pakt zwischen der Berufsarbeiterschaft – den over-lookern der Massenarbeiter oder den Handwerkern der Fertigung und dem Management, weil Aufsichts- und Steuerungsauftrag vom (materialisierten) Kapital zurückgezogen worden sind, insoweit normierte und dequalifizierte Arbeiten auf den Handhabungsautomaten übertragen werden. Die neue Betriebsdespotie opfert als erstes die Facharbeiterschaft, liquidiert darüberhinaus durch die Normierung und Computerisierung der Plan-, Vertriebs- und Finanzaufgaben ebenfalls die zweite Ebene der Kommandodelegation in der Fabrik:

die Verwaltung. Die betriebliche Gewaltenteilung wird nebst Entlohnungskorrelat – hier Akkord- oder Prämienlohn, da Zeit- und Zulagensold – tendenziell aufgelöst, dabei werden Berufsethos, gewerkschaftliche Vermittlung, Mitbestimmungsillusionen und Büro paternalismus verramscht – allesamt gestempelt als historische Makulatur der Klassenverhältnisse. Damit verodet schließlich der Boden, auf dem der Keynesianismus wuchs.

Entwicklung und Planung

Sind Roboter und die flexiblen Fertigungssysteme die auf chips und Algorithmisierung beruhenden Mittel zur kapitalistischen Zurückeroberung der Engpässe in der Massenproduktion bzw. zur Aneignung von fremdem Wissen und Können in der kleinen und mittleren Serienfertigung, so stellt CAD (computer aided design) den ersten Freisetzungsschritt für jene Ingenieure, Modelleure, technische Zeichner, Statiker und Planungsangestellte dar, die in den Entwicklungs- und Planungsabteilungen eingesetzt werden. Hier wird tendenziell eine jahrhunderte alte Segmentierung der Arbeitskraft aufgehoben, Kopf- und Handarbeit zugleich zusammengeführt und dem EDV-System übertragen. 70% der Zeichner, Konstrukteure und Fertigungsplaner werden dequalifiziert. (Siehe dazu M.J.E. Cooley: CAD. Alektor-Verlag, Stuttgart 1978)

CAD ist eine Kombination von entwerfendem Bildschirm, automatischem Zeichenbrett (plotter) und Rechen- und Speichereinheit, die die Umwandlung von Konstruktionsdaten in technisch geprüfte und formalisierte Fertigungsanweisungen ausführt. Weil für CAD eine flexible Werkstatt als Subsystem die ideelle Ergänzung darstellt, vermag es schrittweise zu einem integrierten Planungs- und Steuerungsinstrument zu werden. Mithilfe der Simulation und automatischer Produktkontrolle kann es sämtliche Entwicklungs-, Planungs- und Fertigungsabläufe übernehmen, von der Produktidee bis zum Abnehmerlager.

Ausgehend von einem ADE (automated drafting equipment) zur routinemäßigen Herstellung von Detailzeichnungen, Stücklisten und Festlegung der Bearbeitungstechniken ersparte die zum CAD führende Entwicklung zunächst die zeitaufwendigsten und kostspieligsten Phasen des Konstruierens. ADE geht folgendermaßen vor: eine Vorlage wird auf das Zeichenbrett des ADE-Lesers gelegt. Mit einem Koordinatennehmer werden die geometrischen Gebilde der Vorlage digital codiert und in Lochstreifen gespeichert. Anhand der so entstandenen numerischen Abbildung der Vorlage führt ein plotter detaillierte oder maßstabsgeänderte Zeichnungen in Sekundenschnelle aus. Darüberhinaus sind Lochstreifen direkt zur Steuerung eines Präzisionsbohrers oder einer Prüfeinheit verwendbar.

Für sich genommen automatisiert das ADE nur Ausführungsabläufe des Konstruierens. Der qualitative Sprung wurde erst mit dem Einbruch in das kreative Konstruieren vollzogen: Mit Hilfe eines Lichtgriffels und eines Bildschirms läßt sich heute ein Modell direkt auf dem Schirm skizzieren oder anhand von gespeicherten zweidimensionalen Schablonen zusammenbauen. Über einen Rechner wird dann die noch grobe Skizze in eine präzise technische Zeichnung mit zusätzlichen Materialspezifizierungen umgewandelt. Dabei entstehen eine Reihe Daten – geometrische Konturen wie auch Anweisungen über Maschinenschnitttiefe und -geschwindigkeit –, die eine gemeinsame Grundlage der Entwicklungs- und Fertigungsprozesse bilden. Zusätzlich können die Bereitstellung der Produktionsmittel, die Bestimmung der Fertigungsabläufe und die Festlegung der Qualitätskontrollen mit eingeplant werden.

Zum Planungssystem wird das CAD mit Hilfe der Simulation. Sie fing harmlos an, indem bei der technischen Analyse (Material, Belastung usw.) an einem Bildschirmterminal in Dialogform mit einer EDV-Anlage die Reaktionen eines Bauteils auf Belastung getestet und simuliert wurden. Der Computer lieferte das Bild eines entsprechenden belasteten Bauteils. Die

Ausreifung dieser Methode lieferte die software für die Produktionsablaufsimulation. Dabei geht der Programmierer vom Liefertermin rückwärts aus, schätzt und errechnet die Fertigungs- und Planungsschritte, gibt die Rüst- und Wartezeiten der Maschinen ein, berücksichtigt Zulieferer- und Transportfristen. Dann spielt er sämtliche Produktionsfaktoren als veränderliche durch.

Ein so gebautes Planungssystem liefert im voraus Übersichtspläne für das Management, es liefert in Echtzeit Kontrollbestandsaufnahmen der Ausführung, listet und individualisiert Unplanmäßigkeiten. CAD wurde in den 50er Jahren aus der Zusammenarbeit von General Motors und IBM geboren, dabei flossen die in der amerikanischen Luftfahrtindustrie erprobten Simulationsverfahren ein. Anfangs zum Entwurf der Karosserien eingesetzt, entwickelte es das Massachusetts Institute of Technology in den 60er Jahren zu einem System der Gesamtplanung und Abwicklungskontrolle für das Bauingenieurwesen: das ICES (integrated civil engineering system).

Neuorganisation der produktiven Kapitalblöcke

Es liegt auf der Hand, daß die Transformation der Planung und der Produktion, die Zerschlagung der Grenzen zwischen Verwaltung und Fertigung eine neue Bestimmung darin einleitet, wie gesamtgesellschaftliche Arbeitsvolumina gestaltet werden, aber hauptsächlich auch: wie Arbeitskraft jeder Verhandlungsgrundlage (Wissen, Können, Stabilität) und jedes Widerstandsansatzes (Unersetzbarkeit, Gemeinsamkeit und Historizität) beraubt werden. Die selbstregulierten, periodisch programmierbaren Arbeitsvorgänge machen zwar die Einbindung und bedingungslose Treue der obersten Spitze der Arbeiterschaft erforderlich, erlauben aber gleichzeitig die Abdrängung der entgarantierten und austauschbaren Arbeitskräfte in den zweiten Sektor des Arbeitsmarktes. Die Materialisierung des Wissens in der unter Kapitalkommando befindlichen Maschine macht aus dem Widerstand der zum Arbeitsamt oder zum Sklavenhändler abgedrängten, ehemals garantierten Facharbeiter ein polizeiliches oder sozialtherapeutisches Problem; aber auf gar keinen Fall ein produktives. Die Umstrukturierung des Arbeitsmarktes, die rasche Auflösung der arbeitsvertraglichen Tariffhomogenität des Massenarbeiters verläuft parallel zur Automatisierung der strategischen Knotenpunkte im Verwertungsprozeß des Kapitals. Dequalifikation, Mobilität, prekäre Arbeit, Zwangsarbeit, Arbeitsdienst heißen die Stufen der chip-Revolution. Die Forderung nach der 35-Stunden-Woche ist, nach der Humanisierungspolitik, das reformistische Zugeständnis an die Mobilität, wie die Humanisierung die Beschönigung der Wissensenteignung war.

Werden entlang der Bänder die Hierarchien aufgelöst, so entstehen sie wieder außerhalb der Bänder im Umfeld der Fabrik. War die Pyramide ein Gleichnis der kapitalistischen Machtstrukturen, so ist es nunmehr das molekulare Aggregat. Hierbei verzahnen sich Klitschen mit und ohne chips, Arbeitskolonnen und kapitalintensive, weil menschenleere Werkshallen, Hungerlohnjobs und Heimarbeit, klimatisierter Computerraum und illegale Schwitzbude. Hier hört das Arbeitsprodukt auf, Träger von gesellschaftlichem Wert zu sein, um stattdessen Verkörperung und Vermittler der Unterwerfung von Arbeit unter den Kapitalplan zu werden. Der Segmentierung der Arbeit entspricht eine Aufsplitterung der Mehrarbeitsabpressung. Die Rekonstruktion der gesellschaftlich-notwendigen Arbeit liegt im Kapitalplan nicht nur als politische Herrschaft, sondern auch als produktivem Prozeß. War die Arbeit in der Massenproduktion geisttötend, so wird sie jetzt gesellschaftlich sinnlos. Prägte sich der Kampf der Arbeit in der Geburtsstunde der Fabrik am radikalsten in der Maschinenstürmerei aus, dann nach der fordistischen Erneuerung in der Zurückeroberung der Zeit, so wird sich der Widerstand nunmehr in der Verweigerung, ja in der Zerstörung überhaupt der Arbeit ausdrücken.

Der Volkswagenkonzern

Arbeitspolitik bei VW/ Inland

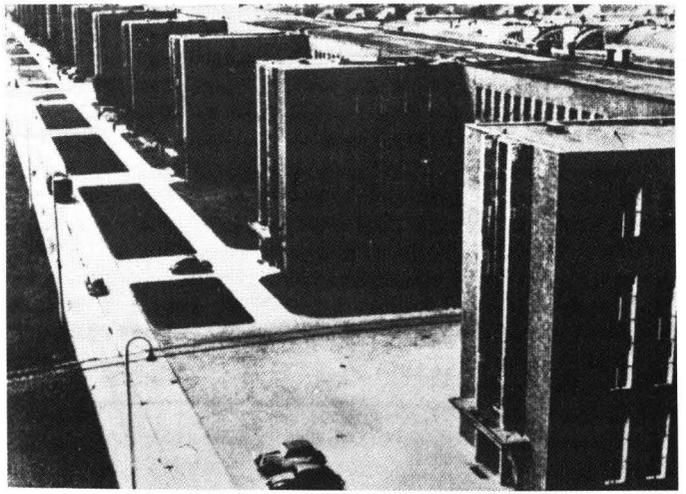
Das Volkswagenwerk ist nicht das einzige in der Bundesrepublik ansässige Unternehmen, das seinen unaufhaltsamen Aufstieg zum transnationalen Konzern der Erfahrung und Kontinuität in der Auspressung der Arbeiter unter dem Nationalsozialismus verdankt. Gleichwohl dürfte sich kein besseres Beispiel dafür finden lassen, wie die staatliche oder halbstaatliche Regulierung eines ganzen Industriezweiges – hier der Automobilindustrie – und die terroristische Bereitstellung immer neuer lebendiger Arbeitskraft vom Mythos des Produkts Volkswagen übertüncht und in die kompensatorische Perspektive eines spätnazistischen Volkskapitalismus und Wohlstands für alle umgebogen worden ist. Daß die Herren in Wolfsburg die Detroit-Fließbänder im Zeichen der multinational zusammengetriebenen Zwangsarbeit haben anlaufen lassen, ist kein den damaligen Zeitumständen geschuldeter Anachronismus, sondern zieht sich wie ein Leitfaden durch die Geschichte der Klassenzusammensetzung und Arbeitsorganisation der Volkswagenwerke.

Fabrik und Wohnlager in Wolfsburg, der „Stadt des KdF-Wagens“, wurden unmittelbar vor Kriegsausbruch 1938/39 hochgezogen, die Finanzierung lief – da das Abkassieren der Spargroschen von Hunderttausenden „Volkswagensparern“ nichts als ein zusätzlicher Schwindel war – über verschiedene Dienststellen der DAF – Deutsche Arbeitsfront – (d.h. mit Zwangsgewerkschaftsbeiträgen), die 1940 angekurbelte Produktion wurde sofort in die Rüstungsindustrie einbezogen. Bis 1945 wurde bekanntlich kein einziger Käfer für den Zivilbedarf hergestellt, vielmehr lieferte das Werk 65 000 bis 80 000 Kübel- und Schwimmwagen als „Jeeps“ zur Truppenmotorisierung, es wurde 1943 als NS-Kriegsmusterbetrieb ausgezeichnet und produzierte in der Schlußphase Bomben, Tellerminen, Panzerfäuste und anderes Kriegsgerät. Dennoch spricht einiges dagegen, daß Wolfsburg von Anfang an als Rüstungswerk und der „KdF-Wagen“ als Militärfahrzeug geplant waren. Der „Reichsautokonstrukteur“ Porsche war allerdings seit dem Ersten Weltkrieg einschlägig spezialisiert, und die riesigen Entwicklungskosten von 30 Mill. Mark sind vermutlich nur aufgebracht worden, weil unter der Tarnkarosse des Käfers auf mehrere Verwendungszwecke hingearbeitet wurde. Andererseits muß VW als Staatskonzern und in seiner Bedeutung für die Regulation des Arbeitskräfteeinsatzes, der Entwicklung der Autoindustrie und der „Volksmotorisierung“ im Rahmen der nazistisch planstaatlichen Krisenlösung („deutscher New Deal“) gesehen werden, die zur Rüstungsproduktion fortschreitet. Hitler hatte die „erfolgreiche Motorisierung“ zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit aufgegeben und zum Angelpunkt der „Kaufkraftlenkung“ in einer „klassenlosen nationalsozialistischen Volks- und Betriebsgemeinschaft“ erklärt (Holzapfel 1962, S. 14). „Ich zweifle nicht“, sagte Hitler auf der Automobilausstellung 1936, „daß die Kosten dieses Wagens in ein tragbares Verhältnis zum Einkommen der breiten Masse unseres Volkes gebracht werden können, genau so, wie wir es am glanzvollen Beispiel Amerikas

erlebt haben.“ (Nelson S. 61, vgl. S. 55, 67). Genau diesen mit dem Volksauto verbundenen Wirtschaftsplänen Hitlers setzten die im Reichsverband (RDA) zusammengeschlossenen Automobilhersteller, vorderhand aus Konkurrenzgründen, ihren Widerstand entgegen; Hitler verbot seinerseits den Opel-Werken und der Auto-Union, ein Konkurrenzmodell an der Preisgrenze anzubieten. Der Volkswagen wurde zum Monopolprodukt.

Die Naziführung begnügte sich daher auch nicht mit dem von der deutschen Automobilindustrie angebotenen technologischen know how zur Ausbeutung der Arbeiter. Sie schickte Porsche und einen Stab von Konstrukteuren mehrfach nach Detroit zu Ford, um die modernsten Massenproduktionsverfahren für VW zu übernehmen, mit den amerikanischen Methoden vertraute Produktionsexperten abzuwerben und Spezialmaschinen einzukaufen, womit die Grundlage für die totale Rationalisierung der Kriegswirtschaft gelegt werden konnte. Dieser „Rüstungsfordismus“ war von Anfang an mit dem Projekt der multinationalen Zwangsarbeit verbunden. Bereits zum Werks- und Wohnsiedlungsbau wurden 3 000 arbeitslose italienische Bauarbeiter abgestellt und in Baracken kaserniert. Der Reichsarbeitsdienst besorgte die erforderlichen Arbeitskräfte, und zusätzliche Anwerbungskampagnen lockten mit höheren Löhnen und besseren „Neuland“-Wohnungen in der geplanten Musterstadt am Mittellandkanal. „Die Männer, die damals angingen, diese Stadt und dieses Werk aus dem Boden zu stampfen, lebten nur zu oft in Hast, Hetze, Eile und Gier. Und wieviele maßgebliche Leute, die ich in dieser mit viel zu hohen Touren laufenden Maschine sah und kennen lernte, lebten getrennt von ihren Familien in Trunk und Ehebruch, auf der Flucht vor sich selbst.“ (Hilterscheid, S. 63). Aber mit der Produktionsaufnahme während des Krieges verschärfte sich das Arbeitskräfteproblem. 1940 begannen die Dienstverpflichtungen für das VW-Werk und die Freistellung von Arbeitskräften durch die Wehrmacht, was mit gewissen Vorteilen verbunden war und wodurch – wie der Verfasser einer 1970 erschienenen Dissertation meint – „die Auslese für die neue Stadt nicht immer günstig beeinflusst“ wurde. (Hilterscheid, S. 65). Die Wirklichkeit sieht schließlich so aus, daß statt der geplanten „Auslese“ an gutverdienenden Facharbeitern und Angestellten mehr und mehr Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene eingesetzt wurden. Für KZ-Häftlinge aus Buchenwald und Sachsenhausen entstand ein eigenes Lager auf dem Klieverberg; russische und französische Kriegsgefangene, Zwangsdeportierte aus Polen, Frankreich, Belgien, zwangsverpflichtete holländische Studenten, deutsche strafgefangene Soldaten, „Arbeitsunwillige“ und „Saboteure“ . . . zusammen genommen 16 000 Zwangsarbeiter, darunter die Hälfte Ausländer, bildeten das Gros der in riesigen Barackenlagern zusammengepferchten VW-Arbeitskraft bis 1945. Der Werksarzt Körbel soll für den Tod von 300 bis 400 russischen und polnischen Lagerkindern verantwortlich gewesen sein. „Die Arbeit war im VW-Werk zur unmittelbaren Zwangsarbeit geworden.“ (Holzapfel 1968, S. 36).

*5 Mark die Woche musst Du sparen -
Willst Du im eignen Wagen fahren!*



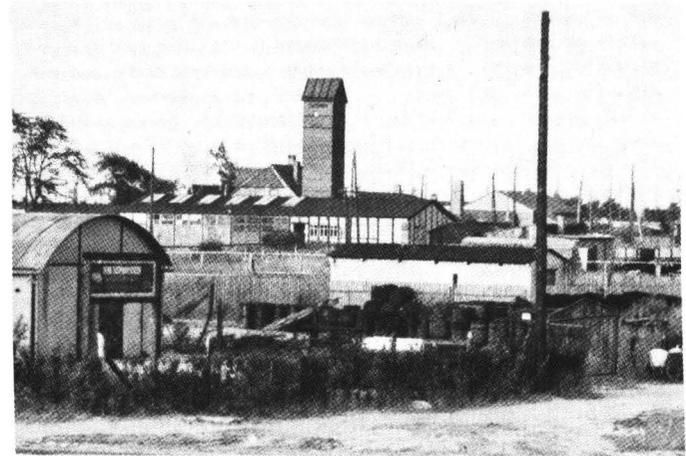
Das Volkswagenwerk bei Fallersleben wächst!



Produktionsbeginn Herbst 1939

Auslieferung ab 1940

Aufbau des VW-Werks



Barackenlager in Wolfsburg nach dem Krieg

Bericht
über das Ausländerkinderpflegeheim der Wirtschafts-
betriebe der Volkswagenwerk G.m.b.H.

Nachdem im Frühjahr 1943 verschiedene Kinder russ. Gefolgschaftsmitglieder geboren wurden, machte sich die Einrichtung eines Kinderpflegeheimes notwendig. Zur gleichen Zeit trat die Kreisleitung an die Werksleitung heran mit der Bitte, die russ. und polnischen Kinder aus dem Kreis in unser Pflegeheim mit aufzunehmen.

Zunächst blieben die Mütter längere Zeit bei den Kindern, so dass die Kinder gestillt werden konnten. Bei der kleinen Zahl machte sich dieser Anfall der Arbeitskräfte nicht wesentlich bemerkbar. Es wurde russ. Personal im Heim eingesetzt, auch die Leitung lag in den Händen einer russ. Frau. Die Ernährung war unzureichend und falsch, die Ordnung schlecht, so dass es demal zu einer erheblichen Sterblichkeit kam. Es wurde danach eine deutsche Schwester eingesetzt, die Ernährungsteilung erheblich verbessert. Man wurde bei dem F. unterer-
rten Kindern verschiedene Ernährungsversuche unternommen und zwar Halbmilch mit Haferschleim oder Halbmilch mit Mondsamin oder Citrettenvollmilch. Die Entwicklung der Kinder war erfreulich. Inzwischen hatte die Zahl erheblich zugenommen. Das Verhalten der Mütter, die bei jeder Gelegenheit Wäsche und Nahrungsmittel, soweit sie zu sie herankommen konnten, stahlen, machte es notwendig, dass eine frühe Entlassung der Mütter vorgenommen wurde. Ausserdem steckten sie den Kindern durchgekautes Brot, mit Zucker gefüllte Gummisauger und andere, für unsere Begriffe unsinnige Dinge in den Mund, so dass nur die ordentlichen, disziplinierten Mütter bis zu 6 Wochen bei ihren Kindern geduldet werden konnten. Diese verkürzte Stillzeit verursachte grosse Ernährungsstörungen, da von den Säuglingen künstliche Ernährung nicht vertragen wurde. Es wurde in dieser Zeit zum ersten Mal Mledon mit Mondsamin als künstliche Ernährung angewandt. Inzwischen ist die Sterblichkeit in dieser Zeit bis Februar 1944 zurückgegangen. Es trat bei dem mittlerweile sehr stark belegten Kinderheim eine Grippeinfektion mit Lungenerkrankungen in den Monaten Dezember bis Januar auf, die von den grösseren Kindern gut überstanden wurden. Bei den kleineren traten Ekzeme und Parunkel auf, an denen sehr viele

-2-

gestorben sind.

Das schlechte Verhalten der Mütter (Diebstahle, Disziplinlosigkeiten, falsche Behandlung der Säuglinge) griff weiter an sich, so dass sehr viele schon am 12. Tag entlassen werden mussten. Damit war die Möglichkeit, die Kinder zu stillen, noch schlechter geworden. Die künstliche Ernährung bestand in dieser Zeit s.T. in Mledon oder in Citrettenmilch mit Mehl angegedicht, da Mondsamin nicht mehr zu beschaffen war. Einzelne Mütter sind längere Zeit dabehalten worden, so dass es möglich war, Muttermilch neben Citrettenhalbmilch zu geben. Diese Ernährung wurde im allgemeinen gut vertragen.

Nach den Angriffen machte sich unbedingt die Umsiedlung nach unserer halb notwendig, da das Heim in der gefährdeten Gegend in der Nähe des Bahnhofs lag. Das Lager Röhren wurde als Kinderheim eingerichtet. Mittlerweile bedeutete

die Personalfrage keine Schwierigkeit mehr. Die deutschen Schwestern hatten das russische Hilfspersonal gut angeleitet. Nach Röhren sollten und konnten auch keine Mütter mitgenommen werden. Es wurde also bei der Ernährung die Muttermilch vollkommen weggelassen, und da stellten sich nunmehr die grössten Schwierigkeiten heraus. Wir konnten nicht ohne weiteres annehmen, dass von den russ. Säuglingen eine künstliche Ernährung, wie sie bei sehr vielen deutschen Kindern durchgeführt werden muss, weil viele deutsche Mütter keine Muttermilch haben, einfach nicht vertragen und dadurch die Aufzucht der Säuglinge unmöglich gemacht wurde. Wir versuchten, mit den bewährten künstlichen Säuglingsernährungsmitteln in der sorgfältigsten Anwendung die Kinder aufzufüttern, und erlebten, dass sie nach einigen Tagen die Nahrung verweigerten. Fast nach jeder Mahlzeit erbrachen viele von ihnen, bekamen harte Stühle, dass weiterhin Durchfälle auftraten, und als Folge von allen diesen Erscheinungen waren starke Gewichtsabnahmen zu verzeichnen. Eine Beobachtung, die wir immer wieder machten, war, dass die Kinder eine ausgesprochene Trägheit im Trinken aufwiesen, wie wir sie bei unseren nicht so sehr gewohnt sind. Das Füttern war für die Pflegerinnen immer eine Qual, da die Milch den Kindern förmlich in den Mund gespritzt werden musste. Die Sterblichkeit im Hochsommer 1944 war sehr hoch.

-3-

Die Ursache waren in der Hauptsache die eben erwähnten Ernährungsschwierigkeiten, daneben spielten Ekzeme und Parunkel immer wieder eine Rolle, obwohl in dieser Hinsicht sehr sorgfältig gearbeitet wurde, aber bei den schwachen Kindern war die Widerstandskraft derartig gering, dass die geringsten Infekte sich sofort auswirken konnten.

Die Fliegenplage war in Röhren sehr schwer zu bekämpfen. In den schweren Zeiten des Hochsommers 1944 wurden, um der Ausbreitung entgegen zu arbeiten, Infusionen mit Kochsalz oder Ringer'scher Lösung oder rektale Transbensukergaben angewandt. Der Erfolg war jedoch sehr gering. Es wurde immer wieder überlegt, wie es kommen könnte, dass die Kinder nicht auf diese in Deutschland millionenfach bewährte Weise aufzufüttern waren. Die über jedes Kind geführten Kurven des Gewichts und die geschriebenen Krankengeschichten geben Auskunft über die einzelnen Fälle. Es sollen trotzdem einige Fälle hier aufgeführt werden. Anfang August wurden 5 Kinder geboren (Gewicht 3000 bis 3270 Gramm). Eine Amme war nicht vorhanden. Die Ernährung wurde dreistündlich durchgeführt mit Mledon, mit Mehl, einige Tage als Übergang mit Saccharin gesüsst, dann mit Zucker. 4 bis 5 Tage tranken die Kinder gut. Dann traten die gleichen Erscheinungen wie bei den früheren auf, schlechtes Trinken, ausgesprochene Trägheit, nach der Trägheit Erbrechen. Manchmal haben sie in einem Aufstossen alles wieder von sich gegeben, manchmal erst 10 bis 12 Minuten nach dem Trinken. Die Stühle wurden

schlecht, erst dünn, dann grün. *Терапия* ohne Kohlehydrate und Elektrolyten, daneben Infusionen waren ohne jeden Erfolg, 2 Kinder hatten schon gleich Abszesse, bei den anderen ist die Gelbfärbung der Neugeborenen überhaupt nicht verschwunden, obwohl Traubenzucker injiziert wurde. Die Gewichtsabnahmen waren stark. Trotz gründlicher Fütterung wurden 3 Kinder nur 3 Wochen alt, die beiden übrigen 4 Wochen.

Eine Woche später wurden 6 Kinder eingeliefert. Die Mütter kamen nicht mit. Der Verlauf war der gleiche wie bei den 5 Kindern vorher. Zunächst guter Erfolg, danach schneller Abfall. Es wurden alle Möglichkeiten, die die deutsche Kinderklinik kennt in Säuglingsernährung angewandt. Es

-4-

wurden weder Arbeit noch Mittel gespart. Auch bei den nächsten Kindern war der gleiche Verlauf. Das Alter der Kinder, das erreicht wurde, schwankte zwischen 3 und 6 Wochen. Sogar bei 2 Kindern, deren Mütter (Verksangehörige) mitkamen, war trotz der Muttermilch die Ernährung miserabel. Nach langer Auf und Ab der Gewichtskurve haben sie sich aber dennoch erholt. Diese Versuche der Ernährung, bei denen wir mit stündlicher Gabe von 20 bis 30 g Citrettenvollmilch bei 4 Stunden Nachtpause begannen, wurden erfolglos abgeschlossen. Erst als es möglich war, von Müttern mit reichlich Muttermilch besonders elenden Kindern ein bis zwei Muttermilchmahlzeiten zu geben, wurde die Beobachtung gemacht, dass eine Besserung des Allgemeinbefindens eintrat.

Weil wir schon die Verweigerung hatten, dass die Schwierigkeit des Aufsehens lediglich in ursprünglichem Zusammenhang mit der Muttermilchmahlzeit stand, haben wir versucht, möglichst viele Mütter in das Heilmilchheim aufzunehmen. Es wurde an die Solidarität appelliert und die Mütter gebeten, für ein anderes Kind etwas Milch abzugeben, so dass dieses mit durchgeschleppt werden konnte. Auf der anderen Seite sollte das Kind der stillenden Mutter durch eine künstliche Mahlzeit allmählich an die künstliche Ernährung gewöhnt werden. Dieser Plan, stille Mütter in größerer Zahl in das Heim aufzunehmen, scheiterte an verschiedenen Schwierigkeiten:

1. Es haben manche Mütter keine Muttermilch, da die Voraussetzungen zur Milchbildung bei den bis kurz vor der Entbindung 12stündig eingesetzten Müttern mit Normalkobalt nicht besonders gefördert werden können.
2. Es waren manchmal auch Fragen des Arbeitseinsatzes und der Notwendigkeit der Wiederaufnahme der Arbeit diesen Plan entgegenstehend.
3. Es hatten sehr viele Mütter nicht die geringste innere Einstellung dazu und somit die erste beste Gelegenheit, sich entweder bei Nacht und Nebel zu entfernen oder aber sich heimlich die Brust hochzubinden, so dass die Stillfähigkeit sehr bald schwand. Andere wieder haben sich derartig ungehörig benommen, dass sie aus disziplinären Gründen aus dem Heim entfernt werden mussten.

-5-

Es wäre also ohne weiteres möglich, wenn man genügend Mütter hätte, die Aufsicht der Kinder zu ermöglichen. Die wenigen Beispiele, bei denen die Kinder von ihre eigenen Müttern laufend 2 - 3 Monate gestillt werden konnten, und die prächtig gediehen sind, beweisen u.a. mit aller Bestimmtheit, welches die Ursache für die ungeheure hohe Sterblichkeit der Säuglinge ist.

Zusammenfassend ist zu sagen:

1. Die russ. u. poln. Kinder, die von verheirateten, vor allem aber von unverheirateten Arbeiterinnen zur Welt gebracht werden, machen in der Aufsicht erhebliche Schwierigkeiten, da sie künstliche Ernährung fast nie vertragen und sehr schnell Gewichtskrisen aufweisen und jede Widerstandskraft verlieren. Dieser Zustand ist vielleicht darin begründet, dass in Polen, vor allem aber in Russland, nahezu jedes Kind z.z. jahrelang gestillt wird, und dass die ganze Bevölkerung in dieser Richtung noch vollkommen auf diese natürlichste Ernährung der Säuglinge eingestellt ist.
2. Es genügen einige Muttermilchmahlzeiten bei der Aufsicht der Kinder, bei im übrigen sorgfältig angewandter künstlicher Ernährung, um sie über die Schwierigkeiten der ersten 6 bis 10 Wochen hinwegzubringen.
3. Die Einstellung der poln. und russ. Mütter zum Kind ist allgemein schlecht. Nachdem das Kind zur Welt gekommen ist, verlassen sie es meist sofort, ohne sich weiter für sein Schicksal zu interessieren. Wenn diese Einstellung nicht so wäre, wären die Schwierigkeiten der Versorgung der Kinder mit Muttermilch nicht so gross.
4. Die Lösung der Frage durch Schwangerschaftsunterbrechung bei den poln. u. russ. Arbeiterinnen erscheint mir nach dem ungeheuren Aufwand der letzten 2 Jahre, der oft in keinem Verhältnis zum Erfolg stand, als die richtige.

In diesem Zusammenhang wird berichtet, dass seit Mai 1944 167 Schwangerschaftsunterbrechungen lege artis, d.h. unter Einhaltung aller nur denkbaren Vorsichtsmaßnahmen vorgenommen wurden.

Über den Aufstand dieser Arbeitssklaven im April 1945 gibt es mehrere Berichte, deren Wahrheitsgehalt im einzelnen zweifelhaft ist und die an Zynismus nicht zu überbieten sind (dies gilt vor allem für H. Mönnich, Die Autostadt, 1969, S. 215 ff). Dennoch vermitteln sie einen Eindruck von der verhängten Abrechnung mit dem Regime:

„Die Amerikaner konnten Wolfsburg nicht erobern, weil Wolfsburg auf ihren Ordonnanzkarten noch nicht eingezeichnet war. Die Zwangsarbeiter – Polen, Russen, Franzosen, Belgier, Holländer – hockten nach wie vor in ihren Baracken. Ihre SS-Begleiter hatten das Weiße gesucht; deutsche Soldaten und NS-Funktionäre verbrannten oder vergruben ihre Uniformen, Akten, Ausweise oder versenkten sie in den Mittellandkanal. Gegen 23 Uhr erfolgte der Beschluß, die Stadt nicht zu verteidigen, und der Volkssturm (...) löste sich auf. Als sich herausstellte, daß die Schergen geflohen und die Befreier irgendwo abgeblieben waren, brachen einige Gefangene aus dem Lager aus, plünderten Direktionsvillen in der Stadt und nahmen als nächstes das Werk aufs Korn. In den unbewachten Gängen und Büros des Verwaltungsgebäudes brach die Hölle aus; nur in den Werkshallen, wo viele deutsche Arbeiter noch immer treu und brav ihre Maschinen bedienten, wurde nichts angerührt. ‚Alle Telephone wurden aus der Wand gerissen‘, berichtete ein Reporter, ‚jede Schreibmaschine zerstört, jede Akte und Registratur zerfetzt und angezündet‘. Selbst die zahnärztliche Abteilung glich einem Trümmerhaufen. Auf dem Bahnhof fielen die Häftlinge wie ein Rudel wilder Tiere über einen Güterzug her und plünderten das Frachtgut; neben Waffen, Zucker und Mehl wurde auch der in Kisten verpackte Fundus einer Schauspielertruppe erobert. Bedeckt mit Puder und Schminke, in bunte Kostüme gehüllt, zogen die Marodeure weiter zu neuen Untaten. Sie spürten ein Schnapslager auf, betranken sich sinnlos und drohten, die Stadt in Brand zu stecken. Auch Deutsche schlossen sich an und sorgten dafür, daß sie bei dem Beutezug nicht leer ausgingen. Die meisten Gefangenen jedoch saßen noch immer in ihren Baracken, wie benommen von der plötzlichen Freiheit. Dennoch zweifelte niemand, daß es zu größeren Unruhen kommen mußte, falls die Stadt längere Zeit ohne behördliche Aufsicht blieb. Noch spät in der Nacht fuhr der Chefinspektor des Werkes, Rudolf Brörmann, mit einem Kollegen zu den Amerikanern nach Fallersleben und forderte sie dringend auf, Wolfsburg zu besetzen, um das Schlimmste zu verhüten. Sie mußten unverrichteter Dinge heimfahren. Am folgenden Morgen, dem 11. April, faßte Pastor Antonius Holling, katholischer Kaplan des Wehrmachts-Strafbataillons in Wolfsburg, den Entschluß, die Bemühungen Brörmanns fortzusetzen (...). Noch am gleichen Tag trafen zwanzig Sherman-Panzer und zweihundert amerikanische Soldaten ein. Sie brachten Anschläge an: Plünderer würden auf der Stelle standrechtlich erschossen.“ (Nelson, S. 119-20).

Dem Potsdamer Abkommen entsprechend hätte das VW-Werk demontiert werden sollen. Es lag in der britischen Besatzungszone, und bereits ab Mai 1945 rollten die ersten, unter der Kontrolle englischer Offiziere hergestellten Käfer für den Bedarf der Militärregierungen vom Band der „Wolfsburg Motor Works“ – ein 20-Millionen-RM-Kredit der Braunschweigischen Staatsbank hatte die Produktion in Gang gebracht. Die Demontage wurde verzögert und – nachdem die britische Autoindustrie und Ford abgewunken, die Sowjet sich zu spät interessiert gezeigt hatten – endgültig verhindert. Ein Verfahren zur „Entnazifizierung“ des Werks lag im Widerstreit mit den Interessen an einer kontinuierlichen Produktion.

Nachdem die Zwangsarbeiter aus der Nazi-Ära in ihre Heimatländer abgeschoben worden waren (oder weiterhin als „displaced persons“ in alliierten Lagern gehalten wurden), rückten in den ersten Monaten nach der Kapitulation mehr als 4 000 ehemalige deutsche Wehrmachtangehörige – z.T. in Kolonnen unter Führung der NS-Offiziere – in das Werk ein. „Unter den geschlossenen Gruppen befanden sich SS-Einheiten, denen man die Möglichkeit gab, im Volkswagenwerk unterzutauchen.“ (Holzapfel 1962, S. 279). Es kamen Umsied-

ler aus der nahen SBZ und zahllose Flüchtlinge aus den Gebieten östlich der Oder/Neiße hinzu; das Flüchtlingsproletariat fand Unterkunft in der erhaltenen Wolfsburger Barackenstadt, die erst in den 60er Jahren abgerissen wurde. Die Personalpolitik der Anfangszeit blieb ausdrücklich darauf gerichtet, die Nazis von gestern zu befördern. Noch 1951 war offiziell festzustellen, „daß noch eine größere Anzahl formell belasteter Nationalsozialisten im Betrieb arbeite“. (Hilterscheid, S. 97). 1948 setzte die britische Militärverwaltung Nordhoff als neuen Direktor ein. Der Mann verfügte über die entsprechende USA-Erfahrung an Verkaufs- und Produktionsmethoden und hatte sich als vormaliger Direktor bei Opel-Blitz Brandenburg, dem größten westeuropäischen LKW-Werk der Jahre 1942-45, seine Spuren in der Kriegsmassenfabrikation verdient. Zum arbeits- und betriebspsychologischen Berater Nordhoffs stieg ein Dr. Ing. W. Schleip auf, der seine Dissertation über den Arbeitssatz der HJ und 1944 eine Schrift über die „Totale Rationalisierung des Industriebetriebs“ vorgelegt hatte.

Wolfsburg 1945-48/49: in der Nazi-Hochburg, in der die schwarz-weiß-roten Fahnen dominieren, wird auf der Grundlage der fortgeschrittensten fordistischen Technologien und unter exzessiver Ausbeutung eines zunächst unerschöpflichen Reservoirs an Flüchtlingsproletariern die Großserienproduktion vorbereitet. Als im Oktober 1946 der 10 000ste VW das Werk verläßt, bringen die Arbeiter auf der Windschutzscheibe die Inschrift an: „10 000 Wagen, nichts im Magen, wer kann das tragen?“ (Nelson S. 85). Nordhoff erklärt ihnen später, es sei „unsere Aufgabe, diese größte deutsche Automobilfabrik zu einem maßgebenden Faktor der deutschen Friedenswirtschaft zu machen“; dies aber sei nicht zu machen, solange die Arbeiter vierhundert Stunden für den Bau eines Wagens brauchten: „Wir müssen auf hundert Stunden pro Wagen kommen.“ (Ebd., S. 152). Was von den Arbeitern noch mit Gelächter quittiert wird, setzt sich um in eine Politik des immer-schneller-Arbeitens und des Aufschubs der Lohnforderungen auf den Sankt-Nimmerleinstag. Am 6.9.1949 wird das Werk aus der alliierten Vermögenskontrolle („Kontrollratsgesetz“) entlassen; die britische Besatzungsmacht überträgt der Bonner Bundesregierung als „Treuhänder“ die Alleinverantwortung, ohne daß die Eigentumsverhältnisse deutlich geregelt worden wären.

In den 50er Jahren sind Wolfsburg und der VW zum Symbol einer ganzen Rekonstruktionsperiode geworden. Man kann dieses „Wunder“ an der Entwicklung der Produktions- und Beschäftigungszahlen, der Umsatzzahlen (s. Holzapfel 1962, S. 65 ff; ders. 1968, S. 58 ff, 193), an den Betriebsgröße und -ausweitung auf die Werke Hannover, Braunschweig, Kassel und später noch Emden (1964/65), am Aufbau der „schlagkräftigen“ Verkaufsorganisation, des Netzes abhängiger Händler und „Kundendienst“-Stationen und an der Konzernpolitik der inländischen Tochtergesellschaften (Finanzierung, Transport, Wohnungsbau und Siedlung) ablesen, von den Auslandsstrategien, Dumpingpreisen und mit quasi-Diplomatenstatus von Nordhoff vorbereiteten Niederlassungen in den drei Kontinenten nicht zu reden.

Das Wunder und die besondere Rolle, die der Automobilindustrie bei der Rekonstruktion des westdeutschen Kapitalismus zukommt, beruht freilich ganz wesentlich auf der Durchsetzung einer „Rationalisierung ohne Kapital“, die die 50er Jahre zur Phase der absoluten Steigerung der Arbeitsintensität werden läßt. Die Produktionsmaschinerie, welche die Kapitalisten seit 1951/52 wieder voll auszulasten begannen, war schon seit der Schlußphase der NS-Ära weitgehend erneuert und modernisiert worden. Die in der Kriegswirtschaft endgültig durchgesetzte tayloristische Massen- und Fließbandproduktion mußte lediglich konsolidiert und verbreitert werden. Die Rationalisierungsbewegung bis 1957/58 hatte daher zum alleinigen Ziel, auf der Basis einer kaum veränderten Maschinerie die höchstmöglichen Profite aus den Arbeitern herauszuholen, die Mehrwertsteigerung wurde in allen Industriezwei-

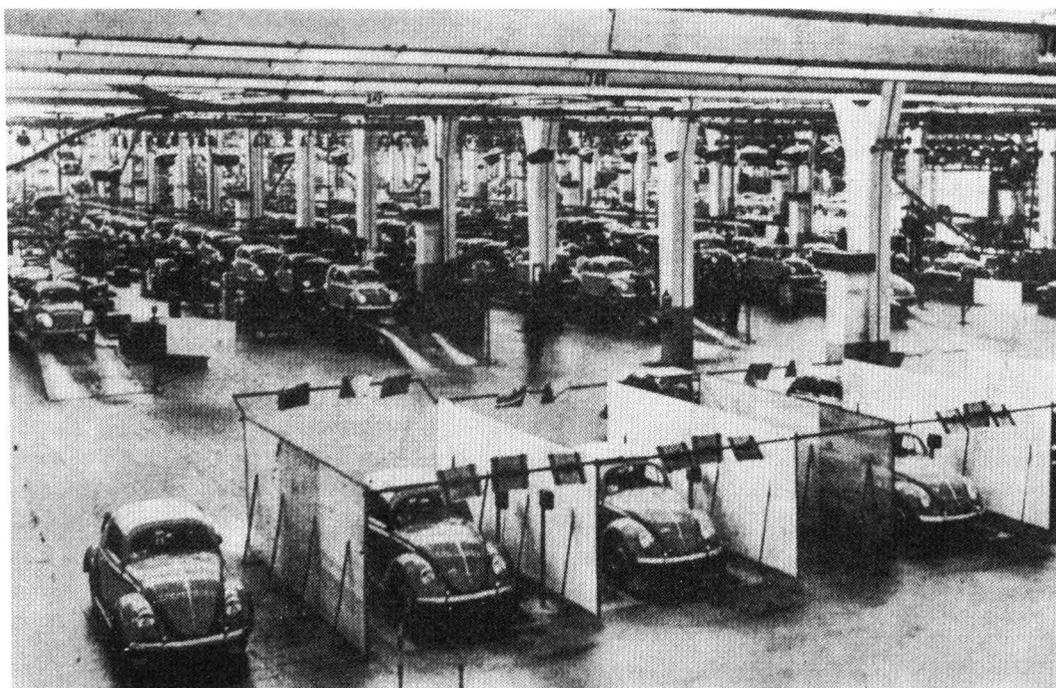
gen bei möglichst geringem zusätzlichen Kapitalaufwand durchgesetzt. Die zentrale Bedingung dafür war die Handhabung eines gespaltenen Arbeitsmarktes: in der Verfügung über die Millionen Flüchtlings-Proletarier „liegt die materielle Basis für die gesamte Politik des Adenauerregimes; ihr ganzer Zynismus wird deutlich, wenn wir uns klarmachen, daß der jahrelange Gebrauch der Flüchtlinge als besonders mobiler subproletarischer Teil des Gesamtarbeiters den Verlust der Zwangsarbeitsklaven der späten NS-Ära voll zu kompensieren vermochte“. (Roth, Die ‚andere‘ Arbeiterbewegung, 1974 S. 196-98).

Bei VW braucht bis Mitte der fünfziger Jahre keine Rationalisierungsinvestition vorgenommen zu werden. In der Ära der Leistungssteigerung durch Arbeitsintensität bleibt „der arbeitende Mensch“, wie Nordhoff sich ausdrückt, Grundlage der Produktion: „Man kann nach unserer Auffassung auch ohne Transferstraßen und ohne elektronengesteuerte Maschinenkomplexe große Rationalisierungs- und Produktionsfortschritte machen. Wir sehen unverändert den arbeitenden Menschen als den Faktor an, mit dem wir am meisten rechnen und von dem wir das Entscheidende erwarten ... wir sehen in unserem Werk die beinahe 30 000 Menschen (1955) viel mehr im Vordergrund als die Tausende von Maschinen.“ (Holzapfel 1962, S. 94). Diese Rationalisierung ohne Kapital macht das Werk zur „Wolfsburger Knochenmühle“, in der die miserablen Arbeitsplatzbedingungen und das Arbeitstempo im sog. Wolfsburger Tarifsysteem festgeschrieben werden. Dies 1954 eingeführte System der „analytischen Arbeitsplatzbewertung“ (im Lohnarbeitsvertrag von 1964 verfeinert) schlüsselt 8 Lohngruppen entsprechend den Arbeitsanforderungen in Wertzahlen / Wertzahlsommen etc. auf, zieht einen Rattenschwanz und Kontrollapparat von Inspektoren und Zeitnehmern nach sich und beläßt, ohne daß die Lohnentwicklung den Leistungssteigerungen angepaßt würde, die überwältigende Mehrzahl der Arbeiter gleichwohl in den unteren Lohnstufen 1 bis 3. Der DurchschnittsStundenlohn eines Maschinenarbeiters liegt Mitte der fünfziger Jahre um 2,05 / 2,27 DM; die meisten VW-Arbeiter sind hoch verschuldet. Die wachsenden Profite von VW kommen bei stabiler Preis- und Typenpolitik und rasch steigenden Stückzahlen nur über die gesteigerte Arbeitsproduktivität und Produktion des relativen Mehrwerts herein. Rückblickend berichtet das Deutsche Wirtschaftsinstitut 1958: „Eindeutig ist, daß neben den Investitionen und der immer mehr verfeinerten Betriebsorganisation das laufend gestiegene Arbeitstempo einen entscheidenden Anteil an der Produktivitätsentwicklung hat. Der physischen und psychischen Belastung im Volkswagenwerk, das zur Kontrolle der

Arbeit allein 2 300 Inspektoren eingesetzt hat, sind nur junge, völlig gesunde Arbeiter gewachsen. Das Durchschnittsalter der Produktionsarbeiter beträgt 33 bis 35 Jahre. Außerdem zählt der alte, geschulte Facharbeiterstamm des Werks nur etwa 6 000 Beschäftigte, während der andere große Teil fast ausschließlich aus angelernten Arbeitern besteht, die seit Jahr und Tag nur ein und dieselben Handgriffe am Fließband ausführen.“ (DWI-Berichte, 9. Jg., Jan. 1958, Nr. 2, S. 11).

Um 1955 liegt dann ein deutlicher Einschnitt in der Investitionstätigkeit der westdeutschen Autoindustrie; auch bei VW sind die Arbeiter einer technischen Neuzusammensetzung unterworfen. 1954/56 wird das Zweigwerk in Hannover errichtet; es ist dem Hauptwerk an Modernität weit überlegen, die Investitionen gelten dem allerneuesten Stand der Fertigungstechnik und einer Fließarbeit, die in einer damaligen Werbeschrift wie folgt gefeiert wird: „Wir erleben die kombinierte Fertigung der aus zwei ‚Stahlblechhäuten‘ bestehenden Wagentüren. Bisher erforderte das Pressen, Falzen, Nieten und Zusammenschweißen von Innen- und Außenhäuten zur stabilen Tür eine Unzahl komplizierter Arbeitsgänge unter Einsatz handbedienter Punktschweißgeräte. Diese Funktionen sind jetzt in modernsten, zu Straßen verbundenen Anlagen mit Vielpunkt-Schweißmaschinen zusammengefaßt, die in acht Stunden etwa 2 000 solcher Türen (mit je 112 Schweißpunkten) herstellen können. (...) Im modernen Preßwerk aber besorgt ein Greifer das Herausnehmen und Ablegen. Aus dem Stapel ist ein Förderband geworden; überall packen ‚eiserne Hände‘, Schubstangen, Transportschlitten oder flinke Kipphebel, Rasten und Haken zu. Große Teile, wie etwa das Wagentdach, werden mit Doppelgreifern weiterbefördert. Sogar das Wenden erfolgt mechanisch. Es gibt keinen Leerlauf – die Fertigung ‚fließt‘.“ (Holzapfel 1962, S. 81).

Dieser erste Übergang vom laufenden Band zur hochentwickelten Automatisierung wurde von einer Streikwelle der Arbeiter in Westdeutschland Ende der 50er Jahre begleitet. Die Nordhoff'sche Betriebsgemeinschaftsideologie war brüchig geworden. Ende Januar 1955 machte sich die allgemeine Unzufriedenheit bei VW in einem ersten Teilstreik der außerhalb Wolfsburg wohnenden Pendlerarbeiter Luft, die einen Fahrtkostenzuschuß beanspruchten. 1956/57 gab es erstmals direkte Aktionen gegen die Fließbänder bei VW: am 20.3.1957 wurde im Zweigwerk Hannover-Stöcken gegen die Arbeitsetze am Rohkarosserieband der Transporter gestreikt. Den Höhepunkt dieses Kampfzyklus bilden zwei Tage Streik im



Montagehalle in den 50er Jahren

September 1959. Die Arbeiter beantworten die Lohnfrage, vor allem aber die fortwährend gesteigerte Arbeitsintensität, das wahnsinnige Arbeitstempo an den Fließbändern und das ausufernde Überstundenwesen mit neuen Kampfformen: „Es war“, so schreibt die Hannoversche Presse, „einer der ungewöhnlichsten Streiks in der letzten Zeit: Die Belegschaft erschien zwar pünktlich bei Schichtwechsel zur Arbeit, doch an den Maschinen rührte sich kaum eine Hand. Stattdessen wurde diskutiert ... Im Vordergrund der Diskussion am angehaltenen Fließband stand die Vertagung von Lohnverhandlungen zwischen dem Volkswagenwerk und der Industriegewerkschaft Metall auf den 8. Oktober. Die Werksleitung wurde von dem Streik völlig überrumpelt.“ Mit dem Streik, der in seiner Signalwirkung über Wolfsburg hinausreicht, zerbröckelt zugleich der Kitt des Klassenfriedens in der Adenauerära. „Die Nachricht (vom Streik im Volkswagenwerk) wirft trotzdem ein Blitzlicht des Erstaunens, ja des Erschreckens in unsere konjunkturgewöhnten Tage. Seit dem langen Streik der Metallarbeiter in Schleswig-Holstein (1956-57 streiken 34 000 Metallarbeiter in Schleswig-Holstein 16 Wochen lang; d. Verf.) waren wir nicht mehr darauf gefaßt, solchen Tatsachen ins Auge zu sehen. Gewiß, hier und da ein kleiner Streik, das gehörte ja zu den verbrieften Rechten des Arbeiters in einem freien Staat. ... Das eigentlich Beunruhigende der jetzigen Vorgänge liegt woanders. Der Streik ist nicht an einem beliebigen Ort ausgebrochen, sondern in einem Zentrum unserer Vorstellung von der deutschen Tüchtigkeit. Das Volkswagenwerk ist mit einem Ausstoß von täglich 3 000 Wagen, seiner Exportleistung und seinen oft gerühmten sozialen Leistungen eine Visitenkarte unseres Könnens für alle Welt. Was, so fragt der Nichteingeweihte, hat denn einen Teil der Belegschaft zu einem wilden Streik bewogen? Lesen wir nicht immer, die sozialen Einrichtungen des Werkes stünden an der Spitze innerhalb der deutschen Industrie ... Die Frage muß lauten: Sind denn die Zustände im VW-Werk derart, daß der überwältigende Teil der Belegschaft so unzufrieden ist und sich durch eine ausgestreute Nachricht (vom Aufschub der Lohnverhandlungen; d. Verf.) zu Ausschreitungen hinreißen läßt? Was ist das für ein Betriebsklima, was ist das für eine IG Metall, die stumm dabeisteht und als einzige Reaktion die Zahlung von Streikgeldern verweigert?“ (Rhein-Neckar-Zeitung 25.9.1959; Holzapfel 1962, S. 283-84).

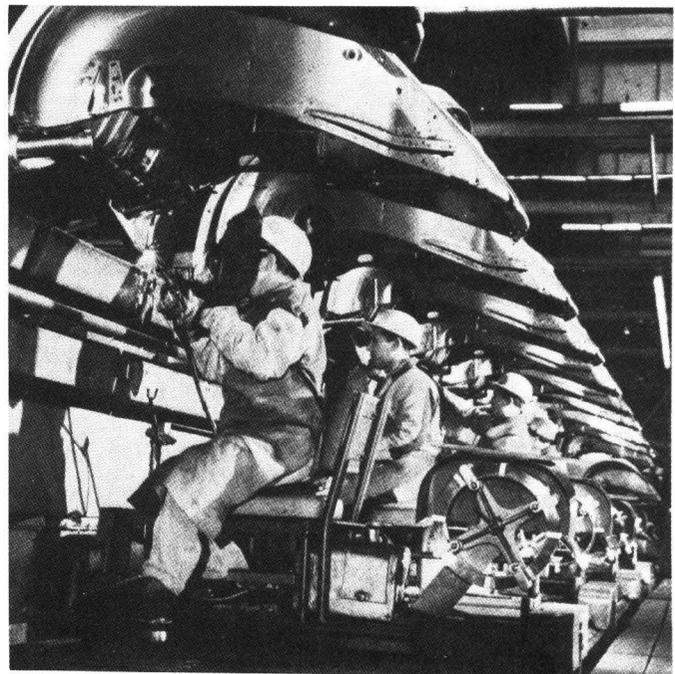
Welchen Stellenwert das Management dieser Revolte zumißt, wird rasch genug deutlich. 96 Arbeiter werden als sog. Rädelsführer wegen Störung des Betriebsfriedens hinausgeworfen. Ohne einen nennenswerten Widerstand der Gewerkschaft her vorzurufen, war die Entlassung mit der dem Betriebsverfas-

sungsgesetz entsprechenden „Wolfsburger Arbeitsordnung“ abgedeckt. Darüberhinaus konnte sich die Werksleitung in den kommenden Jahren der Auseinandersetzung auf einen reorganisierten Spaltungsmechanismus verlassen. In den Allerrwiesen entstanden wiederum Holzhäuser-Lager, umzäunt und vom Werkschutz bewacht, diesmal für eine Pariaschicht von Arbeitsemigranten aus Italien, die nach dem Versiegen des Stroms der Ostflüchtlinge und Spätheimkehrer die unteren Arbeitsmarktsegmente der BRD auffüllen mußten. Als sich diese italienischen Arbeiter kurz nach ihrer Ankunft 1962 gegen die Fließbänder auflehnten, blieb ihr Streik von den westdeutschen Kollegen isoliert. Es gelang nicht, die deutschen Arbeiter mit einzubeziehen, obwohl diese selbst 1959 gegen Arbeitsrhythmen und Bandgeschwindigkeiten rebellierte hatten; auf Kosten der Arbeitsemigranten waren sie inzwischen in eine in der Betriebshierarchie höher angesiedelte Ausbeutungssituation übergewechselt. Der Italienerstreik wurde von einem großen Polizeiaufgebot zusammengeknüppelt, die „Rädelsführer“ wurden verhaftet und kurzerhand abgeschoben.

Um 1959/60 liefen die VW-Werke – nach wie vor mit dem standardisierten Typenprogramm (VW 1200 / Export / Transporter / Karman-Ghia) – auf Hochtouren. Die Konsolidierungsphase des Unternehmens war endgültig abgeschlossen, die Arbeitskräfteverknappung der späten 50er Jahre war teils durch kapitalintensivere Produktion aufgefangen worden, teils wurde sie im folgenden durch die Einverleibung einer neuen Generation von Bauernarbeitern aus der südeuropäischen Peripherie ausgeglichen, und die Profite aus dem Inlands- und Exportgeschäft waren hoch genug. In dieser Phase erfolgte der Ausverkauf, die Verschacherung eines ganzen Konzerns, der in dieser Weise in der Nachkriegsgeschichte des westdeutschen Kapitalismus einmalig dasteht und der zugleich ein besonderes Licht auf das Zusammenspiel von Automobilindustrie und Staatsfunktion wirft. Die Autoindustrie ist immer das bevorzugte Ziel planstaatlicher Förderung und Investitionslenkung gewesen. Degressive Abschreibung, Steuerbegünstigungen, Exportprämien und eine staatliche Dumpingpreispolitik gehören zu den Instrumentarien, die gerade auch VW zugute kamen. Bei VW kommt die besondere Situation hinzu, daß das Werk trotz aller absichtsvoll unklar geregelten Eigentumsverhältnisse ein verschleiertes Staatsunternehmen in der Nachfolge der DAF bzw. der britischen Militärregierung war, in dessen Beirat und später Aufsichtsrat stets Bon-



Fließband um 1970



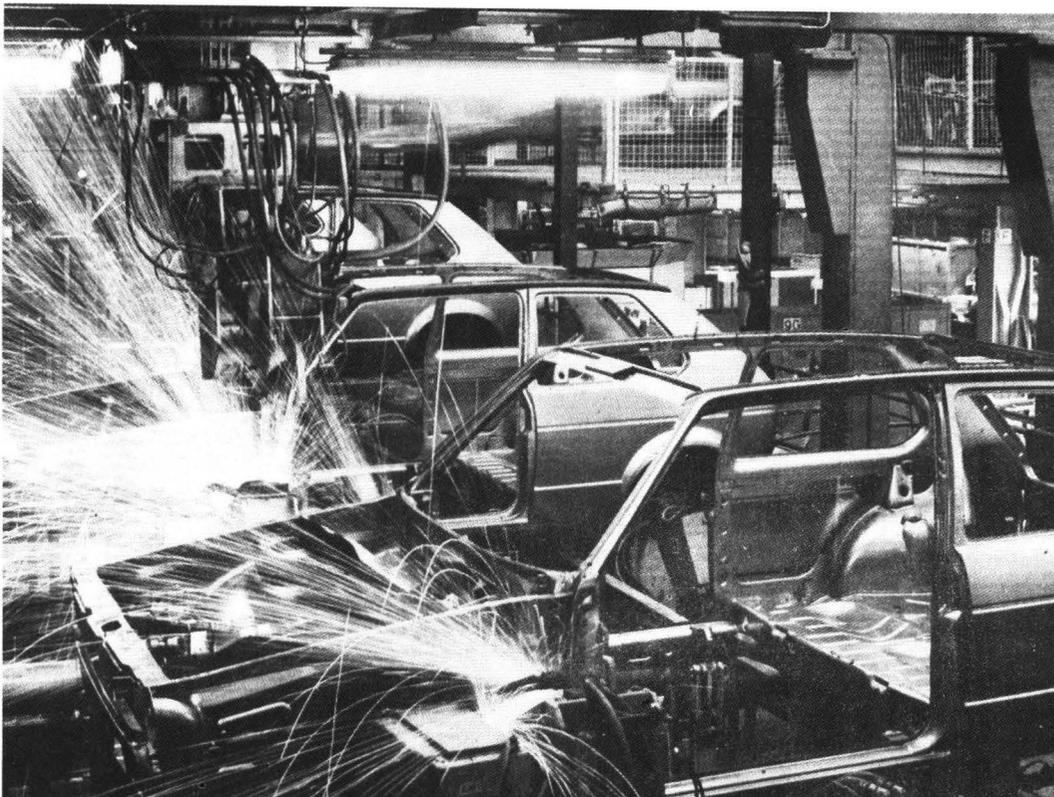
Alte Schweißtechnik (Käfer)

ner Regierungsfunktionäre saßen und sitzen.* Diese Situation wurde im November 1959 durch einen Vertrag zwischen der BRD und dem Land Niedersachsen und schließlich am 9. Mai 1960 durch ein „Gesetz über die Regelung der Rechtsverhältnisse bei der VW GmbH“ im nachhinein ausdrücklich anerkannt. Das Gesetz aber hatte keinen anderen Zweck, als den soeben zum Staatseigentum erklärten, aus Steuergeldern rentabel gemachten Konzern auszuverkaufen: er wurde am 6. Juli 1960 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt, und dann begann (per „Gesetz über die Überführung der Anteilsrechte an der Volkswagen GmbH in private Hand“ vom 21.6.1960) im Vorfeld der Bundestagswahlen die seit längerem vorbereitete Teil-„Privatisierung“ mittels „Volksaktien“, aus deren Verkaufserlös Milliardensummen in die Staatskasse flossen. Die Irreführung wird vollends daran deutlich, daß das auf Hunderttausende von Aktionären zersplitterte Aktienkapital mehrfach einer Stimmrechtsbeschränkung unterworfen, der Einfluß der Banken dagegen gestärkt wurde und daß der Bund sowie das Land Niedersachsen sich überdies 40% der Aktien vorbehielten, aus welchem staatlichen Eigentumsanteil die im Zugeständnis an die SPD und IGM eingerichtete „Stiftung Volkswagenwerk“ finanziert wird. (Über deren Wissenschaftsförderung wäre gesondert zu reden.) Die damalige Phrase vom „Wohlstand für alle“ und „Volkskapitalismus“ nimmt heute, nach den weiteren Verflechtungen von VW mit der Daimler-Flick-Gruppe (seit 1964), der Auto-Union (1965/66) und der Dresdner Bank, niemand gern mehr in den Mund. „Den größten Einfluß übt seitdem die Dresdner Bank aus, deren enge Verbindung zu Flick daraus zu ersehen ist, daß er seit Jahrzehnten ihrem Aufsichtsrat angehört. Sie vertritt über das Depotstimmrecht einen erheblichen Anteil der rund 900 000 Kleinaktionäre und hat die Federführung bei den Bankenkonsortien, die für Finanztransaktionen des VW-Konzerns gebildet wurden. Die führenden Repräsentanten des VW-Konzerns andererseits hatten bisher stets Sitz und Stimme im Aufsichtsrat der Bank.“ (IPW-Berichte, 1972, Heft 3, S. 68).

* So 1978 für das Land Niedersachsen die Minister Leisler-Kiep, Finanzen, und Küpker, Wirtschaft; und die Bonner Staatssekretäre Lahnstein und Schlecht.

VW blieb ein „Staatskonzern unter Bankkontrolle“ (ebd.), der zunehmend auch wieder in die Rüstungsproduktion eingegliedert wurde. „Der VW-Konzern ist an der Aus- und Umrüstung von Polizei, Zoll, Bundesgrenzschutz, ausländischen militärischen Formationen und Bundeswehr beteiligt (Sanitäts-, Funk-, Nato-Universal- bzw. Kommandowagen). Zu diesem Zweck konzentrierte er sich vor allem auf zwei Auftragsserien: Den ‚Munga‘ und den ‚VW 181‘. Der ‚Munga‘ stammt noch aus dem Erstausrüstungsgeschäft Flicks mit der Bundeswehr, das er 1965, da es auszulaufen und unprofitabel zu werden begann, mit der Auto-Union GmbH an VW abgab. Der ‚Staatskonzern‘ durfte damit die leidigen Reparaturen, Ersatzteilversorgung und Produktionsumstellung übernehmen. Da diese Transaktion die Kooperation zwischen Daimler-Benz und VW einleitete, sicherte sich Daimler die militärische LKW- bzw. Sonderfahrzeug-Produktion (zusammen mit MAN) und überließ VW das Überbrückungsgeschäft mit Jeeps bis zum Herauskommen des von den Nato-Ländern geplanten ‚Europa-Wagens‘. Der teurere ‚VW 181‘ löste 1969 den billigeren ‚Munga‘ ab: ‚Dieses Fahrzeug stellt sich als ein auf den neuesten Stand der Technik gebrachter VW-Kübelwagen der alten deutschen Wehrmacht dar.‘ Zwar ist der rüstungsbedingte Extraprofit des Volkswagenwerks nicht mit dem des Flick-Konzerns und seiner Daimler-Benz AG zu vergleichen, dennoch ist er ihm bisher so wichtig gewesen, daß der frühere VW-Chef Lotz im Arbeitskreis ‚Rüstungswirtschaft‘ des Bundesministeriums der Verteidigung tätig war, in dem Flick-Gesellschafter Wolfgang Pohle den Vorsitz hatte.“ (Ebd.).

Der Prozeß der Rationalisierung, die eigentlich „technische Revolution“ wird bei VW nach erfolgter „Reprivatisierung“ in den 60er Jahren vorangetrieben, und zwar derart, daß man von einer präventiven Einkreisung der Arbeiterkämpfe sprechen muß. Der Streik der Italiener von 1962 war ein Warnsignal gewesen. Ein relativer Arbeitskräftemangel, vermehrt nach dem Berliner Mauerbau, schien den Sprung in die Automation zu begründen. Überdies galt der Käfer seit Ende der 50er Jahre als konstruktiv veraltet, und es setzte 1961-65 eine Typendiversifikation ein, die zunächst freilich mehr den Charakter eines Gemischtwarenladens hatte; der Käfer wurde nur anders karossiert. Im Geschäftsbericht des Volkswagenwerks von 1963 heißt es: „Der Mangel an Arbeitskräften ver-



Schweißautomat, Golf-Fertigung

stärkte im Berichtsjahr die Notwendigkeit zur weiteren Rationalisierung und Automatisierung unserer Fertigung. Im Werk Wolfsburg automatisierten wir unter anderem den Zusammenbau von Rohkarossen durch Inbetriebnahme einer Spezial-Transferstraße und erweiterten vor allem die Karosseriefertigung durch Aufstellung von 57 neuen Großpressen und die Lackiererei durch Inbetriebnahme von zwei neuen Lackierstraßen.“ (Holzapfel 1968, S. 196; vgl. S. 174). Wiederum sollte die Automobilindustrie zum Träger der Entwicklung von Produktions- und Verfahrenstechniken werden, die für die gesamte westdeutsche Industrie maßgebend sein würden. Investitionen in Höhe von mehr als 2,5 Milliarden DM zwischen 1958 und 1963 revolutionierten bei VW das Maschinensystem in Richtung auf Vollmechanisierung und Automatisierung. Allerdings handelt es sich dabei zunächst um die sog. Einzweckmechanisierung über verkettete Sondermaschinen und Transferstraßen, die eine Fertigung hoher Stückzahlen über längere Zeit voraussetzt und die nur mit großem Aufwand an Zeit und Kosten umzurüsten ist. Anfang 1964 läuft eine vollautomatische Transferstraße an, mit der „16 Arbeitsoperationen zusammengefaßt (werden), die vollautomatisch rund 300 Schweißpunkte ausführen und Vorder- und Hinterwagen mit dem Dach zur Rohkarosserie verbinden.“ (Ebd. S. 185). 1966 wird zudem von der Plattenmontage auf Hängemontage umgestellt.

Diese Kontraktion des Kapitals und die „Einsparung“ von Arbeitskräften findet ihre Ergänzung nach zwei Seiten hin: Die Wolfsburger Produktionsorganisation hatte zwar die inländischen Zweigwerke zunächst nur als räumlich getrennte Produktionsabteilungen geplant (Wolfsburg: Fertigung PKW und Kombi; Hannover: Transporter / Motoren; Kassel: Getriebe und Ersatzteilproduktion; Braunschweig: Vorderachsen, Werkzeugbau; Emden: Überseemontage; nach der Übernahme von Auto-Union Ingolstadt und NSU Neckarsulm 1965/66: Fertigung PKW; 1970 Salzgitter: Motoren), wobei allerdings stets enge Verflechtungen und Abhängigkeiten zwischen Standort und regionalen Arbeitsmärkten hergestellt wurden; eine Tendenz zur Dezentralisierung der Produktion auch innerhalb der BRD wurde vom straffen Zentralismus der Wolfsburger Verwaltung aufgefangen. Aber zugleich lebt das Werk in einem ganzen Sonnensystem abhängiger Zulieferbetriebe und Klitschen – insgesamt zu diesem Zeitpunkt etwa 5 000 Betriebe (1972: 6 500), in die alle jene industriellen und manuellen Fertigungsschritte aus Wolfsburg ausgelagert sind, die das Zubehör erstellen. Die damit geschaffene Ausbeutungs- und Lohnkaskade bis in die Mittelstands- und Kleinbetriebe hinein hat das Funktionieren des westdeutschen Kapitalismus seit den 60er Jahren wesentlich mitbestimmt. Der zweite ergänzende Schritt bei VW war die Koppelung der Automation mit dem neuen Lohnarbeitsvertrag vom Oktober 1964. Die verfeinerte analytische Arbeitsplatzbewertung setzte eine Spaltung der Arbeiter über das Lohnsystem und die endgültige Verfestigung einer Hierarchie von Aufsehern und Kontrolleuren durch. Mit der technologischen Umwälzung veränderte sich demzufolge die Klassenzusammensetzung in Wolfsburg: die überwiegende Masse der angelernten und wenig qualifizierten Arbeiter, darunter in der Mehrzahl Arbeitsmigranten, fanden Eingang in die unteren acht Qualifikationsstufen des Tarifvertrags (ohne abgeschlossene Berufsausbildung), den anderen Pol bildeten die Kontrolleure und hochbezahlten Facharbeiter (s. Holzapfel 1968, S. 200 ff). Die rassistische Spaltungspolitik gegenüber der Klasse war ein für allemal im Lohnarbeitsvertrag verankert. Zugleich steckte hinter der Verfeinerung der analytischen Arbeitsplatzbewertung nichts als der Endzweck, die letzten vermuteten Leistungsreserven aus der vollbeschäftigten Arbeitskraft herauszuholen. Das Gespenst der „strukturellen“ Arbeitslosigkeit schließlich sollte zur Lohnregulierung herhalten.

Blieb demgegenüber im Verlauf der 60er Jahre noch ein Kampfverhalten der Arbeiter manifest, das aus „Absentismus“, kalkulierten Fehlzeiten und hohem turn over bestand (so vermerkt „Die Automobilwirtschaft“ 1961: „Sollten die Angaben der Statistiker stimmen, dann stecken in der Arbeitskraft der Vollbeschäftigten noch fast 20% Reserven, weil für die Arbeitnehmer kein Anreiz bestände, die volle Leistung zu

entfalten und dadurch den eigenen Arbeitsplatz zu sichern, da ja ausreichend offene Arbeitsstellen bereitstehen und ein Wechsel meist noch mit einer Lohnerhöhung verbunden ist.“ (Holzapfel 1968, S. 205)); so benutzte das Kapital die Krise von 1967, mit der der Restaurationsboom zu Ende ging, zum Angriff auf dies Arbeiterverhalten. Alles zusammen: der technologische Sprung, die neuen Lohnsysteme und die vom Kapital in der Krise geplante „Selbstreinigung“ der Belegschaft und Massenentlassungen provozierten jenen Kampfzyklus, der in der Geschichte der Klassenkämpfe der BRD zum herausragenden Datum wurde, der zunächst von der Revolte der Studenten und Jugendlichen überlagert war und der in den Septemberstreiks von 1969 vorläufig kulminierte.

Die VW-Arbeiter werden 1967 zur Kurzarbeit verurteilt. Der Konzern sieht sich im Krisenjahr gezwungen, eine umfassende Neuorientierung einzuleiten. Die Aufgaben für die 70er Jahre bestanden darin, statt der veralteten Käfer-Monostruktur neue Modellreihen mit multiplen Komponenten zu entwickeln und zu produzieren (das Baukastensystem der Ára Lotz / Leiding 1968-75 mit dem von der Auto-Union geplanten Typen und dem Golf), den vergleichsweise geringeren Rationalisierungsgrad aufzuholen und die hohe, risikoreiche Exportabhängigkeit von mehr als 60% zugunsten einer multinationalen, auf Niedriglohnländer konzentrierten Verbundproduktion zu ersetzen. (Wallraff S. 83).

Zunächst verschärfte die Währungskrise 1971 und der gesunkene Dollarkurs den allgemeinen Geschäftsrückgang bei VW und den Rückgang der Inlandmarktanteile durch den Zusammenbruch des US-Markts. Das crash-Programm Leiding: die Modellpolitik zu Lasten von Audi-NSU und der Umbruch in der dem Baukastensystem entsprechenden Produktionstechnik, eine Rationalisierung der Produktion unter Einschränkung der Investitionssummen und auf dem Rücken des mobilsten Teils der Arbeitskraft (1972 wurde ein großer Teil der italienischen Emigranten entlassen, um dann 1973 neuerdings angeworben zu werden), schließlich die einsetzende Entwicklung von Robotern / Handhabungsautomaten in eigener Regie; dies Programm „in die richtige Richtung“ wurde von zwei Ereignissen unterbrochen und ebensowehr beschleunigt. Trotz einer größeren Streikbewegung endete das Geschäftsjahr 1973 mit besten Abschlüssen, und auf dem Höhepunkt der Ölkrise von 1973/74, die als Antwort auf den seit Ende der 60er Jahre anhaltenden weltweiten Kampfzyklus inszeniert wird, fährt VW Sonderschichten. Die Gesamtbelegschaft im Inland liegt bei 126 000.

Im April 1973 kommt es in allen VW-Zweigwerken der BRD zu kurzen Streiks, bei denen es vordergründig „nur“ um die Wiederanhebung der im Vorjahr gesenkten Erfolgsprämie auf 8% geht. Diese Streiks werden in den meisten Zeitungen nur in einer kleinen Notiz erwähnt und in manchen Fällen durch den Kontext internationaler Streikstatistiken (die wieder einmal nachweisen sollten, wie lammfromm die deutschen Arbeiter seien) in ihrer Bedeutung heruntergespielt. Bei der Beurteilung der Streiks ist es jedoch wichtig, deren Vorgeschichte mitzubetrachten, nämlich eine enorm gesteigerte Arbeitshetze / Verkürzung der Taktzeiten unter dem 1971 neuangetretenen Konzern-Chef Leiding, gekoppelt mit gezielten massenhaften Entlassungen all derer, die zu viel krankmachen oder nicht schnell genug arbeiten. Anfangs – 1972 – scheint diese Methode noch Erfolg zu haben: die Absentismusraten gehen zunächst zurück; allmählich aber schlägt die Stimmung um: „Dauernd ist Krach mit den Vorgesetzten und Antreibern; die Fluktuation ist irr hoch, denn obwohl die VW-Löhne im Vergleich zu anderen Metall-Betrieben ziemlich hoch sind, hauen die Jüngeren ab, wo sie nur können, um sich bessere Arbeit zu suchen ... In Hannover ist die Abwesenheitsrate auf 22% gestiegen, d.h. die Arbeiter haben praktisch die 35-Stunden-Woche durchgesetzt; Schluderei ist als selbstverständliches Kampfmittel allgemein anerkannt, und immer wieder steht mal ein Band still, wo von einem Arbeiter etwas nachge-

holfen wird. ... Insgesamt ist wegen der gestiegenen Arbeits-
hetze und den wieder ansteigenden Kurven der Unfallstatistiken
eine Sau-Stimmung in den Betrieben."

Zwar sind im Frühjahr 1973 4 000 Arbeiter neueingestellt
worden, aber dennoch sind die insgesamt 11 000 Entlassungen
aus dem Vorjahr nicht ohne Wirkung geblieben. Die Konzern-
leitung versucht, durch die Umwandlung der jährlichen
Leistungszulage in eine Treueprämie, die stark fluktuierenden
Ausländer und jungen Arbeiter von den älteren Arbeitern zu
spalten; zudem gibt es eine in 13 verschiedene Lohngruppen
unterteilte Hierarchie zwischen den Arbeitern.

Die Arbeitshetze (gegen Abend wird immer wieder versucht,
die Fließbänder schneller zu stellen), völlige Dequalifikation
und Sinnentleerung der Handgriffe sind die Hauptgründe für
die wachsende Aufsässigkeit der Arbeiter. Die IG Metall ver-
sucht dem mit Vorschlägen zur Einführung homogener Grup-
pen (ähnlich wie bei Volvo) beizukommen, in denen dann die
Arbeiter die Möglichkeit haben, durch die Ausdehnung ihrer
Arbeitsgänge an einem Werkstück ihr Repertoire an stumpf-
sinnigen Verrichtungen etwas zu erweitern.

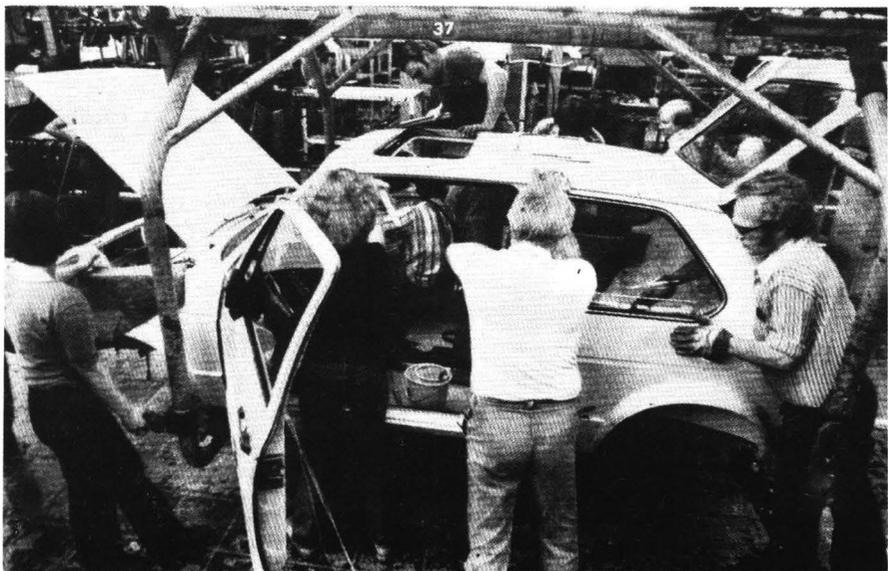
Aber die Reformvorschläge von Gewerkschaften und Konzern-
leitung stoßen bei den Arbeitern auf wenig Gegenliebe.
Auf die Einführung der Treueprämie mußte wegen der Unru-
he in den Betrieben verzichtet werden, stattdessen forderten
die Arbeiter die Umwandlung der Jahreserfolgsprämie in ein
13. Monatsgehalt. Und die Gewerkschaften mußten bei den
Betriebsratswahlen 1972 starke Verluste hinnehmen; stattdes-
sen wurde der Kampf unabhängig von ihnen auf Abteilungsebene
organisiert. So z.B. in Hannover, wo sich Frauen weigerten,
die Arbeit wieder aufzunehmen, bis nicht die Werks-
halle wieder anständig geheizt würde. In einer anderen Abtei-
lung wurde reihum solange gestreikt, bis alle in eine höhere
Lohngruppe eingestuft wurden.

Vor diesem Hintergrund erschienen die kurzen „Warn“-Streiks
im April 1973 in einem anderen Licht: Insgesamt waren
20 000 VW-Arbeiter an den Streiks beteiligt. In mehreren
Werken gab es Demonstrationen; dabei statteten in Hannover
150 Arbeiter dem Betriebsrat einen Besuch ab.

Sicherlich: Im Verhältnis zu anderen Automobilbetrieben ist
es bei VW 1973 noch ziemlich friedlich zugegangen. Offenbar
haben aber die kurzen Arbeitsniederlegungen und die Beispiele
Ford und Opel gereicht, um auch die VW-Konzernleitung
zu einer langfristigen Neuzusammensetzung der Arbeiterschaft
in den BRD-Werken zu bewegen: Was 1972 noch fehlgeschla-
gen war, nämlich die Arbeitsemigranten durch Prämien etc.
zur Selbstkündigung zu bewegen (das Projekt wurde seinerzeit
nach einem Monat wieder eingestellt, weil entgegen den
Erwartungen vor allem die politisch zuverlässige Stammebeleg-
schaft von den Kündigungsanreizen Gebrauch machte),
scheint 1975/76 zu klappen. 1975 kündigen vor allem Aus-
länder bei VW oder werden rausgeschmissen; ihr Anteil an
der Gesamtbeschäftigtenzahl sinkt prozentual rasch ab.

Der Streik von 1973 und die Talfahrt der Automobilkon-
junktur nach der Ölkrise, die den Konzern 1974 zur Kurzar-
beit und – soll man den veröffentlichten Bilanzen glauben –
ins Verlustgeschäft treibt, sind die letzten Anlässe für das
VW-Management, die Personalkosten zu bereinigen, die Be-
schäftigungszahlen durch mit der IG Metall abgekartete Mas-
senentlassungen in bislang ungekannter Höhe abzubauen und
mit dem Abbau von vor allem ausländischer Massenarbeits-
kraft die Produktion auf der neuen Grundlage der Roboteri-
sierung zu konsolidieren. Die beispiellose „Sanierung“ zu Be-
ginn der Ära Schmücker 1975, die von Bund-Länder-Program-
men und „Mobilitätzuschlägen“ gestützt wird und die die Beleg-
schaft um 27 000 Menschen auf vorübergehend 93 000 redu-
ziert, sowie die damit verbundene Rationalisierung und An-
passung der Produktionskapazitäten an den erwarteten Ab-
satz auf der Basis der entwickelten Leiding-Modelle leiten
den vorerst letzten großen Autoboom der Jahre 1975-79 ein.

Er wird vom Kapital dazu benutzt, die Weichen für eine Re-
strukturierung zu stellen, die schlagwortartig als Ende der
Vollbeschäftigungspolitik und des Wohlfahrtsstaats zu cha-
rakterisieren ist. Der Belegschaftsabbau des VW-Konzerns bil-
det den Hebel, mit dem eine qualitativ neue Klassenzusam-
mensetzung im Innern erzwungen wird. Am auffälligsten da-
bei ist die Verringerung der Ausländerbeschäftigung von 16-
18% im Jahr 1973 (19 700) auf 7,5% (7 000 Arbeiter) im
Jahr 1976; weiterhin führt der zunehmende Einsatz der selbst
entwickelten Roboter bei VW vorderhand zu „Verschiebun-
gen von den Akkordlöhnern hin zu den im Zeitlohn beschäf-
tigten Facharbeitern“ (Handelsblatt 9.11.1976). Die Profite
der Jahre 1977/78 und die unter Führung der Dresdner Bank
vorgenommene Kapitalerhöhung werden laut Geschäftsbericht
zu milliarden schweren Sachinvestitionen, zur „Anschaffung
von Spezialwerkzeugen sowie Ersatz- und Rationalisierungs-
investitionen“ verwendet (Süddeutsche Zeitung 24.8.1978),
die auf die gänzliche Umstrukturierung der Produktion schlie-
ßen lassen; allein für 1978-80 waren 5,9 Milliarden DM In-
vestitionen geplant. Auch der sog. zweite Ölpreisschock 1979/
80, der die meisten europäischen Autohersteller in die Krise
bringt und zu weiteren Massenentlassungen führt (Fiat, Peu-
geot-Citroen-Talbot, Ford und Opel; vorübergehend Kurzar-
beit bei VW), und der Druck der japanischen Konkurrenz
wirken eher noch beschleunigend auf den wahnsinnigen Ak-
kumulations- und Ausbeutungsprozeß von VW: das größte
Investitionsprogramm in der VW-Geschichte umfaßt 13 Mil-
liarden DM für 1981-83, womit künftige Überkapazitäten
einprogrammiert sind. Alle Investitionsanstrengungen laufen
in Richtung Komplexautomation. „Weiter automatisieren aber
lassen sich Europas Fahrzeugfabriken nur, wenn mit Milliar-
denaufwand die alten Fabriken umgebaut oder ganz neue
hochgezogen werden.“ (Spiegel 8.6.1981).



Für diese neuen Fabriken der 80er Jahre sind zwei Aspekte besonders hervorzuheben: die Rationalisierung der Fertigungstechnik und die neue Stufe der Unterordnung der lebendigen Arbeit unter das komplexautomatisierte Kapital. Hinsichtlich der neuen, computergestützten Fertigungstechnologie sollen zunächst die „führerlosen Transportsysteme“ genannt werden, wobei plattformartige Wagen die Werkstücke nach Steuerung aus einem Zentralcomputer über einen im Boden verlegten Draht automatisch zu den Bearbeitungsstationen bringen. Ein weiterer, und noch wichtigerer Bereich ist der Einsatz von Industrierobotern. VW produziert vier verschiedene Robotertypen und ist zum führenden Hersteller in der BRD geworden, wobei die Geräte weniger für den freien Verkauf als für die Nutzung in den eigenen Werken bestimmt sind. Industrieroboter werden in ständig steigender Anzahl im Rohbau zum Punktschweißen, aber auch zum Lichtbogenschweißen, Beschichten, Kleben, Teilehandhaben und -stapelung, zum Maschinenbeschicken und für weitere Aufgaben eingesetzt.

In der zweiten Hälfte der 70er Jahre hatte die Rationalisierung der Fertigung folgende Schwerpunkte: Seit 1978 wurde das Wolfsburger Preßwerk reorganisiert und erneuert, neue Förderungsmechanisierung und Rüsthilfen wurden eingebaut, verbunden mit einer erweiterten EDV-Steuerung, womit die Produktion einer erhöhten Teilevielfalt und der neuen Materialumschlaggeschwindigkeit angepaßt wurde. Im Karosserierohbau wurden die automatischen Schweißtransferstraßen, mit denen der Bau des Käfers Anfang der 60er Jahre revolutioniert worden war, durch flexible rechnergesteuerte Roboterschweißanlagen ersetzt; zudem werden die einzelnen Bearbeitungsstationen durch Magazinierung voneinander entkoppelt, um eine größere Flexibilität hinsichtlich Anlagenbeschickung und Personaleinsatz für die Mittelserienfertigung zu erzielen. In der Lackiererei wird das Elektrophoreseverfahren der späten 60er Jahre durch Lackierautomaten ersetzt, die Unterbodenbeschichtung durch ein Tauchverfahren und die Trockenöfen durch Elektronentrocknung. Bei der Aggregateherstellung ist neben immer perfekteren Simultanbearbeitungsverfahren vor allem der Verfahrenswechsel von der spanabhebenden zur spanlosen Umformung zu nennen. Durch mehrstufige Druck-, Stauch- und Preßvorgänge werden Kleinteile kalt und größere Teile halbwarm verformt, wodurch die Fertigungszeit reduziert, Material eingespart und eine Reihe komplexer Arbeitsschritte durch grobe Kraft er-

setzt wird (vgl. W. Wobbe-Ohlenburg, in: Doleschal/Dombois, S. 156 ff.). Den entscheidenden Wendepunkt für diese Rationalisierungen stellte der Modellwechsel der Jahre 1973/74 dar; Golf und Passat waren die Antwort auf die Krise der Massenarbeit. Mit diesen Modellen wurden, über die eben beschriebenen Rationalisierungsschritte hinaus, weitere Grundlagen für die „Verfahrensökonomisierung“ geschaffen: die selbsttragende Karosserie, die Reduzierung der Fertigungstiefe für einzelne Materialteile vor allem durch Einführung von Kunststoffspritzgußteilen und die Verminderung der Zahl der Einzelteile.

Der Einsatz von Industrierobotern bringt zwar die Beseitigung körperlich belastender Tätigkeiten, noch mehr aber eine Erhöhung der Arbeitsintensität an den verbleibenden Rand- und Restarbeitsplätzen:

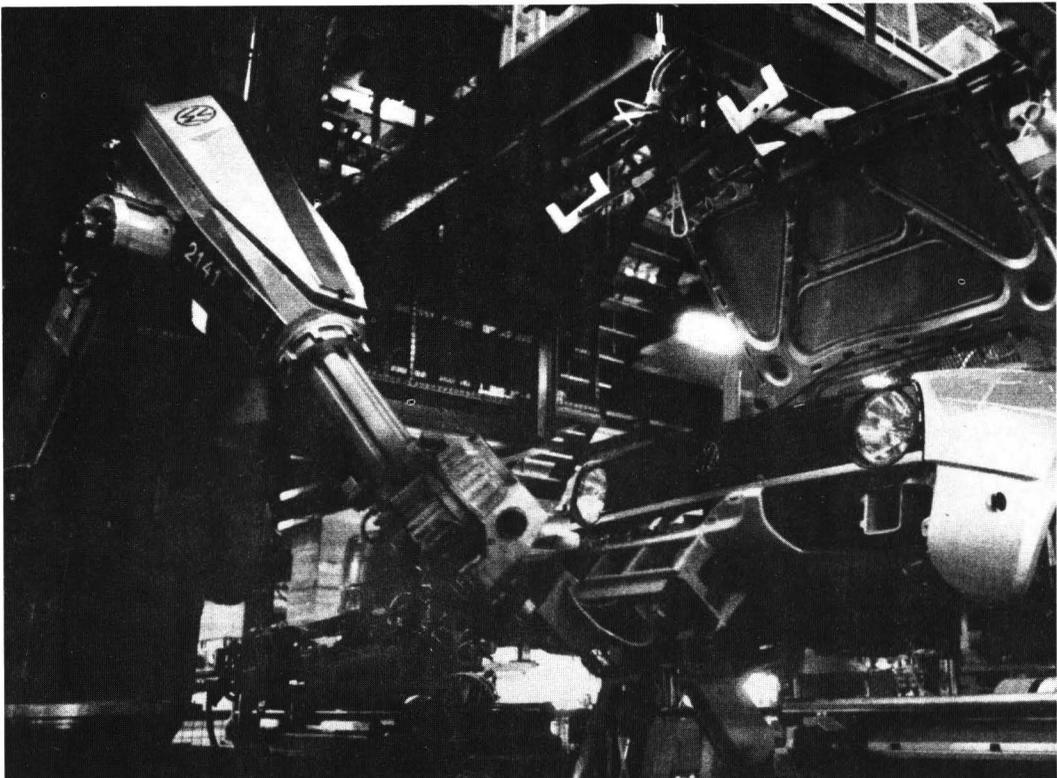
„ – Randarbeitsplätze erfahren zum Teil eine **Leistungsverdichtung**, die nicht unbedingt auf eine Mengensteigerung zurückzuführen ist. Arbeiter, die bisher mit Aufgaben wie Überwachung, Wartung, Kontrolle oder Reinigung beschäftigt waren, übernehmen nach einer Umstellung nun die zusätzlichen, nicht mechanisierbaren Arbeitsfunktionen des alten Arbeitsplatzes.

– Besonders an Einzelaggregaten, in die ein Industrieroboter für Bearbeitungsaufgaben eingesetzt ist – wie zum Beispiel beim Schweißen –, verbleiben Restarbeitsplätze zum Materialhandhaben. Gegenüber dem ursprünglich ganzheitlichen Arbeitsplatz des Schweißers kann der neue als in der **Tätigkeit verarmt** gelten.

– Eine besonders auffällige Form des Industrierobereinsatzes ist, daß an den verbleibenden Arbeitsplätzen die **Taktbindung** steigt, so daß nicht nur die räumlichen und zeitlichen Spielräume des Arbeiters stark eingeschränkt werden, sondern auch die Art und Weise der Arbeitsausführung.

– Der Trend zur **sozialen Isolation** der Arbeitsplätze wird durch die Industrieroboter-Einsätze verstärkt, so daß durch zunehmende Technisierung für die verbleibenden Arbeiter die Aufnahme persönlicher Kontakte immer schwerer wird.

– Die **Monotonie** bei der Arbeitsausführung steigt eher, als daß sie durch Industrieroboter abgebaut wird. Ebenso verstärken sich mentale Belastungen, die sich aus dem höheren Überwachungs- und Kontrollaufwand ergeben, und führen zu einer stärkeren Aufmerksamkeitsanspannung . . .“ (Doleschal /Dombois, S. 295).



Automatisierte Fertigung des Golf 2

§ 4

VW-Standardleistung

- 4.1 Die VW-Standardleistung entspricht der dem Zeitfaktor zugrunde liegenden Mengenleistung.
Der Zeitfaktor ergibt sich aus der Verwendung der nach Ziffer 3.1.6.1 bis 3.1.6.8 ermittelten Daten.
Die Arbeitsmethoden werden so festgelegt, daß sie biologisch und sozial zumutbar sind und dabei die VW-Standardleistung erreicht werden kann.
- 4.2 Für die VW-Standardleistung wird der VW-Standardlohn gezahlt.

Tarifvertrag VW 1979

Die Roboter ummauern die Arbeitsplätze mit eisernen Rhythmen, sie isolieren den Arbeiter und binden ihn unausweichlich an den vorgegebenen Takt; darüberhinaus ersetzen sie zunächst die Arbeitsplätze mit relativ hoher Arbeitsautonomie und sind ein weiterer Schritt der Dequalifikation:

„Die Rationalisierungsbewegungen treffen die Tätigkeiten der Montierer, Bearbeiter und Maschinenbediener sehr unterschiedlich. Als unmittelbare Folge der Technisierung sind die Maschinenbediener entstanden. Durch die Mechanisierung des Bearbeitungsvorganges wurde das produktive Geschick auf die Maschine übertragen. Als Restfunktion verblieb die Bestückung und Entleerung der Apparatur mit der Konsequenz geringer Qualifikation – mit Ausnahme weniger überwachender Arbeitsfunktionen –, hoher Belastung und harter Taktbindung. Maschinenbediener können als ‚Lückenfüller der Mechanisierung‘ gelten, die die Unterwerfung des Menschen unter den technischen Mechanismus symbolisieren. Trotz zunehmenden Einsatzes von Handhabungsautomaten – eine andere Bezeichnung für Industrieroboter – werden diese Tätigkeiten nur in einem geringen Ausmaß ersetzt. Im Gegenteil, es entstehen durch die neue Mechanisierung von Bearbeitungsvorgängen wie zum Beispiel im Rohbau neue Arbeitsplätze der Maschinenbedienung.

Hingegen werden durch die Mechanisierung des Rohbaus und der Lackiererei besonders die Tätigkeiten der Bearbeiter technisiert. Bearbeiter sind komplexe Anlerntätigkeiten mit hohem manuellen Geschick, wie Lackierer, Lichtbogenschweißer, Punktschweißer, Schleifer etc. Sie sind besonders durch den Industrierobotereinsatz betroffen. Für die Arbeitsbedingungen sind dadurch widersprüchliche Folgen zu verzeichnen.

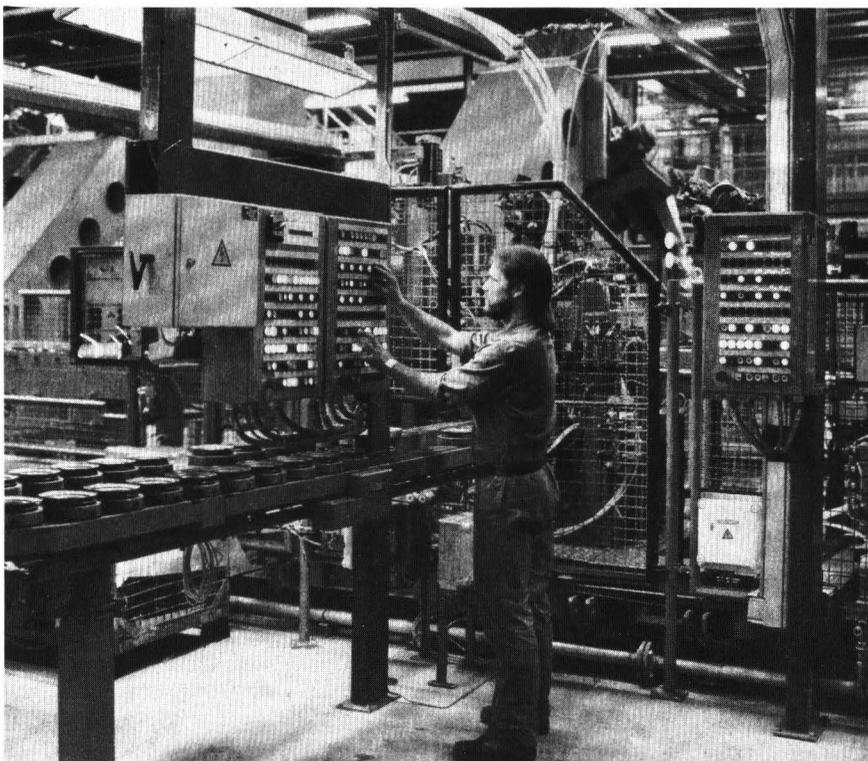
Einerseits entfallen Arbeitsplätze, die mit hohen Lohngruppen bewertet und im mittleren Qualifikationsspektrum angesiedelt sind, andererseits sind sie durch Umwelteinflüsse und körperliche Anstrengungen stark belastet.

Aber nicht nur durch die Mechanisierung allein, sondern generell werden die Reste handwerklichen Geschicks in der Produktion dezimiert. Durch den Verfahrenswechsel in der Innenausstattungsfertigung werden die Himmeleinbauer ganz und die Polsterer und Näher teilweise ersetzt. Besonders das Vordringen von Kunststoffen bedroht diese qualifizierte Form der Montagearbeit.

Auch wenn Teilgruppen der Montagearbeit durch die Rationalisierung erfaßt werden, bleiben die Montierer, das heißt die klassischen Bandarbeiter oder auch Jedermannstätigkeiten, nach wie vor das quantitativ stärkste Teilkollektiv des Automobilbaus. Zwar werden gewisse Bandbereiche auf neue Transportsysteme umgestellt, so daß die Taktbindung durch das Band gemildert wird, jedoch die originäre Montagearbeit, das heißt das Zusammenstecken und Verschrauben von Werkstücken besonders in der Endmontage, bleibt. Diese Tätigkeitsgruppe wächst sogar relativ zu den anderen, weil durch die Ausstattungsvielfalt und das nur zögernde Vordringen von Technisierungen, die Montagebereiche nicht so stark reduziert werden wie andere (Wobbe-Ohlenburg, a.a.O., S. 178).

Die Verschiebung von qualifizierteren zu entqualifizierten monotonen Tätigkeiten wird auch in der Verschiebung der Lohngruppen in rationalisierten Werken deutlich: während die Zahl der Arbeiter in den niedrigen Lohngruppen 3 und 4 deutlich zunimmt, sinkt die Zahl der in die Lohngruppen 5 bis 7 eingestuften Tätigkeiten (Doleschal/Dombois, S. 298). Seit diesem Jahr aber, mit dem Modellwechsel auf den neuen Golf, wird auch die Endmontage, die traditionelle Bandarbeit, durch den Einsatz von Robotern bedroht: das Krisenjahr 1983 bedeutet für die Bandarbeiter von VW eine „Wende“, mit der sich die Krise der Automobilarbeitsplätze für die zweite Hälfte der 80er Jahre ankündigt:

„Die Halle 54 auf dem Wolfsburger VW-Gelände ist ein 53 000 Quadratmeter großer, zweistöckiger grauer Klotz mit gelben Zierstreifen – von außen eine Fabrik wie etliche andere in der niedersächsischen Autostadt. Innen jedoch bietet die Halle 54 das Feinste, was Deutschlands Autobauer in der Fertigungstechnik bislang zuwege gebracht haben. Da legt ein Robbi, wie die stählernen Arbeiter bei VW liebevoll getauft wurden, den Keilriemen beim neuen Golf an, spannt ihn und zieht ihn fest. Da montieren Automaten Brems- und Kraft-



stoffleitungen; da schrauben Roboter den Auspuff, die Batterie und den Tank an.

Nahezu alles, was von außen an einem Auto zu montieren ist, erledigen beim Golf II Maschinen. Nur die Endmontage des Innenraums erfolgt noch per Hand. ... Mit allen Mitteln versuchen die Europäer, vor allem die Deutschen, die Asiaten einzuholen. Es war ein Kampf ums Überleben: Nur mit computergesteuerten Fabriken bestand für die deutschen Hersteller, die um 30% höhere Arbeitskosten beklagen (als die Japaner), Aussicht, ähnlich kostengünstig wie die fernöstliche Konkurrenz Autos bauen zu können. Nur die automatisierte Fertigung mit ihrer hochgradigen Präzision verspricht eine Qualität, wie sie im internationalen Wettbewerb gefordert wird. Die milliardenschwere Kraftanstrengung lohnte sich. Viele der neuen Automodelle, die Deutschlands Autoindustrie in diesem und im letzten Jahr vorstellte, rollen von Montagebändern, die weitgehend von Elektronikfirmen ausgerüstet wurden. BMW automatisierte seine Produktionsstätten für den neuen 3er. Im Münchner Stammwerk wird die Karosserie des kleinen BMW zusammengeschweißt, ohne daß Menschen dort noch körperliche Arbeit verrichteten. Daimler-Benz baut seinen kleinen 190er in technisch hochgerüsteten Werken in Sindelfingen und Bremen. Audi investierte ebenfalls Millionen in neue Fertigungseinrichtungen für den Audi 100. Selbst die Deutsch-Amerikaner Opel und Ford, von ihren US-Müttern lange Zeit kurz gehalten, dürfen seit einigen Jahren viel Geld in neue Fabriken stecken ..." (Spiegel, 37/1983).

Der Roboterisierung und Computersteuerung entspricht eine neue Stufe der Unterordnung der lebendigen Arbeit unter die Komplexautomation. Bei VW wurde 1980 ein neues „Lohn-differenzierungsverfahren“ durchgesetzt, in dem sich zunächst die gewerkschaftlichen Interessen der Verhinderung von Abgruppierungen (wie sie beim Modellwechsel 1974/75 vorgekommen waren) und der „Besitzstandssicherung“ wiederzufinden schienen, bei dem es jedoch langfristig um eine größere Flexibilität im Personaleinsatz, um die Bewertung der persönlichen Verwendbarkeit und um eine neue Hierarchisierung der produktiven Arbeiter geht:

„Im Unterschied zur analytischen Methode stellt das Lohn-differenzierungssystem eine summarische Bewertung der Arbeitsplätze dar. Das heißt, es wird nicht mehr jeder einzelne Arbeitsvorgang einzeln in einer Tarifstaffel bewertet, sondern eine Summe von Arbeitsvorgängen. Aus den bisher 26 verschiedenen Tarifstaffeln sind so bei Volkswagen zum Beispiel 12 geworden. Eine paritätisch besetzte Lohnkommission hat diese 12 Tarifstaffeln erarbeitet und ihnen die jeweiligen Arbeitsvorgänge zugeordnet. Die leichtesten Arbeiten werden in der Tarifstaffel A, die schwierigsten in der Tarifstaffel L zusammengefaßt. Dadurch, daß jetzt, nur um ein Beispiel zu nennen, nicht nur das Anschrauben der Räder, sondern vielleicht auch das Einsetzen der Windschutzscheibe oder die Montage der Sitze in einer Tarifstaffel zusammengefaßt sind, kann jeder Beschäftigte innerhalb seiner Tarifstaffel problemlos zu ganz unterschiedlichen Tätigkeiten herangezogen werden. Kurzfristiges nötiges Umbesetzen, kurzfristige Produktionsänderungen (heute wird der Golf, morgen der Polo produziert) sind ohne Zuschlagszahlung oder Bewertungsänderungen möglich ..." (Blick durch die Wirtschaft, 22.2.80).

Dieses „Lohndifferenzierungssystem“ ist auf die innerbetriebliche Mobilität der Arbeitskräfte gerichtet. Zunächst geht die summarische Bewertung ganzer „Arbeitssysteme“, also bestimmter Produktionsabschnitte, mit einem Qualifikations- und Lohnaufstieg einzelner Arbeiter einher. Dies jedoch dient nur der Akzeptanzregulation. Rechnet man zur neuen, vereinfachten Lohneingruppierung die Folgen der computergestützten Personaleinsatzplanung durch Personalinformationssysteme hinzu, erkennt man, daß eine neue Hierarchie der Lohnstufen A bis L das Werk durchziehen wird und daß es zukünftig nicht mehr darum gehen wird, die bestimmte Tätigkeit eines Arbeiters zu bewerten, sondern den Arbeiter nach Analyse seiner Daten in eine bestimmte Stufe dieser Hierarchie einzuordnen, ihn verplanbar und ersetzlich zu machen und ihn individuell unter die neue Technologie zu subsumieren. Inzwischen gibt es „Gedankenspiele“, nicht nur

den Arbeitsplatz — also den Ort der Herausbildung informeller Gruppen des Widerstands — flexibel zu gestalten, sondern auch die Arbeitszeit in der Weise, „daß jeweils im Dezember eines Jahres mit den Arbeitern und Angestellten eine ‚garantierte Jahresarbeitszeit‘ ausgemacht wird, die unter der jetzigen — auf der 40-Stunden-Woche basierenden — liegen kann und die nach Bedarf ‚abzurufen‘ ist“. „Auch werden Überlegungen angestellt, in Fragen der flexiblen Gestaltung der Arbeitszeit neue Wege zu gehen. So könnte man den Arbeitern verkürzte Schichten mit der Konsequenz eines Lohnabschlages anbieten.“ „Die Arbeiter wüßten zu Beginn eines Jahres, wieviel Arbeit sie in den kommenden zwölf Monaten zu leisten haben. Die Unternehmen wiederum könnten sich besser auf Konjunkturschwankungen einstellen“ (FR, Handelsblatt, Welt 4.3.83).

Es zeichnet sich noch nicht ab, inwieweit die neue innere Mobilität und die Flexibilisierung der Arbeitszeit — wie sie bislang vor allem bei Teilzeitarbeitsplätzen im Einzelhandel üblich gewesen ist — bis in die unteren Abschnitte des neu segmentierten Arbeitsmarkts hineinreichen wird. Grundsätzlich besteht die Möglichkeit, neben der Hierarchie der VW-Arbeiter auch hierzulande eine ganze Schicht von Teilzeitarbeitern und Jobbern zu austauschbaren Anhängseln der komplexautomatisierten Fabrik zu machen. Zunächst ist festzuhalten, daß die Arbeiterklasse, die 1973 bei VW nur durch einen kurzen Streik aufgemuckt hat, inzwischen eingemauert ist in eine Technologie, die in ihrem Ablauf von Computern und Robotern beherrscht ist, zum flexiblen Lückenbüßer geworden ist, jederzeit ersetzbar in eine neue Hierarchie gestellt. Der Aufbau eines transnationalen Verbundsystems, mit dem die brasilianischen oder US-amerikanischen VW-Arbeiter durch die gleichen „Weltstandardzeiten“ an den gleichen Arbeitstakt gebunden sind, ist im nächsten Abschnitt zu beschreiben. Die Wolfsburger und Hannoveraner Arbeiter konkurrieren mit denen in Sao Paulo, und eine Entlassungswelle, welche die Niederlage der Automobilarbeiter gegenüber der Komplexautomation endgültig sichtbar werden lassen wird, steht in der zweiten Hälfte der 80er Jahre noch bevor.

Verwendete Literatur

Reinhard Doleschal / Rainer Dombois (Hrsg.): Wohin läuft VW? Die Automobilproduktion in der Krise. Reinbek (rororo) 1982.

Hermann Hilterscheid: Industrie und Gemeinde. Die Beziehungen zwischen der Stadt Wolfsburg und dem Volkswagenwerk und ihre Auswirkungen auf die kommunale Selbstverwaltung. Diss. Berlin 1970.

Fritz Holzapfel: Volkswagenwerk — Demagogie und Wahrheit. Berlin DDR 1962.

ders.: Volkswagenwerk — Werk des Volkes? Berlin DDR 1968.

Walter Henry Nelson: Die Volkswagen-Story. Biographie eines Autos. Aus d. amerikanischen. München 1965.

Günter Wallraff: Volkswagen. Eine Konzernstrategie und ihre Folgen. In: Duhm / Wieser (Hg.), Krise und Gegenwehr. Ein Arbeitsbuch zum politischen Alltag in den Betrieben. Berlin 1975.

Wolfram Zilske: Konzernbiographie Volkswagenwerk AG. In: IPW-Berichte, 1972, Heft 3, S. 66-68.

Das Volkswagenwerk im Sog des Finanzkapitals. In: DWI-Berichte, 9. Jg., Jan. 1958, Nr. 2, S. 9-12.

VW als transnationaler Konzern

Den ersten Schritt zum multinationalen Unternehmen machte VW bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit: 1946 wurde eine VW-Niederlassung in **Südafrika** gegründet; 1956 begann die Produktion im dortigen Montagewerk; 1953 schloß Nordhoff, der quasi als Vertreter der Bundesregierung mit dem **brasilianischen** Präsidenten verhandelt hatte, einen Vertrag zur Gründung der Tochter VW do Brasil; 1957 ging das Werk in Serienmontage.

In Kürze die weiteren Produktionsstätten im Ausland:

- 1964 Gründung des Werks der VW de Mexica in Puebla, zunächst als Montagewerk,
- 1970 Gründung eines Montagewerks (zusammen mit DB) in Djakarta / Indonesien,
- 1971 ein Montagewerk in Jugoslawien,
- 1973 ein Montagewerk in Nigeria,
- 1976 Eröffnung eines Zweigwerks der VW do Brasil in Tanbete,
- 1978 Gründung einer Zweigniederlassung in den USA.

Nicht erwähnt sind ein Montagewerk in Australien, welches sich nicht rentierte, und ein Montagewerk in Venezuela, welches von den Besitzverhältnissen her nicht zum VW-Konzern gehört, außerdem kleine Montagewerke in Philippinen (1972) und Kenia (1976) und ein Montagewerk in Brüssel. Nicht erwähnt sind auch die zahlreichen Niederlassungen, die allein dem Import und Absatz dienen.

Die Zahlenreihe der Werksgründungen liest sich wie eine kontinuierliche Folge von Erweiterungen und Neugründungen – dahinter aber verbergen sich Umbrüche: die Reaktion auf den weltweiten Kampfzyklus der Automobilarbeiter im Frühjahr 1973 und der Schritt von einem Multi, der Montagewerke und Produktionsstätten in den wichtigsten Absatzgebieten gründet, zu einem transnationalen Konzern, der seine Technologie vereinheitlicht, „Verbundsysteme“ zwischen seinen verschiedenen Werken aufbaut und darangeht, metropolitane und trikontinentale Unterklassen mit völlig unterschiedlichen Traditionen der gleichen Technologie zu unterwerfen und ihre jeweiligen Kämpfe gegeneinander auszuspielen.

VW in Südafrika

Hinsichtlich der Kombination verschiedener Klassensegmente unter einem Fabrikdach verfügt VW seit der Produktion mit Zwangsarbeitern im NS über ausgereifte Erfahrungen, und es nimmt nicht wunder, daß das erste Montagewerk im Ausland im Staat der Apartheid errichtet wurde.

Das Montagewerk wurde 1956 fertiggestellt; seit Mitte der 60er Jahre erfolgte eine eigenständige Produktion. Nach der Krise von 1973 wurden die Minderheitsaktionäre ausgezahlt, seither ist die südafrikanische Niederlassung eine 100%ige VW-Tochter. Gleichzeitig wurde durch Rationalisierungsinvestitionen die Zahl der Belegschaft von 5000 auf 4600 reduziert. Seit 1976 werden auch Jeeps für das Militär produziert. Ende 1980 beschäftigte VW in Südafrika 73 000 Arbeitskräfte und hatte einen Ausstoß von 60 000 Fahrzeugen; die Produktion wurde auf die neuen Typen Golf, Passat und Jetta umgestellt. Die Hälfte der Belegschaft waren von Anfang an Farbige. Ende der 70er Jahre stieg ihr Anteil auf 75%.

„Zunächst sorgte der wirtschaftliche Aufschwung, den die Republik Südafrika Ende der 60er Jahre und Anfang der 70er Jahre erlebte, dafür, daß in der betrieblichen Praxis die gesetzlichen Bestimmungen über ‚job-reservation‘ nicht mehr in voller Strenge angewandt wurden. Andernfalls wäre der Aufschwung von Facharbeitermangel behindert worden. So haben

sich auch bei VW die beruflichen Möglichkeiten der Nichtweißen verbessert. Seit 1972 werden sie für bis dahin den Weißen vorbehaltene Tätigkeiten wie Schweißen, Lackieren und Polsterarbeiten zugelassen“, so wird in einer Broschüre des VW-Werks berichtet. Seit der wirtschaftliche Aufschwung jedoch auch im Land der Apartheid gebremst ist, erfüllt die farbige Arbeitskraft eine doppelte Funktion: sie arbeitet für einen geringeren Lohn und ist zugleich Konjunktur- und Rationalisierungspuffer. 1979 wurden 200 farbige Arbeiter ohne Vorankündigung entlassen, als die Produktionsanlagen in einem großen Investitionsschub modernisiert wurden. Aus einem Interview mit einem südafrikanischen Gewerkschafter wird deutlich, daß VW die Apartheid noch intensiver nutzt als andere Konzerne:

„Die Firma behauptet, sie würde gleichen Lohn für gleiche Arbeit zahlen, auf dem Papier tut sie es. Der Tarifvertrag macht bei der Eingruppierung der Arbeiter keinen Unterschied zwischen Schwarz und Weiß. Wenn sie aber in der Praxis tatsächlich einmal die gleiche Arbeit machen, bekommt der Weiße dennoch einen höheren Lohn.

Fr.: Der Weiße bekommt also eine Rassenzulage?

So muß man es nennen. Aber gewöhnlich machen Schwarze und Weiße nicht die gleiche Arbeit. 75% der Beschäftigten bei VW in Südafrika sind Schwarze oder Farbige, aber unter den 200 Vorarbeitern ist nur ein einziger Farbiger, und die Meister sind ausnahmslos weiß. In den südafrikanischen Fordwerken dagegen kommt auf je 50 Arbeiter ein schwarzer Meister. Bei VW gibt es übrigens auch keine schwarzen Sekretärinnen. . . Bei Ford gibt es Kantinen für alle, bei VW haben die Weißen eigene Kantinen, und die Schwarzen müssen unter sich bleiben. Bei den Toiletten hat sich vor einiger Zeit etwas geändert: Früher stand auf den Türen die Aufschrift ‚White‘ oder ‚non-White‘. Jetzt ist auf den Türen ein Männchen abgebildet, ein weißes Männchen für Weiße, ein schwarzes Männchen für Schwarze.

Fr.: Wie hoch sind die Löhne?

Das Minimum für einen Schwarzen sind 91 cents, das sind umgerechnet 2,03 DM! Monatlich ergibt das einen Betrag, der um zehn Mark über der Armutsgrenze liegt. Man muß aber berücksichtigen, daß dies Bruttolöhne sind. Der Nettolohn liegt dann um 34 DM unter der Armutsgrenze von 151 Rand im Monat, der von Wissenschaftlern errechnet wurde...

Fr.: Haben Schwarze die Möglichkeit, sich durch Lernen und Leistung aus diesen Verhältnissen zu erheben? Kann der Einzelne aus eigener Kraft an diesen Verhältnissen etwas ändern?

Bei VW wird kaum ausgebildet. In den letzten 10 Jahren wurden insgesamt 200 weiße, 44 Farbige und zehn schwarze Lehrlinge ausgebildet in einem Werk, wo 6 000 Menschen arbeiten, davon 4 200 in der Produktion.“ (FR 16.6.79).

Im Juni 1980 streikten erstmals 3200 schwarze Arbeiter über zwei Wochen lang und konnten eine Erhöhung des Mindeststundenlohns von 1,15 auf 2 Rand durchsetzen. Ihr Erfolg war jedoch von kurzer Dauer. 1982 wurde die Produktion um 17% auf 52 000 Fahrzeuge zurückgenommen; 9,4% der Belegschaft wurden entlassen. Trotz gegenteiliger Beteuerungen auch der bundesdeutschen VW-Gewerkschaftler dauert die rassistische Segregation bei VW in Südafrika an, das Apartheid-System wird lediglich „auf Stromlinienform gebracht“ (vgl. die Darstellung des „Informationsdienst Südliches Afrika“ in FR 24.4.81).



VW in Puebla/Mexiko

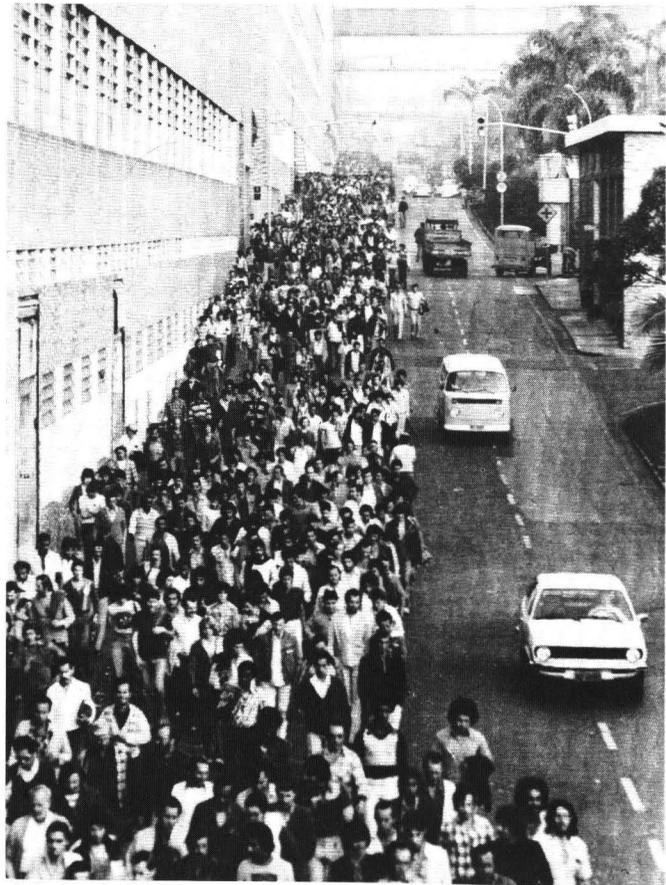
VW do Brasil

VW in Brasilien ist das größte Privatunternehmen in Lateinamerika, die größte Auslandsinvestition eines deutschen Konzerns. Über 40% aller brasilianischen Autos sind von VW gebaut, die brasilianischen VW-Werke exportieren Autos nach Afrika, in den Mittelmeerraum und in die lateinamerikanischen Staaten. 1976 lag die Produktion über einer halben Million Fahrzeuge im Jahr.

VW rühmt sich, in einem Land, „wo die Menschen direkt von den Bäumen in die Käfer eingestiegen sind“ (Nordhoff), zum brasilianischen ‚Wirtschaftswunder‘ beigetragen zu haben, das Brasilien zu einem der wichtigsten subimperialistischen Zentren in den drei Kontinenten gemacht hat.

„Seit ihrem Putsch im Jahre 1964 haben Brasiliens Militärs das größte Land Lateinamerikas mit eiserner Faust regiert und dabei zu einer der wichtigsten Industrienationen der Dritten Welt gemacht. Sie erreichten jährliche Wirtschaftswachstumsraten von mehr als 10 Prozent und brüsteten sich stolz mit dem ‚brasilianischen Wunder‘ ... Tatsächlich waren seit 1964 alle Streiks praktisch verboten, galt gewerkschaftliche Betätigung als subversiv. Freie Lohnverhandlungen zwischen Arbeitern und Unternehmern waren untersagt, Lohnerhöhungen wurden einmal jährlich vom Arbeitsministerium festgesetzt, blieben aber meist hinter der jährlichen Inflationsrate zurück. So nahm die Kaufkraft der Arbeiter ab...“ (Spiegel 20/79). Unter solchen Bedingungen standen die 60er Jahre für VW in Brasilien unter dem Zeichen ständiger Expansion; obwohl der Konzern angeblich das 6fache der staatlich festgelegten Mindestlöhne an die Beschäftigten zahlte, verdiente er an den Arbeitern in Sao Paulo jährlich 4 300 DM mehr pro Arbeiter als in Wolfsburg – und das, obwohl die Produktivität dort deutlich geringer war.

Ein Käfer kostete in Brasilien ein Drittel mehr als in Deutschland; es waren ja auch nicht die VW-Arbeiter, die ihn kaufen sollten. Noch weniger waren es die überausgebeuteten Arbeitskräfte in den 1 500 Zuliefererbetrieben Sao Paulos; 2 Millionen Menschen, so wurde Anfang der 70er Jahre geschätzt, lebten allein in dieser Stadt von der Autoindustrie – aber keine 200 000 waren in den eigentlichen Produktionsstätten der Multis beschäftigt, sondern arbeiteten in den Klitschen – oft mit kurzfristigen Aushilfsverträgen, mit denen von der Regierung festgelegte Mindestlohn und die Sozialversicherung umgangen wurden. Sao Paulo wuchs von knapp 4 Millionen Einwohnern 1960 auf mehr als 10 Millionen. Die Favelas, die Slums um Sao Paulo, waren ein reiches Arbeitskräftereservoir. VW in Sao Paulo beschäftigte keine Analphabeten – „Wer nach drei Monaten nicht lesen und schreiben kann, wird gefeuert“, beschäftigte „Arbeiter aus 40 Nationen“ in seinem Werk in Sao Bernado – eine Mischung aus Arbeitsemigranten, Slumbewohnern und städtischen Aufsteigern, mit der der Konzern ja auch in Wolfsburg über reichhaltige Erfahrung verfügte.



Arbeiter bei VW do Brasil

„Wir zahlen die Spitzenlöhne des Landes“, versichert VW do Brasil - Chef Sauer im November 1979. Nach seinen Angaben beträgt der Jahreslohn 6 000 US-Dollar, während der Landesdurchschnitt bei 1 500 Dollar liege. Allerdings: die Kaufkraft der Löhne ist bei galoppierender Inflation ständig gesunken. Bei annähernd gleichen Lebenshaltungskosten wie in Europa betrug der gesetzliche Mindestlohn 1978 etwa 130 Mark im Monat. Die Gewerkschaft rechnete 1976 aus, daß allein zum Erwerb der Grundnahrungsmittel rund 2,3 Mindestlöhne notwendig waren. Gewerkschafter erklären, VW do Brasil zahle nicht, wie behauptet, den fünffachen Mindestlohn, sondern nur das zwei- bis dreifache. Auch das nur dank der Überstunden: Oliveira Toldedo, ein 1975 von der „SZ“ vorgestellter Arbeiter bei VW do Brasil, kam mit Zuschlägen für Nacht- und Überstunden auf knapp das Vierfache seines gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohns – bei 65 Wochenstunden. Nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben sowie den Raten für einen Fernseher bleiben noch knapp das Dreifache eines Mindestlohns: Es reichte gerade für die Miete eines 10-qm-

Raums plus Toilette und Dusche; Fleisch kam nur einmal in der Woche auf den Tisch" (Entwicklungspolitische Korrespondenz, Brasilien. Hamburg, 11.Jg.).

Schon in den 60er Jahren wurde bekannt, daß „VW der repressivste aller multinationalen Konzerne in Brasilien“ sei; die „Linea dura“ beschrieb nicht nur der Kurs der Militärs, sondern auch den Führungsstil bei VW: „Der wegen seiner rüden Verhörmethode gefürchtete Werkschutz, vermuten Gewerkschaftler, bestehe vorwiegend aus altgedienten Soldaten und Geheimdienstlern“ (Spiegel 28/1981).

Die Autokrise zu Beginn der 70er Jahre fand nicht in Brasilien statt. Vielmehr konnte man lesen: „Die VW-Töchter machen dem Konzern viel Freude“ – die Krise in den Metropolen wurde ausgeglichen durch eine konzerninterne Verschiebung des Investitionsschwerpunkts vor allem auf die lateinamerikanischen Niederlassungen. In Brasilien verschaffte sich der Konzern jenseits der Automobilproduktion zunächst ein zweites Standbein: mit der von Weltbankkrediten geförderter und steuerlich begünstigter Zerstörung von Indianerterritorien, der Rinderzucht:

„Die Wolfsburger haben zum Überleben eine Wunderwaffe in der Hinterhand: Rinder. Seit 1974 betätigt sich die Companhia Vale de Rio Cristalino, eine Tochter der VW do Brasil,



Automobilarbeiterfamilie in einer brasilianischen Favela

aus Steuergründen als Viehzuchtanstalt. Im nahezu unbewohnten Amazonasbecken entsteht auf einer Fläche von fast 140 000 Hektar eine Rinderfarm, auf der im Jahre 1985 einmal 110 000 Tiere ihrer Schlachtung entgegengrasen sollen. Pro Jahr, so der Plan, sollen 27 000 Tiere zu Corned Beef verarbeitet werden.“ (Wirtschaftswoche 39/1981).

Der folgende Zeitungsartikel (FR 11.5.83) wirft einen Blick auf die Arbeitsbedingungen bei diesem Projekt: „Sklavenhaltung für VW-Werk? Brasilia, 10. Mai (AFP). Rund 600 Arbeiter auf einer dem brasilianischen VW-Werk gehörenden Plantage in Ost-Amazonien sollen ‚wie Sklaven‘ gehalten werden. Diesen Vorwurf erhob der Priester Ricardo Rezende, Mitglied einer der brasilianischen Bischofskonferenz nahestehenden Kommission, am Wochenende. Die Hilfsarbeiter, die auf der Plantage rund 5000 ha urbar machen, werden nach Zeugenberichten ‚mit Gewalt auf der Plantage festgehalten und von Vorarbeitern geschlagen‘. Außerdem seien laut einem Untersuchungsbericht Menschen umgebracht und in den Fluß ge-

worfen worden. Dieser Bericht soll an die brasilianischen Behörden und die bundesdeutsche Direktion des VW-Werks gerichtet werden. Die VW-Direktion in Sao Paulo meinte zu diesen Vorwürfen, daß – sollten sie sich als richtig herausstellen – die Firma nicht dafür verantwortlich gemacht werden könne. Auswahl und Unterhalt der Arbeiter habe man Unterfirmen überlassen. Man habe aber eine Untersuchung eingeleitet.“

Während VW in Brasilien also auf der einen Seite die Arbeitskraft der Favelas in den Autofabriken und andererseits Arbeitssklaven zur Urwaldrodung verwertet, wurde in den 70er Jahren bei VW do Brasil eine Technologie entwickelt, mit der auch die agrarischen Arbeitskräfte der brasilianischen Zuckerrohranbaugelände an das „Wirtschaftswunder“ der Militärjunta angekoppelt wurden: den Alkoholmotor. Am Ende der 70er Jahre hatten die Hälfte der in Brasilien verkauften PKWs eine äthanolgetriebene Maschine. Die überausgebeuteten Zuckerrohrarbeiter mußten nun für den Treibstoff der Autos arbeiten; ihre Nahrungsmittelanbaugelände wurden vom Zuckerrohr verdrängt. Der Ersatz des teuren Rohöls erfolgte durch eine Hungerpolitik gegenüber den Plantagenarbeitern. Allerdings ist der Anteil der mit Alkohol betriebenen Motoren in den letzten Jahren auf 10% gefallen.

Der brasilianische Boom, der die „Ölkrise“ dadurch überstanden hatte, daß die Militärjunta das Land den Multis völlig überlassen hatte und die Lasten der Krise in vollem Umfang auf die Unterklassen abgewälzt hatte, wurde durch den Kampfzyklus der brasilianischen Arbeiter seit 1978 beendet. Im Mai 1978 streikten die Autoarbeiter bei VW, Daimler-Benz und Ford, und es gelang ihnen zum ersten Mal, in direkten Verhandlungen mit den Multis einen Tarifvertrag durchzusetzen. Im März 1979 dann traten 200 000 Metallarbeiter, vor allem aus der Automobilindustrie, in den Streik – es folgten die Müllfahrer, Lehrer, Verwaltungsangestellten und das Krankenhauspersonal. Bei VW zog während des mehrwöchigen Streiks Militär und Polizei auf dem Firmengelände ein; zahlreiche Streikende wurden verhaftet. Zum ersten Mal standen die Fließbänder bei VW do Brasil still. An einem erneuten Streik im Frühjahr 1980 beteiligten sich sogar 250 000 Metallarbeiter, schließlich wurde Militärpolizei gegen die Streikenden eingesetzt.

In der Folge dieser Kämpfe führte VW die brasilianische Krise an: sofort nach den Streiks begann eine Entlassungswelle: 10 000 Arbeiter in 9 Monaten. Offenbar entwickelte die Konzernleitung dabei ein Rotationsprinzip, mit dem zugleich Lohnkosten gespart und rebellische Arbeiter periodisch ausgetauscht wurden: „Bei längerer Betriebszugehörigkeit wachsen für das Unternehmen die Lohn- und Gehaltskosten. Um diese Kosten möglichst gering zu halten, nimmt VW – wie auch andere Unternehmen – periodisch Massenentlassungen nach einem Rotationsprinzip vor. ‚Rund ein Drittel der 40 000 Mann zählenden Belegschaft‘ – so ist dem ‚Gewerkschafter‘ (= Zeitschrift für IGM-Funktionäre, Heft 6/80) zu entnehmen –, ‚wird alljährlich nach Massenentlassungen durch unmittelbar darauf Neueingestellte ersetzt‘“ (W. Schuster, in: Doleschal/Dombois, Wohin läuft VW, Reinbek 1982, S. 356). Der Produktionsrückgang betrug im Jahre 1981 bei VW do Brasil um 40%, und noch heute gehört die brasilianische Tochter zu den „Sorgenkindern“ des Konzerns. Betroffen von den Entlassungen waren aber nicht nur VW-Arbeiter, denen in den Jahren 1980 und ’81 zum Teil sogar Abfindungen gezahlt wurden, sondern in viel stärkerem Maße die Arbeiter der Zulieferer- und Transportbetriebe, Hunderttausende, die von der Automobilindustrie abhängig waren.

In den Favelas hinterließ die Krise ein völliges Fiasko: „Schiere Geldnot treibt viele Brasilianer zum Verkauf von Körperteilen. Denn allein in den Industrievierteln von Sao Paulo, Rio de Janeiro, Horizonte, Bahia und Recife leben rund zwei Millionen Arbeitslose, die nicht wissen, wie sie sich und ihre Familien durchbringen sollen. Sie sind das Opfer einer abenteuerlichen Wirtschaftspolitik, die 15 Jahre lang als „Brasilianisches Wirtschaftswunder“ gefeiert und mit Auslandskrediten kräftig unterstützt wurde. Dabei verschuldete sich das Land mit fast 138 Milliarden Mark. ... Deshalb hat

der Planungsminister die brasilianische Wirtschaft zur Vollbremsung gezwungen. Jene Industriezweige, die importierte Rohstoffe verwenden, sollen wenig produzieren, um die Einfuhren zu senken und kostbare Devisen zu sparen. Gleichzeitig soll die galoppierende Inflation von jährlich 120% gezügelt werden. . .

Die offiziell verordnete Rezession stürzte das Land in die schwerste Wirtschaftskrise der vergangenen 20 Jahre. Die brasilianische Konsumstatistik zeigt, daß der Absatz von Autos um 50% zurückgegangen ist, und ähnlich drastisch sank der Verbrauch von Benzin, Zement, Elektrogeräten, Schuhen, Textilien, Zigaretten und Bier. 1981 aßen die Brasilianer 30% weniger Fleisch und 35% weniger Zucker als im Vorjahr. Rund um die Autofabriken von Sao Bernado mußten 137 Einzelhandelsgeschäfte schließen. Die Zahl der Hausierer auf den Straßen verdoppelte sich. . ." (Stern 52/81). Aber auf der anderen Seite steht der Widerstand der brasilianischen Unterklassen, der sich nicht nur in einer sprunghaft steigenden Kriminalstatistik, sondern in einer Reihe von Aufständen in mehreren Provinzstädten ausdrückt.

Gerade die Krisenpolitik von VW do Brasil ist typisch für den Übergang des Konzerns vom „Multi“, der marktnahe Produktionsstandorte gesucht hatte, zum transnationalen Konzern. „Fehler in der Modellpolitik“ wurden für die Verluste auf dem brasilianischen Markt verantwortlich gemacht. Nun wurde das Werk in Sao Bernado, in dem mit einer Technologie, die gegenüber der Wolfsburger um 5 bis 10 Jahre zurückgelegen hatte, Käfer und „Brasilia“-Modelle produziert worden waren, modernisiert und durch ein weiteres Werk in Tanbate ergänzt — eine der modernsten Autofabriken, mit neuester Technologie, angeschlossen an die VW-„Baukastenproduktion“ auf der Basis des Polo, des Passat und des Golf. Mit dem Modellwechsel von 1981 zu den Modellen Voyage, Golf und Parati wurde mit einem großen Investitionsschub (der von Wolfsburg und von den zwei weiteren Anteilseignern der VW do Brasil: einer Holding und der Regierung von Kuweit (je 10%) finanziert wurde) der Anschluß an die VW-Weltstrategie hergestellt.

Schon seit 1970 hatte VW in Brasilien für den Export produziert; 1979 waren an die 60 000 Fahrzeuge (1/8 der Produktion) in über 60 Länder exportiert worden. Die Krise von 1981 war nur der letzte Schritt, um die brasilianische Tochter in das transnationale VW-Verbundsystem einzubinden. So werden nun auch Getriebe und Motoren aus Brasilien in die USA, die BRD und nach Mexiko geliefert. „Anfangs bedeuten neue Auslandswerke in einem Konzern zusätzliche Aufträge für die Muttergesellschaft. Die zu montierenden Teile werden fast vollständig in den ersten Jahren von den Stammwerken geliefert. Wie das Beispiel VW do Brasil zeigt, wird in einigen Ländern aber die Fertigungstiefe schrittweise derart ausgebaut, daß die Tochterbetriebe nicht nur zu einem hohen Grad unabhängig von der Belieferung durch den Mutterkonzern in der Bundesrepublik werden, sondern auch die Richtung der Zulieferströme wechselt: Vorprodukte, Teile oder auch ganze Fahrzeuge werden an die Muttergesellschaft exportiert.

Im internationalen Verbundsystem von VW beliefert VW do Brasil nicht nur wichtige Teile in die Bundesrepublik, sondern auch in andere Regionen:

Das mexikanische und das amerikanische Werk werden mit diversen Teilen versorgt, der Aufbau der Käfermontage in Ägypten wird ausschließlich von Brasilien aus betrieben, Teillieferungen gehen von Brasilien auch an die Tochtergesellschaft VW of South Africa, das Forschungs- und Entwicklungszentrum von VW in Brasilien mit 800 Mitarbeitern ist im Konzern für die Weiterentwicklung von luftgekühlten und alkoholgetriebenen Motoren verantwortlich.

Da nach dieser Strategie des Konzerns auch parallele Produktionsstätten mit gleichartigen Fertigungssystemen aufgebaut wurden, besteht für die im Konzern beschäftigten Arbeitnehmer bei längeren Tarifkonflikten die Gefahr, daß Produktionsausfälle in einem Land durch die Ausweitung der Produktion eines anderen Landes ersetzt werden. Die Chancen der Beleg-

schaften, Forderungen durchzusetzen, sind geschwächt“ (Schuster, a.a.O., S. 353).

VW de Mexico

Während die brasilianische Krise, angeführt von VW do Brasil, die Antwort auf die Kämpfe der Metallarbeiter darstellte, erlitt der VW-Konzern dennoch keine Verluste: nicht nur wegen des Anstiegs der internationalen Rindfleischpreise, sondern weil im gleichen Jahr in Mexiko 24% mehr Autos abgesetzt werden konnten als im Vorjahr. Der Konzerngewinn betrug dort 1979 56 Millionen, 1981 81 Millionen DM.

Das Werk in Puebla, zweieinhalb Autostunden von Mexico City entfernt, wurde 1964 zunächst als Montagewerk gegründet. Nach und nach wurde auch dieses Werk mit einem Ring von Zulieferern umgeben; 1969 hatte VW dann den ersten Platz unter den Autokonzernen erreicht und beherrschte 30% des Absatzmarktes.

1972 wurden jährlich 56 000 Fahrzeuge produziert — Käfer und „Brasilia“-Modelle zunächst, ein militärischer Kurierwagen, Transporter.

Von den 5 000 Beschäftigten waren 1972 45 Deutsche — wie in Brasilien stellten sie praktisch das gesamte Management, und auch von den Abteilungsleitern waren nur 5 Mexikaner.

„Das durchschnittliche Alter der VW-Arbeiter beträgt 20 Jahre. Es wird hervorgehoben, daß die Disziplin der Mexikaner außerordentlich sei, die durchschnittliche Abwesenheitsquote beträgt 1%. Die normale Arbeitszeit beträgt 48 Stunden pro Woche und der Durchschnittsverdienst umgerechnet 600 DM im Monat“, hieß es 1972.

Unter diesen Bedingungen verdoppelte VW de Mexico Produktionsziffern und Belegschaft binnen zweier Jahre; große Investitionsprogramme wurden durchgeführt, während die westdeutschen Produktionsziffern in die Knie gingen und die ersten Massenentlassungen anstanden. Gleichwohl mußte es dem Konzern eine Warnung sein, daß genau in diesem Jahr, mit kurzer Verzögerung nach den europäischen Automobilarbeiterkämpfen, auch die mexikanischen VW-Arbeiter streikten: Über 8 Tage fand in Mexiko der größte und härteste Streik statt, der je in einem VW-Werk stattgefunden hatte — für 10 000 Arbeiter wurde eine 46prozentige Lohnerhöhung durchgesetzt.

1976, im Jahr des größten brasilianischen VW-Booms, geriet das mexikanische VW-Werk nach der Abwertung des Peso um über 50% in eine Krise: Der Absatz sank um 20%, 3 000 Arbeiter wurden entlassen. VW nutzte diese Krise zur Restrukturierung seiner Anlagen: Auch nachdem nach einem neuerlichen, nur 8 Stunden dauernden Streik die Löhne um 20% erhöht worden waren (leicht zu tragen für VW angesichts der mexikanischen Inflation und der Billigkeit des Peso, der gegenüber der Mark nur noch die Hälfte wert war), betrug „der Lohnkostenanteil bei VW de Mexico nur 10%, während er in Westdeutschland bei 25% liegt“.

Während der Krise von 1976 wurden Investitionen für 300 Millionen DM getätigt: die Produktion wurde umgestellt für die Lieferung des Käfers nach Deutschland, in die USA, für die Produktion des „Safari“, für den sich in den USA und in China ein großer Markt fand; Mexiko sollte der Hauptlieferant sein für Zentralamerika. So wurden die Voraussetzungen gelegt, daß Zyklus und Krise im Wechselspiel zwischen Brasilien und Mexiko jeweils die Arbeiter trafen und den Konzern unbehelligt ließen.

Die Taktik, Konzernniederlassungen in verschiedenen Staaten gegeneinander auszuspielen, war im Fall Brasilien / Mexiko derart erfolgreich, daß VW nun dabei ist, den Manövrierraum in Lateinamerika und Nordamerika auf sechs Staaten auszuweiten; ein solches Vorgehen hat mehrere Vorteile: Sollte sich, wider Erwarten, einer der Staaten nicht den Diktaten der Weltbank und der Multis beugen und zu Enteignun-

gen schreiten, so würde er jeweils nur über Teilschritte der Produktion, nie aber über ein vollständiges Autowerk verfügen. Viel wichtiger aber: Durch die Überschneidung paralleler Produktionsketten könnte der Konzern jeweils Lohnforderungen oder menschlichen Störungen des Produktionsablaufs ausweichen.

Der erste Schritt auf diesem Weg ist der Bau eines VW-Werks in Ecuador; in guter Tradition der Rinderfarmen auf Indianerland; ein Umstand, der einen „Handelsblatt“-Redakteur zu fast poetischen Äußerungen hinriß:

„Noch wächst der Mais auf dem Boden, noch bedecken große Zwiebfelder das Terrain, auf dem in Jahresfrist die jüngste Fabrik des Volkswagenkonzerns in Lateinamerika entstehen soll. Es sind nur wenige Kilometer bis nach Riobamba, der Hauptstadt der ecuadorianischen Provinz Chimborazo. . .

Vor drei Jahren hat die Stadt ein Gelände für Kleinindustrie angelegt, das inzwischen eine Reihe kleinerer und mittlerer Betriebe angezogen hat. Der Durchbruch soll mit dem VW-Werk kommen, das hier eine Spezialversion des ‚Golf‘ produzieren will – neben Motoren auch für andere VW-Werke. Der Bürgermeister rechnet bis Mitte der 80er Jahre mit über tausend Arbeitern. Eine hübsche Siedlung mit flachen Einfamilienhäusern für die Arbeiter ist teilweise schon fertiggestellt. Der Bürgermeister ist zuversichtlich, daß Ende des Jahres begonnen wird: ‚Ich weiß, daß man sich auf die Deutschen verlassen kann, sie werden der gesamten Region ein neues Gesicht geben‘. . .

Noch aber wird die Region von den reinen Indios bestimmt, die mehr als 50% der Bevölkerung ausmachen und das Bild der Innenstadt von Riobamba prägen. Die Stadt wird ein, wird mehrere Jahrhunderte überspringen müssen, wenn sie zur Industriestadt wird. Noch sitzen die Indiofrauen auf den Bänken vor dem Rathaus und lausen sich – die Läuse werden verpeist.

Die ersten Deutschen, die zum Aufbau der Fabrik nach Riobamba kommen, werden einen der ursprünglichsten Landstriche Südamerikas kennenlernen, eine der beeindruckendsten Gebirgslandschaften mit einem angenehmen Klima. . .“ (HB 20.5.80).

Hinter der Zerstörung von Indiogezeiten aber steht eine Verbundplanung für den gesamten amerikanischen Raum.

Das weltweite Verbundsystem

„Die spontanen Arbeitsniederlegungen 1973, als das Unternehmen versuchte, die Jahreserfolgsprämien zu kürzen, dienten dem Management als Warnung. Leiding begann gezielt damit, Angestellte und Arbeiter, produktive und ‚nicht eigentlich in der Produktion eingesetzte‘ Lohnempfänger auseinanderzudividieren, qualifizierte und angelernte Arbeiter, Männer und Frauen, Deutsche und Ausländer, höher eingestufte gegen schlechter entlohnte; einzeln jeder gegen jeden, sowie ganze Werksbelegschaften auf nationaler und internationaler Ebene untereinander.“ (G. Wallraff: Volkswagen. Eine Konzernstrategie und ihre Folgen, in: R. Duhm / H. Wieser (Hg.): Krise und Gegenwehr, Berlin 1975). Voraussetzung für dieses Ausspielen von Klassensegmenten gegeneinander – und immer mehr der unterbezahlten trikontinentalen Arbeiter aus den brasilianischen Favelas oder den mexikanischen Barrios gegen die Dreizimmer-Familien in den Wolfsburger Neuland-Wohnungen – war die Reorganisation des Konzerns, die ab 1973 von Leiding, dann von Schmücker in den 70er Jahren betrieben wurde.

Die Verlustzahlen, die der Konzern 1974 und 1975 meldeten, galten lediglich für die westdeutschen Betriebe; Wallraff: „Die konzernoffizielle Schwarzmalerei läßt sich indes nicht mehr halten, wenn man berücksichtigt, daß der Konzern seine Investitionen im Krisenjahr 1974 um 21%, d.h. auf fast 1,9 Milliarden Mark, gesteigert hat und daß die volle Ausnutzung

der lateinamerikanischen Anlagen so profitabel war ...“

VW verstand es, die Ölkrise zur Durchsetzung eines Restrukturierungsprogramms zu nutzen, indem er „überhängende Produktionskapazitäten“ beseitigte und zugleich die ersten Schritte auf dem Weg vom Multi zum transnationalen Konzern tat: „Wenn wir einen Teil der Produktion ins Ausland verlegen, bedeutet dies natürlich, daß wir Arbeitsplätze exportieren ... Dennoch, Lohn- und andere Kosten zwingen uns dazu, über Auslandsproduktion intensiver nachzudenken als bisher. Wir tun es“, sagte Leiding in einem Spiegel-Interview 1974. Und auf dem Höhepunkt der Massenentlassungen im Frühjahr 1975 eröffnete VW die Produktion von Käfern und „Brasilia“-Fahrzeugen in Nigeria; viel wichtiger aber, gründete VW auf dem bisherigen Hauptexportmarkt der westdeutschen Werke, in den USA, ein neues Werk; die Abwertung des Dollar und die geringeren Sozialleistungen in den USA waren die wichtigsten Gründe, die für die Beschäftigung pensylvanischer und gegen die Beschäftigung friesischer Arbeiter sprachen.

Die Vorbedingung für die VW-Restrukturierung war eine Straffung der hergestellten Autotypen. Wallraff: „Die neuen Wunderworte der Produktionsstraffung heißen Baukastensystem und Verbundproduktion. Das Baukastenprinzip soll vielseitige, kostensparende Modellreihen ermöglichen und wegen der universellen Verwendbarkeit vieler Einzelteile zugleich die Investitionskosten drücken. Die Verbundproduktion beruht unmittelbar auf der stark entwickelten Multinationalität des Konzerns, indem die einzelnen Volkswagenteile weltweit verstreut in den jeweils kostengünstigsten Ländern hergestellt und montiert werden. Die sogenannten Niedriglohnländer spielen hierbei natürlich eine hervorragende Rolle. ‚Wir produzieren beispielsweise in Brasilien täglich 500 Motoren und 500 Getriebe für die in Deutschland gebauten Autos‘ (Leiding 1974). Die wassergekühlten Passat- und Audimotoren werden in Sao Paulo gefertigt, geprüft und, in Einzelteile zerlegt, in die BRD verschifft, um dann über die Montagebänder in der europäischen VW-Motorzentrale, dem Werk Salzgitter, an die jeweiligen Werke ausgeliefert zu werden.“

Das rigorose Krisenprogramm, das Schmücker und seine Vorstandsmitglieder dann 1975 durchsetzten, stand ganz unter dem Motto Schmückers, „daß im kommenden Jahrzehnt noch eine Autoproduktion bei uns möglich sein wird. Bis dahin müßte sich VW zu einem echten Multi entwickelt haben, dessen Produktionsschwerpunkt nicht mehr im Inland liegen kann“. Diese Konzeption wurde von der Bundesregierung – im VW-Aufsichtsrat saßen Vertreter des Bonner und des niedersächsischen Finanzministeriums – vollends geteilt: „Schmücker, Birnbaum, Loderer brauchen das volle Vertrauen des ganzen Kabinetts“, erklärte Schmidt in einer Kabinettsitzung. Auch Loderer, der für die Gewerkschaften, die das Umstrukturierungsprogramm durch ein Wortgeklingel von Detailkritiken abzusichern halfen.

Bereits 1975 hatte das Verbundsystem Konturen angenommen: „So dürfte es interessieren, daß für den in Deutschland gefertigten Passat ein Teil der Motoren und Getriebe aus Brasilien oder Hinterachsen aus Mexiko kommen. Aus Jugoslawien stammt der Abgasschalldämpfer für den Käfer, aus Mexiko werden Kundendienst-Teile wie Zylinderköpfe für den Käfer importiert. In Deutschland gefertigte Teile werden im Ausland zu fertigen kompletten Fahrzeugen zusammengebaut. Die Lieferungen in beiden Richtungen stehen in wechselseitiger Abhängigkeit. . .“, so Schmücker 1975.

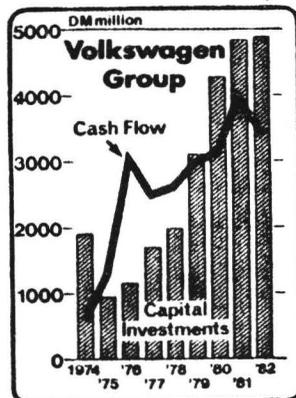
Dieses Programm „wechselseitiger Abhängigkeit“ wurde 1976 weltweit verwirklicht. Hatten Mexiko und Brasilien dem Konzern bis dahin hofiert, weil die Fahrzeuge von der Schraube bis zum fertigen Auto im Lande produziert wurden, so dienten die Neueröffnung des zweiten brasilianischen Werks und die Investitionen in Mexiko, nachdem Lopez Portillo dort ein Austeritätsprogramm diktiert hatte, der internationalen Verbundlinie. Einerseits wurde die Produktion des Käfers, der aus relativ zahlreichen Einzelteilen besteht und nicht in den „Baukasten“ paßte, vollständig nach Brasilien und Mexiko verlagert; andererseits wurde, vor allem in Brasilien, modernste Technologie investiert, so daß sich die dortige Produktionskette in nichts mehr von der in Wolfsburg, Kassel oder

Emden unterschied. Daß dieser Ausbau im Zusammenhang mit einem neuen Verbundsystem für den ganzen amerikanischen Raum steht, haben wir bereits berichtet. Ende 1979 stellt sich der Verbund so dar:

„Die ausländischen Produktionsstätten erhalten größere Verantwortlichkeiten als die Versorgung des regionalen Markts. So hat Wolfsburg kürzlich die Aufgabe, einen verbesserten luftgekühlten Motor zu entwickeln, an VW do Brasil delegiert, nach wie vor wird auch der Motor für den in Deutschland gebauten Passat aus Brasilien geliefert. VW Mexiko und VW Nigeria produzieren Käfer. Maschinen, die in brasilianische Mittelklassewagen eingebaut werden. VW of America erhält viele Teile für seine Fließbänder aus Mexiko (das wiederum Teile für den dort montierten Golf und den „Brasilia“ aus Brasilien erhält), während dasselbe mexikanische Werk, neben Brasilien, den europäischen Markt mit kompletten Käfern versorgt“ (Journal of Commerce, 22.8.79).

Die Reorganisation des VW-Konzerns, die 1974/75 mit dem Modellwechsel und dem Aufbau eines internationalen Verbundsystems begonnen wurde, ist seit 1980 in eine zweite Phase übergegangen. Mit einem gigantischen Investitionsprogramm, der Aushandlung von Kooperationsabkommen mit anderen Konzernen und einer Zentralisierung des Konzernmanagements wird das vollendet, was als Reaktion auf die Kämpfe der europäischen Automobilarbeiter begonnen hatte: der Übergang des Multis VW zum transnationalen Konzern.

Schrittmacher dieser Entwicklung ist seit 1980 nicht ein neuer Kampfzyklus, sondern die Krise des Automobilabsatzes in der weltweiten Rezession. Es ist seither offenkundig, daß nur etwa sieben der derzeit noch bestehenden Automobilkonzerne in den kommenden Jahren überleben werden: dann nämlich, wenn sie den Sprung zum Aufbau transnationaler Produktionsketten schaffen können. So ist eine Situation zu erklären, in der bei VW seit 1980 5 Milliarden Mark jährlich investiert werden trotz sinkender Absatzziffern und in der trotz des prognostizierten Absinkens der Massenkaufrkraft in den kommenden Jahren weltweite Überkapazitäten aufgebaut werden.



Durch die weltwirtschaftliche Krise seit 1980 wurde VW an zwei Punkten besonders empfindlich getroffen: neben Brasilien vor allem in den USA, wo 1978 das Zweigwerk in New Stanton/Pennsylvania eröffnet worden war. Neben der Absicht, den Dollarkursschwankungen durch Automobilbau in den USA selbst zu entgehen, hatte die zunehmende Billigkeit der Arbeitskraft in einer US-Krisenregion VW auf den Plan gelockt. Die letztere Hoffnung jedoch wurde enttäuscht: während bei überwiegend branchenfremder Arbeitskraft zunächst die Qualität der in New Stanton montierten „Rabbits“ zu wünschen übrig ließ, streikten bereits zwei Jahre nach der Werkseröffnung die US-amerikanischen VW-Arbeiter für höhere Löhne. Binnen kürzester Zeit konnte sich die Automobilarbeitergewerkschaft (UAW) im Werk etablieren, und im November 1981 wurde eine Abgleichung des Lohnniveaus auf Detroit Standards durchgesetzt: die Lohngruppen wurden denen von General Motors angeglichen.

Die seit 1981 anhaltende Absatzkrise für den „Rabbit“ in den USA hat bei VW in diesem Jahr zu umfänglichen Kooperationsverhandlungen mit jenem zweiten Multi geführt, der 1978 noch unrettbar in der Pleite schien, der sich aber inzwi-

schon durch gewerkschaftlichen Lohnverzicht, staatliche Kredite und ein ebenfalls gigantisches Investitionsprogramm das Überleben gesichert hat: Chrysler. Der Chrysler-Konzern übernahm nicht nur das zweite, nie eröffnete VW-Montagewerk bei Detroit, sondern gerüchteweise wird gehandelt, daß die gesamte US-amerikanische VW-Produktion unter der Regie von Chrysler abgewickelt werden könnte.

Noch mit einem zweiten Automobil-Weltkonzern hat VW seit 1982 Kooperationsverhandlungen aufgenommen: mit Nissan. Dabei ging es zwar auch um die Frage einer Kooperation in den USA, wobei die Datsuns im pennsylvanischen VW-Werk mit seinen Überkapazitäten montiert werden könnten (allerdings scheint für Nissan auf dem US-Markt die Kooperation mit General Motors Vorrang zu haben) – noch mehr aber geht es für VW um einen Einbruch auf den fernöstlichen Märkten und in Afrika. Gemeinsame Produktion mit Nissan ist in Japan, Australien und Nigeria vorgesehen. Über diese Kooperation könnte VW der Sprung zu den stabilen und billigen Arbeitsmärkten der ASEAN-Staaten, wo die japanischen und US-amerikanischen Hersteller noch unangefochten sind, gelingen.

Zwei weitere Kooperationsverhandlungen werden dem VW-Konzern allenfalls langfristig nützlich sein: die seit 1981 laufenden Verhandlungen mit Iran National und die anlaufende Koproduktion mit der Chinesischen Autofabrik in Schanghai, wo die ersten „Santanas“ probenhalber bereits montiert worden sind. Hingegen sind die Verhandlungen auf dem zweiten großen fernöstlichen Markt, in Indien, gescheitert. Auf westeuropäischem Gebiet ist VW insoweit ein Durchbruch gelungen, als von der spanischen SEAT ab 1985 die Modelle Polo, Derby, Passat und Santana in Lizenz gebaut werden sollen. Über das SEAT-Händlernetz will VW dann auch die in der BRD produzierten neuen Golfs und Audis in Spanien verkaufen.

Neben dem Investitionsboom seit 1980 und der Kooperation mit anderen Weltkonzernen kennzeichnet noch eine weitere Entwicklung die „Wende“: eine Zentralisierung des Konzernmanagements, die Beschneidung der Entscheidungsspielräume der Tochterkonzerne, wodurch VW erst zum weltweit koordiniert handlungsfähigen transnationalen Konzern wird. Der neue Konzernchef Hahn sagt dazu in einem Interview (Spiegel 51/1982): „Wir haben über viele Jahre mit unseren Tochtergesellschaften im Ausland gut Geld verdient, und niemand hat in diesem Zeitraum so große und erfolgreiche Umsätze im Ausland getätigt wie VW. Diese Philosophie eines etwas losen Zügels (im Umgang mit den Tochtergesellschaften) hatte sich also bewährt. Jetzt, unter geänderten weltwirtschaftlichen Umständen, stellen wir fest, daß da einige Dinge sind, die wir ändern müssen. Dieser Prozeß ist im Gange ... Wir haben einen besseren, regelmäßigen und konstanten Kontakt und Informationsaustausch. Die Welt ist – technisch betrachtet – so klein geworden, daß es heute keine Rolle mehr spielt, ob die Tochtergesellschaft 10 000 Kilometer von Wolfsburg entfernt ist oder nur 600 wie Audi in Ingolstadt. Wir müssen heute ganz einfach beweglicher arbeiten, mit dezentraler Verantwortung, aber dies eben mit der zentralen Führung in den strategischen Fragen.“

VW als neuer transnationaler Konzern

Was unterscheidet den neuen transnationalen Konzern VW vom bisherigen Multi VW? Diese Frage ist von entscheidender Bedeutung, denn wer sie in ihren Kernpunkten verstanden hat, wird auch in der Lage sein, das soziale Terrain abzustecken, in dem die Auseinandersetzungen zwischen Massenarmut, Arbeitern und Kapital sich in den 80er Jahren abspielen werden.

– Reorganisation der Mehrwertkette auf Konzernebene

In den 60er und frühen 70er Jahren war die Kette der Ausbeutungsstufen noch ziemlich einfach: Ihr Kern lag in den Werken der Metropole BRD. Alle wichtigen kapital- wie arbeitsintensiven Komponenten des VW wurden hier produziert, technologisch eher ‚rückständige‘ Produktionsphasen wurden, weil als Konfliktpunkte in der Auseinandersetzung mit dem metropoliten Massenarbeiter erkannt, zunehmend in die drei Kontinente ausgelagert. Aber die Masse der Ausbeutung war qualitativ wie quantitativ in der BRD verortet. Seit 1974 ist das vorbei. Die kapitalintensiven Ausbeutungskomponenten wurden mobil gemacht und zu einem großen Teil in den Produktionsstätten der drei Kontinente ausgelagert. Um die Montagewerke herum sind dort technologisch erneuerte und kapitalintensive Anlagen entstanden, die auch die ‚hochwertigen‘ Komponenten wie Getriebe, Motorblöcke, Zylinder usw. fertigen. Von der Kapitalseite sind also die Möglichkeiten geschaffen worden, um in diesen dezentralisierten ‚Weltmarktfabriken‘ den Anteil der notwendigen Arbeit am Gesamtprodukt zu drücken, d.h. eine völlig ungarantierte und zyklisch erneuerte Arbeiterklasse der drei Kontinente auf der Basis einer metropoliten-intensiven Kapitalquote auszupressen. War bisher in den trikontinentalen Ablegern die Mehrwertrate zwar hoch, aber der Anteil der Mehrwertmassen am Gesamtwert des Konzerns niedrig, so wurde diese Relation jetzt grundlegend verändert. Die Ausbeutung wurde international homogenisiert, was ihre technologisch-ökonomische Seite betrifft, aber die Ausbeutungsintensität auf dieser Basis umso rabiater diversifiziert. Während der Konzern inzwischen ‚VW-Weltstandardzeiten‘ durchsetzt, d.h. die Arbeitsintensität mit Hilfe von MTM-Kleinstzeiten international nivelliert, drückt er ihre Lohnkostenkomponente in einer gestaffelten Ausbeutungskaskade, deren Pyramide in den drei Kontinenten unter dem absoluten physischen Existenzminimum liegt. Dieses transnationale Gangsterstück funktioniert seit 1974/75 derart erfolgreich, daß eine ständig zunehmende Tendenz zur gleichzeitigen spättayloristischen Durchdringung aller VW-Werke unabhängig von ihren Standorten sich abzuzeichnen beginnt.

– Dezentralisierung und Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse auf Weltebene

Dieses Konzept kann nur realisiert werden, wenn es metropoliten wie international auf einem gespaltenen Arbeitsmarkt, genauer: auf einer Hierarchie aufeinander abgestimmter Arbeitsmärkte, gründet. In den Metropoliten BRD, USA, Kanada, in den Schwellenländer-Fabriken (Brasilien, Südafrika, Jugoslawien, Mexiko) und in den ‚freien Weltmarktzone‘ (Indonesien, Nigeria, ASEAN-Länder usw.) ist gerade die tendenziell nivellierte Ausbeutungsintensität Voraussetzung dafür, daß die Produktion immer flexibler dahin verschoben werden kann, wo die am meisten rechtlosen und die geringsten Lohnkosten verursachenden Segmente der Weltarbeiterklasse sind. Der transnationale Konzern VW schwimmt sozusagen in einem wachsenden Meer von mobilisierter industrieller Reservearmee / Massenarmut, und er taucht seine monströse Ausbeutungsmaschinerie immer tiefer in sie hinein, um ihr lebendiges Arbeitsvermögen zu vergegenständlichen. Es kommt so zu einer Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse, die sich auf alle globalen Brennpunkte von Überausbeutungsmöglichkeiten konzentriert, sich aber gleichzeitig ständig im Fluß befindet. Das VW-Kapital hat sich also so umstrukturiert, daß es sich immer dann zurückziehen kann, wenn sich aus den überausbeuteten Arbeitssklaven eine antagonistische Klasse zu konstituieren droht. Die konzerninterne Ausbeutungshierarchie ist folglich inzwischen mehr als ein Instrument zur ‚Entgarantierung‘ des metropoliten Arbeitssegments. Der VW-Konzern wird hinsichtlich seiner Ausbeutungsstrategie endgültig kosmopolitisch, ‚staatenlos‘. Beispielsweise hat er in den letzten Jahren nicht nur den metropoliten Schwerpunkt BRD global dezentralisiert, sondern eine bemerkenswerte Fähigkeit entwickelt, je nach dem Widerstandsverhal-

ten der Arbeiter die Schwerpunkte in den trikontinentalen Weltmarktfabriken zu verlagern.

– Weltstrategie und standardisiertes Produkt („Weltauto“)

Vergessen wir nicht, daß die Einführung der vom MTM abgeleiteten ‚VW-Weltstandardzeit‘ die ‚arbeitswissenschaftliche‘ Reorganisation des gesamten VW-Kapitals erfordert. Jede ‚dezentralisierte Verbundproduktion‘ setzt nivellierte Arbeitstakte und damit eine homogene spättayloristische Umwälzung des gesamten Produktionspotentials voraus. Bei einem so komplexen Produkt wie dem Kfz bedeutet dies die Notwendigkeit, die einzelnen Produktionsphasen in allen Werken unabhängig vom Standort aufeinander abzustimmen. Das Ergebnis ist eine Abfolge von ‚Baukastensystemen‘, die standortunabhängig zum Gesamtprodukt zusammengesetzt werden können, zum ‚Weltauto‘. Aber dieses ‚Weltauto‘ ist wohlgemerkt nicht die ultima ratio, der eigentliche Inhalt der Anstrengungen des VW-Managements. Es ist vielmehr die unausweichliche Konsequenz einer transnational reorganisierten Ausbeutungsstrategie, die von der kleinsten standardisierten Leistungsgröße, der ‚VW-Standardzeit‘, ihren Ausgang nimmt. Diese terroristische Ausgeburt der derzeitigen spättayloristischen Offensive ist vom VW-Management gemeinsam mit den arbeitswissenschaftlichen Experten der IG Metall im ehemaligen ‚Stammwerk‘ Wolfsburg entwickelt worden.

Transnationaler Konzern und „Modell Deutschland“

Der Sprung der VW zum transnationalen Konzern kommt nicht von ungefähr. Er setzte genau zu jenem Zeitpunkt ein, als mit der Ernennung von Schmidt zum Bundeskanzler das ‚Modell Deutschland‘ eingeläutet wurde. Was haben der ‚kosmopolitische‘ Sprung der VW mit diesem ‚Modell Deutschland‘ zu tun?

Zunächst einmal ist ganz vordergründig klar, daß das chauvinistisch gefärbte Konzept einer erneuerten ‚deutschen Leistungsgemeinschaft‘ und die gleichzeitige ‚Entterritorialisierung‘ der von dieser ‚Leistungsgemeinschaft‘ getragenen neuen Konzernstrategie unmittelbar miteinander zusammenhängen. VW ist nämlich ein Staatskonzern, von den Nazis (genauer der ‚Deutschen Arbeitsfront‘) 1938 aus der Taufe gehoben und vom ‚staatlichen Rechtsnachfolger‘ BRD geerbt. Die Hauptmasse des Kapitals gehört der Bundesrepublik und dem Land Niedersachsen. Die westdeutschen Gewerkschaften – an erster Stelle die ‚zuständige‘ IG Metall – haben in inhaltlich wie politisch reibungslos funktionierender DAF-Nachfolge die Strategie des Unternehmens immer entscheidend ‚mitbestimmt‘. Aufsichtsrat, Vorstand und VW-Stiftung sind also personell wie institutionell unmittelbar mit dem Staatsapparat verbunden. Und gerade dieser politisch / gewerkschaftliche Machtkomplex hat 1974 die transnationale Reorganisation von VW eingeleitet und als eine Art Prestige-Modell des ‚Modells Deutschland‘ gerechtfertigt.

Die Sozial- und Wirtschaftspolitik des Schmidt-Genscher-Regimes war darauf abgestellt, mit dem ‚Modell VW‘ im Hintergrund das Monopolkapital der BRD so breit und intensiv wie möglich in die neue Weltherrschaft der transnationalen Konzerne hineinzukatapultieren. Das ‚Modell Deutschland‘ ist nichts anderes als der Versuch, über die Kopplung von segmentierten Arbeitsmärkten, spättayloristischer Rationalisierungsoffensive und die Umstrukturierung des Staatshaushalts vom ‚Wohlfahrtsstaatsbudget‘ auf ein Budget des ‚workfare state‘ die inneren Bedingungen und Ressourcen für ein möglichst großes Engagement im Weltherrschaftskonzert der 50 transnationalen Konzerne in den 80er Jahren zu mobilisieren.

Die ‚Wende‘ von 1982/83 ändert daran nichts. Mit ihr wird zunächst der sozialpolitische Angriff nach innen komplettiert

mit unverhüllt aus dem Nazismus bezogenen Konzepten der Bevölkerungs- und Verarmungspolitik. Und nach außen hin ist die Unterordnung unter die US-amerikanische Hochzins- und Raketenpolitik, unter die „Weltinnenpolitik“ der 80er Jahre, nur die eine Seite der Medaille: hinsichtlich der politischen Priorität für die Transnationalen gibt es zwischen US-amerikanischem und europäischem Imperialismus keine Differenzen; über den transnationalen Konzern VW gewinnen die BRD-Regimes direkten Anschluß an die Mobilisierung trikontinentaler Arbeitskraft und an die Vernichtungspolitik gegen die trikontinentalen Massen, die „Triage“ im Weltmaßstab.

Für uns aber bedeutet das alles, daß die Zeit vorbei ist, wo der altehrwürdige ‚Klassenkampf im eigenen Land‘ vom ‚anti-imperialistischen Kampf‘ getrennt werden konnte. Das transnational gewordene Kapital hat diese Strategie endgültig zur Makulatur gemacht. Jede sozialrevolutionäre Bestimmung des metropolitanen Klassenkampfes ist nur noch im internationalen Kontext möglich. Und umgekehrt hat der Kampf gegen die imperialistische Triage in den drei Kontinenten langfristig nur Erfolgsaussichten, wenn die metropolitane Komponente in alle seine Phasen integriert ist.



Streik bei VW do Brasil

Alfa Romeo: Eine andere Taktik der Betriebsführung

Das Beispiel Alfa Romeo zeigt, wie die Unternehmensleitung der frontalen Auseinandersetzung mit der Arbeiterklasse ausgewichen ist. Im September 1980 sind Agnelli und sein Geschäftsführer Romiti mit der Revolte der FIAT-Arbeiter konfrontiert, die FIAT-Tore werden von Hunderten von Streikposten überwacht. Zur gleichen Zeit stellt die Unternehmensleitung von Alfa Romeo der Regierung und der Öffentlichkeit ihren „strategischen Plan“ vor. Es scheint, als ob die staatliche Industrie als Gegengewicht zu FIAT die Beschäftigung aufrechterhalten und fördern will.

Vernichtungsstrategie im Vergleich mit der faschistischen Ära

Dem italienischen Staatskapitalismus ist es gelungen, eine zehnjährige Geschichte zu vernichten; er hat die politische Intelligenz eingeknastet und ist bereit, die sozialen Grundlagen der Arbeiterklasse und ihre Stellung in der Produktion bis zu einem Maße zu zerstören, von dem wir keine Vorstellung haben – bis zur Massenarmut. Die ersten Jahre der Nazi-herrschaft waren geprägt durch die Koppelung von Vernichtung der politischen Organisationen und der Kampfbewegun-

gen auf der einen, und Förderung einer neuen Arbeitskraft, einer neuen Arbeitergeneration auf der anderen Seite. In der faschistischen Sozialpolitik hat die Arbeiterklasse eine zentrale Rolle als produktive Kraft gespielt. Der Faschismus wollte eine industrielle Revolution sein, eine kapitalistische Revolution, die die Arbeiterklasse in viel stärkerem Maß als vorher dem Kapital subsumiert. Die Herrschaft der Technologie und der taylorisierten Arbeitsorganisation sollte künftig als strukturelle Herrschaft eine noch wichtigere Rolle spielen als die militärische Herrschaft des Regimes. Dabei kam es nicht auf das Überleben des Faschismus als System an, sondern auf das Weiterbestehen der realen Subsumtion der Arbeitskraft unter Kapital. Die ökonomische Verarmung der Arbeiterklasse sollte durch eine enorme Ausweitung ihrer sozialen Rolle kompensiert werden. Das Italien von heute zielt dagegen auf die Vernichtung der Arbeiterklasse als sozialpolitischen Faktor.

Der Kooperationsvertrag mit Nissan und die ‚Humanisierung der Arbeit‘

Kern des „Strategischen Plans“ ist der Kooperationsvertrag mit der japanischen Nissan: In einem neuen Betrieb in Campiano soll ein neues Modell Alfa Romeo-Nissan hergestellt werden. Die Nissan produziert die Karosserie, Alfa Romeo die mechanischen Teile, die Montage wird von italienischen Arbeitern durchgeführt. Insgesamt soll die ganze Palette der PKW-Produktion von Alfa Romeo erneuert werden mit einem Modell-Wechsel alle 5-6 Jahre statt wie bisher alle 10-12 Jahre: in den bestehenden Betrieben (Arese und Portello in Mailand, Alfa Sud in Pomigliano d'Arco) soll die Produktion bei gleicher Anzahl von Arbeitern erweitert werden (also keine Entlassungen), obwohl ein technologisches Innovationsprogramm von knapp 4 Mrd. DM innerhalb von 5 Jahren vorgesehen ist. Auch Arbeitsintensivierungen sind nicht geplant: stattdessen soll die Arbeit in Arese und danach in den anderen Betrieben auf sogenannte „Produktionsgruppen“ umgestellt werden, wobei einige Geschwertschaftsforderungen wie „Umwandlung der Fließbandarbeit“ aufgenommen werden sollen. Zunächst soll die Arbeit unter Beibehaltung der alten Belegschaft humanisiert werden, in den nächsten 5 Jahren sollen dann 3 500 bis 4 000 Arbeiter neu eingestellt werden. Mit diesem Konzept soll der Arbeiterklasse, den Gewerkschaften und der Öffentlichkeit die Reformbereitschaft der staatlichen Industrie demonstriert werden.

Mit der Ankündigung des „Strategischen Plans“ trägt Alfa Romeo zur Entspannung und Verständigung zwischen Industrie und Gesellschaft genau in den Tagen bei, in denen die Turiner Auseinandersetzungen die Atmosphäre der 50er Jahre wieder entstehen lassen, als die Diktate der FIAT unter Valetta die Richtung bestimmten. Alfa Romeo stellt sich als Alternativmodell des guten, arbeiterfreundlichen Kapitalismus dar, als Perspektive für die nationale Autoindustrie. Das hat Auswirkungen auf verschiedenen Ebenen. Zwar wird die Solidarität gegenüber den FIAT-Arbeitern nicht beeinträchtigt, aber die Gewerkschaften und PCI machen eine breite Kampagne für dieses staatliche Modell einer besseren Zusammenarbeit mit der Arbeiterklasse und ihren Vertretern. In den Betrieben wird heiß diskutiert. Die Mailänder Automobilarbeiter lassen sich nicht betrügen und beharren ganz klar auf der politischen Notwendigkeit, dem Angriff von Agnelli jetzt Widerstand entgegenzusetzen. Die Solidarität mit den FIAT-Genossen ist sehr groß. Das FIAT-Werk Autobianchi in Desio, einige Kilometer von Mailand entfernt, ist das Zentrum des organisierten Widerstands. In keinem anderen FIAT-Betrieb außerhalb Turins wird der Streik so gut und so anhaltend organisiert. Die von den Alfa-Romeo-Arbeitern ausgehende Mobilisierung der ganzen Mailänder Metallarbeiter zwingt die Gewerkschaft zur vollen Unterstützung des FIAT-Kampfs. Luciano Lama, Generalsekretär der CGIL, verspricht in seiner Rede auf dem Mailänder Domplatz „einen Kampf bis zur totalen, bedingungslosen Niederlage von FIAT“; der Generalsekretär der UIL, Benvenuto, wird von Arbeitern und Gewerkschaftsmitgliedern überfallen und körperlich angegriffen.

Der Vorschlag von Alfa Romeo ist schwer einzuschätzen: Drückt er innerkapitalistische Differenzen aus, oder ist er auf die Spaltung der Arbeiterklasse angelegt? Die Frage des Kooperationsvertrags mit Nissan steht an, und die Unternehmensleitung von Alfa Romeo geht sehr geschickt vor. Sie verhindert eine weitere Verschärfung und Zuspitzung der Kampfformen und zwingt den Betriebsrat auf ihre Verhandlungs- und Diskussionsebene. Die Reaktion von FIAT ist hart und wird noch härter, als Agnelli den Kampf in Turin gewonnen

hat. Der Kooperationsvertrag mit Nissan soll verhindert werden, es geht um das Schicksal der nationalen Autoindustrie. Wenn der Kooperationsvertrag zustande kommt, muß die FIAT noch weitere Arbeiter entlassen.

Das Veto von FIAT und die Ideologie der Mitbestimmung

Seit Jahren haben die italienischen Regierungen FIAT durch protektionistische Maßnahmen gegenüber den japanischen Automobil-Importen gestützt. Italien ist das einzige europäische Land, in dem die Japaner sich nicht frei betätigen können. Ihre Wagen sind eine zu gefährliche Konkurrenz gerade in den Modellklassen, bei denen FIAT den inneren Markt noch relativ beherrscht. Ohne diese protektionistischen Maßnahmen hätte FIAT schon längst starke Markteinbußen in Italien gehabt. Dieses Argument bietet der FIAT-Geschäftsführung einen weiteren Spielraum für Erpressungen nach Beendigung der Auseinandersetzungen in Turin. Das Veto von FIAT gibt der Geschäftsleitung von Alfa Romeo noch bessere Argumente, um die Zustimmung des Betriebsrats für ihren Plan zu erreichen. Um die Konfusion noch größer zu machen, legt die Regierung gleichzeitig immer wieder neue Pläne für die Restrukturierung der gesamten Automobilindustrie vor. Das einzige, was an diesen Plänen und Gegenplänen wichtig ist, ist die Erhöhung der staatlichen Zuschüsse an die Industrie. Das einzige, was in diesen Vorschlägen und Gegenvorschlägen fehlt, ist ein Gesamtkonzept zur Restrukturierung der Industrie. So bleibt am Ende nur der Konkurrenzkampf zwischen den Konzernen (sowohl private wie staatliche) um einen möglichst hohen Anteil an den Zuschüssen. Die politische Schicht versucht in eben dieser Phase der Finanzierungs- und Haushaltsschwierigkeiten der Konzerne, eine Vermittlerrolle zu spielen und eine neue Machtposition in der Krisenbewältigung zu erobern. Der Minister für die staatliche Industrie theoretisiert öffentlich eine Mitbestimmung der Gewerkschaften bei den Restrukturierungsmaßnahmen. Die Sozialisten versuchen weiterhin, innerhalb der CGIL ein Mitbestimmungskonzept durchzusetzen und parallel dazu mehr Autonomie für die politische Schicht zu erreichen. Es steht einiges auf dem Spiel: Mit der FIAT-Niederlage hat die Gewerkschaft die Phase der Betriebsräte beendet. Sie muß eine neue Strategie und vor allem neue organisatorische Strukturen finden. Dabei übt das deutsche Modell eine starke Anziehungskraft aus.

Die Gewerkschaft sucht neue Wege, um sich institutionell zu stabilisieren

In den 70er Jahren hatte sich die italienische Gewerkschaft auf die Betriebsrätebewegung gestützt und damit noch eine relative Autonomie der Arbeiterklasse vertreten können. Die Basisdemokratie hat zusammen mit der Entfaltung autonomer Arbeiterkämpfe die Bürokratisierung der Gewerkschaft verhindert. Die Autonomie der Arbeiterkämpfe bedingte und bestimmte selbst die Aktionseinheit der Gewerkschaften. Das Modell der Betriebsräte-Gewerkschaft ist am Ende bzw. in einer historischen Krise; die italienische Gewerkschaft muß neue Wege finden. Der CISL-Generalsekretär Carniti macht den Vorschlag, aus dem Fond für Abfindungen (in den ein Teil der Lohnabzüge fließt) 0,5% abzuziehen und daraus einen Finanzfond der Gewerkschaft zu bilden, aus dem sie selbst Investitionen tätigen kann, so daß sie zu einer Institution des Finanzwesens und so der Apparat gefestigt wird (d.h. die Gewerkschaft wird wirtschaftliches Subjekt). Dieser Vorschlag stieß auf den Widerstand der Arbeiterklasse; die größte Protestdemonstration dagegen gab es im Frühsommer 1980 in Genua.

Was für eine Alternative gibt es nach der historischen Krise der Betriebsrätebewegung? Wenn man die innergewerkschaftliche Diskussion nach der FIAT-Niederlage verfolgt, könnte man sagen, daß die italienischen Gewerkschaften in einer Identitätskrise steckten. Die Lösung, die sie dafür fanden, war noch schlimmer als man gedacht hätte. Aus der kritischen Auseinandersetzung mit der Demonstration der „capi“ in Turin zog der PCI-nahe Teil der Gewerkschaft die Konsequenz, daß man in den 70er Jahren die Beziehung zu den Kadern vernachlässigt habe zugunsten einer „Arbeiterpolitik“; diese Beziehung zur mittleren Betriebshierarchie müsse aufgebaut werden unter dem Motto: Mitbestimmung und Mitbeteiligung an den strategischen Entscheidungen der Unternehmer. Dieses Vorhaben einer neuen Vertretung der mittleren Betriebshierarchie paßte durchaus zur Ideologie der Produktivitätssteigerung: von einem politischen Kompromiß von oben zu einem sozialen Kompromiß von unten.

Die Politik der PCI in bezug auf die Hierarchie im Betrieb

Im Februar 1980 hatte die PCI in Turin einen Kongreß über die FIAT-Krise organisiert, bei dem die Kommunisten fast die „Sprache der neuen Herren“ sprachen. Ihre Hypothese war sehr naiv: die FIAT-Führung zieht sich aus den industriellen Aufgaben zurück auf die Finanzgeschäfte. Also braucht das Unternehmen neue Manager, und nur eine allmähliche Verstaatlichung von FIAT kann gleichzeitig die finanzielle Krise des Industrieunternehmens und die Managementkrise überwinden. Die Ironie der Geschichte: der Geschäftsführer von FIAT heute, der Mann, der das Erbe Vallettas angetreten und die Auseinandersetzung vom Herbst 1980 gesteuert hat, der Mann, der alle Reformversuche der FIAT-Führung zwischen 1974 und 1979 beendet hat, kommt ausgerechnet aus dem staatlichen IRI-Konzern.

Mit der Beendigung des Herbstkampfes sind auch alle Illusionen der PCI über eine politische und staatliche Mitbestimmung bei der FIAT-Reorganisation am Ende. Also organisiert die Partei einen Kongreß für die mittleren Kader des Unternehmens, um diese als Kontrollschicht über die Entscheidungen der Direktion aufzubauen. Diese Illusion war noch naiver und führte dazu, daß sich die PCI bei ihrer Politik am Arbeitsplatz nicht mehr an die Arbeiter, sondern an die Kader, die entkräftete Zwischenschicht, richtet. Es gibt heute in Italien in der PCI oder in der Gewerkschaft noch nicht einmal eine revisionistische und kompromißbereite Arbeiterpolitik. Das muß gesagt werden, um die heutige Lage in Italien besser verständlich zu machen. Es gibt heute keine revisionistische Arbeiterpolitik, weil es keine Arbeiterpolitik mehr gibt. Die Gewerkschaften versuchen, ihre institutionelle Rolle als Gesprächspartner nicht zu verlieren, d.h. ihren Apparat zu verteidigen und abzusichern. Die Frage der Interessenvertretung, der Vermittlung und Integration der Arbeiterautonomie stellen sie sich nicht mehr. Selbst die Formen der Gewerkschaftsdemokratie haben sich verändert. Das zeigt die letzte Umfrage in den Betrieben über die Gewerkschaftsvorschläge zur Sozial- und Steuerpolitik, im Grunde genommen über die „scala mobile“. Bei FIAT haben sich 10% der Arbeiter beteiligt, bei Alfa Romeo sind die Vorschläge der Gewerkschaft verworfen worden; in anderen Betrieben wurden sie angenommen, aber mit so vielen Zusätzen, daß es am Ende der Gewerkschaft selbst unmöglich war, sich ein eindeutiges Bild von der Stimmung an der Basis zu machen.

Ende des Revisionismus, Ende der sozialrevolutionären Ideologien

Die Arbeiterklasse wurde also völlig der wilden Restrukturierungs- und Disziplinierungspolitik überlassen. Das bedeutet, daß die Gewerkschaften nur als Anhängsel des Staatsapparats überleben können; aber es bedeutet auch, daß der Raum für eine rein autonome Basisorganisation viel größer als früher ist. Nur hat es diese Organisation mit einer vielleicht länger andauernden Passivität der Arbeiterklasse zu tun, so wie es in der Konjunkturkrise 1963/64 der Fall war. Im Gegensatz zu damals fehlt aber heute eine neue Theorie der Arbeiterbewegung, der Arbeiterautonomie. Die eingeknastete politische Intelligenz hat nicht einmal die Andeutung einer solchen Theorie hervorgebracht, sie neigt im Gegenteil dazu, sich als „gefesselte politische Schicht“ zu begreifen. Das ist auch eine Überlebensfrage. In den 70er Jahren hat die italienische Arbeiterklasse in einer Wechselbeziehung mit der politischen Intelligenz alle möglichen Kampferfahrungen gemacht.

Der Tarifkampf bei Alfa Romeo (Juli 1980 - März 1981)

Zwar hat die Taktik der Unternehmensführung die Solidarität der Alfa-Romeo- mit den FIAT-Arbeitern nicht beeinträchtigt, aber sie hat doch die Kampfbereitschaft für den Tarifvertrag gelähmt. Erst nach monatelangen Diskussionen konnten Ende Juli 1980 die Forderungen für den sogenannten Konzernvertrag gestellt werden. Bei diesen konzernbezogenen Verträgen spielen die Betriebsversammlungen und das Netz der Betriebsräte noch eine Rolle. Es müssen betriebsnahe Forderungen aufgestellt werden. Im wesentlichen gab es unter den Delegierten zwei verschiedene Positionen: Die einen wollten die Forderungen mit einem Sanierungskonzept für Alfa Romeo koppeln, während die anderen dadurch die Autonomie der Arbeiterklasse gefährdet sahen. Schließlich wurde ein Kompromiß erzielt, bei dem aber die Vorstellungen über die Zukunft des Unternehmens eine große Rolle spielten.

Zusammengefaßt wurden folgende Forderungen aufgestellt:

- Grundsätzliche Veränderung der Arbeitsorganisation durch die Bildung von „Produktionsgruppen“ bei allen nicht ans Fließband gebundenen Tätigkeiten;
für die Fließbandarbeiter: Abkoppelung bestimmter Arbeitsaufgaben vom Fließband und Bildung neuer Arbeitsbereiche (Inseln), bei denen unabhängig von der Bandgeschwindigkeit produziert wird.
- Lohnstufe IV für alle Arbeiten in den Mechanikabteilungen (Getriebebau) sowie für alle Einzelarbeiten.
- Lohnerhöhung (von L. 17 000 für Lohnstufe I bis L. 40 000 für Lohnstufe VII); kollektive Produktionsprämien von L. 340 000 bis 500 000; kollektive Grundlohnzulage von L. 16 500.

Mit dem Ende des FIAT-Kampfs sollte eigentlich die Mobilisierung für diese Forderungen beginnen. Die Solidaritätsstreiks und Demonstrationen von September und Oktober waren zwar mit den Tarifforderungen gekoppelt worden, aber dadurch sollten vor allem die Arbeiter von Alfasud in die Solidaritätsaktionen mit den FIAT-Arbeitern einbezogen werden. Die Unternehmensleitung kommt den Arbeitern zuvor: Am 20. November beantragt sie die Cassa Integrazione: für 6 100 Arbeiter am 18. und 19. Dezember, für 10 200 Arbeiter am 22. und 23. Dezember; für 11 100 Arbeiter am 29. und 30. Dezember und für 12 300 Arbeiter am 2. Januar. Der Antrag wird mit Absatzschwierigkeiten begründet, d.h. das Unternehmen beantragt die Cassa Integrazione Ordinaria. Im Unterschied zur CIG Straordinaria (die bei FIAT angewendet wurde) liegt hierbei die Entscheidung beim Provinzialaus-

schuß des Instituts für Sozialversicherung und nicht beim Ministerialausschuß. Es handelt sich also um ein ganz anderes Verfahren, das auf normalem Verwaltungswege und ohne Einmischung der Regierung erledigt wird. Das geht schneller, es wird in Mailand und nicht in Rom entschieden. Die Unternehmensleitung hat genau die Tage ausgesucht, an denen viele Arbeiter über Weihnachten und Neujahr nach Südtalien zurückfahren. Um ein paar Tage länger bei den Angehörigen bleiben zu können, nehmen sie auch geringe Lohneinbußen hin. Die Gewerkschaft leistet keinen Widerstand (gegen das Vorgehen der Unternehmensleitung).

Bei Alfa Romeo wird die Vernichtungsstrategie zuerst gelähmt

Es ist schwer zu dokumentieren, was in diesen Tagen in einem Betrieb passiert, wenn viele Arbeiter nicht anwesend sind. Normalerweise wird die Arbeit ganz schnell neu organisiert, und wenn die Arbeiter wieder in die Fabrik kommen, finden sie jedesmal irgendwelche Überraschungen vor; etwas hat sich geändert, etwas, wogegen die Arbeiter normalerweise vielleicht hätten Widerstand leisten können. Manchmal werden intensive Instandhaltungs- und Reparaturarbeiten bei Maschinen und Produktionsanlagen vorgenommen, damit noch länger mit veralteten Maschinen gearbeitet werden kann. Der veraltete Maschinenpark in den Alfa Romeo-Werken von Protello und Arese/Mailand ist wegen der hohen Unfallrate und dem Verschleiß der Arbeitskraft immer ein heißes Eisen gewesen.

Es gelingt der Firma immerhin, die Verhandlungen über die Tarifforderungen zu verschieben, zu lähmen und mit dem Damoklesschwert neuer Kurzarbeit zu drohen. Erst am 10. und 11. Februar kündigt der Betriebsrat 2 Stunden Streik an.

Der Minister für die staatliche Industrie, De Michelis, Mitglied der Sozialistischen Partei, gibt das „Weißbuch über die staatliche Industrie“ heraus; dort ist die Rede davon, „eine Mitverantwortung der Gewerkschaften und der Arbeitnehmer zur Erzielung von Produktivität und Effizienz zu erreichen, auch wenn das eine radikale Veränderung des Systems der industriellen Beziehungen in unserem Lande bedeutet“. Das Recht der Gewerkschaften auf Informationen über die Restrukturierungs- und Finanzierungspläne, über die Unternehmenstrategie also, soll sich aber – so sagt der Minister – auf die Ebene des jeweiligen Industriesektors beschränken; d.h. die Gewerkschaften dürfen nur über allgemeine und nicht über konzern- oder gar betriebsbezogene Fragen diskutieren.

Am 4. März wird der Tarifvertrag unterschrieben und der Kooperationsvertrag mit Nissan gebilligt. Es soll also eine neue Fabrik Alfa-Nissan (ARNA) im Süden gebaut werden sowie zwei neue Betriebe für Zusatzteile in Kalabrien. Außerdem wird die Verlagerung bestimmter Produktionen aus dem Werk Pomigliano d'Arco in zwei neu eingerichtete selbständige Kleinbetriebe beschlossen. Die durch Selbstkündigung und Pensionierung freigewordenen Arbeitsplätze sollen wieder mit direkten Produktionsarbeitern besetzt werden (das „turn-over“ wird wieder eröffnet). Es sollen Arbeits- oder Produktionsgruppen gebildet werden mit der Möglichkeit des schnellen Übergangs von Lohnstufe II zu Lohnstufe IV. An den gesundheitsgefährdenden Arbeitsplätzen bzw. Produktionsabteilungen sollen automatisierte Anlagen eingeführt werden, in den Mechanik-Abteilungen soll das Fließband so weit wie möglich abgeschafft werden. Die bestehende Produktionsprämie wird verlängert, es gibt eine einmalige Zahlung von L. 100 000 für alle, an bestimmten Arbeitsplätzen wird Teilzeitarbeit eingeführt. In Mailand soll die Produktion von 550 PKW/Tag auf 620 und in Pomigliano d'Arco (Neapel) von 550 auf 680 PKW/Tag erhöht werden.

Neue Investitionen im Süden sind eine Grundforderung der italienischen Gewerkschaft. Für die Unternehmer bedeutet es die Möglichkeit, vom Staat finanzielle Zuschüsse zu bekommen und eine ganze Palette von Steuerentlastungen. Dazu kommen noch die vom Staat geleisteten Infrastrukturmaßnahmen. Die günstigen Bedingungen für die Industrieansiedlung sind das vielleicht größte Machtmittel der politischen Schicht im Süden, das ihr Weiterleben ermöglicht. Die ganze Kaste der Democrazia Cristiana im Süden lebt als parasitäres Anhängsel von diesem staatlichen Umverteilungsprogramm innerhalb der Kapitalistenklasse.

Das ganze Spektrum der Lohnerhöhungen (abgesehen von der einmaligen Zahlung als Ausgleich für die nicht erreichte Erhöhung der Produktionsprämie) ist verbunden mit der internen Mobilität und der Vermehrung der Arbeitsaufgaben.

Die einzige Möglichkeit, von einer Lohnstufe zur nächsten zu kommen, ist die Übernahme von verschiedenen Arbeitsaufgaben an verschiedenen Arbeitsplätzen. Damit soll die völlige Flexibilität der Arbeitskraft erreicht werden. Hinsichtlich der Beschäftigung ist der Vertrag von Alfa Romeo einer der besten, die in dieser Zeit in Italien unterschrieben worden sind. Die Kompensation von natürlicher Fluktuation durch Neueinstellungen ist gesichert, die Einführung neuer Technologien soll die Beschäftigtenzahl nicht verringern, die Gesamtbeschäftigung im Konzern soll mit der Errichtung der ARNA-Fabrik (so nennt sich der Alfa Romeo-Nissan Betrieb) um 3500 neue Arbeitsplätze erhöht werden. Die Umstrukturierung der Fließbandarbeit entspricht, obwohl sie mit einer völligen Flexibilität gekoppelt ist, zum Teil den Erwartungen der Arbeiterklasse selbst. Ist also Alfa Romeo ein Unternehmen, das der Tendenz zur Vernichtung der Arbeiterklasse widerspricht?

Wenn wir die Lage im Frühjahr 1981 betrachten, können wir ohne weiteres annehmen, daß es sich um einen Ausnahmefall handelt und daß die Taktik des Unternehmens sich von der Taktik anderer Großbetriebe, besonders FIAT, unterscheidet. Die Disziplinierung der Arbeitskraft soll mit „normalen“ arbeitsorganisatorischen Mitteln erreicht werden und nicht über eine Vernichtungsstrategie. Aber dieser Widerspruch, dieser Ausnahmefall, hat vielleicht andere Gründe als eine reformistische Politik. Die Antwort soll in der politischen Zusammensetzung der Arbeiterklasse gesucht werden. Es ist also nicht unberechtigt, hier die Frage des bewaffneten Kampfes bei Alfa Romeo einzuführen. Das bedeutet nicht, daß die Alfa Romeo-Unternehmensleitung sich unter dem Druck dieses Kampfes hat bestimmen lassen, sondern daß die Verlängerung des bewaffneten Kampfes in einer Phase der allmählichen Vernichtung der illegalen Organisationen eine Rolle gespielt haben könnte.

Die Reorganisation der BR 1980 in Mailand und bei Alfa Romeo

Die Anwesenheit der Organisationen des bewaffneten Kampfes bei Alfa Romeo stammt aus früheren Zeiten. Die wichtigsten Dokumente wurden im Betrieb verteilt, es wurde eine lange Reihe von Aktionen durchgeführt, zum Teil sogar innerhalb des Betriebes (z.B. Angriffe auf die Kontrolleure, auf die obere Hierarchie), die in enger Beziehung zur spezifischen Situation im Betrieb standen. D.h. der Betrieb war nicht nur ein Ort für die Propaganda während und nach den Aktionen, sondern selbst der Ort für die Aktionen. Während sich in ganz Italien, infolge der großen Repressionswelle 1979-80, die Strukturen und die Verbreitung der Organisationen entweder verringert oder verändert hatte, schien die Verankerung bei Alfa Romeo nicht davon erschüttert zu sein. Im ersten Halbjahr 1980 fand man in vielen Abteilungen von Alfa Romeo,

selbst im Betriebsratsraum, die Propagandamaterialien auch über Aktionen, die nicht im Mailänder Raum durchgeführt worden waren. Die BR konnten sich ungestört im Betrieb bewegen, besonders im Werk Arese. Sie waren nicht die einzige Gruppe, die bei Alfa Romeo tätig war, aber die einzige, die nicht von den Verhaftungen betroffen zu sein schien. Die Kolonne trug noch den Namen von Walter Alasia, einem aus einer kommunistischen Arbeiterfamilie stammenden jungen Militanten, der 1976 von der Polizei erschossen wurde, nachdem er selbst einen Polizeikommissar und einen anderen Beamten, die ihn in seiner Wohnung verhaften wollten, umgebracht hatte. Die Kolonne hatte sich in den folgenden Jahren nicht nur in den Industriebetrieben, sondern auch in Krankenhäusern und an anderen Stellen des tertiären Sektors gefestigt. Noch im März 1981 war ihre Struktur fast nicht angetastet.

Die Kolonne scheint seit Mitte 1980 starke Kritik an der Führung der BR geübt und für sich einen anderen Weg gesucht zu haben. Wir wissen sehr wenig darüber und das nur aus den Erzählungen der „Reumütigen“; aber die Verhaftungen im Laufe der Jahre 1981 und '82 (heute, Ende 1982, ist die Kolonne fast vollständig vernichtet) haben gezeigt, daß sie eine reine Arbeiterorganisation war, d.h. ihre Mitglieder waren zu 80% junge Fabrikarbeiter. Einer der Führer war, wie mehrere andere Mitglieder der Kolonne, Betriebsrat bei Alfa Romeo. Es war das erste Mal, daß die Rekrutierung der BR so stark die untere Stufe der Gewerkschaft getroffen hat. Daß sich ein so ausgedehntes Netz in der Phase der Krise (1980) konstituieren konnte, war nicht nur für die Gewerkschaften überraschend. Die Mehrheit der Mitglieder lebte legal, d.h. die Logistik mußte verhältnismäßig gut organisiert sein. Die Zusammensetzung der Kolonne entsprach dem „operaistischen Modell“ mit starken Anlehnungen an die Anfangsphase der BR. Allerdings ist das ein Reflex der Mailänder Situation, wo die „operaistischen Tendenzen“ (die allerdings nichts mit dem Operaismus zu tun haben) sehr stark in der Arbeiterklasse verwurzelt waren und sind. Unter operaistischen Tendenzen versteht man hier a) die Bedeutung der sozialen Zusammensetzung innerhalb der Organisation, b) die Verbindung mit der Produktionsproblematik, c) die Ausnutzung der bestehenden Gewerkschaftsorganisationen, insofern sie einen Teil der Arbeiterautonomie decken, d) die Abstimmung von militärischen Aktionen mit Massenaktionen der Arbeiter (Streiks usw.), d.h. auch ein Bezug auf die durchschnittliche Arbeiterkultur.

Die Vernichtung der illegalen Organisation nahm in Mailand mehr Zeit an Anspruch, dementsprechend konnte die Vernichtungsstrategie gegenüber der Arbeiterklasse nicht lückenlos voranschreiten.

Die Repression nimmt zu mit der Sonderprozeß - Reihe

Im März 1981 wird Mario Moretti in Mailand verhaftet, meistgesuchtes Mitglied der „Strategischen Führung“. Er war einer der Gründer der Organisation der BR und lebte seit zehn Jahren im Untergrund. Neben den triumphierenden Tönen der Presse, „der langjährige Krieg gegen den roten Terrorismus (sei) bald zu Ende durch die völlige Ausrottung der Organisation“, wird eine Verleumdungskampagne lanciert: Moretti sei trotz der großen Gefahr für seine Sicherheit in Mailand gewesen, um zu versuchen, die Selbständigkeit der Mailänder Kolonne mit dem Schwerpunkt Alfa Romeo wieder unter die Disziplin der Organisation zu bringen. Die Anwesenheit Mo-

rettis ist hingegen ein Beweis dafür, wie wichtig die Struktur im Mailänder Raum für die gesamte Strategie der BR war. Er selbst war früher Techniker in einem Mailänder Großbetrieb, und niemand aus der Gründerzeit der BR, der Anfang 1981 noch frei war, konnte besser als er die operaistische Kultur der Mailänder Tradition verstehen und schätzen.

In der darauffolgenden Zeit spitzt sich die Repression noch stärker zu unter dem Motto „Endlösung“. Die Zeit der großen, schnellen, summarischen Prozesse beginnt. In Turin, Mailand, Genua, Bergamo, Florenz, Rom, Ancona, Pescara, Neapel – überall arbeiten die Gerichtshöfe auf vollen Touren. Die Prozesse sind sehr kurz und verlaufen alle nach demselben Schema: Bestätigung der im Untersuchungsverfahren gemachten Aussagen der „Reumütigen“, Anträge der Staatsanwaltschaft, Urteil. Keine Überprüfung der Aussagen, selbst die Verteidigung spielt keine Rolle, sie wird zum großen Teil von den Angeklagten abgelehnt. Beim Urteilspruch scheint die einzige Frage zu sein, inwieweit der Staat die Reumütigen entlohnen kann und darf. Viele Leute werden in verschiedenen Prozessen verurteilt, bekommen ein-, zwei-, drei-, viermal usw. Lebenslang. Die Behandlung der „Reumütigen“ ist sehr unterschiedlich, manchmal bekommen sie die volle Strafe, manchmal werden sie belohnt. Der Staat benutzt sie und wirft sie dann weg wie ausgepreßte Zitronen oder hebt sie sich für andere Prozesse auf. Erst gegen Ende 1982 werden ein paar von ihnen freigelassen.

Erster gescheiterter Versuch, bei Alfa Romeo die Cassa Integrazione durchzusetzen

Im März 1981 verschärft sich die Gegenoffensive des Kapitals gegenüber der Arbeiterklasse. Erstes Angriffsziel soll die „scala mobile“ sein, der inflationsbedingte Lohnausgleich, die erste große Lohnforderung, die die Gewerkschaften nach dem Faschismus durchgesetzt haben. Als erste große Reform der Lohnstruktur nach dem Faschismus hat die „scala mobile“ eine Symbol-Rolle; in den Jahren der hohen Inflation seit 1973 wurde sie allmählich auf alle Lohnabhängigen ausgeweitet, auch auf Landarbeiter, Beamte und Rentner.

Nach der Unterzeichnung des Tarifvertrags Anfang März '81 ändert die Unternehmensleitung von Alfa Romeo ihre Taktik. Schon beim ersten Treffen über die Interpretation und die Durchführung der vertraglichen Vorschriften merkt der Betriebsrat, daß die Betriebsleitung eine eindeutig vertragsbrüchige Politik betreibt. Das betrifft zuerst die Wiedereröffnung des turn-over und die Einführung der „Produktionsgruppen“. Um besser Druck ausüben zu können, stellt Alfa Romeo den Antrag auf Kurzarbeit zu null Stunden (eigentlich Suspendierung) für 3 000 Arbeiter. Selbst die staatliche Tageszeitung „Il Giorno“ fragt: „Was ist geschehen? Wie ist es möglich, daß der Lagerbestand an unverkauften PKW so plötzlich gestiegen ist? Und auch noch wenige Wochen nach der Unterzeichnung einer der besten Tarifverträge, die in letzter Zeit zwischen Gewerkschaften und Betrieben abgeschlossen wurden.“

Aber bald stellt sich heraus, daß die Führung von Alfa Romeo einen Frontalangriff vermeidet und die Drohung mit der Cassa Integrazione sich vielmehr darauf richtet, die Intensivierung der Arbeit mittels der im Vertrag vorgesehenen Restrukturierung der Arbeitsorganisation durchzusetzen. Erst am 21. Mai einigen sich Betriebsrat, Gewerkschaften und Unternehmensleitung über die Cassa Integrazione. Die angedrohte Zahl von 3 000 Arbeitern ist auf 280 reduziert worden. Die Unternehmensleitung hat sich noch vor dem Widerstand der Arbeiter zurückgezogen.

Die innergewerkschaftliche Opposition und die Rolle der Alfa Romeo - Arbeiter

Dieser Widerstand gab den Arbeitern die Möglichkeit, sich auch zur „scala mobile“ zu äußern. Die Ergebnisse waren auch für die Gewerkschaft beunruhigend. Es wurden mehr als 8 000 Unterschriften gesammelt gegen die Tendenz in der Gewerkschaft, die über die „scala mobile“ diskutieren wollte, aber grundsätzlich mit ihrer Reform einverstanden war. Das Arbeiter-Motto war: „Die scala mobile wird nicht angetastet!“ Im April war das Alfa Romeo-Werk in Mailand zum Zentrum einer innergewerkschaftlichen Opposition gegen die allgemeine Linie der Gewerkschaftszentralen geworden. 170 Betriebsräte aus Norditalien hatten sich auf einem selbstorganisierten Treffen versammelt und sich ganz eindeutig gegen die offizielle Strategie der Gewerkschaften ausgesprochen. Daß es in der Frage der Cassa Integrazione keinen zweiten Fall FIAT geben konnte, war seither allen klar. Außerdem hätte die Opposition gegen die Gewerkschaftslinee zur „scala mobile“ zu einer richtigen alternativen Betriebsräte-Bewegung führen können. Kaum einer hätte auch eine so starke Reaktion der Arbeiter gegen die Cassa Integrazione erwartet, und noch weniger hätten erwartet, daß die Arbeiter von Alfa Romeo, zusammen mit einem Teil des Betriebsrats, sich gegen die allgemeine Politik der Gewerkschaften würden mobilisieren können. Ein Generalstreik drohte – auch gegen den Willen der Gewerkschaftszentrale.

Wenn man die Zeitungen aus jenen Tagen liest, bekommt man den Eindruck, als ob die Vertreter der kapitalistischen Öffentlichkeit vor der Wiederauferstehung eines vermeintlich Toten erschrocken wären. Ist demnach die italienische Arbeiterklassen-Bewegung auch nach der FIAT-Niederlage noch nicht erledigt? Gibt es noch die Möglichkeit einer Mobilisierung gegen die Politik des Gewerkschaftsapparats? Und gibt es noch Betriebsräte, die der Autonomie der Arbeiterklasse näher stehen als den Richtlinien ihrer Organisationen?

In einer von der „permanenten Mobilisierung“ der Arbeiter bestimmten Atmosphäre klingt das Abkommen vom 21. Mai wie ein Rückzug nicht nur der Unternehmensleitung von Alfa Romeo, sondern der gesamten Kapitalistenklasse.

Die BR greifen bei Alfa Romeo ein. Das Dokument über den ‚Strategischen Plan‘ des Unternehmens

Im Juni 1981 entführten die BR den Generaldirektor für Arbeitsorganisation des Konzerns. Gleichzeitig halten die BR drei andere Geiseln. Zum ersten Mal gelingt es der Organisation, vier Entführungen gleichzeitig zu organisieren. Es handelt sich um einen oberen Kader des Petrochemiewerks von Porto Marghera, um einen wichtigen Mann der Democrazia Cristiana in Neapel und um den Bruder des Verräters Peci. Das ist ein zweiter Schock für das System: noch vor zwei Monaten schien die „Endlösung“ sehr nahe. Nach der Entführung gibt der Betriebsrat eine Erklärung heraus, in der es unter anderem heißt: „Diese schwere kriminelle Tat ist der Versuch der BR, sich in die gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen im Betrieb einzumischen. In den vorigen Monaten gab es unzählige Flugblätter, Dokumente und Plakate, in denen die Terroristen dem Abkommen vom 4.3.81 den Krieg erklärten. Es ist kein Zufall, daß in den Flugblättern, die in den letzten Tagen gefunden wurden, ganz eindeutig gesagt wird, daß man die Männer des Unternehmens und der Gewerkschaft, die das Abkommen über die „Produktionsgruppen“ durchführen wollen, als Angriffsziel betrachte. Die Entführung findet in einem Augenblick statt, in dem in der Fabrik Kurzarbeit durchgeführt wird und mit dem Unternehmen über das weitere Vorgehen bezüglich der Cassa Integrazione verhandelt wird.“

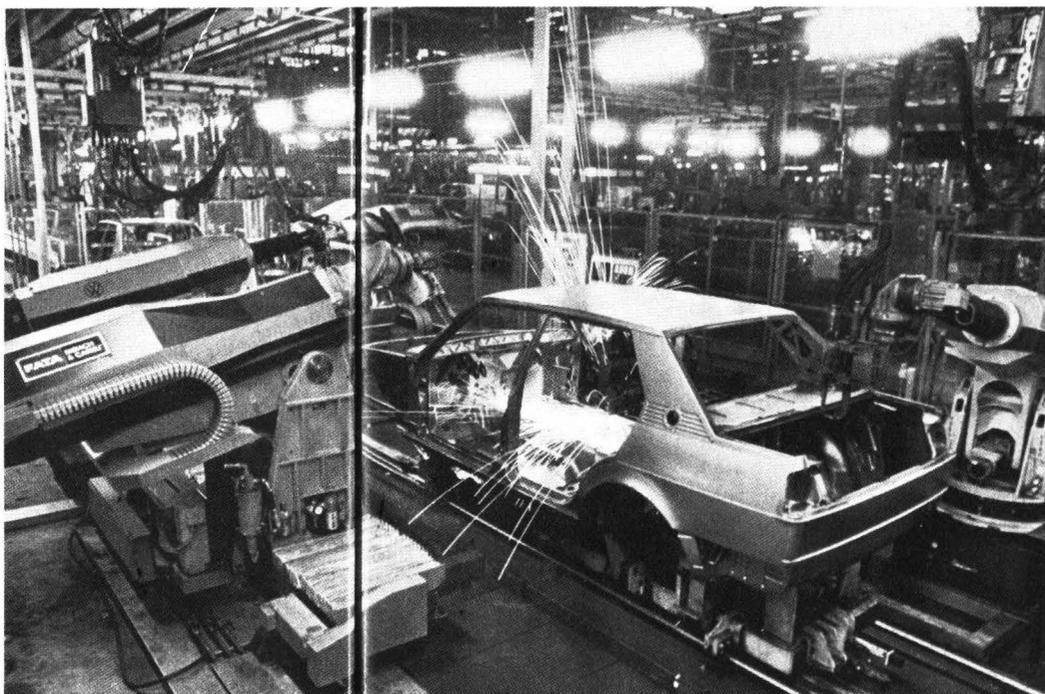
Am Tag der Entführung hatte die Gewerkschaft zu einer Versammlung aufgerufen, an der sich 10 000 Arbeiter beteiligt haben sollen. Es war aber, wie so oft in den italienischen Betrieben, nicht ganz klar, ob es sich um eine Protestdemonstration gegen den Terrorismus oder um eine Fortführung des Kampfs gegen die Betriebsleitung handelte. Der Protest geht weiter mit einem Streik am 12. Juni und am 19. Juni „gegen den Terrorismus und gegen die Cassa Integrazione“.

Während der Entführung hatten die BR ein Dokument verteilt, das eine der besten und detailliertesten Analysen der Restrukturierung von Alfa Romeo darstellt. Es wird gründlich analysiert, wie in den einzelnen Abteilungen die Arbeitsorganisation nach Einführung von „Produktionsgruppen“ aussehen wird. Der Schock in der Öffentlichkeit ist noch größer. In dem Dokument werden Tatsachen und Umstände erwähnt, die nur den inneren Kreisen der Gewerkschaften oder der oberen Betriebsleitung bekannt sein können. Aus der Abfassung und dem Zeitpunkt heraus, zu dem dieses Dokument verteilt wird, kann man ganz eindeutig entnehmen, daß die Informationen nicht aus dem Verhör der Geisel stammen können und daß es schon vor der Entführung geschrieben sein muß. Die Verankerung der BR in allen Abteilungen der PKW-Produktion und der Gewerkschaft geht eindeutig daraus hervor; ebenso muß es Informatoren bei der Betriebsleitung geben. Es ist auch ein Dokument, in dem die operaistische Kultur vorherrscht. Selbst in ihren besten Zeiten bei FIAT hatten die BR nie eine so genaue Kenntnis über die innerbetriebliche Lage und die Politik der Konzernleitung gezeigt.

Nach einer Einleitung über den „Strategischen Plan“ des Unternehmens und einer Analyse über die geplante technologische Entwicklung („Wir sind nicht gegen die Technologie“) widmen die BR ihre Aufmerksamkeit den „Produktionsgruppen“. Es geht dabei um die Frage, ob die Reorganisation der Arbeit ein erster Schritt zur Überwindung der Monotonie, zur Humanisierung, zur besseren Qualifikation und schnelleren Einkommenssteigerung ist oder ein Mittel zur Arbeitsintensivierung. Die Frage wird nicht einfach als „Betrug des Kapitals“ niedergemacht, sondern unter dem Gesichtspunkt betrachtet, welche Möglichkeiten zum Widerstand sich in der neuen Situation (nicht gegen die neue Situation) ergeben können. Und dies ist die Ebene, auf der sich im zweiten Halbjahr 1981 der Widerstand der Arbeiter organisieren wird.

Der Entführte wird vor dem Sommer freigelassen, während der Betriebsrat im Juli eine Masseninitiative gegen den Terrorismus veranstaltet, wobei die hysterischen Töne der vorigen Monate beiseite gelassen werden zugunsten einer intensiveren Reflexion und Auseinandersetzung mit dem Problem BR. In einem zur Vorbereitung der Veranstaltung geschriebenen Papier drückt sich der Betriebsrat so aus: „Der Betriebsrat hat in der Sitzung vom 8.7.81 in bezug auf die neue Phase des Terrorismus im Betrieb und im Lande eine Zeit der Diskussion und Reflexion zusammen mit den Arbeitern über dieses Thema eröffnet (...). Der Terrorismus hat sich reorganisiert, um seine Ziele im Rahmen der sozialen und innerbetrieblichen Situation zu verfolgen und dadurch einen Massenkonsens zu erreichen. Das Ziel verlagert sich vom Herzen des Staates auf die Zersetzung der Gesellschaft mittels einer verbreiteten Struktur, die auf dem Territorium und in den Betrieben Alternative zur Gewerkschaft sein will.“

Die Presse hingegen schlägt hysterische Töne an. Die Frage, inwieweit die Gewerkschaft und die Betriebsrätebewegung den Terrorismus gefördert und gedeckt haben, wurde schon für eine Kampagne im Oktober 1980 in Zusammenhang mit dem FIAT-Kampf ausgenutzt, um die Gewerkschaft als solche anzugreifen. Jetzt vertritt die Presse die These, daß die BR in der Gewerkschaft und sogar von der Gewerkschaft sind. Es handelt sich um mehr als eine Kriminalisierung der sozialen



VW-Roboter bei Alfa-Romeo

Bewegungen und speziell der Bewegungen der Arbeiterklasse: das war üblich. Der neue Schritt ist, daß die Gewerkschaft, solange sie an den Forderungen der 70er Jahre festhält, als größter Komplize der Terroristen hingestellt wird.

Der Kampf um die Pausen nach der Einführung der ‚Produktionsgruppen‘

Am 13. Juli gelang es dem Betriebsrat von Alfa Romeo, ein weiteres Abkommen mit der Unternehmensleitung über die Durchführung des Tarifvertrags vom 4. März abzuschließen: Es wird endgültig beschlossen, die Produktionsgruppen schrittweise einzuführen und das Ziel von 620 PKW pro Tag am 1. Oktober zu erreichen. Die Koppelung von Umstrukturierung der Arbeitsorganisation und Produktionssteigerung ist ganz eindeutig. Einzig strittig bleibt die Frage der Pausen. Die Fließbandarbeiter hatten 10 Minuten Pause pro Stunde und 6% der „Saturationszeiten“ (Spielraum innerhalb der für den Akkord errechneten Zeit) frei für physiologische Bedürfnisse. Die Unternehmensleitung wollte den den Produktionsgruppen zugeteilten Arbeitern diese Pausen wegnehmen.

Der innerbetriebliche Kampf für die Pausen, mit Unterstützung des Betriebsrats, wird den Widerstand in den nächsten Monaten prägen. Die Arbeiter der Produktionsgruppen verzichten nicht auf ihre Pausen und bekräftigen, daß die Pausen nicht ein an den einzelnen Arbeitern orientiertes Problem sind, wie es die Unternehmensleitung verlangt, sondern ein kollektives Problem. Wenn die Produktionsgruppen innerhalb der Kollektivarbeit zusammengestellt sind, warum sollten die Pausen am Individuum orientiert sein?

Der Kampf für die Pausen erstreckt sich auch auf andere Automobil-Betriebe im Mailänder Raum, besonders auf das Innocenti-Werk, wo 1975 eine der bedeutendsten Auseinandersetzungen über die Cassa Integrazione stattgefunden hat, die allen späteren Restrukturierungen von Großbetrieben als Muster gedient hat. Das Gespenst der Unregierbarkeit der Auto-Betriebe, die Gefahr der Ausbreitung des Arbeiterwiderstands auch bei FIAT, bringt die Unternehmensleitung zur Verzweiflung und zu einer provokatorischen Haltung.

Vernichtungsstrategie auch bei Alfa Romeo: der Vertrag mit FIAT

Am 30. Oktober wird der vermutliche Führer der Kolonne „Walter Alasia“ verhaftet. 25 Jahre alt, seit 1977 bei Alfa Romeo, seit 1979 Betriebsratsmitglied und Mitglied des Exekutiv Ausschusses des Betriebsrats (die höchste Entscheidungsstelle des Betriebsrats, die die Tarifpolitik macht) von Alfa Romeo, seit Oktober 1980 untergetaucht. Die Presse triumphiert: die BR sind in der Gewerkschaft, sie rekrutieren mittlere Gewerkschaftskader in den Betrieben. Im November '81 die Kriegserklärung der Unternehmensleitung von Alfa Romeo: sie sei entschlossen, den „Krisenzustand“ zu beantragen, das bedeutet außerordentliche Cassa Integrazione für zehntausend Arbeiter, davon werden 6 000 nicht mehr in den Betrieb zurückkehren. Die Direktion der Nissan sei aufgrund der innerbetrieblichen Zustände in Italien, der nichterreichten Ordnung und der mit der innerbetrieblichen Gewerkschaftsvertretung nicht mehr bereit, ihren Kooperationspflichten nachzukommen. Die Absatzaussichten für das Jahr 1982 seien so schlecht, daß die Verschuldung der Firma nicht tragbar sei, und auch mit einem staatlichen Zuschuß von 500 Milliarden Lire nicht zu sanieren sei. Die Unternehmensleitung sei also gezwungen, die Zustimmung der Regierung zu einem Kooperationsvertrag mit FIAT zu beantragen. Die Rechtsform als Staatsbetrieb sei bei Alfa Romeo in Frage gestellt.

Nach dem Gesetz wird die außerordentliche Cassa Integrazione denjenigen Unternehmen genehmigt, die Restrukturierungs- oder produktionsverändernde Maßnahmen treffen müssen oder die mal als von einer „Unternehmenskrise“ betroffen erklärt. Das Verfahren ist ganz anders als bei der normalen Cassa Integrazione. Die Genehmigung beschließt ein interministerieller Ausschuß, sie wird dann als Erlaß des Arbeitsministeriums rechtskräftig. Diese Frage muß also auf politischer Ebene, auf Regierungsebene gelöst werden. Aus der außerordentlichen Cassa Integrazione werden auch die Angestellten bezahlt, während sie von der normalen Cassa Integrazione ausgeschlossen sind. Die Bezahlung erstreckt sich auf

höchstens 12 Monate, möglich ist eine Verlängerung um weitere 12 Monate, die von den Regierungsbehörden beschlossen werden muß. Der Unternehmer ist nicht verpflichtet, die Arbeitnehmer wieder einzustellen, denn das hängt von der Überwindung des Krisenzustandes ab. Der Unternehmer ist nur verpflichtet, bei dem Antrag auf Cassa Integrazione Straordinaria die Zahl der betroffenen Arbeitnehmer und die ausfallende Stundenzahl anzugeben. Soweit das Gesetz. In der Realität versuchen die Arbeitgeber, eine Vereinbarung mit den Gewerkschaften zu treffen, um gemeinsam die Durchführung des Kurzarbeitsprogramms zu regeln. Das Problem wird heiß, wenn es – wie früher bei Innocenti, dann bei FIAT und Alfa Romeo und heute bei fast allen Betrieben – nicht um Kurzarbeit geht, sondern um regelrechte Suspendierung, d.h. Cassa Integrazione auf null Stunden.

Die Unternehmensleitung von Alfa Romeo verfolgt denselben Weg wie FIAT. Aber die spontane Reaktion der Arbeiter ist so heftig, daß Alfa Romeo noch einmal einen Rückzug machen muß. Die Mobilisierung in den Betrieben ist groß, die soziale Lage in Mailand, wo Hunderte von Betrieben ihre Arbeiter zur Cassa Integrazione geschickt haben, kann sich zuspitzen und zu einer Auseinandersetzung führen, die für den Staat und das Kapital gefährlich werden könnte. Agnelli unterstützt seine Kollegen von Alfa Romeo und beantragt am 5. Dezember die Suspendierung von 74 000 Arbeitern der FIAT-Betriebe. Die Regierung schwankt. Arbeiter- und Masendemonstrationen mit Straßen- und Autobahnblockaden werden von Alfa Romeo-Arbeitern in Mailand und in Neapel organisiert. Wenige Tage später entführen die BR den Nato-General Dozier.

Am 12. Dezember gibt der Vorstands-Vorsitzende von Alfa Romeo der Tageszeitung „La Repubblica“ ein Interview. 6 500 Arbeiter müssen entlassen werden; auch wenn der Staat Alfa Romeo 500 Milliarden Lire als Zuschuß geben sollte, wäre die Krise des Unternehmens nicht überwunden. Die einzige Lösung besteht in dem Kooperationsvertrag mit Nissan und besonders im Kooperationsvertrag mit FIAT über die Standardisierung von Ersatzteilen bei PKW derselben Modellklasse.

Am 17. Dezember findet eine Demonstration der lombardischen Metallarbeiter auf dem Domplatz in Mailand statt, die Alfa Romeo-Arbeiter in Neapel blockieren die Autobahn. Experten, Wirtschaftswissenschaftler, Bankiers usw. lamentieren über die Krise der Auto-Industrie, die Krise des staatlichen Industrie-Modells in Italien, über Arbeitskosten, „scala mobile“ usw., die Argumente der Arbeiter sind dagegen sehr einfach.

Die Unternehmensleitung von Alfa Romeo hat die Politik der Arbeitsintensivierung durchgesetzt, die Pausen abgeschafft, die PKW-Produktion auf 620 PKW pro Tag gesteigert. Dann plötzlich erklärt sie es für notwendig, die Produktion einzuschränken und 6 500 Arbeiter zu entlassen. Sie hat sich immer als eine Alternative zu FIAT hingestellt, hat den Vertrag mit der japanischen Nissan gegen die Interessen von FIAT durchgesetzt, und jetzt plötzlich schließt sie ein Abkommen mit FIAT und sagt, daß die Zukunft von Alfa Romeo von FIAT abhängt. Es ist also ganz klar, daß Alfa Romeo in seinen Betrieben „FIAT-Zustände“ einführen will; es handelt sich um eine reine Herrschaftsmaßnahme, die weder etwas mit der Krise des Autos noch mit der Krise der staatlichen Industrie zu tun hat. Die Arbeiterklasse von Alfa Romeo muß gleichgeschaltet werden. Ein ähnliches Disziplinierungsmodell soll in Mailand und in Turin herrschen, die politische Zusammensetzung der Mailänder Automobil-Arbeiterklasse muß ausgerottet werden.

Die Mobilisierung der Arbeiter zwingt aber die Unternehmensleitung von Alfa Romeo noch zu einem relativen Rückzug: die Cassa Integrazione wird verschoben und dann plötzlich

drei Tage vor Weihnachten wird angekündigt, daß die Japaner von Nissan die erste Rate ihrer Kapitalbeteiligung bezahlt haben.

Die Cassa Integrazione setzt sich langsam durch unter der Kontrolle der Arbeiter

Schon am 6. Januar 82 wird gegen die Cassa Integrazione gestreikt. Diesmal sind die Gewerkschaftsvertretungen unter dem Druck der Arbeiter entschlossen, die Durchführung der Cassa Integrazione unter Kontrolle zu behalten. Am 12. Januar wird ein Abkommen geschlossen, nach dem die Unternehmensleitung in allen Betrieben die Arbeit einstellen kann. Nur 8 000 Leute bleiben in den Betrieben (in den Forschungs-, Entwurfs- und Experimentierabteilungen, die Angestellten bleiben alle). Trotzdem sagt der Koordinationsausschuß der Angestellten: „Das Abkommen vom 12. Januar für die dreiwöchige Cassa Integrazione stellt nur den Anfang eines Prozesses von wilder Umdimensionierung bei Alfa Romeo dar. Diese erste Phase zeigt, daß die Cassa Integrazione mit Arbeitsrestrukturierung und Umwandlung der Betriebsstruktur nichts zu tun hat. Das einzige Ziel ist die brutalste Kostenverlagerung vom Unternehmen zum Institut für Sozialversicherung, auf Kosten der Invaliden und der Leistungsbehinderten.“ Andere Angestelltengruppen äußern in ihren Stellungnahmen ganz eindeutig, daß sie sich weigern werden, Arbeitsaufgaben zu erfüllen, die im Bereich ihrer in die Cassa Integrazione geschickten Kollegen liegen. Die Vollversammlung der Arbeiter stimmt dem Abkommen zu, unter der Bedingung, daß nach dem verabredeten Termin vom 8. Februar alle Arbeiter wieder eingestellt werden müssen und daß der Betrieb die Produktionsgruppen sofort einrichten muß.

Eine andere Vollversammlung der Alfa Romeo - Arbeiter von Mailand stimmt gegen das Dokument der drei Gewerkschaftszentralen über Arbeitskosten, scala mobile und Arbeitspolitik. Besonders schwer ist die Kritik, an der mangelnden Demokratie und daran, daß dieses Dokument nicht nach einer vorherigen Befragung der Arbeiter zusammengestellt worden ist. Die Arbeiter sagen „Nein!“ zu der vorgeschlagenen inflationsangemessenen Lohnerhöhung von 16%. Dabei haben die Arbeiter sogar gegen die Auffassung des Betriebsrats gestimmt. Am 20. Januar beginnt in der Lombardei eine Phase von Massendemonstrationen gegen Entlassungen und Krisenmaßnahmen. Die Unternehmensleitung von Alfa Romeo beharrt aber auf der zukünftigen Suspendierung von 7 000 Arbeitern.

Ettore Massacesi, Aufsichtsratsvorsitzender von Alfa Romeo, faßt in seinem „Rundbrief an die Verarbeiter“ vom 28.1.82 die Lage so zusammen: „Zum Abschluß der Verhandlungsphase, die vom 18.-20. Januar im Intersind-Sitz in Rom zwischen der F.L.M. und der Betriebsführung stattgefunden hat, haben die Alfa Romeo Direktion und das Nationale Sekretariat der F.L.M. am Mittwoch, den 20. Januar, den Stand der Tarifverhandlungen zusammengefaßt.

Bei dieser Gelegenheit sind die Parteien (vorübergehend außer acht gelassen wurde dabei der Umfang der Unternehmensforderung nach Reduktion der Belegschaft mittels Suspendierung von der Arbeit auf null Stunden) alle vertragsrechtlichen und gesetzlichen Instrumente durchgegangen, die eventuell tauglich wären für eine möglichst wenig traumatische Lösung des Problems der Angestellten und Arbeiter, die den Forderungen des Betriebes zufolge das ganze Jahr auf Integrationskasse zu null Stunden gesetzt werden soll.

Es sind insbesondere folgende Möglichkeiten in Betracht gezogen worden:

- vorzeitige Pensionierungen und erleichterte Kündigungen;
- Berufsbildungskurse;
- Einsatz der auf null Stunden suspendierten Arbeiter an Arbeitsplätzen außerhalb der direkten Produktion, d.h. außer-

halb des Zyklus (außerordentliche Arbeiten zur Neuanpassung, Instandhaltung).

Im Zuge dieser Untersuchung betonte das Unternehmen, daß eine „Rotation“ zwischen Tätigkeiten innerhalb des Zyklus nicht durchführbar ist (...) Die Direktion von Alfa Romeo hat ihrerseits festgehalten, daß, obwohl sie bereit sei, Instrumente wie vorzeitige Pensionierungen, Kündigungsanreize, zielgebundene Berufsbildungskurse usw. einzusetzen, das Ausmaß der Überzähligen derart groß sei, daß sich in jedem Fall für eine nicht absehbare Anzahl Arbeiter und Angestellte das Problem der Suspendierung auf null Stunden (Arbeitszeit) während des gesamten Jahres 1982 stelle. Bezüglich der obengenannten Suspendierungen sei der Betrieb zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht in der Lage, die Daten für den Wiedereintritt und die Einsatzorte zu bestimmen. (...)

Wir können uns daher nicht festlegen im Falle der Fortdauer der obengenannten Bedingungen, in der Woche nach Wiederaufnahme der Arbeit in den beiden Werken Arese und Pomiigliano zu den angekündigten Maßnahmen überzugehen. (...)

Bezüglich der Festlegung von Daten für den Wiedereintritt der Arbeiter aus der Integrationskasse hat die Alfa Romeo erklärt, daß die Unsicherheit über die Entwicklung des Marktes und die inneren operativen Perspektiven dazu raten, sie gemeinsam mit der Gewerkschaft zu einem späteren Zeitpunkt auszuarbeiten, wenn mit anderen Worten sicherere Daten zur Verfügung stehen“.

In der allgemeinen Resignationsstimmung, die in allen italienischen Großbetrieben herrscht, wirken die Widerstandskämpfe der Alfa Romeo-Arbeiter als Gegentendenz. In den ersten drei Monaten des neuen Jahres werden die Streiks und Protestdemonstrationen immer häufiger und zeichnen sich durch große Einigkeit aus: die Mobilisierung ist praktisch permanent. Der Druck der Arbeiter ist so groß, daß selbst der Betriebsrat, so oft zerrissen in verschiedene politische Richtungen, zur Einigkeit gezwungen ist. Schon bevor die „cassa integrati“ wieder zur Arbeit kommen (am 7. Februar), wird in Arese dreimal gestreikt. Gruppen von „cassa integrati“ stehen vor den Werkstoren und versuchen, die Solidarität ihrer Kollegen aufrechtzuerhalten. Der Betriebsrat einigt sich auf eine Kompromißlinie, deren Kernpunkt aber die Aufrechterhaltung der Solidarität zwischen den Arbeitern ist: Er lehnt die Cassa Integrazione „auf null Stunden“ ab und schlägt ein Rotationsprinzip vor. Der Gegenvorschlag ist genau derselbe wie bei FIAT im Oktober 1980, aber die sozialpolitische Lage sieht ganz anders aus. Erstens hat die Unternehmensleitung von Alfa Romeo von 7000 Arbeitern gesprochen, die entweder Angestellte oder „indirekte Arbeiter“ (z.B. Wartungs- u. Reinigungspersonal) sind, d.h. die Produktionsarbeiter sollten nicht betroffen sein. War das ein Versuch, die Komplizenschaft des politischen Kerns der Arbeiterklasse für den Entlassungsplan zu gewinnen? Sollten diesmal die Arbeiter die Rolle der Privilegierten gegenüber den Angestellten spielen? Das Spiel der Unternehmensleitung ist zu offensichtlich, das Ergebnis ist das Gegenteil von dem, was sie sich erhofft hat, d.h. die Angestellten radikalieren sich, und die Arbeiter wehren die Cassa Integrazione ab, auch wenn sie nur Angestellte und „indirekte Arbeiter“ treffen sollte. Es geht darum zu zeigen, daß es möglich ist, in einer Lage, in der Regierung, Unternehmer und Gewerkschaftsspitzen gemeinsam auf die Vernichtung der Arbeiterklasse zielen, Widerstand zu leisten.

Wenn wir die Lage heute (Januar 1983) betrachten, können wir in den Widerstandskämpfen bei Alfa Romeo das erste Signal eines neuen Kampfzyklus sehen, der sich im Laufe des Jahres 1982 unerwartet verstärkt und sich um die Jahreswende 1982/83 mit den Massendemonstrationen und spontanen Streiks gegen die Maßnahmen der Fanfani-Regierung richtig entfaltet hat. Niemand hätte geglaubt, daß die italienische Arbeiterklasse nach so schweren Niederlagen die Kraft der

Verzweiflung wiederfinden würde und daß sich selbst die FIAT-Arbeiter an den letzten Streiks zu 60 bis 70% beteiligen könnten. Und das in einer Situation, in der schon praktisch alle politischen Avantgarden und militanten Arbeiter aus den Fabriken gefeuert worden sind und heute das Heer der „cassa integrati“ bilden. Was sich heute in Italien abzeichnet, ist einer der rätselhaftesten Kampfzyklen der Nachkriegszeit, der aus einer ausgerotteten politischen Klassenzusammensetzung entstanden ist.

Doch kehren wir zurück zu diesen ersten Februartagen 1982 bei Alfa Romeo. Mit der Rückkehr der „cassa integrati“ am 7. Februar ist in Arese das ganze Kampfpotential wieder da. Der Betriebsrat ruft zu einer „Produktionskonferenz“ auf, die am 16. und 17. Februar stattfinden soll. Die Referate, die dort gehalten werden, sprechen die typische Mitbestimmungssprache; trotzdem werden alle Probleme (Automobil-Plan, Kooperation mit FIAT, Diesel-Motoren-Produktion, technologische Entwicklung, Roboterisierung usw.) besprochen. Die große Mehrheit der Arbeiter und die territorialen Gewerkschaftsinstanzen bleiben der Konferenz fern; dennoch ist sie wichtig als ein Versuch des Betriebsrats, sich als Gesprächspartner in allen wichtigen betriebspolitischen Problemen darzustellen. Es ist ein Versuch des Betriebsrats, seine Autonomie gegenüber Parteien und Gewerkschaften aufrechtzuerhalten und wieder seine institutionelle Vermittlerrolle als direkte Basisinstanz gegenüber der Arbeiterklasse zu spielen. Eines ist aber selbst in dem gemeinsamen Dokument der PCI-, PSI- und PdUP-Betriebsvertretungen ganz klar: das Modell FIAT darf nicht auch bei Alfa Romeo eingeführt werden.

Die Alfa Romeo - Arbeiter lehnen die Gewerkschaftsvorschläge ab

Am Tag vor Beginn der Konferenz war aber etwas Überraschendes passiert, quasi ein Zeichen dafür, daß sich das politische Klima im Betrieb rasch radikalisierte: Bei einer Generalversammlung, auf der über den Vorschlag der Gewerkschaften zu einer inflationsangepaßten Lohnpolitik (die Lohnerhöhungen sollten 1982 16% nicht übersteigen) abgestimmt werden sollte, hatten 95% der Anwesenden dagegengestimmt. Das war ein klares Mißtrauensvotum gegenüber der Gewerkschaftspolitik, das auch eine Warnung für die Gewerkschaftsdelegation sein sollte, die in Rom zu Verhandlungen über die Cassa Integrazione tagte. Die Presse, die die Produktionskonferenz fast völlig ignoriert hatte, betont mit großen Schlagzeilen die „Ehescheidung“ zwischen Gewerkschaften und Arbeiterklasse bei Alfa Romeo. Das ist eine Wende. Die Delegation in Rom nimmt die Warnung nicht wahr und unterzeichnet ein sog. „Gesprächsprotokoll“, in dem die Cassa Integrazione zu null Stunden für 5895 Arbeiter (Dauer: ein Jahr) angenommen wird, ohne aber ein richtiges Abkommen zu unterschreiben. Das wirkt wie eine Explosion selbst in den Gewerkschaftskreisen: Vor 8 Tagen waren sich alle – sogar die Parteivertretungen bei Alfa Romeo – einig, daß unter keinen Umständen Arbeitnehmer aus dem Betrieb rausgeschmissen werden sollten; und dann läßt die Delegation in Rom diese Forderung fallen: Kontraste und Widersprüche explodieren auf allen Gewerkschaftsebenen, selbst der Betriebsrat in Arese ist gespalten in der Frage, ob das Verhalten der Delegation in Rom in einem Dokument scharf verurteilt oder nur gemäßigt kritisiert werden soll.

Die Unternehmensleitung schlägt zu: Sie stellt diesmal die Forderung, weitere 1900 Arbeiter (diesmal ausschließlich Fließbandarbeiter, und zwar 1100 bei Alfa sud und 800 bei Alfa Nord) in die Liste der „cassa integrati“ aufzunehmen, und zwar Arbeiter, die entweder eine Absentismusrate von 15% hatten oder einfach als „undisziplinierbar“ zu bezeich-

nen sind. Damit will die Unternehmensleitung der Gewerkschaftsdelegation ein Diskriminierungsprinzip aufzwingen. Selbst FIAT hatte etwas ähnliches nicht gewagt. Soviel kann aber keine Gewerkschaftsvertretung akzeptieren, und so gehen die beiden Partner nach einem Monat ständiger Verhandlungen auseinander. Die Unternehmensleitung fühlt sich daraufhin berechtigt, einseitig vorzugehen: Ab 1. März werden alle Betriebe von Alfa Romeo für 15 Tage geschlossen und 40 000 Arbeiter zur Cassa Integrazione geschickt. Eine richtige Aussperrung. Den Gewerkschaften bleibt nichts anderes übrig, als zu Generalversammlungen in allen Betrieben für den 1. März aufzurufen, damit die Arbeiter an diesem Tag an ihren Arbeitsplätzen sind. Für die Unternehmer ist das eine richtige Fabrikbesetzung.

Das Pokerspiel geht weiter, die seit anderthalb Jahren erwartete FIAT-Lage ist da. Der Verband der Industriellen (Confindustria) hatte vor einigen Tagen bekanntgegeben, daß keine Verhandlungen über die demnächst auslaufenden Tarifverträge begonnen werden sollten, bevor nicht die Frage der „scala mobile“ geregelt sei, entweder durch Zustimmung der Gewerkschaften zu den von der Confindustria gestellten Forderungen oder durch Eingreifen der Regierung (Preis- und Lohnstop). Die Organisation der landwirtschaftlichen Unternehmer (Confagricoltura) hatte bereits das Abkommen von 1975 über die scala mobile gekündigt, die Confindustria würde bis Juni abwarten, um dann dasselbe zu tun. Mit großer Betonung wird auf die Lage in Belgien verwiesen, wo der automatische Lohnausgleich gestoppt worden ist, und auf das Abkommen zwischen UAW (amerikanische Automobilgewerkschaft) und Ford in Detroit. Ettore Massacesi, Vorsitzender von Alfa Romeo, ist zugleich Vorsitzender von Intersind, dem Dachverband der Unternehmer der staatlichen Industrie. Als solcher wartet er erstmal ab, um nicht die Unterstützung der PCI zu verlieren und in seiner Doppelfunktion noch weiter die Rolle des verständigungsbereiten Unternehmers zu spielen. Die Gewerkschaftskonföderation tagt in Florenz, um die Ergebnisse der Abstimmungen in den Betrieben zu diskutieren; den Fall Alfa Romeo, wo 95% der Arbeiter gegen ihre Vorschläge gestimmt haben, betrachtet man als eine Ausnahme; viel gefährlicher scheint die Tatsache, daß fast überall die Beteiligung der Arbeiter an den Versammlungen sehr gering und die Zahl derer, die abgestimmt haben, noch niedriger war: Die Mehrheit ging im Augenblick der Abstimmung weg. Die Organisations- und Diskussionsformen der gewerkschaftlichen Betriebsdemokratie werden von seiten vieler Delegierter noch mehr als bisher in Frage gestellt. Wie kann man mit so einer Beziehung zu den Fabrikarbeitern der aggressivsten Politik der Unternehmer seit Kriegsende widerstehen?

Der Kampf gegen das Abkommen vom 9. März

Am 1. März 82 sind die Versammlungen in den Alfa Romeo-Werken voll. Die „cassa integrati“ gehen rein und rufen erfolgreich auch die wenigen zur Bewachung und Instandhaltung der Anlagen abkommandierten Arbeiter zum gemeinsamen Protest auf. Die Einheit aller Lohnabhängigen scheint wirklich erreicht. Innerhalb des Betriebsrats zeichnen sich zwei Positionen ab: Die Mehrheit des Betriebsrats vertritt die Auffassung, man sollte nur über die Kampfplanung entscheiden; die Minderheit (Betriebsräte der FIM – Metallarbeiterverband der CISL – unterstützt vom Mailänder Kreissekretär der FIM) ist der Ansicht, die Versammlungen sollten die Vorbedingungen zu weiteren Verhandlungen festlegen und besonders das Rotationsprinzip bei der Cassa Integrazione als unverzichtbare Forderung betonen. Die Demonstrationen der folgenden Tage zeichnen sich wieder durch große Beteiligung und Kampfbereitschaft der Arbeiter aus. Gruppen von Alfa Romeo-Arbeitern protestieren mehrfach an verschiedenen

Orten der Stadt und führen eine Aufklärungskampagne vor allen anderen Betrieben durch. Am 5. März nehmen die Alfa Romeo-Arbeiter an der nationalen Demonstration der Chemiarbeiter teil. Der Druck, wegen des Falls Alfa Romeo einen Generalstreik auszurufen, wird so stark, daß am 9. das endgültige Abkommen unterzeichnet wird.

Hier die wichtigsten Paragraphen des Abkommens: 5 708 Beschäftigte gehen „für mindestens 1 Jahr“ in Cassa Integrazione straordinaria, Verlängerung der Cassa Integrazione in Mailand um 60 Arbeitstage und in Pomigliano um 80, keine Neueinstellung als Ausgleich für ausscheidende Arbeitskräfte bis Ende des Jahres, part-time für 400 Arbeitsplätze, Aufbau eines neuen Werkes für die Innenausstattung der Wagen ohne Fließband, wo Arbeiter in C.I.G. rotieren, Aufbau von Ausbildungskursen, Wiedereinstellung aller in Cassa Integrazione geschickten Angestellten bis Ende Februar 1983 und Arbeiter bis Ende Juni 1983, Einführung von Produktionsgruppen, um eine Produktion von 640 PKW/Tag in Mailand und 693 in Pomigliano zu erreichen. Im Grunde genommen hat die Unternehmensleitung alle ihre Ziele erreicht.

Die ersten Versammlungen zur Diskussion des Abkommens sind genauso wie bei FIAT 2 Jahre zuvor chaotisch und stürmisch. In Pomigliano lehnen die erste und zweite Schicht das Abkommen ab, und der Betriebsrat tritt zurück; in Mailand ist das Ergebnis unklar: 10 000 Arbeiter in einer Riesenhalle („Hände hoch, wer ist dafür!“ usw.) in einer Atmosphäre, die noch heißer geworden ist, weil die Delegierten der FIM, mit Unterstützung ihrer Kreisorganisationen (die mitgliederstärkste in Italien) sich der Unterzeichnung des Abkommens entzogen haben. Sie verlangen von der Versammlung ein Nein-Votum, um erneut die Verhandlungen aufzunehmen. Die Proteste sind umsonst, die Gewerkschaft hat entschieden, daß die Mehrheit der Arbeiter das Abkommen gebilligt hat.

Diskriminierung: Rauschmiß der Kranken und politisch Aktivsten

Am 17. März werden die Listen der Rausgeschmissenen bekanntgegeben. Hier nur einige Bemerkungen über den Anteil der in Mailand Beschäftigten: Gesamtzahl 2 290, davon 1 489 Arbeiter und 217 Angestellte. 108 Arbeiter hatten Ermahnungsbriefe wegen Absentismus erhalten, weitere 8 waren schon wegen Absentismus entlassen worden, klagten aber vor Gericht und wurden daraufhin wieder eingestellt. 52 waren Betriebsräte (also ein Viertel gefeuert), 101 waren politisch und gewerkschaftlich aktiv, ohne Betriebsrat zu sein. Besonders betroffen waren die Leistungsbehinderten, d.h. Arbeiter, die eine Berufskrankheit oder eine Invalidität hatten.

Wenn man die Verteilung nach Abteilungen betrachtet, ist die Zahl der „indirekten“ Arbeiter doppelt so groß wie die der direkten Arbeiter. Zur ersten, besonders betroffenen Gruppe gehören Arbeiter der Mensa, der inneren Transporte, der Lagerhallen, der Qualitätskontrolle und der Instandhaltung; zur zweiten Gruppe Arbeiter der Mechanik und der Ausstattung. Bei dieser letzten Abteilung, wo die Fließbandarbeit besonders schwer ist, waren von 177 Arbeitern 36 im Vor-Rententalter, 20 waren krank und 27 Invaliden. Die physische Leistungsfähigkeit ist also noch, trotz Humanisierung und Automatisierung, ein entscheidendes Kriterium zur Selektion der Automobil-Massenarbeiter. Diese Erhebungen bestätigen den Verdacht, daß die Unternehmensleitung die Listen nach bestimmten Diskriminierungsprinzipien aufgestellt hat. Aufgrund dessen versuchen 307 Arbeiter (darunter 1/3 nicht gewerkschaftlich organisiert und 1/3 FIM-Mitglieder) Klage vor Gericht zu stellen. Dies wird zu einem der spannendsten Momente des Widerstands von Alfa Romeo-Arbeitern in Mailand.

Repräsentativ für die Stimmung der letzten aus der Fabrik herausgeschmissenen Militanten sind die Erwägungen eines FIAT-Arbeiters in der Zeitschrift „Primo Maggio“ (s. Anhang).

Spaltung zwischen Betriebsrat und Cassa Integrati und die Rückkehr zur Normalität

Am 17. März 1982 um 12.00 Uhr werden die Namenslisten der „cassa integrati“ bekanntgegeben. Das Prinzip der politischen und physischen Diskriminierung ist so offensichtlich, daß die Wut der Lohnabhängigen sich sofort in verschiedenen Protestformen ausdrückt: In der Montageabteilung legen die Arbeiter die Arbeit nieder, mehrere Umzüge gehen durch die Werkhallen, der Betriebsratsraum wird besetzt, einzelne Gewerkschaftsmitglieder, die das Abkommen unterzeichnet haben, werden überfallen. Der Betriebsrat ist gezwungen, eine Vollversammlung für den folgenden Tag einzuberufen; man sagt, daß die Betriebsleitung die Verwirklichung des Abkommens unmöglich gemacht hat. Ein Koordinationskomitee von „cassa integrati“ wird gebildet. Die Teilnahme der „cassa integrati“ an den Protestdemonstrationen der folgenden zwei Wochen ist so groß und die Unterstützung der anderen Arbeiter so stark, daß das ganze Abkommen wieder in Frage gestellt scheint. Der Betriebsrat erklärt, daß die „cassa integrati“ das Recht haben müssen, zusammen mit den anderen Arbeitern an den innerbetrieblichen Diskussionen über die Forderungen des nächsten Tarifvertrages teilzunehmen, und daß die in Cassa Integrazione geschickten Betriebsräte an allen innerbetrieblichen Gewerkschaftsarbeiten weiter teilnehmen müssen. Es geht wie bei jeder Restrukturierung um das Prinzip, daß der Betrieb ein Ort der politischen Vereinigung der Arbeiterklasse bleiben muß, um die Trennung der rausgeworfenen Arbeiter vom Produktionsprozeß nicht in eine Trennung von der Politisierung zu verwandeln.

Das Unternehmen versucht, die „cassa integrati“ am Betreten des Betriebes zu hindern. Es kommt zu schweren physischen Auseinandersetzungen vor den Werkstoren in Arese, wo die Wächter den Arbeitern den Zugang zum Betrieb verwehren wollen. Zwar gehen die „cassa integrati“ sehr entschlossen vor, aber die gesamte politische Lage ist so ungünstig, daß man versucht, Gewalt zu vermeiden, um der Polizei keinen Vorwand zum Eingreifen oder zum Stationieren von Wachen zu geben. Das Koordinationskomitee beschließt einstimmig, daß die „cassa integrati“ eine Versammlung pro Woche im Betrieb abhalten und an allen Belegschaftsversammlungen teilnehmen können; die Betriebsräte dürfen nicht am Betreten des Werks gehindert werden.

Dagegen unterzeichnet der Betriebsrat ein Protokoll, daß diesen Beschluß völlig umwandelt: Demnach soll den Betriebsräten nur einmal in der Woche (Freitag) erlaubt werden, das Werk zu betreten, von den Rechten der anderen Arbeiter auf Zugang zum Betrieb ist keine Rede mehr, nur davon, daß sie an den Diskussionen über die tariflichen Forderungen teilnehmen dürfen. Das bedeutet die endgültige Spaltung zwischen „cassa integrati“ und Betriebsrat bzw. Gewerkschaft. Nur die FIM-Mitglieder des Betriebsrats stimmen dem Protokoll nicht zu.

So entsteht also folgende Lage nach Unterzeichnung des Abkommens: Die „cassa integrati“, bzw. die aktive Minderheit unter ihnen, bilden ein autonomes Koordinationskomitee, „von außen“ unterstützt durch die Mailänder FIM-Organisation. Bei ihrer nächsten Initiative geht es hauptsächlich um zwei Fragen: um die Diskriminierung bei der Aufstellung der Listen und um das Zugangsrecht der Betriebsräte, damit sie ihre gewerkschaftliche Tätigkeit weiterführen können. In der ersten Frage hatten sie schon gewisse Erfolge in der Öffentlichkeit erzielt. Weder in der Gewerkschaft noch in Partei- und Pressekreisen (nicht einmal im Erzbis-

tum) hatte irgendjemand bestritten, daß bestimmte Diskriminierungen vorhanden waren. Nur hätten Gewerkschaft und Parteien es vorgezogen, nach Überprüfung der Namenslisten über einige Korrekturen zu verhandeln, statt vor Gericht Berufung einzulegen. Ziel der Gewerkschaft und der Mehrheit des Betriebsrats ist es, so bald wie möglich wieder an den Verhandlungstisch zu kommen, um die Mitbestimmung auszubauen, die Produktionsgruppen in Gang zu bringen und in den Betrieben so schnell wie möglich die Normalität wieder herzustellen.

Erst im Laufe des Monats April wird das erreicht, und die Unternehmensleitung startet eine Pressekampagne, die von Zufriedenheit und Enthusiasmus geprägt ist: Arese und Pomigliano hätten die volle Produktionsleistung erreicht, der Absentismus sei gesunken, die Produktivität sei seit dem Abkommen um 40% gesteigert worden, die Beziehungen mit der Gewerkschaft seien gut und die Extremisten aus den Betrieben entfernt. Die Confindustria jedoch teilt diese optimistische Einschätzung leider nicht. Die Regierung ist in dieser Zeit immer schwächer und nicht in der Lage, irgendwelche Entscheidungen in der Wirtschafts-, Haushalts- und Geldpolitik zu treffen. Ihre Vermittlerrolle zwischen Gewerkschaften und Unternehmern in der Frage der „scala mobile“ und der Tarifverträge ist fast gleich null.

So trifft die Confindustria am 1. Juni die schwerwiegende Entscheidung, das Abkommen über die scala mobile von 1975 zu kündigen. Voraussetzung, um neue Tarifverhandlungen anzufangen, sei erst eine allgemeine Neuregelung der scala mobile. Einige Wochen später tritt Massacesi von seinem Posten als Vorsitzender des Dachverbandes der Unternehmer der staatlichen Industrie zurück.

So fängt die letzte dramatische Phase der Klassenauseinandersetzungen in Italien an. Es ist eine Phase, in der die Democrazia Cristiana ihre Reorganisation abgeschlossen hat und in führender Rolle wieder die Regierung in die Hand nimmt. Es geht nicht nur darum, die autonome Arbeiterorganisation in den Betrieben auszurotten, nicht nur darum, die Betriebsrätegewerkschaft lahmzulegen, sondern darum, die Gewerkschaften als solche, als „pressure group“ an die Wand zu drücken. Das letzte Mal hatten die Gewerkschaften am 23. März den Generalstreik ausgerufen. Zwischendurch hatten, abgesehen von Alfa Romeo, nur die Auseinandersetzungen um Montedison, den größten italienischen Chemiekonzern, die Gewerkschaft beschäftigt.

Fast an der Grenze zur Pleite hatte Montedison schon verschiedene Betriebe, besonders im Süden, geschlossen und drohte mit weiteren Schließungen, darunter auch das Werk Castellanza, unweit von Mailand. Dort hatte eine besonders starke Gruppe von militanten Arbeitern Jahrzehnte hindurch die Problematik der Gesundheit und der Umweltverschmutzung und damit die Kritik der Arbeitsmedizin zum Kern eines besonders raffiniert geführten Kampfs gemacht. Diese Arbeiter gehörten noch zur ersten Generation einer Arbeiterautonomie, die, um nur ein Beispiel zu nennen, bei der Seveso-Katastrophe einen starken Einfluß auf die Diskussion der lombardischen Arbeiterklasse hatten. Diese Gruppe, die trotz aller Angriffe der Gewerkschaft, die Mehrheit des Betriebsrats behalten hatte, wurde in dieser Phase ebenfalls in die Cassa Integrazione geschickt und entschied sich, die Unternehmensleitung vorm Arbeitsgericht zu verklagen.

Die neue Klassenzusammensetzung

Bevor wir uns der Berufung der 307 Arbeiter vor Gericht zuwenden, prüfen wir die Beschäftigungslage im Mailänder Raum, wie sie aus einer im April '82 vom kommunalen Arbeitsamt veröffentlichten Studie hervorgeht. Die Daten bezie-

hen sich auf den Zeitraum vom vierten Quartal 1977 bis zum zweiten Quartal 1981. Der Anteil der Lohnabhängigen der Metallbranche an der gesamten industriellen Beschäftigung war 1981 noch erheblich: 272 704 gegenüber 651 334 (insgesamt). Von allen in der Industrie Beschäftigten arbeiteten in der Metallindustrie 44,7% der Arbeiter, 43,3% der Angestellten und 41,4% der sog. Sonderlohnstufen (categoria speciali). In der zweitgrößten Lohnabhängigengruppe, den Beschäftigten der Chemie- und Gummiindustrie arbeiteten nur 11,4% der Arbeiter, 22% der Angestellten und 17,3% der categoria speciali (ein Zeichen der weitgehend höheren Qualifikationsstruktur dieser Industrie-Branche). Die Metallarbeiter spielen also noch eine entscheidende Rolle in der technischen Zusammensetzung des Großstadtraums. Im Jahrzehnt 1971-80, also kurz vor der großen Krise, hatte es zwar in der Industrie einen erheblichen Beschäftigungsrückgang gegeben (17,3%), aber in der Metallindustrie war dieser Rückgang mit 11,9% noch gemäßigt im Vergleich zu anderen Industriezweigen. (Lebensmittel: 23,4%; Textil: 22,6%; Kleidung: 38,6%; Holz: 24,7%; Chemie: 18,2%; Bau: 39%). Die Druck- und Papierbranche war in diesem Jahrzehnt die einzige, in der die Beschäftigung zugenommen hat. In Mailand zeichnet sich in diesen Jahren die gewaltige Tertiärisierung der Arbeitskraft ab. Im Handel nimmt die Beschäftigung um 14% zu, im Kreditwesen um 30%; die Zahl der Staatsbeamten steigt um 24% und die der Lohnabhängigen des öffentlichen Dienstes um 83%. Der Zuwachs im tertiären Sektor nimmt in den Krisen-jahren langsam ab, obwohl sein Kompensationseffekt so groß ist, daß noch Anfang 1982 die Arbeitslosenquote in Mailand und in der ganzen Lombardei 6% nicht übersteigt. Sie ist damit nur fast halb so hoch wie im italienischen Durchschnitt und noch geringer als in der BRD. Die Arbeitsplatzverluste in der lombardischen Industrie konzentrieren sich im Jahr 1981 aber vollständig auf Mailand. Man kann also von einer „Entarbeitsierung“ der Stadt sprechen; trotzdem ist die Lage für die zentrale Arbeiterklasse viel günstiger als in Turin (im Vergleich zu 1981 hat sich in Mailand die Zahl der durch die Integrationskasse bezahlten Arbeitsstunden verdoppelt, in Turin – bei einer Arbeitslosenquote von 20-22% – versechsfacht.

Die Metallarbeiter, Rückgrat der Mailändischen Arbeiterklasse, sind nicht die bestbezahltesten, obwohl sie besser als andere Industriearbeiter die Arbeitsplätze verteidigt haben. Nach Angaben derselben Studie beträgt ein durchschnittlicher Metallarbeiterstundenlohn im zweiten Quartal 1981 mit 4 636 Lire (Monatslohn 764 718 L) weniger als in der Lebensmittel-, Chemie-, Druck- und Papier-, Bau-, Gas- oder Elektrizitätsindustrie. Schlechter sind nur die Textil-, Kleidungs-, Leder-, Schuh-, Möbel- und Holzarbeiter bezahlt, Branchen also, die vom großen Dezentralisierungsprozeß in die 3. Welt oder die fabbrica diffusa betroffen sind, oder die überwiegend in Kleinbetrieben produzieren. Offenbar verdienen auch die Metallarbeiter in Betrieben mit weniger als 50 Beschäftigten besser als die in den größeren Betrieben. Die Frage klärt sich aber, wenn man die Zahl der monatlichen Überstunden pro Arbeiter betrachtet. In den kleineren Betrieben (unter 50 Beschäftigten) macht jeder Arbeiter durchschnittlich 7 Überstunden im Monat, in den anderen Betrieben (über 50 Arbeiter) durchschnittlich 4; das ist neben dem Chemiesektor (3 Überstunden/Arbeiter) die niedrigste Quote. In den anderen Industriesektoren sieht die durchschnittliche Überstundenzahl folgendermaßen aus: Bau: 10; Druck- und Papier: 8; Möbel- und Holz sowie Leder- und Schuhindustrie: 7. Erstaunlich, jedoch erklärbar ist dabei die Tatsache, daß die typischen Sektoren mit fabbrica diffusa-Struktur weniger Überstunden in den kleineren als in den größeren Betrieben machen. Bei den größeren Betrieben ist die Überstundenzahl

höher, um den Prozeß der Produktionsverlagerung in die fabbrica diffusa aufzuhalten.

Dies sind auch kleine Indizien dafür, daß in der Metallindustrie ein Prozeß in Richtung fabbrica diffusa nicht über bestimmte Grenzen hinaus möglich ist und daß das Kapital noch weiter mit größeren Arbeiterkonzentrationen rechnen muß. Eine technische Zergliederung der Metallarbeiter ist auf lange Sicht nicht möglich, nur die politische kann erfolgreich sein. Deswegen ist die Kooperation mit der Gewerkschaft für das Kapital notwendig.

Die Kultur des „stalinistischen Operaismus“ unter den Mailänder Metallarbeitern

Diese verhältnismäßig kontinuierliche Hegemonie der Metallarbeiter in der technischen Zusammensetzung der zentralen Mailändischen Arbeiterklasse gibt den örtlichen Gewerkschaftsorganisationen natürlich ein besonderes Gewicht. Die FLM ist die stärkste der 3 Gewerkschaftsorganisationen sowohl auf Landes- wie auf Branchenebene. Die Entscheidungen der Mailänder FIOM-Organisation sind also richtungsweisend für alle Metallarbeiter der CGIL, die Entscheidungen der Mailänder FIM sind bedeutsam für die ganze Metallarbeiterorganisation der CISL usw.

Aus Mailand kommen die großen Leader der CISL (Pierre Carniti, heute Nationalsekretär der CISL, war früher FLM-Sekretär in Mailand). Die kommunistische FIOM-Leader in Mailand ziehen es aber vor, in der Lombardei zu bleiben, anstatt in die nationalen Gremien aufzusteigen. Sie haben eine typische Vermittlerrolle. Man hat oft von ihrer „stalinistischen“ Prägung gesprochen. Aber das ist größtenteils Legende, obwohl viele von ihnen politische Ausbildungskurse in der Sowjetunion hinter sich haben, und das gilt heute noch als ein Treuezeichen. Trotzdem haben die Mailänder PCI-Organisation und die Mailänder Arbeiterkammer (CGIL-Hauptquartier) den „Ruhm“, versteckte prosovjetsische Hochburgen zu sein; ebenso die Kreisorganisationen in Industriestädten wie Brescia und Bergamo).

Dieses Problem ist noch spannender geworden, als sich Mitte 1982 eine innere PCI-Opposition manifestiert hat. Wortführer dieser Opposition ist das Parteiführungsmitglied Armando Cossutta, ehemaliger Landessekretär der Lombardei. Als langjähriger Verantwortlicher der Partei für die „enti locali“ (d.h. für die Parteipolitik in den Gemeinde- und Regionalparlamenten) hatte er eine starke Position gehabt, weil er gerade für die politische Ebene zuständig war, auf der die Partei ihre Macht- und Regierungsfunktion erfüllt. Man könnte sagen, daß er die konkrete Machtpolitik der Partei koordiniert und kontrolliert hat. Nur die Verantwortlichen der Organisation und der Parlamentsfraktion haben vielleicht eine wichtigere Rolle gespielt. Außer Berlinguer sind heute noch Chiaromonte, Natta und Napolitano die drei mächtigsten Männer der Partei. Cossutta gehörte auch einmal dazu, ist aber heute in die Opposition gezwungen und wird wahrscheinlich nicht mehr in entscheidende Machtpositionen zurückkehren.

Die Frage nach einer prosovjetsischen Strömung in der PCI kann aber nicht reduziert werden auf einen innerparteilichen Machtkampf zwischen einer „eurokommunistischen“ und einer „prosovjetsischen“ Richtung. Auch handelt es sich nicht um eine Restalinisierung der Partei. Allerdings kann man besonders bei der Mailänder Arbeiterklasse von Überresten eines „stalinistischen Operaismus“ sprechen, von einer Kultur, die sich viel besser in Krisenzeiten entfaltet als in Zeiten von wirtschaftlichem Wachstum; eine Kultur, die eher in eine Phase kapitalistischer Gegenoffensive paßt, eine Kultur des hartnäckigen Widerstands, der Geschlossenheit der Arbeiterklasse als letzter Wahl zur Verteidigung der Demokratie. Es ist eine Kultur der Defensive und des Durchhaltens.

Immerhin hat diese Kultur in der letzten Welle von Kämpfen eine entscheidende Rolle bei der politischen Zusammensetzung gespielt. Und nicht nur in Mailand. Inwieweit diese Kultur einen günstigen Boden für den bewaffneten Kampf geschaffen hat oder umgekehrt eine Rolle beim Verrat desselben gespielt hat, wird ein Rätsel bleiben. Eines kann man ohne weiteres sagen: daß nämlich alle Kader und Militanten der Bewegung, die in den letzten 20 Jahren in Mailand aufgewachsen sind und mit der Mailändischen Arbeiterklasse gekämpft haben, von dieser Kultur mehr oder weniger geprägt worden sind.

Wie gesagt, sind die Mailändischen Kreisorganisationen der Metallarbeitergewerkschaft die mitgliederstärksten des Landes. Wenn also die FIM von Mailand einen so wichtigen Vertrag wie den von Alfa Romeo nicht unterzeichnet, so bedeutet das schon den Anfang einer Spaltung innerhalb der Organisation, die schwere Folgen haben kann. Umso mehr als die FIM die Berufung der Alfa Romeo Arbeiter beim Richter unterstützt hat.

Die Gerichtsentscheidungen

Die Arbeiter von Alfa Romeo waren nicht geschlossen vors Arbeitsgericht gegangen. Daher gab es in Mailand drei Prozesse. In dem ersten sollte der Arbeitsrichter entscheiden, ob die in cassa integrazione versetzten Betriebsräte ihre gewerkschaftliche Tätigkeit im Betrieb weiter betreiben dürfen oder nicht. In den zwei anderen Prozessen ging es um die Frage der Diskriminierung. In beiden Fällen vertrat die Firma die Haltung, daß die Entscheidungen über die Auswahl der Namen auf der Basis des Abkommens mit der Gewerkschaft getroffen worden waren, nach Kriterien, die die Firma für berechtigt hielt. Niemandem außer der Firma steht das Recht zu, Entscheidungen über ihr Personal zu treffen, nachdem alle Verhandlungen mit der gewerkschaftlichen Vertretung der Arbeiter abgeschlossen seien. Sie ging auf die Frage der Diskriminierung überhaupt nicht ein.

Am 30. Juli erging das erste Gerichtsurteil: Insofern die Integrationskasse vom Staat bezahlt wird, hat die Firma bei der Durchführung derselben besondere Rücksichten zu nehmen. Es gibt Beweise, daß sie Arbeiter aus politischen und gesundheitlichen Gründen suspendiert hat. Die Gewerkschaft vertritt die Interessen der Arbeiter und ihrer Mitglieder, aber damit geben die Arbeiter ihr keinen Blankoscheck über ihre Grundrechte, die durch Grundgesetz und andere Gesetze geschützt sind. Auf diese Grundrechte darf und muß der Richter aufpassen, wenn er von bestimmten Bürgern berufen ist. Aus diesen Gründen erklärt der Richter die Entscheidungen der Firma für gesetzeswidrig und ordnet die sofortige Wiedereinstellung aller klagenden Arbeiter an.

Mitte August fällt das zweite Gerichtsurteil und Anfang September das dritte mit dem gleichen Ergebnis. Insgesamt werden mehr als 150 Arbeiter wiedereingestellt. Beim Montedison-Werk in Castellanza ist der Richter so weit gegangen, den Direktor zu 3 Monaten Suspendierung von seinem Amt zu verurteilen. In wenigen Tagen werden diese Gerichtsurteile zu einem Riesenskandal – und das in einem Land, in dem an Skandalaffären kein Mangel ist.

Die vorhersehbare Empörung in Unternehmerkreisen wird noch übertroffen durch die Wut der Gewerkschaften. Wieso? Wollen die Richter uns unsere Vertretungsfunktionen absprechen, wollen sie uns aus unserer Vertragsouveränität verdrängen? Soll ein Richter sich als Schiedsrichter zwischen Unternehmer und Gewerkschaft stellen? Das ist das Ende der gewerkschaftlichen Freiheit! Merkwürdigerweise sind die Richter die einzigen, die keine oder nur sehr verschleierte Kritik äußern – aus reinen Korporationsgründen.

Ihnen ist in diesen Jahren von der politischen Macht so viel Einfluß in der Terrorismusbekämpfung eingeräumt worden, daß sie sehr eifersüchtig über diese Herrschaft wachen – auch wenn es sich, wie in diesem Fall, als günstig für die autonomen Arbeiter erwiesen hat und die Urteile zudem von Richtern gefällt wurden, die früher als Terrorismussympathisanten angezeigt worden waren.

Die Rache folgt ein paar Monate später, als ein paar Arbeiter des Komitees der cassa integrati, die aufgrund des Gerichtsurteils wieder eingestellt worden waren, als Mitglieder oder Unterstützer der Roten Brigaden verhaftet werden. Es zeichnet sich also etwas Ähnliches ab, wie es in Turin mit der Entlassung der 61 im Jahr 1979 (mehr dazu s. FIAT-Heft der Autonomie) passiert ist. Die Unternehmensleitung von Alfa Romeo stellt die Arbeiter wieder ein, aber sie interniert sie in einer Sonderhalle (als Satellitenwerk bezeichnet). Neue Proteste der Arbeiter, neue Mobilisierung im Betrieb, neue Klage vor Gericht. Endlich wird das Satellitenwerk aufgrund eines anderen Gerichtsurteils geschlossen.

Die Kämpfe bei Alfa Romeo als Vorläufer einer neuen Protestwelle?

So sind wir im Oktober 1982 angelangt. Mit der Kündigung des Abkommens über die scala mobile und dem Verzicht der privaten Unternehmer ist die Sozialpartnerschaft paralytisch. Die Integrationskasse erreicht unübersehbare Zahlen, die Inflation steigt, die Restrukturierung geht wild voran, die Defizite der Sozialversicherungsinstitute machen selbst die Auszahlung der Renten fragwürdig. Die für den Terrorismus zuständigen Gerichtshöfe fällen hysterisch fast jede Woche Urteile auf lebenslängliche Haftstrafen, selbst den „Reumütigen“ bleibt nichts mehr erspart. Die Regierung billigt die Stationierung der Mittelstreckenraketen, die Arbeitslosigkeit ist unhaltbar.

In dieser Situation bereitet die Democrazia Cristiana die Krise der Regierung Spadolini vor und feiert im November die Rückeroberung des ersten Ministerialamts. Selbst der FIAT-Chef Agnelli warnt die neue Regierung in diesen Tagen davor, von der Arbeiterklasse zu große Opfer zu fordern. Er schimpft gegen das Parteiensystem, das das Land in eine chronische Krise geführt habe, und behauptet, das Parlament sei überflüssig geworden. Sein guter Freund – aber auch gefährlicher Zeuge seiner Machenschaften – Dalla Chiesa, ehemaliger Kommandeur der Sondereinheiten gegen den bewaffneten Kampf, ist ein paar Monate zuvor in Palermo von der mit dem Staatsapparat kooperierenden Mafia umgebracht worden. Wahrscheinlich wußte er zuviel vom Parteiensystem.

Die Zentralbank wird endgültig von der Zwangsfinanzierung des Staatsdefizits befreit. So kann Fanfani sein Sparprogramm erlassen, das die niedrigen und mittleren Einkommen stark belastet. Verkehrs- und Telefentarife, Medikamenten-, Benzin- und Energiepreise werden erhöht, die Mehrwertsteuer und die Mieten, alles. Und zwar nicht im Rahmen einer vernünftigen kapitalistischen Politik, sondern nur, um die Bevölkerung in die Armut zu treiben. Das ist zuviel, und so kommt es um die Jahreswende zu einem Protestausbruch, der sich in spontanen Massendemonstrationen und Besetzungen von Bahnhöfen ausdrückt.

Kern der Protestbewegung sind die Metallarbeiter der Lombardei und Campaniens, aber auch alle anderen Industriebranchen, Arbeiter des Dienstleistungssektors, die cassa integrati und Arbeitslosen schließen sich an. Es scheint, als ob die Regierung die Reaktionsfähigkeit der Arbeiterklasse hätte provozieren wollen, um die Möglichkeit zu testen, ob mit noch schärferen Unterdrückungsmaßnahmen vorgegangen werden könne. Immerhin ist dabei herausgekommen, daß die

so schwer errungene Disziplin in den Fabriken wieder gebrochen und eine neue „68er Stimmung“ auf den Straßen entstanden ist. Die typische Komponente der damaligen Bewegung (und von 1977), d.h. die Studenten, waren diesmal entweder nicht vertreten oder gingen in der Masse des metropolitanen Proletariats auf.

Die Repression dieser Jahre und die sozialwirtschaftliche Restrukturierung hat die politische Zusammensetzung der Revolte in Italien sehr stark verändert. Den Sozialtechnikern ist es diesmal gelungen, die politischen Lernprozesse auf eine ganz andere Ebene zu schieben, mit dem Ergebnis, daß die politische Kultur der Revolte der 70er Jahre heute ein harmloses Instrument ist, trotz der ungeheuren Flexibilität und Reproduzierbarkeit dieser Kultur.

Der Widerstand der Alfa Romeo-Arbeiter bildet den dünnen Faden der Kontinuität zwischen den 80er Kämpfen und der neuen Protestwelle. Die wegen Streiks ausgefallenen Arbeitsstunden sind 1982 im Vergleich zum Vorjahr um 57% gestiegen; daran wird deutlich, daß das Kampfpotential der übrigen Arbeiterklasse nicht völlig zugrundegegangen ist. Mit der Unterzeichnung des Abkommens von Ende Januar 1983 über „Arbeitskosten, scala mobile, Integrationskasse usw.“ sind die sogenannten industriellen Beziehungen wieder normalisiert worden; und jetzt beginnt die Phase der Diskussion und der Verhandlungen über die Tarifverträge der einzelnen Industriebranchen. Inwieweit bei diesen Verhandlungen die Frage der Wiedereinstellung der suspendierten Arbeiter bei FIAT, Alfa Romeo und in anderen Betrieben als Vorbedingung diskutiert werden soll, ist noch unklar.

Die Gewerkschaft steht vor einer großen Entscheidung: Entweder muß sie eine „fabrikorientierte“ Politik für die cassa integrati betreiben oder eine Arbeitslosenbewegung in Kauf nehmen, die völlig von der Forderung der Tarifverträge abstrahiert und sich parallel dazu entwickelt. Dies ist auch eine Identitätsfrage der cassa integrati selbst.

Sie befinden sich in einer Position, in der sie quasi als Brücke zwischen den Forderungen der Fabrikarbeiter und den Bedürfnissen der jugendlichen Arbeitslosen und Jobber eine Vermittlerrolle spielen können. In ihren Reihen befindet sich

der Rest jener Generation von Militanten, die noch nicht im Knast sitzt und die, als basisorientierte „politische Schicht“, diese Rolle bewußt spielen könnte. Aber das bleibt immer im Rahmen der alten Politik der Massifizierung und der Vereinigung der proletarischen Schichten. Neue politische und kulturelle Vorstellungen sind nicht aufgetaucht. Je weniger die alten Vorstellungen für die neue Situation passen und je weniger es eine klassenorientierte politische Kultur gibt, desto größer bleibt der Spielraum der Gewerkschaften und Parteien.

Im Zusammenhang mit der inneren Auseinandersetzung der PCI entwickelt sich eine Tendenz, die mit der Politik der CGIL und der Berlinguer-Führung gleichzeitig fertig werden will. Diese Tendenz sucht ihre Legitimation bei den cassa integrati und bei den Fabrikarbeitern. Sie ist eine andere Version des Operaismus, die zusammen mit der stalinistischen Version ihre Karten auszuspüren versucht. Damit soll der nächste Kampfzyklus in den Institutionen verankert werden.

Auf der Seite der neuen Klassenzusammensetzung, die aus der Verarmung der Metropole entstanden ist, herrscht noch Stille; d.h. aber nur, daß diese Zusammensetzung sich nur auf örtlich begrenzte Aufstände einzulassen bereit ist. Die Privatisierung der staatlichen Industrie, die noch weitere Entlassungen zur Folge haben wird, die fortdauernde Restrukturierung der Multis und des privaten industriellen Bereichs im allgemeinen, die schon längst erreichten Ausdehnungsgrenzen der Schattenökonomie, die Rationalisierungen im tertiären Sektor, die Sparmaßnahmen in den Dienstleistungen, der bevorstehende Zusammenbruch des Sozialversicherungswesens, das unheilbare Staatsdefizit — all das wird das Land unregierbar machen, wie sich bereits in der letzten Protestwelle gezeigt hat. Plötzlich war die Wiederherstellung der Disziplin in den Betrieben in Frage gestellt, und damit war, wie immer in Italien, die Frage des sozialen Friedens als solche wieder auf dem Tisch.

Man braucht nicht „Operaist“ zu sein, um behaupten zu können, daß bei allem, was in diesen letzten drei Jahren in Italien passiert ist, die zentrale Arbeiterklasse zwar ihre strategisch-



politische Funktion verloren hat, daß sie sich aber trotzdem die Fähigkeit erhalten hat, die Wetterlage des sozialen Friedens zu bestimmen. Inwieweit die Protestwelle der Jahreswende 1982/83 von anderen Klassenschichten als Signal wahrgenommen und interpretiert wird, ist eine Frage, die die sozialpolitischen Verhältnisse in Italien für die nächsten Jahre entscheiden kann.

hatten folgendes Ergebnis: Vom 19. Januar an 3 Wochen allgemeiner Stillstand. In der Anfangsabsicht wird auch der Versuch deutlich, in einer Art „Abrahmungsaktion“ die „1000 faulen Äpfel Assacesis“ auf die Listen der cassa integrati zu setzen. Auf diese Weise will man sich von den Widerstandsnischen dieser „Irregulären“ und all jener befreien, die lästig werden könnten, wenn es darum geht, endlich eine Produktivitätssteigerung von 30% zu erreichen, die die Alfa auf die Ebene der FIAT anheben würde.

Diese Vereinheitlichung des Produktivitätsniveaus würde u.a. die Tendenz zur Produktion und Verwendung gemeinsamer Teile stärken, die aus verschiedenen Gründen Turin wie Rom gleichermaßen am Herzen liegt. Wird die Operation gelingen? Sicher ist die Arbeitslage in der Fabrik nicht rosig. Jedenfalls werden sie verschiedene Probleme erfolgreich lösen müssen: einerseits die Reform des Arbeitsvermittlungsamts, das 675er Gesetz über die Integrationskasse (bezüglich der Mobilität und der Restrukturierung), Arbeitsamt, Plan Auto und Fond für Innovation, andererseits die soziale Kontrolle: in der Lombardei sind wir mittlerweile 70-80 000 in der Integrationskasse.

Aus Primo Maggio Nr. 17 (März 1982) S. 13

(...) Im großen und ganzen haben ab 1977 Veränderungen in der Klassenzusammensetzung stattgefunden. Die Einstellungen erfolgten anstatt über das Arbeitsvermittlungsamts mittels direkter Übergänge von kleinen oder in Krise geratenen Fabriken und betrafen häufig schon etwas ältere Arbeiter, die daher nicht mehr unmittelbar zum Kampf bereit waren. In den letzten drei Jahren sind von 3034 neueingestellten Arbeitern 2031 über direkten namentlichen Aufruf, 302 von der pleitegegangenen Unidal, 462 von den Listen des Arbeitsvermittlungsamts und 75 mittels des 285er Gesetzes zur Jugendarbeitslosigkeit eingestellt worden.

Zudem ist wegen der Beschleunigung des Arbeitskräftezuwachs die Zahl der Frauen nach den letzten zwei Jahren auf etwa 1000 gestiegen; und sie sind nicht mehr wie früher nur in der Ausstattung eingesetzt, sondern auch im Motorenbau, an den Montagebändern, in der Montage, in der Lackiererei usw. Auch das Klima hat sich innerhalb der Fabrik geändert in Richtung auf eine Wiederherstellung der Autorität: Alte Vorschriften wurden wieder erlassen, das Kommando der Vorarbeiter war wieder spürbar, die Kontrolle verschärfte sich. Die von den Arbeitern in den Abteilungen selbstverwalteten Bars wurden eine nach der anderen geschlossen. Man konnte keine großen Weinflaschen mehr reinbringen. Die alternativen Märktchen sind dabei zu verschwinden, die Bankette in den Abteilungen sind eine ferne Erinnerung geworden (außer zu Weihnachten), die Brettspiel-Turniere sind eingeschränkt worden, Kartenspiele finden nur noch während der Kantinenpause und immer stärker abseits statt. Die antagonistischen Verhaltensweisen werden immer seltener, die Diskussionen, die Trauben und Versammlungen von Arbeitern ebenfalls.

Die Arbeitszeit spielt wieder eine zentrale Rolle im Leben der Fabrik, die durch die Eliminierung der „Diskussionen“ wieder zu einem Ort der Profiterwirtschaftung geworden ist. Die Alfa begann, es der FIAT gleichzutun, während bis zu diesem Zeitpunkt ein bedeutsamer Unterschied zwischen der Fabrik mit staatlicher Beteiligung und der des Privatkapitals bestanden hatte. In der ersteren war das Kommando elastischer und beeinflussbarer: Es gab keine Bußen, Verbannungsabteilungen, Suspendierungen; es gab selten individuelle Entlassungen, und Betriebsführung und Gewerkschaften teilten sich weiterhin die Verwaltungsaufgaben.

Und nun kommt man zum Engpaß von Ende '81: Cassa Integrazione in Rotation für 14 000 Arbeiter und für 7 051 zu null Stunden – und das über ein Jahr, insbesondere für die Arbeiter der indirekten Produktion und die Angestellten. Dies ist das Anfangsprojekt der Restrukturierung des Betriebs; die diesbezüglichen Verhandlungen mit der Gewerkschaft

Die Situation könnte explosiv werden. Es ist jedoch nicht gesagt, daß die Operation nicht einen anderen Weg einschlagen könnte, um sich zeitlich hinzuziehen und dann andere traditionelle Instrumente einzusetzen wie die Frührentierung oder den Nichtersatz der Abgänge (siehe Unidal, Italtel).

Die verbleibende antagonistische Bewegung in den Fabriken dieser Jahre hat die Niederlage der allgemeinen Bewegung zu spüren bekommen: die Selbstkündigungen der Genossen haben eingesetzt, die Rückkehr zum Privaten, die zur Fabrik alternativen Arbeiten, die Reisen usw.; den Rest hat danach die Repression erledigt.

Die Krise der Bewegung der Alfa tritt in ihrem ganzen Ausmaß mit der Demonstration der Metaller in Rom am 22. Juni 1979 zutage. Zu dieser Gelegenheit hatte die Gewerkschaft mit einem Ordnungsdienst eingesetzt, und es war ihr gelungen, uns aus dem Umzug hinauszuerwerfen; danach hatte sie bei der Rückkehr in die Fabrik unsere Schaukästen zerstört, unsere Plakate zerrissen und eine Hexenjagd eingeleitet. Der Zusammenhalt unter den Genossen zerfiel, es wurde schwierig, wenn nicht unmöglich, die Fäden für eine Debatte wiederanzuknüpfen, auch wegen der Restrukturierung, die an der anderen Front, jener betrieblichen, Fortschritte machte. Gewerkschaft und PCI regierten souverän. Jede Form der Opposition wurde angegriffen, auch schon vor der Sandrucci-Entführung durch die BR. Nach diesem Ergebnis, das zudem mitten in eine Tarifauseinandersetzung über die Integrationskasse – die im übrigen ähnlich wie die gegenwärtige war – fiel, wurde der Kampf gegen den Terrorismus zum vorherrschenden Thema; er wurde instrumentalisiert, um die Aufmerksamkeit der Arbeiter von den Problemen der laufenden Auseinandersetzung abzulenken. Von der Verhandlung über Beschäftigung, Integrationskasse usw. sprach man nicht mehr, weil jede Versammlung zu einer Hymne auf die Demokratie, auf die Resistenza, auf die Verteidigung der Institutionen, der Gewerkschaften wurde. Das Nachdenken über die Fehler der Vergangenheit ist notwendig für den erneuten Aufbruch zum Aufbau einer Bewegung, ebenso wie eine Analyse der Gegenwart. Die Abstimmung, mit der die Arbeiter von Alfa Romeo am 15. Januar den gewerkschaftlichen Abkommensvorschlag über die Beschränkung der Arbeitskosten abgelehnt haben, ist ein neues und in vieler Hinsicht unerwartetes Datum. (...)

Die Zukunft der nach tayloristischen Fabrik hat schon begonnen

Ein Gespräch mit Benjamin Coriat

Wir leben bereits im Zeitalter der nachtayloristischen Fabrik . . .

Zersplitterung der Unternehmen, Entwicklung der Untervermietung (sous-traitance) und Zeitleiharbeit, Vervielfältigung der Anstellungsformen . . .

Eine „neuzusammengesetzte“ Arbeiterklasse, leichter handhabbar und ohne ihre traditionellen Verteidigungsmittel, als Voraussetzung des „Wiederaufschwungs“ und der „Restrukturierung“ der Industrie.

Der Angriff ist gezielt und macht eine Gewerkschaftsbewegung wehrlos, deren Verhaltensweisen aus der Periode des Wirtschaftswachstums und der Vollbeschäftigung den neuen Spielregeln heute zuwiderlaufen . . .

Am Anfang stand die „Krise der Arbeitsproduktivität“; worunter zu verstehen war, daß das System der Arbeitsorganisation, wie es weltweit in den dreißiger Jahren (zu Zeiten einer anderen Krise . . .) unter dem Namen des „Fordismus“ oder „Taylorismus“ durchgesetzt worden war und wie es von Millionen von „Massenarbeitern“ erlebt wurde, die die Nachfolge der alten, professionellen Arbeiterklasse angetreten hatten, seine Wirkungen nicht mehr zeitigte. Das Wirtschaftswachstum war vorbei.

Schlimmer noch: diese Massenarbeiter „verweigerten die Arbeit“. Man entdeckte am Ende der sechziger Jahre die Arbeiterklasse, ihren Absentismus und „turn over“, ihre „unbegreiflichen“ Streiks als den Faktor der Krise.

Und dann griff nach und nach eine neue „Arbeitskräftepolitik“ um sich: Experimente des „job-enrichment“, Entwicklung der „prekären“ Arbeit, neue Einstufungs- und Lohnsysteme, neue Berufshierarchien . . .

Es ist dies eine Politik, die die Unternehmer „qualitativ“ zu nennen belieben.

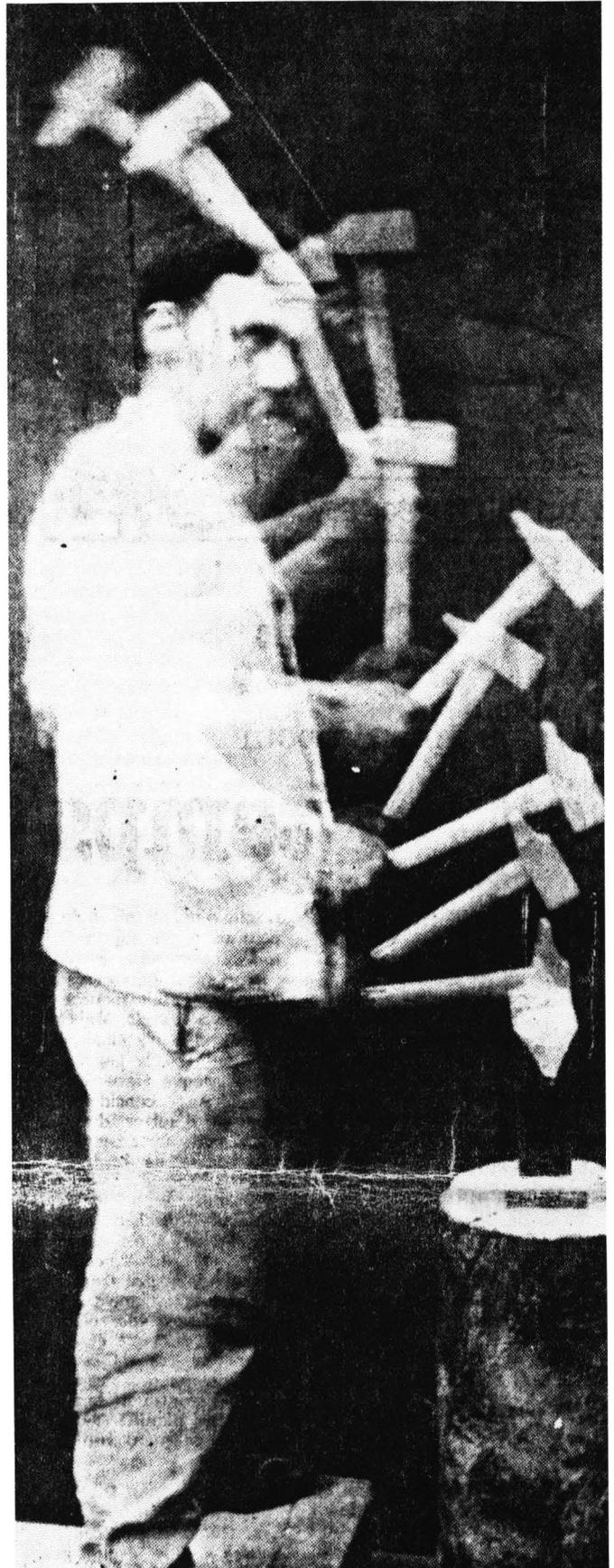
Dabei geht es um riesige Einsätze, politisch, ökonomisch und kulturell. Es handelt sich darum, die Arbeiterklasse „neuzusammensetzen“, und zwar – darin besteht der berühmte „Konsens“ – mit dem vorrangigen Ziel, die verlorengegangene Produktivität wiederherzustellen.

Benjamin Coriat zeigt in dem folgenden Gespräch den Umfang dieses Projekts und seine Gefahren für die Arbeiterbewegung. (...)

Benjamin Coriat: Um die Wichtigkeit und Bedeutung der neuen Arbeitspolitik einzuschätzen, muß man, glaube ich, einige Haupttendenzen und die Überlegungen im Kopf haben, die auf der Seite der Macht darüber angestellt werden, was die Arbeiterklasse ist und insbesondere was sie in den nächsten zehn oder fünfzehn Jahren sein soll.

Taylorismus und Arbeitslosigkeit

Man kann die Sache sehr kurz zusammenfassen und sagen: Die sechziger Jahre sind die Jahre der Rationalisierung der Arbeit gewesen – Taylorismus, Fordismus, wissenschaftliche Arbeitsorganisation auf großer Stufenleiter. Die konkrete Arbeit wurde zerstört, zerbrochen und in ihre kleinsten Bestandteile zerlegt. In den siebziger Jahren wurde nach der Arbeit selbst das Beschäftigungsverhältnis angegriffen – Untervermietung der Arbeit, Zeitarbeit, Vermehrung der Beschäftigten ohne festes Anstellungsverhältnis . . . Und seit 1974-75 die Wiederkehr einer Massenarbeitslosigkeit in einem Umfang, der im Westen seit 1930 nicht mehr bekannt war. Für die achtziger Jahre ist es ziemlich schwierig, eine Einschätzung



abzugeben, aber man kann schon jetzt unterstellen, daß eine der wesentlichen Fragen die der Automation und Informatik sein wird.

Selbstverständlich überschneiden sich diese Tendenzen und akkumulieren sich in ihren Wirkungen. Das Hauptproblem ist, daß sie ihren Ursprung in einem neuen Arbeitertypus, in den neuen Verhaltensweisen der Arbeiter haben. Um diesen zuvorzukommen und sie einzukreisen, wird eine neue Arbeitspolitik eingerichtet.

Libération: Du sprichst von neuen Tendenzen und neuen Verhaltensweisen der Arbeiter. Kannst Du diesen Punkt genauer bestimmen.

Benjamin Coriat: Das erste grundsätzliche Faktum ist zweifellos die „Krise“ des Taylorismus und des Fordismus. Nach 30 oder 40 Jahren forciert Rationalisierung der Arbeit hat schlagartig ein neues Subjekt überall die Bühne betreten: der Massentarbeiter. Erinnern wir uns: von Cléon bis Pennaroya und von Pennaroya bis nach Joint Français – oder, uns näherliegend, bis Flins und Moulinex im Juni 1978, handelt es sich um ein Hauptereignis: das Fließband, das historisch dazu gedient hatte, den Facharbeiter und seine Gewerkschaft zu zerschlagen und ihn durch einen mobilen, unqualifizierten und unorganisierten Arbeiter zu ersetzen, hat das Gegenteil hervorgerufen. Selbst als Technik der Kontrolle der Arbeit hat es bestimmte Grenzen erreicht.

Ende der 60er Jahre ist etwas kaputt gegangen . . .

Eine gewisse Zeit lang hatte man zwangsweise für den Nachschub der taylorisierten Fabriken gesorgt: durch die Massenimmigration, indem unaufhörlich neue Kräfte aus den entferntesten Ecken der Erde aufgesaugt wurden. Aber gegen Ende der sechziger und zu Beginn der siebziger Jahre ist etwas kaputt gegangen. Hier liegt der Beginn eines massenhaften Phänomens: der Verweigerung und des Widerstands gegen die tayloristische Fabrik.

Mit der Durchsetzung der Massentarbeitslosigkeit Mitte der siebziger Jahre hat sich das Problem noch einmal verschärft. Weil es jetzt darauf ankommt, Beschäftigungen für die neu Hinzukommenden zu finden, für neue Arbeiterklassen, die sich aus Jugendlichen rekrutieren. Und der Abstand zwischen dem Wesen der in den taylorisierten Fabriken oder Büros angebotenen Arbeitsplätzen einerseits und der Ausbildung und, kurz gesagt, den „Ansprüchen“ der Leute andererseits, hat sich noch vergrößert. Die Jugendlichen, die auf den Arbeitsmarkt kommen, haben zumeist alle das Schulsystem ganz durchlaufen. Die Vermassung der Schulausbildung ist ein absolut neues Phänomen. Auf lange Sicht gesehen, können die Folgen beträchtlich sein. Fürs erste findet sich der Widerstand gegen den Eintritt in die Fabrik verstärkt.

Libération: Glaubst Du nicht, daß die Arbeitslosigkeit diese Phänomene in ihrer Bedeutung verringert und noch mehr verringern wird?

Benjamin Coriat: Das glaube ich nicht. Die Streiks der jüngsten Zeit in Flins oder bei Moulinex (im Juni 1978 z.B.) stehen hinsichtlich ihrer Stärke in der Kontinuität des Kampfzyklus der Massentarbeiter der sechziger Jahre. Und das gegenwärtige Niveau der Arbeitslosigkeit trägt – anstatt den Druck „erträglich“ zu machen, der auf der Arbeit lastet – dazu bei, die Sache zu verschärfen. Ich will damit sagen, die Periode des Wachstums und der Vollbeschäftigung ist eine Sache, eine Gesellschaft mit 1,5 bis 2 Mill. Arbeitslosen zu steuern, ist eine andere. Damit dies akzeptiert wird, ist eine aktive Politik der Stärke und des Auspielens der Konkurrenz der verschiedenen Arbeiterschichten untereinander nötig, eine Politik der Lohndifferenzierung (marchandage), des Aufspürens der „empfindlichen Gruppen“, um sie zu entschädigen, und der „Schwachstellen“, von denen man hofft, daß man sie mit nichts als der Fürsorgeunterstützung vegetieren lassen kann.

Die Nicht-Arbeit

Ich bin für meinen Teil verblüfft über die unglaubliche Kampagne, die sich um das Thema der „Nicht-Arbeit“ entzündet hat. Das hat um 1974/75 in feierlicher Tonart begonnen: die Arbeit ist so knapp wie das Erdöl, man muß sie rationieren, zufrieden sein, wenn man über einen Teil davon verfügt. Und dann hat sich das in eine ganz andere Richtung weiterentwickelt. Es wurde so eine Art kalifornisches Thema daraus, auf der Wellenlänge: ihr habt gegen die Fabrik gekämpft, gegen die Hierarchie, gegen die Entfremdung in der Arbeit . . . also jetzt, Ihr nicht Festangestellten, Prekären, Arbeitslosen oder Leiharbeiter, nutzt Eure Chance. Macht Eure sozialen Experimente in der Gegenkultur, in der Nicht-Produktivität. Man sieht, wie in Zeiten der Arbeitslosigkeit davon Gebrauch gemacht wird. Bald wird ganz Frankreich zweigeteilt sein. Auf der einen Seite die Privilegierten, die eine feste Beschäftigung haben, auf der anderen die Glückseligen, die das nicht haben! Tatsächlich bildet diese tiefgreifende Spaltung zwischen „Festangestellten“ und „Angestellten ohne Status“ die andere wesentliche Neuerung, die für den Verlauf der Dinge von Bedeutung ist.

Libération: Wir kommen also auf das Thema der zwei Arbeiterklassen, auf das Du seit einigen Jahren das Gewicht gelegt hast. Wie soll man sich die massenhafte Entwicklung der nicht-festangestellten Arbeit erklären. Handelt es sich um eine langfristige Tendenz?

Benjamin Coriat: Zu Erklärung dieses Phänomens können mehrere Gründe herangezogen werden. In erster Linie ist die Beschäftigung ohne Festanstellung – und also außerhalb der vertraglichen Vereinbarung – ein Mittel gewesen, um die ganzen bestehenden gesetzlichen Regelungen, die das Arbeitsrecht betrifft, zu umgehen oder hinfällig zu machen. Insbesondere in Frankreich und seit den Vereinbarungen von Granelle im Jahr 1968 hatte es durch die Anerkennung der gewerkschaftlichen Betriebsgruppen eine gewisse Verstärkung der Arbeiterrechte und ihrer Verhandlungsmacht gegeben. Damals hoffte man (ein Blick auf die Erklärungen von damals genügt), auf diesem Weg die Kontrolle der Gewerkschaften über die Klassenbewegung wieder zu verstärken. Seither haben sich die Dinge ziemlich verändert. Und die Zugeständnisse und Kompromisse von einst erscheinen heute als Hindernisse, derer sich die Unternehmen zu entledigen suchen. Die Geschichte ist ganz klar: gerade dort, wo die vertraglichen Vereinbarungen die „besten“ sind – im öffentlichen Dienst (Post, Erziehungswesen) oder im Privatsektor (z.B. Erdöl, Energie), da ist der Rückgriff auf die Untervermietung oder auf die prekäre Arbeit am weitesten entwickelt.

Aber meiner Ansicht nach gibt es für diese Entwicklung der nicht-festangestellten Arbeit noch einen wesentlicheren Grund, der mit dem erreichten Rationalisierungsgrad der französischen Produktionsanlagen zusammenhängt. Ich will sagen, daß der Taylorismus und der Fordismus stets eine zahlreiche, mobile und billige Arbeitskraft erfordert hat und erfordert. Lange Zeit hat der Massentarbeiter diese Arbeitskraft gebildet. Heute, wo der Taylorismus und Fordismus sich überall oder fast überall ausgebreitet hat (in der Fabrik, aber auch im Büro, am Schalter etc.), kann die Nachfrage nach einem mobilen und billigen Arbeiter nur zunehmen. Der Zeitarbeiter und der Leiharbeiter haben nur den Platz eingenommen, der einst vom Massentarbeiter gehalten wurde. Darum ergänzen sich die beiden Begründungen, und ich glaube, daß es sich um eine langfristige Tendenz handelt. Aber zugleich ist es eine letzten Endes gefährliche Situation. Daraus erklärt sich die Notwendigkeit, überall stabile Punkte einzubauen und zu verhindern, daß das Widerstandsverhalten ansteckend wirkt und überhand nimmt.

Gegenwärtig kann man drei Anwendungsbereiche der neuen Arbeitspolitik vorläufig umreißen, nämlich die Neuzusammensetzung der Tätigkeitsmerkmale (job-enrichment), die Reform der Lohngruppen und (das rechne ich dazu, obwohl es älteren Datums ist, von 1971) die Refor-



men des Monatsgehalts. Selbstverständlich ergänzen sich die neuen Maßnahmen in bestimmten Fällen.

Eine zweite Generation von Taylorismus

Libération: Gehen wir die Sachen der Reihe nach durch. Zuerst die Erfahrungen mit dem job-enrichment . . .

Benjamin Coriat: Fangen wir mit einer Zahl an. Nach den jüngst von „Les Echos“ veröffentlichten Statistiken soll es 400.000 Personen geben, die von der Reorganisation der Arbeit betroffen sind. Auf diesem Niveau handelt es sich nicht mehr um einfache Experimente, sondern um eine tatsächlich bereits bestehende Tendenz. Sicher ist das nicht das allgemeine Modell der Fabrik der Zukunft, aber es ist einer der Aspekte davon. Im übrigen ist das für jemanden, der die Dinge aus der Nähe studiert hat, nicht überraschend. Die Vorteile, die aus diesen Techniken gezogen werden können, sind beträchtlich. Sagen wir der Einfachheit halber, es handelt sich um zwei Arten von Techniken. Zum einen gibt es das Mittel der systematischen Steigerung der Produktivität und Intensität der Arbeit. In gewisser Weise ist dies lediglich eine Frage der Aneignung der toten Zeit innerhalb der Produktion; ein Hilfsmittel gegenüber den Grenzen des traditionellen Fließbands. Die Frage ist bloß, daß man mit dem „job-enrichment“ oder mit der Einrichtung „autonomer Gruppen“, die zusammen die Aufgaben übernehmen, zu einer Verkürzung der Zeit gelangt, während der das Teil zirkuliert und nicht bearbeitet wird. Die Resultate liegen auf der Hand. In den Fabriken, in denen ich Umfragen durchgeführt habe, liegt die Steigerung der Produktivität zwischen 10 und 50% durchschnittlich. Sodann gibt es einen anderen Aspekt: Die Einrichtung von getrennten Arbeits-„Inseln“ erscheint praktisch als eine neue Kontrolltechnik über die Arbeit. Man versucht, informelle Gruppen zu bilden (oder formelle mit periodischen Zusammenkünften, Mini-„Aussprachezeiten“ über das, was nicht läuft und was man ändern müßte etc. . . .), um atomisierte und egoistische Reflexe und Standpunkte innerhalb der Fabrik zu begünstigen; um den Zusammenhang der alten Solidarität zu zerschlagen. Aus all diesen Gründen und trotz gelegentlicher Fehlschläge ist es nicht verwunderlich, daß sich diese „Experimente“ in der Zeit der Krise noch ausweiten. Man hofft

vielmehr, auf diesem Wege Arbeitsplätze zu schaffen, die von Jugendlichen eingenommen werden können. Das ist eines der hartnäckig verfolgten Ziele.

Meiner Ansicht nach haben wir es sowohl unter dem Gesichtspunkt der Aneignung der toten Zeit als auch unter dem der neuen Kontrollformen, die diese Techniken ermöglichen, mit einer zweiten Welle der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation zu tun, mit einer zweiten Generation tayloristischer Techniken. Eine zweite Generation der wissenschaftlichen Betriebsführung, und keineswegs das „Ende des Taylorismus“ oder sonst irgendein Blödsinn. Ich glaube, es ist sehr wichtig, die Dinge mit diesen Worten zu sehen, zu verstehen und zu beschreiben.

Die Arbeiterhierarchie neu gestalten

Libération: Sprechen wir jetzt von den Lohnsystemen. Hier wird sich 1980 alles ändern. Welche Entsprechungen haben diese Veränderungen und welche Ziele werden damit verfolgt?

Benjamin Coriat: Ganz allgemein sind diese Reformen fast unbemerkt verlaufen. Und dennoch handelt es sich um grundlegende Ereignisse, denn hierbei geht es um nichts geringeres als um die Wiederherstellung der Arbeiterhierarchie und des internen Beförderungssystems. In dieser Hinsicht ist die Situation entsprechend den Branchen und Gewerben sehr verschieden. Man muß zumindest zwei Industriebereiche unterscheiden, die verschiedenen Arbeitsprozesse und Organisationsweisen der Arbeit entsprechen: einerseits die Fließbandindustrien und andererseits die Automationsindustrien. In den Fließbandindustrien (Automobil, Elektromontage, Elektronik, Haushaltgeräte . . .) wurde die Reform 1975 durch die UIMM (Vereinigung der Metall- und Montanindustrien) eingeführt. Dabei handelt es sich noch um eine Antwort im großen Stil auf die Arbeiterkämpfe und insbesondere die Kämpfe der Massenarbeiter in der vorangegangenen Periode (sagen wir 1966 bis 1974). Während dieser ganzen Periode beruhte das inkraft befindliche Entlohnungssystem auf einer unglaublichen Vervielfachung der Lohngruppen und Kategorien: allein für die Massenarbeiter gab es häufig zehn verschiedene Gruppen, wovon jede nochmals in drei Lohnstufen unterteilt war (unterer, mittlerer und höchster Koeffizient). Je mehr aber die Arbeit taylorisiert, fordisiert und rationalisiert wurde, desto ähnlicher wurde sie von einem Arbeitsplatz zum anderen

(einen Bolzen anziehen, einen Kotflügel festschrauben, ein Loch bohren . . .) und desto deutlicher wurde im Gegenzug dazu die unglaubliche Willkür in der Vervielfältigung der Lohngruppen und Kategorien sichtbar. Die Ähnlichkeit der Arbeitsplatzsituationen hat eine beachtliche Homogenisierung der Verhaltensweisen und Forderungen hervorgerufen: So erklärt sich die sagenhafte Abfolge von Massenarbeiterkämpfen, die ich erwähnt habe. Die Reihe der Lohngruppen wurde praktisch selbst zum Programm der Kämpfe: Aufstieg von der Gruppe 6 nach 7, von der Gruppe 7 nach 8 und so weiter. Man mußte also dem egalitären Druck der Massenarbeiterkämpfe etwas gegenüberstellen.

Das Lohnschema von 1975 tut dies auf eine einfache Weise: indem es die Anzahl der Kategorien verringert; seitdem hat das Schema der Metall- und Montanvereinigung drei Lohngruppen für Massenarbeiter. So hofft man, durch Bereinigung von diskriminierenden Unterschieden Räume zu schaffen, die groß genug sind, um die Vereinheitlichung der Lohnforderungen in sich zu fassen und eine vereinfachte Hierarchie akzeptabel zu machen. Die zweite bedeutende Neuerung des Systems von 1975: die Einführung des P1 (Facharbeiter 1. Grades). Hierbei handelt es sich um eine Antwort auf den Druck der Massenarbeiter (OS) gegen die Barriere, die aus ihnen in der Kaste der Facharbeiter nichtzugelassene Parias machte, gegen das, was die Arbeitssoziologen schamhaft das „Nichtvorhandensein eines Berufsprofils“ beim Massenarbeiter nennen. Indem das Lohnschema von 1975 plötzlich entdeckte, daß in bestimmten Fällen eine „manuelle Qualifikation“ vorhanden sein könne, eröffnete es die Möglichkeit, bestimmte Massenarbeiter nach P1 einzugruppieren. Die Unternehmensleitungen haben sich also ein Mittel verschafft, um den Nerv der Massenarbeiter zu treffen, indem sie diejenigen nach P1 gruppierten, deren Macht zur Unterbrechung des Produktionsablaufs am größten war (die Fahrer der Transportwagen zum Beispiel) oder die sich am kämpferischsten gezeigt hatten. So hofften sie, diese von der Mehrzahl ihrer Klasse zu trennen. Die letzte Neuerung besteht darin, daß das Lohnschema von 1975 – sehr vorsichtig noch und mit Einschränkungen – das Diplom als Einstellungsvoraussetzung anerkennt. Das war übrigens eine Hauptforderung der Gewerkschaften. Das Resultat ist klar: indem man dies Kriterium gegenüber dem der Berufserfahrung und der in der Fabrik verbrachten Zeit bevorzugt, trägt man zur Verschärfung der Konkurrenz zwischen den diplomierten französischen Jugendlichen und den Alten bei, Massenarbeiter oder nicht, seien sie nun Franzosen, Immigranten oder Frauen.

Kurzum, in alldem liegt der Versuch der dauerhaften und wirksamen Desorganisation der Widerstandslinien in der Arbeiterklasse. Und das umso mehr, als mit der Stabilisierung bestimmte „Kerne“ von Arbeitern im Innern der Fabrik der großangelegte Angriff auf die erworbenen Rechte oder die Machtpositionen anderer Arbeiterschichten leichter wird.

Ein ganz besonderes Gebilde die nachtayloristische Fabrik

Libération: Hast Du nicht den Eindruck, daß die beiden von Dir beschriebenen Tendenzen ein wenig widersprüchlich sind? Einerseits zeigst Du, wie Beförderungssysteme und Karrieren eingerichtet werden; andererseits sprichst Du von Angriffen auf erworbene Rechte und ausgehandelte Vereinbarungen etc.. Wie paßt das alles zusammen?

Benjamin Coriat: Das ist wirklich widersprüchlich. Das liegt aber daran, daß die Realität widersprüchlich ist. Schauen wir uns die Fakten an. Ich bin meinerseits überzeugt, daß alles, was jetzt in Gang gesetzt wird, tatsächlich dazu gedacht ist, diese widersprüchliche Wirkung zu produzieren. Um es mit einem Wort zu sagen, auf der einen Seite versucht man, bestimmte Arbeiterkategorien zu stabilisieren, einige besondere Kerne von Arbeitern (P1, Beförderungssystem, Monatsgehalt, Neuzusammensetzung der Tätigkeiten); auf der anderen Seite gibt es: Untervermietung, Zeitleiharbeit, Atomisierung von Tätigkeiten und für die Immigranten (wenn die Regierungspläne durchgesetzt werden) eine quasi Apartheid à la fran-

gaise, nach fortgeschrittenem liberalen Muster . . .

Wenn sich etwas Neues abspielt, und ich für meinen Teil bin überzeugt, daß dies der Fall ist, dann kann man dies Neue nur erfassen, wenn man die verschiedenen Aspekte unter einem gemeinsamen Blickwinkel zusammenfaßt. Einige Hauptmerkmale der Fabrik von morgen sind im übrigen bereits grob umrissen: die Verbindung von zwei Generationen der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation, die Automation und die Verdopplung der Arbeiterklasse. Genau darüber muß man nachdenken, nachforschen und darauf muß man die Aufmerksamkeit lenken. Man muß zu verstehen suchen, wie dies sehr eigenartige Gebilde funktioniert und funktionieren wird – das, was man die „nachtayloristische Fabrik“ nennen könnte und wovon die Konturen der Machtverhältnisse und des Widerstands abhängen, die in den kommenden Jahren eine Rolle spielen werden.

Eine neue Form der Vorarbeit

Libération: Laß uns noch einmal das Thema der post-tayloristischen Fabrik aufnehmen. Kann man schon spürbare Wirkungen der Maßnahmen dieser neuen Arbeitspolitik der Praxis beobachten?

Benjamin Coriat: Nehmen wir einen konkreten Fall, Renault Flins, die Halle mit den großen Stanzen. Hier hatte sich der harte Kern des Streiks von 1978 gebildet, dessen Hauptforderung genau die Anerkennung als P1 (Facharbeiter ersten Grades) für die Arbeiter an den Stanzen – überwiegend Massenarbeiter (OS) – war. Wie man weiß, hat die Firmenleitung nach mehreren Wochen Streik die Wiederaufnahme der Arbeit durch Spezialeinheiten der Polizei (CRS) erzwungen, und sie hat schließlich nach der Wiederaufnahme 45 Entlassungen ausgesprochen, darunter waren mehrere Delegierte. So lautet die Geschichte, wie sie mehr oder weniger klar in der Presse berichtet wurde. Aber die Geschichte hört hier nicht auf. Dies ist die Fortsetzung: Nach dem Ende des Streiks hat die Direktion in der gleichen Halle versuchsweise zwei neue Arbeitsstellen im „job enrichment“ eingerichtet. Das heißt in Wirklichkeit eine Reorganisation der Arbeit mit dem Ziel, die Arbeiter an der Stanze dazu zu bringen, über ihre normale Arbeit hinaus auch noch die Tätigkeiten der Kontrolle, Einstellung, Überarbeitung und Montage der Matrizen zu verrichten. Ein doppeltes Ziel also: Steigerung der Produktivität – es handelt sich offensichtlich um eine kaum verschleierte Steigerung der Arbeitsbelastung – und „Französisierung“ der Arbeitsplätze. Durch „enrichment“ versucht man, sie zuerst den Franzosen anzubieten. Und genau das wurde gemacht. Ungefähr 40% der neuen, „angereicherten“ Arbeitsplätze wurden den Franzosen angeboten, während die Halle zu 95% aus Immigranten besteht . . . Auf diesem Weg wurde beabsichtigt, daß die für diesen Arbeitsplatz verwendeten Arbeiter in den Genuß des P1-Lohns kommen, das ist klar. An diesem Beispiel sieht man deutlich, glaube ich, daß es sich allerdings um eine ernstgemeinte Angelegenheit handelt; praktisch um eine neue Form der Vorarbeit (marchandage), wobei man die Konkurrenz zwischen den Lohnkategorien aufgrund neuer Instrumentarien ausspielt.

Libération: Gehen wir jetzt auf die Automation und Informatik ein. Wie werden sich das Büro oder die Fabrik verändern? Es ist die Rede von 30.000 einzusparenden Arbeitsplätzen in Banken und Versicherungen. Was hältst Du von dieser Zahl?

Benjamin Coriat: Ich denke nicht, daß wir in absehbarer Zeit eine breite Welle der Automation und Informatisierung erleben werden. Ich glaube, daß wir allerdings plötzliche Umwälzungen zu erwarten haben (und wir erleben sie bereits), aber doch nur begrenzt und in ganz bestimmten Bereichen.

Heute sind bereits das Druckgewerbe, Buch, Zeitung vollständig revolutioniert. Mit der Container-Technik wird dies in den Häfen und Docks der Fall sein. Man muß nebenbei berücksichtigen, daß es sich hierbei um zwei der letzten Bereiche handelt, in denen noch ein wirklicher handwerklicher (vortayloristischer) Syndikalismus herrschte, mit einem quasi Gewerkschaftsmonopol der Einstellung etc. Natürlich werden

diese Sektoren heute nicht umsonst angegriffen. Die Modernisierung dient auch hier dazu, die „Archaismen“ und die einstmals von den Arbeitern gebildeten Widerstandsräume zu beseitigen. Im Bereich der Dienstleistungen werden die Verhältnisse durch die Mikroprozessoren, die Telekopie oder die Telematik (Datenübertragung) zweifellos ebenfalls umgewälzt werden.

30.000 eingesparte Arbeitsplätze in den Banken und Versicherungen? Es erscheint mir schwierig, im voraus genaue Zahlen zu nennen, aber sicherlich ist man um eine gewichtige „Entschlackung“ bemüht. Außerdem, und das ist bis jetzt noch wenig durchgedrungen, obwohl ich meine, daß man darauf beharren muß: die Entwicklung der Automation und allgemein der komplexen Technologien zieht eine Vermehrung der Untervermietung (*sous-traitance*) und der Arbeit außerhalb fester Anstellungen nach sich. Dies aus dem einfachen Grund, weil die Unternehmen, die hochempfindliche Geräte anschaffen, auch den Unterhalt und die Wartung dieser Apparate kaufen (wenn sie nicht ganz einfach nur ihre Bedienung kaufen). All das wird künftig von den Firmen besorgt, die die Technologien verkaufen, oder von Spezialfirmen. Das Stammpersonal wird sich dann tendenziell im Bestand mehr und mehr verringern. Dies ist meiner Ansicht nach in den am meisten automatisierten Fabriken am weitesten entwickelt.

Arbeiter und Automaten

Vor zwei oder drei Jahren wurde von einigen Leuten in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften eine Umfrage in einigen petrochemischen Betrieben gemacht. Jeder fing für sich an. Als wir uns zum Abschluß wiedertrafen, waren wir ein wenig verblüfft. Es gab überall die gleichen Ergebnisse. An den Arbeitsplätzen zur Bedienung der Automaten eine Handvoll Arbeiter, relativ gut bezahlt, praktisch im Monatsgehalt und oft mit einer wirklichen Karriere hinter sich ... Und drumherum eine unglaubliche Menge von Leuten, die anschwilt oder abnimmt mit der Konjunktur oder mit dem Be-

triebsablauf der Raffinerie – und alle mehr oder weniger ohne Festanstellung. Darunter gab es eine große Vielfalt von Arbeitsverhältnissen: vom immigrierten Massenarbeiter, von dem niemand den Namen genau kennt oder weiß, wie lange er schon da ist, bis zum Regeltechniker, der für einige Stunden hergeschickt wird, um eine Neueinstellung vorzunehmen. Eine unglaubliche Atomisierung.

Seitdem habe ich mir mit großer Mühe, denn diese Geschichten sind praktisch „top secret“, einige Zahlen beschafft, und hier ist das Resultat: Von 200.000 in der Petroindustrie beschäftigten Personen kommen nur 40. bis 50.000 in den Genuß der vertraglichen Vereinbarungen für diesen Sektor – d.h. praktisch sind drei Viertel der Arbeitskräfte ohne Status. Später konnte anlässlich von Umfragen in sehr verschiedenen Fabriken (Automobil, Zement, Erdöl) bestätigt werden, daß das Schema: ein stabiler Kern und drumherum eine beträchtliche Masse von Nicht-Festangestellten, tatsächlich ein „Modell“ bildet, dem man zweifellos eine große Zukunft zubilligen muß.

Libération: Wird die neue Arbeitspolitik auch in diesen Industriezweigen angewendet?

Benjamin Coriat: Es sind verschiedene Maßnahmen vorgesehen, die die Erholungspausen am Arbeitsplatz und das System der Rotation von Arbeitsmannschaften betreffen ... Aber auch hier liegt der wesentliche Punkt in der Reform des Lohnsystems, die gerade vonstatten geht.

In diesem Fall ist die Lage aufgrund der besonderen Technologien dieser Industrien ganz verschieden von der der Fließbandindustrien. Im Petrobereich, in der Zementindustrie, bei der Atomenergie verwendet man notwendigerweise – weil man keine Kettenreaktion hervorrufen kann, indem man auf die Moleküle pustet – eine Menge Automaten. Ein bedeutsamer Teil der Arbeit ist inzwischen die Arbeit der Überwachung, Kontrolle und Steuerung der Automaten. Praktisch wird sie aufgrund der Eingabe formalisierter Daten (von Zahlen, Kurven, Graphiken) verrichtet, die von einem Rechner



Migrationsarbeiter in Frankreich



Eingang eines Wohnghettos in Vitry, zerstört von Immigranten aus Mali

geliefert werden, der die Art und Weise der ablaufenden Reaktionen einzuschätzen und nötigenfalls korrigierende Eingriffe vorzunehmen ermöglicht. Die Hauptsache ist: per Definition sind hier die zu verrichtenden Eingriffe unvorhersehbar, vollkommen zufallsbedingt. Die feste Arbeitsplatzbewertung hat hier überhaupt keinen Sinn. Im Gegenteil muß derjenige, der die Automaten fährt, seine Initiative unter Beweis stellen und über eine große Bewegungsfreiheit verfügen. Das verschaffte diesem Typus von Arbeitern eine sehr günstige Beziehung zur Unternehmensleitung. Sie erreichten eine Aufwertung ihrer vielfältigen Eingriffe in Form von Punkten innerhalb der Lohnskala. Genau damit versucht das neue System nun zu brechen.

Der typische Fall ist meiner Ansicht nach der der neuen Lohnskala in der Zementindustrie. Sie wurde nach jahrelanger Untersuchung der Arbeitsplätze und Tätigkeitsmerkmale durch ein Forschungsinstitut durchgesetzt. Die Grundlage ist einfach: Das neue Lohngruppensystem legt künftig eine Reihe von Aufgaben fest, die ihrer Definition nach eine außerordentlich differenzierte Bandbreite von Tätigkeiten entsprechend den zahlreichen Arbeitsverhältnissen (den Zufällen ...) abdeckt. Das Ergebnis ist, alles was den Fahrern von Automaten erlaubte, verschiedene Fähigkeiten zu verwerten und also durch „mehrwertige“ Pluspunkte eine bessere Einstufung in der Lohnskala zu erreichen, ist annulliert: es ist von jetzt ab Teil der „Tätigkeitsmerkmale“, die zum Mindestpensum gehören. Sehr einfach, nicht wahr? Doch Vorsicht, die Dinge sind komplexer, insbesondere sind die Möglichkeiten bewahrt, in der Hierarchie aufzusteigen, es besteht nach wie vor unter bestimmten Bedingungen eine Karrierelaufbahn.

Immigranten: die „Reserve“

Libération: Und was wird aus der Immigration in den Prozeßindustrien? Die Regierung sieht etwa 30.000 Abgänge pro Jahr vor, bei mehr als zwei Millionen Beschäftigten?

Benjamin Coriat: Trotz der Breite des Angriffs haben die gegenwärtigen oder in Vorbereitung befindlichen Maßnahmen gegen das Immigranteproletariat tatsächlich meiner Ansicht nach ein begrenztes und umrissenes Ziel. Zunächst einmal gibt es in quantitativer Hinsicht überhaupt keinen Zweifel — für niemanden —, daß der französische Produktionsapparat auf seinem gegenwärtigen Stand einen strukturellen und massenhaften Bedarf nach einer Arbeitskraft hat, die „nicht-qualifiziert“ genannt und dementsprechend bezahlt wird. Man vergißt das häufig zu sagen, aber der Taylorismus, das Fließband befinden sich in stetigem Fortschritt: sie breiten sich unaufhörlich aus, insbesondere in der Dienstleistungsarbeit, und die Statistiken weisen aus, daß in diesen Sektoren der Prozentsatz der immigrierten Arbeitskraft ebenfalls ansteigt.

Sodann verdrängt, entgegen einer weit verbreiteten Meinung, der Rechner oder der Automat — soweit es sich um die Fabrik handelt — nicht die unqualifizierte Arbeit. Wenn man von einer klassischen Fabrik zu einer automatisierten übergeht, erlebt man eine mehr oder weniger gründliche Umverteilung der Arbeitsplätze und Tätigkeiten, man verwendet nicht mehr die gleichen Leute mit den gleichen Qualifikationen (und im gleichen Verhältnis). Aber es bleibt doch stets ein Grundstock an nichtqualifizierten Arbeitern.

Die Chemie z.B. ist einer der am meisten automatisierten Sektoren und gleichzeitig einer derjenigen, in dem man die meisten Immigranten beschäftigt.

In der Petroindustrie, auf den „streamcrackers“ in Lavera, gibt es drei- oder vierhundert festangestellte Arbeiter, und während bestimmter Perioden, insbesondere zu Zeiten der Wartung und Reinigung, arbeiten 1.000 bis 1.500 Immigranten vor Ort. Das entspricht dem Zyklus der Raffinerie, es gibt Momente, wo ein großer Bedarf nach Leuten herrscht. Aber selbst in normalen Zeitabschnitten sind es immer noch mehrere Hunderte, oft ebensoviele wie die festangestellten Arbeiter.

Um den Industriekomplex Fos-sur-Mer (Camarque) liegt ein ganzes Dorf von Unternehmen; man muß das gesehen haben: eine Ansammlung von Baracken, in denen Klitschen zur Untervermietung von Arbeit ihre Telephone haben. Die Personalchefs der Firmen auf der Baustelle, von Solmer, ICI (Interstate Commerce Commission) usw., rufen an und verlangen, daß man ihnen soundsoviele Schweißer, Maurer, Handlanger schickt ... Ein großer Teil dieser Leute besteht natürlich aus unqualifizierten Arbeitern. Z.B. bei Solmer werden bestimmte Stahlarbeiten praktisch ausschließlich von Immigranten gemacht, die Tag für Tag angeliefert werden. Um den See von Berre herum liegt, was die Leute auf dem Land dort das „Negerdorf“ nennen, ein Ghetto von schwarzer Arbeitskraft in Blechhütten.

Damit will ich sagen, wo Automaten sind, gibt es auch Immigranten. Eine allgemeine These, die ich heftig bekämpfe, besagt: es liegt an den Immigranten, daß eine Modernisierung nicht stattgefunden hat. Genau das Gegenteil ist in zahllosen Fällen richtig. Gerade die „Modernisierung“ (und insbesondere die zweite Welle der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation in den Fließbandindustrien) hat mehr und mehr unqualifizierte Arbeiter erfordert. Was man in den dreißiger Jahren unqualifizierte Arbeiter nannte, das waren „Handwerker“ im Vergleich zu den Massenarbeitern von heute . . .

Um auf die gestellte Frage zurückzukommen, so glaube ich, daß wohl die Absicht besteht, eine bestimmte Anzahl von Immigranten vor die Tür zu setzen. Denn mittelfristig plant man, die „klassischen“ Immigranten durch solche zu ersetzen, die aus den allerärmsten Regionen Europas kommen, in dem Maße, wie sich der gemeinsame Markt durchsetzen wird.

Aber das Ziel, welches verfolgt wird, läßt sich ebenso sehr als eine terroristische Polizeimaßnahme verstehen, um die Ordnung unter dem immigrierten Proletariat wiederherzustellen. Man will die mögliche Ansteckungsgefahr zerschlagen, die von solchen Aktionen wie dem Mietstreik in den Immigrantensiedlungen der staatlichen Baugesellschaft SONACOTRA ausgeht.

Gegentendenzen

Libération: Aber gibt es nicht auch Gegenteiligkeiten, die sich zeigen, ein Festhalten am Bestehenden?

Benjamin Coriat: Selbstverständlich sind die Widerstände und gegenläufigen Tendenzen stark und zahlreich. Zunächst einmal ist es offensichtlich, daß dort, wo der Betrieb „läuft“, nicht eingegriffen wird. Es ist bezeichnend, daß die „autonomen Gruppen“ in Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten konzentriert sind – es gibt kein „job enrichment“ in den Konfektionswerkstätten des 11. Pariser Arrondissements, wo praktisch in Kellern und zu 20 bis 25 in einem Raum gearbeitet wird. Es ist ebenso bezeichnend, daß in der Mehrzahl der Fälle diese Reorganisation der Arbeit im Gefolge eines für unvermeidlich erklärten Arbeitskonflikts stattfindet. Sodann hat es in Frankreich immer einen „modernistischen“ Unternehmerflügel auf der Suche nach neuen Rezepten (z.B. Saint Gobain, die Zementwerke Lafarge) und ein ultrareaktionäres und konservatives Unternehmertum gegeben. In einigen Fällen bleiben auch die ministeriellen Projekte auf dem Papier, weil die Industriellen damit nichts anfangen wollen. Schließlich sind sie die Herren bei sich im Hause.

Gewerkschaften, Kompromiß und Konsens

Libération: Welches ist die Rolle der Gewerkschaften dabei?

Benjamin Coriat: Hiermit sprechen wir, glaube ich, die wirklich wichtigen Dinge an. Nach der Betrachtung der Zutaten – der Inhalte und Details bestimmter laufender Reformen – muß man tatsächlich den Versuch einer globalen Einschätzung machen, um die Chancen dieser neuen Arbeitspolitik zu beurteilen, sich auf großer Stufenleiter zu entwickeln. Und um das zu tun, muß man über die im Spiel befindlichen sozialen Kräfte nachdenken, über die Interessen der betroffenen sozialen Schichten oder Gruppen und über die Art und Weise, wie sie sich äußern. Für meinen Teil beschäftigt und beunruhigt mich dies zugleich am meisten.

Betrachten wir die Sache aus der Entfernung. Stellen wir einen Vergleich zu Italien an. Auch dort, und eher als bei uns, hat man seit Beginn der siebziger Jahre eine „aktive“ Arbeitspolitik eingeschlagen. Fabrikdelegierte, Fließbandkomitees, Vereinfachung der Lohngruppen, Durchlaufen der Gruppen nach

Altersstufen und jüngst noch die „cassa integrazione“ (bestimmte Kategorien entlassener Arbeiter erhalten eine sehr hohe Entschädigung und haben im Fall der Wiedereinstellung eine Priorität) etc. Dennoch ist das Ergebnis ziemlich mager gewesen. Die Kontrolle der Klasse in Italien wurde im wesentlichen nicht erreicht. Bei Fiat z.B. ist man nach einer Phase der „autonomen Gruppen“ wieder rückwärts gegangen: jede Gruppe war zu einem zusätzlichen Widerstandspunkt geworden, noch stärker untereinander verbunden. Um dort die Ungebrochenheit der Arbeiter, die Arbeiter-Gegenmacht, wenn man will, zu brechen, mußte man unglaublich hart zuschlagen: 5 Millionen Schwarzarbeiter und ebenso viele „Prekäre“. Und man mußte noch weiter gehen. Die letzte Neuerung ist schlicht und einfach die Einsperrung. Mehr als 200 Verhaftungen nach dem 7. April 1979 und etwa 1200 politische Gefangene – wie in einer Bananenrepublik. Soweit ich weiß, hat dies die Insubordination der Arbeiter nicht gerade zerstört.

Ich will auf diesem Umweg zeigen, daß es – soll der vorgeschlagene neue Kompromiß (marchandage) wirklich funktionieren – ein Gegenüber von Kräften braucht, die darin einwilligen, das Spiel mitzuspielen.

Im Falle Frankreichs existieren diese Kräfte. Sprechen wir im Klartext. Selbst im Innern der Gewerkschaften (obgleich auf eine sehr verschiedene Weise in der CGT und der CFDT) oder außerhalb, im Lager der „sozialen Experimente“ vom Schläge „...“ und wenn sich jeder seine Beschäftigung selber schafft“, gibt es bestehende und organisierte Strömungen, die auf ihre Art das Echo der laufenden Kapitalprojekte bilden. Hier wie dort überbietet man sich in den „Forderungen nach Wettbewerbsfähigkeit“, den „Notwendigkeiten der Restrukturierung“ oder gar in der „Verteidigung des französischen Erbes“. Und all das, auch wenn man bisweilen lautstark verkündet, man wolle den vorgeschlagenen „Konsensus“ nicht. Aber selbst das wird nicht von allen Seiten gesagt!

Was mich wundert, das ist die Art und Weise, wie man – mit der Krise – auf eine Art von berufsständischen oder gruppenspezifischen Korporatismus zurückkommt. Der junge „Diplominhaber“, die Frauen, die Immigranten, die Massenarbeiter und die Facharbeiter sind Gegenstand einer jeweils besonderen und partikularistischen Politik. Das befördert, wenn man nicht acht gibt, eine Atomisierung und Spaltung der Verhaltensweisen jeder sozialen Schicht. Das entscheidende Problem ist, daß die neue Arbeitspolitik in bestimmten Fällen, indem sie sich auf die Interessen bestimmter Schichten oder besonderer Gruppen stützt, die bestehende Spaltung zu vertiefen und befestigen vermag.

Deshalb erscheint mir dieser neue Korporatismus, der sich bekundet, eine so schwerwiegende Angelegenheit zu sein. Indem man die verschiedenen Gruppen gegeneinander ausspielt, versucht man tatsächlich das Ganze zu schwächen.



Der Streik der Maghrebinier bei Citroen/Aulnay im September 1983 legt das ganze Werk lahm; Massenentlassungen bei Peugeot-Talbot-Citroen stehen bevor.

Libération: Siehst Du in jüngster Zeit Widerstandspunkte, neue Ausdrucksformen von seiten der Arbeiter?

Benjamin Coriat: Vielleicht fordert das zum Lachen heraus, aber ich möchte zu dieser Frage eine Bemerkung machen, die mir wesentlich erscheint. Wenn man über eine ausreichend lange Periode nachdenkt, sagen wir z.B. seit 1968, dann gilt es zu beachten, daß die neue Arbeitspolitik zunächst als „defensiv“ aufgenommen wurde: sie bildet den Versuch einer Antwort auf einen beträchtlichen Druck der Arbeiter, versucht sich daran anzupassen, ihn einzukreisen und zu zerschlagen. Die Verunsicherung der Beschäftigungsverhältnisse, das Hinausstoßen in die Arbeitslosigkeit, der Versuch, bestimmte erworbene Rechte zu annullieren, die polizeiliche Einkreisung der Immigration – all das wurde eingeführt, um gegenüber einer Hochkonjunktur von Arbeiterkämpfen Stellung zu beziehen.

Und wenn „die Krise“ (sowie die sprunghafte Einheit und die Spaltungen der Linken) auch auf deutliche Weise den Charakter des Kampfzyklus der nach-68er Zeit verändert hat, so wäre es doch ziemlich boshaft zu behaupten, daß der Widerstand zerbrochen sei. Ganz im Gegenteil glaube ich, daß man die Elemente der Kontinuität und die der Erneuerung genau ausmachen kann.

Ein Element der Kontinuität enthält unbestritten und ohne jeden Zweifel der großartige Streik in den Wohnlagern der SONACOTRA (s.o.). Mehrere tausend Arbeiter waren über mehrere Jahre beteiligt, mit sehr kampfstarken Zeiten, mit Siegen (wie z.B. die Rückkehr einiger Ausgewiesener) und sicherlich mit schwierigen Perioden und Tiefs. Aber während der ganzen Zeit, und das ist vielleicht am wichtigsten, gelang es der Bewegung mit dem Koordinationskomitee ihre eigene Organisation und Führung zu bewahren. Wie soll man darin nicht die Kontinuität der Massenarbeiterkämpfe wiedererkennen, die auf einem anderen Terrain geführt wurden? Darüberhinaus hat die Bewegung mit ihrer Forderung nach Gleichheit der Rechte einen starken Hebel zur Vereinheitlichung gefunden. Das heißt nicht, daß sich in Douai, in Mans oder bei Berliet in anderen Massenarbeiterfabriken (mit neuzusammengesetzten Aufgaben oder nicht) nichts abgespielt hätte. Der Konflikt kam ununterbrochen wieder hoch.

Die Elemente der Erneuerung muß man, glaube ich, in der Tatsache suchen, daß mit der fortgesetzten „Restrukturierung“ der französischen Produktionsanlagen zahlreiche Gruppen von Facharbeitern, die ebenfalls dem Angriff unterlagen,

den Kampf aufgenommen haben. Unter diesem Gesichtspunkt war die zentrale Auseinandersetzung im abgelaufenen Jahre (1979) die der Stahlarbeiter. Im Moment sieht es so aus, als würden sich die Restrukturierungspläne in der Industrie im großen und ganzen durchsetzen. Aber um welchen Preis? Ich spreche nicht nur von den Sozialplänen, sondern von dem großartigen Aufbruch im Becken von Longwy und Denain. Und ich wäre jedenfalls sehr überrascht, wenn man nicht hier oder dort, in der Bretagne oder in den Niederlanden, auf den Docks oder den Werften diesem Ausdruck der Stärke wiederbegegnen würde, wofür die Stahlarbeiter von Longwy eine ganze Zeit lang ein Beispiel geliefert haben. In gewisser Weise haben die Kämpfe gegen die „Restrukturierung“ allererst begonnen. . . .

Zeitarbeit und neues Proletariat

Und dann gibt es noch den ganzen Rest, „das neue Proletariat“, wie manchmal gesagt wird: Bank- oder Postscheckangestellte, Zeitleiharbeiter, die zwischen einem Bildungsurlaub, einem Job im Kaufhaus und dem öffentlichen Dienst hin- und herpendeln. Wer kann voraussehen, wohin das führt. Durch die Untervermietung und die Zeitleiharbeit wurde ein Teil der Arbeitermacht aus den Fabriken getrieben, darüber besteht kein Zweifel. Aber um sie auf die Stadt loszulassen ... Die Fabrik verfügt mit der Gewerkschaft, mit Verhandlungen und Konfliktregulierungen über ein ganzes Instrumentarium von Sozialkontrolle. Aber in der Stadt, was heißt da eigentlich Sozialkontrolle genau?

Ich will nur sagen, ich glaube keineswegs, daß die Dinge schon gelaufen sind. Meiner Ansicht nach muß man in der kommenden Zeit – mehr als je zuvor – die größte Aufmerksamkeit auf das richten, was sich in den Kampfinhalten und -formen, in den Verhaltensweisen der Arbeiter ausdrückt. Man muß versuchen, darin zugleich das Besondere und die Bewegung des Ganzen zu sehen. Davon wird alles abhängen.

(Libération 15./16.12.1979, gekürzt)

Arbeiter produzieren die Krise?

In den Produktionsstätten der Firma KREITEX – Kreimeyer KG in Recke haben ca. 15 Jahre lang Arbeiter aus dem ländlichen nordwestfälischen Raum einen Kampf um Einkommen geführt. Gegen Ende der 60er Jahre waren es zwölf, am 18. August 1982, dem Tag der Betriebsschließung, nicht weniger als 150 Arbeiter. Für 110 von ihnen geht die Auseinandersetzung in der Nachfolgefirma PUR-Möbelprofile GmbH weiter. Die Auseinandersetzung, die durch den handelsrechtlichen Untergang der Firma KREITEX - Kreimeyer KG nur unterbrochen wurde, muß bald nach der Verwandlung des alteingesessenen Tischlerhandwerksbetriebs Kreimeyer in eine industrielle Fertigungsstätte von furnierummantelten Holz- oder Spanplattenleisten bezogen haben.

1972 versuchte Josef Kreimeyer, Tischlermeister und industrieller Jungunternehmer, für seine Beschäftigten die Bindung an das Tarifvertragswerk für das Tischlerhandwerk in Nordrhein-Westfalen abzuschütteln, die aufgrund der Mitgliedschaft des Unternehmens im Innungsverband des Tischlerhandwerks bestand. Denn im nackten Stundenlohn ohne Akkord, ohne alle leistungsabhängigen Zulagen verdeinte der Tischler im Handwerksbetrieb seit langem fast ebensoviel wie der Akkordarbeiter in der Holzverarbeitenden Industrie und oft mehr als der Akkordarbeiter in der Metallindustrie. Da die Firma Kreimeyer als Profilmantelungsbetrieb objektiv der Industrie zuzuordnen war, lag der Schritt nahe, Mitglied im Arbeitgeberverband der Holzindustrie zu werden und die für diesen Verband vereinbarten Tarifverträge anzuwenden. Mit dem Vollzug dieses Schritts hoffte Kreimeyer, das Lohn-Leistungs-Verhältnis zu seinen Gunsten zu ändern. Die vorher gezahlten Löhne sollten nach seinem Kalkül nur noch im Akkord und das heißt gegen massiv erhöhte Leistung erreichbar sein. Die Gewerkschaft Holz und Kunststoff, die sowohl mit den Tischlermeistern als auch mit den Holzindustriellen Tarifverträge abschließt, erreichte, den Druck der Arbeiter im Rücken, eine Vereinbarung mit Kreimeyer, nach der über einen Zeitraum von mehreren Jahren die Endlöhne in der Folge des Tarifwechsels nicht sinken durften und zwar unabhängig von der erbrachten Leistung.

Im Ergebnis sanken die Löhne nicht. Das Akkordsystem, das mit der neuen industriellen Tarifbindung bei Kreimeyer einzog, machte es den Arbeitern möglich, ihre Löhne im Schnitt zwanzig Pro-

zent über das Niveau des Tischlerhandwerks anzuheben. Die Löhne an den Ummantelungsmaschinen bei Kreimeyer erreichten damit das Niveau der Holzverarbeitenden Industrie, die im industriellen Bereich zur Spitzengruppe gehört.

Der Holzverarbeitenden Industrie samt ihrem Hauptzweig, der Möbelindustrie, und deren Zuliefererbetrieb Kreimeyer war während der gesamten 70er Jahre eine Sonderkonjunktur beschert, die es dem Kapital unmöglich machte, im Lohnsektor aus der Halbherzigkeit herauszukommen. Sobald die Krise mit Beginn der 80er Jahre sich in der Branche eingenistet hatte, wandelte sich diese Lage. Anrechnung übertariflicher Zulagen bei tariflichen Lohnerhöhungen, die ihrerseits schon das Realeinkommen nicht mehr sichern konnten, Lohnminderung durch Kurzarbeit und spürbar erhöhter Druck auf die Akkorde bestimmten in der gesamten Holzverarbeitung das Bild.

Die Auseinandersetzungen, die sich in den Jahren 1981 und 1982 in der Firma Kreimeyer ereigneten, werden vor dem Hintergrund der Absatzkrise in der Holzindustrie seit 1980 verständlich, ohne freilich in jeder Bewegung von dieser Krise direkt abhängig zu sein. Denn Auftragsmangel spielte bei Kreimeyer zwar zeitweise eine Rolle, Zeitplan und Schärfe der Auseinandersetzung unterlagen jedoch anderen bestimmenden Faktoren, in erster Linie nämlich einem Investitionsschub am Ende der 70er Jahre, der die Kapazität des Unternehmens und seine Abhängigkeit von Fremdkapital in eine neue Größenordnung anhebte. Als Folge dieser Investitionen und ebenso als Folge der Hochzinsphase zeichnete sich bei Kreimeyer seit 1980 ein de-facto-Mitspracherecht der Hausbank, einem mittelständischen Geldinstitut, ab. Diese Bank erhob nun die Forderung nach einer spürbaren Minderung der Arbeitslöhne bei ihrem Klienten. Die Forderung mag den Wünschen des Unternehmers entsprochen haben – am Ende zerstörte die Bank den Betrieb, weil er die Lohnminderung gegen den Widerstand der Arbeiter nicht durchsetzen konnte.

Der Ablauf des ein Jahrzehnt übergreifenden Lohnkampfes ist bis ans Ende, an dem die nackte Erpressung hervortritt, durch den Einsatz arbeitsrechtlicher Einrichtungen und sozialpolitischer Instrumente vermittelt. Sie geben dem Kampf in jeder Phase eine spezifische Form.

Daß die Kreimeyer-Arbeiter das auf relative Lohnsenkung gerichtete Kalkül ihres Unternehmers zu durchkreuzen vermochten, lag zunächst an dessen Erfahrung im Umgang mit den Prozessen der Massenarbeit und der steigenden Fähigkeit der Arbeiter, eine Reihe rechtlicher Gegebenheiten in ihrem Sinne auszunutzen.

Traditionell liegt der tarifliche Grundlohn des Zeitlöhners in der Holzverarbeitenden Industrie um ca. zwanzig bis fünf- und zwanzig Prozent niedriger als der des Zeitlöhners im Holzverarbeitenden Handwerk. In der Industrie ist jedoch der Zeitlöhner eine untypische Figur. Hier werden die Löhne für die Akkordarbeit maßgeschneidert. Für die im Akkord entlohnten Industriearbeiter ist der Ausgangspunkt der Lohnberechnung der Akkordrichtsatz, der in der Holzindustrie um fünfzehn Prozent über dem tariflichen Zeitlohn liegt. Er muß gezahlt werden für die „Normalleistung“, für die ein Hundertprozentwert angenommen wird. Leistungen, die über diesen „Normalwert“ hinausgehen, werden mit dem entsprechenden prozentualen Aufschlag entlohnt.

Es liegt auf der Hand, daß die jeweilige „Normalleistung“ in erster Linie die Resultante eines Kräfteverhältnisses ist. Ob der Zeitnehmer eine gegebene Arbeitsleistung mit neunzig Prozent, also als „Bummelei“ einstuft, oder ob er in ihr ein ansprechendes Ergebnis sieht und sie mit hundertzwanzig Prozent der Normalleistung bewertet – auf objektive Kriterien kann er sich keinesfalls stützen. Der Druck der Arbeiter und die Zügel des Kapitals dimensionieren seinen Beurteilungsspielraum. Bei Kreimeyer jedenfalls hielten mit der Verakkordierung der Arbeiten Vorgabezeiten ihren Einzug, die den Arbeitern nicht nur ihre Arbeitszeiten sicherten, sondern auch einen spürbaren Sprung in der Lohnhöhe. Auch war die Änderung der Vorgabezeiten nun durch tarifliche Schranken an derart strenge Vorschriften gebunden, daß Akkordverschlechterungen in der Folgezeit fast immer abgewehrt werden konnten.

Am Ende der Etappe, die sich über die 70er Jahre hinzog und in deren Verlauf das Unternehmen ständig anwuchs, verfügten die Arbeiter nicht nur über eine beträchtliche Erfahrung im Umgang mit dem Akkordlohnsystem, sondern auch über einen Betriebsrat, der in den Auseinandersetzungen Selbstbewußtsein und Kenntnisse erworben hatte. Ohne die Herausbildung eines Betriebsrates,

dem das Betriebsverfassungsrecht und die Tarifverträge bei der Festsetzung sämtlicher Leistungslöhne die Schlüsselrolle zuweisen, wäre die Entwicklung des Hochlohns in diesem Betrieb ebenso wenig denkbar gewesen wie dessen „Sicherung“, bis in den Kollaps des Unternehmens. Denn bereits 1980 trat Josef Kreimeyer den Arbeitern und dem Betriebsrat nicht mehr nur mit den gewohnten Klagen über die Lohnhöhe gegenüber, sondern machte das Überleben des Betriebes von einer allgemeinen Lohnkostensenkung abhängig. Schon bald konkretisierte er seine Forderung an die Beschäftigten: mindestens fünf Prozent Lohnopfer seien erforderlich, wenn der Kampf gegen die Konkurrenz bestanden werden solle, die mit geringeren Lohnkosten arbeite.

Der Betriebsrat blieb unnachgiebig, setzte die Gewerkschaft zur Sammlung von beruhigenden Lohndaten der Konkurrenz ein und stärkte trotz lauter werdender Drohungen der Geschäftsleitung in mehreren Betriebsversammlungen bis in die zweite Jahreshälfte 1981 die Arbeiter ebenso wie die Angestellten so weit, daß Lohnminderungen in offenen Abstimmungen während der Versammlungen einstimmig abgelehnt wurden.

Im Verlauf des Jahres 1981 wurde deutlich, daß der Druck auf die Lohnkosten von der Hausbank ausging. Der seit Beginn der Hochzinsphase scharf gestiegene Schuldendienst des Unternehmens hatte die Gewinnmargen dahinschmelzen lassen, und die Auslastung des Unternehmens ging wegen der Krise der Möbelindustrie spürbar zurück. Die WGZ-Bank in Münster als regionales Dachunternehmen mit mittelständischen Volksbanken macht Kreimeyer Auflagen und drohte mit dem Rückzug. Da die Perspektive eines Zusammenbruchs nicht unglaubwürdig, andere Arbeitsplätze in der Region aber nicht vorhanden waren, setzte sich bei den Beschäftigten kurzfristig Nachgiebigkeit durch. Der Betriebsrat trug dem Stimmungswandel mit einem Angebot an Kreimeyer Rechnung, das rein symbolischen Wert hatte und im Ergebnis die Unnachgiebigkeit der Arbeiter wieder stärkte: ein Darlehen in Höhe von fünf Prozent der Bruttolohnsumme an den Unternehmer, rückzahlbar nach Beseitigung einiger kosten trächtiger Dysfunktionalitäten. Wie erwartet ging der Unternehmer auf dieses Angebot nicht ein, sondern kündigte stattdessen seine Mitgliedschaft im Arbeitgeberverband der Holzindustrie, um sich von der Bindung an die Tarifverträge zu befreien, die seine Lohnstrukturen rechtlich zementierten. Aufgrund dieses Schrittes trat ab 1. Januar 1982 in der Firma Kreimeyer ein Zustand ein, der zunächst als tarifloser begriffen wurde. Zwar war dem Tarifrecht zufolge Nachwirkung der früher geltenden Verträge gegeben, Lohnerhöhungen ab 1. Januar 1982 brauchten jedoch nicht mehr bezahlt zu werden. Die Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) schloß zu diesem Datum eine Lohnerhöhung von 3,5% ab, die Kreimeyer als erstes einzusparen

gedachte. Da alle Seiten auf dieses Datum vorbereitet waren, drang die GHK sofort auf Abschluß eines Haustarifvertrages, der die bisher geltenden Verträge in vollem Umfang übernehmen sollte. Dies konnte wieder nur mit voller Rückendeckung der Beschäftigten und des Betriebsrates geschehen, die sich wegen der Ablehnung ihres Darlehnsangebots moralisch gestärkt und von der „unlauteren“ Vorgehensweise ihres Patrons abgestoßen zeigten.

Zwei Verhandlungen im Januar zwischen Betriebsrat, GHK und Geschäftsleitung blieben wie vorhersehbar aussichtslos, und es wurde ein Streik vorbereitet. In diesem Augenblick stießen Betriebsrat und Gewerkschaft auf einen Umstand, der der Lohnauseinandersetzung die entscheidende Wendung geben sollte. Josef Kreimeyer hatte bei seinem tarifrechtlichen Schachzug einen unerhörten Fehler gemacht. Statt beim Eintritt in den Arbeitgeberverband Holzindustrie die Mitgliedschaft im Innungsverband des Tischlerhandwerks zu kündigen, hatte er diese weiter bestehen lassen, um seinen Beschäftigten und sich selbst die Krankenversicherung zu den niedrigeren Beitragssätzen der Innungskrankenkasse zu erhalten. Die GHK ging davon aus, daß nach dem Austritt aus dem Arbeitgeberverband Holzindustrie nun die alte Bindung an die Tarifverträge des Tischlerhandwerks mit ihren viel höheren Grundlöhnen wieder aufgelebt war. Statt der beabsichtigten Lohnminderung hatte sich Kreimeyer einen kräftigen Lohnanstieg verschafft: von fünfzehn Mark stieg der Durchschnittslohn auf zwanzig Mark an. Den Arbeitern war ein letzter Triumph vergönnt.

Wahrscheinlich waren mit diesem Fund die ökonomischen Würfel über das Unternehmen gefallen. Gleichwohl ließ die Hausbank nun mit größter Offenheit noch einmal ihre Bedingungen für das Überleben vortragen: die unzeitgemäß große kaufmännische Abteilung müsse mit Hilfe neuer Techniken so weit mo-

Exkurs zum Konkurs-Ausfallgeld

Im Vorhergehenden wurde die Bedeutung eines in der letzten Phase des Konflikts entscheidenden Instruments nur angedeutet. Das Konkursausfallgeld deckt nach dem Arbeitsförderungs-gesetz alle diejenigen Lohnschulden eines Unternehmers ab, die in dem Zeitraum von drei Monaten vor einem gerichtlich festgesetzten Insolvenzdatum aufgelaufen sind. Lohnschulden aus dem Zeitraum vor diesem Datum müssen erfahrungsgemäß abgeschrieben werden. Die Begrenzung des Anspruchs auf einen Zeitraum von drei Monaten führt nach Ablauf von zwei Monaten ohne Lohnzahlung zur Notwendigkeit, ein Konkursverfahren einzuleiten.

Ursprünglich ein Instrument der sozialen Pazifizierung in der Phase der Rekonstruktion der Stahlindustrie und des Kohlebergbaus in den 60er Jahren, erfüllt das Konkursausfallgeld heute die Funktion, die von Lohnrückständen und

dernisiert werden, daß ca. fünfzehn von vierzig Angestellten entlassen werden könnten. Die dadurch einzusparende Lohnsumme müsse jedoch nicht erst in ca. zwei Jahren herausgeholt werden, wenn die getroffenen Maßnahmen voll zur Wirkung kämen, sondern sofort. Die ganze Belegschaft habe die Chance, durch ein sofortiges zehnpromzentiges Lohnopfer den Betrieb zu retten.

Der Unternehmer Kreimeyer, dem die Bank den Strick sichtbar um den Hals gelegt hatte, war glaubwürdig, wenn er von dem bevorstehenden finanziellen Ruin sprach, gleichwohl wurde das Ansinnen der Bank abgelehnt. Alle Gewerkschaftsmitglieder verklagten Kreimeyer auf Zahlung des Tischlerlohns. Der Unternehmer zahlte freiwillig nur den vollen Akkordlohn der Holzindustrie samt tariflicher Lohnerhöhung zum 1. Januar 1982 und fand schnell einen Weg, der ihm die Bindung an die Industrieverträge wieder sicherte, aber die Bank zog die Schraube an und verweigerte ab April 1982 die Vorfinanzierung der Lohnsummen. Gleichzeitig sank der Auftragseingang weiter scharf ab. Ab Juni rechnete die gesamte Belegschaft mit der Möglichkeit der Betriebsschließung. Obwohl der Unternehmer mit wachsender Intensität um das geforderte Lohnopfer bat, schien dies allen Beteiligten auf Arbeitsebene unsinniger denn je. Mit Lohnrückständen von mehr als einem Monat ging man in den Sommerurlaub. Bei der Rückkehr, drei Wochen später, waren die Lohnschulden des Unternehmens weiter gewachsen. Wenn das Konkursausfallgeld noch voll in Anspruch genommen werden sollte, mußte ein Gericht über die Insolvenz entscheiden. Nun konnten die Arbeiter noch eine letzte Karte ausspielen: entweder Bezahlung einer Rate der Lohnschulden oder die Beschäftigten würden selbst Konkursantrag gegen den Unternehmer stellen.

damit von einer beginnenden Insolvenz des Unternehmers betroffenen Arbeiter selbst zu Agenten der Kapitalvernichtung und der Auflösung ihrer Garantiearbeitsverhältnisse zu machen.

Waren es früher Banken und Lieferanten, Sozialversicherungen und die Finanzbehörden, die ein Unternehmen zum Gang vor das Konkursgericht zwangen, so halten diese Kräfte sich heute in der heraufziehenden Insolvenz bedeckt. Sozialversicherung und Finanzamt wollen sich mit dem Makel der Arbeitsplatzvernichtung nicht behaften. Lieferanten und Banken akzeptieren Schulden in gewissem Rahmen, wenn gleichzeitig die Nichtzahlung von Löhnen den Zusammenbruch der innerbetrieblichen Kostenarchitektur und damit eine hoffnungsfrohe geschäftliche Zukunft signalisiert. Wer auf Lohn angewiesen ist, der die Zahlungskraft des Unternehmers übersteigt, muß sich nun dazu entschließen, die Pleite und die eigene Arbeitslosigkeit selbst herbeizuführen.

Das Ende wurde sichtbar. Aaseger in Gestalt von Unternehmensberatern zauberten in fast täglichen Versammlungen Wunschbilder einer Sanierung an die Wand. Niemand glaubte ihnen. In der ersten Augustwoche 1982 stellten 90 Beschäftigte der Firma Kreimeyer Konkursantrag. Der Richter lehnte am 19. August den Konkurs mangels Masse ab. Das Ende der Firma KREITEX - Kreimeyer und die Zahlung des Konkursausfallgeldes waren sicher.

Exemplarisch lassen sich an den Vorgängen im Zusammenhang der Insolvenz der Firma Kreimeyer Ablauf und Instrumente der Entgarantierung von Arbeitsverhältnissen beschreiben, ebenso wie die soziale Funktion dieses Vorgangs. Ironischerweise scheint der Fahrplan dieses Vorgangs zunächst bestimmt von den „erfolgreichen“ Schachzügen der Arbeiter zur Erhaltung ihrer Garantieverhältnisse, in erster Linie ihres tarifvertraglich garantierten Hochlohns/Akkordlohns. Doch dies ist so widersinnig nicht. Mit der Fähigkeit oder Unfähigkeit eines Unternehmers, sich aus den Vertragswerken einer Ära des sozialen Konsenses zu lösen, steigen oder sinken seine Überlebenschancen im neuen sozio-ökonomischen Umfeld – und damit auch die Möglichkeit des hier gebundenen Kapitals, sich überhaupt menschliche Arbeit einzuverleiben. Je „erfolgreicher“ die Kreimeyer-Arbeiter mit den herkömmlichen Instrumenten des Vertragsrechts und des gewerkschaftlichen Hebels operierten, desto schneller zerstörten sie die Unternehmensgestalt, die sich das Kapital gegeben hatte, und damit auch die vertraglichen Bindungen, die an diese bestimmte Gestalt gebunden waren und an solche Gestalt immer gebunden sind.

Die passende Antwort des Bankkapitals auf die recht „legalistische“ Strategie der Hochlohnsicherung durch die Arbeiter war deshalb die Liquidierung der KREITEX - Kreimeyer KG als Vertragspartner sowohl der einzelnen Beschäftigten als auch (im tarifrechtlichen Rahmen) der Gewerkschaft Holz und Kunststoff.

Keineswegs bestand die Antwort der Bank in einem Abräumen des Betriebs, sprich der Kapitalvernichtung. Tatsächlich stellte sie, vermutlich bereits Monate vor der Insolvenz, die Weichen für einen neuen produktiven Zyklus, diesmal in einer neuen Unternehmensgestalt. Daß die Übernahme der Betriebseinrichtungen Gegenstand von Verhandlungen war, deutete sich im unmittelbaren Vorfeld der Insolvenz an, freilich ohne einen Hinweis auf beherrschende Interessen des Bankkapitals. Sowohl der Unternehmer Kreimeyer als auch die leitenden Angestellten des Unternehmens suchten, jede Seite für sich, finanzkräftige Partner, die nach einem rechtlichen Einschnitt die erheblichen Investitionen im

kaufmännischen Sektor tragen und einen Teil der Schuldenlast zu übernehmen bereit wären. Doch war für dieses Modell die Kooperation der Bank notwendig, die die Pfandrechte an sämtlichen mobilen und immobilien Teilen des Betriebes innehatte. Unmittelbar nach dem Spruch des Konkursgerichts wurde sichtbar, daß die drei vormals leitenden Angestellten das Rennen gemacht hatten, wohl weil sie in Absprachen mit den Lieferanten und Kunden ihre Übernahme bereits vorbereitet hatten. Als wertvollste Kenntnis konnten sie genaue Daten über die Leistungsfähigkeit der Arbeiter einbringen. Jedenfalls pachteten sie den gesamten Betrieb wenige Tage nach der Insolvenz vom Liquidator, der den Hauptgläubiger, die Bank, vertrat.

Die PUR-GmbH, die mit den gleichen Kunden und Lieferanten und mit der gleichen Bank im Rücken das gleiche Geschäft weiterzuführen hoffte, das die Firma KREITEX-Kreimeyer betrieben hatte, bot sogleich nach der Betriebsstilllegung zunächst dreißig Arbeitern und wenigen Angestellten Arbeit an ihren gewohnten Arbeitsplätzen an. Da sie weder an Tarifverträge noch sonst irgendwie rechtlich an die alten Arbeitsverträge und damit an die traditionelle betriebliche Lohnstruktur gebunden war, konnte sie den produktiven Arbeitern Löhne anbieten, die nicht mehr bei 14 bis 16 Mark, sondern bei 11,07 und 12,90 Mark je Stunde lagen. Des weiteren konnte sie auf den Abschluß von unbefristeten Arbeitsverträgen verzichten. Sie wandte sich also an die arbeitslos gewordenen mit dem Angebot, unerhört verminderte Löhne ohne Leistungsminderung zu verdienen und zwar fürs erste befristet, um die persönliche Willfähigkeit zu testen.

Die Arbeiter konnten an die veränderte Welt zunächst nicht glauben und meinten wohl auch, daß nach dem Chaos des Betriebsübergangs bald wieder die gewohnten Verhältnisse einziehen würden, und gingen zur Arbeit – ohne freilich irgendwelche Arbeitsverträge mit verschlechterten Bedingungen unterschreiben zu wollen.

Als sich nach einer Woche herausstellte, daß die neuen Herren es ernst gemeint hatten, daß die Löhne nicht erhöht, die Leistungsvorgaben eher gesteigert und die Arbeitsverträge trotz alter Bekanntheit aller Beteiligten auf drei Monate befristet bleiben sollten, erinnerten sie sich an ihren Anspruch auf Arbeitslosengeld, der erheblich über dem in Aussicht gestellten Nettolohn lag. „Das kann man mit uns nicht machen“, hieß es, „da gehen wir lieber zu Stingl.“ Die Arbeit wurde niedergelegt, stundenweise und länger, für Verhandlungen mit der Geschäftsführung und auch aus schlichtem Unmut.

Das neue Management hätte diese Krise nicht durchstehen können ohne Dazwischentreten eines Alliierten, der den rentenlosen Arbeitern den Ausweg in die Arbeitslosigkeit versperrte.

In einer de-facto-Streikversammlung auf dem Betriebsgelände trat im September 1982 ein Vertreter des zuständigen Arbeitsamtes auf und erklärte die Arbeitsverweigerung für unzulässig. Da der Unternehmer den tariflichen Grundlohn für die Holzverarbeitende Industrie nicht unterschreite, müsse jeder, der die Arbeit in der Firma PUR verweigere, mit Entzug des Arbeitslosengeldes rechnen. Bei diesem Zugriff war es der Arbeitsverwaltung nicht unbekannt, daß der Grundlohn der Holzindustrie allein als Ausgangslohn für die Akkordberechnung seinen Sinn findet. Ebenso klar war es, daß Akkordvereinbarungen, die die Wahl eines neuen Betriebsrates voraussetzen, bei absichtsvoll befristeten Arbeitsverträgen unmöglich waren.

Der Schlag des Arbeitsamtes führte bei den Arbeitern zu Verwirrung und Betäubung, und der betriebliche Kampf in den herkömmlichen Mustern verlor seine Perspektive. Verschiedentlich wurde in den folgenden Wochen von bevorstehenden Sabotageakten geredet, bekannt geworden ist von solchen Akten nichts. Ebensovienig kam es zu größeren Sick-out-Aktionen. In der Zangenbewegung zwischen Bankkapital und Arbeitsverwaltung fand ein Kampfzyklus sein Ende, der in einem Zeitraum von fünfzehn Jahren zu Löhnen an der Obergrenze des regionalen Niveaus und zu einem für die Region ungewöhnlichen Arbeiterselbstbewußtsein geführt hatte.

Die Gewerkschaft Holz und Kunststoff führt den Kampf mit dem rechtlichen Instrumentarium unbeirrt weiter. Ein arbeitsgerichtliches Verfahren um Feststellung der Übernahme der Firma KREITEX-Kreimeyer durch die Firma PUR nach § 613a BGB, was die Übernahme aller vormals Beschäftigten mit sämtlichen gesetzlichen und tariflichen Rechten einschließt, wurde in der ersten Instanz gewonnen, wird in der zweiten voraussichtlich verloren und in der dritten Instanz wieder gewonnen werden.

Die Firma PUR wird einen Sieg der Beschäftigten der alten Firma KREITEX-Kreimeyer an der rechtlichen Front in der gegenwärtigen Gestalt wohl kaum überleben. Sie würde wegen der Höhe der angewachsenen Lohnschulden vermutlich bald Konkurs anmelden.

Die Firma PUR produziert gegenwärtig bei um ein Drittel geminderter Beschäftigtenzahl und reichlich Überstunden fast ebensoviel wie die Vorgängerin im Jahre 1981. Die Löhne mußten deswegen inzwischen auch ohne tarifvertraglichen Unterbau erhöht werden. Sie haben aber das frühere Niveau bei weitem nicht wieder erreicht.

Hochsicherheit und Zwangsarbeit

Die in den siebziger Jahren entstandenen BRD-Trakte waren vom Baulichen und Organisatorischen her auf Isolation ausgerichtet; zunächst Einzelisolation und später nach Kämpfen der Gefangenen und Widerstand von draußen dann Kleingruppenisolation. Nach dieser Traktkonzeption wurden die Gefangenen weitgehend sich selbst überlassen – die Isolation sollte die persönliche und politische Identität der Gefangenen zerstören, bzw. sollten in den Kleingruppen Prozesse ablaufen, die das gleiche bewirken. Gelang dies auch in Einzelfällen, so hat sich doch gezeigt, daß dieser Angriff der Sicherheitstechnokraten nicht effektive und schnelle umfassende Erfolge zeitigte: die Gefangenen in den Trakten konnten doch noch immer politisch arbeiten.

Anfang der achtziger Jahre fand ein reger Austausch zwischen den Spezialisten aus dem Sicherheitsapparat, Psychologen und anderen Stellen statt, wobei offenbar neue Knastmodelle gegen die noch ungebeugten Gefangenen gesucht wurden. Um einen breiteren Widerstand gegen eine neue Traktgeneration möglichst zu vermeiden, wurden Pilotprojekte gestartet – ergänzend zum bisherigen Traktssystem und mit ihm verbunden durch die Möglichkeit eines Verlegungskarussells. Das heißt, auch innerhalb der Spitze der staatlichen Strafhierarchie werden Varianten eingeführt, um die wirksamste und politisch durchsetzbare Strategie gegen den Widerstand zu finden. Eines dieser im Stillen entstandenen Pilotprojekte stellt zweifellos der Hochsicherheitstrakt innerhalb der JVA Bielefeld-Brackwede 1 dar. Anfang 1982 in Betonfertigbauweise errichtet, enthält er vom Baulichen her die bekannten Elemente eines HS-Trakts: Kameraüberwachung, spezielle Fensterkonstruktionen, Sicherheitsmöbel, internen Sanitätsraum, Extra-Hof, elektronisch kontrollierte Türen und Gegensprechanlagen, die teilweise identisch aus den Trakten in Moabit oder Celle übernommen wurden. In dem dreigeschossigen Bau befinden sich zwei getrennte Stationen zu je sieben Zellen, im Erdgeschoß und Keller sind Monitor-Zentrale, Bunker, Versorgungseinrichtungen und Sozialtechniker-Büro. Vom Keller aus ist der Trakt durch unterirdische Gänge mit dem allgemeinen Knast verbunden.

Das Neue sind zwei im Trakt eingebaute Arbeitsräume, die sowohl per Video als auch direkt durch ‚Werkbeamte‘ überwacht werden. Die hier geforderte Zwangsarbeit besteht aus dem Zusammenstecken von Elektroschaltern, täglich acht Stunden im Quasi-Akkord. Erreicht der Gefangene die vorgegebene Stückzahl nicht, wird ihm zumindest sein ‚Lohn‘ (4,50 pro Tag) gekürzt, schafft er sein Pensum längere Zeit hindurch nicht, werden Repressalien bis hin zu Bunkerstrafen verhängt! Im Falle einer grundsätzlichen Arbeitsverweigerung gilt natürlich derselbe Strafenkatalog. Bisher wurde in HS-Trakten Zwangsarbeit nicht verlangt, sogar zumeist ‚aus Sicherheitsgründen‘ nicht zugeteilt. Inzwischen scheinen die Sicherheitstechnokraten zu der Auffassung gekommen zu sein, daß die zusätzlichen Auswirkungen einer stumpfsinnig mechanisch-manuellen Arbeit auf den Gefangenen noch wirksamer sind als die pure (Kleingruppen-)Isolation. Die in der Isolation immerhin noch vorhandene Zeit zum Lesen, Schreiben und Kommunizieren soll stark eingeschränkt werden zugunsten einer Dressur, die die Konzentrationsfähigkeit abtötet. Nach dem alten Arbeitsprinzip sollen die Gefangenen durch ‚harte Arbeit‘ von ihrer Feindschaft zum System abgebracht werden, zumindest sollen sie so kaputt gemacht werden, daß sie kaum noch Widerstand leisten können.

Während die in den Knästen übliche Zwangsarbeit den wesentlichen Aspekt hat, Profit für die Knastverwaltung zu bringen, ist die Arbeit im HS-Trakt offensichtlich unrentabel. Alleine die aufwendige Überwachung und Baukosten in sechsstelliger Höhe für die Arbeitsräume machen das deutlich. Ein

eindeutiges Indiz dafür, daß diese Form von Trakt-Arbeit nur wegen ihrer zerstörerischen Auswirkungen auf die Gefangenen verlangt wird.

Die neue Sozialpolitik der achtziger Jahre spiegelt sich somit doppelt wieder: In den neuen Trakten Arbeit in ihrer direkten Funktion als Anpassung an das herrschende Regime; Arbeit als Ausbeutung der letzten erreichbaren Reserven aus nicht-produktiven Bereichen im allgemeinen Knast. Die Parallelen zur Zwangsarbeit gegen Sozialhilfeempfänger und in der BRD lebende Emigranten sind deutlich. Zudem sind es dieselben Sklavenhändler und Subunternehmer, die draußen ihren Schnitt machen, die auch als Vermittler zwischen Firmen draußen und Arbeit im Knast auftreten. (Sinnigerweise werben übrigens manche Firmen, die im Knast produzieren lassen, mit der Parole ‚deutsche Handarbeit‘.) Die Zwangsarbeit im Knast in Verbindung zu setzen mit den laufenden Angriffen von Staat und Kapital auf die Lebensbedingungen der Unterklassen draußen, würde die Möglichkeit schaffen, die meist ‚aufgesetzte‘ linke Knastarbeit endlich in eine Gesamtstrategie zu integrieren.

Außer der Kombinierung mit der Zwangsarbeit weist der Brackweder Trakt eine weitere Besonderheit auf: in ihn werden Kurz- und Erstbestrafte verlegt. (Brackwede I ist ein Knast, in dem ausschließlich Erstbestrafte mit Knast bis zu 18 Monaten sitzen.) Mit solchen Gefangenen wurde über ein Jahr lang die Organisation des Trakts geübt, diese Gefangenen waren die Versuchskanikel für Psycho- und Sozialtechniker hier. Auch wenn inzwischen politische, im Knast Widerstand leistende Gefangene oder Ausbrecher hierhin verlegt wurden, so sind die Kurzstraffer im Trakt doch noch die Mehrheit – sie bilden die ‚Füllmasse‘ für das Traktkonzept. Abgesehen davon, daß es selbst nach den Richtlinien der Knastkommandanten unzulässig ist, solche Gefangene besonderen ‚Sicherungsmaßnahmen‘ (also dem Trakt) zu unterwerfen, hat dieses Modell folgende Bedeutung:

– Der Trakt wird durch die Belegung (auch) mit ‚normalen‘ Gefangenen in der Öffentlichkeit als ‚normaler Knast‘ verkauft.

– Dem Vorwurf der Isolation soll die Spitze genommen werden durch die relativ große Anzahl von Gefangenen im Trakt. Tatsächlich ist es aber so, daß die Kurzstraffer alle paar Monate wechseln, bei auffälligem Verhalten werden sie sofort durch andere Gefangene ersetzt. Eine echte soziale Beziehung zu und unter ihnen kann also nie entstehen. Außerdem werden diese Gefangenen speziell ausgesucht aus dem Reservoir des allgemeinen Knasts, ruhig und angepaßt sollen sie sein. Außerdem sind mit Sicherheit ein, zwei potentielle Spitzel dabei, die für eigene Vorteile andere Gefangene anscheinlich.

– Die Verbindung von Hochsicherheitstrakt und allgemeinem Knast wird durch die Hin- und Herverlegungen ‚natürlich‘ hergestellt; der Trakt verliert seine Besonderheit, er wird endgültig zum integralen Knastbestandteil.

Die bisher gegen die zerstörerischen Traktbedingungen erkämpften Zugeständnisse in Hinsicht auf Arbeits- und Kommunikationsfähigkeit der Gefangenen in politischer Hinsicht werden durch die Zwangsarbeit und durch die völlig widersprüchliche Belegung zurückgenommen.

Dieses Pilotprojekt einer neuen Traktkonzeption ist ein Angriff gegen die Gefangenen. Selbst eine Zusammenlegung wird unter solchen Bedingungen zu einer Farce, es sei denn, ihre Durchsetzung wird mit der Forderung nach Abschaffung der Zwangsarbeit verknüpft und als Strategie begriffen, die Besonderheit der Trakte als staatliche Zerstörungsinstrumente neu darzustellen. Wenn dieser Kampf nicht geführt wird, die noch relativ unstablen Pilotprojekte nicht zurückgedrängt werden, dann finden sich die Gefangenen bald in hochsicheren Arbeitslagern wieder. Die historische deutsche Parallele ist bekannt.

Brackwede, Oktober 1983

AUTONOMIE

Probehefte

Heft Nr. 1 „DER IRAN“
erschienen im Mai 1979, DM 9,-

In unserer ersten Nummer haben wir die These, erst nach einer Industrialisierung könne ein befreites, gleichberechtigtes Leben beginnen, einer Kritik unterzogen und auch in der Linken gängigen Fortschrittsmodellen eine Absage erteilt.

Der Kampf gegen das Schah-Regime war ein sozialer Aufstand des Volks, das seine Traditionen wiederentdeckt und in eine sozialrevolutionäre Perspektive verwandelt hat. Das Ziel ist ein neues gemeinschaftliches Leben und die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Es ist nicht möglich, westliche Arbeits- und Moralideologien, sowie Lebens- und Wohnvorstellungen über diesen Aufstand zu stützen und damit alle Lebensumstände und -zusammenhänge der Menschen im Iran mit einem Blick durch unsere westliche Brille in Frage zu stellen.

Wir sind in den verschiedenen Beiträgen dieses Hefts u.a. auf das Leben der Landbevölkerung mit seinen überlieferten Familienbeziehungen und gebundenen Ausbeutungsverhältnissen, auf die Bedeutung der Agrarreform unter dem Schah-Regime, das Industrialisierungsprogramm und die Situation der Frauen eingegangen. Die Aufarbeitung des Aufstands im Iran verbindet sich für uns mit der Aufforderung, alte, eingefahrene Ideologien neu zu überprüfen und zu überdenken, sich unsere Sozialgeschichte neu anzueignen und veränderte Ansätze für politisches Handeln zu finden.

Heft 1 und 6: 4,-*

Heft Nr. 6 „KRIEG IRAN – IRAK“
erschienen im November 1980, DM 7,-

Anlaß für dieses Heft war der Beginn des Kriegs zwischen dem Iran und dem Irak. Die Revolution im Iran hat ein Signal gesetzt. Seit dem erfolgreichen Aufstand gegen das Schah-Regime besteht die Möglichkeit, daß die schiitische Bewegung auf die anderen Staaten am Golf übergreift. Vor diesem Hintergrund sind die unterschiedlichen Interessen der imperialistischen Metropolen, des Irak und der Machthaber im Iran an diesem Krieg zu erklären.

In den Beiträgen „Der gescheiterte Blitzkrieg“, „Die innere Situation im Iran“, zur vorrevolutionären Situation am Golf, „Die Entwicklung im Irak“, „Containment und Balkanisierung“ wird dies herausgearbeitet.

Sonderheft 2 „MEDIZIN UND NATIONALSOZIALISMUS“
erschienen im Juli 1980, DM 7,- 3.50*

Auf dem Gesundheitstag 1980 wurde begonnen, die Gesundheitspolitik unter dem Hakenkreuz auf den Begriff zu bringen. Soziale Kontrolltechniken durch Arbeits- und Leistungsmedizin sollten die Arbeiter disziplinieren und eine leistungsfanatichische Klasse auslesen. Familien- und Bevölkerungspolitik dienen mit der gelenkten Vernichtung oder Förderung der „Fortpflanzungskraft“ ebenso der Planung der Gesellschaft als „Arbeits- und Leistungsgemeinschaft“ wie der physischen Ausrottung aller Unangepaßtheit und Leistungsverweigerung.

„Auslese“ und „Ausmerze“ wurden in Berlin noch vorwiegend als historische Kernstücke des Sozialdarwinismus abgehandelt.

Heft Nr. 4/5 „AKW-WIDERSTAND ATOMSTAAT“
erschienen im August 1980, DM 12,- 5,-*

Dieses Heft ist der Versuch, sowohl zur selbstkritischen Bestandsaufnahme der Anti-AKW-Bewegung beizutragen, als auch die immer wieder geschichtslos auftauchende Vorstellung vom „Atomstaat“ mit der Geschichte der AKW-Planung zusammenzubringen.

Das Heft dokumentiert unterschiedliche Positionen zum Widerstand gegen die AKWs und entwirft ein verändertes Verhältnis von städtischem und regionalem Widerstand als Voraussetzung einer verbreiterten Bewegung mit „langem Atem“; Ausführlich werden die ideologischen Strömungen bei den Grünen untersucht. Anhand der Manöver des Baghwan Bahro und des Propheten Gruhl wird nachgezeichnet, wie aus der Basisbewegung eine integrierte neue Mittelstandspartei gezimmert werden soll, die den Widerstand von unten ausgrenzt. Schließlich geht es um das Verhältnis von Arbeit und AKW-Widerstand; um Atombombe und AKW, also die militärischen und wirtschaftlichen Impulse der Atompolitik, wobei sich der Atomstaat nicht länger als bloße Schreckensvision, sondern als Ausdruck des herausziehenden Energie-Imperialismus erweist.

Heft Nr. 7 der AUTONOMIE
erschienen im März 1981, DM 7,- 3.50*

zeigt den bruchlosen Übergang in unsere Gegenwart: Neben einem Beitrag zur Vergewaltigung von Frauen im NS steht der zentrale Artikel über den Hamburger Zwangssterilisierten Hans-Joachim Lindemann. In den letzten Jahren haben der Frauenarzt Prof. Lindemann und seine Mitarbeiter an etwa 760 Frauen Sterilisationsversuche durchgeführt. Wohl mehr als 100 dieser Versuche geschahen ohne Wissen der Frauen. Lindemann ist kein Einzeltäter, seine Versuche sind Teil internationaler Programme zur Bevölkerungskontrolle mit dem Ziel einer reibungsloseren Ausplünderung der Dritten Welt. Lindemanns Versuche basieren auf Forschungsergebnissen aus deutschen Konzentrationslagern.

Aber nicht nur die sozialdarwinistische Bevölkerungspolitik gehört zu den wieder aktuellen Konzepten der Herrschaft, sondern auch die Neuformierung einer „Leistungsgemeinschaft“. Der Angriff auf die Krankenschreibungen wird dabei zum Vehikel gegen die leise Rebellion in den Betrieben, zum Anfang der neuerlichen Kennzeichnung des „bösen Drittels“ der Bevölkerung – in den Begriffen des NS: „Der Gemeinschaftsfremden“.

Sind die sozialpolitischen Pläne der Herrschenden durch eine kritische Alternative zu unterlaufen? Ist subversive Sozial- und Gesundheitsarbeit möglich, oder wird die auf diesem Feld tätige Linke zum vorgeschobenen Posten der Sozialkontrolle? Am Beispiel der italienischen Gesundheitsreform bemühen wir uns, eine Antwort darauf zu finden, wie und weshalb es passieren kann, das „böse Spiel“ der anderen Seite mitzuspielen.

Heft Nr. 8 „DIE VOLKSMODJAHEDIN IM IRAN“
erschienen im September 1981, DM 6,- 4,-*

Bereits in unserem Heft Nr. 6 wird deutlich, weshalb sich nach dem Aufstand gegen das Schah-Regime zwei Linien in der schiitischen Bewegung immer klarer voneinander absetzen. Dieses Heft nun befaßt sich mit der Geschichte der bedeutendsten Gruppe des sozialrevolutionären Schiismus und ihrer Kämpfe gegen die reaktionär-schiitischen Machthaber im heutigen Iran.

Ein Interview mit dem Sprecher der Volksmodjahedin, Massud Radjavi, und der Artikel „Zur Geschichte der Volksmodjahedin“ verdeutlichen, wie es dieser Organisation in wenigen Jahren gelungen ist, zur stärksten oppositionellen Kraft zu werden und welche Widerstandsformen sie den jeweiligen Repressionswellen entgegenzusetzen hat. In dem Beitrag „Chronologie der Ereignisse seit '78“ werden die Veränderungen im Iran noch einmal gerafft vor Augen geführt. Schließlich wird im letzten Artikel dieses Hefts angeschnitten, welche Zusammenhänge es zwischen den Volksmodjahedin und der Frage nach einer sozialrevolutionären Perspektive für uns in der BRD geben könnte.

Heft Nr. 9 „FABRIK UND NEUE KLASSEN-ZUSAMMENSETZUNG Das Beispiel FIAT 1974-81“
erschienen im März 1982, DM 8,- 4,-*

Das kapitalistische Programm des Übergangs vom „Wohlfahrtsstaat“ zum „Arbeitsstaat“, das hierzulande viel schleichender und unbemerkter in Gang gekommen ist als in Italien, läßt sich am Beispiel FIAT exemplarisch verfolgen. Innerhalb von wenig mehr als einem Jahrzehnt ist es dem Konzernboß Agnelli gelungen, gegen die Kampfformen der militanten Arbeiter der 60er und 70er Jahre eine weitgehende Befriedung der Produktion durchzusetzen. Der Gebrauch der Mobilität, die Einführung neuer Technologien, die Neuzusammensetzung des Produktionsablaufs und die Einstellungs- und Entlassungspolitik waren genau auf die Lahmlegung der effektivsten Formen von Streik und Sabotage und auf die Schaffung neuer Hierarchien innerhalb der Arbeiterklasse abgestimmt.

Die Krise des Automobilsektors als Folge der „Energiekrise“ und der vermeintliche Druck der ausländischen Konkurrenz waren dabei nur der Anlaß zur Rationalisierung. Es ging weniger um die kurzfristige Steigerung der Rentabilität der Produktion als vielmehr grundlegend um die Beseitigung jeglichen Kampfverhaltens, wobei die Gewerkschaften und die Kommunistische Partei aktive Schützenhilfe leisteten bzw. zu Protagonisten der politischen Säuberungsprogramme in den Betrieben wurden.

Inzwischen hat die Restauration den Rahmen des Großbetriebs hinter sich gelassen und die Strukturen der gesamten Turiner Region verändert. Die Selektion wird auf all jene ausgedehnt, die sich nicht reibungslos der neuen Arbeitsdisziplin unterwerfen lassen: Absentisten, Frauen, Behinderte, Alte und rebellische Jugendliche verschwinden aus den Werkhallen und Klitschen gleichermaßen. Angesichts des scharfen Repressionskurses formiert sich der Widerstand gegen die Despotie von Konzernleitung und Gewerkschaften zunehmend im Untergrund.

* Die Preise gelten zusätzlich 1,50 DM Versandkosten.

Sir

This is to acquaint you
that if your thrashing Ma-
chines are not destroyed by
you directly we shall com-
mence our labours

signed on behalf
of the whole
Swing



Werter Herr,
Hiermit sei Ihnen mitgeteilt,
wenn Sie ihre Dreschmaschi-
nen nicht umgehend selbst
zerstören, werden wir unser
Werk beginnen.

Im Namen aller

Swing

(Suffolk, England 1830)